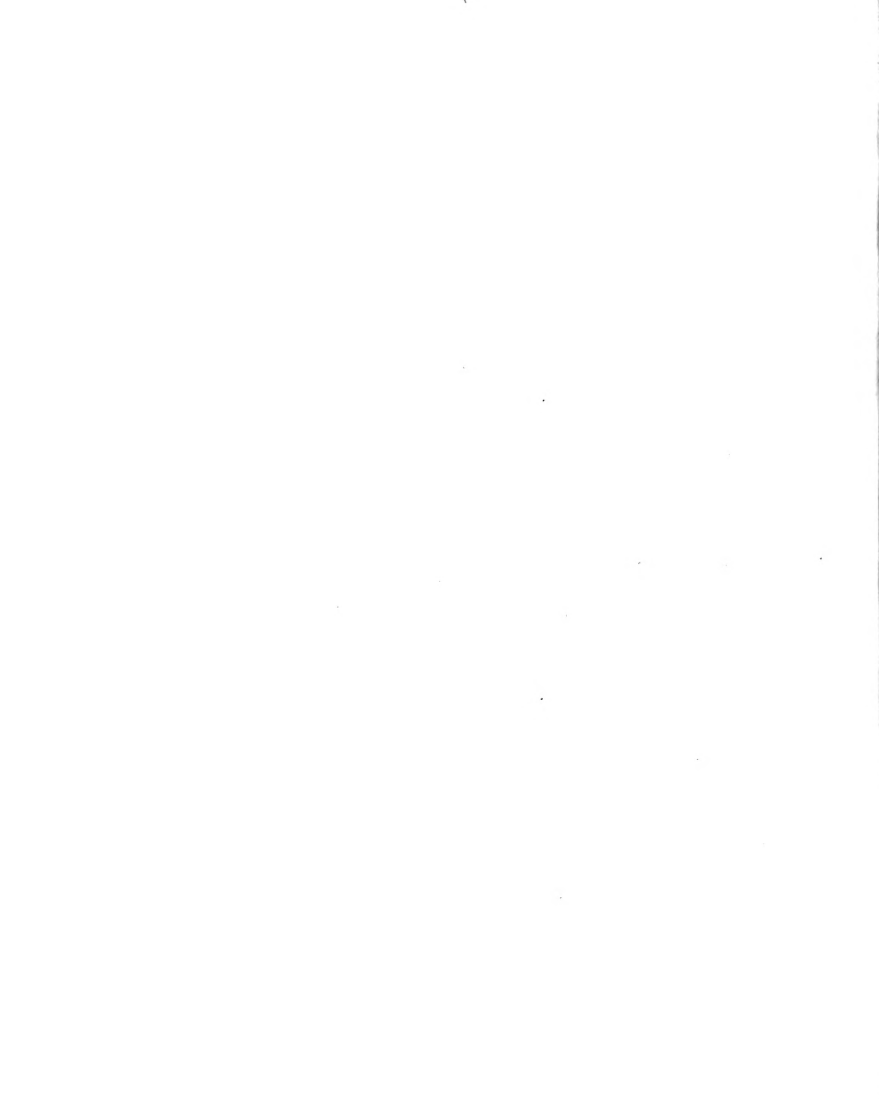




UNIVERSITY
OF
TORONTO
LIBRARY





Protocolle

der zur Berathung einer

allgemeinen

Deutschen Wechselordnung

in der Zeit vom

20. October bis zum 9. December 1847

in Leipzig

abgehaltenen Conferenz

nebst

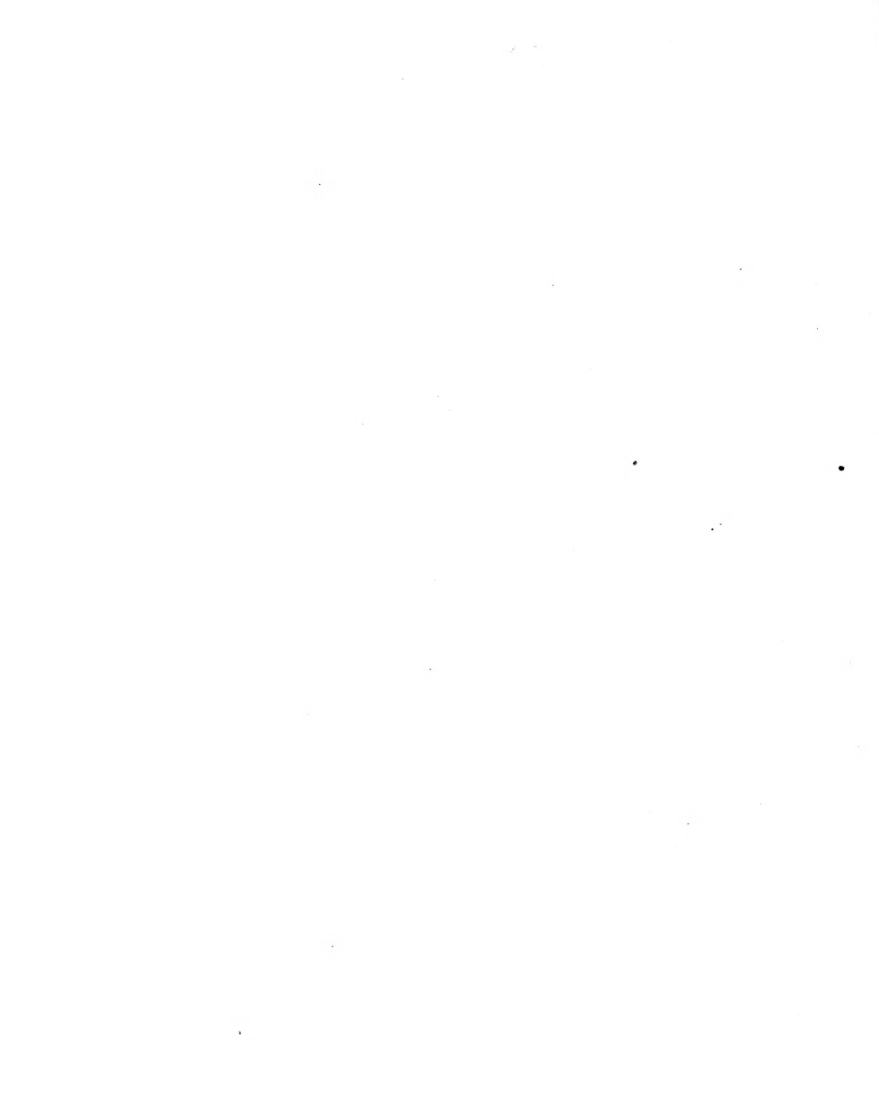
dem Gesetzentwurf.

Abdruck der Regierungsvorlage an die badischen Stände.

Mannheim.

Verlagshandlung von Friedrich Bassermann.

1848.



Inhalts-Übersicht.

I. Konferenz-Protocolle.

	Protocoll-Nr.	Seitenzahl.
Erster Abschnitt.		
Von der Wechselbarkeit.		
§. 1	II.	3.
§. 2	III. XXXII	4. 106.
§. 3	III. XXXIII.	4. 108.
Zweiter Abschnitt.		
Von gezogenen Wechseln.		
I. Erfordernisse eines Wechsels.		
§. 4	IV. V. XXIII. XXX. XXXI. XXXII.	5. 7. 68. 91. 101. 106.
§. 5	V. XXIV.	7. 73.
§. 6	V.	7.
§. 7	V.	7.
§. 8	V. XXXII.	7. 106.
II. Verpflichtung des Ausstellers.		
§. 9	VI.	9.
III. Indossament.		
§. 10	VI. VII. VIII. XXXII.	9. 12. 14. 106.
§. 11	VI.	9.
§. 12	VI. XXXII.	9. 106.
§. 13	VI. XXXII.	9. 106.
§. 14	VI.	9.
§. 15	VI. XXXII.	9. 106.
§. 16	VII.	12.
§. 17	VIII.	14.
IV. Präsentation zur Annahme.		
§. 18	VIII. IX. XXXII.	14. 17. 106.
§. 19	IX. X. XXXII.	17. 21. 106.
§. 20	X.	21.
V. Annahme (Acceptation).		
§. 21	X. XI.	21. 23.
§. 22	X. XXXII.	21. 106.
§. 23	XI.	23.
§. 24	X. XI. XXIX. XXXII.	21. 23. 90. 106.
§. 25	XI. XII. XXXI.	23. 25. 101.
VI. Regreß auf Sicherstellung.		
1. Wegen nicht erhaltener Annahme.		
§. 26	XII.	25.
§. 27	XII.	25.
§. 28	XII. XXVIII. XXXII.	25. 87. 106.

2. Wegen Unschärfeheit des Acceptanten.

Protocoll-Nr.

Seitenzahl.

§. 29 XIII.

29.

VII. Erfüllung der Wechsel-Verbindlichkeit.

1. Zahlungstag.

§. 30 XIII.
 §. 31 XIII. XXXIII.
 §. 32 XIII.
 §. 33 XIII.
 §. 34 XIII.
 §. 35 XIII. XXXIII.

29.
 29. 108.
 29.
 29.
 29.
 29. 108.

2. Zahlung.

§. 36 XIV. XXXI.
 §. 37 XIV.
 §. 38 XIV.
 §. 39 XIV.

32. 101.
 32.
 32.
 32.

VIII. Regreß Mangels Zahlung.

§. 40 XV. XVI. XXX. XXXIII.
 §. 41 XV. XVI.
 §. 42 XVI. XXXIII.
 §. 43 XVI.
 §. 44 XVI.
 §. 45 XVII. XXXIII.
 §. 46 XX. XXXIII.
 §. 47 XXVI.
 §. 48 XXXVII. XXXIII.
 §. 49 XVI. XXXIII.
 §. 50 XVI. XXXIII.
 §. 51 XVIII.
 §. 52 XVIII. XXXIII.
 §. 53 XVIII.
 §. 54 XVIII.

34. 39. 94. 108.
 34. 39.
 39. 108.
 39.
 39.
 44. 108.
 56. 108.
 79.
 84. 108.
 39. 108.
 39. 108.
 50.
 50. 108.
 50.
 50.

IX. Intervention.

1. Ehrenannahme.

§. 55 XIX. XX. XXXIII.
 §. 56 XIX. XX.
 §. 57 XIX. XX. XXXIII.

53. 56. 108.
 53. 56.
 53. 56. 108.

2. Ehrenzahlung.

§. 58 XX. XXXIII.
 §. 59 XXI.
 §. 60 XXI. XXXIII.
 §. 61 XXI. XXXIII.

56. 108.
 60.
 60. 108.
 60. 108.

X. Vereinfachung eines Wechsels.

1. Wechsel-Duplicate.

§. 62 XXI. XVII.
 §. 63 XXI.
 §. 64 XXI.
 §. 65 XXI.

60. 64.
 60.
 60.
 60.

2. Wechsel-Repign.

§. 66 XXI. XXXIII.
 §. 67 XXI.
 §. 68 XXI.

60. 108.
 60.
 60.

XI. Verlorene Wechsel.

§. 69 XVII. XXXIII.
 §. 70 XXI.

64. 108.
 64.

XII. Falsche Wechsel.	Protocoll-Nr.	Seitenzahl.
§. 71	XXII.	64.
§. 72	XXII. XXXIII.	64. 108.
XIII. Wechselverjährung.		
§. 73	XXII. XXVII. XXVIII. XXX. XXXIV.	64. 81. 87. 94. 111.
XIV. Klagerecht des Wechselgläubigers.		
§. 74	XXII.	64.
§. 75	XXII. XXVIII. XXXIV.	64. 87. 111.
XV. Ausländische Wechselklärungen.		
§. 76	XXII. XXXIV.	64. 111.
§. 77	XXII.	64.
XVI. Protest.		
§. 78	XXIII. XXXIV.	68. 111.
§. 79	XXIII. XXXIV.	68. 111.
§. 80	XXIII. XXXIV.	68. 111.
§. 81	XXIII.	68.
XVII. Ort und Zeit für Präsentation und andere im Wechselverfahre vorkommende Handlungen.		
§. 82	XXIII.	68.
§. 83	XXIII. XXXIV.	68. 111.
§. 84	XXIII. XXXIV.	68. 111.
XVIII. Mangelhafte Unterschriften.		
§. 85	XXIII. XXXIV.	68. 111.
§. 86	III. XXXIV.	4. 111.
Dritter Abschnitt.		
Von eigenen Wechseln.		
§. 87	XXIII.	68.
§. 88	XXIV.	73.
§. 89	XXIV.	73.
Vierter Abschnitt.		
Vom Wechselprozeß.		
§. 90	XXV.	75.
§. 91	XXV.	75.
§. 92	XXV.	75.
§. 93	XXV. XXXIV.	75. 111.
§. 94	XXV.	75.
§. 95	XXV.	75.
§. 96	XXV.	75.
§. 97	XXV.	75.
§. 98	XXV.	75.

II. B e i l a g e n.

1. Die Preussische Denkschrift vom 31. August 1847, betreffend die Einladung zur gemeinschaftlichen Berathung einer Allgemeinen Deutschen Wechselordnung.
2. Entwurf einer Allgemeinen Deutschen Wechselordnung nach den Beschlüssen der Conferenz.
3. Entwurf der Fassungskommission.
4. Der Entwurf einer Wechselordnung für die Preussischen Staaten nach den Beschlüssen der Commission des Königl. Staatsraths vom Jahre 1847.

Denkschrift,

die Beratungen über ein

Allgemeines Deutsches Wechselrecht

betreffend.

In den zum Zollverein verbundenen Staaten wird überall schon seit längerer Zeit das Bedürfnis empfunden, das den Verhältnissen der jetzigen Zeit nicht mehr entsprechende Wechselrecht einer Revision und Umarbeitung zu unterwerfen. Je allgemeiner dies Bedürfnis sich geltend machte, desto mehr mußte der Wunsch laut werden, sich nicht darauf zu beschränken, in jedem einzelnen Staate etwas Besseres als das bestehende promulgirt zu sehen, sondern den Versuch zu machen, ob sich nicht durch Vereinigung der bis jetzt hiefliehen Bestimmungen und durch gegenseitigen Austausch der verschiedenartigen Ansichten und Erfahrungen jedenfalls etwas an sich Vollkommeneres erreichen, vielleicht aber auch eine Gemeinschaftlichkeit und Gleichförmigkeit des Wechselrechts herbeiführen lasse. Die in dieser Beziehung von mehreren Seiten gemachten Vorschläge haben bei den Regierungen der Zollvereinsstaaten allgemeinen Anklang gefunden. Es leuchtet indeß ein, daß die Theilnahme an einem gemeinsamen Wechselrechte durchaus nicht durch die Theilnahme an dem Zollverein bedingt wird, daß vielmehr das gemeinsame Werk seine wohlthätigen Folgen für den gesammten Handel und Verkehr noch in weit höherem Grade entwickeln muß, wenn es auch andere als die zum Zollverein gehörigen Staaten und wo möglich das gesammte Deutschland umfaßt.

Die Regierungen der Zollvereinsstaaten haben daher beschlossen, die Regierungen sämtlicher Deutschen Bundesstaaten zur Theilnahme an den bereits im Jahre 1846 auf der achten Generalconferenz in Zollvereins-Angelegenheiten verabreiteten Beratungen über ein allgemeines Wechselrecht einzuladen und für diese Beratungen folgende Vorschläge zu machen.

1.

Am 20. October dieses Jahres wird eine Conferenz zu Beratungen über ein allgemeines Wechselrecht in Leipzig abgehalten werden.

2.

Die Regierungen sämtlicher Deutschen Bundesstaaten werden eingeladen, diese Conferenz durch Abgeordnete zu besenden. Tritt der Fall ein, daß Beschlüsse gefaßt werden müssen, so werden von den zum Zollverein verbundenen Regierungen, um sich an vertragsmäßig bestehende Normen anzuschließen, nur diejenigen elf Stimmen geführt werden, durch welche die Beschlüsse bei den regelmäßigen Generalconferenzen in Zollvereins-Angelegenheiten gefaßt werden (Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Thüringische Verein, Braunschweig, Nassau und Frankfurt). Diesen elf Stimmen werden die Stimmen von Oesterreich, Hannover, Holstein, Mecklenburg (beide Großherzogthümer mit einer Stimme), Oldenburg, Lübeck, Bremen und Hamburg hinzutreten, in soweit die Regierungen dieser Staaten an den Beratungen Theil zu nehmen geneigt sind. Die Regierungen der übrigen Bundesstaaten werden (wie dies in Betreff der dem Zollverein angehörigen für Zollvereinsfachen vereinbart ist), durch die Regierungen, mit welchen sie durch Gemeinschaft der Gesetzgebung oder der Zollverwaltung u. s. w. eng verbunden sind, bei den Abstimmungen vertreten werden, aber durch Abgeordnete mit einem konsultativen Votum an den Beratungen Theil nehmen können.

3.

Da mehrfache Erfahrungen gezeigt haben, daß Beratungen über ein Wechselrecht nur dann zu befriedigenden Resultaten führen, wenn Sachverständige daran Theil nehmen, die mit der gesammten Technik des Wechselverkehrs genau vertraut sind, so muß es nicht allein für zulässig, sondern sogar für wünschenswerth geachtet werden, daß die die Conferenz bescheidenden Regierungen, oder wenigstens diejenigen, in deren Staaten ein lebhafter Wechselverkehr vorkommt, nicht bloß

durch Beamte, sondern neben diesen auch durch kaufmännische Sachverständige vertreten werden.

Wenn ein Staat oder ein Verein, der eine Stimme abzugeben hat, mehrere Abgeordnete sendet, so würde es lediglich seine Sache sein, zu bestimmen, welcher derselben die Stimme abgeben und ob wie etwa darüber zwischen den mehreren Abgeordneten eine Verständigung stattfinden soll.

4.

Den Regierungen derjenigen Staaten, in welchen neuerdings entweder Verfaß-Verordnungen publizirt oder legislative Vorarbeiten bis zur Beendigung eines vollständigen Entwurfs in einem solchen Gesetze veranfaßt sind, wird anbegehrt, diese Vorarbeiten oder Entwürfe vor dem 1. October d. J. den übrigen die Conferenz besuchenden Regierungen mitzutheilen.

5.

Die Conferenz wird bei ihrem Zusammentreten beschließen, welches der ihr mitgetheilten Beschlüsse oder Projecte sie ihren Beratungen zu Grunde legen will, sie ist aber verpflichtet, neben dieser Grundlage auch die übrigen ihr mitgetheilten Gesetze oder Entwürfe fortwährend zu vergleichen und in Erwägung zu ziehen.

6.

Nachdem die Conferenz alle bei der Beratung vorkommenden Fragen erörtert und nöthigenfalls durch Abstimmung erledigt hat, liegt ihr die Verpflichtung ob, nach Maßgabe der erhaltenen Resultate den vollständigen Entwurf einer zur sofortigen Publication geeigneten Beschlusses auszuarbeiten und fortzusetzen.

7.

Aus der Theilnahme an der Conferenz darf für keine Regierung eine Verpflichtung zur Publication des vereinbarten Entwurfs gefolgert werden. Es bleibt vielmehr jeder Regierung überlassen, diesen Entwurf zu prüfen und danach zu ermitteln, ob sie ihn für geeignet hält, publizirt respective den

verfassungsmäßig für vergleichende legislative Arbeiten bestehenden Stadien unterworfen zu werden. Es darf aber das Vertrauen ausgesprochen werden, daß die einzelnen Regierungen, ebenso wie deren Ständerversammlungen etwaige Einwendungen gegen den vereinbarten Entwurf, wenn diese von seiner großen Erheblichkeit sind, dem großen Zwecke, eine Gleichförmigkeit des Beschlusses zu erlangen, bereitwillig zum Opfer bringen und sich dabei nur dann von dem gemeinsamen Werke ausschließen werden, wenn wieder Erwarten wichtige Bedenken dies als unabwendbar erscheinen lassen sollten.

8.

Die in mehreren Staaten obwaltende Nothwendigkeit, die Publication eines neuen Beschlusses thunlichst zu beschleunigen und die Unmöglichkeit, die Theilnehmer einer solchen Conferenz, wie sie für diese Beratungen gewünscht wird, längere Zeit ihren gewohnten Geschäften zu entziehen, machen es wünschenswerth, die Conferenz auf einen kurzen Zeitraum zu beschränken.

Dies kann aber nur geschehen, wenn die Mitglieder derselben unter feierlichen Umständen Instruktionen einzuholen genöthigt sind. Auch wird das Resultat der Beratungen umstreitig ein viel befriedigenderes sein, wenn es lediglich aus den durch die vielseitigen Besprechungen gebildeten Ansichten und den in der Versammlung gefaßten Beschlüssen hervorgeht, als wenn außerhalb der Versammlung gefaßte Beschlüsse darauf einwirken. Da, wie bereits erwähnt, für keine Regierung eine Verpflichtung besteht, der aus der Conferenz hervorgehenden Beschlusses ihre Zustimmung zu ertheilen, so wird es auch in formeller Beziehung unbedenklich sein, auf alle und jede Instruktionseinholung während der Beratung zu verzichten. Die Abgeordneten der eine Stimme führenden Regierungen werden daher zu ermächtigen und angewiesen sein, über alle bei der Beratung vorkommenden Fragen ihr Votum jederzeit nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben, ohne durch Rücksfragen eine Verzögerung herbeiführen zu dürfen.

Berlin, den 31. August 1847.

I.

Leipzig, den 20. October 1847.

Auf die Einladung, welche von Seiten der Königlich Preussischen Regierung durch die diesem Protokolle beigelegte Denkschrift vom 31. August 1847 an die Regierungen sämtlicher Deutschen Bundesstaaten ergangen war, hatten sich zur Berathung des Entwurfs einer gemeinsamen Wechselordnung am heutigen Vormittag 11 Uhr in dem Saale des hiesigen Rathhauses eingefunden:

Se. Excellenz der Königl. Sächsische Herr Staatsminister v. Könneritz

mit Auftrag in Eröffnung der Conferenz,

A. von Seiten der K. K. Oesterreichischen Regierung (zugleich für Liechtenstein):

Herr Dr. Heisler, Hofrath und Mitglied der Gesetz-Commission,

B. von Seiten der Königlich Preussischen Regierung:

Herr v. Wehl, Geheimrer Legationsrath v. Patow,
Herr Geheimrer Justizrath Bischoff,
Herr Banquier Magnus,

C. von Seiten der Königl. Bayerischen Regierung:

Herr Ober-Appellat. Gerichts-Rath Dr. Kleinschrod,
Herr Banquier Althoff Schmid,

D. von Seiten der Königl. Sächsischen Regierung:

Herr Dr. Finert, Vice-Präsident des Ober-Appellationsgerichts,
Herr Kammermeister Poppe,
Herr Kaufmann Georgi,

E. von Seiten der Königl. Hannoverischen Regierung:

Herr Schenck v. Schzen,
Herr Banquier Hofmann,

F. von Seiten der Königl. Württembergischen Regierung (zugleich für Hohenzollern-Heudingen):

Herr Ober-Tribunalrath Dr. von Hofacker,

G. von Seiten der Großherzogth. Badenschen Regierung:

Herr Ministerial-Rath Bräuer,
Herr Banquier Hohenemser,

H. von Seiten der Großherzogth. Hessischen Regierung:

Herr Ministerial-Rath Dr. Breidenbach,

I. von Seiten der Königl. Dänischen Regierung wegen Holstein und Lauenburg:

Herr Stadtrath Behn, Bürgermeister in Altona,

K. von Seiten der Regierungen des Großherzogthums Sachsen, der Herzogthümer Sachsen-Meinungen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg und Gotha und der Fürstenthümer Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß-Grreiz, Reuß-Schleiz und Reuß-Kobenstein und Obergersdorf:

Herr Geheimrer Regierungsrath Thon,

L. von Seiten der Herzogl. Braunschweigischen Regierung:

Herr Hofrath Liebe,
Herr Kaufmann Haase,

M. von Seiten der Herzogl. Nassauischen Regierung:

Herr Geheimrer-Rath Volkpracht,

N. von Seiten der Großherzogth. Mecklenburg-Schwerinschen Regierung:

Herr Professor Thöl,

O. von Seiten der freien Stadt Lübeck:

Herr Syndicus Dr. Eldor,

P. von Seiten der freien Stadt Frankfurt:

Herr Syndicus Dr. Harnier,

Q. von Seiten der freien Stadt Bremen:

Herr Senator Dr. Albers,
Herr Altermann Lurmen,

R. von Seiten der freien Stadt Hamburg:

Herr Senator Küsteroth-Vogel,
Herr Dr. Halle, Präses des Handelsgerichts.

Nachdem

der Herr Staatsminister v. Könneritz die Conferenz mit einer kurzen Anrede eröffnet, und dabei die Veranlassung zu der Versammlung berührt, den Tausch seiner Regierung über die beliebige Wahl von Leipzig, als dem Ort der Versammlung, ausgesprochen, auch daran die Bemerkung

geknüpft habe, daß in dieser Wahl eine günstige Vorbereitung für Erreichung des Zwecks der Versammlung gefunden werde, da schon der älteren Leipziger Wechselordnung in manchen andern Staaten Aufnahme und Geltung zu Theil geworden und von Leipzig aus bereits im 17. Jahrhundert der Antrag auf ein allgemeines Wechselrecht für Deutschland ausgegangen sei, benannte derselbe in obiger Nebenrolle die Regierungen Deutschlands, welche bis jetzt Abordnung in den Conferenzen eingeladen, oder doch mit Uebereinstimmung ihrer Stimme beauftragt hätten. Es wurde hierauf Seiten des

Herrn Geheimen Legationsraths von Patow bemerkt, daß man eines Abgeordneten von Seiten der Kurfürstlich Heßsischen und der Großherzoglich Oldenburgischen Regierung noch gewärtig sein könne, auch von dergeachteter Regierung Herr Dersgerichs Rath auch als Abgeordneter bereits benannt worden sei und man daraus, daß von den Regierungen der übrigen Deutschen Bundesstaaten, an welche die Einladung in den Conferenzen gleichfalls ergangen sei, dieser Einladung nicht Folge gegeben worden, durchaus nicht auf einen Mangel an Interesse für das Zustandekommen eines gemeinsamen Wechselrechts schließen dürfe, indem vielmehr in den meisten der eingegangenen Erklärungen ein solches Interesse auf ersichtlich Weise an den Tag gelegt und um Mittheilung der Resultate der Conferenzen zu weiterer Beschlußnahme ausdrücklich gebeten worden sei.

Es ward hierauf beschlossen, der Kurfürstlich Heßsischen und der Großherzoglich Oldenburgischen Regierung das Protocoll eben zu erhalten.

Zeramm sprach der K. K. Oesterreichische Abgeordnete Herr Hofrath Dr. Geisler zuvörderst den Dank der Versammlung für die freundliche und zuvorkommende Aufnahme aus, welche derselben Seitens der Königl. Sächsischen Regierung zu Theil geworden und knüpfte daran den Wunsch, daß der Herr Staatsminister von Könneritz, Excellenz, den Vorschlag in den Conferenzen und die Leitung der Geschäfte übernehmen möge. Die übrigen Herren Abgeordneten stimmten diesem Wunsche bei: allein

der Herr Staatsminister von Könneritz erklärte, daß ungeachtet des großen Interesses, welches Sie an der Frage stehenden Angelegenheit nehmen, dennoch anderweite Geschäfte Ihre stete Anwesenheit in Leipzig und somit die ununterbrochene Theilnahme an den Conferenzen unthunlich machten. Sie bemerkten daher, daß Sie dem an Sie gestellten Antrage nur dann entsprechen könnten, wenn zugleich aus der Mitte der Herren Abgeordneten Einer gewählt würde, der in Fällen Ihrer Behinderung Ihre Stelle vertreten. Die Versammlung erkannte dies an und es ward hierauf

Herr Geheimen Legationsrath von Patow einstimmig zum zweiten Vorstand erwählt.

Es ward nunmehr von dem Herrn Staatsminister von Könneritz die von Seiten der Königlich Preussischen Regierung unter dem 31. August 1847 erlassene Entskrift Punkt für Punkt vorgegangen. Hierbei erledigte sich Punkt 1. durch die im Vorstehenden gemachten Mittheilungen. Bei Punkt 4. ward von dem Herrn Staatsminister erwähnt, daß außer dem Königlich Sächsischen Entwurfe, schon vor längerer Zeit von Seiten der Königlich Württembergischen und Herzoglich

Braunschweigischen Regierung Entwürfe zu Gesetzen über das Wechselrecht und neuerlich von Seiten der Königlich Hannoverschen und der Großherzoglich Sächsischen Regierung die dasebst promulgirten Wechselordnungen, endlich die Entwürfe für Holstein und Lauenburg, so wie für Mecklenburg-Schwerin von den betreffenden Abgeordneten mitgetheilt worden. Die Bemerkung des Herrn Staatsministers zu Punkt 5., daß der zur künftigen Verhandlungen als Grundlage zu wählende Entwurf einer Wechselordnung nur die Bestimmung haben könne, als Leitfaden zu dienen, nach welchem einzelne Bestimmungen gerathet und nach Bedürfnis abgeändert, ergänzt oder auch in Wegfall gebracht werden können, ward einstimmig anerkannt. Auf Veranlassung des Punktes 6. schlug derselbe vor, die Frage: wegen schließlicher Redaction bis nach beendigter Durchgehung aller Paragraphe des Entwurfs auszuheben, hingegen die beschlossenen Abänderungen und Zusätze bald nach jeder Sitzung wenigstens vorläufig zu redigiren, um bei weiterem Fortschreiten der Verhandlungen den Zusammenhang mit früheren Beschlüssen nicht zu verlieren. Dies in voller Versammlung auszuführen sei schwierig und es stehe daher, schon um Einheit in dem Ausdruck und der Sprache zu erhalten, angemessen, dies Geschäft einem Abgeordneten der Regierung zu übertragen, deren Entwurf als Grundlage für die Verhandlungen angenommen worden sei. Die Versammlung war hiermit einverstanden, behielt sich jedoch die Wahl eines Ausschusses für diese Angelegenheit in einer späteren Sitzung vor. Bei Punkt 7. war man darüber einig, daß das Verhältniß einer jeden Regierung zu ihren Ständen unberührt, auch jeder dieser Regierungen frei bleibe, den vereinbarten Entwurf anzunehmen, abzulehnen, oder auch einen veränderten Entwurf zum Gesetz zu erheben.

Als jedam die Wahl des Entwurfs, welcher als Leitfaden für die künftigen Verhandlungen dienen sollte, zur Sprache kam, ward von mehreren Seiten darauf hingewiesen, daß der von der Königlich Preussischen Regierung ausgegangene Entwurf ganz besonders mit Hinblick auf eine mögliche Vereinbarung mit anderen Regierungen bearbeitet und eben deshalb in einer angemessenen Kürze redigirt worden sei. Dem zu Folge ward dieser Entwurf einstimmig als Grundlage für die künftigen Beratungen angenommen.

Auf den Wunsch der Versammlung, daß von Seiten der Königlich Sächsischen Regierung ein Protocollführer bestimmt werden möge, ward diese Function dem Stadtgerichtsrath, Herrn Dr. Haenckel übertragen; und man war in dieser Beziehung einverstanden, daß das Protocoll zwar in thunlichster Kürze abgefaßt werden, jedoch zugleich ein treues Bild der Statt gehaltenen Discussionen darlegen, namentlich die Gründe für und wider die Entscheidung bestrittener Punkte geben sollte.

Der Druck der Protocolle ward allseitig gewünscht; doch ward zugleich beßlossen, daß nur eine bestimmte Zahl von Exemplaren gedruckt, und Veröffentlichung derselben während der Dauer der Conferenzen ausgeschlossen bleiben solle.

Schließlich bemerkte der Herr Staatsminister v. Könneritz, daß von Seiten der Königlich Sächsischen Regierung für die Conferenzen eine Kanzlei bestellt worden sei, und der Aufwand für selbige von gedachter Regierung bestritten werde.

II.

Leipzig, den 22. October 1847.

In der heutigen Conferenz, zu welcher außer den in dem Protokoll vom 20. v. M. angeführten Herren Abgeordneten auch der Abgeordnete der Kurfürstlich Hessische Regierung,

Herr Obergerichtsrath Zuch

sich eingefunden hatte, ward von dem Herrn Abgeordneten der Herzoglich Braunschweigischen Regierung der im Jahre 1843 veröffentlichte Entwurf einer Wechselordnung für das Herzogthum Braunschweig unter die anwesenden Herren Abgeordneten vertheilt.

Als Norm für die nunmehr anstehende Beratung über die einzelnen Bestimmungen des als Grundlage angenommenen Entwurfs ward in Folge einer vorläufigen Bemerkung des Herrn Staatsministers angenommen, daß eben die Beziehung auf die Eigenthümlichkeiten des einen oder andern Landes, als die Beziehung auf die übrigen Staaten, deren Regierungen sich über eine gemeinschaftliche Wechselordnung vereinigen würden, zu vermeiden sei.

Nach diesen vorläufigen Bemerkungen wandte sich die Beratung zum Gegenwurfs selbst.

Der Königlich Preussische Abgeordnete, Herr Geheimen Justizrath Vischhoff, welcher den Vortrag übernommen hatte, erörterte zunächst nach Inhalt der Vorverhandlungen die Grundzüge des Entwurfs und erwähnte hierbei in Ansehung der bei Abfassung desselben befolgten Methode, daß das Bestreben, dem Geiste die möglichste Einfachheit und Kürze zu geben, einerseits in dem einstimmigen Wunsche der vor einiger Zeit vernommenen Sachverständigen, andererseits aber in der aus Vergleichung der Gesetze der Rheinländer und der altständischen Gesetzgebung, in Preußen mehr und mehr zur Geltung gekommenen Ueberzeugung beruhe, daß die Garantien einer sachgemäßen Uebersetzung weniger in den Details Bestimmungen der materiellen Gesetzgebung, welche dadurch leicht in eine gefahrbringende Kasuistik verfallen könne, als vielmehr in den Formen des Processes und der Art der Organisation und Belegung der in Handelsfachen competenten Gerichte zu finden seien.

Hierauf ging die Beratung zum ersten Abschnitt über, welcher von der Wechselfähigkeit handelt.

Zum §. I bemerkte der Herr Referent, daß aus den dem Entwurfe beizugebigen Motiven ersehe, aus welchen Gründen man die Fähigkeit, nach Wechselrecht sich zu verbinden, von der Fähigkeit, einen Darlehensvertrag einzugehen, abhängig gemacht habe. Indessen sei bekannt, daß diese Vorchrift in mannigfachen Erinnerungen Anlaß gegeben habe. Würden diese Bedenken von der Versammlung getheilt, so sei man sehr gern bereit, diese Beziehung auf den Darlehensvertrag fallen zu lassen, an deren Stelle die Dispositionsfähigkeit als Bedingung anzuerkennen und es einer Revision der Preussischen Gesetzgebung vorzubehalten, in welcher Art der legislative Zweck, der jener Vorchrift zum Grunde liege, anderweit zu erreichen sein dürfte. Diese Erklärung wurde alleinig angenommen und demgemäß, vorbehaltlich der Beschlußnahme über die etwa aus anderen Rücksichten nöthig erscheinenden Beschränkungen, die allgemeine Dispositionsfähigkeit als allgemeine Bedingung der Wechselfähigkeit anerkannt.

Hierauf kamen die Fragen zur Erörterung, ob Wechsel-

fähigkeit als Regel, oder als ein besonderes Recht der Kaufleute und einiger anderen Personen anzusehen, ferner ob die Wechselfähigkeit auf Wechsel jeder Art, ohne Unterschied zwischen gezogenen und eignen Wechseln anzunehmen sei.

In Ansehung der gezogenen Wechsel fand die Generalisirung der Wechselfähigkeit, mit Ausschluß einer Stimme, keinen Widerspruch.

Was dagegen die zweite Frage betrifft, ob nämlich die Ausdehnung der Wechselfähigkeit auch in Ansehung der eigenen Wechsel stattfinden soll, so stellte sich bei der über diese Frage erfolgten umfassenden Discussion das Bedenken heraus, ob es nicht räthlich sei, die Beantwortung jener Frage bis zu dem Zeitpunkte auszusetzen, in welchem die Bestimmungen des Entwurfs über die eigenen Wechsel (§§. 87—89) zur Erörterung kommen würden. Für die Ausziehung der Beratung wurde angeführt, daß erst in dem Fortschreiten der Discussion die Gründe für oder wider deutlicher und vollständiger sich würden erkennen lassen. Indessen entschied sich die Versammlung mit 14 Stimmen gegen 4, gleichwohl zur Beratung und Beschlußnahme über die Frage überzugehen, jedoch mit dem Vorbehalt, bei den Beratungen über die eigenen Wechsel anderweit zu prüfen, ob in dem Verlaufe der vorhergegangenen Erörterungen Gründe sich hervorgeboten haben würden, welche auf eine Modification der Wechselfähigkeit rückwärts der eigenen Wechsel führen könnten.

Ueber die Frage selbst sprach sich eine Majorität von 15 Stimmen gegen 3 dahin aus, daß in Ansehung der Wechselfähigkeit zwischen gezogenem Papier und eignen Wechseln kein Unterschied zu machen sei, da eigne Wechsel im Handelsverkehr ebenfalls als Zahlungsmittel benutzt würden, die Gefahr vor Mißbrauch der unbegrenzten Wechselverbindlichkeit nicht eben dringend erscheine, und eine Bestimmung, welche in Beziehung auf eigne Wechsel die Wechselfähigkeit aufhebe oder beschränke, nur zu leicht umgangen werden könne, namentlich, wie man jetzt allgemein und auch in dem Entwurf annehme, bei einem gezogenen Wechsel der Traffant gegen den Acceptanten wechselmäßig klagen könne.

Abweichend von den vorstehenden Ansichten der Majorität der Versammlung, nemlich die Bestimmungen über die Wechselfähigkeit in dem so eben angedeuteten Umfange in die gemeinsame Wechselordnung aufgenommen werden sollten, äußerten sich der Oesterreichische Abgeordnete, Herr Hofrath Dr. Heßler und der Kurfürstlich Hessische Abgeordnete, Herr Obergerichtsrath Zuch.

Der Erstere bemerkte unter Anführung der in dieser Beziehung in den Oester. Staaten bestehenden Gesetze und der von der Oester. Regierung in neuester Zeit angenommenen Grundsätze, daß dieselbe keinen Anstand nehme, in Bezug auf fremde, d. i. fremde, von einem Platz auf einen andern gezogene Wechsel die Wechselfähigkeit allen Personen, welche sich gültig durch Vertrag verpflichten können, mit bloßer Ausnahme der Militärpersonen, einzuräumen, daß sie aber hinsichtlich der eignen, wenn auch an einem andern Orte abzahlbaren, und hinsichtlich der am Orte der Ausstellung zahlbaren gezogenen Wechsel wegen des bei diesen Wechseln wahrgenommenen Mißbrauchs, und der dadurch entstandenen großen Benachtheiligung unerfahrener und leichtsinniger Personen be-

denken tragen müsse, die Wechselfähigkeit in Bezug auf solche Wechsel anderen Personen als Handelsteilen, Fabrikanten und öffentlich befähigten Gewerbetreibenden zu gestatten. Er trug daher darauf an, die allgemeine Wechselfähigkeit nur hinsichtlich der einwilligen förmlichen Wechsel auszuwählen, und die gegenseitigen Bestimmungen in Betreff der unwillkürlichen Wechsel der Legation der einzelnen Staaten zu überlassen.

Herr Obergerichtsrath Buchs dagegen wollte ohne weitere Unterbreitung zwischen den verschiedenen Fällen, die Wechselfähigkeit überhaupt keinen anderen Standtlassen als den Kaufleuten, Handwerksleuten und höheren Beamten zugesprochen wissen.

Endlich entstand auf Veranlassung der Bestimmungen des §. 1 die Frage: ob, abgesehen von dem, was §. 2 über die Befähigung des Personalarrests bestimmt, die Franken, sowie die Militärservicanten und die Minorjährigen, von der Wechselfähigkeit auszuweisen sein dürften?

Diese Frage ward in Ansehung der Franken mit 15 Stimmen gegen 3 bestritten, dann verneinend entschieden, weil durch die in neuerer Zeit fast überall ausgesprochene Aufhebung der Geschlechtsunterschiede wenigstens für unvortheilhafte Franken eine fast vollständige Dienstfähigkeit eingetreten sei, und die Möglichkeit einer unanfechtbaren Intercession für einen Dritten bei Verurteilung eines förmlichen Geschäftes nicht in Betracht komme. Auch für die Wechselfähigkeit der Militärs entschied man sich mit 15 gegen 3 Stimmen. Was endlich die Minorjährigen anlangt, so bedarf es keiner Erwähnung, daß in Ansehung ihrer, wie der übrigen verurtheilten Personen, nur die Frage entstehen kann, inwiefern durch die von ihren Vertretern ausgehenden Wechselklärungen eine wechselseitige Verpfändung herbeigeführt werden soll. Der Herr Staats-

minister von Könneritz bemerkte, daß in Sachsen Minorjährige durch den Vormund wechselmäßig nur in dem Falle verbindlich werden könnten, wenn sie Beilhaber eines Geschäftes wären, welches unter Concurrenz des bestellten Vormunds durch diesen oder durch einen iustitor verwaltert werde. Die Versammlung war der Ansicht, daß die Minorjährigen in der Wechselordnung nicht auszuweisen seien und es den Vormundschaftsordnungen der einzelnen Staaten überlassen werden müsse, zu bestimmen, in welchem Umfange die Vormünder zur Ausstellung von Wechseln Namens der von ihnen vertretenen Personen befugt seien.

Was die Fassung des §. 1 betrifft, so gab das in demselben gebrauchte Wort „Personen“ zu Bedenken Anlaß. Von einigen Mitgliedern wurde bemerkt, daß, da nach der Gesetzgebung mehrerer deutschen Staaten für Vereine und Actiengesellschaften die außerordentliche Concessionierung und die Ertheilung des Privilegiums einer moralischen oder juristischen Person zu ihrem rechtlichen Bestehen nicht erforderlich ist, der gewählte Ausdruck es unbestimmt lasse, ob der Paragraph auch auf Vereine zu beziehen sei, denen die Eigenschaften moralischer Personen nicht ertheilt worden sind.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, ward für räthlich erachtet, den Paragraphen entweder in der Art und Weise, wie dies in dem Braunschwäger Entwurf geschehen ist, oder mehr richtig nach Maßgabe der Fassung des Entwurfs für Holstein und Kauenburg zu redigiren. Doch sollen, wie mit 16 gegen 2 Stimmen beschlossen wurde, Anträge, wie „insofern, in dem Umfange“ u. s. w., welche Raum zu Zweifeln über den Umfang der Wechselfähigkeit geben, vermieden werden.

Hiermit wurde die Berathung für heute geschlossen.

III.

Leipzig, den 23. October 1847.

In der heutigen Conferenz ward nach Verlesung des über die geſährte Sitzung aufgenommenen Protocolls, wobei alle in dem letzteren angeführten Herren Abgeordnete gegenwärtig waren, zur Verathung über den §. 2 des Entwurfs geschritten, welche, nachdem der Herr Referent, Oberste Justizrath Buchs erst, erklärt hatte, daß die in dem Entwurf angelegenen Ausnahmen von Anwendung der persönlichen Haft als die alleinigen zur Erwähnung seien, theils auf diese Ausnahmen, theils auf die im Eingange aufgestellte allgemeine Bestimmung sich erstreckte.

Nach mehrfachen Erörterungen stellten sich endlich folgende Fragen heraus:

1. Ist anzunehmen, daß persönliche Haft für den Wechselschuldner das in der Regel zulässige Vollstreckungsmittel der gültigen Weise übernommenen Wechselverbindlichkeiten sei?

Diese Frage ward einstimmig bejaht. Man glaubte indeß, daß bei der künftigen Redaction der in dem Gentere befindliche Ausdruck: „insofern“ einer Erläuterung bedürftig werde. Diese gab der Herr Referent vorläufig dahin, daß mit jenem Ausdrucke angedeutet werden solle, es könne der

Personalarrest nicht bloß subsidiär, sondern auch neben und vor der Execution in das Vermögen verfaßt werden.

2. Sind die in dem Paragraphen aufgeführten Ausnahmen anzuerkennen?

Die unter Nr. 3 dieses Paragraphen angegebene Ausnahme, sowie die unter Nr. 4 ward einstimmig anerkannt, und nur in Ansehung der zuletztgedachten der künftigen Redaction anheim gegeben, statt der Worte: „und anderen juristischen Personen“ für den neu anzuerkennenden Entwurf andere zu wählen, da nach den bereits in der vorigen Sitzung vorgebrachten Bemerkungen nicht nach allen Gegenden der deutschen Staaten Actiengesellschaften ohne Weiteres als juristische Personen anzusehen seien, überhaupt aber etwas mehr hervorzuheben sein dürfte, was in dem Sinne des Textes eigentlich liege, daß nämlich persönliche Haft gegen die Theilnehmer von Vereinen der angegebenen Art nicht anwendbar sei.

Sodann ward auch die unter Nr. 2 bemerkte Ausnahme mit 13 Stimmen gegen 5, wiewohl mit der Modification angenommen, daß diese Ausnahme die letzte Stelle einnehmen und der Ausdruck: selbstständig, d. h. nach der Angabe des Herrn Referenten, für eigne Rechnung, in

Wegfall kommen solle. Der Vorschlag, das Wort Frauen, mit dem Wort Frauenzimmer zu vertauschen, ward mit 12 Stimmen gegen 6 abgelehnt, indem man bemerkte, daß der Ausdruck „Frauen“ in seiner allgemeineren Bedeutung zu nehmen sei, in welcher unter demselben überhaupt Personen des weiblichen Geschlechts begriffen werden.

Endlich ward einstimmig beschlossen, den Ausnahmefall unter Nr. 1 hinwegzulassen und statt dessen am Schluß des Paragraphen eine allgemeine Bestimmung zu setzen, nach welcher es der besondern Gesetzgebung jedes Staats vorbehalten bleibe, an-ordnen, ob und wie weit die Vollstreckung des Personalarrests auch in Beziehung auf andere als die in den anerkannten Ausnahmefällen vorkommenden Personen beschränkt werden solle. Nur darüber war man nicht einerlei Meinung, ob die Zulässigkeit einer weiteren Beschränkung allgemein oder nur für diejenigen Fälle, in welchen das öffentliche Recht die Anwendung der persönlichen Haft unthunlich mache, ausgesprochen werden solle. Das Letztere ward mit 13 Stimmen gegen 5 angenommen. Einer der Herren Abgeordneten bemerkte jedoch, er sei bei Bejahung der vorstehenden Frage davon ausgegangen, daß den Bestimmungen, welche nach §. 98 des Entwurfs in Betreff der Vollstreckbarkeit des Wechselarrestes dem Gemeinen der Regierung einzelner Staaten überlassen bleiben, diejenigen beizufügen seien, welche als Gebot der Humanität erscheinen möchten, wie z. B. die bereits bestehende oder etwa zu erlassende Verordnung, daß die persönliche Haft eine bestimmte Dauer nicht überschreiten dürfe, daß gegen beide wechselseitig verpflichtete Gegatten

nicht gleichzeitig mit der persönlichen Haft zu verfahren sei und daß der persönliche Arrest gegen den bis zu einer gewissen Stufe des höhern Alters gelangten Schuldner wegfalle. Sämmtliche Herren Abgeordnete erklärten sich hiermit einverstanden.

Gegen den Inhalt des §. 3, zu welchem nunmehr geschritten ward, fand sich zwar keine Erinnerung; wohl aber kam zur Sprache, ob nicht in dem ersten Abschnitt des Entwurfs Bestimmung zu treffen sei, 1) über die Wirkung, welche eine im Verfolg der Zeit eingetretene Veränderung in Ansehung der subjectiven Wechselbarkeit hervorbringe; 2) über die Frage, ob und wie weit ein an sich ungültiger Wechsel durch Hinzutritt einer eideschen Verpflichtung gültig werde; 3) über die Collision der Wechselgesetze. Man war aber zu 1 und 2 der Meinung, daß hier das Civilrecht als maßgebend anzuwenden sei, und verwies in Ansehung des Antrags zu 3 auf §. 76.

Der von einem Abgeordneten gemachte Antrag, den §. 86 des Entwurfs dem §. 3 folgen zu lassen und demnach sofort zur Berathung desselben überzugehen, führte zu dem Beschlusse, seiner Zeit bei Berathung des §. 86 zu erwägen, ob demselben eine andere Stelle anzuweisen sei.

Schließlich stellte der Vadenische Abgeordnete, Herr Ministerialrath Brauer den allseitig geschwimmten Antrag, bei Redaction des ausfertigen Entwurfs thunlich auf Entfernung von Worten und Ausdrücken in fremden Sprachen Bedacht zu nehmen.

IV.

Leipzig, den 25. October 1847.

In der heutigen Konferenz, welcher wegen der Abwesenheit des Herrn Staats-Ministers von Könneritz, der Herr Geh. Legationsrath von Patow präsidirte und außer den in den vorherigen Protocollen aufgeführten Herren Abgeordneten Herr Camphausen, Präsident der Handelskammer zu Köln

beiwohnte, wurde von dem Referenten, Herrn Geheimen Justizrath Bischoff vorgeschlagen, ehe man die einzelnen Bestimmungen der von den Exordinarissen eines Wechsels handelnden Paragraphen 4 bis 8 des Entwurfs erörtere, einige darauf Bezug habende Fragen allgemeinerer Art zur Entscheidung zu bringen.

Die erste dieser Fragen war:

soll das Bekenntniß der empfangenen Valuta als ein Erforderniß des Wechsels angesehen werden?

eine Frage, welche der Herr Referent nach den Motiven des Preussischen Entwurfs verneinend beantwortet zu müssen glaubte. Tiefer Anstimmten alle Anwesenden bei, mit Ausnahme des Herrn Camphausen. Der Letztere trug auf die Bejahung der vorstehenden Frage an, weil er keinen Fortschritt des Wechselrechts darin erblicken könne, daß die Form, in welcher ein Wechsel erscheinen solle, auf Kosten der Deutlichkeit oder der Richtigkeit des Ausdrucks abgekürzt werde. Es liege in der Natur der Wechselurkunde, daß in

dieselben mit der Leistung des einen Contrahenten die Gegenleistung des Andern angeführt werde, und die Frage sei nicht, weshalb das Bekenntniß beibehalten werden, sondern warum es weggelassen solle? Der Grund, daß in Folge der Beibehaltung dieses Bekenntnisses viele Papiere als Wechsel circuliren würden, ohne Wechsel zu sein, erscheine nicht erheblich, weil der Verkehr immer dahin streben werde, wie das Gesetz auch laute, neben den Wechseln, welche der in dem Gesetze vorgeschriebenen Form entsprechen, andere Papiere in Circulation zu bringen, welche jener Form nicht entsprechen und gleichwohl den erlangenden Credit zu ersetzen bestimmt seien. Von practischem Nutzen sei die Beibehaltung des Bekenntnisses wegen der dadurch beförderten größeren Uebersichtlichkeit der Handelsverbindungen und ihrer Natur, und weil dasselbe die Beurtheilung der Eigenschaften des umlaufenden Wechsels und die Ermittlung der Wahrheit der in dem Wechselproceß vorkommenden Einreden gegen die Wechselklage erleichtere.

Gegen diese Ansicht ward geltend gemacht, theils die Natur des Wechselgeschäfts als eines formellen, bei welchem die causa dehendi zurücktrete, theils die Unschimmtheit, in welcher das Bekenntniß der Valuta, da, wo es vorkommt, ausgedrückt zu werden pflege, wie z. B. Werth in Rechnung, in mir selbst u., theils endlich, daß in den meisten neuen

Wechselgegen die Formel des Bekenntnisses der empfangenen Valuta als überflüssig angesehen worden sei. Herr Campana erklärte hierauf, daß er bei der entscheidenden Ansicht der Versammlung auf die weitere Erörterung der Frage verzichte.

Die zweite Frage betraf die Zulässigkeit der Wechsel an porteur. Der Herr Referent war für die verneinende Beantwortung dieser Frage. Derselbe erkannte an, daß wenn man das sogenannte Indossament in blanco zulasse, auch ein Argument für die Zulässigkeit der Wechsel an porteur gegeben sei, zumal wenn man sich den Fall eines auf eigene Ordre gezogenen und dann in blanco girirten Wechsels denke. Er war aber der Ansicht, daß die Aufnahme solcher Wechsel als kein dringendes Bedürfnis des Verkehrs erscheine, daß einem solchen eben durch Anstellung eines Wechsels auf eigene Ordre mit darauf gebrachtem giro in blanco jedenfalls Genüge gegeben könne, und daß wenn in einer späteren Zeit das Bedürfnis solcher Wechsel dringender sich herausstellen sollte, es Sache der Gesetzgebung dieser Zeit sein werde, vermuthet einzugreifen. Auch von anderen Seiten ward gegen Zulassung der Wechsel an porteur eingewendet, daß Wechsel dieser Art als eine Art Cagienheine, Banknoten, mit einem Wort als eine Art von Papiergeld anzusehen sein würden, dessen Emission die Regierungen einzelner Staaten den Privatn schwerlich gestatten dürften. In Erwägung aller dieser Gründe ward beschlossen, daß Wechsel an porteur als gültige Wechsel nicht zuzulassen seien, jedoch ein förmliches Verbot derselben auszusprechen nicht nöthwendig erscheine, da es genüge, daß im §. 4 unter Nr. 3 des Entwurfs die Angabe eines bestimmten Remittenten deutlich vorgeschrieben sei.

Auf das von einer Seite erhobene Bedenken: wie ein Wechsel zu beurtheilen sei, welcher auf eine bestimmte Person oder den Inhaber laute, ward entgegen, daß durch den gebachten Zusatz nur das der genannten Person zugehörnde Recht der Begebung ausgesprochen werde, mithin ein so ausgestellter Wechsel nicht unter den Begriff eines Wechsels an porteur falle.

Sollen die Wechsel a uso, doppio uso, halben uso &c. in Ansehung der im Zulande angelegten Wechsel ferner beibehalten werden? Dies war die dritte von dem Herrn Referenten aufgeworfene und von denselben verneinend entschiedene Frage. Dänische anwesende Herren Abgeordnete stimmten darin überein, daß gegenwärtig dergleichen Wechsel im Zulande selten oder gar nicht vorkommen, und nur von einigen Völkern, z. B. von Hamburg zuweilen Wechsel a uso auf das Ausland, namentlich Spanien, gezogen würden. Man war einstimmig der Meinung, daß in Deutschland Wechsel mit uso nicht mehr ausgefertigt werden sollen, daß es aber, wenn die Fassung des §. 4 Nr. 4 angenommen werde, einer weiteren Bestimmung über diesen Gegenstand, wenigstens in dem in religiösen Entwurfe, nicht bedürfe.

Eine vierte Frage:

ob zu dem Weisen des Wechsels gehören solle, daß derselbe auf einen von dem Tite der Anstellung versehenen Ort gezogen werde?

Dasselbe Resultat ergab sich in Ansehung der fünften Frage, welche dahin lautete:

ob ein Wechsel ausdrücklich auf Ordre gestellt sein müsse, wenn er als Wechsel betrachtet werden solle? wozu man übrigens die Frage, ob ein Wechsel ohne die

Klausel „auf Ordre“ übertragbar sei, noch nicht entscheiden, sondern lediglich erklären wollte, daß eine solche Form der Anstellung eine zulässige sei.

Als man nach der Entscheidung über die vorsehenden allgemeinen Fragen zur Erörterung des §. 4 überging, gab die Bestimmung in Nr. 1 zu einer ausführlichen Discussion Veranlassung. Die Herren Abgeordneten von Hamburg führten aus, daß in Hamburg jedes auf Ordre lautende, die Eigenschaft einer Zahlungsanweisung an sich tragende gezogene Papier, im kaufmännischen Verkehr als Wechsel behandelt werde. Derartige Papiere, welchen man diese Eigenschaft verjagen wollte und die, wenn die Acceptations-Pflicht auf die als Wechsel bezeichneten beschränkt würde, wahrnehmlich in größerer Menge als früher, in Umlauf gebracht werden dürften, würden aufhören die Contabel zu sein, hierdurch würde der Verkehr an Sicherheit verlieren und durch die Entziehung eines Zahlungsmittels in einer Art beeinträchtigt werden, die nicht nur für Hamburg sehr nachtheilig, sondern auch weiter fühlbar werden würde. Außerdem komme in Betracht, daß nach der Gesetzgebung der meisten Länder, mit denen Deutschland in Handelsverkehr stehe, die Benennung als Wechsel nicht als Hauptforderniß vorgeschrieben sei und es wohl als wünschenswerth erachtet werden möchte, hierin wo möglich Uebereinstimmung mit dem zu erzielen, was in anderen Ländern gesetzlich festgesetzt sei. — Die Richtigkeit dieser Bemerkung, welcher übrigens der Frankfurter Herr Abgeordnete beipflichtete, ward nicht allgemein anerkannt und zugleich von mehreren Seiten erinnert, daß die Erörterung über diese Bemerkung Gegenstand einer späteren Verhandlung sein werde. Hier wo es um die Form des Wechsels und um ein in dem Wechsel selbst gegebenes unzweideutiges Merkmal sich handle, an welchem das Dasein eines Papiers sich erkennen lasse, welches wechselfähige Verbindlichkeiten zu begründen bestimmt sei, komme es nur darauf an, dies Merkmal zu fixiren, und das geschehe durch das in dem Paragraphen gewählte Wort „Wechsel“ auf völlig befriedigende Weise, wenn auch nicht geläugnet werden solle, daß der Ausdruck: „an Ordre“ zu gleichem Zwecke benutzt werden könne. Eine ganz verschiedene Frage sei es:

ob nicht neben dem eigentlichen als Wechsel bezeichneten Papiere auch andere dies Abzeichen nicht an sich tragende Papiere als zur Erzeugung wechselfähiger Verbindlichkeiten geeignet angesehen werden sollen?

Diese Frage, wenn sie überhaupt Gegenstand des Entwurfs sein und nicht vielmehr der Gesetzgebung jedes besondern Staats zur Beantwortung überlassen werden solle, gehöre in einen andern, der füglich erst dann seine Stellung finden könne, wenn über Form und Wirkung des eigentlichen Wechsels eine feste Ansicht sich gebildet habe.

Da auch über diesen letzteren Punkt eine Vereinigung nicht bewirkt werden konnte, so ward von Seiten des Vorlesenden bei dieser Divergenz der Meinung über einen so sich hochwichtigen Gegenstand und in Erwägung, daß man wohl nicht von allen Seiten eine darauf bezügliche Besprechung schon jetzt erwartet und demgemäß für heute vollständig sich vorbehalten haben werde, vorschlagen, die Discussion darüber bis morgen auszuschieben, womit man sich einverstanden erklärte.

Weniger Schwierigkeiten boten die übrigen Absätze des Paragraphen dar. Ueber Nr. 5, 7, 8 ward gar nichts erinnert. Nr. 2 wurde von einem Mitgliede beantragt, daß die in dem Wechsel zu erwähnende Geldsumme immer in Buchstaben ausgedrückt und demgemäß auch der §. 6 des Entwurfs

abgeändert werde. Man erkannte an, daß auf diese Weise zur Sicherstellung des Wechsels gegen Verfälschung beigetragen werde, aderte es aber für bedenklich, von der Anwendung dieser Sicherheitsmaßregel die Gültigkeit des Wechsels abhängig zu machen und lebte daher den Vorschlag mit 16 Stimmen gegen 2 ab.

Bei Nr. 4 ward zwar von einer Seite bemerkt, daß die Zeitbestimmungen, wie die hier aufgeführten, lieber später in einem besonderen Paragraphen hätten aufgestellt werden sollen, allein es ward darauf erwidert, daß es hier darum zu thun sei, das Formelle des Wechsels in Bestimmung der Zahlungszeit hervorzuheben und damit Bestimmungen wie *a uso*, *a piacere*, auszusprechen, obwohl es keineswegs die Absicht sei, die Worte: *Sicht*, *vista*, *dato*, als ausschließlich anwendbare Ausdrücke festzustellen, vielmehr den Interessenten vorbehalten bleibe, statt dieser Ausdrücke andere gleichgeltende zu wählen.

Auf die Bemerkung, daß die und da die christlichen Feste, z. B. Oötern, Weihnachten &c. oder auf andere Weise bestimmte Zeitabschnitte z. B. in Mecklenburg der Antonitermin

und der Johanniöstermin als Zahlungszeit häufig vorkommen, war man der Meinung, daß dieser Gebrauch in Beziehung auf Wechsel ausgeschlossen sei.

Zu Nr. 6 ward die Frage aufgeworfen:

ob überall der Angabe eines Datums für den Wechsel bedürfe?

Man ließ es aber bei der Bestimmung des Paragraphen bewenden, und hielt es nicht erforderlich, durch die Fassung des Paragraphen anzudeuten, daß das Datum das wirkliche Datum der Ausstellung sein müsse.

Auch war man der Meinung, daß Ausdrücke, wie *reispiger* *Sieratsche*, *traufunter* *Margarethen* &c., nicht geeignet seien, das ausgeschriebene Datum zu vertreten.

Der von einem Mitgliede gestellte Antrag, unter die Essentialien der Tratte das Tösin eines Zahlungsantrages aufzunehmen, indem sich der gezeigte Wechsel gerade hierdurch von dem eigenen Wechsel unterscheidet, fand keine Unterstützung. Man war der Meinung, daß die Hervorhebung solcher Unterscheidungen lediglich der Doctrin zu überlassen sei.

V.

Leipzig, den 26. October 1847.

Nachdem die heutige Sitzung unter dem Vorsitz des Herrn Geheimen Negationsraths von Patow und im Beisein der sämtlichen Herren Abgeordneten mit Vorlesung des Protocollés der gestrigen Sitzung begonnen hatte, trug der H. R. Oesterreichische Abgeordnete

Herr Hofrath Dr. Heidler

darauf an, in Beziehung auf die vierthe der gestern von dem Herrn Referenten vorgetragenen allgemeinen Fragen eine besondere Erklärung in den Acten zu nehmen. Diese Erklärung lautete dahin:

er betrachte zwar bei Bestimmung des Begriffs eines gezogenen Wechsels, von welchem er der jetzt zur Verabreichung vorliegende erste Abchnitt des Entwurfs handle, es nicht als wesentliches Kriterium eines solchen Wechsels, daß derselbe von einem Orte auf einen andern gezogen sei, müsse jedoch bemerken, daß nach Oesterreichischen Gebräuchen dies wirklich als ein Kriterium der förmlichen Wechsel angesehen werde: daß aber alle Wechsel, welche von dem Ansteller selbst an irgend einem Orte zu zahlen seien, sowie Wechsel, die ein Dritter an den Ort der Ausstellung zu zahlen habe, als unformliche Wechsel betrachtet würden, deren Ausstellung nur gehörig protocollirten Handelsteuten, Fabrikanten und Gewerbetreibenden gestattet sei. Diese Bemerkung gelte auch von dem im §. 5 erwähnten trassirten eignen Wechsel und von den Platzwechseln, von welchen im §. 18 sub Nr. 1 die Rede sei. Eine genaue Bestimmung des förmlichen oder fremden trassirten Wechsels sei übrigens von Wichtigkeit hinsichtlich der Vorschriften über den Kauf des Wechsels, da man bei einem solchen Kaufsgeschäft gewöhnlich einen gezogenen fremden Wechsel vor

Augen habe. Wenn nun von ihm, dem Herrn Abgeordneten, seine Zustimmung zu der Annahme ertheilt worden sei, daß in den ihm §. 4 des Entwurfs aufgestellten Gröternissen die Beziehung auf einen von dem Orte der Ausstellung verschiedenen Ort nicht gehöre, so sei dies nur mit Berücksichtigung der Ueberschrift des zweiten Abchnittes des Entwurfs und des Beschlusses, nach welchem die allgemeine Wechselbarkeit sowohl auf gezeigte, als auf eigne Wechsel ausgedehnt werde, geschehen und in diesem Maße zu verstehen.

Nachdem diese Erklärung zum Protocoll genommen war, ward die Erklärung über die in gestriger Sitzung ausgelegte Frage wieder aufgenommen.

Der Herr Referent erklärte: Der Vorschlag der Herren Abgeordneten von Hamburg betrafte im Wesentlichen dasselbe, was man bei Abfassung der Schlussbestimmung des Preussischen Entwurfs beabsichtigt habe, wo die Bestimmungen des Preussischen Vorentwurfs über kaufmännische Anweisungen und Handelsbills aufgegeben seien. Von der einen wie von der andern Seite habe man denselben Zweck, nämlich den Zweck, einer ungenügenden Vielfachfaltung der verschiedenen Arten der kaufmännischen Creditpapiere, sowie der Uebelständen, welche sich daraus für den Verkehr ergäben, vorzubeugen. Nur in den Mitleiden, welche zur Errichtung dieses Zwecks vorgezogen würden, seien die Mitleide verschieden. Der Vorschlag von Hamburg gehe dahin, alle Papiere, in denen eine Zahlungsanweisung enthalten sei, unter den Begriff des Wechsels zu bringen. Dagegen wolle Preußen alle Papiere, die nicht die wesentlichen Gröternisse des Wechsels enthielten, des speziellen Privilegiums der kaufmännischen Papiere entkleiden und unter die Herrschaft des gemeinen Civilrechts

stellen, nach welchem dann zu beurtheilen sei, ob und mit welcher Wirkung das Wechsel in Recht bestehen könne. Es lasse sich nicht beweisen, daß sowohl nach dem einen, wie nach dem andern Verhältnisse der Jurec erreicht werden könne. Indessen komme in Betracht, daß der Verfalltag von Preußen, der übrigens bei der Wichtigkeit der Sache auch positiv im Gesetz ausgedrückt werden könne, den Jurec auf eine weniger gewaltsame Weise ins Leben führen würde, als dies durch den Verfalltag von Hamburg geschehen möchte. Im deutschen Wechselrechte habe man, mit Ausnahme weniger Specialgesetzen, sowohl in der Legislation, als in der Doctrin nicht den Begriff des Wechsels auf das in Wechselform ausgestellte, und mit dem Ausdruck „Wechsel“ ausdrücklich bezeichnete Papier beschränkt; man habe auf die Bezeichnung „Wechsel“, in der man ein Zahlungsgeldstück für unerfahrene Personen erblidt habe, ein großes Gewicht gelegt und dem gemäß alle Zahlungsanweisungen, in denen sich dieser Ausdruck nicht finde, aus dem Begriff des Wechsels ausgeschlossen. Mit der Annahme des Verfalltags von Hamburg wurden nun aber alle diese Papiere unter den Begriff des Wechsels fallen; es würde letzterer eine sehr wichtige und bedeutungsvolle Ausdehnung erhalten und es würden bei der Ausdehnung der Wechselfähigkeit viele Regierungen mit Recht Bedenken tragen, diese Erweiterung des bestehenden Rechts zu sanctioniren. Sei dies aber verapzworfen, so erhebe es sich nicht räthlich, einen Grundsat zu ertheilen, der, wenn er nicht von allen Regierungen gleichmäßig angenommen würde, bei der Wichtigkeit seiner Folgen sehr geachtet sei, die Grundlagen eines gemeinsamen Wechselrechts zu erschüttern.

Schließl machte der Herr Referent darauf aufmerksam, daß nach der gegenwärtigen Lage der Beratung die nachfolgenden drei Fragen zur Entscheidung zu gelangen müßten:

1. in die Zustimmung unter Art. 1, §. 4 des Entwurfs anzunehmen?
2. Ist jedes „Tierre“ gestellte, gezeichnete Papier einem selbst, in welchem der Ausdruck „Wechsel“ vorkommt, gleich zu achten?
3. sollen Annehmungen in dem Sinne, wie solche in den Sachlichen Entwurf verlesenen, beibehalten werden?

Es wurde hierauf die Discussion über die vorstehenden Fragen eröffnet.

Von den Sachlichen Herren Abgeordneten wurde die Wichtigkeit der Beibehaltung eines Verfalls auf dem Credit des Ausstellers und der Interbanken beruhen, nicht acceptiren, übrigens aber den fernsten Wechsel gleichbedeutenden Papierses zunächst für die Sachlichen Verhältnisse hervor gehalten. Es wurde bemerkt, daß die Nothwendigkeit eines solchen Papiers besonders bei Einführung des prompten Accrets in Sachsen hervorgerufen sei, daß dasselbe als Zahlungsmittel des kleinen und mittleren Gewerbetreibenden diene, daß darauf die Selbstständigkeit des Leseren gegenüber den großen und reichen Rohfabrikanten beruhe und daß die Unterdrückung dieses Bedürfnisses mit wichtigen und nachtheiligen Folgen für die commercielle, industriellen und selbst sozialen Lage des Landes verbunden sein werde. Aber nicht allein in Sachsen zeige sich ein solches Bedürfnis, das um einen Theil auf dem verhältnismäßig kleinen Kapitalreichthum, der dem deutschen Gewerbetreibenden zu Gebote stehe, beruhe; es trafe überall in Deutschland hervor, wo ähnliche Verhältnisse beständen, so namentlich in den kaiserlich österreichischen Staaten, in Schlesien &c. und werde auch in dem südlichen Deutschland mehr noch als jetzt eintreten werden,

wenn der prompte Accept in Augsburg eingeführt werden sollte. Das Bedürfnis habe sich nur unter verschiedenen Formen Bahn gebrochen, so in Oesterreich im domicilirten Wechsel, in Sachsen und Schlesien in der Anweisung, im westlichen Deutschland noch unter anderer Gestalt. Es werde Aufgabe der Gesetzgebung sein, die Befriedigung des Bedürfnisses zu regeln, nicht ihm entgegen zu treten. In welcher Weise diese Regelung vorzunehmen sei, könne möglichst späterer Verhandlung vorbehalten bleiben, jetzt schiene es nur darauf anzu kommen, nicht den Weg dazu durch Annahme des Hamburger Verfalls abzuwenden, und von Seiten Sachsens müsse man wünschen, daß eine Beschlußnahme über diese hochwichtige Frage vertagt werde.

Von mehreren Seiten ward hierauf in Vorschlag gebracht, die Bestimmung von Art. 1, §. 4 des Entwurfs beizubehalten, jedoch unabhängig davon zu erörtern, ob neben den auf diese Weise bezeichneten trafrähten Wechseln auch andere Papiere, und welche, Wechselkraft haben sollten. Diese Erörterung sollte nach der Ansicht mehrerer Abgeordneten für den Schluß der Verhandlungen aufgespart werden.

Dem letzten Vorschlag ward wiederholt der Einwand entgegengehalten, daß die Discussion über den in Frage kommenden Punkt sich bereits zu ausdehnlich verbreitet habe, als daß es räthlich erdörbe, einen Beschluß über dieselbe weiter hinaus zu verschieben. Der Herr Referent erachtete einen solchen Aufschub auch in formeller Hinsicht für bedenklich, weil in der getragenen Sitzung die Entscheidung dieser Angelegenheit ausdrücklich der heutigen Sitzung anzuweisen worden sei. Da indes die Hamburger Herren Abgeordneten erklärten, daß sie die Auslegung der Beschlußnahme über ihren Vorschlag sich bereitwillig gefallen lassen würden, wenn nur auch die Abstimmung über §. 4, Art. 1 ausgesetzt werde, so ward der Punkt wegen der Auslegung der Genehmigung zur Abstimmung gebracht. Diese erfolgte; es ergab sich hierbei, daß eben so viel Stimmen für die Auslegung als gegen dieselbe sich erklärten und es ward nunmehr in Folge des votum decisivum des Herrn Referenten die Auslegung eines definitiven Beschlusses genehmigt.

Man ward nunmehr in der weiteren Erörterung des Entwurfs fest und war in §. 5 einverstanden, daß sowohl die sogenannten trafrähten einen Wechsel, als die Wechsel auf eigene Treue als wechselläufig angesehen werden sollten. In Betreff der ersteren kam in Frage, ob die Beschränkung: daß die Zahlung an einem anderen Orte, als dem der Ausstellung geschehen solle, beizubehalten sei. Dieser Punkt gelangte zur Abstimmung und es ward mit zehn Stimmen gegen acht entschieden, daß diese Beschränkung wegzufallen solle. Zugleich wurde auf den Antrag mehrerer Mitglieder beschlossen, die rechtliche Bedeutung der trafrähten eigenen Wechsel beim §. 87 noch näher zu bestimmen. Es nicht des für fremde Rechnung gezogenen Wechsels Erwähnung geschehen solle, man ebenfalls zur Frage; man hielt dies jedoch nicht für erforderlich und überließ der Jurisprudenz, das Eigenbümliche von Wechseln dieser Art hervorzuheben und nothigenfalls nachzuweisen, daß dieselben durch die Bestimmungen des Gesetzes nicht ausgeschlossen seien.

Bei Erörterung des §. 6 kam in Frage, was anzunehmen sei, wenn Abweichungen in Ansehung der Summe bei Bestimmungen der derselben Art sich zeigen. Auch hier traten verschiedene Meinungen hervor, indem auf der einen Seite die Angabe in dem Concert, auf der andern die geringere Summe als maßgebend angenommen ward. Mehrere Mit-

glieder trugen darauf an, den Paragraphen ganz wegzulassen und die entstehenden Zweifel dem richterlichen Ermessen anheim zu geben. Indessen entschied sich die Majorität der Versammlung, den Paragraphen mit einem den obigen Zweifel erläuternden Zusatz beizubehalten. Dieser Zusatz laut, wie dies mit 16 Stimmen gegen 2 beschlossen wurde, darin bestehen, daß in den Fällen, wo die Wechselsumme mehrmals mit Buchstaben oder mehrmals mit Ziffern geschrieben ist, bei einer sich ergebenden Verschiedenheit der Summen, für das Wechselverfahren die kleinere Summe als die zu zahlende erachtet werden soll.

In Ansehung des §. 7 gab man anheim, ob bei der Redaction dieser Paragraph mit §. 4, Nr. 8 vielleicht in eine angemessene Verbindung gebracht werden könne. Außerdem brachte Herr Vicepräsident Cincert noch die Bestimmung in Vorschlag, daß bei gänzlichem Mangel der Angabe eines Zahlungsorts, der Ort der Ausstellung des Wechsels in Betracht zu ziehen sei. Er rectificirte diesen Antrag durch die Bemerkung, daß es angemessener erscheine, dem Wechsel so viel als möglich Geltung zu erhalten. Indes fand dieser Antrag keine Zustimmung, vielmehr ward dagegen geltend gemacht, daß bei einem streng förmlichen Geschäft, wie es der Wechsel sei, die vorgeschlagene Modification bedenklich erscheine.

Beim §. 8 ward zunächst die Frage aufgeworfen, ob man nicht dem Inossament und dem Accept eines mangelhaft ausgestellten Wechsels wechselmäßige Wirkung gegen den Inossanten und Acceptanten beilegen solle. Für die bejahende Verantwortung dieser Frage wurde von einem Mitgliede angeführt, daß Inossament und Accept eines Wechsels als eigene Geschäfte anzusehen seien, welche selbstständig gewisse Wirkungen hervorbringen; dasselbe bezog sich insbesondere, was

das Inossament betrifft, auf die Bestimmung der §§. 71 und 72 des Entwurfs, welche mit der Bestimmung, daß das Inossament eines ungültigen Wechsels völlig wirkungslos sei, nicht in Einklang zu stehen scheine. Dieser Ansicht schloßen drei andere Mitglieder bei. Allein von mehreren Seiten ward ihr entgegengetreten. Der Herr Referent entgegnete auf das aus den §§. 71 und 72 entnommene Bedenken, daß in diesen Paragraphen ein wirklich unterschriebener Wechsel vorausgesetzt werde und nur die Nothwendigkeit der Unterschrift in Frage komme, während in dem vorliegenden Paragraphen von einem nicht unterschriebenen Wechsel, mithin von einem äußerlich sichtbaren Mangel die Rede sei. Ein anderes Mitglied fand eine Bestimmung, in Folge deren ein Inossant oder Acceptant verbindlich werden solle, während der Ausgeber, von welchem der vorhandene Mangel eigentlich verschuldet werden, von allem Anspruche frei bleibe, nichts weniger als angemessen. Nach längerer Besprechung des Gegenstandes ward einstimmig beschlossen, daß den vorgedachten Anträgen keine Folge zu geben sei, wobei jedoch vorausgesetzt wurde, daß die Frage ob und in welchem Maße aus einer mangelhaft ausgestellten Wechselerklärung ein nicht wechselmäßiger Anspruch statthabe, lediglich aus dem Civilrechte zu beantworten und nur vielleicht am Ende der Verhandlungen die Annahme einer Bestimmung zu beschließen sein werde, welche in Betreff aller solcher durch die Wechselordnung nicht entschiedenen Fragen ausdrücklich auf das Civilrecht verweise.

Ein Antrag, den letzten Abschnitt des Paragraphen wegzulassen, fand ebenfalls keinen Anklang und ward mit 15 Stimmen gegen 3 abgelehnt. Eben so wurde eine Modification, welche, in Ansehung der Gültigkeit des Accepts bei Mängeln der §. 4, Nr. 6—8 angegebenen Art beantragt worden war, mit 14 Stimmen gegen 4 abgelehnt.

VI.

Leipzig, den 27. October 1847.

Nach Eröffnung der Conferenz und Vorlesung des Protokolls über die gestrige Sitzung ging man sofort zur Betrachtung des §. 9 über. In Beziehung auf diesen Paragraphen ward erinnert, daß es zweckmäßig erscheine, hier, sowie an einigen anderen Orten des Entwurfs, nicht von dem „Eigenthümer“, sondern von dem „Inhaber“ des Wechsels zu sprechen; sowie: daß das Schlüsselwort: „wechselmäßig“ überflüssig erscheine. Was die erste Erinnerung anlangte, so ward beschlossen, der Redaction anheimzugeben, bei jedem Paragraphen den Ausdruck zu wählen, der dem in dem Paragraphen behandelten Verhältniß am angemessensten sei. Der zweite Antrag aber fand keinen Anklang; man hielt vielmehr für wünschenswerth, daß bei der anderweiten Redaction des Entwurfs, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, überall von der Haftungspflichtigkeit der verschiedenen Wechselverbindungen bestimmt wird, ausdrücklich hervorgehoben werde, daß nur die Verpflichtung nach Wechselrecht Gegenstand der

Bestimmung sei. Dagegen wurde beschlossen, die Worte: „dem Remittenten und jedem spätem Eigenthümer des Wechsels“ aus dem Entwurfe hinwegzulassen, da sie sich, soweit sie den Remittenten betreffen, von selbst verstehen, im Uebrigen aber aus den späteren Bestimmungen hervorgehen, daß und inwiefern der Ansteller den Nachfolgenden des Remittenten hafte.

Wegen der folgenden Paragraphen wurde von einer Seite bemerkt, es sei nicht vielleicht zweckmäßiger sein würde, zuerst von dem Wechsel in der einfachen Gestalt, in welcher bloß Trafsant, Remittent und Trafsat als die dabei Interessirten vorkommen, zu handeln und erst nachher auf den complicirteren Fall des Inossaments überzugehen. Die Versammlung gab indes dieser Bemerkung keine weitere Folge, in Betracht, daß die Bestimmungen der späteren Abschnitte auch die Inossanten und Inossatare betreffen, mithin die Vorschriften über das Inossament denselben vorhergehen müssen.

Der Referent, Herr Geh. Justizrath Wischhoff, brachte ferner die Präjudizialfrage zur Entscheidung:
ob nach Maßgabe des §. 13 des Genußes das sogenannte giro in blanco als gültig und wirksam anerkannt werden solle?

Herr Camphausen sprach sich in Beziehung auf diese Frage vornehmlich aus, um dar, da Niemand in der Versammlung über oder gegen das Intereßament in blanco das Wort nehmte, nur kurz einige der Gründe vorbringen zu dürfen, wegen denen er sich dagegen erklären müsse. Die Uebnahme von Verpflichtungen durch bloße Namensunterkunft, ohne ihren tatsächlichen Ausdruck durch Werte, sei ein unmarthales Verfehen, das beiderseitige Gründe in seiner Rechtfertigung bedürfe. Er nehmte diese Gründe nicht wahr und wenn er auch wüßte, daß durch den das Verfehen zum nichtenenden Verlust der Versammlung ein wesentlicher Bestandtheil des Intereßaments bereits beeinträchtigt sei, so berechnete dies anderseits in der Erwartung, daß die Beibehaltung der übrigen Bestandtheile (Zahlungs-Außerfetzung am Orte, Name des Intereßanten und Datum) um so geringerem Bedenken unterliege. Es sei kein Bedürfnis vorhanden, durch erleichterten Umlauf von Hand in Hand den Wechsel dem Gekte zu assimiliren, im Gegentheil sei durch die Erfahrung von den letzten 50 Jahre der Staatswissenschaft das als ein Axiom geworden, daß alles Falschgeleit unter der Beaufsichtigung der Öffentlichkeit stehen und daß Jedem die Verantwortlichkeit der für die Einlösung vorhandenen Garantien möglichst leicht gemacht werden müsse. Das Bedürfnis des Umlaufes unterseide sich sehr von dem Bedürfnis des Perpetual Credit; beide hätten sich innerhalb der ihnen angewiesenen Grenzen zu bewegen. Dem gefunden Gekte, der Selbstthätigkeit des allgemeinen Verkehrs entspreche es, daß Jeder den Lauf der Wechsel von einer Hand in die andere verfolgen könne. Er wolle nicht bestreiten, daß es häufig für den Einzelnen vortheilhaft sein werde, das Blanco Intereßament zur Verdeckung seiner Wechsel Operationen benutzen zu können, daß mancher Privatmann sich dadurch im Stande sehen werde, im Verbergehen bedeutende Wechselgeschäfte zu betreiben; dieser Vertheil des Einzelnen gefalle ihm aber zum Nachtheil für das Allgemeine, in dessen Interesse es liege, die Verheimlichung auffallender Wechsel Operationen zu verhindern. Von großer Wichtigkeit für die Zulassung des Blanco Intereßaments für diejenigen Handelsbänder an den größeren Verträgen, welche häufig Aufträge ihrer Freunde zur Uebnahme von Wechseln auszuführen hätten: sie würden sich in der Lage befinden, die Aufträge ohne ihr eigenes Giro auszuführen, und ihre Sorgfalt werde auf Kosten der Selbstthätigkeit des Wechsel-Verkehrs eine geringere sein, als wenn sie sich vermöge ihres Intereßaments dem Wechselverkehr ausweisen müßten. Der Nachtheil werde erdwert und unmöglich, wenn der Inhaber den Wohnort der Blanco Intereßanten nicht in Erfahrung bringen könnte: dies ist eben hinsichtlich der bekannten und bedeutenden Handelsfirmen denkbar, deutlicher aber werde der Uebelstand, wenn sich unter den Intereßanten häufig vornehmende Namen, wie Müller, Becker, Schmidt befinden, wo es geradezu unmöglich werden könne, in der vorgerückten Frist zu ermitteln, wo der betreffende Müller, Becker oder Schmidt wohne. Außerdem sei die Forderung des Intereßaments erforderlich in Vereinen in Circulation, zur Verhinderung von Täuschungen, von Antebahnungen, von betrüglichen Entziehungen bei Fälligkeiten. Auch die Zulassung der Blanco-Intereßamente sei, wenn

nicht die Nothwendigkeit, doch die Veranlassung gegeben, nun auch die Ausfüllung aller Intereßamente als ein gesetzliches Recht dem jedesmaligen Inhaber unvorennehmend und dadurch den Legteren zur Angabe von Thatfachen, deren Richtigkeit er nicht kenne, zu ermächtigen. Ihm stehe in dieser Beziehung eine Verletzung des öffentlichen Rechtsbewußtseins zu liegen, welche, wenn sie eine unvernünftige Folge des Blanco Intereßaments wäre, allein dessen Verwerfung begründen würde. Das Intereßament in blanco mit der gesetzlich Ermächtigung zur Ausfüllung Aller werde um so bedenklicher, weil die ungebührliche Anwendung der in den §§. 15 und 17 des Genußes gestatteten Zusätze die wechselseitige Verbindlichkeit unterbrechen würde. Er wolle schließlich sein durchschlagendes Gewicht darauf legen, daß die bestehende Gesetzgebung in weitem Kreise die Ausfüllung des Intereßaments verbiete, da jedoch die Conferenzen zusammengetreten sei, um für einen großen Vortheilskreis ein gemeinschaftliches Recht zu gewinnen, so vermöge er es auch nicht für gleichgültig zu erachten, ob durch den Verlust der Versammlung in einer wichtigen Angelegenheit die Gleichförmigkeit für 100 Millionen oder für 40 Millionen Menschen vorbereitet werde.

Zu dieser Erklärung bemerkte der Großherzoglich Hessische Bevollmächtigte, Herr Ministerialrath Dr. Frey enbach, weiter: Er würde sich erlaubt haben, die für die Nothwendigkeit des Verfehenens, also gegen die Statthalterkeit des Blanco Intereßaments sprechenden, von den Behörden des Großherzogthums, welche den Entwurf begutachtet haben, angeführten Gründe der Conferenzen vorzutragen, wenn nicht die so eben vernommene Auseinandersetzung des Herrn Camphausen das Wesentliche bereits enthielte. Auch in der Hessischen Rheinprovinz wünschte man in dieser Beziehung die Beibehaltung des code de commerce, und nicht minder sei der Handelsstand der Stadt Offenbach hiemit einverstanden. Er könne daher nur wünschen, daß es der Versammlung gefallen wolle, jene Gründe in Erwägung zu ziehen; sollten sich jedoch durch dieselben die übrigen Herren Abgeordneten nicht bestimmen lassen können, von dem §. 13 abzugeben, so werde er allein seinen Tischen machen.

Hiegegen ward bemerkt, daß man zwar das Gewicht der angeführten Gründe nicht verkennen wolle, jedoch nicht unbekannt lassen dürfe, daß das Blanco-Intereßament schon seit sehr langer Zeit und selbst im Widerspruch mit bestehenden Gesetzen, im Verkehr sich geltend gemacht habe. In dieser Beziehung führte Herr Vicepräsident Gintert die Leipziger Wechsel-Erklärung vom Jahre 1682 als Beleg an, in welcher das giro in blanco nach dem Vergang der Statuten einiger Reichshände abgeschafft werde; was unverkennbar auf ein früheres Bestehen dieser Art des Giro hinweise. Er bemerkte dabei, daß obgleich das in der Leipziger Wechsel-Erklärung ausgesprochenen Verbot der Gebrauch des giro in blanco wie an anderen Orten, so auch in Sachsen, im Verkehr sich erhalten habe und daß es unter diesen Umständen ebenfalls erseheine, einer nicht zu beweisenden Mance entgegen zu treten. Nicht minder wurde erwähnt, daß selbst in Frankfurt, wie es notorisch sei, eine große Menge Gesetzen mit Intereßament in blanco negotiirt und daß dabei den Inhabern nicht das Recht abgesprochen werde, das Eigenthum zu übertragen, indem sich die Sache so stelle, daß man bei den Gesetzen freilich solche Inhaber nur als Mandatäre ansehe, doch aber, unter Bestimmung von Schriftstellern über das Handelsrecht, zu dem Resultate gekommen sei, daß solche

Zuhaber als Mandatäre das Recht hätten, das Eigenthum zu übertragen, daß man aber freilich in Frankreich diesen ungewissen Zustand als etwas Störendes empfinde und eine Veränderung durch die Legislation herbeiwünsche, daß ferner, was die übrigen angeführten Nachteile des Indossament in blanco betrefte, ein Ceder, der einen Wechsel kaufe oder annehme, die Güte des Giro nach dem ihm bekannten Namen beurtheilen und eventualiter verlangen werde, daß derjenige, von dem er den Wechsel erhalte, ihn auch inschreibe, und daß es endlich an einer entsprechenden Strafe liegen dürfte, die geeignet erschiene, einem etwaigen Verbot des Blanco-Giro Wirkung zu verschaffen. In Erwägung dieser Gründe erschied die Versammlung sich einstimmig für die Zulassung des Blanco-Indossamentes.

Der Herr Referent erwähnte hierauf mit Beziehung auf §. 10 des Entwurfs der Versammlung die zweite Vorfrage; die Frage nämlich:

ob auch Wechsel, welche nicht ausdrücklich auf Ceder gestellt sind, als übertragbar durch Giro anzusehen seien?

Hier zeigte sich eine bedeutendere Verschiedenheit der Ansichten. Von den Herren Abgeordneten für Hamburg wurde hervorgehoben, wie es im Handel und namentlich im Wechselverkehr hergebracht sei, den Begriff der Negotiabilität des Documentes gerade an den Ausdruck „Ceder“ zu knüpfen; wie dieser Ausdruck in vielen Ländern für den Wechsel und das Indossament, in anderen wenigstens für den Vort des Wechsels unbedingt erforderlich werde, wenn ein begebbares Papier vorhanden sein solle; wie ferner wesentlich in Betracht komme, daß man bei einer Negesnahme in fremden Ländern beim Fehlen dieses Wortes leicht auf Schwierigkeiten stoßen könne, und man endlich sich auch bei dem Sage, daß nun doch nach heimischem Rechte die Sache in Trennung sei, nicht beruhigen dürfe, wenn man wisse, wie schwierig eine Beweisführung nach diesem Rechte in der Fremde sei.

Diese Ansicht ward von mehreren Seiten unterstützt.

Von anderen Mitgliedern wurde dagegen für die bejahende Beantwortung der Frage angeführt, daß nach vielen deutschen Wechsel Urtheilen der Zusatz: „oder Ceder“ nicht erforderlich sei, um einen Wechsel begebbar zu machen. Man müsse dies um so mehr als richtig anerkennen, als das Verbot der Begebung den Wechsel seiner natürlichen Function, seiner eigentlichen Bestimmung als Zahlungsmittel entfremde und daher sein eigentliches Wesen zerstöre. Sollte gleichwohl ein solches Verbot der Begebung eintreten, so sei dies allemal als eine Ausnahme von der Regel zu betrachten und so müsse es dann auch das Weis nehmen. Man müsse die Begebung an das bloße Wort „Wechsel“ und den damit verbundenen Begriff knüpfen und die Ausnahme nur dann eintreten lassen, wenn ein Geber das Besondere durch ein ausdrückliches Verbot des Regelmäßigen angeordnet habe. Anders sei die Sache allerdings zum großen Theil in ausländischen Gesetzgebungen aufgestellt: allein die Bestimmungen eines für Deutschland zu entwerfenden Wechselgesetzes mit dem im Auslande gültigen Recht überall in Einklang zu bringen, sei unmöglich.

Die aufgeworfene Frage gelangte hierauf zur Abstimmung und ward mit 11 gegen 4 Stimmen bejahend entschieden.

Hierauf war man einstimmig darin einverstanden, daß wenn der Wechsel selbst nicht auf Ceder gestellt zu werden brauche,

um begebbar zu sein, es auch der Worte: „an Ceder“ für die darauf gebachten Indossamente nicht bedürfe.

An die vorstehende Erörterung knüpfte sich die weitere Frage:

Welche Folge eine gegen das im Wechsel ausgedrückte Verbot bewirkte weitere Begebung des Wechsels habe?

Der Herr Referent war der Meinung, daß das Verbot bloß die Unhaltbarkeit des Negesses gegen den Aussteller zur Folge habe. Der Sachverständige Herr Vicepräsident Cuvier stimmte dieser Meinung bei und erklärte sich erklärend noch dahin, daß in Abnung des Verhältnisses unter denen, auf welche der Wechsel übergegangen sei, nichts geändert werde, vielmehr würden ihnen wechselseitiger Negess Statt finden.

Von mehreren anderen Seiten ward dagegen behauptet, daß eine gegen ein ausgedrücktes Verbot unternommene Begebung unwirksam, namentlich nicht geeignet sei, wechselseitige Wirkungen hervorzuheben, daß hierbei das Interesse des Ausgebers beachtet werden müsse, dem oft viel daran liegen könne, daß das von ihm gemachte Geltschaft ein Geheimnis bleibe und daß dies Interesse nicht besser gewahrt werde, als dadurch, daß jede dem Verbot zuwiderlaufende Handlung erfolglos sei. Eine Vereinigung der verschiedenen Meinungen war nicht zu ermitteln, ungeachtet gegen die letzte Ansicht geltend gemacht ward, daß der, von welchem das Verbot ausgegangen sei, wenigstens eine Uebertragung durch Gesinn nicht hindern könne und sein Interesse vollkommen gewahrt sei, wenn er von den Negessamprühern eines Dritten befreit bleibe. Es ward daher zur Abstimmung geschrieben und mit 16 Stimmen gegen 2 entschieden, daß die einem Verbot zuwider vorgenommene Indossament ungültig sei. Demgemäß faßt ein Wechsel, in welchem der Aussteller die Begebung ausdrücklich untersagt hat, durch Indossament, also mit wechselrechtlicher Wirkung, überhaupt nicht übertragen werden. Der Redaction wurde vorgehalten, dieses durch die Fassung des Paragraphen noch bestimmter hervorzuheben. Gleichwohl war man darüber einverstanden, daß die Frage: ob eine solche vom Aussteller verbotene Uebertragung eines Wechsels unter Umständen und nach Maßgabe der gebrauchten Form als Gesinn gültig sein könne, nach dem Civilrechte eines jeden Staates zu beurtheilen sei.

Außerdem ward um §. 10. noch für die Redaction in Vorschlag gebracht, statt der Worte: „seine Rechte“ die Worte: „die auf dem Wechsel beruhenden Rechte“ zu setzen, um auszudrücken, daß der Indossatar durch die wechselseitige Uebertragung alle aus dem Inhalte des Wechsels hervorgehenden Rechte selbstständig und unabhängig von dem persönlichen Rechtsverhältnisse erwerbe, welches zwischen dem Aussteller und anderen Vornahmen des Indossatars stattfinden.

Gleichergestalt ward in §. 11, welcher nunmehr zur Erörterung gelangte, in Vorschlag gebracht, die Worte: „des Indossanten“ und: „neuen Eigenthümer“ wegfallen zu lassen, statt des Ausdrucks „begeben“, der nur für den Fall des Verkaufs gebraucht werde, einen anderen umfassenderen, wie etwa „übertragen“ zu substituieren und überhaupt für den letzten Satz eine präcisere Fassung zu suchen.

Der folgende §. 12 gab keine Veranlassung zu einer Discussion und in §. 13 ward nur für die Redaction eine andere Fassung, wie etwa folgende:

ein Blanco-Indossament wird durch die auf der Rückseite

des Wechsels getraute Namenschrift vollzogen und hat die Wirkung eines förmlichen Indossaments, in Verfalltag gebracht.

Darauf kam beim §. 14 in Frage, ob dem Inhaber zu gestatten sei, ein Blanco Giro in dem Umfange auszufüllen, wie dies der Paragraph zu erlauben scheine. Man hielt dafür, daß jedenfalls das Wort: „insbesondere“ gestrichen werden müsse, weil dasselbe vielleicht dahin mißverstanden werden könne, daß außer Namen oder Firma des Indossatars, Ort und Datum, auch noch irgend etwas Anderes eingetragen werden dürfe, was offenbar nicht in dem Sinne des Gesetzes liege. Mehrere Stimmen hielten den ganzen Zwischenatz: „insbesondere“ bis „einzurufen“ für überflüssig, von anderen wurde die Befugniß, Datum und Ort des Indossaments auszufüllen, wenigstens insoweit bestritten, als nicht etwa die Note sei von demjenigen Blanco-Indossament, durch welches der Wechsel auf den demaligen Inhaber übergegangen sei. Man bemerkte, daß, was früher giri in blanco anlauge, Ort und Datum dem berechtigten Inhaber in der Regel unbekannt sein würden, mißbill, wenn gestattet werden sollte, auch solche Indossamente mit Ort und Datum auszufüllen, leist Veranlassung zu unwarren Angaben gegeben sei. Taggen wurde bemerkt, daß die Ausfüllung des letzten Indossaments allein zu gestatten, von keinem wesentlichen Nutzen sein und das Verbot, frühere giri auszufüllen, Nöthen in der Legitimation zur Sache veranlassen und den Zweck

nicht erreichen lassen würde, sich gegen Mißbrauch der Blanco-Indossamente durch deren Ausfüllung sicher zu stellen. Endlich ward auch zu erwägen gegeben, ob nicht, ehe bestimmt werde, was bei einem Blanco-Giro auszufüllen werden könne, zu bestimmen sei, was zu dem Wesen eines förmlichen Indossaments gehöre.

Bei dieser Verschiedenheit der Ansichten stellten sich drei Fragen heraus, welche zur Abstimmung gelangten.

Die erste dieser Fragen: Soll dem §. 14 eine Angabe der Erfordernisse eines vollständigen Indossaments vorhergehen? ward mit 16 Stimmen gegen 2 verneinend entschieden.

Die zweite Frage: Soll der Mittelatz des §. 14 von dem Worte: „insbesondere“ bis zu dem Worte „einzurufen“ beibehalten werden? ward mit 17 Stimmen gegen 1 verneint.

Die dritte Frage endlich: Sollen die demnach verbleibenden Worte des Paragraphen einen die Befugniß beschränkenden Zusatz dahin erhalten, daß nur die Namen der Indossatäre einzurufen seien? ward von 5 Stimmen bejaht, von 13 aber verneint.

In Beziehung auf §. 15 adteerte man für die künftige Redaction nöthig zu bemerken, daß statt der in dem Paragraphen ausgezeichneten Worte auch andere gleichbedeutende gebraucht werden könnten.

VII.

Leipzig, den 28. Oktober 1847.

Nachdem die Conferenz in Gegenwart der sämmtlichen Herren Abgeordneten unter dem Vorhitz des Herrn Geheimen Legationsraths von Patow eröffnet und das Protocoll der getriggen Sitzung verlesen worden war, wurde um §. 10 nachträglich die Anstcht ausgesprochen, daß es notwendig sei, in demselben eine bestimmte Disposition rücksichtlich der Folgen anzunehmen, welche eine gegen das Verbot des Ausgebers bewirkte Begebung nach sich ziehe. Von mehreren Seiten war man damit einverstanden und schloß namentlich als eine den bisherigen Verhandlungen entsprechende Bestimmung den Zusatz vor:

Daß gegen ein solches Verbot bewirkte Indossament hat keinerlei rechtliche Folgen.

Die Berücksichtigung dieses Vorschlages wurde der Redaction überlassen, zugleich jedoch anerkannt, daß die Gestaltung eines Indossaments ohne wechsellässige Folgen, durch die Fassung des Entwurfs nicht ausgedrückt werden soll.

Es ward hierauf zur Berathung des §. 16 geschritten. Der Herr Referent machte vorüberlich auf die Ursachen aufmerksam, aus welchen, mit Ausnahme des Preussischen Landrechts und der Bremer Wechsel-Ordnung die meisten Wechselgesetze das Indossament eines verfallenen Wechsels theils gar nicht er-

wähnt, theils gegen dasselbe sich ausgesprochen haben. Er hob insbesondere hervor, daß für eine Bestimmung der letzten Art, theils innere, theils äußere Gründe sich angeben ließen. Zu jenen gehöre vornämlich, daß der Wechsel mit Eintritt des Verfalltages seine Vererbung als Wechsel bis auf die etwaige Regreßnahme gegen diejenigen, durch deren Hände er bis dahin gegangen sei, verliere und, wenn bei nicht erfolgter Einlösung, nach Verfall eine weitere Begebung statfinde, der Gegenstand eines neuen Geschäftes werde, bei welchem, außer der ersten Reihe von Indossanten, auf die der Wechsel vor Verfall übergegangen, eine zweite Reihe von Indossanten und Indossatären, die erst nach dem Verfalltage eingetreten seien, sich bilde. Die hiermit entstehenden Schwierigkeiten, dem nach Verfall bewirkten Indossament practische Geltung zu verschaffen, sowie insbesondere der Umstand, daß nicht alle hierbei in Frage kommenden Umstände durch den Wechsel selbst dargehen werden können, müßten als äußere Gründe angesehen werden, wegen deren man das Indossament nach Verfall ansuekenennen Anstand genommen habe. Der Herr Referent stimmte für die Fassung des Entwurfs und bemerkte, daß, wenn in dem Entwurfe dem Giro nach Verfall die Wirkung einer Cession beigelegt werde, damit namentlich gesagt sein solle, daß derjenige, welcher aus einem ihm nach Verfall

gigten Wechsel Ansprüche erhebe, sich dieselben Einreden gefallen lassen müsse, welche gegen den Cedenten geltend zu machen gewesen wären.

Die Hamburger Herren Abgeordneten erklärten sich mit der Bestimmung des §. 16 einverstanden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß sie nicht bei allen nach dem Verfalltage, sondern nur bei den nach Aufnahme des Protestes Mangels Zahlung ausgeschalteten Indossamenten zur Anwendung komme. Denn verfallene, aber noch nicht Mangels Zahlung protestirte Wechsel würden häufig negotiirt und das Bedürfnis des Verwehres erfordere, daß bei ihnen das Indossament auch ferner mit voller Wirkung zugelassen werde. Auch sei die Bestimmung des §. 16 auf die wegen nicht erfolgter Einlösung protestirten Wechsel schon deshalb erforderlich, weil man bei der Zulässigkeit eines nicht datirten Indossaments und des reinen *Blanco*-Indossaments in den meisten Fällen kein äußeres Kennzeichen für die Zeit der Indossirung habe, mithin genöthigt sein werde, die Indossamente als vor dem Verfalltage ausgestellt zu betrachten, sofern nicht aus einer Vergleichung mit dem Proteste Mangels Zahlung, der ja eine Abkürzung des Wechsels enthalten müsse, das Gegentheil sich ergebe. Der §. 16 des Entwurfs werde daher etwa nachstehende Fassung erhalten müssen:

Das nach Erhebung des Protestes Mangels Zahlung gezeichnete Indossament hat keine andere rechtswirksame Wirkung, als daß die Rechte des Indossanten aus den Indossatar übergehen.

Von mehreren Seiten erklärte man sich, ohne auf diese Unterscheidung einzugehen, überhaupt dagegen, in der Wechselordnung auszusprechen, „daß ein Indossament unter der Voraussetzung des Paragraphen eine Cession sei.“ Denn Indossament und Cession wären, wie solches auch in den Motiven des Entwurfs ausgebeugt werde, in ihrem inneren Wesen von einander verschiedene Dinge und eines derselben könne daher nicht wohl in das andere übergehen. Jener Satz werde zu der irrigen Theorie Anlaß geben, es sei der eigentliche Kern des Indossaments eine Cession und dieser Kern träte jedesmal da hervor, wo die besondern rechtswirksamen Verstärkungen und Zuthaten, durch welche er verdeckt sei, hinwegfielen. Eine solche Theorie werde ferner zu Verwirrungen führen und sei für ein gemeinsames Geis um so weniger brauchbar, als die verschiedenen Civilrechte keineswegs völlig gleiche Grundsätze über Cessionen enthalten. Es lasse sich auch der Ausweg ohne Zurückgehen auf die Cession wohl finden. Da nach dem Verfalltage bis zur Verjährung die Wechselkraft noch bestehe, so müsse man es hinsichtlich des Indossaments schließlich bei den gewöhnlichen wechselfectuellen Folgen lassen. Zwar könne man glauben, das Indossament enthalte eine neue Zahlungsaufforderung und könne also überall nicht mehr beachtet werden, allein mit dieser Ansicht werde die bloß formelle Seite des Indossaments zu sehr urgirt, und das Wesen desselben enthalte eigentlich nichts, was eine solche Strenge nöthig mache. Man brauche also denjenigen Gesetzbuchern, welche Indossamente nach Verfall für ungültig erklärten, keineswegs zu folgen. Die Satz löse sich auf, wenn man die Folgen des Indossaments hinsichtlich der Personen gehörig söntere. Hinsichtlich des Acceptanten erstirbe sein Grund, zu seinen Gunsten die Wirkungen eines nach Verfall vorgelassenen Indossaments irgend zu schmälern. Hinsichtlich des Regressisten müsse man unterscheiden, ob der Wechsel gehörig präsentirt und protestirt sei oder nicht. Im ersten Falle habe es kein Bedenken, den Regress gegen die Vormänner des Indossirenden

zu gestatten. Das Indossament sei hier ein Mittel, den Regress auf den Indossatar zu übertragen. Sei der Wechsel präjurirt, so könne der Regress freilich gegen die Vormänner nicht mehr statthaft sein, wohl aber habe der Indossirende alsdann durch sein Indossament einen nochmaligen Versuch zur Einlösung machen wollen und müsse selbst regresspflichtig sein, wenn er ein volles und kein bloßes *Recura*-Indossament ertheile.

Es sei daher möglich, entweder die Zulässigkeit des Indossaments nach Verfall sichtlich zu ausgesprechen und die Bestimmung der Folgen der Jurisprudenz zu überlassen, oder aber diese Folgen gleich mitzubestimmen. Letzteres sei das Übertheilte, um die in dieser Materie ventilirten Controversen zu entscheiden und man beantrage daher, statt des §. 16 des Entwurfs eine Bestimmung dahin anzunehmen, daß das Indossament nach Verfall sichtlich die Rechte gegen den Acceptanten und außerdem die Regressrechte gegen die Vormänner des Indossirenden genießen solle, insofern der Wechsel binnen 24 Stunden präsentirt oder zur Requisition abgehandelt werde.

Gerade für die Regressrechte habe sich freilich in der französischen Jurisprudenz eine abweichende Ansicht gebildet, welche jedoch der Erwägung werth sei. Man nehme an, daß bei Verfall sich das Schicksal des Wechsels entscheide, daß nach Verfall, wenn nicht gezahlt und deshalb protestirt sei, die reine zum Circuliren bestimmte Wechselordnung nicht mehr existire, sondern in eine auf dem Proteste beruhende Geschäftsförderung übergegangen sei. Es gebe eigentlich keinen Wechsel mehr, sondern nur noch eine aus den Schicksalen des Wechsels hervorgegangene Regressforderung, die nicht durch Indossament weiter verplant und für welche durch Indossament keine neue Garantie des richtigen Einganges am Verfalltage übernommen werden könne. Diese Erwägung sei wohl an sich richtig, sie genüge aber nicht, dem Indossamente nach Verfall seine Wirkungen abzusprechen. Es folge schon von selbst, daß die Circulation verfallener Wechsel nicht weiter durch Indossamente vermittelt werden könne. Ein Indossament komme hier nur noch zu besonderen aus den Verhältnissen folgenden Zwecken vor, und hier sei kein Grund, seine Wirkungen zu beschränken. Die Obligation der Regresspflichtigen sei nicht eigentlich — wie die französische Jurisprudenz annehme — verwirrt und ungestaltet, sondern die vor Verfall eventuelle und bedingte Gewährleistung sei durch die Entstehung am Verfalltage entweder ganz weggefallen oder zu einer unbedingten geworden.

Von einer andern Seite wurde auf den Sachsin des Entwurfs §. 16 Bezug genommen und von dem Herrn Referenten wurde anerkannt, daß die Bestimmungen dieses Paragraphen im Materiellen mit demjenigen übereinstimmen, was in einem früheren Entwurf einer Wechselordnung für die Preussischen Staaten gefaßt worden sei.

Entsch maßte sich auch noch die Ansicht geltend, daß in der Hauptfrage durch ein Indossament nach Verfall nichts in den bisherigen Verhältnissen geändert werde. In Ansehung der Regressnahme lasse sich daran nicht wischen, aber auch in Ansehung der Ansprüche gegen den Acceptanten müsse dasselbe angenommen werden; und es gäbe keinen Grund zu der Annahme, daß dieser berechtigt sei, denjenigen, der nach Verfall den Wechsel erworben habe, Einreden entgegenzuwerfen, die er dem, welcher den Wechsel am Verfalltage präsentirt, nicht hätte entgegen stellen können.

Zämmliche Herren Abgeordneten des Kaufmannsstandes bekräftigten überdies, daß es im kaufmännischen Verkehr selten

vorcombe, daß ein Wechsel nach einem Mangels Zahlung auf genommenen Prothese noch indossirt werde, dagegen aber verfallene, noch nicht protestirte Wechsel sehr häufig durch Indossament weiter begeben würden.

Um diese Angelegenheit zur Entscheidung zu bringen, ward zuerst erst die Frage gestellt:

Kann ein Mangels Zahlung protestirter Wechsel mit der Wirkung girirt werden, daß der Wirat gleich einem Gesinnar den Negress ergriffe, dabei aber nicht mehr Rechte im Anspruch nehmen dürfe, als seinem Indossanten zuständig gewesen?

Diese Frage wurde einstimmig bejaht, jedoch dabei ausgesprochen, daß bei der Retraction des Entwurfs eine Bezugnahme auf die Gesetze zu vermeiden sei.

Ging eine zweite Frage:

Soll dasselbe auch angenommen werden von Wechseln, welche nicht zu rechter Zeit Mangels Zahlung protestirt und demnach nachher weiter girirt werden sind?

ward mit 10 Stimmen gegen 8 verneinend beantwortet, indem die Mehrheit annahm, daß auch ein verfallener Wechsel, so lange er nicht protestirt worden, mit voller wechselmäßiger Wirkung indossirt werden könne.

Hierauf knüpfen sich die weiteren Fragen:

1. Ob nicht ein Merkmal gegeben werden solle, aus welchem sich erkennen läßt, daß ein nach Verfall begebener Wechsel zu Verfall wirklich protestirt worden sei, oder nicht?

2. Ob nach der Bestimmung des Entwurfs der Braunschweiger Wechsel Trennung für den Negress aus einem nach Verfall girirten Wechsel, eine gewisse Abtät zu bestimmen, oder hierbei auf die Vorschriften über Verjährung, oder auch auf die Bestimmungen über Präsentationen der Sichtwechsel Rücksicht zu nehmen sei?

Man überlegte sich indes, daß es zweckmäßiger sein werde, die Beantwortung dieser Fragen bis zu dem Abschnitte auszusagen, in welchem von der Negressnahme überhaupt die Rede ist.

VIII.

Leipzig, den 29. October 1847.

Bei der Gröfßung der heutigen Konferenz, an welcher auch Hr. Excellenz der Herr Staatsminister von Könneritz wie der Theil nahm, legte der Legierte die Versammlung zuvörderst davon in Kenntniß, daß fernan auch die Großherzogliche Sächsisch-burgische Regierung an der Konferenz mit der ihr vorbehaltenen Stimme Theil nehmen werde und zur Führung der selben den Herrn Senator Dr. Albers bevollmächtigt habe, ingleichen daß der Königl. Württembergische Herr Bevollmächtigte beauftragt worden sei, auch die Kärnthlich-Hohenollern-Signatargemeinde Regierung mit zu vertreten.

Sodann erwiderte derselbe, weil er wegen seiner Abwesenheit den Beratungen in ihrem Zusammenhang nicht habe folgen können und mit der gegenwärtigen Lage derselben nicht vertraut sei, den Herrn Geh. Legationsrath von Patow die spezielle Leitung der Berathung vorläufig noch ferner zu übernehmen.

Gie aber zur Berathung des §. 17 geschritten ward, kam es in der Frage: Ob in den Entwurf eine Bestimmung darüber aufgenommen werden solle, inwiefern das in einem Indossament enthaltene Verbot der weiteren Uebertragung Einschuß auf spätere Indossamente ausübe? Wegen die Aufnahme einer solchen Bestimmung wurde angemerkt, daß ein Verbot der weiteren Begebung in den Indossamenten selten vorkomme und die Wirkung derselben nach dem Inhalte der §§. 10 und 15 zu bemessen sein werde. Von anderer Seite wurde aber bemerkt, daß ein Indossant aus verschiedenen Beweggründen, z. B. um seine Geschäftserbfindung mit dem Indossatar geheim zu halten, um sich Einreden gegen die Person des Legierten zu sichern u. dgl., zu dem Verbote weiterer Begebung veranlaßt werden könne. Der Inhalt der §§. 10 und 15 aber keinen genügenden Anhaltspunkt für die Beurtheilung der Wirkungen eines solchen Verbotes darbieten würde.

Von dem Herrn Referenten ward hierauf hervorgehoben, daß entweder ein im Indossament ausgeprochenes Verbot der weiteren Begebung für ungültig erklärt, oder aber seine Wirkung dahin bestimmt werden könne, entweder, daß eine verbotswidrige Indossation keine wechselrechtliche Folgen hervorbringe, oder daß der Indossant, welcher das Verbot gegeben habe, dem Negresse seines Indossatars, nicht aber der Nachmänner dieses letzteren, unterworfen sei.

Es wurde daher werth die Frage:

Soll eine Bestimmung über die Folgen einer gegen das in einem Indossament ausgedrückte Verbot bewirkten weiteren Uebertragung des Wechsels in den Entwurf aufgenommen werden?

zur Abstimmung gebracht und mit 18 Stimmen gegen 1 bejah.

Hierauf mußte in der Sache selbst eine Entscheidung getroffen werden. In diesem Zwecke wurde die Frage gestellt:

Soll das im Indossament ausgeprochene Verbot der weiteren Uebertragung wirkungslos sein?

Diese Frage wurde mit 18 Stimmen gegen 1 verneint.

Die hierauf gestellte Alternativfrage:

Soll für das von einem Indossanten ausgegangene Verbot der weiteren Uebertragung dasselbe Anwendung finden, was bei §. 10 in Betreff eines von dem Aussteller in dem Wechsel selbst ausgedrückten Verbotes angenommen ist, oder soll jenes Verbot nur den, die weitere Uebertragung verbietenden Indossanten gegen Negressansprüche der weiteren Indossatäre schützen?

wurde nach einer der Verhinderung beider Fälle in ihren Folgen entwickelten Gröfßierung mit 12 gegen 7 Stimmen dahin entschieden, daß nur der Negress, nicht des nächsten, wohl aber

aller auf diesen folgenden Inossatiare gegen den das weitere Giltien verbleibenden Inossantien aus geschlossen sein solle.

Durch diesen Beschluß wurde einer der Herren Abgeordneten in der Besetzung veranlaßt, es scheine nun notwendig, auf den §. 10 zurückzukommen, und auch über die Wirkung eines, gegen das im Wechsel selbst vom Aussteller erlassenen Verbot der Uebertragung ausgetheilten Inossaments eine ausdrückliche Bestimmung zu treffen und namentlich zu verfügen, daß ein gegen dieses Verbot ausgetheiltes Inossament für die Inossatiare keinen Rechtsgewinn gegen den Aussteller begründe.

In formeller Beziehung scheine dies notwendig, weil eine Lücke in dem Gesetze erscheinen würde, wenn dasselbe sich über die Wirkung des von einem Inossantien herrührenden Verbotes der Begebung ausspreche, ohne etwas über die Folgen des von dem Traßanten ausgehenden Verbotes der Begebung zu bestimmen. Aus der Unterlassung einer solchen Bestimmung würde für den Richter der Zweifel entstehen, ob ein Inossament im letzteren Falle keine wechselseitige Wirkung habe oder nach der Analogie der für den ersten Fall gegebenen Bestimmung nur den Rechtsgewinn gegen den Aussteller ausschließe. In materieller Beziehung sei die angetragene Verfügung ebenfalls erforderlich. Denn der Aussteller, der ein solches Verbot in den Wechsel setze, könne nur die Absicht haben, Niemandem sonst als seinem Remittenten zu lasten; der Remittent aber, welcher gegen die übernommene Verpflichtung den Wechsel weiter begeben, verdiene keinen besonderen Schutz, um ihn der wechselseitigen Haftung aus seinem Inossamente zu entziehen.

Auch von einer anderen Seite ward bemerkt, daß wenn für ein in einem Inossamente ausgedrücktes Verbot hinsichtlich der Folgen desselben etwas anderes gelten sollte, als von dem in dem Wechsel enthaltenen Verbote der weiteren Begebung, dies in dem Gesetze notwendig deutlich ausgesprochen und daher der §. 10 anders als der gegenwärtig laute, geändert werden müsse, weil man sonst bei der Mehrtheilheit des Verhältnisses des Inossantien zu dem Inossatiare mit dem des Ausgebers in dem Remittenten genügt sein werde, für erstere dasselbe anzuwenden, was für letztere bereits angenommen worden und hier durch Stimmenmehrheit bereits angenommen sei.

Bei der hiernach wieder aufgenommenen Discussion des §. 10 wurde dieser Ansicht entgegenge setzt: Das Verhältniß sei ein ganz anderes, wenn der Aussteller des Wechsels das Inossament unterlage; denn alsdann habe der Wechsel schon bei seiner Entstehung diese Beschränkung an sich, und das Interesse des Ausstellers, daß der Wechsel in den Händen des Remittenten verbleibe, sei ein ganz flüchtiges. — Der Inossant aber, der ein solches Verbot erlasse, werde die Natur des Wechsels, als eines zum Umlauf bestimmten Papiers, alteriren, wenn man ihn verstatte, mehr dadurch auszudrücken, als daß er bloß seinem Inossatiare haften sollte. Auch würde der Inossant selten oder nie einen genügenden Grund haben, ein Weiteres zu wünschen. Wechsel gekauft und weiter begeben zu haben, könne dem Credit nie schaden.

Hierauf wurde die Frage:

Soll dasselbe, was in Betreff des von einem Inossantien ausgegangenen Verbotes der weiteren Uebertragung beschlossen worden ist, auch in Betreff eines solchen von dem Aussteller ausgegangenen Verbotes ausgesprochen werden?

zur Abstimmung gebracht, jedoch mit 10 Stimmen gegen 9 verneint, zugleich aber der Redaction wiederholt vorbehalten, bei der Fassung des §. 10 darauf Bedacht zu nehmen, daß

die wechselseitige Unwirksamkeit der gegen das Verbot des Ausstellers erfolgten Inossamente deutlich ausgesprochen werde.

Die Berathung wandte sich nunmehr zu den Bestimmungen des §. 17 über das Inossament in procura.

Das von einer Seite angeregte Bedenken, ob es überhaupt erforderlich sei, solche Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen, wurde von der Versammlung nicht getheilt.

Gegen den ersten Absatz des §. 17 ward war der Zweifel erhoben, ob der Procurir auch zur Anstellung der Regreßklage als befähigt anzusehen sei, indem derselbe nicht allemal den Umfang der Regreßansprüche seines Auftraggebers genau kennen werde. Man hielt aber diese Zweifel nicht für erheblich, da es Sache des Auftraggebers sei, seinen Beauftragten mit der nöthigen Instruction zu versehen.

In Ansehung des zweiten Absatzes dieses Paragraphen vereinigte man sich dahin, daß auch, wenn dem Procurir Inossamente der Zufas „oder der Dreter“ beauftragt worden sein sollte, dadurch der Procurir nicht befugt werde, das Eigenthum des Wechsels weiter zu übertragen, er vielmehr nur berechtigt sei, zur Eincausation ic. des Wechsels durch ein neues Procura-Inossament sich einen anderen zu substituiren.

Es machte sich für diese Ansicht der Versammlung namentlich der Grund geltend, daß ein Jeder, der es dem Gemeinen seines Procurirten überlassen wolle, ob er den Wechsel zum Eincausiren behalten, oder denselben weiter begeben wolle — dies durch ein gewöhnliches Inossament erreichen könne — es müßte an einem bindenden Grunde fehle, zwischen Inossamenten in procura, die an Dreter gestellt seien, und solchen, bei denen dies nicht der Fall sei, zu unterscheiden. Der Redaction ward es überlassen, diesen Beschluß der Versammlung deutlicher hervorzuheben.

Entlich ging in Ansehung des dritten Absatzes des Paragraphen die einstimmige Meinung dahin, daß nicht nur durch die hervorgehobenen Worte, sondern auch durch andere gleich bedeutende, das Dasein eines Inossaments in procura bezeugt werden könne und demgemäß der erste Absatz des Paragraphen bei der Redaction in angemessener Weise abzuändern, der dritte Absatz aber zu streichen sei.

Nach Verlesung des §. 18 erhob sich eine ausführliche Debatte über die von dem Herrn Reichertem aufgeworfene Frage: ob für den Erwerber eines gezogenen Wechsels bloß ein Recht, nicht auch eine Pflicht, selbigen dem Bezogenen zur Annahme zu präsentieren, anzuerkennen sei? In dieser Beziehung sprachen sich die Hamburger Herren Abgeordneten dahin aus:

Seit länger als 200 Jahren bestehe in Hamburg eine schon in der älteren Wechselordnung anerkannte Regel, daß ein als Remesse nach Hamburg eingefendeter und auf ein dortiges Haus gezogener Darinwechsel dem Bezogenen zum Accepte präsentiert werden müsse. Diese Maxime habe man stets bewahrt und geeignet beibehalten, umwilde Geschäftse und Collisionen zu vermeiden. Die Existenz des Hamburger Wechselgeschäfts habe dadurch nur gewonnen. Dasselbe Einrichtung fände auch auf anderen Wechselplätzen statt. Dem Inhaber werde dadurch allerdings eine Verpflichtung auferlegt, aber derselbe könne es nicht ablehnen, diese Verpflichtung in seinem und der übrigen Theilhabenden Interesse zu übernehmen. Jeder Wechselinhaber habe, soweit es mit seinem eigenen Interesse nicht in Conflict komme, das Interesse seiner Vorfahren möglichst zu wahren, und daher, wenn er an dem nämlichen Orte wie der Bezogene sich befände, nach einer

natürlichen Willen, die dort zur Hand liegende Garantie des Accepten zu verschaffen, selbst wenn er im Vertrauen auf die Sicherheit seiner Verhältnisse sich dieser Garantie entschlagen zu können meinte. — Die meisten Wechsel würden in der Praxis in der Vorauslegung remittirt, daß man die Sicherheit der Acceptation, — welche zu fordern, jedenfalls ein Recht sei — auch wirklich zu erlangen in läge, ein guter Mandatar werde, aber eine Vorsicht anwenden, die eben so leicht in der Erlangung, als gerichtlich in ihren Folgen sei. Wenn man dagegen einwende, daß der Beweis des Umstandes, ob und wann der Wechsel in Hamburg angekommen sei, mit Schwierigkeiten verbunden sein werde; so müsse erwidert werden, daß seit einer langen Reihe von Jahren ein Streit über diesen Gegenstand wenigstens in Hamburg nicht vorgekommen sei, aber auch in den meisten Fällen sehr leicht zu erledigen sein würde. Eben so wenig seien andere Bedenken erhebblich; wenn man sage, daß ja die Prima zum Accepte gelangt werden könne, so sei dieses theils umständlich, theils mit Kosten verknüpft, theils nicht für jeden Inhaber durchzuführen; wenn man entgegne, es stehe frei, den Auftrag ausdrücklich zu geben, so überlasse man, das häufig der Beweis eines solchen Mandates schwierig sein möchte, auch dadurch die Sache, indem dann nur eine Schadensklage ausstehe, aus dem Wechselproceß herauszulenken, und der Auftrag nicht von den Vernehmern des Auftraggebers geltend gemacht werden könne. Wie denn ja auch, wenn ein solches Mandat bei Remittirung als stillschweigend ertheilt angenommen sei, es nicht erst noch ausdrücklich gegeben zu werden brauche. Aus diesen Gründen werde es sich empfehlen, eine entsprechende Bestimmung in den Entwurf zu der allgemeinen Wechsel-Trennung aufzunehmen.

Tagegen erhebt sich Widerspruch von verschiedenen Seiten. Insbesondere ward angeführt, daß eine Vorschrift, wie die von den Hamburger Herren Abgeordneten in Vorschlag gebracht, in das Oeig nicht aufgenommen werden könne, ohne für den Fall der Vernachlässigung derselben ein Präjudiz hinsichtlich des Wechselproceßes eintreten zu lassen, welches mit dem durch jene Vorschrift bewirkten Vortheile in seinem Verhältnisse stehe, indem der Nachtheil, der durch dieses Präjudiz herbeigeführt werde (Verlust des Negatives) den Vortheil, seltener Nachricht über das Existenz des ausgegebenen Wechsels bei weitem überwiege. Es handle sich hier um eine Sicherheitsmaßregel, deren Anwendung man Niemandem unter Anstrengung eins nicht in der Sache liegenden Präjudices zur Pflicht machen könne. Der zufällige Umstand, daß der Wechsel vor Verfall an dem Zahlungsorte ankomme, erscheine nicht geeignet eine Milderung hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Interessanten zu begründen. Es werde daher, um der bestrittenen Vorschrift Geltung zu verschaffen, auch eine Frist zur Einleitung des Wechsels vorgeschrieben werden müssen, deren Unnützbarkeit längst anerkannt worden sei. Habe auch zu Hamburg ein günstiges Zusammenstreffen der Umstände später die Nothwendigkeit eins hier zur Sprache kommenden Beweises zur Zeit nicht eintreten lassen, so sei doch damit keine Vorsicht zu erheben, daß diese Nothwendigkeit zu Hamburg oder an anderen Orten nicht eintreten werde. Die Schwierigkeiten eines solchen Beweises seien aber, zumal wenn der Wechsel durch ein Blanco-Intersement übergegangen sei, nicht zu verkennen. Zur der Vorbeugung des Wechsels zu sorgen, dann habe der Inhaber keinen Beruf, jene hätten ihr Interesse selbst wahrzunehmen und, wenn ihnen daran gelegen sei, baldmöglichst Erkenntnis über die Acceptation zu erlangen, geeignete Maßregeln zu nehmen.

Wenn in Hamburg eine Einrichtung, wie die in Vorschlag gebracht, vorthellhaft befunden worden sei, so habe sich das gegen an anderen Orten aus dem Mangel einer solchen Vorschrift kein Nachtheil, kein schädlicher Einfluß auf das dajelbst bestehende Wechselgeschäft ergeben. Habe man es in Hamburg oder an anderen Orten in dieser Weise immer gehalten, so sei es nicht nöthig, darüber eine bestimmte Vorschrift zu ertheilen. Am wenigsten passend erscheine eine solche Vorschrift für eine allgemeine Wechselordnung, wenn man auch zugeben wolle, daß dieselbe localen Interessen entsprechen könne.

Dieser Punkt gelangte zur Abstimmung und es ward mit 17 gegen 2 Stimmen (welche letzteren von den Herren Abgeordneten für Hotteln und Hamburg abgegeben wurden) angenommen, daß der Inhaber eins Wechsels zwar ein Recht, aber keine Pflicht habe, den Wechsel zur Annahme zu präsentieren. Man war übrigens einverstanden, daß einem Mandatäre die Pflicht von seinem Mandanten auferlegt werden könne, den Wechsel zur Acceptation zu befördern, daß aber Bestimmungen hierüber nicht in die Wechselordnung gehören.

Hierauf ging der Herr Referent auf die Frage über, von welchem Zeitpunkte an der Wechselinhaber berechtigt ers-tattet werden solle, den Wechsel zur Annahme zu präsentieren und eventuell Protest zu erheben?

Da hierbei der Gegenstand der im Entwurfe vorgeschlagenen prompten Annahme zu der in Bayern bestehenden Acceptationsart der Augsburger Wechselordnung zur Sprache gebracht wurde, so erklärte der Kön. Bayerische Abgeordnete, Herr Ober-Appellationsrath Kleinschrod, daß zwar gegen den §. 15 des Entwurfs, in so ferne die ohne dies schon in den meisten Ländern zur Anwendung kommende prompte Acceptationsart als allgemeine Regel ausstellt, im Wesentlichen nichts einzuwenden sei, sich aber hinsichtlich der aus eigenthümlichen Verhältnissen hervorgegangenen Acceptationsart der Augsburger Wechselordnung die Frage ergebe, ob dieselbe nicht neben der allgemeinen Regel mittelst einer exceptionellen Vorschrift aufrecht zu erhalten sei? Diese Frage werde indeß ihre Erledigung nicht in der Mitte der Conferenz erhalten können, da bezüglich der hier zur Geltung gelangenden Ansichten für die einzelnen Regierungen keinerlei Verpflichtung begründet werde, und er auch in Gemäßheit der von den Regierungen vor dem Anfange der Conferenz getroffenen Verabredung mit einer speciellen Instruction bezüglich dieses Punktes nicht versehen sei, mithin sich nicht in der Lage befinde, eine Erklärung darüber abzugeben, nach welchen Directiven die Königlich Bayerische Regierung bei dieser Collision allgemeiner und particularer Interessen verfahren werde. Diesem zufolge sei aus dem Standpunkte der Conferenz die Statuirung einer exceptionellen Vorschrift hinsichtlich der Augsburger Acceptationsart als offene Frage zu betrachten, deren Entscheidung dem alleinigen Gemessen der Kön. Bayerischen Regierung vorbehalten bleibe. Unter dieser Voraussetzung und ohne dadurch dem Gemessen der Bayerischen Regierung vorgreifen zu wollen, unterstelle er der Ermägung der Conferenz, ob nicht vielleicht, um dadurch möglicherweise den Weg zur Vermittelung auszubahnen, im ersten Sage des §. 18 nach den Worten: „der Eigenthümer des Wechsels in“ beigefügt werden könne: „in Ermangelung gegenseitiger im Wechsel angedrückter Verabredung.“ Dieser Vorbehalt scheine um so weniger bedenklich, als er an derselben Stelle im §. 15 des älteren Preussischen Entwurfs vom Jahre 1846 wirklich vorgekommen und in dem neuesten Entwurfe nur auf die Bemerkung der Sachverständig-

gen, daß ein Tag für die Präsentation zur Annahme nicht in dem Wechsel festgesetzt zu werden pflege, hinweggelassen worden sei.

Von Seiten des Herrn Referenten ward hierauf bemerkt, daß der in dem früheren Entwurfe gemachte Vorbehalt bei Beratung des vorliegenden Entwurfs als unpraktisch erkannt und daher von demselben abgehehen worden sei.

Auch andere Stimmen erhoben sich gegen einen solchen Vorbehalt und bemerkten, daß derselbe noch bedenkllicher erscheine, als die ausnahmsweise Aufrechterhaltung der Augsbürger Acceptationsart. Von einer Seite wurde der Vorschlag gemacht, die Gesichtung über diesen Punkt auszuheben, weil man außerdem der Frage: „Ob Anweisungen in dem Sinne des Sächsischen Wechselkraft zuzugehen sei,“ präjudiciren würde. Gegen diese Meinung wurde indes angeführt, daß dergleichen Anweisungen im Allgemeinen schon durch ihre äußere Form als nicht acceptables Papier sich fund gäben und deshalb weit weniger bedenklich wären.

Von mehreren Seiten wurde sodann die Weglassung der Bestimmungen unter Nr. 1 und 2 dieses Paragraphen, oder wenigstens der unter Nr. 2 gewünscht und zwar ersteres, weil diese Bestimmung sich von selbst verstehe, letzteres, weil über den gewöhnlichen Postenlauf etwas Bestimmtes wenigstens nicht an allen Orten sich angeben lasse und weil in Ansehung des Vortheils der Beweis mit Schwierigkeiten verbunden sein werde.

Der Großverzechl. Hessische Herr Bevollmächtigte erhob gegen §. 18 folgenden Anstand:

Der §. 18, insofern darin der Besizer des Wechsels berechtigt werde, denselben lediglich nicht nur zu präsentieren, sondern auch protestiren zu lassen, weiche von dem Art. 125 des Code de commerce ab, wonach der Protest erst 24 Stunden nach der Präsentation erhoben werden kann, und er erlaube sich, die Aufnahme dieses Satzes in die gemeinsame Wechselordnung zu beantragen. Der Handelsstand der Provinz Rheinbecken, vertreten durch die Handelskammern zu Mainz und Worms, und nicht minder das Handelsgericht zu Mainz hätten sich dahin ausgesprochen, daß die erwähnte Bestimmung des dort geltenden Französischen Wechselbuchs bisher zu keiner Verwickelung geführt, vielmehr sich als wohl-

thätig bewiesen habe. Es sei auch kaum die darin liegende Billigkeit zu verkennen; dem Bezogenen müsse doch wohl einige Zeit zur Fassung seines Beschlusses, ob er acceptiren wolle oder nicht, belassen werden; er sei oft in dem Falle, seine Correspondenz vorher vergleichen, den Stand seiner laufenden Rechnung mit dem Kassanten nachsehen, oder seine Cassen unterrichten zu müssen, er könne momentan abwesend sein u. s. w. Man werde zwar einwenden, daß hier ein Respectat für die Acceptation befürwortet werde; dem sei aber nicht so, vielmehr handle es sich von einer Deliberationsfrist, die ungleich wichtiger sei, als die bezüglich der Zahlung bisher üblichen Discretionstage. Wer einen Wechsel acceptirt habe, müsse allerdings auf den Verfalltag Zahlung leisten: er könne sich aber auch danach richten, der Tag überrasche ihn nicht; anders aber sei die Lage des Bezogenen, dem plötzlich viele Tratten zur Erklärung über Annahme oder Nichtannahme vorgelegt würden.

Gegen diesen Antrag ward erinnert, daß durch die Vorschrift des §. 83, wonach die Präsentation in dem Geschäftsorte des Bezogenen erfolgen müsse, dafür georgt sei, daß der Legitime, wenn der Wechsel ihm präsentiert werde, sich auch in der Lage befände, seine Correspondenz oder seine Bücher vergleichen und danach sofort seine Erklärung abgeben zu können.

Bei der hierauf veranstalteten Abstimmung ward mit 17 gegen 2 Stimmen entschieden, daß der vom Herrn Therapellandgerichtsrath Rath Dr. Kleinschrod zur Sprache gebrachte Vorbehalt nicht aufzunehmen sei; ferner einstimmig, daß die Zeit, wann der Inhaber den Wechsel zur Annahme zu präsentieren und bei verweigerter Annahme zu protestiren berechtigt sei, in dem Entwurfe nicht festgesetzt; endlich mit 16 Stimmen gegen 3, daß die in dem Art. 125 des Code de commerce erwähnte Frist von 24 Stunden dem Bezogenen nicht angetanzen werden solle. Demgemäß ward anerkannt, daß Nr. 1 und 2 des §. 18 weggfallen.

Schließlich ward der künftigen Redaction überlassen, zu er-messen, ob nicht hier das Wort „Eigenthümer,“ mit einem anderen zu vertauschen und dem Schlusswort des Paragraphen noch die Worte: „Kantons Annahme“ hinzuzufügen seien.

IX.

Leipzig, den 30. October 1847.

Den Gegenstand der Berathung in der heutigen Conferenz, welcher der Herr Staatsminister von Könniger wiederum bewohnte, bildete zunächst die im §. 18 Nr. 3 enthaltene exceptionelle Bestimmung über Wechsel bei deren Präsentation. Daß unter Wechseln nur solche zu verstehen seien, deren Zahlungszeit im Allgemeinen auf eine Wesse bestimmt, also nicht auch die, deren Zahlungsstermin auf einen bestimmten Tag festgesetzt ist, welcher in eine am Zahlungsorte stattfindende Wesse hineinfällt, darüber war man einverstanden. Nicht so über die Beibehaltung der oben angegebenen Bestim-

mung; für dieselbe erklärten sich die Herren Abgeordneten für Oesterreich, Sachsen, Braunschweig und Frankfurt. Als Grund für die Beibehaltung wurde angeführt, daß eine gleichlautende Bestimmung fast in allen Wechselverordnungen der älteren und neueren Zeit, selbst in solchen, in denen das prompte Accept als Regel angenommen werde, sich finde und demgemäß bis jetzt ohne Anstoss in Anwendung gebracht worden sei. Hierin liege schon ein wichtiges Argument für fernere Beibehaltung dieser Bestimmung, wenn man auch zugeben wolle, daß dieselbe nicht ganz der streng juristischen Confe-

quent entgegen, und daher wohl bewiesen werden könne, ob es möglich sei, dieselbe einzuführen, wenn sie nicht schon gesetzlich bestünde. Uebrigens hänge die für Wechselrecht bestehende Eigenthümlichkeit mit dem ganzen Wechselrecht, namentlich in Bezug mit dem Handel nach dem Orient zusammen und könne ohne eine Uebersichtnahme dieses Handels, deren Folgen sich nicht übersehen ließen, nicht beseitigt werden. Es sei auch hier nicht die Rede von Begünstigungen der Wechselräthe, sondern von einem Verbot, den man den Mercanten und überhaupt Allen, welche mit der Wiese in Verbindung kämen, zu gewähren ließe.

Von dem Braunkniggeischen Herrn Abgeordneten ward im Laufe dieser Discussion beiderseits bemerkt, man habe in Braunknigge die theoretische Aneignung wohl gefühlt, welche darin liege, wenn man neben dem Uebergange zu dem Systeme des prompten Acceptes noch die besonderen Bestimmungen über die Acceptation der Wechselrecht beibehalte. Es sei deshalb in den Braunkniggeischen Entwurfe einer Wechselordnung §. 31 auch der Versuch gemacht, diese Aneignung zu bezeichnen: dies sei aber bis jetzt ein bloßer Vorschlag, der noch den erheblichen Bedenken unterliege. In Braunknigge, wie an anderen Wechselräthen, sei der Grund des bestehenden Ausnahmeverhältnisses der, daß sich die Wechselrecht auf Wechselgäbe, namentlich auf Waarenlieferungen zu den Wiesen gründe und daß sie mit dem auf der Wiese gelösten Gelde bezahlt werden sollten. Die Bezeugungen würden hier auf das Erheblichste belangig und geübert, wenn sie vielleicht lange vor Beginn der Wechselgäbe zum Accepte aufgesetzt und damit in den Fall gebracht werden dürften, einmüthig über Wechsel gleich präsentirt zu leben, oder sich dem Personalarchive am Wechselplatze zu unterwerfen, ohne über den Ausfall ihrer Wechselgäbe sich zu sein. Man würde also Braunkniggeischer Seite die Beibehaltung des bisherigen Verhältnisses, um nicht den ohnehin durch viele Zeitumstände beechräftigten Fortgang der Wiesen zu gefährden. Man wünsche aber auch gerade eine gemeinschaftliche Bestimmung, indem in dem Vordere der Wechselräthe das Recht des Wechselplatzes vielleicht sonst nicht respectirt, mindestens durch das Neben einer gemeinschaftlichen Bestimmung Anlaß zu Controversen hierüber gegeben werden würde.

Der Oesterreichische Herr Abgeordnete hielt dafür, daß die Berücksichtigung des Entwurfs unter Nr. 3 nicht allein beibehalten, sondern noch zu vervollständigen sei, indem es neben denselben einiger subsidiärer Bestimmungen über die Zeit der Präsentation für den Fall bedürfe, wenn an einem Platze eine besondere Wiese oder Markierung nicht bestünde oder über jene Zeit keine Bestimmung enthalte. Gerichte klug insbesondere die Annahme der in dem §. 7 des Oesterreichischen Entwurfs einer Wechselordnung enthaltenen Bestimmung vor, daß auf Wiesen und Märkten von einer Dauer von mehr als acht Tagen, die Präsentationen nur in der zweiten Hälfte der Wiese oder Markten, auf Wiesen und Märkten von kürzerer Dauer, aber gleich vom ersten Tage an zulässig sei.

Er bemerkte noch, daß er die für die Beibehaltung der Wiese und Markten als annehmbarer Gründe vorstellte, daß er es aber incertainum finde, wenn man die Wiese und Markten nicht dort, wo eine Wiese oder Markierung bestünde, mit einer besonderen Präsentationsfrist ausreicht erhalten, bei jenen Märkten aber, wo sich nicht der Fall sei, stillschweigend abweisen wolle. Es dürfte sich wohl keine Regierung bestimmen finden, wegen eines solchen Beschlusses hinsichtlich der auf ihre Wiesen und Märkte gezogenen Wechsel neue Ver-

schriften über die Präsentation solcher Wechsel zu erlassen. Er könne keinen hinlänglichen Grund zur Abschaffung einer seit Jahrhunderten bestandenen Gewohnheit, welche sich für die Mercanten sehr bequem und vorthellhaft bewiesen, bloß darin zu finden, weil man in dem nun zu entwerfenden Wechselgesetz einen neuen allgemeinen Grundsatze über die Zeit zur Präsentation der Wechsel überhaupt angenommen habe, wozu die für Wechselrecht bestehende Vorschrift nicht übereinstimme. Auch nach den älteren Wechselordnungen seien für Wechselrecht wegen ihrer Eigenthümlichkeit und ihres besonderen Zweckes besondere, von den allgemeinen Regeln abweichende Vorschriften statuiert worden. Man müsse bedenken, daß es sich jetzt nicht darum handle, ob man eine Anomalie für eine Gattung von Wechseln einführen wolle, sondern darum, ob eine uralte Einrichtung, die sich bisher für eine große Classe von Personen nützlich erwiesen, und wovon man keinen erheblichen Nachtheil ausfinden wisse, bloß darum abzuschaffen sei, weil sie nicht unter die jetzt angenommene Regel passe. Der Einwurf, daß man doch nicht einem Jeden zumuthen könne, sich mit allen Wiesen und Markierungen Deutschlands bekannt zu machen, zerfalle ganz, wenn man nach dem §. 87 des Oesterreichischen Entwurfs eine allgemeine Regel für alle Wiese- und Marktenwechsel aufstelle, und so die für einzelne Wiesen und Märkte bisher bestandenen besonderen Vorschriften aufhebe, ohne doch die Eigenthümlichkeit dieser Gattung von Wechseln ganz aufzugeben.

Von Seiten des Württembergischen Herrn Abgeordneten ward die Meinung ausgesprochen, daß die Wechselrecht an den Orten, an welchen dieselben bereits beständen, mit der im §. 18 angeführten Eigenthümlichkeit fortbestehen könnten, daß es aber zugleich zuträglich sein würde, diese Orte in dem abzufassenden Entwurfe anzugeben.

Nachdem sich auf diese Weise ein Theil der Verfaßung für die Beibehaltung des Privilegiums der Wechselrecht hinsichtlich der Präsentation zur Annahme erklärt hatte, wurde auch die entgegengesetzte Ansicht geltend gemacht. Von einer Seite erachtete man eine Theilung der Frage für erforderlich und trug darauf an, zuerst darüber zu beschließen, ob überhaupt Wechsel ohne das Recht des Inhabers zur sofortigen Einmündung der Acceptation zugelassen werden sollten. Möchte die Conferenz diese Frage bejahen, so würden dann erst die etwaigen Modificationen der betreffenden Bestimmungen des Entwurfs in Beratung zu nehmen sein. Man glaube indeß, sich für die Vernehmung der Frage auszusprechen zu müssen, indem man nur dann mit dem Systeme in Uebereinstimmung bleibe, weld es die Conferenz bisher befolgt habe und welches dahin gerichtet sei, die Solidität des Wechselverkehrs durch die Vorsehung unacceptabler oder nicht sofort acceptabler Wechsel zu fördern und die möglichste Gleichförmigkeit der an den Wechsel zu knüpfenden Rechte und Pflichten zu erzielen. In diesem Geiste seien alle bisherigen Beschlüsse der Conferenz ergangen, was namentlich aus von denselben der letzten Sitzung gelte, in welcher man sich nicht nur gegen die in Augsburg übliche Auslegung der Acceptation bis 14 Tage vor Verfall, sondern auch gegen eine im Wege der Privatüberkunft zwischen dem Traßanten und dem Remittenten zu vereinbarenden Sinnausdeutung der Acceptationspflicht erklärt habe. Wollte die Vernehmung, was sie gegen die Auslegung und für Separat Verträge verleihe habe, heute für alle Wechselrecht bewilligen, so würde diesem Beschlusse die Folgezeitigkeit abzusprechen sein. Wie der Solidität des Wechselverkehrs, so schade es auch der Gleichförmigkeit der

selben, wenn für die Wechsel die Acceptationspflicht von der Reception abhängig gemacht werde: man schaffe dadurch zwei Wechselgattungen, acceptable und nicht-acceptable, von denen außerdem die eine in eben so viele Unterabtheilungen zerfalle, als es Messen und Märkte oder Mess- und Markt-Erternungen gäbe. Das Geſetz würde dem Inhaber eines Wechselſcheins keine Auskunft darüber geben, wann er deſſen Annahme in jedem das Recht habe; zur Ergänzung des Geſetzes werde man einer umfangreichſten Sammlung aller Mess- und Markt-Erternungen Deutſchlands bedürfen. Die vorgeschlagene Ausnahme ſei inſeſſ nicht nur prinzipiell und unvernünftig, ſondern auch unnöthig, weil der Zweck, einen Wechsel ohne andere Garantie als diejenige des Ausſtellers zu ſchaffen, durch den eignen oder treudnen Wechsel, zahlbar an dem betreffenden Meſſplatze, erreicht werden könne: nicht einmal die angebliche Unbeliebtheit dieſer Wechsel laſſe ſich hiergegen anführen, da der Entwurf durch die ſogenannten traſſir-eigigen Wechsel die Möglichkeit biete, dem treudnen Wechsel die Form des gezeigten zu geben. Wenn behauptet werde, daß der Meſſverkehr die Wechselſcheine bringe, indem häufig für abgehende Waaren traſſirt und bis zu deren Ankuſt die Acceptation der Traſſen verſchieben werden müſſe, ſo ſei zu bedenken, daß aller Waarenhandel in Lande in dieſer Beziehung dem Meſſwaarenhandel gleich ſtehe, daß aber der Waarenhandel zur See weſentlich auf der Acceptation von Traſſen für abgehende und nicht angekommene Waaren beruhe und daß das Gemeinſſenheit bei der Waarenverrichtung in Lande durch die Beſchickung des Außermanns oder des Transvernehmerns erſetzt werden könne, auch ſchon gegenwärtig ſehr häufig erſetzt werde. Die Hauptgrundlage, man ſollte ſagen, die einzige Grundlage des Wechselſcheins ſei das Bedürfniß, zur Ergänzung des fehlenden Credits in den Formen des Wechselſcheins ein Papier in Umlauf zu bringen, dem eine der weſentlichſten Eigenſchaften des Wechselſcheins fehle. Dieſes Bedürfniß habe ſich vermögende Umgehung der für die Wechselſcheine beſtehenden geſetzlichen Vorſchriften immer Bahn zu brechen geſucht und werde ſich auch künftighin Bahn zu brechen ſuchen. Wenn aber die Geſetzgebung unzureichend, ſelbſt nicht beſuchen ſei, der Unſicherheit des Wechselverkehrs durch Verbote entgegenzutreten, ſo könne ſie ſich anderſeits noch weniger beſuchen ſuchen, ihr durch außerordentliche Beſtimmungen geſetzliche Sanctionen zu ertheilen. Endlich ſei zu bemerken, daß der Antrag Hamburgs, allen Zahlungsanweiſungen an Treder die Wirkungen des Wechselſcheins beizulegen, alſo die Möglichkeit der Erreichung unacceptabler Wechsel auf das Meſſen zu beſchränken, zur ſpäteren Verhandlung ausgeſetzt worden und daß dieſer Verhandlung präſidirend werde, wenn die Verſammlung heute im Gegentheile beſchließen wolle, unacceptable Wechsel durch das Geſetz zu ſchaffen.

Dieſe Annicht blick nicht ohne Widerſpruch. Namentlich wurde gegen die behauptete Nichtigkeit wiſſenden domicilirten und Wechselſcheine geltend gemacht, daß es in einem Domicilwechsel heiße: „N. N. in Chemnitz, zahlbar in Leipzig“, dagegen in einem Wechselſchein: N. N. aus Chemnitz, in der Leipziger Meſſe zahlbar.“ Werte nun dem N. N. ein auf ſeine Firma in Chemnitz gezeigter Wechsel in Leipzig zur Annahme vorgelegt, ſo könne derſelbe, ſeiner Wechsel möge in Leipzig domicilirt oder eine einſache Traſſe ſein, ſeinerſeit die Antwort geben, daß er in Leipzig, wo er keinen Meſſen habe und nicht wiſſen könne, ob von dem Traſſanten Zahlung beſtellt ſei, ſich nicht zu erklären brauche, ſondern dem Reſidenten überlaſſe, den Wechsel in Chemnitz vorzulegen. Handelte es ſich

dagegen um einen Wechselſchein, ſo könne der N. N. gerade umgekehrt in Chemnitz niemals zu einer Erklärung über die Annahme angehalten werden. In Leipzig dagegen brauche er vor der Meſſe war eben ſo wenig, wie in dem erſten Falle eine Erklärung abzugeben: während der Meſſe aber müſſe er in Leipzig entweder annehmen, oder die Aufnahme des Proteses Mangel Annahme genöthigen.

Auf dieſe Einwendungen wurde erwidert: Es ſei nicht behauptet worden, daß durch den Beſchluß der nicht ſoſort acceptablen Wechsel überhaupt an dem beſtehenden Zuſtande nichts geändert werde; auch ſeine es nicht die Aufgabe ſein, Alles, was an dieſem oder jenem Orte üblich, zum Geſetze zu erheben. Wenn hiſter auf N. N. aus Chemnitz in Leipzig gezeigten werden, ſo werde man künftighin entweder auf N. N. in Chemnitz, zahlbar in Leipzig, zu ſehen oder vorauszuſehen haben, daß der N. N. auch außer der Meſſe in Leipzig anweſend oder durch einen zur Wechselannahme Bevollmächtigten vertreten ſei.

Bei der hierauf vorgenommenen Abſtimmung ward die werſt aufgeſtellte Frage:

Soll die im §. 18 No. 3 enthaltene Beſtimmung, wenn auch mit Vorbehalt gewiſſer Modificationen, beibehalten werden?

mit 15 Stimmen gegen 4 bejahend beannwertet.

Die zweite Frage:

Soll für diejenigen Meſſ- oder Markte, welche eine die Präſentationsfriſt beſtimmende Meſſ- oder Markterternung nicht beſitzen, eine ſündliche Verſtärkung über die Friſt in die allgemeine Wechselordnung aufgenommen werden? ward dagegen mit 16 Stimmen gegen 3 vereint beannwertet. Doch ward zugleich der Wunsch ausgeſprochen, daß bei den beſonderen Meſſ- und Markterternungen mögliche Gleichheit beobachtet werden möge.

Der Antrag, die Wechsel nur an ſolchen Meſſplätzen, an welchen dieſelben in ihrer Eigenthümlichkeit einmal gebracht ſind, ſerner beſtehen zu laſſen, fand zwar keine genügende Zuſtimmung; es wurde inſeſſ hervorgehoben, daß die Verſammlung, wenn ſie auch nimmte für die Wechselſcheine ſich emittieren habe, doch nur gewillt geweſen, eine Ausnahme von einer allgemeinen Regel zu beſchließen. Es entſpreche aber dieſem Syſteme nicht, die Ausdehnung und Verſchiedenartigkeit der Ausnahmen zu beſchränken oder zu erſchweren. Das Geſetz könne allerdings die jeſigen und künftigen Meſſ- und Markterternungen nicht auſführen, allein es werde ſehr möglich ſein, wenn jede Regierung bei Publication des Geſetzes zugleich in einer beſonderen Bekanntmachung diejenigen Deutſchen Meſſen und Märkte bezeichne, auf welche der §. 18 des Entwurfs Anwendung ſind. Daß ein dabin gehender Wunsch in das Protocol aufgenommen werde, ſcheine nun ſo nöthiger, als aus der Beſtimmung des Wechselſcheins zur allgemeinen Circulation, für jeden Angehörigen eines einzelnen Staates das Bedürfniß ſich ergebe, von den Pariclarbeſtimmungen in anderen Staaten Kenntniß zu erlangen.

Nach Aſſung dieſes Beſchlusses äußerte der Herr Banquier, Meſſer Schmitz: Da durch die Beſtimmung über die Wechselſcheine in der Angehörigen Acceptationsweiſe homegene Anſtand aufrecht erhalten werde, welches eigentlich nur ein Privilegium für einige Meſſplätze enthalte, ſo könne es nun ſo weniger einem Verſehen unterliegen, wenn auch die Stadt Augsburg durch eine exceptionelle Beſtimmung im Beſitz ihrer bisherigen Acceptationsweiſe erhalten werde. Dieſelbe ſei auch der eigenthümlichen Geſtaltung des Angehörigen Wechselhandels

mit Italien und der Schweiz hervorgegangen und finde ihre volle Begründung in dem allgemeinen Bedürfnisse, da sie dem Handel und der Zukunft des Inlandes eine dem angenommenen allgemeinen Grundsätze, wie der Sicherheit des Verkehrs mehr entsprechende Gleichsetzung gewähre, als die antehieraus entstandenen Streitigkeiten.

Einen ferneren Gegenstand der Erörterung in der heutigen Versammlung betraf der §. 19 dar. Die Frage, welche hiebei ausnehmend bestritten wurde, betraf die in dem erwähnten Paragrafen für die Sichtwechsel vorgeschriebene Präsumtionsfrist. Man fand die Bestimmung einer solchen Frist notwendig, um den Ausgeber solcher Wechsel nicht auf unbestimmte Zeit Negationsverwehren auszuweichen, da die Verjährung nicht vor erfolgter Präsentation beginne und also den Zahlung, auf welchen es ankomme, nicht gewähren könne. Wie nun aber die Bestimmungen über eine solche Frist in regulären Zeiten, darüber sprach man sich vertheilt an.

Der Herr Referent machte bemerkt, daß von mehreren Seiten bewiesen werde, ob Bestimmungen, wie sie der Entwurf enthält, durch die Gesetze eines einzelnen Staates gegeben werden können. Man glaube nämlich, es werde durch solche Bestimmungen in den Kreis einer fremden Geleggebung eingegriffen. Es sei aber dieser Punkt nach dem Grundsätze über die Gesetze inländischer und ausländischer Gelege zu entscheiden und der Satz, welcher hier in Betracht komme, sei der schon in den älteren Zeiten anerkannt: *locus regit actum*. Dieser Satz sei nicht bloß auf die Normalen, sondern auch auf die materiellen Folgen der Gesetze zu beziehen und erlaube dies in zwei Fällen eine Ausnahme, einmal nämlich, wenn es um persönliche Dispositionsfähigkeit sich handle, und dann, wenn der Gegenstand des Geschäftes ein Immobile sei. Nach diesem Satz sei es unbedenklich, Bestimmungen über Präsumtionsfrist für die in dem Inlande ausgestellten Sichtwechsel anzunehmen, während es als Eingriff in eine fremde Geleggebung anzu sehen wäre, wenn die inländische Geleggebung für die aus dem Auslande in das Inland gelangenden Wechsel dergleichen vorschreiben wollte.

Der Herr Referent gab daher anheim, die in dem Paragrafen enthaltenen Bestimmungen abzuändern und die zu verbindende Bestimmung nicht für die im Inlande zahlbaren, sondern für die im Inlande ausgestellten Wechsel, also viel, ob sie im Inlande oder Auslande zahlbar wären, zu erklären.

Von mehreren Seiten ward anerkannt, daß zwar den für den Aussteller aus Sichtwechseln entstehenden Unbequemlichkeiten durch eine auf den Wechsel gerichtete Bemerkung entgegen gewirkt werden könne. Allein es ward auch angegeben, das dies nicht zu geschehen pflege und daß es mithin notwendig werde, Sichtwechsel durch Bestimmung einer Präsumtionsfrist in eine Art von Zahlungswechseln umzuwandeln. Zugleich erklärte man sich mit der Ansicht des Herrn Referenten darüber, in welcher Art eine solche Bestimmung zu treffen sei, einverstanden und hob dabei noch hervor, daß, wenn jedes Land festsetzen wollte, wie es sowohl bei den aus demselben, als bei den auf dasselbe gezogenen Sichtwechseln zu halten sei, ein die größten Schwierigkeiten herbeiführender Zustand unvermeidlich sein würde. Ein Princip könne hierbei nur das richtige sein und da verdient gewiss dasjenige den Vorzug, welches dem Zwecke einer solchen Bestimmung entspricht, der doch nur darin geruhen werden könne, das das Gesetz das ergänze, was der Aussteller hätte thun können oder sollen.

Von einer anderen Seite ward über diesen Gegenstand bemerkt: Der §. 19 entspreche zwar im Principe dem Art. 160 des Code de commerce, aber er enthalte, gleich letzterem, eine Lücke, er überlasse nämlich von dem Falle, wenn ein Zinländer auf das Ausland traspire. Das französische Gesetz vom 19. März 1817 habe hiezu auf eine eben so einfache, als passende Weise nachgeholfen, indem es vorschreibe, daß die Bestimmungen, welche über die auf einen Platz des Inlandes gezogenen Wechsel gelten, auch auf Wechsel seiner Art Anwendung finden sollen. Daß die Geleggebung wohl beizugehen sei, das inländische Gesetz zur Anwendung zu bringen, wenn gegen einen Ausländer wegen der von ihm auf das Ausland gezogenen Wechsel regressirt werde, dürfte wohl nicht zu bezweifeln sein; dem internationalen Rechte wolle man es jedoch nicht entsprechen finden, dieselbe Bestimmung auch im anderen Falle vorzuschreiben. Hiergegen sei aber zu bemerken, daß es sich doch eigentlich in beiden Fällen um eine Einzelungsverjährung handle, um die Frage nämlich, wie lange eine Einzahlungsgelegenheit gegen einen Zinländer angestellt werden könne, was überall, wenn der Zinländer im Inlande belangt werde, nach inländischen Gesetzen zu beurtheilen sei. Ueberdies bestehe in ganz Frankreich der Art. 160 und das Gesetz von 1817, es werde also dort das fragliche Princip gegen Deutschland in Anwendung gebracht. Wenn, worauf man antrage, der §. 19 des Entwurfs im Principe angenommen, ein Zusatz im Sinne des französischen Gesetzes von 1817 hinzugefügt und die Bestimmung der Fristen so besetzt würde, wie der Art. 160 des Code de commerce besage, dann würden in fraglicher Beziehung das deutsche und französische Wechselrecht ganz gleich sein, worin ein offener Vortheil und zugleich der Ausschluss einer Verlegung des internationalen Rechts, wenigstens in Ansehung dieser beiden Nationen, liegen würde, wenn überhaupt das internationale Recht hier ein Hemmnis abgeben könnte.

Nach einer ferneren Discussion über die diesen Gegenstand betreffenden Bestimmungen des französischen Rechts, bei welcher insbesondere der bei Gelegenheit der Deliberation über das Gesetz vom 19. März 1817 von de Sèze in der Pairskammer erhaltene Bericht erwegen und die Uebereinstimmung der in diesem Berichte ausgesprochenen Ansicht mit dem Vorlage des Herrn Referenten anerkannt wurde, stellte ein Mitglied der Versammlung einen, sowohl über die Bestimmungen des französischen Rechts als den Vorbericht des Herrn Referenten noch hinausgehenden Antrag. Man könne nämlich über die Präsumtion der Sichtwechsel entweder die Gesetze des Anstellungsortes oder die des Zahlungsortes entscheiden lassen und alle bei Erlassung eines neuen Gesetzes der Ansicht folgen, daß man entweder für die im Inlande ausgestellten, oder für die im Inlande zahlbaren Wechsel eine Bestimmung treffen müsse. Betrachte man die Sache aber genauer, so finde man, daß Gine von Beiden allein nicht ausreiche. Auch in Frankreich habe man erst das Eine, und dann hinterher noch das Andere bestimmt. Der im Inlande ausgestellte Wechsel erfordere nämlich eine Bestimmung, um den inländischen Aussteller und Indossanten zu schützen; allein auch der im Auslande ausgestellte durchlaufe das Inland und es bedürfe einer Bestimmung für die inländischen Indossanten. Es sei deshalb zu wünschen, daß man die proponirte neue Bestimmung für die im Inlande ausgestellten Wechsel aufnehme, aber die unrichtigste für die im Inlande zahlbaren, im Auslande ausgestellten, nicht streiche, sondern beibehalte. Auch diese beiden Bestimmungen zusammen ge-

nügten noch nicht, es müsse vielmehr auch noch der Fall erwogen werden, daß ein vom Auslande auf das Ausland gezogener Sichtwechsel im Inlande indosist werde, in welchem Falle es sich um Schutz für den inländischen Indossanten handle. Der Indossant sei als Transsant zu betrachten, er übernehme genau dieselbe Verpflichtung, das ursprüngliche Verhältnis pflanze sich auf ihn fort und er sei ganz in gleicher Weise, als der Transsant, eigengesetzlich. Handle es sich also darum, bei Sichtwechseln eine Frist zu bestimmen, nach deren Ablauf die Wechselgarantie frei sein sollten, so müsse man sowohl den inländischen Aussteller, als auch die inländischen Indossanten ins Auge fassen. Eine Bestimmung über Wechsel vom Inlande auf das Ausland oder umgekehrt erdämpfe so mit die Sache nicht, man müsse vielmehr die Bestimmung ganz generell für alle im Inlande ausgetreten oder indosirten Wechsel treffen, so daß sich jeder inländische Transsant oder Indossant darauf berufen könne.

Hiergegen ward bemerkt, daß die Gesetzgebung, wenn sie eine solche Bestimmung treffe, über das Gebiet des Möglichen hinaus zu schreiten scheine. Dem vom Auslande auf das Ausland gezogenen Wechsel liege bei seiner Ankunft im Inlande ein bereits abgeschlossenes Rechtsverhältnis zum Grunde, dessen Aenderung durch das ausländische Gesetz nicht mehr möglich sei. Besondere Bestimmungen für den inländischen Indossanten eines solchen Wechsels würden sich kaum treffen lassen, ohne der ausländischen Gesetzgebung feindselig entgegen zu treten.

Nachdem noch von einem der Herren Abgeordneten zu erwägen gegeben worden war, daß in Beziehung auf die diesfalls erforderlich werdenden Bestimmungen nicht sowohl das Interesse des Ausstellers, der durch eine entsprechende Anmerkung auf dem Wechsel sich schützen könne, als vielmehr das des Remittenten zu beachten und daher eine Bestimmung analog der des §. 77 zu treffen sei, gelangte der Gegenstand der bisherigen Beratung zur Abstimmlung, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, Modificationen auszusprechen, welche in dem Verfolge der Verhandlungen als angemessen sich herausstellen dürften.

Demgemäß ward auch die Frage aufgeworfen:

Soll in dem Entwurfe eine Bestimmung über die von dem Inlande nach dem In- oder Auslande gehenden Sichtwechsel aufgenommen werden?

und mit 18 Stimmen gegen 1 bejaht. Eben so ward die anderweitige Frage:

Soll die Bestimmung des §. 19 unter Nr. 1 abgesehen von der darin angegebenen Zeitfrist, nur für die von dem Inlande gezogenen Sichtwechsel gelten?

mit 15 Stimmen gegen 4 bejahend beantwortet und hiermit auch die Bestimmung des §. 19 unter Nr. 2, insoweit sie sich auf die vom Auslande gezogenen Wechsel bezieht, beistimmt.

Nächstem kam die Präsentationsfrist selbst in nähere Betrachtung. Man war einverstanden, daß zwar für Platzwechsel der in Frage stehenden Art es einer so langen Frist nicht bedürfe, als für Sichtwechsel, die auf andere Plätze gezogen werden sind, und daß es bei Sichtwechseln der letztgedachten Art angemessen scheinen könne, nach dem Vorgange der neueren Gesetze und Gesetzentwürfe die Entfernung zwischen dem Orte der Begebung und dem der Präsentation zu berücksichtigen. Man erwehete jedoch, daß theils nicht immer die möglichst schnelle Verendung in der Absicht der Beistelligen liege, theils die Festsetzung verschiedener Fristen je nach der Entfernung nur auf der Annahme, daß die Wechsel möglicher Weise innerhalb dieser Fristen an den Zahlort gelangen könnten, beruhe, und es sonach geräther sei, nur eine für alle Fälle ausreichende Frist festzusetzen. Es ward daher mit 18 Stimmen gegen 1 beschlossen, daß für alle Fälle, in welchen im Wechsel selbst keine besondere Bestimmung enthalten sei, nur eine einzige, für jede Entfernung gültige Frist angenommen werden solle, und ferner mit 16 Stimmen gegen 3, daß diese Frist namentlich mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Handels nach der Ostküste von Afrika und ähnlichen entfernten Ländern, mit denen keine regelmäßige Postverbindung bestehe, auf zwei Jahre festzusetzen sei.

Es kam hierbei zur Sprache, ob nicht auch bei domicilirten Wechseln die Nothwendigkeit einer Präsentation zur Annahme zu statuiren sei, man ging jedoch für jetzt nicht weiter auf die Frage ein und beschloß, das Weitere bis zum §. 25 auszusagen.

Am Schlusse der heutigen Sitzung erfolgte noch die Wahl einer Commission für die nach Aufgabc der gestakten Beistelligen zu bewerkstellende anderweite Redaction des Entwurfs. Man war darüber einig, daß diese Commission aus dem Herrn Referenten und vier anderen Mitgliedern bestehen solle. In den letzteren wurden durch Stimmenmehrheit der Herr Hofrath Dr. Liebe, der Herr Ministerkath Dr. Weidenbach, der Herr Obertribunalsrath Dr. von Hofacker und der Herr Senator Dr. Albers gewählt.

Zu bemerken ist noch, daß eine von dem Herrn Professor Thöl vor einigen Tagen dem Herrn Vorsitzenden übergebene Schrift, unter dem Titel: „Quellen und Zeugnisse des Wechselrechts“ in der Zwischenzeit gedruckt und im Anfange der heutigen Konferenz sämmtlichen Mitgliedern derselben zugehellt worden war.

X.

Leipzig, den 2. November 1847.

Die heutige Sitzung wurde unter der Leitung Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers von Könniger mit einigen nachträglichen Bemerkungen zum §. 19 des Entwurfs eröffnet.

Von einer Seite wurde nämlich anheimgegeben:

1. den Ausdruck: „Verpflichtung“ in dem ersten Absätze des §. 19 mit einem anderen zu vertauschen, weil eine Verpflichtung zur Präsentation nicht unbedingt, sondern nur

inwiefern bestreite, als Zahlung verlangt werden solle und bei Wechseln, namentlich bei solchen, welche in die Hände von Reisenden gegeben würden, der Fall nicht selten vorkomme, daß der Wechsel, ohne präsentirt worden zu sein, an den Aussteller zurück gelange.

Von einer anderen Seite wurde indes hierauf erwidert, daß der Ausdruck „Verpflichtung“ an jeder Stelle abschließend gewählt werden solle, um den Gegenstand zu dem im §. 18 enthaltenen Bestimmung „der Verpflichtung zur Präsentation“ scharf hervorzubeben, daß der Umfang dieser Verpflichtung, zur Erhaltung der Rechte und dem Wechsel in der folgenden Bestimmung des Paragraphen näher angegeben, daß aber, wie sich von selbst versteht, die Vorschrift auf den Fall nicht zu beziehen sei, wo Jemand von dem Wechsel überhaupt seinen Gebrauch mache und sich durch dessen Zurückgabe das Rechtsverhältnis auflöse.

Hierauf wurde die Berücksichtigung der gemachten Bemerkung, so wie

2. der weiteren, ob das Wort „inländischen“ im zweiten Absatz bei Insassen und Ausstellern, nicht besser weggelassen, dem Ermessen der Redactionscommission um so mehr anheim gegeben, als der §. 19 nach dem in der vorigen Sitzung gefaßten Beschlusse, obzwar einer neuen Redaction bedarf.

Zu den Worten des zweiten Absatzes: „nach Maßgabe der beiderseits im Wechsel ausgedrückten Verabredung“ wurde bemerkt, daß diese nur auf eine Festbestimmung von Seiten des Ausstellers zu beziehen seien, daß aber auch der Fall einer einseitigen Bestimmung zu betrachten sei, wenn ein Insassen, bei Uebersetzung des Wechsels, die in demselben bestimmte oder nach dem Geringe laufende Frist zur Präsentation, in dem Instenamente abläufe.

Nach staatsrechtlicher Discussion einigte man sich in der Ansicht, daß einer solchen Fristbestimmung von Seiten des Insassen nur die Wirkung beigelegt werden könne, daß sie ihn bei späterer Präsentation gegen Recht-Ansprüche nicht stelle, während sie auf die Rechtsverhältnisse seiner Vormänner und Nachmänner, so wie auf jene des Ausstellers und des Bezogenen ohne Einfluß bleibe. Es wurde daher einstimmig beschlossen, eine Bestimmung in diesem Sinne in den Entwurf aufzunehmen.

Zum §. 20 machte der Herr Referent, unter Bezeichnung auf die getrudten Motive des Entwurfs, auf die abweichenden Bestimmungen anderer Gesetzgebungen, namentlich des Code de commerce &c. in dem Falle aufmerksam, wenn der Bezogene die Latirung seines Acceptes verweigert oder unterlassen habe.

Nach ausführlicher Erörterung der Gründe für und wider die Bestimmungen des Entwurfs wurde der §. 20 angenommen.

Der zum §. 21 gestellte Antrag des Oesterreichischen Herrn Abgeordneten, die bloße Bezeichnung des Namens oder der Firma des Bezogenen auf der Vorderseite des Wechsels, zur Annahme nicht für genügend zu erachten, vielmehr eine Bestimmung, die Annahme unzeitweilig anstreichende Erklärung, durch Gebrauch der Worte „angenommen“ oder „acceptirt“ oder anderer gleichbedeutender Ausdrücke, vorzuschreiben, wurde nach staatsrechtlicher Erörterung mit 13 Stimmen gegen 6 abgelehnt. Die von einem anderen Mitgliede angeregte Frage: ob das Wort „gelassen“ mit der Namensunterschrift des Bezogenen auf dem Wechsel, als Annahme gelten sollte? was besonders in der französischen Jurisprudenz zu Streiffragen Veranlassung gegeben habe,

wurde ausgelegt, indem auf den Antrag mehrerer Mitglieder beschloffen wurde, die Discussion über den §. 21 vorzugeben zu lassen und sogleich zu derselben zu schreiten.

Von dem Herrn Abgeordneten für Helshin und Lauenburg wurde beantragt, der Bestimmung im §. 21 diejenige des §. 36 des von ihm mitgetheilten Entwurfs einer Wechselordnung, zu substituiren, welche dahin lautet:

Der Fajrat darf ohne Genehmigung des Inhabers und durch diesen veranlaßte vorgängige Protesterhebung, den Wechsel weder für eine geringere Summe, noch in einer anderen Währung, noch auf eine andere Verfallszeit, als worauf der Wechsel lautet, noch unter irgend einer von dem Inhalte des Wechsels abweichenden Bedingung acceptiren. Ist einer solchen Annahme die vorgedachte Protesterhebung nicht vorangegangen, so ist der Wechsel gegen manchen Inhaber nach für angenommen zu achten. Nach vorgenommenem Proteste muß der Inhaber die Annahme für einen Theil des Wechselbetrags zulassen, wenn der Einsitzer ihm nicht vorher schriftlich erteilt hat. Andere Abweichungen von dem Inhalte des Wechsels aber darf er nur gestatten, wenn er ausdrücklich dazu befügt ist.

Dieser Antrag wurde von mehreren Seiten, namentlich von den Herren Abgeordneten von Hamburg, Bremen und Lübeck unterstützt und dafür insbesondere geltend gemacht: Es sei an den größten Handelsplätzen, überhaupt im größeren Wechselverkehre, nicht Annahme, sondern die Regel, daß die Wechsel dem Bezogenen nicht bloß vorgezeigt, sondern zur Prüfung und Erklärung über die Annahme anvertraut würden. Benütze derselbe nun die ihm anvertraute Auskunft, um irgend eine andere Erklärung, als die ihm abverlangte, eines unbedingten Acceptes, darauf zu schreiben, so könne dies für den Inhaber des Wechsels sehr nachtheilig sein, namentlich auch die Negativnahme gegen auswärtige Wechselverbundene sehr erschweren oder unmöglich machen. Dessenfalls liege in einem solchen Verfahren ein Mißbrauch, für welchen den Bezogenen die in der vorgeschlagenen Bestimmung ausgesprochene unbedingte Haftung mit Recht treffe. Es involvire dieses auch keine Härte, da der Bezogene mit den Vorschriften des Gesetzes verantwortlich sein, also die Folgen seiner Handlung kennen müsse. Auf der anderen Seite würde, wenn die erwähnte Forderung eintreten sollte, zu nachtheiligen Abänderungen und Einschränkungen einer bereits erfolgten Annahme besonders in dem Falle, wenn der Bezogene, noch ehe er den Wechsel zurückgibt, ungünstige Nachrichten über den Aussteller erhalte, überhaupt zu Collisionen zwischen dem Inhaber und dem Acceptanten Gelegenheit darbieten, wodurch die Solidität und Sicherheit des Verkehrs mit Wechseln sehr gefährdet werde.

Der gestellte Antrag fand jedoch von vielen Seiten entschiedenen Widerspruch. Für die entgegenstehende Ansicht wurde besonders hervorgehoben, daß die angeordnete Folge für den Bezogenen eine zu große Härte enthalte. Man dürfe keineswegs die Vermuthung aufstellen, daß, wenn eine die Annahme beschränkende oder bedingende oder eine dieselbe ausschließende Erklärung auf den Wechsel geschrieben werde, ohne daß vorher die Zustimmung des Präsentanten erhoben worden sei, hierbei eine böse Absicht zum Grunde liege, oder daß solches mit dem Vernunftsein eines Mißbrauchs der Urkunde geschehen sei; es könne dieses ganz in gutem Glauben und in der Absicht, der Aufforderung, sich über die Annahme zu erklären, Genüge zu leisten, erfolgt sein. Die Voraussetzung einer gewissen Bekanntheit mit den positiven Bestimmungen und

Formen des Wechselverkehrs dürfe aber besonders dann nicht zum Maßstabe der Beurtheilung solcher Präjudice dienen, wenn die Wechselfähigkeit nicht mehr als ein Vorrecht des Handelskandes betrachtet, sondern, wie dieses in der Absicht des Entwurfs liege, für alle Stände ausgesprochen werden solle. Verkürzungen und Benachtheiligungen, welche man in der einen Richtung durch solche Bestimmungen zu verhindern suche, könnten dann in anderen Richtungen in einem um so größeren Maße hervorgehoben werden. Zudem beruhe es auf Vertrauen, wenn der Präsentant, statt den Wechsel bloß vorzulegen, denselben dem Bezogenen anvertraue und diesem dadurch eine Frist zur Erklärung bewillige, er müsse sich dabei auch die Folgen hiervon gefallen lassen. In diesem gegensei-

tigen Vertrauen müsse aber auch die Garantie gefunden werden, daß Fälle der bezeichneten Art nur zu den seltenen Ausnahmen gerechnet, daher der Bildung einer gesetzlichen Regel nicht zum Maßstabe dienen könnten. Wegen nachträgliche Abänderungen und Einschränkungen einer unbedingten Annahme, welche auf Collusionen beruhen, könnten aber nur die Strafgesetze Schutz gewähren. Endlich müsse die Annahme des Antzuges schon aus dem Grunde berechtigt erscheinen, weil noch keine Deutsche Wechselordnung in ihren Bestimmungen über den fraglichen Gegenstand so weit gegangen sei.

Die Fortsetzung der Diskussion und Beschlußfassung über den §. 21 wurde zur folgenden Sitzung ausgesetzt, und in dem §. 22 übergegangen, welcher keine Beantwortung fand.

XL.

Leipzig, den 3. November 1847.

Unter dem Vorhise Sr. Excellenz des Herrn Staatsmini-
sters von K. innerlich wurde die Konferenz eröffnet, das
Protokoll über die geistige Sitzung vorgelesen und die Dis-
kussion über die ausgesetzten Punkte wieder aufgenommen.

Der Herr Referent wies auf die Verschiedenheit der Be-
stimmungen hin, welche zur Entscheidung der Frage: über die
Befristungen einer bedingten und beschränkten Annahme, in dem
vorliegenden Entwurf, in dem Code de commerce und in
dem Entwurf einer Wechselordnung für Holstein und Lauen-
burg enthalten seien.

Der vorliegende Entwurf erkläre den Acceptanten nach dem
Inhalte seine Acceptes haubar, die Annahme aber im Verhält-
niß zu dem Inhaber für verweigert und berechtige diesen da-
durch, Protest zu erheben, Regreß auf Sicherstellung zu neh-
men oder auch den Verfalltag abzuwarten und dann nach er-
haltenem Proteste Regreß wegen Mangels Zahlung zu nehmen.
Er belege somit jeden der Beteiligten in seiner Rechtsphäre
und löse die Frage folgerichtig.

Das französische Handelsgesetzbuch Art. 124 stimme inso-
weit mit dem Entwurf überein, als dasselbe aus einer beding-
ten oder beschränkten Annahme keine unbeschränkte Haftung des
Acceptanten herleite. Es erkläre dagegen abweichend von dem
Entwurf, wor er eine bedingte Annahme für unathbar, eine
beschränkte aber in Rücksicht auf die Summe für zulässig und ver-
pflichtet im letzteren Falle den Inhaber, wegen der Mefsumme
den Wechsel protestiren zu lassen. Zu einer solchen Unterschei-
dung könne jedoch kein rechtlicher innerer Grund vorzulegen,
auch lasse das Gesetz es unberührt, welche Präjudice in dem
einen, wie in dem anderen Falle, besonders bei unterlassener
Proteherhebung, eintreten sollten. Hiernach dürfte die An-
nahme dieser Bestimmungen nicht zu empfehlen sein.

Die Bestimmungen des Holstein-Lauenburgischen Entwurfs,
nach welchem jeder ohne Einwilligung des Inhabers und ohne
vorgängige Proteherhebung auf den Wechsel geschriebenen Er-
klärung die Befristung einer unbedingten Annahme beigelegt
werden solle, wobei also selbst solche Erklärungen nicht ausge-
schlossen seien, welche die Absicht, nicht acceptiren zu wollen,
bestimmt ausdrückten, hätten auf den ersten Anblick etwas An-

spredendes. Sie bewerkte Sicherung einer strengen Ordnung
in Behandlung des Wechsels, als eines formalactes, und
könne dafür die Natur des Literal-Geschäftes geltend gemacht
werden. Bei näherer Erwägung dürfte das Präjudiz jedoch
zu streng und durch ein Bedürfnis nicht gerechtfertigt er-
scheinen. Befamtschaft mit allen einzelnen Bestimmungen des Ge-
setzes, somit Kenntniß des mit einer solchen Erklärung verbun-
denen Nachtheils könne, besonders bei der beabsichtigten Aus-
dehnung der Wechselfähigkeit, nicht unbedingt vorausgesetzt wer-
den, somit das Präjudiz für den Bezogenen leicht einen großen
Nachtheil zur Folge haben, gegen welchen er sich durch seine
Erklärung zu schützen die Absicht gehabt habe. Andere der
Bezogene, noch ehe er den Wechsel zurückgegeben habe, also
während der ihm von dem Inhaber selbst gegebenen Delibera-
tionsfrist, seinen Einfluß und sage er einem bereits geschrie-
benen Accepte, aus welcher Veranlassung dieses immerhin ge-
stehen möge, abändernde oder einschränkende Zusätze bei, so
könne darin, vom rechtlichen Standpunkte aus betrachtet, nicht
etwas Unbefugtes gefunden werden. Gegen weitere
Abänderungen, möchten solche nur einseitig vorgenommen oder
durch Collusionen möglich gemacht werden, könne, wie dieses
auch bereits hervorgehoben worden sei, nicht die Wechselord-
nung, sondern nur das Strafgesetz sichern.

Zur Ausdeutung der verschiedenen, theils für die Bestim-
mungen des Entwurfs, theils zur Unterstüttung des hiervon
abweichenden Antzags, geltend gemachten Ansichten wurde von
einem der Herren Bevollmächtigten vorgeschlagen, die §§. 21
und 24 wie folgt, zu fassen:

§. 21. Die Annahme des Wechsels muß auf dem Wechsel
und schriftlich geschehen. Auch dann, wenn der Bezogene
nichts Weiteres als seinen Namen oder seine Firma auf
die Vorderseite des Wechsels geschrieben hat, ist die voll-
ständige Annahme des Wechsels erfolgt. Der Bezogene
kann die geschehene Annahme nicht widerrufen.

§. 21. Der Bezogene kann nur nach erhabenem Proteste
durch Befriste oder Zusätze bedingt oder beschränkt accep-
tiren. Handelt er dem entgegen, so gilt der Inhaber über
Beizag als nicht geschrieben. Hiervon macht nur der Fall

eine Ausnahme, wenn das Accept für eine geringere Summe erfolgt, als in dem Wechsel ausgedrückt ist. Der Inhaber des Wechsels ist verbunden, die Annahme sich gefallen zu lassen, muß jedoch den Wechsel für den Mehrbetrag protestiren lassen.

Hierzu bemerkt der Herr Proponent:

Es ist dieser Vorschlag vielleicht dazu geeignet, die verschiedenen Ansichten zu vereinigen. Theoretisch sieht unabweislich fest, daß eine auf irgend eine Weise bedingte Annahme selbstverdinglich nicht als vollständige Acceptation betrachtet werden dürfte. Eben so gewiß ist es aber auch, daß der Bezogene kein Recht habe, ohne Zustimmung des Inhabers des Wechsels irgend etwas Anderes, als die pure Annahme auf den Wechsel zu schreiben. Die Verwahrung sei daher wohl besüßigt, für den Fall, daß der Bezogene dieser Ansicht entgegen handle, denselben ein Präjudiz antzuziehen, welches aber seine Grenzen haben müsse. Es ist weit anzunehmen, daß eine schriftlich auf den Wechsel gegebene Erklärung, nicht annehmen zu wollen, als unbedingte Annahme gelten sollte, das widerspricht dem Rechte. Eben so gebe es nicht an, wenn der Bezogene auf den Wechsel bemerkt habe, er wolle nur einen Theil der Summe bezahlen, diese Erklärung dahin zu deuten, daß er sich zum Ganzen verpflichtet habe. Dagegen könne man den von mehreren Herren Sachverständigen behaupteten praktischen Bedürfnissen dadurch genügen, daß man sonstige Beschränkungen, die sich nur auf Zeit und Ort der Zahlung beziehen können, als nicht geschriebene betrachte und es sei dies auch darum erforderlich, weil sonst durch unvollständige und capriciöse Zusätze der Inhaber zu Schaden kommen könnte. Daß nach erheblichem Mangel (purer) Annahme jeder Zusatz inandem sein müsse, möchte schwerlich zu beanstanden sein; durch den Protest seien alle Rechte des Inhabers gewahrt und die hierauf erfolgende bedingte oder beschränkte Annahme könne ihm nur nützen, nicht schaden, er werde sie um so lieber genehmigen, als er dadurch sich keinen Anspruch von Seiten desjenigen, der ihm die Traite remittirt habe, aussehe. Was die über das theilweise Accept beantragte Bestimmung betreffe, so empfinde sie dem Art. 124 des Code de commerce, über dessen Auslegung in Frankreich selbst eine Controverse bestände.

Von einer anderen Seite wurde in gleichem Sinne beantragt und mehrfach unterstützt, eine dem §. 37 des Preussischen Gewerks und den §§. 104 bis 107 des Sächsischen Gewerks entsprechende Bestimmung anzunehmen, wonach Bedingungen und Beschränkungen, welche dem Inhalte des Wechsels nicht gemäß sind, für nicht geschrieben gehalten werden sollen, während die Annahme auf einen Theil der im Wechsel verzeichneten Summe unzulässig sei.

Es wurde dieses hauptsächlich damit unterstützt, daß die Zulassung von Bedingungen und Beschränkungen bei der Annahme erfahrungsmäßig in Verwicklungen führe und daher um so weniger Begünstigung verdiene, als sie streng genommen außer dem Bereiche des Wechselgeschäfts liege, daß dagegen durch die Zulassung der Annahme auf einen Theil der Summe, in der Mehrzahl der Fälle, das Interesse nicht nur des Inhabers, sondern auch seiner Vermäher und des Transanten gewahrt und gefördert werde.

Hiergegen wurde jedoch erinnert, daß in vielen Fällen von dem Aussteller oder einem Inhabenden vorgeschrieben werde, die Acceptation auf eine spätere Frist auszulassen, weil ihnen eine solche Annahme sicher sei, als gänzliche Verwahrung der Annahme. — Das Geleg mache dies unmöglich, wenn es erkläre, daß eine Annahme auf eine spätere Zeit, als eine An-

nahme auf die im Wechsel ausgedrückte Verfallzeit betrachtet werden solle.

Mit Vorbehalt der der Redaction zu überlassenden Fassung der künftigen Bestimmung wurden nun folgende Fragen zur Abstimmung vorgelegt:

1. Soll jede Erklärung, welche ohne vorher bewiesene Annahme eines Protestes von dem Bezogenen auf den Wechsel geschrieben wird, als unbeschränktes Accept gelten?

2. Sollen alle Beschränkungen, die dem Accept beigefügt und vor Aufnahme des Protestes auf den Wechsel gesetzt worden sind, unbedingt für nicht geschrieben gehalten werden?

Beide Fragen wurden mit 14 Stimmen gegen 5 verneint.

Die dritte Frage:

3. Sollen Beschränkungen, welche nicht auf die Größe der verzeichneten Summe sich beziehen, unbedingt und ohne daß es der Aufnahme eines Protestes bedarf, für nicht geschrieben angesehen werden?

wurde mit 11 Stimmen gegen 8 bejaht, die vierte Frage endlich:

4. Ist, wenn die Beschränkung des Accepts lediglich auf die Größe der verzeichneten Summe sich bezieht, Aufnahme eines Protestes nöthig?

mit 15 Stimmen gegen 4 verneint.

Die Discussion führte nun auf den §. 21 zurück. Hierzu bemerkte der Herr Abgeordnete: Nachdem die Versammlung gegen seine Ansicht bereits den Grundsat angenommen, daß die bloße Unterschrift des Bezogenen auf der Vorderseite des Wechsels als Acceptation gelte, so halte er sich für verpflichtet, auf folgende, die verschiedenen Ansichten vermittelnde Bestimmung anzutragen:

Die Annahme muß auf der Vorderseite des Wechsels schriftlich mit den Worten: „angenommen“ oder „acceptirt“ oder anderen gleichbedeutenden, welche die Absicht, den Wechsel bezahlen zu wollen, bestimmt auszudrücken, erfolgen und von dem Bezogenen unterschrieben sein. Wenn aber der Bezogene bloß seine Unterschrift ohne allen Beisatz auf die Vorderseite des Wechsels setzt, so hat diese Unterschrift die Kraft einer vollständigen Acceptation.

Es scheint ihm, fügte er hinzu, bedenklich, nachdem bisher die meisten Wechselgelege eine klare und bestimmte Annahme erforderten, jetzt in einem Gelege für ganz Deutschland und bei der auf alle Classen von Personen ausgebreiteten Wechsel-säbilität einen der wichtigsten Aste auf eine juristische Fiction zu gründen.

Das Geleg müsse vor allem klar sprechen und es dürfte nicht gerathen sein, eine bisher allgemein bestandene Uebung in der Form der Acceptation abzuheben. Auch glaube er, daß hieraus ein Widerspruch mit den Bestimmungen des §. 24 hervorgehen werde.

Dieser Antrag fand von mehreren Seiten Unterstützung.

Von einer anderen Seite wurde dagegen, um Zweifel bei der Auslegung einzelner, bei dem Accepte gewählter Ausdrücke möglichst zu beseitigen und abzuschneiden, beantragt, dem Paragraphe eine weitere Fassung dahin zu geben:

Daß jede auf den Wechsel geschriebene und von dem Bezogenen unterschriebene Erklärung, welche die Absicht, nicht acceptiren zu wollen, nicht bestimmt ausdrücke, für unbedingte Annahme gelte und daß gleiches eintreffe, wenn der Bezogene, ohne weiteren Beisatz seinen Namen oder seine Firma auf die Vorderseite des Wechsels schreibe.

Dieser letztere Vorschlag kam zuerst zur Abstimmung und wurde mit 10 Stimmen gegen 9 angenommen. Der Vesterreichische Herr Abgeordnete erklärte, daß er durch diese Abstimmung seinen Antrag als abgelehnt ansehe.

Die Bestimmung im ersten Abjage des §. 23 wurde von zwei Seiten beanstandet, jedoch mit Bezug auf die dafür sprechenden, in der neueren Literatur des Wechselrechts vielfach erörterten Gründe mit 17 Stimmen gegen 2 angenommen.

Zum zweiten Abjage des §. 23 wurde beifch offen, nach den Worten „dem Bezogenen“ die Worte „als solchem“ hinzuzufügen, da der Bezogene, wenn er zu Ehren des Ausstellers acceptirt, in dieser Eigenschaft allerdings einen wechselseitigen Anstand gegen den Aussteller erlangt.

Gegen den §. 23 wurden von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben. Die Hamburgischen Herren Abgeordneten beantragten, mit Bezug auf den zum §. 19 gemachten Vor-

behalt, es möge verordnet werden, daß die Präsentation von Domictl-Wecheln bei dem Bezogenen zur Annahme und Domicilirung so zeitig vorzunehmen sei, daß sie, acceptirt oder protestirt, rechtzeitig am Zahlungsorte eintreffen. Von einer Seite wurde vorgeschlagen, die Streiffrage durch eine veränderte Fassung des §. 41 zu schlichten und zwar durch folgende: Die Fassung domictlirter Wechsel ist am Domicillorte von dem Domictlanten zu fordern; nur dann, wenn ein solcher im Wechsel oder Accepte nicht benannt oder das Accept abgelehnt worden ist, kann der Bezogene selbst am Zahlungsorte aufgesucht und, wenn er dafelbst sich nicht trifft, läßt, gegen ihn ein Protest (in den Wind) aufgenommen werden.

Wegen vorgerückter Tageszeit wurde beschloffen, sich für heute auf Entgegennahme dieser Vorschläge zu beschränken und die Berathung in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

XII.

Leipzig, den 4. November 1847.

In der heutigen Sitzung, welche wegen Abwesenheit des Herrn Staatsministers von Klenneritz der Herr Geheimne Legationsrath von Patow leitete, ward nach Vorlesung des Protocollles über die gestrige Sitzung mit der Berathung des §. 25 fortgefahren.

Die Hamburger Herren Deputirten führten zur Begründung des von ihnen gemachten Vorschlages Folgendes an: Ohne die von ihnen beantragte Bestimmung und nach Maßgabe des Entwurfs würde der Fall oft eintreten, daß ein Wechsel, ohne dem Bezogenen je zu Gesicht gekommen zu sein, wegen Mangels Zahlung protestirt werde. Denn nach dem §. 83 genüge es alsdann, wenn der Inhaber sich am Domicillorte nach dem Bezogenen bei der Polizeibehörde erkundige, was gewiß nicht passe, sobald man aus dem Wechsel selbst entnehme, daß der Bezogene nicht dort, sondern anderswo wohne. Ein auf solche Weise protestirter Wechsel werde aber nach fremden Gesetzen bei der Regesslage leicht auf Schwierigkeiten stoßen. Die Domicilwechsel fämen, namentlich vom Auslande gezogen, in großer Anzahl vor. Wollte man unter allen Umständen dem Traffanten die Pflicht aufbürden, sie zum Accepte einzumünden, oder sie nicht eher zu begeben, bis die Annahme erfolgt sei, so würde dies in vielen Fällen gar nicht ausführbar sein, mindestens dem Verkehr eine unthätliche Verhinderung auferlegen, und mehreren Handelsplätzen, welche durch ihre Lage angezogen sind, sein directes Acceptations Geschäft zu haben, sondern sich zur Einlösung der Accepte eines anderen Plazes bedienen zu müssen, empfindliche Folgen bereiten, während doch nicht einzusehen sei, warum man den Domicilwechsel so sehr gegen andere Wechsel zurücksetzen sollte.

Zur Rechtfertigung des in dem gestrigen Protocollle enthaltenen anderweiten, jedoch ebenfalls gegen den Entwurf gerichteten Vorschlages wurde erwähnt:

Der Entwurf nehme auch bei domictlirten Wechseln keine Pflicht an, die Acceptation zu suchen, und sei insofern völlig consequent. Diese Consequenz führe indeß zu dem Resultate, daß der Inhaber in dem gewöhnlichen Falle, in welchem der Domicillant nicht im Wechsel genannt sei, sich um den Bezogenen vor Verfall nicht kümmern, sondern denselben erst am Domicil aufsuchen und hier — da der Bezogene einen anderen Wohnort habe und nicht nach dem Zahlorte hinreisen werde, um die Zahlung zu besorgen — in den Wind protestiren lassen werde. Auch da, wo keine Präsentation zum Accepte nöthig sei, habe man dieses Resultat doch nicht für vollständig zulässig gehalten. So bestehe nach dem Code de commerce keine Pflicht der Präsentation zur Annahme, gleichwohl folgerte man aber aus Art. 123, nach welchem beim Accepte der Domicillant benannt werden müsse, daß sich der Inhaber beim Bezogenen zu melden habe, um den Domicillanten zu erfahren, und man statuirte seine Befugniß, im Falle dieses unterlassen sei, am Zahlorte in den Wind zu protestiren.

Um diese Befugniß auszufüllen, brauche man auch nicht vom Systeme des Entwurfs abzuweichen, und für Domicilwechsel eine Pflicht der Präsentation zur Annahme vorschreiben. Enthalte der Wechsel selbst den Namen des Domicillanten oder werde er vielmals gleich Anfangs mit einem diesen Namen enthaltenden Accepte in Cours gesetzt, so erledige sich die Sache von selbst. Es komme nur auf eine Vorschrift darüber an, welche die Person sei, der gültig zur Zahlung präsentirt und gegen welche protestirt werden dürfe. Verfolge man den Gang des Geschäftes, so könne sich der Inhaber wegen des Acceptes nur an den Bezogenen wenden und, wenn dieser seinen Domicillanten benenne, entweder protestiren und regrediren, oder, was der Entwurf, der hier keinen Protest zulasse, allein gestatte, annehmen,

daß der Bezogene selbst am Domiciliarte zahlen wolle. Zur Zahlung könne der Inhaber sich nur am Domiciliarte beim Domiciliaten melden, und es komme nur auf die Fälle an, in welchen ein Domiciliat gar nicht genannt sei.

Der Entwurf nehme hier im §. 41 Altschluß, und ohne Unterlaß, ob der Bezogene gefragt sei oder nicht, an, daß der Bezogene selbst sich am Zahlerte treffen lassen und zahlen wolle. Diese Annahme gebe insofern zu recht: sei dem Bezogenen der Wechsel gar nicht vorgelegt, habe er gar keine Gelegenheit gehabt, sich zu erklären, ob er einen Domiciliaten benennen oder sich selbst am Zahlerte finden lassen wolle, so könne man auch die Weisheit nicht annehmen, daß er selbst hindurch und zahlen wolle. Diese Weisheit ist wohl nur Ausnahme, und man dürfe sie, ohne mit den Verhältnissen in Einklang zu treten, nicht als die Regel voraussetzen. Nur alskann könne von einer solchen Voraussetzung ausgegangen werden, wenn der Wechsel dem Bezogenen zur Annahme vorgelegt, und von ihm bei dieser Gelegenheit nicht erklärt werde, daß am Zahlerte ein Anderer als er selbst zahlen werde. Denn habe er acceptirt, ohne einen Domiciliaten zu benennen, so sei anzunehmen, daß er selbst am Zahlungsorte anwesend sein wolle. Habe er aber das Accepti verweigert, so dürfe angenommen werden, daß er, wenn er später sich noch zur Zahlung entschließen sollte, sich zur Verfallzeit am Zahlungsorte eintreffen werde. Es werde daher die Bestimmung des Entwurfs in Hinsicht auf beschränken und im §. 41 in vorerzählten sein, daß regelmäßig die Präsentation zur Zahlung dem Domiciliaten geschehen müsse, und daß nur dann, wenn

1. der Aussteller selbst einen solchen im Wechsel nicht benannt und

2. auch vom Bezogenen kein Domiciliat beim Accepte namhaft gemacht, oder das Accepti abgefragt ist, der Bezogene selbst als Zahler angetreten und gegen ihn am Zahlerte verfahren werden dürfe.

Hiermit würden die Fälle, daß der Inhaber statt beim Bezogenen sich zu melden, gleich an den Zahlerte gehe und hier in den Wind protestire, ausgeschlossen und man schreibe die Vorlegung zum Accepte gleichwohl nicht direct vor. Daß bei sehr kurzen Wechseln die Zeit oft etwas knapp werden könne, wenn man dieselben erst zum Bezogenen senden müsse, sei wahr; allein hiergegen könnten sich die Parteien sehr wohl hüten, und Jeder könne sich, da aus dem Wechsel selbst immer das Verhältniß klar sei, vor Verlegenheiten hüten. Es sei hier nicht mehr möglich als, was im Artikel 16 der Leipziger Wechsel-Ordnung geschehen, die Parteien auf diesen Umstand aufmerksam zu machen.

Von einer anderen Seite wurde darauf aufmerksam gemacht: Es handle sich lediglich um die Frage, ob man von dem Tage des §. 19, daß eine Verpflichtung, den Wechsel zur Annahme zu präsentieren, nur bei Wechseln stattfindet, die auf eine bestimmte Zeit nach Zeit lauten, zu Gunsten der Domiciliats abgeben, nämlich bezüglich ihrer, eine solche Pflicht auferlegen wolle oder nicht; die Präsentation eines Domiciliats zum Behufe der Angabe der Adresse sei im Grunde genommen nichts Anderes als eine Präsentation zum Accepte.

Tagegen gab der Oesterreichische Herr Bevollmächtigte folgende Erklärung ab: Ihm scheine eine vorläufige Präsentation jener Domiciliats, in welchen der Domiciliat nicht benannt sei, vor der Verfallzeit unerlässlich zu sein, weil man sonst aus dem Wechsel den eigentlichen Zahler nicht

entnehmen könne, und kein genügender Grund vorhanden sei anzunehmen, der an einem anderen Orte wohnhafte Bezogene werde sich wegen Zahlung, des ihm noch nicht zugewiesenen und von ihm nicht acceptierten Wechsels am Verfalltage am Zahlungsorte eintreffen. Dies werde in dem §. 123 des Oesterreichischen Entwurfs, wenn auch nicht ausdrücklich gesagt, doch angedeutet, indem daselbst, wenn der Bezogene bei der Acceptation den Domiciliaten beizusetzen verweigert, die Protestation angeordnet sei. Wenn der Domiciliat in dem Wechsel schon benannt sei, so bedürfte es nach den über die Präsentationen bereits angenommenen Grundsätzen in dieser Beziehung keiner besondern Verfügung, wohl aber in dem entgegengelegenen Falle. Es lasse sich in dieser Hinsicht keine bestimmte Frist festsetzen, sie ergebe sich aber aus der Natur der Sache; denn die Präsentation zur Acceptation müsse so zeitig geschehen, daß dadurch zur Verfallzeit die Präsentation des Wechsels am Zahlungsorte nicht gehindert werde.

Es müsse daher in der am Schluß der vorigen Sitzung vorgeschlagenen Fassung des §. 41:

„Die Zahlung domiciliarter Wechsel ist am Domicilarte bei dem Domiciliaten zu fordern; nur alskann, wenn ein solcher im Wechsel oder Accepti nicht benannt, oder die Acceptation abgefragt ist, darf angenommen werden, daß der Bezogene selbst sich am Zahlungsorte werde antreffen lassen.“

folgenden Zusatz beibringen:

„Ein in dem letzteren Falle gegen den Bezogenen wegen Mangels Zahlung angemessener Protest giebt jedoch keinen Regress gegen die Vornäher und den Aussteller, wenn nicht durch den Protest wegen nicht gehöriger Acceptation erwiesen ist, daß der Wechselinhaber die Benennung des Domiciliats fruchtlos von dem Bezogenen verlangt habe.“

Dies würde dann auch eine angemessene Abänderung des §. 25 und einen Zusatz zum §. 19 über die Verpflichtung des Inhabers zur zeitigen Präsentation solcher Wechsel zur Folge haben. Man könne auch nicht sagen, daß durch eine solche Verfügung der Inhaber ungebührlich beschwert werde, denn er müsse aus dem Gehege seine Obliegenheiten kennen; es liege auch in der Natur der Sache, daß jeder Inhaber wissen wolle, an welche bestimmte Person er sich der Zahlung wegen zu wenden habe, und jeder Inhaber werde dann die nötige Vorsehung treffen, damit die Präsentation zeitig genug erfolge. Wer den Wechsel in einer Zeit übernehme, wo dies nicht mehr möglich ist, habe die Folgen nur seiner eigenen Unvorsichtigkeit zuzuschreiben.

Die Sachverständigen Abgeordneten sprachen sich aus nachstehenden Gründen für unerwartete Annahme des §. 25 an:

Es müsse auf dem domicilierten Wechsel der Zahler, so wie der Ort, an welchem die Zahlung gesucht werden solle, angegeben werden. Dies anzugeben, sei zunächst der Aussteller verpflichtet. Es sei nur die Frage: Ob derselbe diese Verpflichtung auf einen Anderen übertragen könne? Daß er dem Bezogenen diese Pflicht auferlegen könne, sei nicht zu bezweifeln. Dieser müsse, wenn ihm der Wechsel vor Verfall vorgelegt werde, den Ort der Zahlung angeben; außerdem werde angenommen, daß er selbst an dem Plage des Domicils zahlen wolle, was wiederum die Folge habe, daß der Inhaber zur Verfallzeit einen Protest (in den Wind) aufnehmen könne, wenn der Bezogene in dem Domicile nicht gegenwärtig gefunden werde. Allein daß der Ausgeber seine obenwähnte Verpflichtung auch auf den Nehmer des Wechsel-

fels übertragen könne, dazu fehle es an einem hinreichenden Grunde. Es würden den Nehmer des Wechsels, wolle man ihm eine solche Verpflichtung auferlegen, oft Nachteile treffen können, ohne daß er es sei, der etwas verschuldet habe. In vielen Fällen werde es schwer zu beurtheilen sein, ob die Zeit vor Verfall des Wechsels noch in dem Maße vorhanden sei, daß der Inhaber denselben noch zur Annahme und Domi- cillirung nach dem Wohnorte des Bezogenen senden müsse und könne; auch seien die Bezogenen von Domi- cillwechseln sehr oft an Abwesenheiten wohnhaft, wo dem Inhaber kein Correspondent zur Begehung des Erforderlichen zu Gebote stehen werde. Bleibe es bei der Bestimmung des §. 23, so dürste man erwarten, daß die Begehung der Domi- cillirung derjenige übernehmen werde, welchen die Nachteile eines Wechselsprotestes zumeist treffen würden. Auf den §. 19 des Entwurfs könne man sich für Annahme der Besugniß, die in Rede stehende Verpflichtung auf den Nehmer zu übertragen, nicht berufen; denn dabeist sei die Rede von einem Rechte des Inhabers, dessen Ausübung nur an eine gewisse Zeit ge- bunden sei, nicht von einer Verpflichtung.

Dieser Ansicht wurde folgendes entgegenge- setzt: Wenn jemand einen Wechsel ausstelle, und sowohl den Bezogenen als den Ort der Zahlung benenne, nur in der Art, daß der letztere nicht der Wohnort des Bezogenen sei, und der Remittent durch Abnahme des Wechsels das Geschehene gutheisse, so könne die Gescheßung keine genügenden Gründe haben, diesem Verfahren entgegen zu treten. Der Remittent sei nicht genöthigt, einen solchen Wechsel anzunehmen; nehme er ihn an, so dürfe er keine Proclurte einschlagen, die nothwendig zu einem Proteste in den Wind führe, also müsse er dem Bezogenen vor Verfall Gelegenheit geben, auf dem Wechsel auszubringen, bei wem die Zahlung gefordert werden solle. Was der Entwurf implicite enthalte, sinne in der Haupt- sache mit einem neuern Frankfurter Gesetze überein, welches sage: „Wechsel, die auf einen auswärtigen Bezogenen, daher zahlbar, lauten, ist der Inhaber zwar berechtigt, zum Behufe der Annahme und hiesigen Domi- cillirung nach dem Wohnorte des Bezogenen zu senden, der Inhaber ist aber hierzu nicht verpflichtet, und es werden daher solche Wechsel auch in Er- mangelung einer hiesigen Zahlungssadrede richtig wegen Man- gels Zahlung daber protestirt.“ Aber gerade dieses Gesetz habe außerhalb Frankfurt vielen Anstand und manche Klage des Handelsstandes erregt.

Zur Vertheidigung des Entwurfs wurde jedoch bemerkt: Die Nothwendigkeit der Präsentation domi- cillirter Wechsel könne nicht ausgesprochen werden, ohne zugleich Bestimmungen aufzustellen, wann und von welchem Inhaber und unter welchem Präjudice dieselbe geschehen müsse. Dies werde zu Weit- läufigkeiten führen, welche man um so mehr vermeiden müsse, als überhaupt diese exceptionelle Art von Wechseln keine Be- zugsichtigung verdiene.

Von anderer Seite wurde ein vermittelnder Vorschlag dahin gemacht; daß der erste Nehmer, beziehungsweise dessen Rechts- nachfolger, alsdann verbunden sein sollen, den domi- cillirten Wechsel zur Acceptation dem Bezogenen vorzulegen, wenn der Aussteller dies ausdrücklich in dem Wechsel vorgeschrieben habe.

Bei der Abstimmung ward die Principalsage:

Soll der Nehmer eines Domi- cillwechsels gehalten sein, den Wechsel zum Behufe der Angabe einer Zahlungs- adresse dem Bezogenen zu präsentiren?
mit 12 gegen 7 Stimmen verneint.

Sodann wurde in Bezug auf den oben erwähnten vermit- telnden Vorschlag die Frage gestellt:

Soll gesetzlich bestimmt werden, daß es dem Aussteller erlaube sei, über die Präsentationspflicht und Präsen- tationsfrist auf dem Wechsel Bestimmungen zu treffen, welche für den unmittelbaren Nehmer und dessen Nach- folger bindend sind?

Diese Frage ward mit 10 gegen 9 Stimmen bejaht. Aber schon vor und mehr noch nach dieser letzteren Abstimmung kam zur Sprache, ob es einer solchen Bestimmung bedürfe, oder ob nicht vielmehr dem Aussteller eines Wechsels die Mög- lichkeit, eine derartige Präsentationspflicht und Frist zu schaffen, schon dadurch gegeben sei, daß die Partien über- haupt berechtigt erschienen, bei Ausstellung des Wechsels dem- selben besondere, die allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes abändernde Clauseln einzuerleiben. Für die letztere Ansicht sprachen sich namentlich der Oesterreichische und Badische Herr Abgeordnete aus, während alle anderen entgegenge- setzt, nämlich der Ansicht waren, daß Clauseln dieser Art als nicht geschriebene betrachtet werden müßten, wenn nicht eine große Unbestimmtheit in den ganzen Wechselverkehr gebracht werden solle. Hiervon sei man bisher ausgegangen und in Gemä- ßheit dieses Grundfasses sei auch über den vermittelnden Antrag des Königlich Bayerischen Herrn Abgeordneten bezüglich des Augsburgischen Uo abgestimmt worden, was zwecklos ge- wesen sei würde, wenn man der Meinung gewesen wäre, daß den Vorschriften des Gesetzes durch Privatwillkür derogirt werden dürfte. Man kam überein, an diesem Sage auch fer- nerhin festzuhalten, so lange nicht, was bestehend jedem Abgeordneten freistünde, dieser Gegenstand wiederum in Frage gestellt und in einem entgegenge- setzten Sinne entschieden werde, in welchem Falle freilich manche bisher erzielten Punkte einer Revision wider unterworfen werden müßten. Zurückgehend zu dem speciellen Gegenstand, erkannte die Conferenz an, daß nunmehr eine abnormale Abstimmung über die zweite Frage vorzunehmen sei, und es ward nunmehr dieselbe mit 10 ge- gen 9 Stimmen verneint. Auf besonderes Verlangen ward zu Protocoll verzeichnet, daß diese Beschiedenheit der beiden Sectionen dadurch sich ergeben, daß bei der ersten Abstim- mung die Herren Abgeordneten von Oesterreich und Baden mit Ja, bei der zweiten mit Nein, und ferner der Kurheissische Herr Abgeordnete zuerst mit Nein und bei der wiederholten Abstimmung mit Ja votirt hatten.

Der Oesterreichische Herr Abgeordnete hatte vor der zweiten Abstimmung die Erklärung abgegeben, daß er dem Aussteller eines domi- cillirten Wechsels, in welchem der Domi- ciliat nicht benannt ist, das Recht, eine Präsentationsfrist festzustellen, nicht ausnahmsweise im Gesetze eingeräumt wissen wolle, weil er dafür halte, daß solches dem Aussteller eines jeden Wechsels zustehe, da es in dem Gesetze nicht ausdrücklich ver- boten sei, und daß der Remittent und jeder spätere Indossia- tar sich darüber nicht beschweren können, weil sie den Wechsel, obgleich diese Bezeichnung aus demselben ersichtlich war, den- noch an sich gebracht haben. Wenn man diesen Grund- satz nicht allgemein anerkenne, so könne er sich auch nicht für eine Ausnahme bei domi- cillirten Wechseln erklären, weil ihm hierin eine Inconsequenz zu liegen schiene, und weil auch die gestellte Frage keine Angabe des Präjudices enthalte, welches den Aussteller eines domi- cillirten Wechsels, falls er von dem ihm eingeräumten Rechte, eine Präsentationsfrist zu be- stimmen, keinen Gebrauch machen würde, treffen solle. Über- haupt erscheine ihm das nach der gestellten Frage dem Aus-
4.

steller eines domiciliirten Wechsels einzuräumende Recht nur ein unvollkommenes Ausnahmefinzel, um der gesübsten Nothwendigkeit der vorläufigen Präsentation eines solchen Wechsels zu beugen. Daher summe er für die Verneinung der gestellten Frage.

Es kam nun noch die Frage zur Sprache, ob etwa im §. 25 die Worte: „bei der Acceptation“ wegzulassen seien, oder ob man statt „Acceptanten“ lesen möchte „Bezogenen“; — man überließ sich jedoch der Metacenen.

Man wachte sich hierauf an den nun folgenden Bestimmungen des Entwurfs unter Nr. VI. über den Negreß auf Sicherstellung wegen nicht erhaltener Annahme.

Hinsichtlich der Straufage, ob wegen Mangels Annahme der Negreß auf Zahlung oder nur auf Sicherstellung zu gestatten sei, bemerke der Herr Referent: Dagegen das Preussische Landrecht in diesem Falle den Anspruch auf sofortige Zahlung aufsehe, so habe doch der Entwurf im §. 26 sich für die andere Ansicht entschieden, welcher die meisten übrigen Gesetzgebungen, namentlich auch die französische, folgen, weil der Negreß auf Sicherstellung eben so wohl aus praktischen Gründen von den Sachverständigen vorgezogen werde, wie derselbe den Grundtügen des Rechts mehr zu entsprechen scheine, da ein Anspruch auf Zahlung nicht wohl vor dem Falligkeit anerkannt werden könne. Dabei vertheile es sich aber wohl von selbst, daß der Aussteller oder Indossant, welcher auf Sicherstellung im Anspruch genommen sei, von dieser durch Einlösung des Wechsels sich wade befreien können.

Von einer Seite wurde ferner in dem Bezugnahme auf den Sachlichen Entwurf vorgeschlagen, dem Inhaber die Wahl zwischen dem Anspruch auf Sicherstellung oder auf Einlösung eines Mangels Annahme protestirten Wechsels zu gestatten, die Verpflichtung zur Sicherstellung jedoch auf den Aussteller zu beschränken, weil bei einer Ausübung dieser Verpflichtung auf die Indossanten jeder derselben seinem Nachmann zur Sicherstellung gehalten sein müßte und die deshalb erforderlichen Fonds gleichwohl bis zum Verfall des Wechsels den Vertheil entgegen würden. Diese Wahl könne nicht füglich dem Aussteller zustehen, welchem die nicht erfolgte Annahme des Wechsels als Vertragsverletzung zuzurechnen sei, und welcher den daraus entstehenden Schaden zu vertreten habe. Dem Inhaber des Wechsels, welcher vorzugsweise zu befriedigen sei, werde aber nicht immer daran liegen, in dem Augenblicke, in welchem er Sicherheit fordere, die Zahlung des vertheilten Wechselbetrags zu erlangen, und er leite dann, wenn durch die bewusste Einlösung das Wechselrecht vor Verfall aufgehoben werde.

Der Wechsel habe nämlich den höheren Zweck, selbst als Zahlungsmittel zu dienen, und die Sicherheit, daß er zur rechten Zeit gezahlt werde, welche die Acceptanten gewähre, mache ihn hierzu geeignet. Dafür habe der Aussteller und jeder Nachfolger zu garantiren.

Hieran knüpfte sich von Seiten eines anderen Herrn Abg. ertornen die Bemerkung, daß wohl auch der Verzicht der Primat-Bezeichnung Bedingung ertheile, wonach der Geber eines Wechsels, welcher nicht acceptirt worden, dem Nehmer restituiert, wenn dieser es verlange, einen anderen Wechsel über die gleiche Summe, auf denselben Ort und mit der nämlichen Verfallszeit geben müsse.

Von anderen Seiten trug man jedoch vorzutragen, diesen Verfalligen beizubehalten, indem man daran a. ging, daß der Inhaber mehr mit Grund nicht verlangen könne, als daß ihm die Sicherheit, welche er durch die Acceptation zu erlangen gelobt hätte, durch andere genügende Sicherheit ersetzt

werde, wobei man zugleich Gewicht auf die Schwierigkeiten legte, welche der Anspruch auf Einlösung oder auf einen neuen Wechsel herbeiführen würde. In letzterem Falle sei nämlich wieder Streich darüber zu belegen, ob der neue Wechsel, welcher an die Stelle des wegen nicht erhaltener Annahme protestirten treten solle, in jeder Hinsicht geeignet sei, diesen zu erlangen; bei dem Negresse auf Einlösung hingegen werde nicht nur der Abzug des Disconts in Frage kommen, sondern auch eine Frist bestimmt werden müssen, da, wenn dieser Negreß erst kurz vor Verfall des protestirten Wechsels erhoben werde, der letztere, welcher mit dem Proteste zurückgehe, nicht zur Zahlung vorkommen könne. Ueberdies gerathe, wenn man dem Inhaber den Negreß auf Zahlung zugesteh, der weitere Negreß dem ausländischen Giranten gegenüber in Nachtheil, wenn dessen Weichgebung einen solchen weiter gehenden Anspruch nicht anerkenne.

Die Frage:

Soll der Inhaber für berechtigt erachtet werden, die sofortige Einlösung eines Mangels Annahme protestirten Wechsels zu verlangen?

kam hierauf zur Abstimmung und ward mit 18 Stimmen gegen 1 verneint.

Darüber, ob der Negreßpflichtige in solchem Falle sich durch sofortige Zahlung von der Sicherheitsleistung befreien könne, eine Bestimmung in den Entwurf aufzunehmen, wurde nicht für erforderlich erachtet.

Hierauf wurde mit 11 gegen 8 Stimmen beschlossen, die Worte: „durch Pfand oder Bürgen“ im Entwurfe zu streichen, und die Modalität der Sicherstellung dem richterlichen Ermessen zu überlassen.

Der Negreß endlich blieb vorbehalten, am Schlusse des §. 26 eine allgemeinere Fassung zu wählen, durch welche da, wo die Giranten zur Annahme von Depositen nicht befaßt sind, die zur Niederlegung bestimmte Stelle bezeichnen werde; insgleich, mit Rücksicht auf die zum §. 24 gefassten Beschlüsse, im Eingange des §. 26 ausdrücken, daß in dem Falle einer auf eine geringere Summe erfolgten Annahme nur wegen des nicht angenommenen Betrages Sicherstellung verlangt werden könne.

Man ging nunmehr zur Erörterung des §. 27 über, und hier ward die Frage aufgeworfen, ob auch ein Indossant, der von seinem Nachmann noch gar nicht in Anspruch genommen werden sei, von seinem Vername Sicherheitsbestellung fordern könne? Es ergab sich hierbei eine Verschiedenheit der Meinungen, so daß die Frage:

Soll das im §. 27 angeordnete Princip angenommen werden? zur Abstimmung gebracht wurde. Sie ward mit 14 Stimmen gegen 5 bejahend beantwortet, indem die Mehrheit der Ansicht war, daß jeder Wechselverbundene ein gegründetes Interesse habe, die Zahlung des protestirten Wechsels sichergestellt zu sehen, wenn auch ihm selbst, vielleicht wegen besondern persönlichen Verhältnissen, eine Sicherheitsbestellung nicht angemessen sein sollte.

Dabei ward insbeson. anerkannt, daß die von einem Wechsel verbundene einmal bestellte hinreichende Sicherheit alle zu da mähnen dessen, der sie geleistet, überwiegen werden könne, und deren Negreßansprüche erledige, und daß einem jeden der letzteren nur dann antworten könne, andere oder weitere Sicherheit zu verlangen, wenn er gegen die Art oder die Größe der bestellten Caution Einwendungen zu begründen vermöge.

Der Redaction wurde vorbehalten, hierauf bei der künftigen Fassung des §. 27 Rücksicht zu nehmen, insgleich ansatz des Tages: „Er ist hierbei an die Folgeordnung der Interessen“

mente nicht gebunden" auf die Vorschriften über den Negrefß Mangels Zahlung zu verweisen.

Eben so gab man zum §. 28 der Redaction eine veränderte Fassung des Paragraphen anheim, bei welcher zugleich des Falles Erwähnung geschehe, „wenn Zahlung des Wechsels erfolgt, oder die Wechselkraft erloschen sei," indem auch hierdurch die bestellte Sicherheit sich erledige.

Auf die von einer Seite aufgeworfene Frage, ob die vollständige Acceptation, deren der Paragraph gedenke, auch die Kosten, welche durch den Protest Mangels Annahme

und durch den Antrag auf Sicherstellung veranlaßt werden sind, in sich begreife, ward bemerkt, daß die vollständige Acceptation (im Gegensatz der im §. 24 erwähnten Annahme auf eine geringere Summe) die Annahme des Wechsels auf die volle in demselben verzeichnete Summe bezeichne, und daß es der Beurtheilung nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen überlassen bleiben müsse, in wie fern der Negrefßpflichtige die Kosten des Negrefßes zu tragen habe.

Die Bestimmung der in dem §. 28 erwähnten Frist zur Klagerhebung blieb schließlich bis zur Verathung über die Wechselverjährung ausgelegt.

XIII.

Leipzig, den 5. November 1847.

Nachdem die heutige Sitzung unter dem Vorstehe des Herrn Geheimen Legationsraths von Patow, in Abwesenheit des durch Unwohlsein verhindertem kaiserlich-königlichen Abgeordneten Herrn Obergerichtsraths Ruch, mit Verlesung des Protocolls über die heutige Sitzung eröffnet worden war, ward der §. 29 des Entwurfs verlesen.

Von Seiten des Herrn Referenten wurde inwieweit das System des Entwurfs näher entwickelt und namentlich auch gegen die in der Zeitschrift für Rechtspflege und Verwaltung (N. F. B. V. S. 97 u. f.) von dem Herrn Vicepräsidenten Dr. Gincert gegen den Securitäts-Protest im Allgemeinen erhobenen Bedenken in Schutz genommen, worauf der Legierte erklärte:

Er halte den Securitäts-Protest auch in der vom Entwurfe angenommenen Weise für unvereinbar mit den Grundsätzen des Rechts und der Gütegehungspflicht.

Der Acceptant erscheine als Bürge des Ausstellers, es könne daher nicht verlangt werden, daß der Legierte als Besitzer der Bürgschaft auch noch für die Solvenz des Bürgen haften, vielmehr habe es sich der Nehmer des Wechsels selbst auszuweisen, wenn er der Person des Bürgen unbedenklich sein Vertrauen schenke. Dann komme, daß der Sicherheitsprotest dem Vertrauen des Verkehrsscheinswegs entspreche; das Geschäft kleinerer Händler sei oft wesentlich auf den nächsten Credit gegründet, den ihnen ein bestimmter Bankier eröffnet habe; das Accept von Seiten des Legierten verleihe gewissermaßen die Stelle eines Vorstriches, welchen der Fieber nach seinem Vertrauen bis zum Verfalltage bezahlen könne; würden die betreffenden Geschäftskreise nun geneigt, bei eingetretener Zahlungsunvermögen des Bezogenen sofort für den ganzen Betrag ihres Credits Sicherheit zu leisten, so müßten sie dem gewissen Untergange entgehen, während sie die Kräfte glücklich überleben könnten, wenn ihnen bis zur Verfallzeit Frist gelassen würde.

Tagegen wurde jedoch eingewendet:

Die Voraussetzung, daß der Acceptant Bürge des Ausstellers sei, könne schon darum nicht entscheiden, weil der Aussteller neben der Pflicht der Bürgschaftsleistung noch die weitere übernommen habe, dieselbe zu manutenern,

d. h. für die Solvenz des Bürgen einzustehen. Uebrigens könne man den Acceptanten nicht unter dem Gesichtspunkte eines Bürgen für den Verfallsteller ansehn. Er übernehme eine solidarische Verpflichtung, genosse also nicht der Solvenz gewöhnlicher Bürgen; er trete selbstständig und so zu sagen unabhängig von der Verpflichtung des Ausstellers dem Negrefßbedachte bei, wie z. B. daraus erhellet, daß auch der Acceptant eines falschen Wechsels verhaftet bleibe, endlich werde das Accept nicht selten durch Hinzufügung einer Bürgschaft abahnt. Es sprächen überwiegende Gründe für die Gestattung des Sicherheitsprotestes. Zwischen der Verweigerung der Annahme und dem eintretenden Zahlungsunvermögen des Acceptanten bestehe eine vollkommen Analoge. Der Remittent nehme den Wechsel im Vertrauen auf sichere Zahlung; dieses Vertrauen werde in gleicher Weise durch die Nichtannahme, wie durch die nichterfolgte Zahlungsunfähigkeit des Bezogenen erschüttert, es müsse daher für beide Fälle das gleiche Sicherungsmittel gegeben werden, ja für den letzteren Fall betrage es noch dringender der gegenseitigen Güthe, weil der Bezogene, welcher die Annahme verweigerte, möglicherweise zur Verfallzeit gleichwohl zahlen werde, während ein Fall für gar nicht mehr zahlen könne.

Das Argument, welches aus dem Umstande gezogen werde, daß eine derartige Sicherheitsbestellung den Klein kleineren Händler verleihe, beweise nichts, weil es unmaßgebend auch für den Gegenbeweis benutzt werden könne, indem unmittelbare Händler auch darum in Verlegenheit gerathen oder zu Grunde gehen könnten, wenn ihnen die Gewähr für die richtige Zahlung des Wechsels durch die Inzession des Acceptanten entzogen werde, auch überhaupt der Gütegeber denjenigen, welcher durch den Genuß in Gefahr komme, die gegebene Summe zu verlieren, eher schenken müsse, als denjenigen, bei welchem es sich nur um einen eröffneten Credit handle.

Nachdem Herr Vicepräsident Dr. Gincert erklärt hatte, daß er nicht darauf bestehe, seine Ansichten in der Verathung weiter geltend zu machen, wurde zur Abimmung geschritten und das dem §. 29 des Entwurfs zum Grunde liegende Princip mit 17 Stimmen gegen 4 angenommen.

Hierauf ging man zur Verathung der einzelnen Fälle über,

in welchen der Securiitätsprotest in gestatten ist, wobei übrigens aus hamburgischen Antrag anerkannt wurde, daß auf diesen Gegenstand bei Verabreichung des §. 55 (über die Pflicht zur Ausübung der Nothdrohung) zurückgegriffen werden könne.

Zuletzt erklärte der Oesterreichische Herr Abgeordnete:

Es scheint ihm hündend, wenn statt der unter Ziffer 1 3 angeführten Fälle erklärt werde, daß Siderbitt nur dann gestattet werden könne, wenn über das Vermögen des Acceptanten der Concurs eröffnet worden, oder derselbe nach dem Gegebenen seines Vermögens für zahlungsunfähig zu halten ist. Nur die Concursöffnung oder die gerichtliche erklärte Zahlungsunfähigkeit des Acceptanten gebe einen sicheren Zeitpunkt an die Hand, von welchem an der Acceptant für wirklich zahlungsunfähig gehalten werden könne. Nach Oesterreichischen Gegebenen müsse über das Vermögen desjenigen, der seine Zahlungsunfähigkeit gerichtlich erkläre, der Concurs eröffnet werden, und in den Fällen, welche in den Absätzen Nr. 2 und 3 des §. 29. angeführt wurden, könne jeder Gläubiger des Acceptanten die Concursöffnung verlangen. Man dürfe daher annehmen, daß dieselbe in diesen Fällen nicht lange ausbleiben werde. Die in Nr. 2 und 3 angegebenen Umstände könne ein Notar ohne Nachforschungen bei der Polizei- und Gerichtsbehörde nicht bestätigen und man werde in dem Rechte keine genügende Verabreichung darüber finden, ob diese Nachforschungen mit der nöthigen Umständlichkeit und über alle wesentlichen Umstände angeestellt worden seien. Eine außergerichtliche schriftliche Erklärung der Zahlungsunfähigkeit könne auch als Mittel gebraucht werden, um die Gläubiger in einem Nachtheile zu bewegen. Eben so werde die factische Zahlungsunfähigkeit nur auf die unumverfügbaren Nachforschungen des Notars sich stützen. In dem Falle der Concursöffnung bedürfte es aber keines Protests und es müsse wenigstens noch außer demselben auch eine gerichtliche Verabreichung oder das Concurs Eröffnungs-Urtheil als genügendes Beweismittel angesetzt werden. In diesem Falle sei es auch eine unnütze Formalität, wenn man versichre, daß der Wechselinhaber vorläufig von dem Falliten Siderbitt verlangen müsse; denn es ergebe sich schon aus der Concursöffnung, daß er diese nicht leisten könne.

Tagegen wurde von anderer Seite geltend gemacht, die förmliche Eröffnung des Concursus könne nicht unbedingt gestattet werden, weil der Augenblick, wo die Siderbitt geleistet werden müsse, schon dann vorhanden sei, wenn der Bezogene seine Zahlungen factisch eingestellt habe. Diese Thatsache sei jederzeit notorisch, sie könne daher leicht constatirt und beurkundet werden. Wollte man die Eröffnung des Concursus von Seiten des Gerichts abwarten, so würde der günstige Zeitpunkt meist um so gewisser verfließen, als derselben oft lang dauernde Verleihenverhandlungen vorübergingen.

Den Ausdruck „notorisch“ Zahlungsuneinsinnigkeit, welcher Hierbei vorgeschlagen wurde, erachtete man indessen nicht angemessen, weil der Begriff der Notorität an sich schwankend sei und zu Mißverständnissen führe, auch den Verhältnissen mehr gemäß wäre, wenn das Gesetz sich allgemein auf die Thatsache der Zahlungsuneinsinnigkeit beziehe.

Endlich wurde noch vorgeschlagen, die Beurkundung der Insolvenz durch ein amtliches Urtheil (wie in §. 43 des Braunschweigischen Entwurfs geschehe) einer solchen durch Protest gleichzustellen: man erwog jedoch dagegen, daß eine factische Zahlungsuneinsinnigkeit, der Natur der Sache nach, nicht durch gerichtliches Zeugnis, sondern nur durch Protest constatirt werden könne, letzterer auch überdies wegen seiner Publicität, wodurch

Interventionen ermöglicht würden, um deshalb vorgezogen zu werden verliere, weil dabei der Acceptant mit seiner Erklärung gehört werden müsse.

Bei der Abstimmung wurde die Frage:

Soll der Securiitätsprotest nur dann erhoben werden dürfen, wenn förmlich der Concurs gegen den Acceptanten nach Maßgabe der Gegebenen seines Vermögens eröffnet ist?

mit 14 Stimmen gegen 4 verneint; die zweite Frage:

Soll der Securiitätsprotest schon dann aufgenommen werden dürfen, wenn der Acceptant factisch seine Zahlungen eingestellt hat?

mit 16 Stimmen gegen 2 bejaht; endlich die dritte Frage:

Soll der in Ziffer 1 des §. 29. vorgezeichnete Fall des schriftlichen Beschlusses der Zahlungsunfähigkeit beibehalten werden?

mit 10 Stimmen gegen 8 verneinend beantwortet.

Da die Abtath des Acceptanten regelmäßig seine Zahlungsuneinsinnigkeit erweisen wird, so wurde ferner, im Hinblick auf die in Ziffer 1 gefassten Beschlüsse, die Ziffer 2 des Entwurfs mit 14 Stimmen gegen 7 abgelehnt.

Tagegen wurde die Ziffer 3, deren Beibehaltung man namentlich deshalb für wünschenswerth erachtete, weil bei Nicht-Handelsleuten von einer Zahlungsuneinsinnigkeit im technischen Sinne des Wortes nicht geredet werden könne, und bei ihnen die fruchtlose Ausforschung den factischen Zustand der Insolvenz charakterisire, mit 13 gegen 5 Stimmen angenommen, jedoch für nöthig erachtet, statt der Worte: „Personalarethes verhängt“ einen anderen Ausdruck zu wählen, um deutlich zu machen, daß die Siderbitt nur dann verlangt werden könne, wenn die Vollstreckung des Personalarethes verfügt sei.

Der zweite und dritte Absatz des Paragraphen wurde sofort angenommen, namentlich die Frage:

Ob der Acceptant zur Siderbittbestellung auszufordern, und wegen Nichtleistung derselben Protest gegen ihn zu erheben sei?

mit 16 Stimmen gegen 2 bejaht. Es wurde bemerkt, daß im zweiten Absatz „Indossatar“ statt „Indossant“ zu setzen sei, und der Redactions-Commissen anbeirathen, zum dritten Absatz in Erwägung zu ziehen, in wie fern derselbe nach den früheren Beschlüssen einer anderen Fassung bedürfe.

Vor dem Schlusse der Verabreichung über das den Regress auf Siderbittstellung umfassende Capitel VI. erklärte der Braunschweigische Herr Abgeordnete: Er müsse nochmals auf einen Punkt zurückkommen, der ihm von der größten Wichtigkeit zu sein scheine. Es sei nämlich beim §. 29. stillschweigend, und beim §. 27. ausdrücklich das Princip angenommen, daß der Regress auf Siderbittstellung nicht bloß von dem Zahaber und demjenigen, welcher seinerseits den Gantionsanspruch genügt, sondern von allen Insolvanten, selbst den überprüngenen oder von der Regressnahme gar nicht erreichten, genommen werden könne. Es sei nicht zweifelhaft, daß hieraus practisch die größten Uebelthäten hervorgehen könnten. Der Aussteller oder ein früherer Indossant könne danach gleichwohl in so viel Gantionsleistungen gezwungen werden, als er Nachmänner habe. Wenn gleich ein solches Verhältniß nicht leicht vorkommen möge, so sei es doch möglich, dasselbe im Gegebenen zu gestalten. Zudem beruhe, wie die Motive des Entwurfs (S. 63) besagen, das ganze Princip auf der Voraussetzung, daß man dabei mit dem Französischen Rechte (*Code de commerce* art. 120) Hand in Hand gehe. Dies treffe aber nicht zu. Der *Code de commerce* bestimme:

Sur la notification du protêt faite d'acceptation, les endosseurs et le tireur sont respectivement tenus de donner caution pour assurer le paiement de la lettre de change à son échéance, ou d'en effectuer le remboursement avec les frais de protêt et de recharge.

Das Wort: „respectivement“ heisse aber nicht, daß alle Indossanten, auch die vom Regreffe nicht berührten, unter einander Caution fordern könnten, sondern nur, daß dieses dem Zahaber, und weiter dem Indossanten, welcher selbst zur Cautionseinstellung angehalten werden, gestattet sei. Rogron erklärt: respectivement, c'est à dire que si le dernier endosseur est obligé de donner une caution au porteur, il peut à son tour en exiger une de l'endosseur, qui le précède et ainsi de suite jusqu'au tireur. Dieses müsse auch schon deshalb der Sinn sein, weil der Code die Worte folgen lasse: ou d'en effectuer le remboursement, und die Zahlung doch nothwendig nicht von Allen schlechthin, sondern nur vom Zahaber und weiter von dem, welcher den Zahaber befriedigt habe, gefordert werden könne. Auch der Württembergische Entwurf Art. 613 habe das französische Recht adoptirt und bestimmt, die Indossanten und der Aussteller sollten dem Zahaber und gegen einander zur Cautionseinstellung verbunden sein. In den Motiven Z. 544 werde dann aber ganz richtig bemerkt: „Gegen einander“ heisst: es könne derjenige, welcher Sicherheit geleistet hat, dieselbe wieder von jenen Vermännern verlangen. Der Preussische Entwurf schliesse sich also keineswegs, wie dabei vorausgesetzt sei, dem französischen Rechte und den diesen nachbildenden Legislationen an, sondern stelle ein ganz neues Princip auf, welches viel weiter gehe als nothwendig sei, und unter Umständen sehr lästig werden könne. Gerade die jetzt beabsichtigte gemeinsame Gesiehung müsse sich so viel als thunlich an dem bereits Bestehenden halten und bedenkliche Neuerungen vermeiden, welche von dieser oder jener Seite leicht beanstandet werden könnten.

Es sei also der Vorschlag wohl für gerechtfertigt zu halten, daß aus den §§. 27 und 29 die bemerkte Erweiterung des Regreffe-Rechts auf alle, selbst die vom Regreffe ihrerseits noch nicht berührten Wechselinteressenten hinweggelassen, und nur die Bestimmung hinzugefügt werde: daß hinsichtlich der Verpflichtung der Vermänner und der weiteren Berechtigung derselben, welche den Regreffe-Artikeln genügt, die im VIII. Abschnitt über den Regreffe-Mangel Zahlung gegebenen Vorschriften gelten sollten.

Gegen diesen Vorschlag ward von einer Seite erinnert, daß, wie bereits schon bemerkt worden, das Recht der Sicherheitsforderung nicht davon abhängig gemacht werden könne, ob derjenige, der sie verlange, seinerseits Sicherheit geleistet habe oder nicht. Wenn der letzte Indossantar von dem vorliegenden seine Sicherstellung in Anspruch nehme, weil er in dessen anerkannter Solidität genügende Sicherheit finde, so könne dieser dagegen Vorgänger haben, bei denen dringende Veranlassung vorliege, Sicherstellung von ihnen zu fordern; die Annahme des gemachten Vorschlags müsse dahin führen, daß ganz solche Indossanten niemals von ihren Vermännern Sicherheit fordern könnten, weil Niemand sie von ihnen begehren werde. Uebrigens lasse das französische Handels-gesetzbuch die Zeugung nicht zu, daß ein Zahaber berechtigt sein könne, für den doppelten oder dreifachen Betrag des Wechsels Sicherheit zu fordern, noch die, daß der Zieber oder ein Indossant verpflichtet sein könne, mehr als einem

seiner Nachmänner Sicherheit zu leisten. Allerdings aber sei denkbar, daß der Zahaber von seinem Indossanten Sicherstellung fordere, dieser von seinem Vermanne und so weiter aufwärts bis zum Aussteller, daß also jeder auf dem Wechsel Verpflichtete Caution zu leisten habe. Zur Vermeidung dieses unerwünschten Uebelstandes würde die Annahme des Satzes in Vorschlag, die Pflicht der Sicherstellung auf den Aussteller zu beschränken, geführt haben: nachdem jedoch die Consens hierauf nicht eingegangen sei, scheint es unzulässig, das Recht der Sicherheitsforderung in der beantragten Weise zu beschränken.

Auch die übrigen Herren Abgeordneten theilten die erhebenen Bedenken nicht, sondern glaubten, es bei dem gethen in dieser Beziehung zum §. 27 gestanden Beschlusse, im Hinblick auf die bei diesen Erörterungen über den wahren Sinn dieses Paragraphen gegebenen Erläuterungen, beschränken lassen zu können.

Bei der Beratung des §. 30 nahm der Abgeordnete für Bremen, Herr Senator Dr. Albers, das Wort und erklärte:

Er erlaube sich, die Anmerksamkeit der Versammlung auf einige Modalitäten für die Wechselablungen zu lenken, welche vollständig zu einem Satze in diesem Paragraphen Veranlassung geben möchten.

Es sei nämlich bekannt, daß die Wechsel nicht immer unmittelbar vom Bezogenen selbst eingelöst werden. Es würden z. B. die Wechsel durch Abschreibungen bei einer Bank oder durch Anweisungen auf eine solche gethät, und es seien an einzelnen Plätzen, wo man viele Banken habe, dafür Surrogate entstanden, welche mehr oder minder die Stelle einer Bank vertreten, z. B. in Bremen, die Anweisungen auf Wäffer. Ähnliche Facilitäten gewähre die Concentration der Wechsel, wie sie z. B. in Augsburg eingeführt ist.

Alle solche Einrichtungen hätten als Geiege der Nothwendigkeit für ihre Dauer zwei Rücksichten zu beobachten:

Erstens, die auf den inneren Verkehr des Plazes, Zweitens, die auf das Ausland, mit dem der Plaz im Wechselverkehre stehe.

Diese Rücksichten schlossen schlechthin jede Willkür aus. Eine Vernachlässigung derselben in irgend einer Beziehung würde die Strafe in sich selbst tragen, oder mit anderen Worten, die Aufhebung solcher Einrichtungen und Zahlungs-Modalitäten herbeiführen.

Andererseits bränten solche Institutionen von selbst die Achtung einer den Bedürfnissen des Plazes entsprechenden formellen Ordnung mit sich, und diese träte zunächst durch Einführung bestimmter Zahl- oder Cassirage für Wechselablungen in die äußere Erscheinung.

Wo einmal solche Cassir- oder Zahltagla eingeführt seien, hätten sie, ähnlich wie bei den von der Versammlung anerkannten Weiswechseln, einen solchen maßgebenden Einfluß auf sämtliche Handelsverhältnisse gewonnen, daß es als Unmöglichkeit bezeichnet werden dürfte, sie ohne erschütternde Störung im Geschäft zu beseitigen.

Es solle nun zwar auch nicht entsetzt beansprucht werden, in einer allgemeinen Wechselordnung solchen particulären Einrichtungen eine spezifische Rücksichtnahme angedeihen zu lassen. Wehl aber ließe sich aus analogen Gründen wie bei Weiswechseln eine allgemeine Andeutung und Berücksichtigung solcher bereits eingeführten oder später an einem Plaze einzuführenden Bankinstitute oder sonstiger die Wechselzahlung

vermittelnden Einrichtungen, der Concentration n. s. w. in der allgemeinen Wechselordnung rectifizieren.

In dieser Beziehung erlaube er sich, vorbehaltlich einer präciseren Fassung, als Zusatz zu dem ersten Sage des §. 30 zu beantragen:

„Wenn aber am Zahlungstage bestimmte allgemeine Zahlung- oder Cassirtage für Wechselzahlungen eingeführt sind, so ist, wenn Verfall- und Cassirtag nicht auf einen Tag zusammen fallen, der nächste Zahl- oder Cassirtag nach Verfall des Wechsels als Verfalltag anzunehmen.“

Auf die zahlbare Wechsel seien hier, wo es sich nur um Wechsel handle, deren Verfalltag im Wechsel selbst bestimmt ist, natürlich ausgetrieben.

Sein Antrag basire sich übrigens lediglich auf den Wunsch, die Particularergiebigkeit, wenn irgend möglich, zu vermeiden.

Diesen Ausführungen traten die Herren Derappellationsgerichtsrath Dr. Kleinfelder und Banquier Hieser §. 30 mit im Hinblick auf die Verhältnisse der Stadt Augsburg überall bei.

Tagegen wurde jedoch geltend gemacht, daß in einem allgemeinen Wechselgebot auf einzelne Local Interessen keine solche Rücksicht genommen werden könne, daß eine derartige Vergünstigung für einzelne Plätze bald andere Orte zu ähnlichen Einrichtungen veranlassen werde, daß diese Bestimmung für den Zahlungserfordernis lästig und unter Umständen gefährlich sei, namentlich bei auswärtigen, mit derartigen Particular-Einrichtungen nicht vertrauten Gerichten in unrichtigen Entscheidungen führen könnte. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde der Antrag mit 11 gegen 7 Stimmen verworfen und somit der §. 30 angenommen.

Beim §. 31 war man einverstanden, daß eine nach den Beschlüssen zum §. 19 veränderte Fassung notwendig, diese jedoch dem Ermessen der Redaction anheim zu geben sei.

Der §. 32 ward ohne Aenderung angenommen, nachdem man in Beziehung auf einen Zweifel über den Sinn der unter Ziffer 1. aufgeführten Bestimmungen anerkannt hatte, daß bei einer nach Wechsen bestimmten Frist das Ende derselben auf den mit dem Tage der Ausstellung, beziehungsweise der Präsentation zur Annahme, gleichnamigen Wechsentag falle. Der Weiterrechtliche Herr Abgeordnete bemerkte jedoch, daß er es für zweckmäßiger halte, den Schluss des Satzes No. 1. dahin abzuändern:

oder an welchem wegen nicht gehöriger Acceptation eines nach Ziffer zahlbaren Wechsels Protest erhoben worden ist.

In Uebereinstimmung hiermit wäre dann auch im Sage No. 2 statt „Verzierung“ das Wort „Protesterhebung“ zu setzen.

Mit Bezug auf diesen letzteren Antrag gab die Versammlung der Redaction anheim, statt des (im Hinblick auf den §. 19) allerdings nicht ganz passenden Ausdrucks: „Verzierung“ einen anderen, angemesseneren zu wählen.

Bei dem §. 33 äußerten die Hamburger Herren Abgeordneten, daß sie in Betreff desselben einige Bemerkungen zu machen hätten, die aber besser bei m. §. 40 sich erörtern lassen würden. Die Versammlung beschloß deshalb, die Berathung des §. 33 aussetzen und mit der des §. 40 zu verbinden.

Bei dem §. 34 wurde ebenfalls der Redaction eine deutlichere Fassung anempfohlen, übrigens gegen den Inhalt des Paragraphen nichts erinnert.

Der §. 35 ward ohne Erinnerung angenommen.

XIV.

Leipzig, den 6. November 1847.

In der heutigen Sitzung, welche unter der Leitung des Herrn Geheimen Legationsraths von Patow abgehalten wurde, waren der kurwürthlich hessische Abgeordnete Herr Obergerichtsrath Auchs und der Abgeordnete von Frankfurt, Herr Dr. C. H. Harnier, Erhöher durch fortanendes Unwohlsein, späterer durch eine notwendige Reise verhindert, nicht gegenwärtig.

Nach der Vorlesung des Protocolls der gestrigen Sitzung wurde zu der Verathlung über den §. 36 geschritten.

Gegen den ersten Abiag dieses Paragraphen wurde zwar info- form, als contra von der Legitimation des Wechselinhabers durch die bis auf ihn hinuntergehende Reihe von Indossamenten die Rede ist, nichts erinnert; von einigen Herren Abgeordneten aber bemerkt, daß diese Vorschrift nicht ausreichend sei, indem besondere Umstände eintreten könnten, unter welchen der Bezogene Bedenken tragen müsse, selbst dem durch die Reihenfolge der Indossamenten legitimierten Präsentanten des Wechsels das Geld verabsolgen zu lassen. Dies sei namentlich der

Fall, wenn der Wechsel Rasuren, Ueberschreibungen oder andere dergleichen sichtbare Mängel an sich trage, welche den Verdacht einer Fälschung begründeten. Nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen könne dem Wechselschuldner nicht zugemuthet werden, auf einen solchen Wechsel Zahlung zu leisten; dieses müßte jedoch im Gehege ausdrücklich gesagt werden, weil sonst aus dem Inhalte des §. 36 auf eine unbedingte Verpflichtung desselben zur Zahlung an den Inhaber geschlossen werden könnte. Aus diesem Grunde wurde ein (etwa nach Maßgabe des §. 73 des holländischen Entwurfs abzuändernd) Zusatz beantragt, durch welchen der Wechselschuldner ermächtigt werde, bei dem Vorhandensein von Rasuren, Ueberschreibungen oder anderen sichtlichen Spuren der Fälschung die Wechselsumme bei Gericht zu hinterlegen.

Gegen diesen Antrag wurde nicht eingewendet:

Eine solche Bestimmung könne leicht zur Chicane gemißbraucht werden, auch sei der Bezogene zu seiner Dilligenz gegen die Indossamenten verpflichtet und habe daher auf eine

denjenigen drohende Gefahr keine Rücksicht zu nehmen, sondern die Verfolgung des etwa gestillten Betrages demjenigen, welcher dadurch in Schaden verlegt werde, zu überlassen. Ueberdies könnte man, wenn der Bezogene die Zahlung ad depositum leistet, die Protesthebung und Negativnahme doch nicht verbieten. Handelt es sich um die von dem Bezogenen nach geleistem Accente geforderte Zahlung, so kommt es auf die exceptio falsi an; vermöge dieser könnte der Acceptant (verursacht, daß dieselbe nach den §§ 36 und 71 überflüssig relevant sei) die Abweisung des Klägers verlangen. Nach erfolgter Abweisung ist es denkbar, daß der Acceptant, um sich zu liberieren, die Wechselsumme bei Gericht niederlegt; vor dem Unterliegen des Wechselinhabers im Civilproceß könne man aber nicht wohl zulassen, daß der Acceptant sich durch das Gebieten zur Deposition von dem Anspruche des Wechselinhabers frei mache. Der Wechselinhaber würde durch eine solche Befugniß des Wechselinhabers benachtheiligt; denn um die Sache nun zu erwirken, würde ihm kaum ein anderes Mittel bleiben, als Erwirkung eines kostspieligen und langwierigen Civilverfahrens. Dabei bleibe war der Fall nicht ausgeschlossen, daß die im Wechsel vorhandenen Spuren der Fälschung eine Criminalproceß veranlassen und das Criminalgericht bestimmen könnten, die einschlägige Deposition der Wechselsumme anzuordnen; auch Arrestanträge der durch die Fälschung benachtheiligten Personen blieben denkbar; aber eine Befugniß des Schuldners, die Wechselsumme zu deponiren, könne nicht als Regel aufgestellt werden.

Zur Widerlegung dieser Einwendungen wurde entgegenget:

Es handle sich bei dem in Antrag gebrachten Zusatz nicht um eine Verpflichtung des Bezogenen gegen seine Vormänner, sondern um eine ihm selbst einzuräumende Befugniß, welche keineswegs als Regel aufgestellt, sondern nur ausnahmsweise zugestanden werden sollte, und von ihm sowohl in seinem eigenen, als in seiner Vormänner Interesse benutzt werden könne. Werde die Bestimmung so gefaßt, daß der Schuldner auf die an ihn gestellte Anforderung unter allen Umständen sogleich zahlen oder deponiren müsse, und die quaestio falsi erst nach geleisteter Deposition Gegenstand einer gerichtlichen Verhandlung werden könne, so sei die Gefahr einer Chicane beseitigt, auch werde der Schuldner schon durch sein eigenes Interesse von einer Chicane abgehalten, indem für ihn daraus die Verpflichtung zum Schadenersatz entpringen würde.

Im Laufe der Discussion kam noch weiter in Anregung, daß sich, ohne in eine Casuistik einzugehen, über die Berechtigung zur gerichtlichen Deposition keine ausdrückliche Bestimmung treffen lasse, unter diesen Umständen aber die Frage, ob in den einzelnen Fällen der Bezogene von der durch die Fassung des Paragraphen nicht ausgeschlossenen Befugniß zur Deposition Gebrauch machen könne, dem richterlichen Ermessen zu überlassen sei.

Bei dieser Verschiedenheit der Ansichten wurde die Frage: Ob der beantragte Zusatz in den Paragraphen aufgenommen werden solle?

zur Abstimmung gebracht und mit 11 Stimmen gegen 6 vereint.

Einer der Herren Abgeordneten beantragte hierauf einen Zusatz, durch welchen dem Bezogenen das Recht einzuräumen werden sollte, von einem ihm unbekannten Präsentanten des Wechsels einen Ausweis über seine Person zu verlangen. Gegen die Aufnahme einer solchen Bestimmung wurden aber dieselben Bedenken, wie gegen die Aufnahme des zuerst be-

antragten Zusatzes erhoben, worauf der Antrag zurückgezogen wurde.

Hierauf wurde der erste Abjag des §. 36 ohne Abänderung angenommen, und bloß hinsichtlich der Redaction des letzten Satzes bemerkt, daß derselbe passender dahin gefaßt werden sollte: „Wenn auf ein Blanco-Indossament ein weiteres Indossament folgt, so wird der Aussteller desselben als derjenige angesehen, welcher den Wechsel durch das Blanco-Indossament erworben hat.“

Gegen den zweiten Abjag des §. 36 erklärte sich einer der Herren Abgeordneten, weil sich einem Wechsel, auf welchem sich durchgeführte Indossamente befänden, keine volle Beweislast bewegen lasse, auch in dem Falle, daß das letzte Indossament ausgefüllt sei, und denselben Blanco-Indossamente vorgezogen, die Vorschriften des ersten Abjages durch das bloße Durchschreiben des letzten Indossaments umgang zu werden könne.

Die übrigen Stimmen erklärten sich aber für die Beibehaltung des zweiten Abjages, weil der Inhaber nicht bloß durch ein bei dem Niederschreiben des Indossaments bezagenees Versehen, sondern auch durch manche andere Ursache zur Ausstrichung von Indossamenten genöthigt werden könne, und hiernach die Vorschrift einem wahren Bedürfnisse des Handelsstandes entspreche.

Vorur zum §. 37 übergegangen wurde, bemerkte einer der Herren Abgeordneten, in den Motiven zum §. 36 (Seite 66) sei die Behauptung aufgestellt:

Es verhehe sich von selbst, daß vor Verfall weiter der Inhaber die Zahlung annehmen brauche, noch der Bezogene die Zahlung mit Sicherheit leisten könne.

Diese Behauptung könne jedoch nicht unbedingt als richtig anerkannt werden, und es würde hiernach, wenn man das Recht des Inhabers und die Pflicht des Bezogenen bezüglich einer Zahlung vor Verfall in der bezeichneten Art normiren wolle, notwendig werden, in das Gesetz eine ausdrückliche Bestimmung aufzunehmen, wie dies auch in dem französischen Handelsgesetzbuche (Art. 144 und 146) geschehen sei.

Auf diese Äußerung wurde erwidert, eine solche Bestimmung würde nur dann, wenn das Contremantiren zulässig wäre, von practischem Interesse sein, und könne obneidlich dadurch umgangen werden, daß der die Zahlung leistende Bezogene den Wechsel auf sich indossiren lasse.

Eazegen wurde jedoch wieder geltend gemacht, daß noch andere Fälle, für welche jene Bestimmung Werth habe, denkbar seien, und immer die Pflicht einer Annahme der Zahlung durch den gemachten Einwand nicht berührt werde.

Die Frage:

Ob in den Entwurf ein den Vorschriften d. Art. 144 und 146 des französischen Handelsgesetzbuchs entsprechender Zusatz aufgenommen werden solle?

wurde hierauf zur Abstimmung gebracht, wobei sich eine Mehrheit von 13 gegen 4 Stimmen für die Bejahung derselben ergab.

Der §. 37 wurde von mehreren Herren Abgeordneten für entbehrlich erklärt, dieser Ansicht aber von den übrigen Herren Abgeordneten bloß hinsichtlich des zweiten Abjages beigestimmt, für dessen Beibehaltung aus einem alledings in Widerspruch auch der Herr Referent sich erklärte. Die Beibehaltung des ersten Abjages ward mit 9 gegen 8 Stimmen beschloffen, nachdem man in Ansehung des Inhaltes des ersten Abjages sich dahin vereinigt hatte, daß „Rechnungswährung“ statt „Rechnungsmünze“, und „in der Landmünze“ statt

„in Preussischem Gelde“ gesagt werden solle. Zugleich wurde dem Ermessen der Reichens Commission anheimgegeben, ob nicht der Besag „im Inlande zahlbar“ zu streichen sei.

Eine Verschiedenheit der Meinungen ergab sich aber darüber, ob die Zahlung in der Münzsorte, auf welche der Wechsel lautet, unbedingt oder in dem in dem ersten Absätze des §. 37 angegebenen Falle nur unter der Voraussetzung geleistet werden müsse, daß der Aussteller durch den Gebrauch des Wortes „effere“, „in Natura“, oder eines ähnlichen Zusatzes die Wechselverpflichtung ausdrücklich auf eine bestimmte Münzsorte erstreckt habe. Eine Stimme sprach sich für das Erstere aus, die übrigen Stimmen aber beschloßen, daß eine bestimmte Münzsorte nur in dem Falle einer darüber im Wechsel enthaltenen ausdrücklichen Vorbestimmung verlangt werden könne, und dieses in dem §. 37 anzuwenden sei.

Die Bestimmungen des §. 38 wurden von mehreren Herren Abgeordneten angegriffen, indem sie die Ansicht äusserten, daß eine Verpflichtung des Wechselhabers zur Annahme von Theilzahlungen seinen Interessen beeinträchtigen, mandem Interessen aber zum Vortheile gereichen könne. Stelle das Gesetz die Annahme von Theilzahlungen in die Willkür der Inhaber, so würden diese häufig aus Rücksicht auf die Reueurechnung die Annahme der Theilzahlungen verweigern. Auch könne die Consensum für die Verpflichtung zu sprechen, da man eine theilweise Acceptation für zulässig erklärt habe. Hierbei bemerkte insbesondere der Würtembergische Herr Abgeordnete, daß in Würtemberg der Handelsstand von Heilbrunn, wo hauptsächlich Waarenhandel getrieben werde, für die Verpflichtung zur Annahme von Theilzahlungen, die Bananiers aber gegen eine feste Verpflichtung seien. Gewöhnlich sei es dem Aussteller, welcher ein Guthaben durch den Wechsel einziehen wolle, erwünscht, wenigstens etwas davon zu erhalten; ebenso würden die regelmäßigen Anteilseigner wenigstens theilweise bereit zu sein wünschen.

Gegen diese Ansicht wurde eingewendet, daß der Inhaber bloß für sein Interesse, nicht aber für jenes seiner Vormänner, zu sorgen habe, und die Gezeigung eine theilweise Erfüllung von Verpflichtungen nicht begünstigen solle.

Hierauf wurde die Frage:

Ob der Inhaber verpflichtet sein solle, eine theilweise Zahlung anzunehmen?
zur Abstimmung gebracht, und mit 11 Stimmen gegen 6 bejahend entschieden.

Hierbei war man darin einverstanden, daß wegen der unvollständig geleisteten Zahlung der weitere Anspruch vorbehalten bleibe. Ein Antrag, die Verpflichtung bei dem Anbieten einer zu geringfügigen Theilzahlung auszuscheiden, wurde auf die dagegen erhobenen Bedenken von dem Herrn Antragsteller zurückgewiesen.

Zu dem §. 39 wurde beantragt, in dem ersten Absätze deutlich auszudrücken, daß der Wechselkäufer sich bei dem bloßen Ansaufwerfung des Wechsels begnügen könne. Dieser Antrag wurde jedoch auf die Bemerkung zurückgenommen, daß es nach der Fassung des ersten Absatzes in das freie Ermessen des Zahlenden gestellt sei, sich mit dem Zurückempfang des Wechsels zu begnügen, oder eine Zustimmung auf dem zurückgegebenen Wechsel zu verlangen.

Hierbei kam auch zur Sprache, in wie weit der Wechselkäufer die Nothwendigkeit der Zustimmung zu prüfen, ob der unmittelbare Empfänger diese Zustimmung zu ertheilen, ob er sich dabei über die Befugniß zu quittiren auszuweisen habe u. s. w. Man war jedoch darin einverstanden, daß dieser Punkt mit der Legitimation zum Empfang der Zahlung in Verbindung stehe, und daher durch die Bestimmung zu dem §. 36 seine Geltung gelinde habe.

In Bezug auf den zweiten Absatz dieses Paragraphen war man einverstanden, das Wort „beglaubigt“ hinwegzufallen solle.

XV.

Leipzig, den 8. November 1847.

Die heutige Sitzung, welcher auch der k. k. Hofrath, Herr Abgeordneter, Herr Degeter, Rath zu S., wiederum beizutreten, ward unter Leitung des Geheimen Legationsraths von Patow mit Vorlesung des Protocolls vom 6. d. M. eröffnet.

Darauf stellte der Herr Referent, in den Vorschriften über den Mangel der Zahlung, einleitend, die Verträge:

Ob etwa, bevor zur Verhandlung über die §§. 40 bis 54 im Einzelnen vorgeschritten werde, über das ganze System des Regreßes beschloßen werden solle.

Er selbst hielt dies für nicht rathsam, weil die Erörterung darüber sich passender an den §. 44 und folgende knüpfen werde, und ging, als keine abweichende Ansicht ausgedrückt wurde, zum §. 40 über, mit welchem die Verhandlung

des §. 33 verbunden wurde, die in der Sitzung vom 5. d. M. hies hierher ausgelegt werden war.

In Beziehung auf den §. 40 hob der Herr Referent zunächst die beiden Hauptfragen hervor:

1. Ob der Protest schon am Zahlungstage, und:

2. Ob er noch am Tage nach dem Verfalltage aufgenommen werden dürfe;

und legte sowohl die Abweichungen der Vorschriften des Entwurfs von den hauptsächlichsten anderen Gezeigungen, insbesondere von den Preussischen allgemeinen Landrechten und dem Code de commerce, als auch die Gründe dieser Abweichungen kurz dar.

Sodann erklärte die Hamburger Herren Abgeordneten zunächst: Es sei von ihnen früher die Aufhebung der Verbands

lung über den §. 33 beantragt worden, weil derselbe für Hamburg im engsten Zusammenhange mit dem §. 40 stehe. Hamburg könne die Respectante nicht ganz entbehren, wenn die Fristen für die Protestaufnahme so festgesetzt würden, wie der §. 40 vorschreibe. Deshalb würden sie, wenn die Bestimmungen beider Paragraphen hier adoptirt werden sollten, in die Nothwendigkeit sich versetzt sehen, zu erklären, daß es für Hamburg außerhalb der Möglichkeit liege, in diesem wichtigen Punkte, bei welchem doch gerade Uebereinstimmung der Gesetzgebung so wünschenswerth sei, die Bestimmungen des Entwurfs anzunehmen. Ob dann, wenn Hamburg durch die hier gefassten Beschlüsse veranlaßt wäre, in Beziehung auf die §§. 33 und 40 abweichende gesetzliche Vorschriften zu ertheilen, man es dort vorziehen werde, die Respectante beizubehalten, oder die Frist zur Protestaufnahme zu erweitern, sei eine Frage, welche hier nicht weiter in Betracht kommen könne.

Um die Erklärung zu rechtfertigen, könnten sie eine ausführliche Darstellung der in Hamburg bestehenden Einrichtungen, so weit dieselben auf die hier in Frage besagten Anordnungen Einfluß üben, nicht vermeiden. In Hamburg befinden 12, oder, da man den Verfalltag einrechnet, 11 Respecttage. Diese würden indeß von solchen Handlungshäusern nie benutzt. Wäre ein größeres Haus davon Gebrauch, so werde dies als Einstellung der Zahlungen betrachtet, welche um Accord oder Falliment führe. Es sei dort jetzt ziemlich allgemeine Ansicht, daß Respecttage und namentlich in so bedeutender Zahl, nicht mehr zutreffend wären, und man möchte daher wohl geneigt sein (ungeachtet die Rücksichtnahme der jüdischen Feiertage, welche aus dem §. 84 des Entwurfs folge, einiges Bedenken dagegen erzeuge) die Respecttage aufzugeben, wenn in Ansehung der Frist für Verwirung des Protestes Mangel Zahlung annehmbarer Bestimmungen getroffen würden. Die Unmöglichkeit für Hamburg, gleichzeitig die Bestimmungen der §§. 33 und 40 anzunehmen, liege theils in den Einrichtungen der dortigen Bank, theils in dem Verhältnisse Hamburgs zu der Nachbarstadt Altona. Die Hamburger Bank sei Girobank, aber Kassirer für alle in Hamburger Banco zu leistenden Zahlungen. Die Kasse der Bank besitze nicht in gemünztem Golde, sondern in Silberbarren, zu dem festen Preise von 27 $\frac{1}{2}$ Mark Banco für die Mark fein kölnisch. Die Zahlungen der Bank würden daher in der Regel nicht effective, sondern durch Ueberschlagung des zu zahlenden Betrages von der Rechnung des einen Bank Interessenten auf die des Anderen geleistet. Um Bank Interessent zu werden, sei eine gewisse Qualifikation erforderlich, die mit dem Rechte des Großbürgers zusammenfalle. Keinem der zahlenden Interessenten dürfe die Bank irgend einen Credit gewähren, vielmehr für jeden derselben nur so viel abstreifen, als sein Guthaben in der Bank an dem vorhergehenden Tage betragen habe. Jeden Tag müsse der Gesamtbetrag des Guthabens sämmtlicher Interessenten berechnet, sowie mit dem Vermögen der Bank verglichen und mit diesem in der genauesten Uebereinstimmung erhalten werden. Wer nun, ohne selbst Bank Interessent zu sein (in wel cher Lage sie viele, namentlich kleine Geschäftslente in Hamburg, und sämmtliche Mitglieder des Handelsstandes in Altona befinde) Zahlungen durch die Bank beschaffen lassen wolle, müsse der Mitwirkung eines Bank Interessenten sich bedienen. Die Bankentel, d. h. die schriftl. an Anordnungen oder Aufträge an die Bank, einen Posten von der Rechnung des Auftraggebers auf die eines anderen

Interessenten zu übertragen, müssen von dem Aussteller entweder in Person oder durch einen von der Bank anerkannten Bevollmächtigten, und zwar bis 1 Uhr Mittags, bei der Bank eingereicht werden. Später sei die Einreichung nur gegen Entrichtung einer kleinen Abgabe, jedoch nie länger als bis Nachmittags 5 Uhr zulässig. Tägliche Wechsel wurden den, der zahlen solle, bis 12 Uhr eingestellt und (nach einer ganz allgemeinen Zuteilung) ihm anvertraut. Von 12 bis 1 Uhr würden dann die Bankentel zur Bank befördert. Nach dem Schluß der Bank werde untersucht, ob der, welcher zahlen wolle, hinreichendes Guthaben dazu besäße. Bei der außerordentlich großen Anzahl der täglich vorkommenden Ab- und Zuschreibungen könne erst in der Nacht jenes Geschäft vollendet und die Bilanz zwischen allen Ab- und Zuschreibungen gezogen, mithin auch erst am folgenden Morgen jedem Betheiligten die amtliche Nachricht über die auf seinem Conto stattgehabten Zuschreibungen gemacht werden. Daraus erfahre zwar Jeder, von welchem Interessenten ihm etwas zugeschieden sei; Gewissheit aber, ob ein bestimmter Posten eingegangen sei, könne man erst durch Nachfrage bei dem erlangten, durch welchen abgeschrieben worden. Wenn nämlich, wie das häufig vorkomme, der Acceptant eines Wechsels selbst kein Conto in den Büchern der Bank habe, so müsse er das Geld erst durch die dritte, auch wohl vierte und fünfte Hand geben lassen, um einen Interessenten zu finden, unter dessen Vermittelung er Zahlung durch die Bank leisten lassen könne. Da nun aber die Nachricht, welche die Bank ertheile, über das Geschäft, für welches die Ab- und Zuschreibung geschehen, nichts enthalte, so könne der Zahlungsberechtigte nur durch Nachfrage bei dem Interessenten, von dessen Conto abgeschrieben worden, Auskunft darüber erlangen, ob ein ihm zugeschriebener Posten wirklich als Zahlung für die Summe dienen solle, welche er zu fordern gehabt habe. Hieraus gehe klar die Unmöglichkeit hervor, an den Verfalltage selbst Brecht aufnehmen zu lassen, weil man frühestens erst am folgenden Tage erfahre, ob die schuldige Zahlung geleistet sei. St aber reise selbst der weitestgehende Tag nicht hin, um darüber Gewissheit zu erlangen. Die Unbegreiflichkeit dieser Einrichtung verkenne man nicht; es sei deshalb deren Abänderung erwogen und man der Verfalltag in dieser Beziehung gemacht worden; allein nach der sorgfältigen und mit dem Wunsche, Abhilfe zu schaffen, angestellten Prüfung habe man keinen mit der Ueberheit der Bank vereinbar gefunden. — Was jedermann Hamburgs Verhältnis in Altona anlange, so seien beide Städte im Handels-, namentlich im Wechselverkehre so eng verbunden, daß sie in dieser Beziehung als ein einziger Platz angesehen werden könnten. Sie hätten, oder besäßen wenigstens dieselben Vorschriften, kennen dieselbe Bank und dieselbe Börse. Doch hätten auch Verbindlichkeiten zwischen ihnen Statt. Die gewichtigste bestehe darin, daß ein Hamburger Notar nicht in Altona, und ein Notar für Altona nicht in Hamburg protestiren dürfe. Die Fälle aber seien häufig, in welchen derselbe Wechsel in Hamburg und Altona protestirt werden müsse. Dies könne dann begreiflich nur successive und also mit großem Zeitverluste geschehen.

In Hamburg sei man entsetzt über die Ansicht, daß man zur Protesterhebung drei Tage (außer dem Verfalltage) haben müsse, die nach dem Angezogenen jedoch durchaus keine Respecttage für den Bezogenen seien, sondern nur dem Wechselinhaber die Möglichkeit gewähren sollten, das Nothwendige zu thun. Allenfalls werde man sich vielleicht mit zwei Protesttagen begnügen, um nur keine Particular-Gesetzgebung ein-

treten zu lassen, die aber freilich, wenn nicht einmal zwei Tage gestatten würden, unvermeidlich sein dürfte. Es erschie-
n jedoch die Einwilligung von zwei Protektoren auch denen,
welche ihr abgeneigt seien, vielleicht minder bedenklich, wenn
man die Precht und Meistbietenfrist in anderer Weise wie-
der etwas verkürzen konnte. Hierin bieth sich eine weitläuf-
tige Gelegenheit dar. Nach dem §. 40 nämlich sollte das letzte
Druckblatt des Verfalltages zur Prechterhebung benutzt werden
dürfen. Daß solche von den meisten Gegenseitungen ab, und
wenn gleich die Gründe jener Verzicht auf in Zweifel sein, so
habe doch das höchste mindestens gleiche Gründe vor sich.
Gleich sei die Bestimmung des Genusses oft darin; zum der
Zahlungspflichtige erhalte vielmals noch nach drei Uhr Geld.
Sodann erweise auch in einem für ganz Deutsch-land bestimm-
ten Gesetze die Bestimmung einer Summe zwecklos, ja auch
widerig. Man möge also die Prechterhebung am Zahlungs-
tage nicht anlassen. Das zweite Mittel zur Ausgleichung der
gewünschten und oder drei Protektortage bieth der §. 44 dar.
Im zweiten Absatze desselben seien zur Vermeidung des Protek-
tes zwei Tage gestattet. In Hamburg sollte man dies für
nicht nothig. Man möge diese Frist also abkürzen.

Nach dieser Darstellung ward wiederum von einem Mit-
gliede der Versammlung die Frage aufgeworfen, ob in Ham-
burg, wenn es auch bedenklich sein möge, an dem Verfall-
tage der Paus etwas zu ändern, doch nicht vielleicht eine
Einstellung getroffen werden könne, welche die gefährlichsten
Wahrscheinlichkeiten des Verfahrens, um Gewissheit zu erlangen,
oder Zahlung geklärt werden, abzurufen geeignet sei. Dies
ist eine namentlich dadurch geklärt zu sein, daß man jedem
Emphyteuten eines zur Zahlung präsentierten Wechsel die Pflicht
auferlege, den Präsentanten sofort einen Zettel ausstellen,
welcher e schon laufe, ob die Zahlung bei der Paus durch Ab-
strahlung von solchem eigenen oder von dem Genuß eines An-
deren bewirkt werde. Sollte der Letztere aber wiederum nicht
von seinem, sondern von dem Genuß eines Dritten abstrahiren
lassen wollen (was wohl nicht sehr oft vorkommen werde, weil
die Kürze der Zeit bis 1 Uhr hindern entgegenstehe), so würde
jener wiederum den Präsentanten des Wechsels durch einen
ähnlichen Zettel zu konstatirten haben; so daß der Prä-
sentant, da die ganze Sache bis 1 Uhr bei der Paus in Ord-
nung gebracht sein müsse und bald naether jene Zettel aus-
getragen werden könnten, jedenfalls noch am Abtag selbst
erhöhe, um am anderen Morgen nach dem Eingange der ihm
von der Paus erhaltenen Notiz durch Vergleichung mit dieser
sicher konstatiren konnte, ob der Wechsel honorirt oder Precht
Mangels Zahlung zu erheben sei.

Die Herren Abgeordneten für Hamburg antworteten hier-
auf, daß man unter mehreren Vorfällen auch diesen geneigt,
aber momentan kein befanden habe, weil das Verfahren nicht
nur zu verzögern, sondern auch zu unsicher sein würde. Die
Anträge gingen von Einem zum Andern, so entfiel eine
weiläufige und verantwortliche Correspondenz, die sich nicht
leicht auf sichere Art beistehen lässe. Auch fragte sich, wenn
eine unrichtige Angabe gemacht werde, welches Präjudiz dann
eintreten sollte? Ferner werde ewiger Anlaß zu Streitigkeiten
darüber sein, ob der Zettel richtig abgegeben worden. Endlich
entfiel dann die schwierige und kaum zu lösende Frage, wann
und gegen wen Precht erhoben werden sollte.

Schwebt sich die Ansicht geltend macht, daß diese Bedenken
leicht zu beseitigen sein möchten, so wurde doch zugegeben, daß
die weitere Erörterung derselben, als nicht hierher gehörig,
beruhen bleiben müsse.

Die Herren Abgeordneten für Oesterreich und Sachsen woll-
ten zwar nicht beitreten, daß die in Hamburg bestehenden
Bankverhältnisse und sonstigen Verhältnisse die gewünschte
Protektfrist erheben müßten; sie waren aber der Meinung,
daß es sich zunächst nicht hierum handle, sondern darum, was
Regel sein sollte für ganz Deutschland und was Ausnahme.
Es trage sich vor Allem, ob man Respekttage gestatten sollte
(denn auf solche stießen die von Hamburg beantragten Pro-
tekttage in Wahrheit hinaus), und wenn nicht, was für ein
Verfahren dann eintreten sollte. Erst müsse man über den
§. 33 beschließen, dann darüber, was es in Deutschland
(außer Hamburg) für eine Verantwortlichkeit mit Erhebung der
Prechte haben und welche Fristen man dafür vorzeichnen
sollte. Bestimmte Hamburg dann für sich etwas Abweichendes,
so sei dies besser, als wenn ganz Deutschland das annehme,
was nur für Hamburg als notwendig dargestellt wurde.

Tawider wurde von anderer Seite eingewandt: Hierbei sei
nicht gehörig gewürdigt, ob nicht Hamburgs Gründe zum
Theil allgemeinerer Art seien, und deshalb zu einer allge-
meinen Bestimmung für ganz Deutschland führen könnten oder
müßten. Die weitere Frage sei namentlich, ob die Konferenz
für rattham halte, die Fristen der §§. 40 und 44 zu verkürzen.
Insbesondere wurde von dem Herrn Abgeordneten für
Holsheim den von Oesterreichs- und Sächsischer Seite vor-
geschlagenen Verfahren eintrüßlich entgegen getreten und er-
klärt: Er wünsche lebhaft Vereinigung; sein Vorschlag habe
für ihn ausschließlichen Werth; was Hamburg annehme, könne
auch Altona sich gefallen lassen; was aber in Hamburg nicht
angehe, könne auch Altona nicht gutheissen. Es komme hier
aber nicht allein das Verhältniß der genannten beiden Städte
in Betracht. Im Herzogthum Holsheim gebe es Kontrakte von
bedeutendem Umfange — die reichsten des Landes, die Mar-
schen nämlich, — in denen die Natur des Bodens es mit sich
bringe, daß derselbe bei anhaltend nasser Witterung im Herbst
und Frühjahr in einer Weise erweiche, daß auf den bei trok-
kener Jahreszeit vortheilhaften Wegen, nur mit der größten
Anstrengung während eines ganzen Tages kaum einige Meilen
zurückgelegt werden können. Es werde eine Ungerechtig-
keit gegen die Bewohner dieser Gegenden — welche meistens
sehr wohlhabende Gutsbesitzer in sich schließen, — wenn man
denselben Wechselrecht geben, aber die Fristen so beschränken
wolle, daß sie innerhalb derselben die vorgeschriebenen Formen
nicht beobachten könnten; — wie dies eintreten der Fall sei,
wenn zur Prechterhebung nur ein Tag bewilligt werde. Zu-
demals aber möge die Versammlung es wohl erwägen, ob
sie auf den gedachten Antrag beschließen, daß die Ablehnung
desselben Hamburg und Holsheim nöthige, etwas Creptionelles
hinzusetzen. Ein solcher Verzicht werde von der Konferenz
ausgehend, jeder anderen Ausnahmestimmung das Wort reden
und damit die Idee, ein gemeinsames Wechselrecht zu schaffen,
selbst zerstören.

Hauptgründe der Zeit wiederholte man auf Anfrage nochmals
bestimmt, daß die Protekttage durchaus nicht zu Gunsten des
Bezogenen gerichten, also keine Respekttage sein sollten.

Einige der Herren Abgeordneten gaben zwar zu, daß dies
Absicht sein möge, hielten aber dafür, daß die Protekttage nicht
schon zu Respekttagen werden würden. Dazu bemerke
der Herr Referent, die Verschmelzung der Fristen in den §§.
40 und 44 sei schwer zu begründen. Der §. 44 beruhe auf
der Voraussetzung, daß die Ausfertigung des Proteses nicht
sofort geschehen könne. Kürze man nun die Frist in §. 44 ab,
so sei dagegen keine Hülfе gewährt.

Der Abgeordnete von Bremen, Herr Senator Dr. Albers, gab der Versammlung anheim, ob nicht durch die Einführung von drei Respecttagen, nach deren Ablauf die Protestleistung am nächsten Werkstage geboten werde, den Wünschen der Hamburger Herren Abgeordneten einigermaßen entsprechen werden könne.

Ein Hauptvornurtheil, welcher den Respecttagen gemacht worden sei — die verschiedenen und unvorteilhaft über alles Maß erstreckte Dauer derselben in den einzelnen Wechselordnungen — falle mindestens durch eine solche allgemeine, für ganz Deutschland angerichtete kurze Zeitbestimmung weg, und wenn sich auch sonst noch Manches von theoretischen Standpunkte aus gegen die Beibehaltung von Respecttagen sagen lasse, so dürfe, mit practischem Auge die Sache betrachtet, eine Bestimmung, wodurch die Interessen einer Handelsstadt wie Hamburg gewahrt, und wiederum Bremen und Altona einer sonst unumgänglich nothwendigen Partikulargesetzgebung für die dort zur Geltendmachung des Incasso's, ähnlich wie bei Wechseln (vergl. Cincert, das Wechselrecht nach dem Bedürfnis des 19ten Jahrhunderts. S. 380) eingeführten Contro- oder Zahltaghe vollständig überheben würden, gewiß in den Augen eines jeden umsichtigen Beurtheilers in eben so hohem Grade gerechtfertigt erscheinen, als die ganz allgemeine Rücksichtnahme auf Markt- und Wechselstil, wie sie von der Versammlung beliebt worden sei, und die sich sogar nach dem bereits im Wesentlichen angenommenen §. 35 selbst auf den Verkehr eines nur einen Tag dauernden Marktes erstrecke.

Er würde in der Berücksichtigung der Wechselstil und vielleicht später der nicht acceptablen Zahlungsumstellungen und in der gänzligen Verwerfung der Respecttage aus mehr theoretischen als practischen Gründen um so mehr eine Inconsequenz erblicken, als die großen Mißbräuche der nur den Zahltag eines verhältnismäßig kleinen Theiles Deutschlands interessirenden Anweisungen und Wechselstil anerkannt seien und weder aus theoretischen noch practischen Rücksichten auf den Verkehr im Allgemeinen eines besseren Endes zu vermeiden seien.

Die fernere Verhandlung befaßigte sich im Wesentlichen mit den von dem Herrn Referenten gleich zu Anfangs beschriebenen beiden Hauptfragen und mit der hinzugekommenen dritten, ob der Protest noch am zweiten Tage nach Versall föhlich erhoben werden dürfen.

In Bezug auf die Protesterhebung am Versalltage ward namentlich von den Sächsischen Herren Abgeordneten angeseher, daß sie im Königsreiche Sachsen schon von Morgens 8 Uhr an zulässig sei und daß man diese Einrichtung nicht allein für nicht nachtheilig, sondern vielmehr für sehr vortheilhaft halte und ihre Ausübung einstweilen abgesehen sei. Wollte man dem Inhaber das Recht verweigern, schon am Versalltage Protest erheben zu lassen, ihm vielmehr dieses Recht erst für den folgenden Tag zuzugestehen, so werde damit indirect ein Respecttag für den Zahler und sonach eine Unsicherheit über die Verfallzeit der Wechsel eingeführt und dagegen müsse man sich Sächsischer Seits auf das Entschiedenste erklären.

Im ganz entgegengesetzten Sinne aber sprachen sich viele andere Stimmen aus. Zunächst ward auf den Unterschied hingewiesen zwischen Recht und Pflicht zur Protesterhebung am Versalltage; jenes sei nicht zu empfehlen, wenn nicht auch diese vorgeschrieben werde. Gegen jenes aber spreche das Interesse des kleinen Verkehrs. Sodann hob man auch hervor, daß der Versalltag ganz dem Schuldner gebühre und um so mehr zu Gute kommen müsse, als der Wechsel ein Journalact

sei; daß die Convenienz des Handelsstandes die Verhütung unnöthiger Proteste fordere und endlich, daß man den Befehlern nicht-drücklicher Religionen, wenn man ihre Feiertage nicht direct berücksichtigen wolle, Gelegenheit geben müsse, wenn der Versalltag einer ihrer Feiertage sei, noch am nächsten Tage zu zahlen. Auch ward angeführt, daß die Handelskammer in den Baden und dem Großherzogthum Hessen, sowie der Stadt Frankfurt gegen Erhebung des Protestes am Versalltage sich erklärt hatten.

Für die Zulässigkeit der Protesterhebung am Tage nach dem Versalle sprachen sich nicht nur alle diejenigen aus, welche die Protesterhebung am Versalltage nicht gestatten wollten, sondern auch solche Stimmen, welche dieser legten sich nicht entgegen erklärt hatten.

Hinsichtlich des Protesttages am zweiten Tage nach Versall äußerten sich einige der Herren Abgeordneten dahin, daß dessen Bewilligung kein großes Uebel zu sein scheint, da 24 Stunden zur Protesterhebung auf dem platten Lande, wo Notare oder sonstige zur Protestaufnahme kausirte Beamte nicht immer so schnell requirirt werden könnten, für manche Orte auch zu wenig seien. Der Badensche Herr Abgeordnete wies insbeondere darauf hin, daß die Ansicht derer, welche die Protesterhebung nicht am Versalltage, sondern erst Tags nachher zulassen wollten, von der Hamburgischen Ansicht nicht so weit abweiche, daß nicht Vereinigung sich hoffen lasse. Eine Ausnahme von der Regel zu machen, sei gewöhnlich nicht gut; in diesem Falle aber scheint sie sich doch zu empfehlen, wenn Hamburg dann beitreten könne. Wollte er das zum Unentbehrlichen schon genügen, wenn man den Tag nach Versall zur Protesterhebung, und den Tag darauf zur Ausfertigung des Protestes bestimme. Zu diesem Zwecke wolle er den Antrag auf folgende Verfaßstellung stellen:

Der Protest Mangel Zahlung ist an dem Tage nach Versall zu erheben, jedoch genügt es an Plätzen, welche einen eigenen Wechselkurs haben, an diesem Tage den Protest in notiren und die Ausfertigung bis zu dem folgenden Tage zu verschieben.

Der Württembergische, sowie der Großherzoglich Hessische Herr Abgeordnete waren ähnlicher Ansicht, nur daß der Erstere den Anstich der Protestaufnahme auf den dritten Tag überall dann gestattet wissen wollte, wenn örtliche Verhältnisse eine frühere Ausnahme hinderten. Aber auch in diesem Falle müsse die Protesterhebung an dem Tage nach dem Versalltage bei dem Notare oder der Obrigkeit von Seiten des Berechtigten angemeldet und diese Anmeldung in dem, am folgenden Tage auszunehmenden Proteste angeführt sein. Einer Vorabtheilung oder eines Beweises der örtlichen Verhältnisse bedürfte es nicht. Auf diese Weise werde die Gelegenheit zu Collusionen abgegrenzt und am Ende sei es dasselbe, wie in Frankreich, wo man gewöhnlich den angefertigten Protest auch nicht am Tage nach dem Zahltag erhalten konnte.

Die Herren Abgeordneten für Hessen und Hamburg erwiederten, daß die Anträge weder des Badenschen noch des Württembergischen Herrn Abgeordneten den durch den Hamburgischen Antrag bewirkten Erfolg herbeiführen könnten und daß sie ihnen also beizustimmen sich außer Stande sähen.

Hierauf erklärte der Badensche Herr Abgeordnete, daß er seinen Antrag aufbebe, da er ihn nur in der Hoffnung gestellt habe, dadurch eine Eingung mit Hamburg und Altona zu erwirken; der Herr Abgeordnete für Bremen aber erklärte, wie er es für zweckmäßiger erachtet habe, gleich anfanglich drei Respecttage zu gestatten, als durch Erweiterung der Frist zur

Protokollaufnahme der Möglichkeit Raum zu geben, daß je nach der Gegenwart der verschiedenen Plätze an einigen derselben der Versalltag, an anderen der letzte Protesttag als Zahlungstag eingeführt werde; ferner, daß Bremen die dazwischen eingeführten Zahlungstage nicht einbringen könne, und da die Versammlung gegen diese sich erklärt habe, es dahin gestellt bleiben müsse, ob unter diesen Umständen die Recepttage einbehalten werden können.

Sodann ward zur Abstimmung geschrieben. Die erste Frage war:

Soll schon am Versalltage Protest aufgenommen werden dürfen?

Als diese mit 13 Stimmen gegen 5 verneinend beantwortet und hiermit zugleich entschieden war, daß die Aufnahme des Protestes am ersten Tage nach dem Versalltage geschehen könne, ward die Frage:

Soll auch noch an dem zweiten Tage nach dem Versalltage Protest aufgenommen werden dürfen?

mit 14 Stimmen gegen 4 bejaht.

Der Antrag des Würtembergischen Herrn Bevollmächtigten hatte hierdurch von selbst seine erledigung gefunden.

In Folge dieser Abstimmung ward der §. 33 des Entwurfs als angenommen betrachtet, der Redaction aber überlassen, bestimmter auszusprechen, daß die beschlossenen zwei Protesttage nur eine Frist in Gunsten des Präsentanten, nicht des Zahlungspflichtigen sein sollen.

Der von einer Seite gemachte Vorschlag, andererseits zu sagen, daß, wenn nicht am Versalltage getahlt werden, die Zinsen vom Versalltage an zu rechnen seien, ward durch Hinweisung auf den §. 49 erledigt.

Endlich gab noch der dritte Absatz des §. 40 Anlaß zu einer weiteren Erörterung. Auf die Frage des Herrn Vicepräsidenten Dr. Ginert, welche Folge eintrete, wenn der dort erwähnte Clausel gemäß Protest nicht aufgenommen werden sei? bemerkte nämlich der Herr Referent, es habe im Sinne der Verfasser des Entwurfs gelegen, das jene Clausel, die zu mancherlei Streitigkeiten führe und durch die Natur und den Wesen des Wechsels widerspreche, als nicht geschrieben angesehen werden und daher derjenige, welcher zu protestiren unterlassen habe, des Regresses verlustig sein solle. Durch die einfache Verschärfung des Paragraphen habe man eine Casuistik vermieden, die bei einer entgegengelegenen Bestimmung unabwieslich gewesen sein würde; auch lasse sich nicht behaupten, daß die Verschärfung zu Unbilligkeiten und Härten Anlaß gebe. Dadurch, daß eine derartige Clausel als nicht geschrieben erachtet werden solle, lege das Gesetz dem Inhaber allerdings die Verpflichtung auf, unter allen Umständen Protest erheben zu lassen; allein es sei dies kein unbilliges Verlangen, da ja die Protestkosten ihm erlassen würden und dieselbe mithin ohne eigenen Nachtheil nur die Formlichkeiten erfüllen solle, welche durch das Interesse des Wechselverkehrs geboten würden.

Hiergegen ward aber von mehreren Seiten eingewandt, daß es einen Vortheil begünstigen heiße, wenn man dem Ur-

heber eines solchen Zusatzes sein eignes Factum anzufechten gestatte, und ihm einen Einwand gegen den Inhaber zugehe, der gerade das gethan habe, was er in Gemäßheit der beigefügten Clausel thun solle. Allerdings sei die Bestimmung des Entwurfs einfach und scheinbar controverfien ab; aber für den kleinen Verkehr sei sie lästig. Wichtig werde die Clausel besonders, wenn man keine wesensmäßige Anweisungen zulasse. Auch ward angeführt, daß die Handelskammern des Großherzogthums Hessen sich gegen die Verschärfung des Entwurfs erklärt haben.

Zur Vertheidigung derselben wurde dagegen geltend gemacht: Die Protesterhebung sei eine Formalität, die das Gesetz verordne; nicht jede solche Formalität müsse durch entgegengelegte Bestimmungen der Theilnehmen wieder aufgehoben werden dürfen; sonst entstehe Verwirrung. — Nur der Aussteller könne die Clausel machen; wie solle sonst nachher bewiesen werden, wer sie hinzugefügt habe. In Befestigung der Vorchrift liege eine große Gefahr für den Aussteller des Wechsels; auch bleibe dann die Ordnung im Wechselverkehre kaum möglich.

Ein anderes Mitglied der Versammlung wies darauf hin, daß es nöthig sei werde, wenn man die Clausel „ohne Protest“ nicht nur ganz wirkungslos erklären wolle, die ihr beizulegenden Folgen dahin zu bestimmen, daß darin kein Ersatz der rechtzeitigen Präsentation, sondern nur der Formalität des Protestes liege, und daß sie eine Pflicht zur Erstattung der Kosten des Protestes nicht ausschließe, sobald dieser dem Inhaber nöthig gewesen, seine Rechte gegen andere Wechselverbindungen zu sichern.

Bei dieser Lage der Sache ward die Frage:

Soll der dritte Absatz des §. 40 in dem Sinne des Entwurfs beibehalten werden?

zur Abstimmung gebracht und mit 12 Stimmen gegen 6 verneint.

Nach dieser Beschlußnahme war man darüber einverstanden, daß die Bedeutung der statt des dritten Absatzes aufzunehmenden Vorchrift dahin gehen solle, daß trotz der Clausel Protest erhoben werden dürfe, und zwar auf Kosten desjenigen, welcher die Clausel beigefügt habe, daß aber, wenn kein Protest erhoben werde, der Regress gegen den Schreiber der Clausel nicht verloren gebe.

Bei dem §. 41. fand sich zu dem ersten Absatze, welcher schon früher beraten und angenommen worden, nichts mehr zu bemerken; wohl aber gab der zweite zu einer Erörterung darüber Anlaß, ob nicht dem Inhaber des präjudicirten Doppelwechsels der Wechselregress gegen den Acceptanten und Remittanten unbillig sei, wobei namentlich auf die Unglückliche Gleichgehung Bezug genommen wurde. Da inbezug die Verhandlung darüber, weil die Zeit schon zu sehr vorgerückt war, heute nicht zum Ende geführt werden konnte, so wurde sie bis morgen vertagt und damit die Sitzung geschlossen.

XVI.

Leipzig, den 9. November 1847.

Die heutige Commission, deren specielle Leitung der wieder anwesende Herr Staatsminister von Könneritz dem Herrn Geheimen Legationsrath von Patow überließ, ward mit Vorlesung des Protocolls über die gestrige Session begonnen.

Hierauf äußerte der Oesterreichische Abgeordnete, Herr Hofrath Dr. Heisl, in Beziehung auf die gestern um §. 40 erfolgte Abhimmung, daß er die Frage wegen der Zeit der Aufnahme des Protestes zwar nochmals erwogen habe, aber bei seiner gestern abgegebenen Erklärung stehen bleiben und bewahren müsse, daß der gestern gefasste Beschluß die Zustimmung seiner Regierung finden werde. Er habe zwar über diesen Punkt keine besondere Anweisung erhalten; allein in Oesterreich sei man durch die Erfahrung in der Ueberzeugung gelangt, daß es zweckmäßig sei, die Protesttage abzusuchen und den Protestfall als den Tag der Protesterhebung anzunehmen. Allenfalls werde man sich indeß auch wohl dazu entschließen, die Protestaufnahme an dem auf den Protestfall folgenden Tage zu gestatten. Er sei übrigens der Ansicht, daß bei der beabsichtigten gemeinsamen Gesetzgebung exceptionelle Bestimmungen, welche in den besondern Verhältnissen einzelner Städte oder Territorien ihre Rechtfertigung fänden, nicht vermieden werden können. — Ihre Erklärung trat der Sächsische Abgeordnete, Herr Vicepräsident Dr. Cünert für Sachsen ausdrücklich bei und beantragte, dieses in Protocoll zu bemerken.

Auf die Frage selbst, welche zu dieser Erklärung der Oesterreichischen und Sächsischen Herren Bevollmächtigten Anlaß gegeben hatte, erachtete man nicht für rathsam, jetzt weiter einzugehen, war indeß von mehreren Seiten der Meinung, daß es nicht nur zulässig, sondern sogar wünschenswerth sei, besonders wichtige und in Folge der Ubergang verschiedenartiger Interessen schwer zu ordnende Gegenstände nach Vollendung der ganzen Arbeit einer wiederholten Prüfung zu unterwerfen und bei dieser Gelegenheit auch die Frage von den Protesttagen nochmals zur Erörterung zu bringen. Man beghe dabei die Hoffnung, daß es, sobald das zu entwerfende Gesetz vollendet vorlege, müher schwer fallen werde, eine Vereinigung besonderer Wünsche mit dem, was allgemeineren Rücksichten entsprechend gefunden sei, herbeizuführen und eine Ausgleichung der sich entgegensehenden Wünsche und Interessen zu erreichen.

Dann ward die Debatte über den zweiten Absatz des §. 41 fortgesetzt.

Der Herr Referent bemerkte zur näheren Begründung der im Entwurfe enthaltenen Vorschrift, wonach im Falle der unterlassenen rechtzeitigen Protesterhebung beim Domicilianten auch der Verlust des wechselmäßigen Anspruchs gegen den Acceptanten eintritt, Folgendes:

Wenngleich es scheint, daß durch die Hinzufügung des Domicils die Lage des Acceptanten dem Wechselinhaber gegenüber nicht verändert werde, indem der Domiciliant nur als ein Bevollmächtigter des Domicilianten zu erachten und sonach zwischen den beiden letzteren eine Identität der Personen annehmen sei, so bedürfte doch eine nähere Prüfung des Rechtsverhältnisses keineswegs nicht; führe vielmehr dahin,

daß der Acceptant durch die Domicilirung zu dem Domicilianten in eine ähnliche Stellung trete, in welcher der Acceptant sich in dem Bezogenen befindet und daß alsdann consequenterweise auch der Wechselinhaber tiefe Veränderung aucten, oder mit anderen Worten, zur Verwahrung seiner Rechte gegen den Acceptanten, welcher zugleich Domiciliant sei, dieselben Pflichten beobachten müsse, welche ihm zur Erhaltung seines Wechselanspruchs gegen den Aussteller obliegen. Die Lage des Acceptanten eines Domicilwechsels ändere sich nämlich dadurch, daß er durch die Domicilirung genöthigt werde, die zur Einlösung des Wechsels erforderlichen Zahlungsmittel nicht an seinem Wohnorte und bei sich bereit zu halten, sondern nach einem anderen Orte zu einem Dritten hinzuzuschicken und demnach bei diesem letzteren, ähnlich wie der Traffant bei dem Traffanten, für Deckung zu sorgen. Ganz wie der Traffant den Traffanten im Wechsel benenne, welchem er die Zahlung der im Wechsel versprochenen Summe auftrage, ebenso weise der Domiciliant wieder den Wechselinhaber durch die Benennung des Domicilianten weiter an, zu der im Wechsel angegebenen Zeit das Geld nicht bei ihm, dem Domicilianten, sondern nimmlich bei dem Domicilianten in Empfang zu nehmen. Wenn aber jenach der Domiciliant factisch zum Traffanten werde, und andererseits das Geld dem Wechselinhaber, welcher seinen Wechselanspruch gegen den Traffanten und seine Vermänner sich erhalten will, verweigere, pünktlich zu der im Wechsel angegebenen Zeit unter Präsentation des Wechsels die Einlösung bei dem Bezogenen nachzusuchen, und bei Nichtzahlung zu protestiren, so müsse die letztere Vorschrift auch auf den Inhaber eines Domicilwechsels dem Domicilianten gegenüber, dessen Verpflichtung ja lediglich auf dem Accepte beruhe, analog zur Anwendung kommen und demgemäß der Inhaber des Domicilwechsels, wie es der Entwurf bestimme, nur verbunden erachtet werden, seinen Wechsel zur gehörigen Zeit am Verfalltage dem Domicilianten bei Verlust des Wechselrecesses gegen denselben zu präsentieren und im Falle der Nichtzahlung protestiren zu lassen. — Es werde zwar hiergegen angeführt, daß eine solche Bestimmung dem Acceptanten, welcher seinerseits dem Domicilianten keine Deckung gemacht, einen ungerechtfertigten Vortheil zuzuwende; allein, abgesehen davon, daß eine entgegengesetzte Bestimmung dahin führe, daß der Domiciliant doppelte Mittel, nämlich bei dem Domicilianten und bei sich selbst, zur Einlösung des Wechsels bereit halten müsse, so werde auch dem obigen Einwurfe durch die im §. 75 des Entwurfs im Antrag gebrachte Vorschrift, nach welcher der Inhaber des präjudicirten Wechsels noch gegen jeden Wechselverpflichteten, so weit als solcher sich mit seinem Schaden bereichern würde, im gewöhnlichen Proceß verfahren könne, hinlänglich entgegen getreten. Erwäge man endlich, daß der Schaden, welcher den Acceptanten durch eine nicht gehörige Präsentation des Wechsels bei dem Domicilianten treffen könne, sich bis zum Verluste der dem Domicilianten gemachten Deckung möglicherweise steigere, so werde man in der Bestimmung des §. 41 des Entwurfs nur eine consequente Durchführung des Reiss im Deutschen Wechselrechte angenommenen Grundjages

erblicken, „daß Jeder, der durch eine Verschümmung Schäden leiden könne, von dem Wechselrechtlichen Ansprüche befreit werde.“ — Schließlich nahm der Herr Referent noch darauf Bezug, daß auch verschiedene Gesetzgebungen, namentlich die Preussische im §. 1113 und 1114 Tit. 8 Th. II. R. V. R., sowie die Holländische in dem §. 118 des Holländischen Handelsgesetzbuchs, den eben ausgesprochenen Grundsatz deutlich zu erkennen gäben.

Mehrere Mitglieder der Versammlung schloßen sofort die Ansicht bei, andere aber sprachen sich gegen die Beibehaltung der in dem Entwurfe enthaltenen Vorschrift aus, indem sie bemerkten, daß die Förmung des Commissions in den rechtlichen Beziehungen des Bezeugen nichts ändere, namentlich aber keine Veranlassung vorliege, das Verhältnis eines Trajanten zum Trajanten zwischen dem Bezeugen und Commissionen zu fügen, und demnach aus dieser Fiction Schlüsse zu ziehen. Der Commissionsrat unterbreite sich nur dadurch vom gewöhnlichen Wechsel, daß man dem Bezeugen gestatte, seine Committenten zu bezeugen, nämlich selbst zu accrediten und die Zahlung an einem anderen Orte durch einen Dritten beschaffen zu lassen. Der Bezeugene trete durch den Auftrag, diese Zahlung zu leisten, nur in ein Mandatverhältnis zu dem Commissionen und in diesem Verhältnis liege kein Grund, weshalb der Inhaber durch eine Summe in der Weltung bei dem mit der Zahlungsleistung beauftragten seiner ihm gegen den Auftraggeber aus dessen Accepte unantastbaren Rechte verlustig werden sollte; einmal da er aus der Gefährdung der dem Commissionen gemachten Deckung übernommene Grund nicht durchgängig unterliege, indem keineswegs als Regel vorzunehmen sei, daß der Commissionsrat von dem Bezeugen wirklich Deckung erhalten habe. Durch eine Negation des Inhabers könne dabei immer nur dessen Negation gegen den Trajanten und die Indossanten, keineswegs aber auch der Anspruch gegen der Acceptanten verloren gehen.

Zur Begründung dieser Ansicht wurde insbesondere auch auf die Englische Gesetzgebung Bezug genommen. Nachdem nämlich geraume Zeit zwischen dem Gerichtshofe of Kings Bench und dem of common Pleas hinsichtlich des generellen und speciellen Acceptes verschiedene Ansicht obgewaltet und in einem berühmten gewordenen Falle *Rowe contra Young*, das Oberhaus im Jahre 1820 das Erkenntnis der Kings Bench, welches die vom Acceptanten gemachte Zahlungsadresse gegen den Acceptanten als ein generelles Accept annahm, revidiert hatte, so schon im Juli 1821 eine Parlamentsacte ins Leben gerufen werden, welche ein der Ansicht des Oberhauses entgegengefügtes Prinzip aufstellte und generell anerkannte, daß eine Commissionsrat, „sahbar in eines Banquiers Hause oder anderem Plage“, ohne weitere Ausdrückung in seiner Acceptation, in aller und jeder Hinsicht für eine generelle gehalten werden solle, und nur, wenn sie acceptiert worden: „sahbar allein in eines Banquiers Hause oder anderem Plage und nicht anders oder anderwärts“, eine qualifizierte Acceptation annehmen sei. Ebenso werde die Sache von den Christlichen angesehen. Man brauche auch nur auf allgemeine Prinzipien zu sehen. Der Acceptant eines Commissionsrat, sei ein Acceptant wie jeder andere; ihn zu einem neuen Trajanten zu machen, der durch seine Adresse, so zu sagen, die Substante auf den Zahlungsort abgibt, sei eine künstliche Annahme, welche der Wahrheit des Verhältnisses widerspreche. Der Zuhörer, der an einem Wechselplatze wehne, werde dadurch besser zu stehen kommen, als der Zuhörer an einem Wechselplatze. Dieser wäre zu einem

dauernden, jener nur zu einem limitierten Accepte der auf ihn entnommenen Wechselbeträge verpflichtet. Es sei aber doch natürlich, daß das Wohnen an einem Wechselplatze Inconvenienzen für den dungen Kaufmann als Convenienzen mit sich bringe. Eine Inconvenienz sei es freilich für ihn, daß er sein Geld einem Dritten, der Zahlungsadresse, in Händen lassen müsse, bis der Inhaber des Wechsels es abhole, und doch immer dafür verantwortlich bleibe. Dies liege aber eben darin, daß er nicht selbst am Zahlungsorte wehne und daher für den dort zu bezahlenden Wechsel sich fremder Vermittelung bedienen müsse. Uebrigens lasse sich dieser Uebelstand beseitigen, wenn man bei commissionirten Wechseln der Zahlungsadresse die Bezugnahme gebe, den Betrag des nicht rechtzeitig protestirten Wechsels auf Kosten des Inhabers, also unter Abzug der Depositionsgebühren, gerichtlich zu deponiren. Durch eine Uebrig, demgemäß zu verfahren, könne sodann jeder Acceptant eines commissionirten Wechsels die Gefahr, das Geld in den Händen der Zahlungsadresse zu lassen, von sich abwenden; der ihm eingehende Depositionsschein gewähre ihm die Sicherheit von seinem Accepte.

Insofern bei der Weiterung des gestellten Änderungs-vorschlags auf einen in England vorgenommenen Rechtsfall und die durch diesen Fall veranlaßte Parlamentsacte I. und II. George IV. cap. 78 Bezug genommen werde, ward erwidert, daß dadurch, genau genommen, keine zutreffende Analogie dargeboten würde. In jenem Rechtsfalle habe es sich nämlich um einen vom Aussteller nicht commissionirten Wechsel gehandelt, welcher vom Bezeugen acceptirt und bei dessen Banquier zur Zahlung angewiesen worden sei. Es sei also ein Commissionswechsel im Sinne der §§. 25 und 41 des Entwurfs gar nicht vorhanden gewesen. Die Englische Parlamentsacte erkläre ein solches mit Bezugnahme einer Zahlungsadresse gegebenes Accept für ein generelles oder unbeschränktes, aus welchem der Bezeugen sich selbsthin habe, und lasse dem Bezeugen nur nach, sein Accept durch den Beisatz bei der Zahlungsadresse: nicht auch anderswo in der Weise zu beschränken, daß ohne geberige Präsentation bei der Zahlungsadresse sein Recht auf ihn möglich sei. Der Fall sei also dem hier vorliegenden nicht analog, und könne auch der Gebrauch und Sinn der in der Parlamentsacte angegebenen Formeln der Commissionsrat auf den Deutschen Wechselverkehr und dessen Formen in keiner Weise übertragen werden.

Von der andern Seite wurde dies nicht zugegeben, vielmehr bei der Ansicht stehen geblieben, daß das Englische Gesetz sehr häufig zur Weiterung des Änderungs-vorschlags angeführt werden könne, indem es nicht auf die Veranlassung, welche das Gesetz hervorgerufen, sondern auf das Gesetz selbst aufkomme.

Von einem Mitgliede der Versammlung ward im Laufe der Verhandlungen noch besonders bemerkt gemacht, daß man sich durch die dafür angeführten Gründe zwar von der Richtigkeit der hier in Rede stehenden Summierung des Entwurfs an sich, überzeugt halten, gleichwohl aber doch bezweifeln könne, ob diese Bestimmung zu dem von dem Entwurfe hinsichtlich der Commissionsrat überhaupt befolgten und bei den Göttingern über den §. 25 von der Versammlung gebilligten Systeme passe. Nach dem Systeme des Entwurfs brande sich nämlich der Inhaber eines Commissionsrat beim Bezeugen gar nicht zu melden, sondern könne denselben — falls nicht anderswohin die Zahlungsadresse bereits vom Aussteller im Wechsel bemerkt worden — selbsthin als die zur Zahlungsleistung bestimmte Person an sich und demgemäß

erst zur Verfallzeit am Zahlorte aufsuchen. Hiermit fällt die Analogie des Acceptes mit einer neuen Transfession, auf welcher die Analogie die jetzt erörterte Bestimmung beruhe, hinweg, und es lasse sich somit gegen die Folgerichtigkeit dieser Bestimmung allerdings ein Zweifel erheben. Bleibe es aber bei dem zweiten Absätze des §. 41, so müsse dessen Inhalt jedenfalls dahin eingeschränkt werden, daß die angeordnete Folge eines Präjudizes wenigstens alsdann nicht eintrete, wenn der am Zahlungsorte aufsuchende Zahler eben der Acceptant selbst sei.

Von einer anderen Seite ward diese letztere Bemerkung unterführt, und die Versammlung erkannte dieselbe mit der Bevorzugung als richtig an, daß bei der Fassung weiter Rücksicht darauf zu nehmen sein werde.

Nebstgedrungen wurde im Laufe der bisherigen Verhandlungen, und insbesondere bei der Erörterung des vorangeführten Einzelnen Rechtsfalles, von der Versammlung anerkannt, daß unter Domicilwechseln in den §§. 25 und 41 nur solche zu verstehen seien, auf welchen der Aussteller einen vom Wohnorte des Bezogenen verschiedenen Zahlort angegeben habe. Man erklärte demzufolge, daß das Hinzufügen eines Domicils vom Bezogenen den Wechsel nicht zu einem Domicilwechsel mache, daß dergleichen Zusätze beim Accepte vielmehr lediglich nach den über limitirte Accepte gegebenen Regeln zu beurtheilen seien, daß man es aber angemessen finde, die Benennung eines Domicilwechsels am Zahlorte durch den acceptirenden Bezogenen für eine gültige und erlaubte Limitation des Acceptes zu erklären und dem Solches durch einen Zusatz zu dem §. 24 anzusprechen. In Bezug auf die Hauptfrage ward endlich nach dem Schluß der Discussion darüber abgestimmt:

Ob in Aufhebung domicilirter Wechsel die Verabkündung der Aufnahme des Protestes an dem Orte des Domicils den Verlust der Ansprüche an den Acceptanten nach sich ziehen solle?

Die Versammlung entschied sich mit 13 Stimmen gegen 5 für die Bejahung dieser Frage, wobei indeß bevormundet wurde, daß die Zulässigkeit eines nach dem Civilrechte zu beurtheilenden und nach dem Erlöschen des Wechselrechts noch übrig bleibenden Anspruches gegen den Acceptanten auf die Vericherung nicht verneint, vielmehr durch die allgemeine Disposition im §. 75 gewahrt sein solle.

Gegen den §. 42 des Entwurfs fand sich nichts zu erinnern.

Bei dem §. 43 kamen nur einige Bemerkungen in Beziehung auf die Vollständigkeit und Entschiedenheit der darin enthaltenen Vorschriften zur Sprache. So ward von einem Mitgliede der Versammlung darauf aufmerksam gemacht, daß vielleicht noch des Falles zu gedenken sein möchte, daß in der Reihe der Inossamenten sich eine Lücke befände, und in Bezug hierauf die Ansicht ausgesprochen, daß der Regreß gegen die Aussteller der bis zu der Lücke hinaufreichenden Inossamenten wohl keinem Zweifel unterworfen sein werde, daß es aber eine nähere Erwähnung erfordere, ob sich der Regreß gegen die früheren Inossamenten, auf deren Unterschrift die Unterbrechung folge, gleichwohl oder nur bedingungsweise ausüben lasse.

Von mehreren Seiten ward anerkannt, daß in solchem Falle der Regreß auf diejenigen, welche nach der Unterbrechung der Reihenfolge Inossament hätten, zu beschranken, und gegen die vorübergehenden Inossamenten nicht zuzulassen sei. Auch ward geltend gemacht, daß es sich in einem

solchen Falle nur um einen Mangel in Beziehung auf die Legitimation zur Sache handeln könne, und daher die Grundsätze über diese als die entscheidenden betrachtet werden müßten. Ferner ward in Anregung gebracht, daß bei der solidarischen Haftung der Bormänner das benehmen divisionis ausdrücklich ausgeschlossen werden müsse, welche Frage die Versammlung indeß noch bei einer späteren Gelegenheit zu entscheiden sich vorbehielt, indem — was die Redactionscommission näher zu erwägen haben werde — der ganze §. 43 vielleicht in Rücksicht auf den Inhalt des §. 74 für entbehrlich gehalten werden könne.

Es wurde hierauf zu den §§. 44—48 des Entwurfs übergegangen. Der Herr Referent hielt folgenden einleitenden Vortrag:

So unbedenklich das im Entwurfe angenommene Princip des freien Regresses sei, so schwierig erscheine andererseits die Frage, welche Verpflichtungen der Wechselinhaber nach Protesterhebung Mangels Zahlung, zur Erhaltung des Wechselregresses gegen seine Bormänner erfüllen müsse. Die verschiedenen Wechselordnungen und Entwürfe wichen in diesem Punkte wesentlich von einander ab; selbst der Code de commerce habe in den Gesegbüchern, denen er zum Grunde liege, in dieser Hinsicht keine unbedingte Nachahmung gefunden und die mannigfachen Abänderungen erfahren. Der hauptsächlichste Grund für diese Schwierigkeit, eine allgemein ansprechende und befriedigende Anordnung zu treffen, liege unverkennbar in dem Umstände, daß die Gesetzgebung drei weit entgegengesetzte Interessen vermitteln und wahrnehmen solle, das Interesse des Inhabers und das Interesse der regreßpflichtigen Bormänner. Man habe diese Aufgabe vorzugsweise auf zweierlei Art zu lösen versucht, durch Notificationen, als Bedingung des Regresses, und durch verhältnismäßig kurze Verjährungsfristen der Regreßklage. Es sei bekannt, daß die eine, wie die andere Methode ihre Bedenken habe. Die erstere veranlasse nicht selten mannigfache Kosten und unnütze Belästigungen, die letztere führe zu verschiedenen Anfangspunkten der Verjährung, deren Ablaufszeit die erst später in Anspruch genommenen Bormänner im Voraus zu übersehen nicht im Stande seien. Die Erfahrung ergebe demnach zur Genüge, daß etwas Vollkommenes in dieser Materie schwer zu erreichen sei. Gerade hier werde es also der Beruf einer neuen Gesetzgebung sein, sich auf möglichst wenige und einfache Bestimmungen zu beschränken und sich der Aufstellung von Formalien zu enthalten, welche den Regredienten der Gefahr aussetzen, in Folge eines unbedeutenden Vergehens, durch welches den Regreßpflichtigen in der Wirklichkeit gar kein Schaden entstanden sei, sein materielles Recht zu verlieren. Werde man einen Blick auf den Gang der Gesetzgebung, so ergebe sich die beachtenswerthe Erscheinung, daß man sich in neuerer Zeit mehr und mehr zu mildernden Bestimmungen, zur Vereinfachung der Bedingungen des Regresses hinneige, eine Auffassung, welche mehr als anderswo in dem Sächsischen und Braunschweigischen Entwurfe ihren Ausdruck finde, wo von dergleichen Bedingungen am meisten abstrahirt und die Notification ganz aus der Reihe der wechselfähigen solemnitäten gestrichen sei. Sätze man nun einstweilen ab von den Bestimmungen des Preussischen Landrechts, sowie das Code de commerce, welche nach den Ausführungen in den Motiven des Entwurfs zu mannigfachen Bedenken Anlaß gäben, und abstrahire man vorläufig von der Auffassungswiege des Sächsischen und Braunschweigischen Entwurfs, so ließen sich in den anderen Gesetzgebungen zwei Hauptkategorien unterscheiden.

Die eine Kategorie schreibe die Notification als Bedingung des Regresses dergestalt vor, daß die Nichtbeachtung derselben den Verlust des Wechselregresses nach sich ziehe: die andere verwerfe den Säumniss nur zum Ertrage des Schadens, welcher durch die unwillkürliche Vernachlässigung entstanden sei. In der letzteren Kategorie schreibe vermuthlich das Holländische Handelsgebuch, sowie andere Weisgebungen und Entwürfe, welche auf der Grundlage des Code de commerce beruhen; in der ersteren aber der grössere Theil der Deutschen Wechselordnungen, selbst der neueren, wie z. B. die Bremer Wechselordnung. Bei der Abfassung des Preussischen Entwurfs habe man bei den Bestimmungen über den Regress mehrfach geschwankt: man habe sich zuerst für das System der Notification bei Verlust des Regresses entschieden, ohne die Bedenken zu erkennen, welche sich gegen dieses System aufstellen lassen; man habe sich für dasselbe vorzugsweise deshalb entschieden, weil es in einem grossen Theile Deutschlands Rechtens sei und weil die Nebelländ, zu welchen dasselbe vielleicht Anlaß gebe, in der practischen Ansicht gänzlich eine weniger bedeutungsvolle Geltung gefunden hätten. — Neben der Notification sei noch die Präsentation des Wechsels Bedingnis der Einlösung, als Bedingung des Regresses, aufgestellt worden. Man habe dadurch die Abminderung des Geschäftes befördern, einer unnützen Benummung der Regresspflichtigen, welche die Notification ohne Mitverlegung des Wechsels veranlassen müsse, vorbeugen und im Interesse der Wechselgaranten den Regressnehmer zwingen wollen, in ununterbrochener Thätigkeit sein Recht auszuüben oder sofort aufzugeben. Die Vortheile dieser Massregel seien nicht zu verkennen; andererseits könne allerdings nicht gelugnet werden, daß gerade hier die Schwierigkeit eines complicirten Beweises, sowie der Nebelland sich geltend mache, daß der Inhaber, wenn er sich den Regress gegen die Vormänner durch Präsentation des Wechsels sichern wolle, der Klage gegen den Acceptanten einwilligen entsagen müsse, obgleich letztere doch in der Regel durch sein und seiner Vermänner Interesse geboten sei. Der Herr Referent schloß seinen Vortrag mit dem Bemerkten, daß es seines Erachtens zunächst auf die Erörterung und Aufklärung der nachstehenden drei Präjudizialfragen ankomme:

1. Ob die Notification der Nichtzahlung überhaupt vorgeschrieben werden solle;
2. Ob dies bei Verlust des Regresses oder nur unter Androhung des Schadenersatzes geschehen solle; und
3. Ob außer der Notification der Nichtzahlung auch noch die Präsentation des Wechsels unter Androhung des Verlustes des Wechselregresses angeordnet werden solle.

Gegen das vom Entwurfe 3. folgende System der Notification wurden von verschiedenen Seiten Einwendungen erhoben, und insbesondere unternahm es die Herren Abgeordneten von Sachsen und Braunschweig, die Gründe näher darzulegen, aus welchen in den vorangeführten Wechselgesetzentwürfen die Notification nicht als wechsellrechtliche solemnität und Bedingung des Regresses beibehalten sei.

Die in dieser Hinsicht angeführten Gründe waren im Wesentlichen des folgenden Inhalts:

1. Die Notification entspreche freilich dem Interesse der für die Zahlung eintretenden Wechselverbindungen, könne jedoch, ohne dem Inhaber eine unverhältnismässige Beschwerde aufzulegen, nicht als Bedingung des Regresses vorgeschrieben werden. Die älteren Wechselgesetze giengen von der Ansicht aus, daß der Inhaber Mautnarr seiner Vormänner sei, und

an diese — auch in mancher anderen Beziehung folgenreich gemordnete — Ansicht knüpfte sich ganz consequent eine Verpflichtung des Inhabers zur Vernahme der Notification. Der Entwurf habe nun im völligen Einslaufe mit den Fortschritten der Theorie jene ältere Ansicht von einem Mautnarrverhältnisse zwischen dem Inhaber und den Vormännern aufgegeben, und die daraus abgeleiteten Consequenzen, z. B. die Pflicht, dem Regresse zu verzichten und zu präsentiren, von sich fern gehalten. Es sei also nicht folgerichtig, wenn die Notification, gerade eine der wichtigsten und bedenklichsten Folgerungen aus jener älteren Ansicht, dennoch beibehalten werde.

2. Es könne sich nicht füglich darum handeln, den Gebrauch der Notificationen abzuschnitten, sondern nur darum, nicht ferner die Regreßnahme von der Notification und deren Beweis abhängig zu machen. Entspreche die Notification dem Interesse des Verkehrs, so werde man sich nach wie vor freiwillig die nöthigen Nachrichten abgeben lassen. An die Unterstellung dieser Vernachlässigung aber den Verlust der Regreßrechte im Urtypus, sei eine unnöthige und unverhältnismässige Strenge.

3. Die Notificationen hänge wesentlich mit dem sogenannten Erklärungsregresse zusammen. Mit dem springenden Regresse, welchen der Entwurf ulasse, sei sich schon früh unvereinbar, und man werde vergebens nach einer Combination suchen, durch welche neben dem springenden Regresse und vollendet dem Regresse mit Variationsrecht auch der Zweck der Notification — eine zeitige Benachrichtigung sämmtlicher Wechselgaranten — nur mit einiger Sicherheit erreicht werde. Die Dispositionen des Entwurfs hätten diese Aufgabe auf keine Weise gelöst. Es sei unabweislich, daß bei genauer Verfolgung dieser Dispositionen die früheren Wechselverbindungen sehr lange ohne alle Auskunft von der Präsentation des Wechsels bleiben könnten. Der Entwurf sei geradezu in der Fiktion geneigt worden, daß der benachrichtigte Interessent auch seinerseits seinen Vormännern Nachricht ertheilen werde. Man müsse also am Ende doch zu der Ueberzeugung kommen, daß eine sachgemässe und ausreichende Regulierung des ganzen Verhältnisses, wenn man die Notificationen beibehalte, eine unlösliche Aufgabe sei.

4. Practisch führe die vorgeschlagene strenge Vorschrift der Notification zu erheblichen Uebelländen. Sie passe zu dem in Deutschland üblichen Wechselproceß auf keine Weise, und dürfe man sich daher auf den Gebrauch in England und Frankreich, wo ein eigenthümlicher, durch Liquidität der Beweise begünstigter Wechselproceß nicht besche, in Gunsten der Notification nicht berufen. Der Entwurf erkenne diesen Uebelland dadurch an, daß er den Beweis der Notification erleichtere und schon ein Postamtszeugniß — welches genau genommen nichts beweise — als genügendes Beweismittel gelten lasse. Die Erfahrung zeige überhaupt, daß das Verwehren auf das Fehlen der Notification nur als eine, dem Wechselinhaber sehr gefährliche und meist dicanöse Einwendung vorkomme, und diese Ansicht von der Sache finde eine Bestätigung in der Praxis derjenigen Gerichte, welche nicht darauf hielten, daß der Beweis der Notification gleich mit der Klage beigebracht würde, sondern immer erst eine hierauf gerichtete Einwendung des Beklagten abwarteten.

Es sei sonach räthlich, die Notification als einen nützlichen Gebrauch bestehen zu lassen, sie aber nicht als Bedingung des Regresses vorzuschreiben. Wenn dagegen das Interesse des Wechselgaranten angeführt werde, so sei es in der That richtig, zu sagen, daß der Wechselinhaber Rechte, der Vormann aber Pflichten und nebenbei freilich auch In-

teressen habe, und daß man das Recht des Inhabers nicht von dieser Interessen willen beeinträchtigen und — was der Sache nach in den Bestimmungen des Entwurfs liegt — auf eine zweitägige Verjährungsfrist beschränken dürfe.

Diese Gründe faßen bei einem Theile der Versammlung Eingang und Zustimmung, von anderen Seiten ward ihnen dagegen widersprochen. Namentlich ward in Bezug auf die zuletzt erwähnte Argumentation aus den Rechten und Interessen der theilhaftigen Personen bemerkt gemacht, daß der bei dieser Argumentation angenommene Gegenstand zwischen dem rechtlichen Standpunkte des Inhabers und des früheren Inhabers auf seine Weise als richtig zugegeben werden könne. Beide Theile, Inhaber und Inhabant, befänden sich in der Lage, wegen eines nicht erfüllten Zahlungsverpflichtungs auf ihren Vormann oder auf ihre Vormänner zurückgehen zu müssen. Nach der Natur der Sache ließe also beiden dasselbe Recht zu, und es sei erst durch das Gesetz zu bestimmen, in welcher Art es von ihnen zu realisiren sei.

Hinsichtlich der Notifikation selbst ward dann darauf Bezug genommen, daß dieselbe in deutschen Wechselgesetzen begründet sei und daß man ohne Nothwendigkeit ein einmal bestehendes Institut nicht beseitigen dürfe.

Eine solche Nothwendigkeit liege aber nicht vor. Die geschilderten Schwierigkeiten und Inconvenienzen ließen sich freilich theoretisch leicht deduciren: praktisch verhalte sich die Sache aber nicht so schlimm und im wirklichen Leben trete bei weitem nicht jede Fährlichkeit ein, welche man vom theoretischen Standpunkte aus beforgen zu müssen glaube. So würden die Notifikationen täglich vergenommen, ohne daß sich der Handelsstand dadurch belästigt fühle; und processualische Weigerungen oder gar Verletzungen des materiellen Rechts durch dergleichen Geltendmachung fehlender Notifikation gehörten in der Praxis zu den größten Seltenheiten. Glaube man, die Notifikation werde, wenn das Gesetz sie nicht vorschreibe, dennoch im Gebrauche bleiben, so könne man leicht irren. Man werde im Verkehr dasjenige, was nicht vorgeschrieben sei, als nicht nöthig betrachten und ganz unterlassen, und so sei mit Grund zu bezorgen, daß die gewünschte Einziehung der Notifikation aus der Reihe der Wechselobligationen einem nicht nur heilsamen, sondern für den Wechselverkehr sogar unentbehrlichen Gebrauche ein Ende machen, mindestens aber dahin führen werde, daß Niemand mehr mit Sicherheit auf diesen Gebrauch zählen könne. Der Wechselverkehr werde hiervon ohne Zweifel die schwersten Nachteile zu empfinden haben.

Nach diesen Discussionen erbat es das Präsidium für nöthig, die Ansicht der Herren Abgeordneten aus dem Kaufmannsstande zu vernehmen. Von diesen erklärten sie eben, daß es nach ihrer Ansicht im Interesse des Handels und des Wechselverkehrs nicht notwendig sei, die Notifikation zur Bedingung des Regresses zu machen, wobei von einer Seite noch besonders darauf hingewiesen wurde, daß jedenfalls durch zweitägige Verjährung über die Verjährung nachgeholfen werden könne.

Drei der gedachten Herren Abgeordneten sprachen sich dagegen für die Beibehaltung der Notifikation im Sinne des vorliegenden Entwurfs aus.

Es ward demnach die Frage in Abstimmung gebracht:

Soll dem Inhaber die Notifikation der nicht erfolgten Einlösung als Platz vorgesetzt werden?
und mit 14 Stimmen gegen 4 verneinend beantwortet, in welchem der Abkündigung von mehreren Seiten ausdrücklich, und ohne daß dagegen Widerspruch erhoben wurde, beantwortet

war, daß die Abstimmung, im Falle dieselbe für das System des Entwurfs ausfiele, noch nicht als eine definitive zu betrachten sein werde, indem man sich für den Fall, daß die Erörterung der aus jenem Systeme abgeleiteten Detailbestimmungen eine Unmöglichkeit, die Einzelheiten sachgemäß und der Abicht entsprechend zu ordnen, ergeben sollte, ein Zurückkommen auf den gestrichen Verzicht und das Annehmen eines anderen Principes offen halten müße.

Nach erfolgter Abstimmung ward von mehreren Seiten anerkannt, daß durch den gestrichen Verzicht in dem Systeme des Entwurfs eine Lücke entstehe, welche durch anderweitige Bestimmungen desselben nicht genügend ergänzt werde. Man erwog, daß, wenn eine strenge Reificationspflicht nicht statuiert werde, es nicht consequent sei, den Inhaber zur rechtzeitigen Präsentation und Protestierung verbindlich zu machen und ihm daneben zu gestatten, bis zum Ablaufe der Verjährungsfrist untätig zu sein, und die Wechselverbindungen über das Schicksal des Wechsels und die ihnen drohende Verantwortung in Unwissenheit zu lassen. Man müsse jedenfalls — so ward von einer Seite geäußert — ein Mittel finden, um den Wechselinhaber zur Thätigkeit, zum Beginn seiner Rechtsverfolgung zu nöthigen, indem es nicht nur dem Geiste des Wechselrechts durchaus widerspreche, wenn der Rücklauf des Wechsels hocke, sondern auch in vielen Fällen ein wesentliches Interesse der Wechselgaranten vorhanden sei, durch die Untätigkeit des Inhabers nicht auch übererbt zur Untätigkeit gezwungen zu sein und vielleicht Compensationen oder andere Gleichsetzungen gegen Kaufmänner, oder Vortheile, die bei zeitiger Rechtsverfolgung gegen Vermänner erreichbar gewesen wären, einzubüßen. Das zunächst liegende Mittel der Aushilfe scheint ich in einer zweckmäßigen Anordnung von Verjährungsfristen zu finden; es könne indes nicht verkannt werden, daß die in dieser Beziehung in treffenden Maßregeln nicht ohne Schwierigkeit seien und daß sie eine unschätzbare, für die Debatte nicht gedachte Prüfung von Detailbestimmungen und Einzelheiten, z. B. Beginn und Unterbrechung der Verjährung, Regulierung derselben in Bezug auf die weiteren Regresspflichten der Indossamenten u. d. w. notwendig voraussetzten.

Die Veranlassung trat dieser Ansicht bei, und bei Absehung Gelegenheit für jetzt fallen zu lassen, ihn übrigens für die weitere Discussion genügend vorbereiten und in der folgenden Sitzung auf's Neue zur Verathung zu ziehen.

Demgemäß hatte man sich — nachdem verortet die §§. 44—48 des Entwurfs ausgefallen waren — mit der Erörterung des §. 49 zu befassen und vereinigte sich zunächst darüber, daß unter den Ansätzen der Retourrechnung Zinsen zu 6 Procent gestattet sein sollten. Der Redaction ward überlassen, zu Art. 2 eine erweiterte Fassung, in welcher auch Pore, Stempel und Courtage begriffen wurden, vorzuschlagen. Auch war man darüber einverstanden, daß in dieser Beziehung nur wirklich bestirnte Auslagen in Ansatz kommen könnten. In Ansehung der Provision ließ man es bei $\frac{1}{2}$ Procent bewenden, obgleich von mehr als einer Seite $\frac{1}{2}$ Procent als angemessen in Vorschlag gebracht ward. Eben so ward der Redaction anbegehrt, einen Zusatz zu machen, welcher dem §. 114 des Entwurfs entspreche, und durch welchen die Zulassung höherer Ansätze der Retourrechnung bei Regressen in das Ausland und namentlich nach überseeischen Plätzen — in welchen Fällen wegen der Entfernung, Gefahr und wegen des Zeitverlustes oft nicht unbeträchtliche Aufschläge zum Capital üblich seien — vorbehalten würde.

Dieselben Bemerkungen wurden auch zum §. 50 gemacht und anerkannt, daß das für die Retourrechnung des Inhabers Verbindliche auch für die Retourrechnung des Indossanten, welcher Rembours geleistet habe, gelten müsse.

Man war übrigens darüber einverstanden, daß Alles das-

jelige, was nach diesen Bestimmungen der Indossant oder Aussteller einem Nachmann zu gewähren habe, auch von dem Acceptanten, wenn dieser in Anspruch genommen werde, gefordert werden dürfe.

XVII.

Leipzig, den 11. November 1847.

In der heutigen, unter dem Vorstehe des Herrn Staatsministers von Könneritz eröffneten Sitzung, an welcher auch der Assessor Abgeordnete, Herr Syndicus Dr. Garnier, theil nahm, ward nach Vorlesung des Protocollles vom 9. d. M. die an dem letztgedachten Tage ausgetheilte Verabreichung über die §§. 44 bis 48 des Entwurfs fertiggestellt. Der Herr Referent nahm Bezug auf drei verschiedene inwischen den Mitgliedern der Commission mitgetheilte Vorschläge, welche folgendermaßen lauten:

Vorschlag I.

Der Eigenthümer des Wechsels muß demjenigen seiner Vormänner, von welchem er zuerst seine Befriedigung fordern will, wenn dieser an demselben Orte wohnt, spätestens am zweiten Tage nach Ablauf des Tages, an welchem der Protest erhoben worden, den Wechsel und die Protesturkunde zur Einlösung vorlegen.

Wohnt der in Anspruch zu nehmende Vormann an einem andern Orte, so muß der Wechsel nebst der Protesturkunde spätestens am zweiten Tage nach Ablauf des Tages, an welchem der Protest erhoben worden, zur Post gegeben und demnach spätestens am zweiten Tage nach Ankunfte der Post dem Vormann zur Einlösung vorgelegt werden.

Dieselbe Verpflichtung hat der Indossant, welcher den Wechsel eingelöst oder als Kinseße erhalten hat. Für ihn beginnt die Frist mit dem Ablaufe des Tages, an welchem er den Wechsel eingelöst oder als Kinseße erhalten hat.

Die Beobachtung dieser Vorschriften erhält innerhalb der Verjährungsfrist (§. 73) das Wechselrecht gegen den in Anspruch genommenen Vormann und dessen Vormänner.

Vorschlag II.

§. a. Der Inhaber des Wechsels ist verpflichtet, dem Vormann, an welchen er Regress nehmen will, sofort von der Rückzahlung des Wechsels schriftliche Nachricht zu geben. Wohnet der Vormann in derselben Gemeinde, in welcher der Wechsel zahlbar war, so muß die Benachrichtigung spätestens am nächsten Werktage nach Aufnahme des Protestes erfolgen. Wohnet er anderwärts, dann muß der Bericht entweder am nächsten Werktage nach Aufnahme des Protestes zur Post gegeben oder binnen acht Tagen nach erhobenem Proteste dem zu Benach-

richtigten auf einem beliebigen Wege unmittelbar zugestellt werden.

Jeder benachrichtigte Vormann muß binnen derselben, vom Tage des empfangenen Berichtes zu berechnenden Fristen seinen nächsten Vormann, und so weiter aufwärts, in gleicher Weise benachrichtigen.

Der Regress ist von der Beobachtung dieser Vorschrift nicht abhängig; der Säumnige ist aber zum Ersatz alles Schadens verpflichtet, welcher durch die unterlassene oder verspätete Benachrichtigung entsteht.

§. b. Der Inhaber kann den Regress gegen den Aussteller, die Indossanten und die Wechselbürgen und zwar an alle Verpflichtete zusammen, an Mehrere oder an einen Einzelnen nehmen; durch die Klage gegen den Aussteller oder dessen Bürgen werden aber alle Indossanten und deren Bürgen, und durch die Klage gegen einen Indossanten oder dessen Bürgen werden alle nicht mitverklagten Nachmänner oder Indossanten befreit.

§. c. Die Regressansprüche verjähren:

in drei Monaten, wenn der Wechsel in Deutschland, in sechs Monaten, wenn derselbe in Europa außerhalb Deutschlands,

in einem Jahre, wenn derselbe außerhalb Europa,

in zwei Jahren, wenn derselbe jenseits des Borgebirges der guten Hoffnung oder des Cap Horn zahlbar ist.

Die Verjährung läuft gegen den Inhaber vom Tage des erhobenem Protestes, und gegen jeden Indossanten von dem Tage, an welchem er freiwillig gezahlt oder die Ladung auf die Klage eines Regressienten erhalten hat.

Vorschlag III.

§. a. Der Eigenthümer des Wechsels muß diejenigen, seiner Vormänner, von welchen er seine Befriedigung fordern will, innerhalb der nachfolgenden Fristen gerichtlich in Anspruch nehmen:

1. innerhalb 14 Tagen, wenn der Eigenthümer des Wechsels und der Regresspflichtige in demselben Orte des Inlandes wohnen;
2. innerhalb 4 Wochen, wenn sie in verschiedenen Orten des Inlandes wohnen;
3. innerhalb 3 Monaten, wenn der Eigenthümer des Wechsels im Auslande, jedoch in Europa wohnt;
4. innerhalb eines Jahres, wenn der Eigenthümer des Wechsels außerhalb Europa wohnt;

5. innerhalb zweier Jahre, wenn der Eigenthümer des Wechsels jenseits des Vorgebirges der guten Hoffnung oder des Cap Horn weohnhaft ist.

Diese Fristen beginnen mit dem Tage des erhobenen Protestes.

§. b. Der Indossant, welcher von seinem Regreßrechte Gebrauch machen will, muß bei Verlust seines Wechselrechts binnen derselben Fristen, wie sie im **§. a** für den Eigenthümer des Wechsels vorgeschrieben sind, gegen Alle, welche er in Anspruch nehmen will, die Klage auf Zahlung anstellen.

Gegen den Indossanten läuft die Frist, wenn er, ehe eine Wechselklage gegen ihn angestellt worden, gerahbt hat, vom Tage der Zahlung, in allen übrigen Fällen aber vom Tage der ihm geschehenen Behändigung der Klage oder der Ladung.

Zur Erläuterung dieser Vorschläge bemerkte der Herr Referent, daß der Vorschlag I. sich vom Vorschlag II. nicht bloß durch den angenehmen Rechtsnachtheil, sondern wesentlich auch dadurch unterscheide, daß jener die Notification durch Ueberweisung des Wechsels nebst Protesturkunde erfordere, dieser aber eine einfache Benachrichtigung von der Nichtzahlung für genügend erachte, beide Vorschläge aber von dem **§. 44** des Entwurfs darin abwichen, daß letzterer Benachrichtigung und Ueberweisung des Wechsels nebst Protesturkunde verlange. Der Vorschlag II. (dessen **§. c.** eventualiter in den Abschnitt von der Verjährung aufzunehmen sein würde) entspreche dem Niederländischen Gesetzbuch und stehe dem Systeme des Sächsischen Entwurfs am nächsten, insofern nicht vom Verluste des Regreßes die Rede sei. Gründe davon sei aber die Folge die, daß dem Inhaber sein hinlänglicher Impuls zum Handeln gegeben werde, mithin die Wechselverbindungen um so länger im Obligo bleiben. Freilich könne man die Vorschläge II. und III. combiniren und somit eine kurze Verjährungsfrist schaffen, hiergegen aber, sowie auch gegen Vorschlag III. an sich, also gegen das System des Code de commerce, sei zu erinnern, daß Competenzbestimmungen, namentlich die Möglichkeit, gegen alle Wechselverbindungen, gleichviel, ob sie einem und demselben Deutschen Staate oder verschiedenen angehören, bei demselben Gerichte klagen zu können, unerlässliche Bedingung dieses Systems seien. Werde die Gerichte, wie zu vermuten stehe, auf diese, in das Gebiet der staatlichen Jurisdictionen verdrängte einschlägige Bestimmung einzuweichen, Anstand nehmen, so möchte wohl nur der Vorschlag I. als der einfache und den Inhaber wirksam zum Handeln antreibende Ausweg sich darstellen.

Der Herr Staatsminister von K ön n e r i c h bemerkte, daß gegenwärtig nicht ein Vorschlag, sondern eine Mehrheit von Vorschlägen zur Verathung vorgelegt würden, von denen der letzte in unverfennbarem Zusammenhange mit der Verjährung stehe, die zur Zeit noch gar nicht einen Gegenstand der Verathung abgegeben habe. Es werde daher angemessen sein, diesen ganzen Gegenstand jetzt aufzuheben und ihn mit der Verathung des von der Verjährung handelnden **§. 73** zu verbinden und zwar um so mehr, als die Frage, was man im Allgemeinen über die Verjährung und deren Fristen bestimme, mehr oder minder auch auf die beiden anderen Vorschläge von Einfluß sei.

Herr Vicepräsident Dr. C i n e r t war hiermit einverstanden und bemerkte weiter: Es sei nicht von Abschaffung der Notification die Rede; dieselbe solle nur nicht als Bedingung des Regreßes, d. h. nicht als eine wechselrechtliche Formalität

weiter gelten. Wohl aber möge dieselbe als Mittel, die wechselseitlichen Ansprüche zu conserviren, benutzt werden, nämlich um den Verlust solcher Rechte durch Verjährung zu hindern und zwar vermittelt der Unterbrechung der letzteren. In diesem Sinne stehe daher allerdings die Notification in einzigem Zusammenhang mit der Verjährung.

Hiergegen wurde jedoch erinnert, daß gegenwärtig in Frage stehe, ob die unterlassene Notification, ganz abgesehen von der Verjährung, den Verlust des Regreßes oder welchen sonstigen Rechtsnachtheil nach sich ziehen solle; diese Frage müsse hier entschieden werden. Einer der Herren Abgeordneten erklärte hierbei: Er müsse sich um so mehr gegen die Ausdehnung der Verathung über den Regreß Mangels Zahlung bis zu dem **§. 73** aussprechen, als er die in der letzten Sitzung zum **§. 44** aufgeworfene Frage, ob der Wechselinhaber dem in Anspruch zu nehmenden Vormanne eine Bekanntmachung bezüglich der Zahlungsverweigerung zuertigen müsse, lediglich auf diejenige Bekanntmachung bezogen habe, welche der **§. 44** als erste Solennität vorschreibe, nicht aber zugleich auf die in demselben Paragraphen angeordnete zweite Solennität einer Zuweisung des Wechsels nebst Protest zur Einlösung. Die erste Solennität habe ihm entbehrlich geäußert und deshalb habe er jene Frage verneint; keineswegs aber sei seine Absicht gewesen, hiermit alle und jede Notification als überflüssig zu erklären und sich unbedingt dafür auszusprechen, daß das Deutsche System abgelehnt und an dessen Stelle das französische gesetzt werden solle. Diese Frage stehe noch und sei nun zu entscheiden, nicht aber bis zur Verathung über die Verjährung zu verschieben. Bei dieser Verschiedenheit der Ansichten wurde die Präjudicialfrage gestellt:

Soll über die mitgetheilten drei Vorschläge jetzt verathen werden?

und mit 13 gegen 6 Stimmen bejaht.

Herr C a m p h a u s e n äußerte sich nunmehr, wie folgt:

Nachdem die Verammlung beschloß, auf die Verathung der drei Vorschläge einzugehen, möge es ihm gestattet sein, in kurzen Zügen anzudeuten, welche Anmerkungen an die Gesetzgebung über den Regreß von seinem, dem kaufmännischen, Standpunkte aus zu machen seien. Es lasse sich nicht verkennen, daß im Wechselverkehre der Fall der gerichtlichen Regreßnahme verhältnißmäßig selten eintrete. Die größere Zahl der Wechselgeschäfte finde ihr Ende in der Zahlung; von den protestirten Wechseln gebe wieder die größere Zahl im Wege der Correspondenz an den Vermann zurück; auf dem Plage eingekaufte Wechsel würden mit Protest und Kosten einfach von dem Verkäufer eingezogen und in vielen Fällen besse die Nothadresse aus, wenn gleich dieses Hülfsmittel nicht reichen Handelsgelehrten, wegen fehlender Verbindungen an den Zahlerten, nicht immer zu Gebote stehe. Nichtsdestoweniger seien die Bestimmungen über den Regreß von ungemeiner Wichtigkeit; einmal, weil die Gesetzgebung diejenigen Fälle zu reguliren habe, in welchen der außergerichtliche Regreß nicht zum Ziele führe; sodann aber und hauptsächlich, weil sich die gegenwärtige Erennung im Wechselverkehre nur dadurch als recht erhalte, daß die Nichtberücksichtigung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften von schwerem Nachtheile getroffen werde. Niemand vermöge zu übersehen, welche Unordnung und Unsicherheit hereinbrechen werde, wenn das Gesetz den eigentlichen Regreßbedingten ferner mit gar keinem oder nur mit einem geringen Nachtheile betreffe. Er glaube, daß die Verammlung diesen Gesichtspunkt vorzüglich berücksichtigen müsse.

Aus der Natur des Wechsels gehe zunächst ein Erforderniß hervor. Der Wechsel halte die Mitte zwischen dem Schuldkenntniß und dem Gelde. Er sei nicht ein Schuldkenntniß für empfangenes Geld oder empfangene Waaren; denn der Regel nach habe der Invefant das dafür zu empfangende Geld auch bereits dafür ausgegeben, so als ob er 1000 Thaler Geldmünzen gegen 1000 Thaler in Silbermünzen austauscht. Der Wechsel stehe nicht dem Gelde gleich, weil der Invefant nur verbriefe, eine Geldsumme auszahlen zu lassen. Wenn nun der Aussteller eines Schuldscheines so lange Zeit, der Ueberehrer von Geld oder Geldscheinen, wie z. B. Banknoten, dagegen gar nicht oder höchstens auf 24 Stunden verbrieft bleibe, so ergebe sich daraus (indem der Wechsel näher dem zweiten als dem ersten Falle verwandt sei) zur Folge, daß der für Geld einen Wechsel erwerben und statt des Geldes ausgegeben habe, der Anspruch, daß seine Verhaftung möglichst kurz und nicht länger dauere, als die Sicherheit dernehmer umungänglich erforderet. Was insbesondere den letzten Invefant betreffe, so bedürfe es Vertheidigung, daß derselbe aus der Natur des Verhältnisses in der Regel kein größerer Anspruch zutheile, als den Invefanten. Der Invefant habe nicht mehr geleistet, als jeder frühere Invefant; Jeder habe einen Werth gegeben und ein Zahlungsempfänger empfangen; der Invefant habe nicht mehr und mit weniger Recht, als seine Vorgänger, nämlich das Recht, den gegebenen Werth zurück zu erhalten. Das unerreichbare Ideal des Regresses sei, daß allen Invefanten in derselben Stunde Zahlung geleistet werde. Diesem Ideale näherte man sich durch die Schnelligkeit des Rücklaufs. Da aber die Schnelligkeit des Rücklaufs oder die Beschleunigung der Zahlungszeit durch das Geld nicht in dem Maße, wie es das Interesse der Invefanten erheische, vorgeschritten werden könne, oder vielmehr, wenn sie nicht in diesem Maße vorgeschritten werden könne, so ergebe sich zum Grunde derselben für die aus dem Wechsel resultirenden doppelten Anspruch. Der erste Anspruch sei der, daß das Schicksal des Wechsels baldigst in ihrer Kenntnis gelange. Dies ist erforderlich für den Invefant, damit er den Umfang seiner Verbindlichkeiten erahre, damit er gegen seine Vormänner den Regress einleiten oder nehmen könne, damit er über den Umfang des dem Invefanten gewährten oder zu gewährenden Credits, sowie über die Verhältnisse des Ausstellers oder des Belegenen nicht in Ungewißheit bleibe. Es sei aus gleichem Gründen erforderlich für den Aussteller, namentlich in Beziehung auf sein Verhältniß zum Belegenen oder wenn er sei fremde Rechnung trassirt habe. Aber nicht nur auf die schnelle Kenntnis von dem Schicksale des Wechsels, sondern zweitens auch darauf habe der Invefant einen Anspruch, daß ihm die Möglichkeit gegeben werde, sobald er das Schicksal des Wechsels kenne und bevor der Regress an ihn gelange, von seinen Vormännern Sicherheit zu fordern. In dem Augenblicke, wo der Wechsel protestirt sei, werde jeder Invefant dem Invefanten den Betrag desselben schuldig, und der letzte Invefant, für den die Zahlungspflicht der geleisteten Zahlung gleichstehe, habe den Anspruch, sich von seinem Vorgänger den Betrag des Wechsels zu sichern. Die Bremer Wechselordnung gebe jedem Regresspflichtigen das Recht, den Wechsel einzulösen und bei erzwungener Auslieferung den Betrag zu hinterlegen, er glaube, daß weiterhin das Recht eingeräumt werden müsse, auf Grund des Hinterlegungscheines Sicherheit von den Vormännern zu fordern.

Zur Veranschaulichung der Uebelstände, welche daraus hervorgehen könnten, wenn der Inhaber den Regress und die Be-

nachdrückung verweigern dürfte, wolle er einige Fälle anführen. Nach dem gestrigen Beschlusse genieße der Inhaber eines protestirten Wechsels 6 Procent Verzugszinsen; siehe der Zinsfuß, wie gewöhnlich, niedriger und trage der Wechsel ein solches Invefant, so entsehe für den Inhaber der Antrieh, das Ende der ihm eingeräumten Frist abzuwarten. Auch ohne Zinsverzug erzeuge die erzwungene Verpflichtung diejenigen Verzögerungen, welche aus der vorzugsweisen Eileigung dringender Geschäfte gegen nicht dringende, aus Gleichgültigkeit, Veräumniß, Verhöhnung u. s. w. entstehen. Der Inhaber könne aus Gefälligkeit für den Acceptanten oder auch aus Gefälligkeit für den Belegenen, der nicht acceptirt habe, den Wechsel bis zum Ablaufe der Frist zurückhalten. Der Inhaber könne wünschen, daß ein solcher Invefant nicht auf einen früheren Invefant oder auf den Aussteller zurückgehe, bevor er sich für eine etwaige Forderung an jenen früheren Invefant oder an den Aussteller Deckung verschafft habe. Da dem Inhaber eines protestirten Wechsels, der an einem Börsenplatze, z. B. Paris oder Hamburg, von einer soliden Firma invefirt werden sei, das Recht zutheile, auf diesen Invefanten einen Rückwechsel zu trassiren, so könne derselbe es vorthellhaft finden, einen späteren Zeitpunkt zur Begebung oder Verwendung des Rückwechsels abzuwarten. Derselben Fälle könnten bei jedem Invefanten, gegen den Regress genommen werden, zutreffen, und es sei die Veranlassung zur Zurückhaltung des Regresses selbst dann nicht ausgeschlossen, wenn dem Inhaber die sofortige Präsentation zur Zahlung bei seinem unmittelbaren Vorgänger und dem letzteren die gleiche Pflicht auferlegt, nach Erfüllung dieser Formalität aber das Regress ein Jahr lang vorbehalten werde. Es könne alsdann der in Anspruch Genommene den Regress verstreichen, weil er wisse, daß er auf eine liquide Gegenforderung stehe und weil er den Inhaber zu bewegen hoffe, auf den früheren Invefanten unmittelbar zurückzugeben. Der in Anspruch Genommene könne sich mit dem Inhaber förmlich dahin vereinbaren, daß derselbe später auf einen der Vormänner zurückgehe und besonders in den zahlreichen Fällen, wo man einen wechselseitigen Wechsel durch ein gutes Büro zu verbessern suche, sei dadurch Gelegenheit zu geben Thätigkeiten geboten. Wenn ferner der in Anspruch Genommene hoffe, mit einer liquiden Gegenforderung im Wechselproceß durchzukommen, so liege es in seinem Interesse, nicht einzulösen und den Regress bis nach geordnetem Urtheile zu verschleichen.

Die Schlussfolgerung, welche er aus den vorgetragenen Bemerkungen ableite, sei folgende: So weit eine der Anforderungen der Invefanten entsprechende Zeitbeschränkung der Einlösungspflicht eines protestirten Wechsels nicht zulässig erscheine, habe die Gesetzgebung dafür zu sorgen: 1. daß jeder Invefant, so wie der Aussteller von dem Schicksale des Wechsels schnell benachrichtigt und 2. daß es jedem Invefanten möglich gemacht werde, vor der Regressfälligkeit gegen ihn selbst Sicherheit von den Vormännern zu begehren.

Bege er diesen Vorschlag an die Vorschläge des Herrn Referenten, so halte er in jedem derselben den Zufuß wünschenswerth, daß jeder Invefant die Auslieferung des Wechsels und Provisos gegen Zahlung fordern, bei verzweifter Auslieferung den Betrag deponiren und auf Grund des Depositionscheines von seinen Vormännern Sicherheit fordern könne.

Der Erweiterer der Vorschläge im Einzelnen wolle er nicht vorgehen; seinerseits glaube er, daß die Annahme des er-

während Zutages unterstellt, jeder von ihnen mit einigen Modificationen, den Bedürfnissen des Verkehrs angepasst werden könne. Die wesentlichste dieser Modificationen bestehe sich auf den ersten Vorschlag und bestehe darin, daß der Inhaber sich den Regreß auf die Vormänner des in Anspruch genommenen Interosanten nur dadurch offen halten könne, daß er sie von dieser Abst. binnen 14 Tagen nach Erhebenem Proteste oder nach bewiesener Einföhrung benachrichtige. Im Uebrigen dürften nur einige Abänderungen der Zeitgrößen und der Redaction von II. s. c. wünschenswerth sein, worauf näher zurückzukommen beibehalten bliebe, nachdem die Verammung sich im Wesentlichen für den einen oder den anderen der Vorschläge entschieden haben werde.

Dieser Anst. trat einer der Herren Abgeordneten theilweise entgegen, indem er äußerte:

Es sei gewiß nicht anzunehmen, daß bei der Abstimmung in der vorigen Sitzung das formelle Recht über das materielle einen Sieg davon getragen habe und daß es in einer Beschlußnahme gekommen, welche im Grunde doch nicht in den Intentionen der Majorität gelegen. Die Majorität sei vielmehr durch die Gründe, welche gegen das Notificationssystem geltend gemacht worden, überzeugt gewesen und habe, im vollen Bewußtsein von der Bedeutung dieses Beschlusses, sich für die Hinwegnahme der Notificationspflicht entschieden. Nach dieser Anerkennung habe man freilich die Lücke wohl bemerkt, welche dadurch im Systeme des Entwurfs entstanden und auch die Schwierigkeit wahrgenommen, diese Lücke auf angemessene Weise zu ergänzen. Nach Entfernung der Notification bedürfe man nämlich — damit der Gang des protestirten Wechsels nicht in einem mit dem Geiste des Wechsels nicht verträglichen Stillstand gerathe — eines Incitaments, um diesen Gang zu beschleunigen, oder eines Compells für den in der Rechtsverfolgung etwa säumigen Inhaber. Hierzu könne sowohl die Notificationspflicht dienen, als auch eine Fure, den Inhaber und die in Anspruch genommenen Interosanten zu schleunigstem Thätigwerden nöthigende Verjährung. Die drei Vorschläge enthielten eine nähere Regulirung dieser beiden Mittel.

Der erste Vorschlag enthalte nur das System des Entwurfs. Die Benachrichtigung sei freilich nicht vorgeschrieben, wohl aber Zuzentung des Wechsels und Protestes, es sei also klos das im Entwurfe bei dieser Zuzentung noch erforderliche Begleitreiben erlassen. Gegen diesen Vorschlag spräche daher Alles, was in der vorigen Sitzung bereits gegen das Notificationssystem anggeführt sei.

Man wolle diese Gründe nicht wiederholen, sondern nur auf den ganz entscheidenden Umstand aufmerksam machen, daß auch bei diesem Vorschlage der Zweck der Notification nicht sicherer erreicht würde, als wenn man sie gar nicht vorschreibe und ihre Verabnahme lediglich dem guten Willen der Theilhaftigen überlasse. Wenn von acht Interosanten dem letzten vom Inhaber notifizirt werde, so habe die ganze Reihe innerhalb der Verjährungsfrist, auch wenn der achte Interosant seine Vormänner durchaus unbekanntl. lasse. Das könne sich bei dem weiteren Regreß des achten Interosanten auf den sechsten u. s. w. wiederholen und die früheren Interosanten könnten bis zum Ablaufe der Verjährungsfrist in Ungewißheit bleiben. Die gegebene Verjährung wolle also nicht, was sie solle, und man müsse dabei doch immer das Beste vom guten Willen und Ordnungssinn der Beteiligten erwarten. Müsse man das aber, so passe die Strenge, mit welcher man den Inhaber behandle, nicht. Diese Strenge enthalte auch eine nicht unerhebliche In-

consequenz. Dem Inhaber mache man die Notification bei Verlust seines Rechts zur Pflicht, und hätte also, da ihm die Vormänner der Benachrichtigten haften sollten, auch eine weitere Benachrichtigung dieser Vormänner vorzuziehen müssen. Diese sei aber dem Benachrichtigten nicht nur nicht vorgezogen, sondern, da sie fingirt werde, geradezu entlassen; dem Inhaber lege man also eine Pflicht unter einem strengen Präjudiz auf, während den Vormännern — ebensol hier derselbe Grund vorhanden sei — gar keine Pflicht auferlege und gar kein Präjudiz antreibe.

Der zweite Vorschlag enthalte dem Holländischen Rechte und der dritte dem Französischen Rechte nachgebildete Dispositionen. Beide Vorschläge wären annehmbar, mehr insofern noch der dritte als der zweite, indem bei dem dritten Vorschlage der Zweck durch die kürzeren und strengeren Fristen erreicht werde. Beide bedürften aber noch eines Zutages.

Es enthalte nämlich bei beiden hinsichtlich des Anfangs der Verjährung gegen die Interosanten, welche den Inhaber oder einen andern Nachmann beleidigt hätten, eine Schwierigkeit. Eigentlich könne die Verjährung erst mit dem Augenblicke der geleisteten Zahlung beginnen, weil erst in diesem Augenblicke *actio nata* sei. Damit entstände aber wieder eine Lücke in dem Laufe des Regreßes; mit der Klagenanstellung wäre die Verjährung gegen den Inhaber unterbrochen, ohne daß sie gegen den Interosanten beginnen hätte, und während des Prozesses bis zur Zahlung ließe daher gar keine Verjährung. Um dieses zu vermeiden, sei in dem zweiten und dritten Vorschlage, ähnlich wie im Holländischen und Französischen Rechte, bestimmt, daß die Verjährung gegen die Interosanten schon vom Tage der insinuirten Klage beginnen solle. Das sei aber namentlich bei den kurzen Verjährungsfristen des dritten Vorschlages bedenklich, indem der belangte Interosant damit in den Fall gebracht werde, sein weiteres Regreßrecht bereits durch Verjährung verloren zu haben, ehe noch der Proceß mit seinem Nachmann beendet und eine weitere Verfolgung der Ansprüche gegen seine Vormänner möglich sei. Hierin liege eine Härte, indem nicht jedermann eine Schuld oder dergleichen darin zu erblicken sei, wenn ein Verpflichteter es auf rechtliche Entscheidung ankommen lasse, und diese Härte könne nicht nur eintreten, wenn der Interosant den Proceß mit dem Inhaber verliere, sondern sogar auch dann, wenn er ihn gewinne. Entbinde er nämlich aus Grund einer Einrede der Solution oder Compensation, so daß nach der Entscheidung gerade ihm, weil er bereits bezahlt, der weitere Regreß zuziehen würde, so werde dieser weitere Regreß nun meistens theils verjährt sein.

Eine zweite, bereits von anderen Seiten angeordnete Inconvenienz liege bei den Vorschlägen II. und III. darin, daß der Inhaber, um während des Antritts auf einen Vormann sein Recht gegen die übrigen nicht durch Verjährung zu verlieren, genöthigt sei, sie alle zugleich in Anspruch zu nehmen, was in der Deutschen Gerichtsorganisation Schwierigkeiten fände und besondere Jurisdictionenverträge voraussetze, durch welche der, dem Französischen Principe entsprechende §. 90 des Entwurfs seine Ausföhrung fände.

Beide Inconvenienzen wären nämlich zu heben, wenn man das Haftungsverhältniß aller Wechselgaranten als eine Correalpflicht ansehe, deren Verjährung durch Klagenanstellung gegen einen Verpflichteten in Ansehung aller übrigen, selbst in Ansehung der Interosanten, welche erst nach geleisteter Zahlung zu weiteren Regreßten berechtigt wären, unterbrochen werde. Dieser Ausweg sei freilich theoretisch consequent, er-

reiche aber den hier zu wachsenden praktischen Zweck einer raschen Erledigung des Regressganges nicht. Es scheint sich daher die folgende Bestimmung zu empfehlen:

„Durch Anstellung der Regressklage gegen einen Wechselverbindenden wird die Verzählung des Regressrechts des Klägers gegen diejenigen der übrigen Wechselverbindenden für die Dauer des Prozeßes stillt, welchen der Kläger gleichzeitig mit der Anstellung der Klage durch Vermittlung des Gerichts von der Protestierung des Wechsels Nachricht erhält. Ebenso kann die Verzählung des dem Beklagten im Falle der Zahlung aufstehenden weiteren Regresses für die Dauer des Prozeßes d. h. stillt werden, daß derselbe kleinen Vormännern gleichzeitig mit der Antwort auf die Klage eine gleiche Nachricht zukommen läßt.“

Diese Bestimmung combinirt die Notification mit der Verzählung und staut die Notification, war nicht als eine den Regress betingende Wechselkenntnis, wohl aber als ein Mittel, die kurze und schnelle Verzählung in ihrem Laufe zu unterbrechen. Es scheint, als ob mit diesem Vorklage der doppelte Zweck, Verkürzung des Regressganges und schnelle Benachrichtigung der Wechselgaranten, sich wohl erreichen lasse.

Der Oesterreichische Herr Abgeordnete erklärte sich entschieden gegen die vorläufige Notification des Prozeßes, als Bedingung der Regressnahme. Nach der Oesterreichischen Wechselordnung vom Jahre 1763 (Art. 24) müsse der Inhaber des Wechsels, wenn Mangels Zahlung Protest erhoben werden, den Wechsel sammt Protest dem letzten Inossantanten verwahren und wenn er von demselben keine Zahlung erhält, gegen ihn Protest (den sogenannten Contraprotect) erheben lassen; und er müsse dann der Ordnung nach mit Beobachtung desselben Verfahrens auf die früheren Inossantanten zurückgehen. Man habe jedoch bei Beratung der neuen Entwurfs einer Wechselordnung im Jahre 1833 und 1843 jedesmal anerkannt, daß dieses Verfahren mit ungemein Weitläufigkeiten und mit vielen Kosten verbunden sei, auch in der Praxis nicht genau beobachtet werde. Wenn man die jedesmalige Protesterhebung ersparen und die bloße Notification an deren Stelle setzen wolle, so sei es sehr schwer, den gehörigen Beweis darüber festzustellen: man müsse sich entweder mit bloßen Zeugnissen begnügen oder zu Eidesablagen seine Zuflucht nehmen und man gebe nur unredlichen Inossantanten und Ausstellern Anlaß, sich wegen eines kleinen Verkaufsnisses des Inhabers und wegen des ihm mangelnden Beweises über die Beobachtung der vorgeschriebenen Formalitäten ihrer Pflicht zu entziehen. Dieses System der Notification sei mit dem freien, springenden Regresse, den man allgemein annehmen wolle, nicht vereinbar, und ein früherer Inossantant würde die ewigkeits Präjudizierung des Wechsels von Seiten eines Nachmannes sehr schwer erfahren und erweisen können.

In Oesterreich habe man daher bei beiden Verhandlungen nach dem Vorbilde des Code de commerce die Festlegung kürzerer Fristen für die Regressklagen, je nach der Entfernung des Wohnortes des Regressnehmenden von jenem des belangten Regresspflichtigen angenommen. Gewiss verdiene auch der Code de commerce, so oft es ohne Verletzung der Conscience geschehen könne, besondere Beachtung, theils weil seine Wirksamkeit sich über mehr als 70 Millionen erstreckt und eine Gleichförmigkeit der verschiedenen Wechselrechte überhaupt wünschenswerth sei, theils weil derselbe in einem großen Theile der Oesterreichischen, Preussischen und anderer Deutschen Staaten seit langer Zeit Gesetzeskraft habe.

Indem sodann der Herr Abgeordnete der Versammlung die in den §§. 235 bis 240 des neuen Oesterreichischen Entwurfs einer Wechselordnung über die Regressnahme enthaltenen Bestimmungen mittheilte, bemerkte er ferner:

Man habe in diese Bestimmungen die in dem Art. 165 des Code de commerce vorgeschriebene Notification des Prozeßes an den unmittelbaren Vornann des Wechselinhabers nicht aufgenommen, theils weil diese Notification den gleichfalls regresspflichtigen und der Klage angelegten Vornannern nichts nütze, theils weil sie mit keinem Präjudice verbunden sei und auch ohne besondere Vorchrift nach dem natürlichen Gange erfolgen müsse.

Gegen dieses System werde gewöhnlich eingewendet:

a) daß die Regresspflicht nicht schnell Nachricht von dem Schicksale des Wechsels erhalten, und

b) daß es unnütze Klagen verursachen werde.

Beide Einwurfe seien jedoch ungegründet. Der Handelsstand lege im Allgemeinen ein großes Gewicht auf die schnelle Notification; allein er gebe dabei nur von dem Interesse der regresspflichtigen Inossantanten aus, ohne jene des Wechselinhabers zu beachten und ohne alle juristischen Consequenzen der zur Pflicht gemachten Notification zu übersehen.

Die Fristen zur Anstellung der Regressklage seien möglichst kurz bestimmt und der Inhaber eines protestirten Wechsels könne daher nicht in Unthätigkeit bleiben. Es liege in der Natur der Sache, daß dieser, bevor er die Klage gegen einen Regresspflichtigen überreicht, denselben zuvor außergerichtlich, unter Vorweisung des Wechsels und des Prozeßes zur Zahlung auffordern werde, denn sonst würde er sich nur unnütze Kosten verursachen, die er jedenfalls im Voraus bestreiten müßte und deren Einbringung ungewiss wäre. Man denke sich nur den Fall, daß ein Wechselinhaber einen der Inossantanten wegen Zahlung des Wechsels ohne vorläufige außergerichtliche Aufforderung gerichtlich belangen, und daß der Belangte bei der angetretenen Verhandlung erklären würde, er sei bereit, den Wechsel einzulösen, und würde dies auch ohne Klage gethan haben, wenn er außergerichtlich darum angegangen worden wäre. In diesem Falle würde wohl kein Oesterreichisches Gericht den Belangen in die Klagesessen verurtheilen, und der Kläger müßte sie selbst tragen. Man dürfe mit Sicherheit annehmen, daß kein Wechselinhaber eine Klage gegen einen Vornann anstellen werde, von dem er erwarten könne, daß er seine Pflicht auch auf außergerichtliche Aufforderung erfüllen werde. Die Regressfristen seien aber in der Art bestimmt, daß der Inhaber die nötige Zeit zur vorläufigen außergerichtlichen Einmahnung habe.

Das eigene Interesse des Inhabers werde ihm von der Anbringung unnützer Klagen abhalten, und er werde nur diejenigen Vornänner belangen, auf deren Unterschrift er bei der Uebnahme des Wechsels gebaut habe und von welchen er die Einbringung der Wechselsumme erwarten könne. Es werde hierbei notwendig sein, daß man dem Wechselinhaber die Cumulirung der Klagen wenigstens gegen alle in derselben Provinz wohnhaften Regresspflichtigen gestatte. Zur Klage gegen die entfernter Wohnenden sei ihm eben ein längere Frist gegeben und er könne daher, bevor er tiefe Belangen, den Erfolg der gegen die näher Wohnenden angestellten Klage abwarten

Gegen die in den obervandten Paragraphen enthaltenen Bestimmungen lasse ich nichts einwenden, daß der belangte Inossantant, wenn ihm j. n. o. a. der ihm zugeordnete Klage und bevor er selbst den Wechsel eingelöst habe, tie

Regreßfrist gegen seine Vormänner laufe, noch kein Klagerrecht auf Zahlung habe, und daß bei einer großen Reihe von Regreßklagen, während der Durchführung derselben, die Verjährungsfrist gegen den Acceptanten oder gegen den Aussteller eines eigenen Wechsels ablaufen könnte. Allein der verlagte Inzossant habe immerhin ein Klagerrecht auf Anrechnung seines Regreßrechts und man könne ihn, wenn dieses bestritten werde, auch das Recht auf Einkerstellung einräumen. Gegen den Acceptanten und den Aussteller eines eigenen Wechsels aber könne man eine Unterbrechung der Verjährung mittelst der Streitverkündung einführen. In beiden Beziehungen müsse vorbehalten bleiben, die bestimmteren Anträge zu stellen, wenn einmal über das anzunehmende System entschieden sein werde.

Giegegen wurde erinnert: Für die Ansicht, daß es eben so zulässig wie zweckmäßig sei, über die Nothwendigkeit der Notification gar keine Vorchrift in die Wechselordnung aufzunehmen, werde die französische Übergabe als eine wichtige Autorität angeführt. Man könne indes durchaus nicht sagen, daß der Code de commerce das Notificationssystem gar nicht kenne, vielmehr gebe er gerade davon aus, nur habe er dasselbe mangelhaft aufgestellt und durchgeführt. Ausdrücklich sei vorgeschrieben, daß dem in Anspruch zu nehmenden Wechselverbindenden eine Aufstellung des Protests gestellt werden müsse und wer, ohne diese Formalität zu beobachten, eine Klage anstelle, werde mit derselben abgewiesen. Freilich könne man, da der Code de commerce für jene Zustellung keine besondere Frist bestimmt habe, noch mit der Klage die Aufstellung beweisen. Allein darin gerade liege das Mangelhafte. Wenn man daher diese Lücke anfülle, so entferne man sich nicht vom Systeme des Code de commerce, wegen man, wenn von aller und jeder Notification abstrahirt und lediglich die Verjährungsfrist des Code angenommen werde, wie der Vorschlag III. bewende, gewiß nicht sagen könne, daß das System des Code angenommen worden sei.

Von anderer Seite wurde angeführt: Es liege im entschiedenen Interesse des Verkehrs, daß in Fällen der Zahlungsverweigerung die Regreßpflichtigen von dem Schicksale des Wechsels baldigst Kenntnis erhalten und zwar in anderer Weise, als nach den Bestimmungen des französischen Rechts, durch eine gerichtliche Klage. Denn es sei etwas Ungewöhnliches und dem Rechtsgedanke Widersprechendes, eine Klageanstellung zu erlauben, ja zu gebieten, während der Beanspruchung von der Forderung keine Kenntnis gehabt habe, was gerade hier sich oft zutragen könne. Außerdem müsse es sich nach jenem Systeme oft ereignen, daß der Regreßpflichtige erst nach langer Zeit von der Zahlungsverweigerung Kenntnis erhalte; denn der längere Termin zur Klageanstellung könne bei einem und demselben Wechsel mehrfach zur Anwendung kommen, und Jahre könnten verlaufen, bis der erste Rechner erzeuge, wie es den Wechsel erganzte sei. Der Zwang zur Klage erzeuge unnütze Prozesse und Kosten, und bringe gerade diejenigen in Gefahr, die im Vertrauen auf die Regalität ihrer Vormänner Anstand nehmen, dieselben alsbald mit einer Klage zu verfolgen. Die Notification sei in deutschen Handelslande üblich, und obgleich seit dem Erscheinen des französischen Handelsgesetzbuchs mehrere neue Wechselordnungen in deutschen Ländern eingeführt worden, so habe doch keiner der letzteren das französische System adoptirt, so wenig dies, wie schon bemerkt, in Holland geschehen sei. Was die Schwierigkeiten des Beweises der gegebenen Notification betreffe, so möge man doch auf das wirkliche Verha-

lin und von den theoretischen Beschränkungen absehen. Da, wo jenes Gebot bestünde, sei es befolgt worden und es habe auch an Beweismitteln nicht gefehlt. Der Inhaber könne, wenn er Weiterungen befürchte, die Notification durch einen Notar vornehmen lassen, der diesen Act in seinen Protocollen verzeichne und alsdann ein vollbeweisendes Attest ausstellen im Stande sei. Außerdem könne man zur Einkerstellung greifen, wie, wenn auch nicht sonst im Wechselproceß, doch in vorliegendem Falle wohl als Beweismittel zu gestatten sein möchte.

Der Herr Staatsminister von Könneritz bemerkte in Beziehung auf den Vorschlag I., daß dieser noch strengere Bestimmungen enthalte, als der Entwurf, da zu Folge des letzten Satzes die hier erwähnten Vorschriften nur innerhalb der Verjährungsfrist wirksam seien, also nicht einmal Unterbrechung der Verjährung bewirken sollten, wie dies der Entwurf vorgeschlagen habe. Der Vorschlag II. sei nur in sofern ausführbar und zweckmäßig, als eine genauere Bestimmung über den zu verlangenden Schadenersatz hinzugefügt werde, etwa Verlust der Zinsen und Kosten. Dem Vorschlag III. stehe der Einwurf von Zeit und Kosten entgegen, der hierbei erfordert werde, und es erhebe daher rathlich her, eine kurze Verjährungsfrist unter Einschränkung von Maaßregeln zum Behufe der Unterbrechung der Verjährung eintreten zu lassen.

Herr Vicepräsident Dr. Einert war derselben Ansicht. Er meinte, daß die zu II. erwähnten Schäden lediglich in entbehrten Zinsen bestehen könnten und durch fortlaufende Verzinsung sich ausgleichen müßten. Was den Vorschlag III. anlangte, so müsse vor allen Dingen abgemindert werden, was über die Verjährung bestimmt werde. Setze man sich damit nicht in Einklang, so könne es sich leicht ereignen, daß, während man noch über den Regreß streite, der Anspruch gegen den Acceptanten verjähre, was doch offenbar zu Inconvenienzen führe.

Ein anderer der Herren Abgeordneten erklärte, daß er im Allgemeinen dem Notificationssysteme den Vorzug gebe; seiner der gemachten Vorschläge scheine ihm jedoch vollkommen befreierig, am wenigsten der unter III., der verschiedene Fristen für verschiedene Gegenstände enthalte, eine Anordnung, gegen welche sich die Versammlung schon bei Beratung des §. 19 erklärt habe. Man werde der Berücksichtigung des Bedürfnisses näher kommen, wenn man von folgenden Sätzen ausgehe: 1) Innerhalb einer gewissen Frist müsse jeder Verbindende frei werden. 2) Die Bestimmung der Notification sei vorzuschreiben und die Saumlosigkeit mit einem Präjudice zu bedrohen. 3) Dieses Präjudice solle in Schadenersatz bestehen, und 4) Saumlosigkeit sei alsdann anzunehmen, wenn der Inhaber den Protest 14 Tage an sich behalte, ohne einen Schritt zu thun.

Ein der Herren Abgeordneten erklärte sich im Allgemeinen für den Vorschlag I., vorbehaltlich jedoch angemessener Milderung der dem Inhaber auferlegenden Strafe. Es werde zu wenig genügen, wenn der Inhaber einen seiner Vormänner die Notification anzuheilen lasse, ohne daß gerade der Protest mitzutheilen sei. Was die entgegengesetzte Schwierigkeit des Beweises betreffe, so müsse er das bereits gegen dieses Argument Vorgebrachte bekräftigen.

Von anderer Seite wurde noch bemerkt, daß ein strenger Beweis nicht erforderlich, vielmehr im Gesetze auszusprechen sein dürfte, daß auch eine Befreiung genüge.

Der französische Herr Abgeordnete erklärte sich gleichfalls

dafür, daß dem Inhaber des Wechsels die Pflicht der Benachrichtigung der Nichtzahlung des Wechsels bei Verlust des Wechselregreßes aufzulegen sei. Ohne die einem solchen Notificationsysteme in theoretischer Beziehung und hinsichtlich der Vorentscheidung entgegenstehenden Bedenken und Unzulänglichkeiten zu verkennen, ist eine es ihm um deswillen den Vorschlag zu verwerfen, weil es dem von den meisten deutschen Wechselgesetzgebern vorgeschriebenen und in Ermangelung besserer Vorkehrungen nach dem Handelsgebrauch in Deutschland geltenden deutschen Wechselrechte entspräche. Daven ohne dringenden Grund abgehen und an deren Stelle aus dem fremden Rechte andere Bestimmungen in das deutsche Wechselrecht herüber zu nehmen, erscheint um so bedenklicher, als bekanntlich die einschlägigen Bestimmungen des französischen Rechts mangelhaft seien und in der Praxis in großen Unzulänglichkeiten gehüllet haben, das neue Holländische Recht aber, welches die in dem französischen Rechte ohne Präjudiz vorgeschriebene und darum zur leeren Form gewordene Notification bei Vernehmung von Schadenersatz angeordnet und dadurch ein allen unbestimmtes und ungenügendes Präjudiz eingeführt habe, noch nicht durch die Erfahrung erprobt sei, überhaupt aber, dieser Notification ungeachtet, immer noch auf der Grundlage des französischen Rechts stehe. Die mit dem seit herigen deutschen Notificationsysteme verbundenen Unzulänglichkeiten dagegen seien in der Praxis, wie schon richtig herausgehoben worden, keineswegs von überwiegender Gebühlichkeit, und es habe sich daher auch die Frankfurter Handelskammer entschieden in Gunsten des Notificationsystems, wie es namentlich in der Frankfurter Wechselordnung von 1739 auf eine einfache, den Inhaber so wenig als möglich belästigende Weise enthalten sei, ausgesprochen.

Als der Gegenstand zur Abimmung gelangt war und der Herr Staatsminister von Könneritz die erste Frage dahin vorgelegt hatte:

Soll die Notification bei Verlust des Regreßes vorgeschrieben werden?

wurde abermals der Zweifel erhoben, ob man nach dem in der gestrigen Sitzung gefaßten Beschlusse überhaupt noch in der Lage sei, über diese Frage abstimmen.

Der Herr Staatsminister bemerkte aber: Materiell liege allerdings in dem ersten Vorschlage ein Abgehen von dem

gestrigen gefaßten Beschlusse. Er finde aber formell dagegen kein Bedenken, da die Konferenz berufen sei, das, was sie den betreffenden Regierungen als das Vollkommenste vorschlagen könne, aufzufinden, und wenn sie finde, daß sie sich hierin geirrt, auch den Vorschlag haben werde, diesen abzuändern. Dem wurde auch von anderer Seite mit der Bemerkung beigestimmt: daß es war im Allgemeinen nicht wünschenswerth erschiene, beschlossene Bestimmungen wieder in Frage zu stellen; gleichwie man aber im Anfange der Konferenz sich vorgenommen habe, nach beendigter Discussion des ganzen Entwurfs eine oder die andere Materie wieder aufzunehmen, so könne dasselbe auch im Laufe der Verathung und besonders alsdann Statt finden, wenn ein Gegenstand nur mit schwacher Majorität erledigt oder jezt ein bedenklicher Zweifel bemerkbar geworden sei. Hierauf wurde die Stellung der Frage mit 13 gegen 6 Stimmen genehmigt und sodann die Frage selbst in materieller Beziehung mit 10 gegen 9 Stimmen mit Ja beantwortet. Von mehreren Herren Abgeordneten wurde noch hinzugefügt, daß auch nach der gegenwärtigen abermaligen Abimmung und nach dem siton gestern gemachten Vorbehalte die specielle Verathung der nunmehr erledigten oder andernfalls Bestimmungen vielleicht in einer Revision oder Modification des gefaßten Beschlusses führen werde.

Der Herr Referent bemerkte, daß die Nothwendigkeit einer solchen Modification allerdings eintreten könne, darüber aber erst dann mit Sicherheit zu urtheilen sein werde, wenn sowohl die nach dem Beschlusse der Majorität, als die nach den Ansichten der Minorität an die Stelle der §§. 44 bis 48 zu setzenden Bestimmungen, vollständig ausgearbeitet und den einzelnen Mitgliedern zur näheren Prüfung mitgetheilt sein würden. — Dieser Ansicht beistehend, beschloß die Versammlung, die weitere Erörterung der Bestimmungen über den Regreß Mangels Zahlung (§§. 44 bis 48) einstweilen auszuweisen und in der nächsten Sitzung, da die §§. 49 und 50 bereits verathen werden, um §. 51 überzugehen.

Zu bemerken bleibt noch, daß in der heutigen Sitzung von dem Herrn Hofrath Dr. Hefkler jedem Mitgliede der Versammlung ein Exemplar „des Entwurfs einer Wechselordnung für die Deutschen und Italienischen Länder des Österreichischen Kaiserthums vom Jahre 1843“ mitgetheilt worden war.

XVIII.

Leipzig, den 12. November 1847.

Unter dem Vorsitze Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers von Könneritz ward die heutige Sitzung eröffnet und nach Vorlesung des Protocolls von gestern sogleich zu dem §. 51 übergegangen.

Hierbei kam die wechselseitliche Controverfe zur Erörterung: Ob nicht dem Inhaber eines Mangels Zahlung protegirten Wechsels die Wahl auszuweichen sei, entweder die in den §§. 49 und 50 bestimmten Beträge nach Courd

oder die Erstattung der von ihm gegebenen Valuta nebst Zinsen zu fordern?

Mehrere der Herren Abgeordneten beantragten die Anerkennung eines solchen Wahlrechts, wie es nicht nur im §. 40 der Hamburger Wechselordnung, sowie im §. 59 des Entwurfs einer Wechselordnung für Holstein und Lauenburg vorgeschrieben, sondern auch an vielen Orten, wo eine solche Option nicht ausdrücklich im Gesetze ausgesprochen worden,

allgemein üblich ist. Zur Unterstützung dieses Antrages ward angeführt: Der Geber des Wechsels garantire dem Nehmer desselben dafür, daß der Wechsel honorirt werde: geküßte dieses nun nicht und gebe daher nicht in Erfüllung, was der Geber versprochen, so sei es gewis den Grundrätzen des Rechts gemäß, daß er dem Käufer des Wechsels mindestens zurückgeben müsse, was er von letzterem in Folge des nicht erfüllten Vertrages empfangen habe. Nach der Bestimmung des Preussischen Entwurfs werde er aber weniger zu gewähren haben, im Falle der Wechselcours inzwischen gewachsen sein sollte, und es werde also der Regresspflichtige in diesem Falle ein Gewinn machen, welcher ihm nicht gebühre, ja ihn verlesen könne, den begebenen Wechsel zu contremantiren. Auch seien viele Fälle denkbar, in welchen der Nehmer eines Wechsels, der am Zahlungsorte nicht bezahlt wird, dadurch, daß es ihm nicht anstehen soll, statt der nach der Moralität des §. 31. angeordneten Retourrechnung, sein beim Einkaufe des Wechsels dafür bezahltes Geld mit Zinsen und Kosten zurückzufordern, unverschuldet Weise in realen Verlust komme, was zu verbüßen doch gewis wünschenswerth sein müßte.

Von anderen Seiten wurde dieser Ansicht widersprochen und die Bestimmung des Preussischen Entwurfs vertheidigt. Der Betrag, welchen der Regresspflichtige zu leisten habe, könne nur einer sein und dem Regressnehmer zwischen zwei verschiedenen Forderungen die Wahl zu lassen, dazu liege in dem Rechtsverhältnisse kein Grund vor. Der Rembourspflichtige könne nämlich, vermöge der von ihm übernommenen Garantie, zu einem Mehreren nicht für verbunden erachtet werden, als dem Inhaber alles dasjenige zu gewähren, was der Inhaber bei einem regelmäßigen Verlaufe des Wechsels erlangt haben würde. Dieses werde dem Inhaber vollständig zu Theil, wenn derselbe den Betrag der Wechselsumme nebst Zinsen und Kosten nach dem Tagescours von dem Regresspflichtigen erhalte, da er ein Mehreres als jenen Betrag auch im Falle der Zahlung des Wechsels nicht zu erwarten gehabt hätte. Jede des Regresspflichtigen sei es, diesen Betrag an dem Orte, wo die Zahlung zu leisten sei, anzukassiren: ob dieses, in Folge des gestiegenen oder gesunkenen Wechselcours, mit größeren oder geringeren Kosten für ihn verbunden sei, könne auf den Anspruch des Wechselhabers nicht von Einfluß sein. So wenig der letztere den Nachtheil des etwa gestiegenen Cours zu tragen habe, so dürfe er auch aus dem unwilligen Umstande, daß der Rückwechsel zu einem niedrigeren Course zu erlangen sei, seinen Gewinn ziehen. Abgesehen hiervon erhebe es aber auch deshalb nicht anzufragen, den Regressanspruch des Inhabers nach der gewährten Valuta zu bemessen, weil diese nicht aus dem Wechsel hervorgehe und man auf solche Weise das für die Wechselordnung bestimmte Gebiet überschreiten würde, indem man auf das dem Wechsel zum Grunde liegende Geschäft zwischen Geber und Nehmer — auf den Wechselvertrag — eingehen müßte. In dieser Beziehung wurde von einem der Herren Abgeordneten noch folgende Erklärung hinzugefügt:

Es sei nicht für zulässig zu halten, daß das Wechselgesetz sich auch auf die Frage einlasse, ob der Inhaber bei nicht erfolgter Zahlung bestraft sein müsse, statt der Ansprüche der Retourrechnung, die für den Wechsel gezahlte Summe sammt Zinsen zurückzufordern. Durch eine solche Bestimmung werde das Wechselrecht mit dem Civilrechte vermengt und zu neuen Verwirrungen Anlaß gegeben werden. Zunächst müsse man dabei voraussetzen, daß jeder Wechsel gekauft sei, die Voraussetzung sei aber ebenso wenig zureichend, als wenn man voraussetze, daß der Tradition irgend einer anderen Sache noth-

wendig ein Kauf zum Grunde liege. Wechsel würden — wie andere Sachen — gekauft, geschenkt, in solutum gegeben u. s. w. Es passe daher schon an sich nicht, für alle Wechsel und allgemein eine Vorschrift zu erlassen, welche sich nur auf gekaufte Wechsel beziehe. Dann aber sei es dringend nöthig, alle jene Wechseltäre des Civilrechts, auf denen das Geben von Wechseln beruhen könne und an welche sich das Wechselgesetz anknüpfe, von der Wechselordnung streng getrennt zu halten und in diese keine aus jenen abgeleitete Bestimmungen aufzunehmen. Die in Anregung gebrachte Frage von der Befugniß des Wechselhabers zur Rückforderung der Kaufsumme gehöre recht eigentlich in das Civilrecht und sei von den Grundfragen abhängig, die man hier über die Berechtigung des Käufers, wegen mangelhafter Erfüllung des Kaufs oder Untauglichkeit der gekauften Sache Reclamation des Kaufs oder Rückgabe der Kaufsumme zu fordern, aufstelle. Man könne die Frage daher hier weder bejahend noch verneinend entscheiden, da man in das Wechselrecht das Civilrecht nicht einzumischen habe und — wenn man der Zweckmäßigkeit wegen gerade in diesem Punkte eine solche Gemischtheit zulässig finde — zu einer solchen Entscheidung doch nicht competent sei.

Die Frage kam hierauf in nachstehender Weise:

Soll dem Inhaber des Wechsels gestattet werden, nach seiner Wahl entweder den Betrag nach dem bestehenden Course oder die für den Wechsel gezahlte Summe nebst $\frac{1}{2}$ % Zinsen pro Monat von dem Verfalltage an zu fordern?

zur Abstimmung und ward mit 13 Stimmen gegen 6 verneint.

Ferner gaben die Votirte: von dem Wohnorte des Regressnehmers auf den Wohnort des Regresspflichtigen Veranlassung zu einer weiteren Erörterung.

Es ward erinnert, daß nicht immer der Wohnort des Regressnehmers hier in Betracht komme, daß vielmehr in dem Falle, wo der Präsentant den Regress nimmt, der Ort, an welchem der Wechsel zu zahlen gewesen wäre, entscheiden müsse. Auch werde es für den Fall, daß der Regress auf einen Ort zu nehmen sei, auf welchen kein Cours notirt werde, einer zusätzlichen Bestimmung bedürfen, indem in solchem Falle der dem Wohnorte des Regresspflichtigen nächste Wechselplatz werde an die Stelle treten müssen.

In ersterer Hinsicht wurde aber eingeknickt, daß bei der ersten Regressnahme der Cours vom Zahlungsorte nach dem Wohnorte des Regresspflichtigen Anwendung finde, weil eben der Zahlungsort, oder der Wohnort des ersten Regressnehmers sei, das aber allen späteren Regressnehmern die von ihnen bestrittenen Beträge auch an ihrem Wohnorte zu vergüten seien, also dafür nicht mehr der Cours vom Zahlungsorte des Wechsels, sondern derjenige vom Wohnorte jedes späteren Regressnehmers auf den Wohnort des von ihm in Anspruch genommenen Regresspflichtigen zur Anwendung komme.

In Bezug auf den zweiten Antrag wurde zwar das Bedenken geäußert, daß es nicht immer leicht sein werde, zu bestimmen, welches der nächste Wechselplatz sei; indeß vereinigte man sich doch in der Ansicht, daß der Cours des nächsten Wechselplatzes maßgebend sein müsse, im Falle zwischen den betreffenden Orten unmittelbar kein Wechselcours bestehe, und daß eine Bestimmung, hierüber in den Entwurf aufzunehmen sei.

Auf die weitere Bemerkung, daß öfters die Regresssumme nicht anders, als durch Baarzahlung erlangt werden könne, und daß in diesem Falle die Kosten der Ueberführung von dem Regresspflichtigen zu vergüten seien, war man der Meinung,

daß, weil es sich von selbst versteht, der Entwurf sich hierüber nicht auszusprechen haben werde; doch gab man die Berücksichtigung dieses Umstandes der Redaction anheim.

Hinsichtlich des zweiten Satzes des §. 51 vereinigte man sich darüber, daß die Bescheinigung des Cours durch einen unter öffentlicher Autorität angeordneten Courtier oder durch das Amt eines vereideten Wädlers und auskunftsfähige — wo weder ein öffentlicher Courtier, noch ein vereideter Wädlar vorhanden ist — durch das Zeugnis zweier Kaufleute herzustellen, der Entwurf also demgemäÙ zu ergänzen sei.

Entsch. wurde als Aufgabe der Redaction anerkannt, eine Fassung zu finden, durch welche bestimmt ausgesprochen werde, daß der Regressant durch einen Mangels Zahlung protestirten Wechsel auf die in den §§. 49, 50 und 51 angeführten Forderungen sich beschränke und daß dem Regressnehmer daher ein Anspruch auf Rückzahlung der Valuta weder im Wege des Wechsel-Prozesses noch des Civil-Prozesses zustehe.

Man ging darauf zum §. 52 über und bemerkte, daß der mittlere Satz dieses Paragraphen wegfallen könne, wenn unter den nach der Aufzeichnung in den §§. 49 und 50 auszunehmenden Fällen auch die Courtage mitbegriffen würde. Es wurde jedoch zur Erwägung lei der Redaction anheimgegeben, ob nicht vielmehr vorzuziehen sei, es in dieser Hinsicht bei der gegenwärtigen Fassung des Entwurfs zu lassen, also der Courtage nicht in den §§. 49 und 50, sondern nur im §. 52 zu erwähnen, in welchem Falle hier auch der etwaigen Stempelgebühren zu gedenken wäre.

Eine ausführlichere Debatte fand in Bezug des dritten Absatzes statt. Es kam in Antrag, die Worte: „unmittelbar“ („a drittura“) zu streichen, und statt der Worte: „auf Sicht zahlbar“ die Worte: „auf kurze Sicht zahlbar“ zu setzen, worauf Late Wechsel mit kurzer Zahlungsfrist bezeichnet würden, indem, wie schon bei Verabreichung des §. 51 hervorgehoben, der Rückwechsel auf einen Tag zu sieben sein würde, auf welchen sein Cours notirt wird, weshalb die Möglichkeit gegeben werden müßte, denselben an dem Tage zahlbar zu leisten, der nach dem in der vorigen Sitzung gestrichen Beschluß zur Bestimmung des Cours des Rückwechsels dienen soll, und da dann, wenn die Zahlung nicht a drittura stattfindet, sondern der Rückwechsel an einem dritten Tage zu denselben ist, nicht a vista gezogen werden könne. Es wurde sich hieran die Frage, ob es gesetzlich Bestimmungen über Rückwechsel überhaupt wohl bedürfe?

Dies gab Veranlassung, auf die eigentlich e Bedeutung des sogenannten Rückwechsels einzugehen. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die rechtliche Eigenthümlichkeit, also die praktische Bedeutung eines Rückwechsels nur darin bestehe, daß, wenn der Regressnehmer von der gesetzlich Bestimmung, über den Betrag seiner Forderung einen Rückwechsel auf den Regresspflichtigen zu ziehen, Gebrauch mache, der Besagene gehalten sei, den Rückwechsel zu honoriren, folglich, wenn dieses nicht geschehe, für die dadurch entstehenden neuen Kosten ebenso zu haften, wie er für den Betrag der ersten Retourrechnung haften. Aus diesem Grunde komme es darauf an, in dem Gesetze zu bestimmen, in welcher Weise ein Rückwechsel mit seiner Wirkung gezogen werden dürfe.

Taneben unterliege es aber keinem Zweifel, daß der Regressnehmer sich eines solchen Rückwechsels zur Erlangung des

Rembourses zwar bedienen könne, aber nicht bedienen müsse, ihm vielmehr anheimgestellt bleibe, seine Retourrechnung auf beliebige Weise von dem Regresspflichtigen einzuschieben, also auch wegen des salutarigen Betrages einen Wechsel auf denselben abzugeben, welcher die gesetzlichen Eigenschaften eines Rückwechsels nicht habe, deshalb aber auch der eigenthümlichen wechselrechtlichen Wirkung des letzteren entbehere.

Das Wort „müßte“ in dem Satze des §. 52 bezeichne daher keine absolute, sondern nur eine hypothetische Notwendigkeit. Der Inhaber müsse nicht den Rückwechsel zur Erlangung des Rembourses sich bedienen; wenn er aber denselben sich bedienen wolle, so müsse er denselben auf Sicht und a drittura ziehen.

Hinsichtlich dieser Bedingungen eines eigentlichen Rückwechsels im Sinne des Gesetzes fand man es von mehreren Seiten bedenklich, die beantragten Änderungen des Entwurfs eintreten zu lassen, weil zu befürchten sei, daß durch Zulassung anderer als auf Sicht und unmittelbar geeigneter Rückwechsel Verwickelungen herbeigeführt werden würden, indem namentlich Collisionen mit der für die Regressnahme schuttsichenden Frist eintreten könnten, auch verschiedene Bestimmungen über die Acceptation eines solchen Wechsels und über deren Wirkung nöthig werden würden.

In Folge dessen wurden die Fragen zur Abstimmung gebracht:

1. Soll der Rückwechsel auch auf kurze Sicht ausgestellt werden können?
2. Soll derselbe unmittelbar (a drittura) gezogen werden?
- und
3. Sollen die Bestimmungen des §. 52 überhaupt beibehalten werden?

Von diesen Fragen wurde die erste mit 16 gegen 3 Stimmen verneint, die zweite mit 17 Stimmen gegen 2 bejaht, und die dritte mit 16 Stimmen gegen 3 gleichfalls mit Ja beantwortet.

Dabei war man darüber einverstanden, daß der Regresspflichtige zur Einlösung eines Rückwechsels nach dem §. 53 des Entwurfs nur gegen Auslieferung des protestirten Wechsels, des Protestes und der quittirten Retourrechnung verbunden sei, und daß es daher dem Aussteller eines solchen Wechsels obliege, denselben entweder den protestirten Wechsel selbst Briefet und Retourrechnung beizufügen, oder auf andere Weise dafür Sorge zu tragen, daß diese Papiere zur rechten Zeit zur Stelle seien, um dem Regresspflichtigen bei Präsentationen des Rückwechsels ausgeliefert zu werden.

Zum §. 53 ward erinnert, daß die Worte: „so wie der Besagte über die außer der Wechselsumme der Wechselsumme in der Retourrechnung angeführten Kosten“, weglassen könnten, und zwar um so mehr, als für manche der in der Retourrechnung vorkommenden Kosten, quittirte Belege gar nicht ausgestellt zu werden pflegten. Es könne vielmehr abgewartet werden, ob der Regresspflichtige gegen einzelne Kosten Einwendungen mache, über welche der Richter zu entscheiden und nach Umständen Bescheinigung zu erstornen haben werde.

Es ward bei Annahme des §. 53 der Redaction die Berücksichtigung dieser Erinnerung anheimgegeben.

Der §. 54 ward ohne Bemerkung angenommen.

XIX.

Leipzig, den 13. November 1847.

In der heutigen Sitzung unter dem Vorsitze Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers von Könnertz nahmen sämtliche Mitglieder der Concurs-Commission, mit Ausnahme des Herrn Handelskammer-Präsidenten Camphausen, welcher durch dringende Geschäfte nach Köln zurückzukehren genöthigt worden war.

Vorerst zur Verathung des §. 55 übergegangen wurde, hob der Herr Staatsminister von Könnertz die Punkte hervor, welche bei der Intervention überhaupt und bei der Ehren-Acceptation insbesondere in Betracht zu ziehen sein würden und gleichwohl nicht durchgehend in dem Entwurfe die erforderliche Berücksichtigung gefunden zu haben schienen. Es komme, bemerkte derselbe, hierbei auf folgende Punkte an:

1. Wann soll Intervention per honor stattfinden?

Diese Frage möchte im Allgemeinen dahin zu beantworten sein: dann, wenn der Wechsel, wie man in der Sprache des Verfaßers sich ausdrückt, Noth leidet und deshalb Proteste aufgenommen werden ist.

2. Von wem kann intervenirt werden?

Die Antwort hierauf sei: Von jedem bei dem Wechselgeschäftetheilhabigen oder Mittheilhabigen, in Folge einer Abrede oder auch ohne diese, selbst von dem Bezogenen, wenn dieser nicht schon acceptirt habe, wie dies der §. 197 des Sächsischen Entwurfs annähme.

3. Für wen kann intervenirt werden?

Die Intervention müsse für alle bei dem Wechseltheilhabigen, mit Einfluß des Bezogenen zulässig sein — für den Letzteren namentlich im Falle seiner Abwesenheit am Verkaufstage, um Abwesenheits-Proteste zu vermeiden.

4. Welche Rechte erlangt der Ehrenzahler?

Diese Frage sei im §. 59 des Entwurfs beantwortet, wobei aber noch auszusprechen sich dürfte, daß bei einer Intervention für den Bezogenen Negrefect nicht erworben werden.

5. Welche Wirkung hat die Ehrenzahlung in Beziehung auf die zur Vertretung des Wechsels Verpflichteten?

Unstreitig würden die Nachmänner des Generaten durch die Ehrenzahlung ihrer Verpflichtung ledig, was indess im §. 59 des Entwurfs nur indirect ausgesprochen sei.

6. In der That aber bei dem Falsen einer Nothadresse die Ehrenzahlung oder Acceptation zu suchen gehalten?

7. Muß derselbe die ihm angebotene Intervention annehmen?

8. Welches Präjudiz tritt ein, wenn die Fragen unter Nr. 6 und Nr. 7 bejaht werden sollten, und der Zahler dennoch der ihm danach auferlegten Verpflichtung entgegen handelt?

9. Welche Rangordnung findet unter mehreren Intervenienten statt?

Bei der Beantwortung dieser letzten Frage werde man theils den Umstand, ob die Intervention auf die ganze verschiedene Summe, oder nur auf einen Theil derselben laute, theils die Person, für welche intervenirt werde, theils die Veranlassung zur Intervention, ob dieselbe nämlich in Folge einer Adresse geschehe oder nicht, zu berücksichtigen haben.

10. Welchem Präjudiz setzen bei einer Concurrenz von mehreren Intervenienten diejenigen sich aus, welche der festgestellten Ordnung sich nicht fügen?

11. Wie kann ein übergangener Intervenient die Rechte dessen faktiven, für welchen er zu interveniren beabsichtigt?

Ähnliche Fragen träten zum Theil bei der Ehren-Acceptation ein.

In Bezug auf diese würde zu bestimmen sein:

12. daß dieselbe nur nach aufgenommenem Proteste Mangels Annahme statfinde, aber auch

13. von dem Bezogenen selbst, der nicht schon pure acceptirt hat, geschehen könne,

was jetzt wegen der angenommenen Bestimmung im §. 23 des Entwurfs von Wichtigkeit sei;

14. daß man auch zu Ehren des Bezogenen acceptiren könne,

was aus dem unter Nr. 3 angegebenen Motive sich rechtfertigen dürfte, durch den zweiten Absatz des §. 55 des Entwurfs aber ausgeschlossen zu werden scheint;

15. daß der Zahler eine Ehrenacceptation auch ohne eine darauf lautende Adresse beachten müsse.

Alle diese Punkte und Fragen würden in den §§. 196 bis 222 des Sächsischen Entwurfs so wie in mehreren anderen Entwürfen ausdrücklich entschieden, in dem vorliegenden Entwurfe aber theils gar nicht berührt, theils nicht ausdrücklich entschieden. Sie würden sich jedoch zum Theil bei Verathung der materiellen Bestimmungen des Entwurfs motiviren, und vielleicht von selbst erledigen, theils bei der Fassung Beachtung finden. Es solle daher zur Zeit eine Verathung darüber nicht veranlaßt, sondern bloß vorbehalten werden, bei einzelnen Bestimmungen auf die zur Sprache gebrachten Punkte aufmerksam zu machen, und die nicht erledigten zur Berücksichtigung bei der Redaction zu empfehlen.

Der Herr Referent entwickelte hierauf, unter Aufzählung der Bestimmungen, welche in bestehenden Wechselordnungen und neuen Gesetzentwürfen, namentlich in dem Code de commerce und der Bremer Wechselordnung, so wie in den Entwurfs für Württemberg, Braunschweig, Sachsen u., über die Pflicht des Zahlers, eine freiwillig angebotene Ehrenannahme zuzulassen, oder eine solche bei einer Nothadresse zu suchen, so wie über die Wirkungen einer erfolgten Ehrenannahme enthalten seien, die Gründe, auf welchen die Bestimmungen des §. 55 beruhen. Derselbe führte aus, daß die

Verzicht des Entwurfs, wonach der Inhaber weder bei einer Nothadresse die Annahme suchen, noch die von einer Nothadresse oder einem Dritten angebotene Ehrenannahme zulassen müsse, aber jede erfolgte Ehrenannahme dem Regress auf Sicherstellung ausstünde, den Vorrang der Consequenz mit einer gebührenden Berücksichtigung der Interessen des Inhabers vereinige. Dem Regenten dürfe, wenn derselbe den Umständen nach Sicherstellung vor dem Verfall für nöthig halte, die Bestimmung dieser Maßregel nicht erwidert, und der Regress nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden, welche in Constatationen mit Verzögerungen Veranlassung geben könnten. —

In der Versammlung fanden jedoch die Bestimmungen des Entwurfs mehrfachen Widerspruch. — Man glaube zunächst unterbleiben zu müssen zwischen dem Falle, wo sich ein durch eine Nothadresse nicht bestimmter dritter Interponent zur Ehrenannahme er bietet, und demjenigen, wo eine Nothadresse auf dem Wechsel angegeben ist.

In Ansehung des ersten Falles war man allgemein darüber einverstanden, daß der Inhaber des Wechsels einen solchen Interponenten, welcher sich auch durch einen nachträglichen Auftrag eines Wechseltheilnehmers nicht legitimirt, zu beschreiben könne, ohne darum den Regress auf Sicherstellung anzuhängen, daß es sich mithin nur darum handle, ob er diesen Regress dann verliere, wenn er die Ehrenannahme geschehen lasse.

In Ansehung des zweiten Falles dagegen waren die Ansichten nicht nur darüber getheilt, ob der Regress auf Sicherstellung durch die Ehrenannahme Seitens einer Nothadresse verloren gehe oder nicht, sondern auch darüber, ob der Inhaber diese Ehrenannahme ablehnen könne, und nicht vielmehr bei Verlust des Regresses verpflichtet sei, die Nothadresse zu beschreiben aufzufordern.

Von mehreren Seiten ward bemerkt, daß es nach dem Systeme der älteren Wechselgesetze, welche dem Inhaber die Präsentation zum Accepte vorschreiben, allerdings consequent sei, demselben auch die Präsentation bei den Nothadressen zur Pflicht zu machen und ihm, im Falle er solches unterlassen, zur Strafe, im Falle der Ehrenannahme aber, wegen des Uebertrages der Regressrechte auf den Interponenten, den Regress Mangels Annahme zu verliere. Befolge man hinsichtlich der Präsentation der Annahme aber das entgegengesetzte System, so sei die Bestimmung des Entwurfs augenscheinlich consequenter und einfacher, als die Vorschrift des Transacten Rechts, nach welchem die Nothadressen besagt werden müssen, der Regress auf Sicherstellung aber durch erfolgte Ehrenannahme nicht verloren gehe. Die Ehrenacceptation brauche um so weniger begünstigt zu werden, als durch dieselbe der eigentliche Zweck der Intervention — Vermeidung einer mit Umständen und Kosten verknüpften Regressnahme — nicht erreicht, vielmehr zu Willkürlichkeiten bei eintretenden Verfallsfällen Anlaß gegeben werde. Jedenfalls würde es sich nicht erschweren lassen, wenn man den Inhaber, nachdem er von der Pflicht der Präsentation zur Annahme im Allgemeinen befreit sei, dennoch vor Bestattung von Nothadressen, deren Füllen er bei dem Kaufe von Wechseln nicht einmal eher, als nach der Ueberlieferung erfahre, nöthigen wolle.

Hiergegen wurde geltend gemacht, daß die Nothadressen dem Wechsel ausdrücklich zu dem Zwecke beigesetzt würden, um den Inhaber zur Präsentation bei denselben zu verpflichten, daß man also diese Präsentationen gewiß nicht in das Be-

lieben des Inhabers stellen dürfe, sondern von denselben den Regress auf Sicherstellung abhängig machen müsse. Diese Ansicht sei bisher in dem Wechselverkehre als Regel befolgt worden, und sie müsse in dem Interesse des Wechselverkehrs auch ferner befolgt werden. Der Breussische Entwurf, welcher das Gegentheil annahme, berücksichtige nicht sowohl das Interesse des Verkehrs, als das des einzelnen Inhabers, welches jenem nachtheilen müsse, zumal da auch dem Inhaber durch die Bestimmungen des Entwurfs ein sonderlicher Nutzen nicht zu Theil werde. Der Acceptant werde durch die Adresse dem ursprünglich Bezogenen substituirt, so also der eventuelle, subsidäre Bezogene und der Nehmer eines mit einer Nothadresse versehenen Wechsels könne nicht willkürlich diese Substitution vernachlässigen, wenn er denselben, obgleich solcher mit Nothadressen versehen gewesen, erkaufte oder als Remesse erhalten hat. Die auf dem Wechsel befindliche Nothadresse sei als eine *lex contractus* anzusehen. Die Bestimmung, Regress wegen Sicherstellung zu nehmen, bleibe übrigens dem Inhaber, wenn die Ehrenacceptation abgelehnt werde. Auch könne nicht entgegengesetzt werden, daß der Inhaber überhaupt nicht verpflichtet sei, Acceptation zu suchen. Denn wenn derselbe Regress zur Sicherstellung in Anspruch nehmen wolle, so setze dieses voraus, daß er Annahme verlange, und er müsse diese dann auch in der Art verlangen, wie es auf dem Wechsel vorgeschrieben sei.

Die Versicherung, daß die Bestimmung des Entwurfs, wenn sie auch, wie in den Motiven nachgewiesen sei, vom theoretischen Standpunkte aus sehr viel für sich habe, doch völlig gegen die seitigerige kaufmännische Usance streite, wurde namentlich auch von einem der Herren Abgeordneten aus dem Handelsstande bekräftigt und dabei Folgendes bemerkt. Der Käufer oder Nehmer eines Wechsels erwerbe solchen in der Regel zunächst im Vertrauen auf seinen Vornamen, (möge dieser Aussteller oder Indossant sein) ohne zu wissen, wer der Bezogene sei und ob sich außerdem Nothadressen auf dem Wechsel befänden; beim Weitergeiren übernehme er also auch stillschweigend die im Wechsel begründeten Bedingungen. In seiner Wechselordnung seien nun aber bis jetzt Nothadressen verboten, und unsterblich verloren solche einen wesentlichen Theil ihrer Bedeutung, wenn es ganz in die Willkür des Präsentanten gestellt würde, bei mangelnder Annahme des Bezogenen, die Nothadressen zur Intervention aufzufordern oder nicht. In der Regel lauten die Nothadressen nur auf gute Häuser und die Fälle, wo der Nothadressant wenig oder gar keine Garantie darbiete, könnten schwerlich so viel Gewicht in die Waagschale legen, daß man darum — was der Schiene oder gar dem Eigennamen (indem der Präsentant selbst intervenire) Thür und Thor öffne — eine jede Nothadresse bei mangelnder Annahme des Bezogenen für wirkungslos erklären und erst nach dem Brothe Mangels Zahlung in Kraft treten lassen dürfe. Thue man dies, so könne es oft vorkommen, daß ein Wechselpflichtiger am Aborte für die Zahlung durch seine Nothadresse bei Verfall zerze tragen, und dann, wenn er dies gethan, doch noch an seinem Wohnorte Siderheit stellen müsse. Eine Bestimmung, die dies herbeiführen könne, sei gewiß nicht wünschenswerth.

An diese Grörterungen knüpfte sich die andere oben erwähnte Frage, ob nämlich der Inhaber des Wechsels durch die Ehrenannahme Seitens einer Nothadresse den Regress auf Sicherstellung verliere oder nicht?

Indem einer der Herren Abgeordneten diese Frage bejahte,

bemerkte er zur näheren Begründung seiner Ansicht: Man müsse die Sache nehmen, wie sie im Leben sei, nicht, wie sie sich aus der nach seiner Meinung irrigen Ansicht, den Acceptanten als Bürgen zu betrachten, ergebe. Es werden eine Menge Wechsel auf weniger vermögliche, oft auf sehr zweifelhafte Personen gezogen, der Nehmer könne gewöhnlich die Verhältnisse des Bezogenen gar nicht, er sehe zunächst auf seinen Geber oder auf einen oder mehrere seiner Vormänner. Der Geber sichere bloß zu, daß der Bezogene den Auftrag annehme und ausführen werde, nicht aber, daß der Bezogene ein Mann sei, der die nöthige Sicherheit für die Ausföhrung des Auftrages darbiete. Wenn nun der Bezogene annehme, so könne der Inhaber nicht einwenden, der Annahmer biete nicht die gehörige Sicherheit dar, sei also ein unzureichender Bürge, sondern müsse sich unbedingt beruhigen. Wenn er nicht annehme, so könne der Inhaber allerdings Sicherheit von seinen Vormännern fordern, aber nicht deswegen, weil der versprochene Bürge nicht gestellt worden sei, sondern deswegen, weil der vorgetriebene Zahlungsweg nun ungewiß geworden sei und der Inhaber daher verlangen könne, daß ihm Sicherheit dafür gestellt werde, daß die Zahlung nichtsdestoweniger erfolge. Ganz aus demselben Grunde könne, wenn der Acceptant in den Conto come, Sicherheit gefordert werden, weil der bezeichnete Zahlungsweg nunmehr weg falle, nicht aber, weil die geleistete Bürgschaft aufhöre. Denn nach anerkannten Rechtsprinzipien sei in einem solchen Falle der Schuldner nicht zur Stellung eines neuen Bürgen verpflichtet. Wenn nun der Aussteller oder ein Indossant eine Nothadresse beifüge, so heiße dies bloß so viel: auf den Fall, daß der erste Zahlungsweg nicht zum Ziele führe, nenne er hiermit einen zweiten, subsidiären Bezogenen, den er dem ersten substituirt: der Inhaber solle, wenn der erste Zahlungsweg nicht zum Ziele führe, den zweiten einschlagen, um demjenigen, der die Nothadresse hinzugefügt habe, Schaden und Kosten zu ersparen. Daraus gehe klar hervor, daß der Inhaber nach der Intention des Gebers und Nehmers schuldig sei, diesen subsidiären Weg zu betreten, daß er also dem Nothadressanten den Wechsel im Nothfalle zur Annahme vorlegen müsse und daß er, wenn dieser annehme, eben so wenig ein Recht habe, Sicherheit zu verlangen, als wenn der erste Bezogene angenommen hätte, möge er in der Person des Adressaten die nöthige Bürgschaft für die Ausföhrung des Acceptes finden oder nicht. Nur das könne man sagen, daß dann, wenn ein Indossant eine Nothadresse beigefügt habe, dem Inhaber das Recht, Sicherheit von den Vormännern des Adressanten zu verlangen, im Falle der Annahme des Adressaten, nicht entzogen werde. Die Praxis halte es jedoch anders. Dem annehmenden Adressaten werde der Protest eingehändigt und auf den Grund dieses Protestes stehe dem Adressanten, aber auch nur diesem, nicht dem Inhaber, der Regreß auf Sicherheitsleistung gegen seine Vormänner zu. Dies habe seinen guten Grund; denn der zweite Zahlungsweg gehe nun in Ordnung, und dies sei Alles, was der Inhaber zunächst verlangen könne; der Adressant aber habe diesen Zahlungsweg aus seinen Mitteln und auf seine Gefahr bezeichnet, deswegen müsse er auch für den ihm daraus erwachsenden Aufwand Sicherheit verlangen können. Würde man den Adressanten als substituirten oder subsidiären Bürgen betrachten, so käme man gerade zum entgegengesetzten Resultate. Demnach müsse der Inhaber sich an den Adressanten wenden, falls er überhaupt Protest wegen mangelnder Annahme er-

hebe, und wenn der Adressant annehme, habe der Inhaber keinen Regreß mehr auf Sicherheitsleistung.

Von dem Herrn Vicepräsidenten Dr. Cinerer wurde dieser Ansicht entgegengetreten und die Bestimmung des Code de commerce in Schutz genommen. Denn in der Befolgung einer Nothadresse liege noch nicht ein Verzicht auf die anderweite Sicherstellung, welche das Wechselrecht gewähre. Der Inhaber müsse die durch die Adresse ausgeprochene Präsentation zur Annahme, wenn auch nicht in seinem Interesse, doch in dem Interesse seiner Vormänner bewirken, könne aber nicht für verpflichtet erachtet werden, deshalb ein in seinem Interesse liegendes Befugniß, das Recht des Regresses auf Sicherstellung, aufzugeben. Wollte man dies annehmen, so würden die Ehrenacceptationen nicht begünstigt, sondern erschwert werden.

Auch von einem anderen Herrn Abgeordneten wurde bemerkt, daß dann, wenn man sich dafür entscheide, dem Inhaber die Beiragung der Nothadresse zur Pflicht zu machen, hinsichtlich der ferneren Frage, ob durch eine Ehrenannahme der Regreß des Inhabers auf Sicherstellung verloren gehe, gewiß das französische Recht (Code de commerce art. 128) den Vorzug verdiene. Wenn man hiervon abweiche und die Ehrenannahme mit der Ehrenzahlung in Parallele stelle, so gelange man zu Schwierigkeiten. Man müsse alsdann einen Uebergang des Regressredits auf Caution an den Ehrenacceptanten und den Honoraten annehmen, und sich weiter unterscheiden, ob der Inhaber diesen Regreß überhaupt, oder nur bis zum Honoraten anwärtig verlieren solle. Nehme man letzteres an, so sei der Inhaber in einer schlimmen Lage, da er sich mit dem Accepte einer vielleicht ganz unwürdigen Nothadresse begnügen müsse; nehme man letzteres an, so häuften sich bei den Vormännern des Honoraten die Regressansprüche, indem der Inhaber, der Honorat und nach dem §. 27 auch jeder hier vorkommende Indossant auf Caution regrediren könne. Auch berühre man alsdann noch Bestimmungen über die Rangordnung der Ehrenacceptanten. Alle diese Schwierigkeiten fielen bei dem französischen Systeme hinweg, nach welchem die Regressansprüche lediglich beim Inhaber blieben.

Nachdem man sich wiederum noch darüber verständigt hatte, daß der Inhaber des Wechsels, wenn er Mangels Annahme überall nicht Regreß auf Sicherstellung zu nehmen beabsichtige, auch nicht gehalten sei, der Nothadresse den Wechsel zum Accepte zu präsentieren, so wie darüber, daß diese unterlassene Präsentation zur Annahme bei der Nothadresse den Wechselinhaber nicht hindere, wenn demnachst auch die Zahlung vom Bezogenen nicht geleistet worden, die Zahlung von der Nothadresse zu verlangen und bei Verweigerung derselben Mangels Zahlung Regreß zu nehmen, ward die Frage:

Soll bei Verlust des Regresses auf Sicherstellung die Acceptation bei der Nothadresse gesandt werden, wenn dieselbe bei dem Bezogenen nicht zu erlangen gewesen ist? zur Abstimmung gebracht und mit 15 Stimmen gegen 4 bejaht.

Eine zweite zur Abstimmung gebrachte Frage:

Soll der Regreß auf Sicherstellung verloren gehen, wenn eine Ehrenacceptationen stattgefunden hat? ward ebenfalls mit 13 Stimmen gegen 6 bejaht.

Nach diesen Beschlüssen war man darüber einverstanden, daß der Regreß auf Sicherstellung für den Fall verloren

gebe, wenn der Inhaber die Ehrenacceptation Seitens eines Dritten, nicht durch eine Adresse bezeugten Interimienten, angenommen habe.

Gleichzeitig erkannte man an, daß es nöthig sein werde, der weiteren Verathung eine nach Maassgabe jener Beschlüsse

abgeänderte Fassung der §§. 55 — 57 des Entwurfs zum Grunde zu legen. Der Herr Referent übernahm es, eine solche Fassung zu entwerfen und vor der nächsten Sitzung den Mitgliedern der Versammlung mitzutheilen.

XX.

Leipzig, den 17. November 1847.

Nachdem die heutige Sitzung mit Vorlesung des über die letzte Sitzung aufgenommenen Protocollés eröffnet worden, berichtete der Herr Referent über die von der Redactions-Gemissin in Gemeinschaft mit mehreren anderen Mitgliedern der Versammlung hinsichtlich der Fassung der §§. 44 bis 45 getroffenen Beschlüsse und über den termaligen Stand der Sache, nach welchem es scheine, als sei man geneigt, eine Vermittelung in dem Maasse einzutreten zu lassen, daß an die erlassene Notification bloss die Verbindlichkeit zum Schadenersatz und Verlust der Zinsen und Retourscheine, geknüpft werde.

Man hielt es für angemessen, die Verathung über diesen Punkt noch zur Zeit auszusetzen, stellte aber in Folge dieser Grönnung zugleich an die Mitglieder der Versammlung, welche in Beziehung auf den in Frage kommenden Punkt Beschlüsse zu machen hätten, die Aufforderung, dieselben der Redactions-Gemissin Beschuß eines weiteren Vortrags an die Versammlung zusammen zu lassen.

Herr Vice-Präsident Dr. Cincert hat hierauf, sein in der letzten Sitzung zum §. 56 abgegebenes Verum noch näher mittheilen zu dürfen und äußerte sich, wie folgt:

Das Princip des Entwurfs im ersten Satze des §. 55 sollte aufgegeben und dagegen bestimmt werden, daß die Annahme der Nothadresse gefordert werden müsse.

Diese Bestimmung werde härter durch die besondere Vorschrift, welche dem Inhaber für den Fall mehrerer Adressen ertheilt sei und durch die Verbindlichkeit einer zu beobachtenden Ordnung.

Sie werde sogar unter einem sehr schweren Präjudice gehen, denn der Regress auf Sicherstellung solle von ihrer Befolgung abhängen.

Mit dem Hiesigen, dafür zu sorgen, daß keine Nothadresse übertragen werde, sei zugleich eine andere höchst werthvolle Aufgabe verbunden, daß nämlich der Inhaber die Ehrenannahme eines Titels nicht annehmen (gleichfalls lassen) dürfe, bevor die Adressen von sämmtlichen Regressanten abgeliefert sei.

Dadurch komme eine Unnütz in das Geschäft, die sich nicht rechtfertigen lasse. Man habe zu erwägen, daß ein frankes Geldstück verliere und die erste Person, die dabei verliere, der Inhaber sei. Für diesen, der unter allen Umständen im Besonderen als der Verantwortliche, den Uebrigen es Bescheid thun gegenüber erst eine, und der sich in Gefahr befinde, weil ihm das Accept verweigert werden sei, müsse

zunächst gefordert werden. In dem Entwurfe und allen Wechselordnungen werde dies anerkannt und dem Inhaber daher ein Regress — wenigstens auf Cautionseistung — gegeben.

Demnach habe die Mann nun zwar auch eine Verweigerung für das Geschäft eingeführt, welche von den Vertretern des Wechsels ausgehe und in der Aneignung von Ehrenannahmen bestünde. Diese erfolge oft außer dem Wechsel, durch Correspondenz mit Freunden, die man brieflich auffordere, aber auch auf dem Wechsel selbst durch Nothadressen.

Endlich liege darin eine Verweigerung für das Schicksal des Papierses am Verfalltage, implicite allerdings auch für den Inhaber, aber doch nicht allein und nicht unbedingt für diesen, jedenfalls unter Befolgung eines eigenen Interesses. Der Autor der Nothadresse sollte nämlich abzuwenden:

- a. den Regress Mangels Annahme;
- b. den Regress Mangels Zahlung, so weit er vom Inhaber genommen werden könnte; er suche aber auch zu gewinnen;
- c. Abkürzung der Regressnahme,
- d. Zweifelsverminderung im Falle der Regressnahme; und vor allen Dingen:
- e. momentan Ruhe und Sicherheit vor dem, was der Inhaber auf den Preiss Mangels Annahme sofort aussprechen dürfe, nämlich vor der Klage auf Cautionseistung.

Es lasse sich aber auch noch als möglich denken, daß

1. ein Betrüger die Nothadresse auf den Wechsel setze, um Zeit zu gewinnen, seine Cassa in Ordnung zu bringen und nun mit aller Bequemlichkeit durchzugehen, indem er den Inhaber dadurch abhalte, auf Cautionseistung zu drängen.

Dies Alles müsse die Gesetzgebung ins Auge fassen.

Der Aussteller einer Nothadresse treffe Anstalten, die wenigstens der äußeren Erscheinung nach darauf berechnet seien, dem frankten Geschäft zu Hülfe zu kommen und damit das Interesse des Nehmers und Inhabers zu befördern. In der Regel liege diese Absicht auch wirklich vor, und man könne zugeben, daß dies Anerkennung und Verursachung bei der Gesetzgebung erheische. Aber vor allen Dingen müsse für den Inhaber gefordert werden, und nur secundär für den Autor der Nothadresse, für erstere zunächst dadurch, daß es in seine Willkür gestellt sein müsse, ob er auf die Ehrenannahme die Befolgung seiner Regressrechte einstellen wolle. Schon das unter e. und f. Bemerkte rechtfertigte diesen Satz.

Das Factum, daß irgend Jemand zu Ehren irgend Jemandes acceptirt habe, könne ihm das Recht, Caution zu fordern, nicht entziehen.

Es könnte dem Inhaber nichts als Caution aufgedrungen werden, was er nicht als genügend anerkenne. Daher entstehe der Zweifel, ob man es nicht überhaupt ganz in die Willkür des Inhabers stellen müsse, ob er die Intervention durch Annahme bei dem ihm angebotenen Ehrenannahmehnten suchen wolle, und ob der Inhaber durch das Geleg erhalten werden solle, bei den Nothadressaten zur Annahme zu präsumiren.

Der §. 55 negire dieß. Er theile diese Ansicht, gebe aber in diesem Punkte am liebsten nach. Das Geleg könne sich verpflichten, auch für das Interesse der durch den Adressaten vertretenen zu sorgen, dürfe dies jedoch nur insoweit thun, als das Interesse des Inhabers damit nicht in Collision gerathe. Es möge dem Inhaber aufgegeben werden, sich bei den Nothadressaten zu melden, und deren Accept zu beschaffen zu lassen. Man könne sogar noch weiter gehen. Nicht bloß die Adressaten, sondern Alle, die sich zur Ehrenannahme melden und vielleicht einen Brief des Ausstellers oder eines Anderen vorlegen, möge man zur Acceptation gelangen lassen. Man könne ihm diese Verwendung aufbürden, als ein *profuturum illis, sed ipsi non nociturum, quia superfluum non nocent*. Ja, es lasse sich sogar zugeben, daß man dem Inhaber die Annahme des Adressaten oder dritten Intervenienten unter dem Präjudice auflegen dürfe, daß er außerdem Kegeß haben solle. Was sich aber nie zugeben lasse, sei, daß man dem Inhaber den Kegeß auf Sicherstellung abschneiden könne, wenn ein Intervenient eingetreten sei. Dies dürfe man nicht thun, selbst wenn alle Nothadressaten acceptirt hätten und deren Zahl noch so groß sei, aus dem einfachen Grunde, weil man dem Inhaber nun und nimmermehr auflegen könne, in dem eine Sicherstellung zu finden, was er für keine halte, weil man es überall nicht verstehen dürfe, daß es sich um genügende Sicherheit handle, die das Geleg dem Inhaber zusprechen müsse und bereits zugeproben habe, und weil Niemand diese im ersten besten Anbietenden zu finden habe.

Wenn es im Interesse des Ausstellers oder der Indossanten liege, daß eine Ehrenannahme eintrete, so dürfe man nicht vergessen, daß es doch noch wichtiger sei, dem Inhaber genügende Sicherheit, d. h. eine von ihm selbst als solche anerkannte, oder doch eine nach richterlicher Beurtheilung zu bestimmende Caution zu geben.

Er stimme daher für den §. 55 mit Weglassung des Satzes: „so begiebt er sich.“ — allenfalls aber auch und wenn nur wenigstens dieser Satz ausgehen werde, für Einföhrung einer Verbindlichkeit, die Ehrenannahme zu suchen, und gegeben zu lassen, — dann aber auch unter Befolgung der Consequenzen, welche in dieser Zulassung sein Maß einräumen lasse, und nicht statt der genügenden Sicherheit eine Form, d. h. eine Caution auf dem Papiere ohne inneren Gehalt und Realität einführen wolle. —

Nach der am Schluß der vorigen Sitzung getroffenen Verabredung hatte der Herr Referent die seiner Ansicht nach in Folge der gestrigen Beschlüsse an die Stelle der §§. 55 bis 57 des Entwurfs zu legenden Bestimmungen gedruckt mitgetheilt worden und lauten wie folgt:

§. a. Ein wegen Mangel Annahme protestirter Wechsel kann von einer nicht auf den Wechsel benannten Person

nur mit Einwilligung des Inhabers zu Ehren angenommen werden.

§. b. Befindet sich auf dem Wechsel eine auf den Zahlungsort lautende Nothadresse, und will der Bezogene auch nicht zu Ehren acceptiren, so muß die Annahme von der Nothadresse geordert werden.

Wenn mehrere Nothadressen benannt sind, so ist diejenige aufzufordern, welche, wenn sie zu Ehren des Adressanten eintretet, durch ihre demnächstige Zahlung die meisten Intossanten befreit. Verweigert diese das Accept, so ist der Wechsel nach der durch die eben erwähnte Adresse bestimmten Reihenfolge den übrigen Adressen vorzulegen, bis eine annimmt oder von allen die Annahme nicht zu erhalten ist.

Der Inhaber, welcher die vorsehenden über die Befragung der Nothadressen gegebenen Vorschriften verabsäumt, oder die Ehrenannahme eines auf den Wechsel nicht bezeichneten Dritten zuläßt, bevor die Annahme von Seiten der sämtlichen Nothadressen verweigert ist, verliert den Kegeß auf Sicherstellung.

§. c. Der Ehrenacceptant muß sich den Proteste Mangels Annahme gegen Erstattung der Kosten ausbändigen und in einem Anbange zu demselben die Ehrenannahme vermerken lassen.

Er muß den Honoraten unter Übersendung des Protestes von der gegebenen Intervention benachrichtigen und diese Benachrichtigung mit dem Proteste am zweiten Tage nach Aufnahme desselben zur Post geben.

Unterläßt er dieß, so haftet er für den durch die Unterlassung entstehenden Schaden.

§. d. Der Ehrenacceptant muß in seinem Accepte vermerken, zu wessen Ehren sie geschieht. Fehlt dieser Vermerk, so wird der Traßant als Honorat angesehen.

§. e. Der Ehrenacceptant wird den sämtlichen Nachmännern des Honoraten durch die Annahme wechselseitig verpflichtet. Diese Verpflichtung erlischt, wenn dem Ehrenacceptanten der Wechsel nicht spätestens am nächsten Werktage nach dem Zahlungstage zur Zahlung vorgelegt wird.

§. f. Wenn der Wechsel von einem Intervenienten oder dem Bezogenen oder einer Nothadresse zu Ehren angenommen wird, so haben der Inhaber und die Nachmänner des Honoraten keinen Kegeß auf Sicherstellung.

Derselbe kann aber von dem Honoraten und dessen Vormännern geltend gemacht werden.

Bei der über diese Vorschläge eröffneten Beratung wurde außerdem für angebracht erachtet, den §. a. hinter §. b. zu stellen.

Zu dem ersten Abzuge des §. b. wurde bemerkt:

Der Entwurf gebe der Ehrenannahme des Bezogenen unbedingt den Vorrang vor der Nothadresse und den dritten Intervenienten. Dieses Princip sei aber bedenklich, weil es den Umständen keineswegs entspreche, vielmehr der Satz festgehalten werden müsse, daß der Bezogene, welcher zu Ehren annehmen wolle, wie ein gewöhnlicher Intervenient zu behandeln sei.

Wenn man z. B. an den Fall denke, daß der Aussteller eines Wechsels die Texte nebst einem Comossement mit dem Auftrag überende, erstere zur Annahme zu präsumiren und dem Bezogenen ein gleichzeitiges Accepte das Comossement auszuliefern, so könne es den Aussteller nicht gleichgültig sein, wenn der Bezogene das Comossement zurückweise und

das unbedingte Accept verweigerte, wohl aber zu Ehren desselben annehme; vielmehr müsse hier im Interesse des Ausstellers der Präsident die Ehrenannahme des Bezogenen mit gleichem Erfolge zurückweisen können, wie die Ehrenannahme eines dritten Interventienten. Abnützte Interventienten zeige ein anderer nicht selten vorkommender Fall, wenn nämlich der Bezogene, welchem die zum Accepte eingehende Prima vorgelagt werde, sich weigere, solche für den Aussteller anzunehmen, wohl aber bereit sei, zu Ehren des Remittenten, dem damit gar nicht geteilt sei, zu interveniren.

Eine teratige Vorchrift sei auch mit dem angenommenen Grundsätze, daß teratige Acceptant, welcher durch seine Annahme die meisten Wechselverbindlichkeiten der Reihe, vor den Anderen den Vorzug haben müsse, nicht vereinbar, indem der Bezogene, welcher zu Ehren eines späteren Giranten annehme, nach dem Systeme des §. b. den Vorzug vor einem Interventienten erhalte, welcher für einen früheren Verpflichteten einzutreten bereit sei.

Wenn man das Recht des Ausstellers anerkenne, eine Notbarrefe, d. h. einen Acceptanten für den Fall zu bestellen, wenn der Bezogene die Annahme verweigere, so verlege man das Recht derselben, sobald man ihm einwende, auch dann, wenn der Bezogene nicht unbedingt annehmen wolle, somit der Fall verlege, für welchen die Notbarrefe gegeben werde, sich die Ehrenannahme des Bezogenen mit Ausschluss der Notbarrefe gestatten zu lassen, obwohl jene vielleicht nur im Hinblick auf den Gewinn des Ricambio sich zum Accepte geträgt habe.

Endlich wisse das im §. b. statuirte vorzügliche Recht des Bezogenen zur Zulassung zur Ehrenannahme nicht zu dem im Uebrigen acceptirten Systeme, und siehe wesentlich mit dem — von der Versammlung revidirten — französischen Systeme in Verbindung. Nach diesem Systeme bleiben nämlich die Regrefrechte auf Caution, ungeachtet einer erfolgten Ehrenannahme, in der Hand des Wechselinhabers, und es habe daher seinen guten Grund, wenn man unter dieser Voraussetzung den Bezogenen für den vorzüglichen Ehrenacceptanten erkläre. Der Inhaber erlange durch dessen Ehrenacceptation Alles, worauf er sich habe Rechnung machen dürfen, und werde daher nach erfolgtem Ehrenaccepte des Bezogenen gar nicht auf Caution reagieren können. Nach dem von der Versammlung revidirten Systeme verliere dagegen der Inhaber seinen Regref auf Caution, und dieser Regref gehe auf den Interventienten über. Eine Ehrenannahme des Bezogenen fürze daher hier den Regref gar nicht ab, es komme vielmehr beim Bezogenen, wie bei jedem dritten Interventienten in dieser Beziehung allein darauf an, zu wessen Ehren acceptirt werde, und mühen existire auch kein Grund, den Bezogenen — der ohnehin, so lange er nicht acceptirt, eine dem Geschäftseigenthümliche fremde Person sei, — anders zu behandeln, als gegen Dritten.

Tagegen wurde geltend gemacht:

Es könne nicht darauf ankommen, es nach den Beziehungen des Ausstellers zu dem Bezogenen dem Giranten mit dem Ehrenaccepte des Letzteren nicht geteilt sei, weil diese Beziehungen außerhalb des Wechselgeschäftes lägen, und daher in der Wechselordnung keine Berücksichtigung verdienten. Hier handle es sich zunächst um das Verhältnis des Inhabers zu dem Bezogenen, und dem Giranten sei es gleichgültig, ob der Bezogene unbedingt oder zu Ehren annehme, indem ihm bei letzterem Accepte die gleiche Sicherheit gewährt.

Wenn man früher anerkannt habe, daß die Notbarrefe dem Bezogenen gegenüber als Nebenbezogene erscheine, so könne man folgerichtig dem Hauptbezogenen doch nicht weniger Rechte einräumen, als dem Nebenbezogenen, und man werde am allgemeinsten ansprechen wollen, daß der Bezogene selbst dann der Notbarrefe nachsehen müsse, wenn durch seine Ehrenannahme mehr Verpflichtete befreit würden, als durch die Intervention der Letzteren.

Zu dieser Ansicht bekannte sich namentlich auch der Herr Herrath Dr. Heister, indem er erklärte, daß er sich in Uebereinstimmung mit dem §. 133 des Oesterreichischen Entwurfs hinsichtlich der Ehrenacceptation besonders deshalb für den unbedingten Vorzug des Bezogenen, wenn dieser zur Ehre des Ausstellers acceptire, ausspreche, weil derselbe zunächst zur Acceptation berufen sei, auch durch eine von Seiten desselben geleistete Ehrenacceptation dem Inhaber kein Eintrag geschehe: weil ferner die Verhältnisse des Ausstellers zu dem Bezogenen vor der Acceptation nicht wechselseitlicher Natur seien und man dem Bezogenen um so mehr gestatten müsse, zu Ehren des Ausstellers zu acceptiren, da man diesem gegen den Acceptanten Wechselrecht eingeräumt habe.

Eine dritte Ansicht ging dahin, daß dem Bezogenen die Befugnis zu Ehren des Ausstellers zu acceptiren, gänzlich abgesprochen werden müsse, mit alleiniger Ausnahme des Falles, wenn der Wechsel für Rechnung eines Dritten gezogen werden sei.

Es ward hierauf die Frage zur Abstimmung gebracht:

Soll der Bezogene in Bezug auf Ehrenacceptation einem dritten Interventienten gleichstehen?

und mit 14 Stimmen gegen 5 bejaht.

Demnach war man einverstanden, daß in dem §. a. die Worte: „von einer nicht auf dem Wechsel benannten Person“ abgeändert werden, ingleichen aus dem ersten Absätze des §. b. die Worte: „und will der Bezogene auch nicht zu Ehren acceptiren“ weggelassen müßten. Zugleich ward für angemessen erachtet, dem Schlusse des ersten Absatzes des §. b. hinzuzusetzen: „ehe er Regref auf Sicherstellung nehmen kann.“

Ein weiterer Vorschlag, den Regref auf Sicherstellung auch dann auszusprechen, wenn der unaufgefordert eintretende Interventient ingleich Caution wegen der künftigen Zahlung leiste, fand keine Unterstützung.

Für den Fall, wenn Mehrere sich zur Ehrenacceptation erboten, kam bei Betrachtung des zweiten Absatzes vom §. b. in Frage, ob nicht auch dem, welcher die Acceptation rüchthich des ganzen Wechselbetrags anbiete, ein Vorzug vor dem unangebotenen sei, der nur für einen Theil derselben acceptiren wolle? Man war insofern der Meinung, daß eine Ehrenacceptation der letzteren Art gar nicht statthaft sei, vielmehr die Ehrenannahme auf einen Theil der Summe nur dann Berücksichtigung erwarten könne, wenn sie sich auf den ganzen vom Bezogenen nicht acceptirten Rest erstreckte. Zugleich wurde die Frage aufgeworfen, ob in dem Falle, wenn die Ehrenannahme nicht von Seiten des Interventienten geschehe, durch dessen Annahme die meisten Verpflichteten befreit würden, den Inhaber des Wechsels, der diese Annahme zulasse, über den Interventienten, der sich unbefugt eindränge, ein Präjudiz treffen solle.

Man bemerkte einerseits, daß der Inhaber des Wechsels zunächst die Pflicht habe, denjenigen Interventienten, durch dessen Accept die meisten Verpflichteten befreit würden, auszusuchen, sonst könne der Zweck des Gesetzes (daß durch die

Ehrenannahme möglichst viele Varianten befreit würden) nicht erreicht werden, es müsse daher bei einem vorfallenden Fehler der Nachtheil den Inhabern treffen.

Diese Ansicht fand jedoch keine Unterstützung, indem dagegen bemerkt wurde, daß die gleichen Grundsätze, welche im §. 60 für die Ehrenabthlung aufgestellt seien, der Natur der Sache nach auch von der Ehrenannahme gelten müßten. Es sei nicht Sache des Inhabers, zu untersuchen, ob der Interventient der Nachtheilberechtigte sei, er könne das angebotene Accept ohne Nachtheil annehmen, dagegen habe sich der Interventient die nachtheiligen Folgen selbst beizumessen, wenn er unter Verdrängung Nachtheilberechtigter sein Ehrenaccept gebe.

Dem Inhaber gegenüber sei auch die Kauffession eines Präjudiz nicht denkbar. Gestatte er eine Ehrenannahme, so erlöste eben damit sein Recht auf Sicherstellung und es komme nun nicht weiter darauf an, ob der Nachtheilberechtigte oder ein anderer Interventient angenommen habe.

Hienächst erwog man, ob dem Interventienten, der sich, ohne der Nachtheilberechtigte zu sein, zur Ehrenannahme herangezogen habe, im Geſetze ein Präjudiz anzuerkennen sei? Man bemerkte jedoch, daß ein solches süglich erhebt werden könne, indem sich die Folgen seiner Bereitwilligkeit auch ohne die Anerkennung eines Präjudiz bei Gelegenheit der von ihm geleisteten Zahlung geltend machen würden. Er verliere nämlich in Gemäßheit des §. 60 den Regreß gegen diejenigen Insofizanten, welche durch Leistung der von einem Anderen angebotenen Zahlung befreit wären.

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung wurde die Frage: Soll in dem Geſetze ein Präjudiz für den Fall ausgesprochen werden, wenn ein Interventient gegen die bestimmte Reihenfolge Ehrenacceptation leistet?

mit 12 Stimmen gegen 7 verneint. In Folge dieser Abstimmung ward der dritte Absatz des §. b für überflüssig erklärt.

Zum zweiten Absätze des §. c war man darüber einverstanden, daß nach den Worten: mit dem Proteste statt der Worte: „am zweiten Tage“ die Worte: spätestens am zweiten Tage oder innerhalb zweier Tage zu setzen seien.

In Ansehung des dritten Absatzes desselben Paragraphen ward bemerkt:

Bei dem Schlußsage des §. c und dem Schlußsage des §. f sei der Ehrenannahmer jedenfalls als Mandatar seines Honoraten behandelt, so daß er diesem entschädigungslospflichtig werde, im Falle er die sofortige Benachrichtigung unterlasse, der Regreß auf Caution aber nicht ihm, sondern geradezu dem Honoraten zustehe. Hienin liege eine Abweichung von der Regel, daß durch Intervention der Interventient die Regreßrechte gegen den Honoraten und dessen Vormänner erwerbe. Bei der Ehrenannahme sei, wenn man einmal das System des Code de commerce art. 128 verlasse, kein Grund vorhanden, ein Anderes anzunehmen. Wenn der Interventient Mandatar des Honoraten sei und also im Grunde für seinen Rechte erwerbe, so liege dieses Verhältnis noch außerhalb des Wechselrechtes; zur letzteren gelte nur der Interventient als Erwerber der Regreßrechte und man müsse es — möge er Mandatar oder negotiorum gestor sein — mit Bezug auf diese dem Wechsel selbst fremde Geschäfte, ihm und dem Honoraten überlassen, die Sache unter sich auszumachen, wie es eben ihrem besonderen Verhältnisse zu einander entspreche. Dieses richtige Prinzip habe man rücksichtlich des durch volles Insofizament legitimirten Präsentanten, der oft auch nur Mandatar sei, befolgt und lediglich ihn als legi-

timirten Wechselinhaber behandelt. Die hier besprochenen Bestimmungen erschienen daher nicht ganz selbsterleuchtend; es sei vielmehr vorzuschlagen: zum §. c auch das Präjudiz des Regreßverlustes hinzuzufügen und zum §. f den Interventienten für den Regreßberechtigten zu erklären.

Die Nichtigkeit dieser Venerung wurde jedoch nicht anerkannt. Vielmehr war man der Ansicht, daß der Ehrenacceptant als Mandatar oder negotiorum gestor des Honoraten gerade zu dem Zweck aufträte, um jenen von der Pflicht der Sicherheitsleistung zu befreien, und demgemäß war der Honorat gegen seine Vormänner, nicht aber der Ehrenannahmer gegen den Honoraten auf Sicherheitsleistung klagen könne.

Für den §. d (§. 56 des Entwurfs) ward von einem Mitgliede folgender Vorschlag gemacht:

Im Falle der Ehrenannahme sei in dem Accepte zu bemerken, zu wessen Ehren sie geschähe. Fehle dieser Vermerk und sei aus dem Wechsel klar ersichtlich, wer die Nothadresse beigefügt habe, so werde dieser, außerdem der Traßant als Honorat angesehen

und dabei bemerkt: Eine Präsumtion auf die Absicht sei nur zu statuiren, wo letztere wirklich zweifelhaft. Dieser Fall trete aber nicht ein, wenn der Nothadressant deutlich erkennbar sei, indem man alsdann nothwendig annehmen müsse, daß nur mit Rücksicht auf die Aufforderung des Adressanten von dem Adressanten acceptirt werde. Man würde auch sonst dem Verhältnisse Beider Zwang anstehen, indem regelmäßig ein zwischen beiden bestehender Geschäfts- oder Obligationserwerbe die Adresse veranlasse.

Auch der Oesterreichische Abgeordnete, Herr Hofrath Dr. Heisl, sprach vor, den §. d in der Art abzuändern:

Es werde aus dem Accepte, nach aus dem Proteste zu ersehen, für wen die Ehrenacceptation Statt gefunden habe, so wird der Traßant als Honorat angesehen.

Er bemerkte hiebei: Der Protest Mangel Annahme werde ja von dem Präsentanten und vorzüglich zu seinem Gebrauche erhoben; derselbe müsse ihm ebenso, wie dem Honoraten verabsolgt werden, und wenn er den Wechsel weiter begäbe, so müsse er dem Indossatar nebst dem Wechsel auch den Protest übergeben, woraus folge, daß es genüge, wenn aus dem Proteste erhele, zu wessen Ehren die Acceptation erfolgt sei.

Man erwog jedoch dagegen, daß dieser Fall schon seiner großen Seltenheit wegen keiner besonderen Rücksichtnahme bedürfe, übrigens eine Bemerkung im Proteste darum nicht genügen könne, weil man sonst aus dem Wechsel die wahre Bedeutung des Acceptes nicht ersehen könne.

Die hierauf zur Abstimmung gebrachte Frage:

Soll auch ein Vermerk in dem Proteste hinreichen, um die Person des Honoraten zu bestimmen?

ward mit 16 Stimmen gegen 3 verneint.

Zum §. e (§. 57 des Entwurfs) ward mit Rücksicht auf den zum §. 40 gefassten Beschl. über die Präsumtionschrift beantragt, statt der Worte: „am nächsten Werkstage“ zu setzen: „am zweiten Werkstage nach dem Festfalltage.“ Herr Hofrath Dr. Heisl war zwar der Meinung, es bei der Fassung des Entwurfs bewenden zu lassen, erklärte aber, auf eine Abstimmung darüber nicht zu bestehen. Der Antrag ward demnach ohne weiteren Widerspruch angenommen.

Endlich war man beim §. f einverstanden, daß die Worte: „oder dem Bezogenen“ im Hinblick auf die früher gefassten Beschlüsse weggelassen müßten.

Die Discussion ging hienächst auf den §. 58 des Entwurfs über und hier wurde zu Ziffer 2 bemerkt:

Der Ehrenabnehmer sei als ein substituierter Traffant zu betrachten, und derjenige, in dessen Ehren er zähle, als ein zweiter Traffant. Hieraus folge, daß eine Verkömmnis hinsichtlich der Annahme einer Ehrenabnahme oder hinsichtlich der Präsentation bei einem Ehrenacceptanten oder einer Nothadresse nur auf diesen Traffanten und dessen Nachmänner wirke. Die Bremer Wechselordnung Art. 101 drückte dieses mit den Worten aus: die Verkömmnis äußere nur auf das Rechtsverhältnis des Acceptanten und seiner Nachmänner ihren Inhalt. In der That könne auch zunächst die Verkömmnis des Inhabers nur auf diejenigen wirken, die dabei betheilig sind. Dies seien zunächst die Nachmänner des Honoraten, welche durch die Ehrenabnahme, die durch Schuld des Inhabers veranlaßt worden, ganz liberrirt werden wären. Es sei also natürlich, daß gegen diese kein Regreß statthaft sei. Der Generat selbst würde freilich durch die Ehrenabnahme nicht vollständig regressibel: er würde es aber doch in Bezug auf den Inhaber gereichen sein und nur mit dem Honoraten zu ihm gehen haben, wenn der Inhaber die Ehrenabnahme angenommen hätte. Aus seiner Stellung als zweiter Traffant folge, daß er regressibel werden müsse, wenn der von ihm vorgedachte, oder im Falle einer von ihm nicht veranlaßten Intervention für ihn angegebene zweite Weg der Zahlung nicht gehörig inne gehalten sei. Die Vermänner des Honoraten wären dagegen bei der ganzen Intervention durchaus

nicht theilhaftig, dieselbe sei für sie schließlich *res inter alios acta*, und der Entwurf gehe daher zu weit, wenn er aus einer ihnen fremden Angelegenheit eine Befreiung dieser Vormänner folgen lasse. Diese Befreiung würde augenfällig für sie ein reines *lucrum* sein, da sie selbst im Falle der Tilgung des Inhabers keineswegs außer obligo gekommen wären, sondern dem Intervenienden und Honoraten gebastet hätten. Auf dieser Rücksicht beruhe die Bestimmung des Württembergischen Entwurfs Art. 695 und des Sächsischen Entwurfs §. 200 und 220. Neu und anormal sei eine solche Bestimmung nicht. Auch in Frankreich gebe nach Frémery's Zeugniß (*études etc.* p. 151) die Ansicht fast hundert Oculistenleute dahin, daß durch eine Verkömmnis des Inhabers hinsichtlich der Nothadresse nur der Regreß auf den Honoraten und dessen Nachmänner verloren gehe. Auch sei der Verweis keineswegs unmaßlich: er werde sich nicht aus dem Bedel selbst ergeben.

Diese Ansicht fand vielsache Unterstützung. Bei der Abstimmung wurde die Frage:

Soll, vorbehaltlich der Fassung, es bei der Bestimmung des §. 58 hinsichtlich des Verlustes des Regresses bescheiden?

mit 14 Stimmen gegen 5 verneinend beantwortet und demgemäß anerkannt, daß eine dem §. 220 des Sächsischen Entwurfs entsprechende Fassung an die Stelle der Ziffer 2 des §. 58 zu treten habe.

XXI.

Leipzig, den 16. November 1847.

Nachdem die Sitzung mit der Verlesung des über die zwanzigste Sitzung geschriebenen Protocolls eröffnet werden war, wurde von einem der Herren Abgeordneten zum ersten Abhage des §. 59 die Frage anzufragen, ob nicht im Hinblick auf den zum §. 57 gestellten Vorschlag eine Frist zu bestimmen sei, binnen welcher dem Intervenienden der Pretheß Mangels Zahlung einzulöscht werden müsse? Die Personalmittel fand jedoch eine solche Festimmung unnöthig, weil die Verabreichung des Pretheß und die Zahlung immer Zug um Zug geschehen, und daher vor der Auslösung des Pretheß die Zahlung nicht von dem Intervenienden gefordert werden könne; man überließ jedoch der Majorität die Möglichkeit durch eine veränderte Fassung, wie z. B. der Ehrenabnehmer ist zur Zahlung nur gegen Ausantwortung des Wechsel und des Pretheß verpflichtet, etwaigen Zweifeln vorzubeugen.

Zu dem ersten Abhage des §. 60 wurde bemerkt, daß statt „Berechnen Ehrenabnehmer“ zu lesen sei, „Mehreren, welche sich zur Ehrenabnahme ertheilen.“

Über den zweiten Abhage dieses Paragraphen wurde von einem der Herren Abgeordneten geäußert, daß die darin enthaltene Vorschrift unklar sei, und der Zweck derselben ohne eine vollständige Casuistik nicht zu erreichen sei. Ueberdies lasse sich der Umstand, daß Jemand zu der Ehrenabnahme bereit gewesen sei, nicht aus dem Wechsel ergeben, und der §. 60 stehe mit dem §. 58 insofern nicht im Einklange, als nach diesem bloß der

Inhalt des Wechsels, nämlich das auf demselben stehende Ehrenaccept, nach jenem aber der Inhalt des Wechsels oder des Pretheß entscheiden solle. Es sei eine daher rathlich, den zweiten Abhage des §. 60 zu streichen, oder wenigstens die Worte: „oder dem Pretheß“ hinwegzulassen.

Dieser Vorschlag fand insofern keinen Eingang, vielmehr wurde bemerkt: Auf die Bestimmungen dieses Paragraphen sei bereits bei früheren Beratungen Bezug genommen worden, und die Antrachtung eines Präjudizies könne um so weniger unterbleiben, als jeder der Intervenienden, ohne vorher eine richterliche Antrachtung abwarten zu können, auf eigene Gefahr handeln müsse; auch seien die Worte „oder dem Pretheß“ zur Vollständigkeit der Vorschrift unentbehrlich.

Zugleich wurde dem Emmission der Redactionscommission anheimgegeben, ob statt der Worte „oder dem Pretheß“ zu lesen sei: „oder einem Pretheß“

Bei der Berathung über den §. 60 kam ferner in Frage, in wie fern etwa auf eine genauere Unterscheidung der verschiedenen Fälle der Concurrenz mehrerer Intervenienden — nach Maßgabe der §§ 201 und 202 des Sächsischen Entwurfs — einzugehen sei? Als ein besonderer Fall dieser Art wurde angeführt, wenn mehrere Intervenienden für den nämlichen Honoraten einreten wollten, für welchen Fall man jedoch einen fanden war, daß die Wahl lediglich dem Inhaber zu überlassen sei. Eben so war man einstimmig der Ansicht,

daß der Inhaber nicht befugt sei, die von Seiten eines unaufgeforderten Interventionen angebotene Ehrenzahlung zurückzuweisen, wenn von den Aufgeforderten Niemand solchen wolle. Bei der Bezeichnung des letzteren Falls ergab sich eine Vertheiltheit der Ansichten über den Umfang des aus der Nichtbeachtung einer solchen Intervention entspringenden Rechtsnachteils. Von der einen Seite wurde angenommen, daß der Inhaber, welcher die Intervention eines nicht zur Intervention Aufgeforderten unbeachtet lasse, dadurch den Regreß gegen denselben behalte, zu dessen Gunsten die Ehrenzahlung angeboten worden sei. Denn bei einer Nothadresse lasse sich voraussetzen, daß der Adressat bereits Zahlung in Händen habe, oder doch mit demjenigen, zu dessen Ehren er zahlen wolle, in specieller Geschäftsverbindung stehe und daher keinen wechselmäßigen Regreß gegen denselben nehmen werde; bei einer freiwilligen Intervention könne dies aber nicht vorausgesetzt, und daher auch nicht angenommen werden, daß derjenige, für welchen ein freiwilliger Interventionist zahlen wolle, bei der Zulassung dieser Intervention in eine günstige Lage versetzt werde. Es sei daher auch kein Grund vorhanden, dem eine solche Intervention zurückweisenden Wechselinhaber den Regreß gegen denselben zu entziehen, für welchen die Ehrenzahlung angeboten worden sei. Es liege gar keine Consequenz darin, anzunehmen, daß der, für welchen die Zahlung angeboten worden, nicht dem, welcher durch die Zurückweisung derselben sich eigentlich selbst für den Honoraten geleistet habe, wechselmäßig verpflichtet sein solle. Es sei gar nicht einzusehen, warum dieser negotiorum gestor schlimmer daran sein solle, als der andere negotiorum gestor. Wechselordnungen, welche dem Inhaber bei Zurückweisung einer freiwilligen Intervention den Regreß auch gegen den, für welchen die Zahlung angeboten, abgeschnitten, hätten mit Recht starken Tadel erfahren. Ja es sei selbst kein Grund vorhanden, dem Inhaber die Provision abzusprechen, da er im Verhältnis zu einem bloßen negotiorum gestor, von dem doch anzunehmen, daß dieser auch die übliche Vergütung in Anspruch nehmen werde, nicht schlechter gestellt werden dürfe.

Gegen diese Ansicht wurde jedoch eingewendet, daß auch der unaufgefordert auftretende Interventionist Ordnung in Händen haben könne, und vielleicht von dem Honoraten ausdrücklich — wenn auch nicht in dem Wechsel selbst — zu der Intervention aufgefördert worden sei. Die Distinction zwischen dem Nothadressaten und dem fremden Interventionisten entspreche daher einer inneren Begründung und würde überdies auch ohne practische Bedeutung sein, weil der Umstand, daß eine auf dem Wechsel nicht genannte Person zur Ehrenzahlung bereit gewesen sei, sich in den meisten Fällen nicht würde beweisen lassen.

Bei dieser Verschiedenheit der Ansichten wurde zur Abstimmung geschritten, und mit 11 gegen 8 Stimmen entschieden, daß der Inhaber durch Zurückweisung der von einem freiwilligen Interventionen angebotenen Zahlung den Regreß gegen denselben, zu dessen Ehren die Zahlung angeboten wurde, nicht verlieren solle.

Daß der Inhaber gegen die Nachmänner des Honoraten, welche durch die Annahme der Ehrenzahlung befreit worden wären, auch durch deren Zurückweisung, des Regresses verlustig gebe, wurde einstimmig anerkannt.

Zu dem ersten Abtheile des §. 61 war man einverstanden, den Anlag von 1/2 Procent Provision als Norm für den Regreß in dem Inlande anzunehmen. In wie fern auf die Bestimmungen der §§. 49 und 50 und in Betreff der Be-

zugnis des Ehrenzahlers zur Anfertigung einer Retourrechnung auch auf die im §. 51 bestimmten Anläge zurückzuweisen sei, wurde der Redactions-Commission überlassen.

Der Antrag eines der Herren Abgeordneten, unter den zu erhaltenden Epien auch die Kosten des Protesses Mängel Annahme zu erwidern, wurde auf die Bemerkung, daß sich dies von selbst verhe, zurückgenommen.

In Beziehung auf den zweiten Absatz des Paragraphe wurde von einer Seite erinnert: Wenn es auch billig sei, dem nicht zur Zahlung gelangenden Ehrenacceptanten eine Provision auszusprechen, so scheint doch i denfalls die Bestimmung, daß er diese Provision ausstehend v. u. dem Zahlungenden zu fordern habe, nicht angemessen, weil die Ehrenannahme nicht immer zu Gunsten des nachher Zahlenden geschähe, auch es dem Ehrenacceptanten sei unmöglich sein würde, zu erfahren, wer den Wechsel gezahlt habe. Nur derjenige, zu dessen Ehren acceptirt worden sei, habe die Pflicht, diese Handlung zu committiren; dem Zahlenden täre diese Pflicht nicht auferlegt werden, weshalb die 1 gien Worte des Paragraphe dahin zu ändern sein müßten: „die Provision von demjenigen, zu dessen Ehren er intervenirte, zu fordern.“ Von der anderen Seite stimmte man aber unter der Bemerkung, daß der Ertrag der Provision und aller übrigen aus der Zahlungsbewertung entspringen n Kosten am Ende doch auf eine und dieselbe Person zurückfalle, für Beibehaltung des Entwurfs, und die hiernach zur Abstimmung gebrachte Frage:

Ob die im zweiten Absätze enthaltene Bestimmung unverändert beibehalten werden solle?

wurde mit 16 gegen 3 Stimmen bejahend beantwortet.

Am Schluß der Berathung über diesen Paragraphe wurde von einem der Herren Abgeordneten ein Zusatz dahin beantragt:

Daß der Inhaber eines verfallenen und nicht eingelösten Wechsels jede vor Erhebung des Regresses angebotene Ehrenzahlung selbst dann, wenn nur theilweise Zahlung angeboten werde, annehmen müsse und wegen des Restes, so wie wegen der Kosten Protest zu erheben habe. Zu Begründung des Antrages wurde angeführt: Da dem Inhaber die Pflicht auferlegt worden sei, Theilzahlung n anzunehmen, so führe die Consequenz dahin, daß er sich auch eine theilweise Ehrenzahlung gefallen lassen müsse.

Tagegen wurde jedoch eingewendet: Wenn man die theilweise Ehrenacceptanten nicht zulasse, so könne man sich auch nicht für die Zulassung einer theilweisen Ehrenzahlung aussprechen. Legiere würde überdies in vielen Fällen nur insbesondere dann, wenn von mehreren Seiten Theilzahlung n angeboten würden, zu großen Verwicklungen führen, weil jedem einzelnen Interventionen bezüglich des von ihm gezahlten Betrages der Regreß verstatet werden müße.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde der Antrag mit 17 Stimmen gegen 2 abgelehnt.

In Ansehung der Redaction des zweiten Absatzes des Paragraphe wurde der Wunsch geäußert, es möge dieselbe andeuten, daß neben der dem Ehrenzahler gebührenden Provision nicht auch noch eine Provision von Seiten des Wechselinhabers angesprochen werden könne.

Bei dem ersten und dritten Absätze des §. 62 vereinigte man sich dahin, daß die Worte: „gegen Erstattung der Kosten“ zu streichen seien, weil der Anksteller auf Verlangen, namentlich bei Wecheln auf fremde Plätze, mehrere Exemplare zu geben pflege, ohne dafür eine Zahlung in Anspruch

zu nehmen. Zum zweiten Abjage wurde von einem der Herren Abgeordneten vorgeschlagen, in Uebereinstimmung mit dem Art. 147 des französischen Handelsgesetzbuches vorzuschreiben, daß auf jedem einzelnen Wechselrecepte angegeben werden müsse, wie viele Gremplare ausgesetzt seien. Nur dadurch könne der Wechselnehmer darüber, daß nicht mehr Gremplare existiren, beruhigt werden. Es sei zwar nicht zu verkennen, daß der sogenannten cassatorischen Clausel („Secunda, Tercia &c. undabst“) zweierlei Bedenken entgegenständen. Von dem theoretischen Standpunkte aus könne eingewendet werden, daß diese Clausel nach ihrem Wortlaute nur auf den Fall passe, daß die Vereinfachung des Wechsels der Sicherheit wegen gelte, nicht aber dann, wenn das eine Gremplar nur zum Accepte verlangt werde. Aber dieses theoretische Bedenken sei einem praktischen Bedürfnisse gegenüber nicht erheblich und könne dadurch beizugt werden, daß die Zahl der Gremplare nicht mittelst der üblichen cassatorischen Clausel, sondern in anderer Weise, z. B. durch die Worte: „gegen diesen vierfach ausgestellten Wechsel“, angedeutet werde. Von dem praktischen Standpunkte aus könne man ferner einwenden, daß, wenn ein Secundawechsel für die verlorene Prima nachträglich verlangt werde, der Anstifter nicht in der Lage sei, an dem verlorenen Gremplare die cassatorische Clausel nachzutragen. Allein einerseits treffe dieses Bedenken auch den verlassenen Entwurf, weil auf einen verlorenen Solawechsel gleichfalls nicht nachgetragen werden könne, daß er nur als Prima zu betrachten sei, andererseits könne für diesen besondern Fall dadurch geholfen werden, daß das für die verlorene Prima nachträglich ausgesetzte Gremplar nicht „Secunda“ sondern „Duplicit der verlorenen Prima“ genannt werde. Diese Einrichtung habe sich in dem französischen Rechte bewährt, und sei deshalb von den neueren auf jenes Recht gegründeten Wechselordnungen beibehalten worden.

Gegen diesen Antrag wurde eingewandt, daß für die vorgeschlagene Einrichtung kein praktisches Bedürfnis bestehe, und der Transit in dem Momente der Ausstellung des Wechsels nicht möglich sei, ob und wie viele Gremplare später nachgefordert werden würden. Die Nothwendigkeit einer Vereinfachung des Wechsels trete — wie dies auch in dem Entwurfe anerkannt werde — erst erst später und successive hervor, und entwickle sich zuweilen aus Zeitverhältnissen, wie z. B. in Kriegzeiten die Ausrüstung einer Armee, Quinta &c. notwendig werden könne. Wer einen Wechsel nehme, müsse seinem Vermanne vertrauen, und gegen Betrag könne die Wechselordnung nicht ersetzenden Schutz gewähren.

Als hierauf die Frage:

Soll ein dem Antrag entsprechender Zusatz zum zweiten Abjage des §. 62 gemacht werden?
zur Abstimmung kam, wurde dieselbe mit 18 Stimmen gegen 1 vernicht.

Es ausdrücklich zu sagen sei, daß die Bezeichnung des Wechsels, als: Prima, Secunda &c. in dem Contexte des Wechsels enthalten sein müsse, wurde dem Gemessen der Redactionscommission anheimgestellt.

Zum §. 63 wurde von einem Mitgliede der Versammlung erklärt:

Rücksichtlich der Wechselduplicate gelte der Entwurf von dem ganz nützigen Principe aus, daß ungeachtet der Mehrheit der Gremplare doch objectiv und materiell nur ein Wechsel und eine Wechselverpflichtung vorhanden sei, daß da sich der Inhalt dieser Verpflichtung nicht nach der Zahl der Gremplare zertheilen lasse, jedes einzelne Gremplar auch den gan-

zen Wechsel repräsentire, und daß sonach auch durch das, was mit dem einen Gremplare vorgehe, der ganze Wechsel oder jedes Gremplar desselben affectirt werde. Von diesem im §. 63 hinsichtlich der Bezahlung ausgesprochenen Principe würden nun aber zwei Ausnahmen gemacht, 1. rücksichtlich des Falles, daß die verschiedenen Gremplare von denselben Wechsel an verschiedene Personen subscipirt, und 2. rücksichtlich des Falles, daß mehrere Gremplare desselben Wechsels acceptirt seien, indem in diesen Fällen der Indossant und der Acceptant nicht einfach, sondern mehrfach haften sollten. Nach den Motiven solle in beiden Fällen ein gleicher Grund vorhanden sein. Dem sei aber doch nicht so; denn in dem ersten Falle wären die Indossamenten an verschiedene Personen, verschiedene Handlungen, von welchen nothwendig jede besondere Folgen haben müsse und welche sich nicht als ein und dasselbe Geschäft denken ließen. Das Accept mehrerer Gremplare sei aber doch nach dem oben angegebenen, für diese Materie leitenden Gesichtspunkte nur immer ein Accept eines und desselben Wechsels, wobei es nichts vorschlage, ob es mehrmals auf das eine Gremplar, oder auf die mehreren Gremplare gesetzt werde, in welchen der eine Wechsel existire.

Die ganze Vorschrift unter No. 2 solle im Grunde wohl nur herbeiführen, daß der Bezogene gerade sein Accept einlösen müsse, und zu dem Ende sei, da er ja sonst nur — um gültig zu zahlen — ein nicht acceptirtes Gremplar zu acceptiren brauche, angeordnet, daß er aus jedem Accepte besonders habe. Dieses sei indess eine nicht zu verkennende Abweichung von dem über Wechselduplicate angenommenen allgemeinen Grundsätze, indem dabei — ohne daß ein gleicher Grund vorläge, wie bei der Indossament verschiedener Gremplare an verschiedene Personen — eine objective Mehrheit von Wechseln als Consequenz einer Handlung angenommen werde, die sich doch nur auf einen und denselben Wechsel beziehe, und eine Mehrheit von Wechseln so wenig begründe, als die Ausgabe mehrerer Gremplare durch den Transsanten.

Auch scheint diese Abweichung nicht recht zu den von dem Entwurfe hinsichtlich der Acceptation überhaupt angenommenen Principien zu passen. Die Acceptation sei darnach zur Erledigung des Wechselgeschäftes gar nicht nothwendig, der Inhaber brauche die Acceptation gar nicht zu suchen, und der Bezogene könne am Verfalltage sehr wohl zahlen ohne acceptirt zu haben. Die Acceptation sei also im Grunde nichts Wesentliches, und die rücksichtlich der Duplicate gemachte Ausnahme führe nicht nur zu der bereits bemerkten Anomalie, daß die mehreren Wechselrecepte durch einen Vorgang, welcher eigentlich nur einen Wechsel betreffe, in mehrere selbstständige Wechsel verwandelt würden, sondern auch zu dem zweiten, daß die Präsentation zur Zahlung das acceptirte Gremplar voraussetze. Könne der Bezogene vom Effectu liberationis nur auf dieses Gremplar zahlen, so sei es schlechthin nöthig, daß ihm nur dieses präsentirt, und nur, wenn dieses nicht eingelöst werde, Protest und Regreß angefallen werde. Eine solche Bestimmung lasse sich aber nicht wohl treffen, weil sie Beweise oder Präsumtionen über das Verhanden sein eines acceptirten Gremplars voraussetze, welche sich nicht füglich anordnen ließen. Auch sei im §. 65 ganz consequent die Präsentation, Protestierung und Regressnahme mit einem nicht acceptirten Duplicate gestattet, was sich mit dem §. 63 nicht wohl vereinigen lasse. Eine fernere Mängel scheint endlich darin zu liegen, daß die Beibehaltung des allgemeinen für Duplicate geltenden Grundsatzes die Verhältnisse beim etwaigen Verluſte des Wechsels erleicht-

tere. Könnte der Bezogene mit Sicherheit auch ein nicht acceptirtes Gremplar einlösen, so werde dadurch in manchen Fällen das Amortisationsverfahren überflüssig gemacht werden.

Es sei übrigens wohl zu beachten, daß dem Bezogenen auf keine Weise zugemuthet werden solle, ein nicht acceptirtes Gremplar einzulösen. Die Einlösung des Acceptes sei allerdings das Natürlichste und Regelmäßige. Die Consequenz erfordere nur so viel, daß man für eine Abweichung hiervon nicht das Präjudiz mehrfacher Zahlung androhe, sondern dem Bezogenen gestatte, auch durch das eingelöste nicht acceptirte Gremplar den Beweis der Liberation zu führen. Es empfiehlt sich daher, die allgemeine Regel auszusprechen, daß in den mehreren Gremplaren nur ein Wechsel existire, der durch alles, was mit einem Gremplare vorgehe, officiell werde, und nur noch als nähere Bestimmung das in §. 63 unter No. 1 Vorgezeichnete hinzuzufügen, die No. 2 aber hinwegzulassen.

Dieser Antrag fand intessen keine Zustimmung in der Versammlung, vielmehr war man der Ansicht, daß die Vorschriften unter No. 1 und 2 des §. 63 nicht nur dem allgemeinen Herkommen, sondern auch dem wahren Bedürfnisse des Wechselverkehrs entsprächen, und eine Abweichung von denselben höchst bedenkliche Verwickelungen im Wechselverkehr bezogen lasse. Wollte man dem Traffanten, welcher sein Accept auf mehrere Gremplare desselben Wechsels gesetzt habe, das Recht einräumen, sich durch die Einlösung eines dieser Gremplare von seiner in Bezug auf die anderen Gremplare übernommenen Verpflichtung zu befreien, so würde jeder Inhaber eines acceptirten Wechsels der Gefahr ausgesetzt sein, daß ihm der Inhaber eines anderen gleichfalls acceptirten Wechselgremplars am Versaltage in der Erhebung des Geldes zuvorkomme. Auf eine solche Weise würde aber die Sicherheit des Wechselgeschäftes gänzlich untergraben werden. Zur Anwendung des in §. 63 unter No. 2 aufgestellten Satzes bedürfte man keiner Präsumtionen, vielmehr habe der Inhaber eines acceptirten Gremplars die Verabshigung, daß der Acceptant ihm basirte sei, derselbe möge nun sein Accept auf eines oder auf mehrere Wechselgremplare gesetzt haben. Während sowohl Traffanten als Indossanten in den Fall kommen könnten, mehrere Wechselgremplare unterzeichnen zu müssen, trete diese Nothwendigkeit für den Traffanten niemals ein. Thue er es unnöthiger Weise, so verdiene er keine Verabshigung, es sei dann vielmehr ganz in der Ordnung, daß der daraus entstehende Nachtheil ihn selbst und nicht die in gutem Glauben befindlichen Besitzer der verschiedenen acceptirten Gremplare treffe.

Zum §. 64 wurde bemerkt, daß von den im ersten Absatz vorkommenden Worten „wo und bei wem“ das erste oder die letzten überflüssig seien.

Einer der Herren Abgeordneten war der Meinung, daß auch der Satz „das Untertassen u.“ als überflüssig gestrichen werden könne. Hierauf wurde aber entgegnet, daß dieser Satz nicht zu entbehren sei, weil sonst aus dem ersten Satze gefolgert werden könne, daß ein ohne den fraglichen Vermerk ausgelöstes Gremplar ungültig sei; einer solchen Annahme müsse aber durch eine ausdrückliche Vorschrift vorgebeugt werden.

Von anderer Seite wurde in Frage gestellt, ob nicht der ganze erste Absatz, welcher eine Vorschrift, aber keine rechtliche Folge für die Nichtbeobachtung desselben enthalte, wegfällen oder doch mit dem ersten Satze des §. 65 in Verbindung gebracht werden könne, welcher das eigentlich Dispositi-

tive enthalte. Es wurde dieses weiterer Erwägung bei der Redaction vorbehalten.

Bei dem zweiten Absatze ergab sich eine Verschiedenheit der Ansichten in Ansehung der Worte: „der sich als Indossatar oder auf andere unverdächtige Weise zur Empfangnahme legitimirt.“ Einige Mitglieder der Versammlung wollten statt derselben die Worte: „der sich als redtmäßiger Inhaber legitimirt“ setzen, während Andere für die Beibehaltung des Entwurfs unter Hinzuefügung des Wortes: „unverdächtig“ sich erklärten.

Für die letztere Ansicht wurde auf gestellte Umfrage mit 15 Stimmen gegen 4 entschieden.

Eine weitere Streitfrage betraf die Verpflichtung des Depositors zur Herausgabe des zum Accept versandten Gremplars. Einer der Herren Abgeordneten war nämlich der Ansicht, man solle den Verwahrer des zum Accept versandten Gremplars in dem Falle, daß dasselbe noch nicht acceptirt sei, nicht zur Herausgabe desselben verpflichten, da die nicht acceptirte Prima dem Besitzer der Secunda nichts nütze, durch die Nichtbehaltung derselben aber die Möglichkeit gegeben sei, daß das Geschäft später noch in Ordnung gebracht werde. Tagesgen wurde aber bemerkt, daß der Inhaber der Secunda als Eigenthümer der Prima anzuweisen und der Depositär der letzteren daher nicht berechtigt sei, dieselbe dem Inhaber der Secunda vorzuenthalten. Wenn man das Gegenbild statuiren wollte, so würde der Depositär jederzeit die Herausgabe unter dem falschen Vorwande, daß die Acceptation nicht zu erlangen gewesen sei, verweigern können, und vielfältige Gelegenheiten zu Collisionen zwischen dem Exponenten und dem Depositär gegeben sein.

Hierauf wurde darüber:

Ob der §. 64 im Sinne des gestellten Antrages abgeändert werden solle?
abgestimmt und die Frage mit 18 Stimmen gegen 1 verneint.

In Verabshigung auf den §. 65 war der königlich sächsische Abgeordnete, Herr Vicepräsident Dr. Einert der Ansicht, daß die Bestimmung unter No. 1 genüge und daher No. 2 zu streichen sei, inrem man dem Inhaber nicht zumuthen solle, so viele Schritte im Interesse der Vermänner zu thun. Zur Unterstüzung dieser Ansicht wurde von einem anderen Herrn Abgeordneten geklärt:

Man dürfe wenigstens die Anomalie nicht verkennen, welche in dem Regreßgange liege, der durch die Bestimmung unter No. 2 des §. 65 angeordnet sei. Es sei hier vorgeschrieben, daß ein Dupliat, und zwar ein nicht acceptirtes, beim Bezogenen zur Zahlung präsentirt und protestirt und erst, wenn dieses geschehen, der Regreß Mangel Zahlung genommen werden solle. Nun könne nach dem §. 63 der Bezogene auf ein solches nicht acceptirtes Gremplar, wenn ein acceptirtes existire, nicht mit der Wirkung der Verweisung zahlen. Die Existent eines acceptirten sei aber in dem vorliegenden Falle vorausgesetzt, da es sich eben um den Regreß bei Verweigerung Auslieferung des zum Accept versandten Gremplars handle. Es liege also der Fall vor, daß der Inhaber vom Bezogenen etwas fordern müsse, was dieser nicht mit voller Rechtswirkung leisten könne, als eine Abweichung von den Regeln über Präsentation zur Zahlung und über Regreß überhaupt zum Grunde liegenden Rechtsansatz. Der Bezogene, der das nicht acceptirte Gremplar einlöse, setze sich einer doppelten Zahlungspflicht aus. Es sei widersprechend, den Inhaber zu verpflichten, daß er den Bezogenen um die Zahlung eines

indebiti ersuche und über dessen Beigerung, eine Liberalität zu üben, protestiren lasse, und ihm erst unter dieser Voraussetzung den Regres wegen Nichtauslieferung des Acceptes zu gestatten. Es scheint sonach allerdings angemessener, den letzten Satz des §. 65 hin verzulassen.

Dieser Antrag wurde indeß nicht weiter verfolgt, da die Mehrheit der Versammlung sich für den Entwurf erklärte, welcher nicht nur mit der allgemeinen Praxis übereinstimme, sondern auch durch den Umstand gerechtfertigt werde, daß die Secunda mit Vortheilen versehen sein könne, welche sich nicht auf der Prima befinden. Eine Abweichung von der den Vorschriften über Präsentation zur Zahlung und über Regres unterstellten Rechtsansicht könne in der Versäuflichkeit des §. 65 nicht gefunden werden, weil kein Grund in der Vermuthung gegeben sei, daß der Verwahrer des zum Accepte versetzten Exemplars die Acceptation desselben bewirkt habe; es sei eben-
sowohl denkbar, daß er das ihm zugefallene Exemplar dem Bezogenen nicht präsentirte, oder daß dieser die Acceptation verweigert habe. Zudem könne in Betracht, daß der Entwurf bei verweigerter Auslieferung der Prima den Regres nicht bloß (wie der Entwurf im §. 198 und der Brannschweigische Entwurf im §. 19) bis auf den Versender der Prima, sondern gegen die Wechselobliganten allgemein statuire. Die

Präsentation und Protestation beim Bezogenen selbst sei nach dieser Voraussetzung nichtfügig zu erlassen.

Zum §. 66 wurde bezüglich der Redaction desselben noch wenig gefürdet, daß auf der Copie bemerkt werden müsse, wo das Original anzutreffen sei.

Beim §. 67 wurde die Bemerkung gemacht, daß die Bestimmung dieses Paragraphen (im Gegentheile zu der Vorschrift des §. 62) sowohl die von dem Aussteller, als die von einem späteren Inhaber veranfaßten Abschriften betreffe.

Man theilte diese Ansicht, hielt indeß eine Andeutung darüber in dem Geiste nicht für notwendig.

Zum ersten Abgäbe des §. 68 ließen einem der Herren Abgeordneten eine strengere Vorschrift über die Legitimation des Besitzers einer Copie, als über die Legitimation des Besitzers eines Duplicates erforderlich. Da indeß ein genügender Grund zu einer solchen Unterscheidung zwischen dem Besitzer einer Copie und dem Besitzer eines Duplicates von der Versammlung nicht anerkannt wurde, so ward der desfalls gemachte Vorschlag zurückgezogen.

In Ansehung des Wortes „unverdächtig“ nahm man auf den Beschl. zum §. 64 Bezug, nach welchem dasselbe auch hier zu streichen sei.

XXII.

Leipzig, den 17. November 1847.

Nach Vorlesung des Protocolls über die gestrige Conference wurde von einem der Herren Abgeordneten nachträglich zum Abtritte X., die Verwirklichung eines Wechsels betreffend, zur Erwägung gestellt, ob nicht zweckmäßig noch ein den §§. 179 und 190 des Sächsischen Entwurfs entsprechender Zusatz zu machen sein werde, betreffend den Fall, wenn ein Bezogener die Annahme oder respective die Zahlung eines Wechsels unter dem Vorgeben verweigere, daß er bereits ein anderes Exemplar acceptirt oder eingelöst habe, auch dieses Exemplar nicht verbergelassen werden könne. Obwohl von noch einer Seite empfohlen, ward dennoch von mehreren anderen Seiten ein solches Verbot für unnötig erachtet, da die im Abtritte X. und XI. gegebenen Bestimmungen hinreichen würden, um so mehr, als namentlich der im §. 179 des Sächsischen Entwurfs behandelte Fall sehr selten vorkommen werde, indem er voraussetze, daß mehrere Exemplare desselben Wechsels an verschiedene Personen intestirt seien.

Unter diesen Umständen erklärte der Herr 2. Vicepräsident, von welchem der Gegenstand angeregt war, daß er von Verfolgung desselben abstehe.

Die §§. 69 und 70 wurden bei der Berathung zusammengefaßt. Nach kurzer Begründung derselben von Seiten des Herrn 2. Vicepräsidenten, wobei dieser übrigens selbst schon auf die Richtigkeit einer Verlängerung der im §. 70 bestimmten Frist hinwies, äußerte der Frankfurter Abgeordnete, Herr Dr. C. Dr. Harnier, seine Ansicht dahin, daß der Forderungsberechtigte aus einem verlorenen Wechsel dem Accep-

tanten, seines Acceptes wegen, mindestens auf die Zeitdauer der Wechselverjährung Sicherheit zu leisten habe, und daß es angemessener sei, das Amortisationsverfahren erst nach Ablauf der Verjährungsfrist zuzulassen. Er machte dabei auf das Veranlaß jedes Amortisationsverfahrens, insbesondere aber auf das Veranlaß der Amortisation von Wechselkunden aufmerksam, zumal da das Indossament in blanco mit allgemein gültiger Wirkung ungelassen sei. Auch bezog er sich zur näheren Begründung seiner Ansicht auf das in Frankfurt nach Art. 45 der Wechselordnung von 1739 und Art. 95 der Proceßordnung von 1819 zur Anwendung kommende Verfahren, welches sich seit einer langen Reihe von Jahren als sehr genau bewährt habe. Hiernach sei die Klage auf Einlösung des verlorenen Wechsels von dem Amortisationsverfahren getrennt, der Acceptant des verlorenen Wechsels nur gegen richterliches Erkenntnis und nach Leistung genügender Sicherheit zur Zahlung verpflichtet, die geleistete Sicherheit aber erst nach Ablauf der Verjährungsfrist und nach alsdann erfolgter Amortisation des verjährten Wechsels zurückzustellen. In Uebereinstimmung hiermit schlage er vor, dem §. 69 folgende Fassung zu geben:

Der Forderungsberechtigte aus einem verlorenen Wechsel kann von dem Acceptanten zur Zahlung verlangen, wenn er denselben genügende Sicherheit gegen die Ansprüche Dritter leistet und ein gerichtliches Erkenntnis über die Zahlungspflicht erwirkt. Diese Sicherheit kann erst nach Ablauf der Verjährungsfrist und hierauf erfolgter Amor-

tification des verlorenen Wechsels aufgehoben werden. Die Kosten trägt der Empfänger der Zahlung.

Die hierauf folgende ausführliche Erörterung betraf vornehmlich theils die Zulässigkeit der Mortification und die Bedingungen derselben, theils das Mortificationsverfahren und die Frage, ob darüber Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen seien.

Gegen die Zulässigkeit der Mortification wurde im Laufe der Verhandlung zwar geltend gemacht, daß die Mortification einer Schuldenart sei, welche auf der Fiction beruhe, daß die öffentliche Aufforderung wirklich zur Kenntniß der Beteiligten gekommen sei, in rechtlicher wie in processualistischer Beziehung große Bedenken gegen sich habe, daß vielmehr das Mortificationsverfahren seinem wahren Wesen nach nichts sein könne und dürfe, als die gerichtliche Beurkundung des Eintritts einer Thatsache, an welcher das Gesetz die Eröffnung des Rechts knüpfe. Dagegen wurde die Mortification verteidigt, als ein positives Institut, was sich freilich nicht aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen herleiten oder darauf stützen lasse, indes durch das Bedürfnis geboten sei, und fast überall schon, nicht nur bei Wecheln, sondern selbst bei Papieren auf den Inhaber, sich Bahn gebrochen habe.

Wenn man Mortification vom Verfalltage an zulasse, so sei sie nur Abkürzung der Verjährungsfrist und wenig bedeutend, da man verfallene Wechsel nicht im Portefeuille zu behalten pflege.

Auf diese letzte Bemerkung wurde zwar entgegnet, daß der Fall sehr häufig sei, daß Wechsel lange nach Verfall präsent würden; jedoch wurde hierauf nur die Anstift begründet, daß man bei den Bestimmungen über Mortification entweder auf die Verjährungsfrist Rücksicht nehmen oder die Meltungsfrist ausdehnen müsse.

Unter Voraussetzung der Zulässigkeit der Mortification überhaupt, einigte man sich bald dahin, daß sie in keinem Falle vor Eintritt des Verfalltages zugelassen werden dürfe, was jedoch, nach einer gegebenen ausdrücklichen Erklärung, den Richter nicht bei Einleitung des Mortificationsverfahrens schon vor dem Verfalltage bindern, sondern nur die Bedeutung haben sollte, daß erst nach dem Verfalltage die Meltungsfrist zu laufen anfangen und also die Mortification auch erst nach Verfall erfolgen dürfe.

In Bezug auf die Frage, ob Mortification schon vor oder erst nach Ablauf der Verjährungsfrist zugelassen werden sollte, ward zunächst hervorgehoben, daß der Unterschied des von dem Frankfurter Herren Abgeordneten vorgeschlagenen Verfahrens von dem, welches der Entwurf vortrüge, hauptsächlich eben darin liege, daß jenem zufolge die Mortification erst nach Ablauf der Verjährungsfrist geschehen dürfe. Denn darauf, daß nach dem Antrage des Frankfurter Herren Abgeordneten auch eine Klage auf Sicherstellungsleistung angestellt werden müsse, bevor das Mortificationsverfahren eingeleitet werden könne, sei wenig Gewicht zu legen, indem dies eine bloße Form sei, welche nicht zur wesentlichen Erleichterung der Sache führe. Die Vorschriften des Entwurfs seien einfacher und zugleich dem Verlierenden günstiger.

Damit machte man aber geltend, daß die Zulässigkeit der Mortification erst nach Ablauf der Verjährungsfrist nicht nur in manchen Particulargesetzen, z. B. in den Sächsischen, vorgeschrieben, sondern das auch guter Grund dazu vorhanden sei. Nicht der Verlierende, sondern der unbekannte Beziger müsse berücksichtigt werden. Dieser solle von seinem Rechte,

den Wechsel beim Bezogenen geltend zu machen, zurücktreten, und dazu genüge es nicht, ihm, wie der Entwurf wolle, nur ein für alle Mal eine zweimonatliche Frist zu geben.

Gewidert wurde, man habe nicht nur für den Fall Bestimmung zu treffen, daß ein unbekannter Inhaber des Wechsels existire, sondern müsse auch auf den Fall Rücksicht nehmen, daß der Wechsel vernichtet oder wenigstens in Niemandes Hände wieder gekommen sei. Vielleicht lasse sich zweckmäßiger Weise bestimmen, daß die Caution zurückgegeben werden solle, wenn die Verjährungszeit abgelaufen sei, daß also die Verjährungszeit der Mortification gleich stehen solle.

Als nun die Frage zur Abstimmung gebracht wurde:

Soll die Mortification erst nach Ablauf der Verjährungsfrist erfolgen können?

ward sie von 10 Stimmen gegen 9 verneint.

Hierauf kamen die einzelnen Vorschriften über das Verfahren zur Beibringung. Während man einstimmig der Ansicht war, daß die im §. 70 gesetzte Frist der Einforderung des Wechsels erweitert werden müsse, waren dagegen die Meinungen über die näheren Bestimmungen sehr getheilt. Von einigen Seiten wurde die Festsetzung des geringsten Abzuges der Frist, von anderen zugleich die Bestimmung der zulässigen längsten Fristdauer für angemessen gehalten; von noch anderen auch eine Vorschrift darüber gewünscht, wie oft und in welchen Blättern die Circularen zu erlassen seien. Je weniger aber hierüber eine Vereinigung zu erwarten war, desto größeren Anlaß fand bei Vielen die Ansicht, daß es am Besten sei, im Gesetz nur das Princip (etwa den ersten Abzug des §. 70 in veränderter Fassung) anzugeben, aber keine Einzelheiten zu geben, sondern diese der Landesgesetzgebung und der richterlichen Bestimmung zu überlassen. Ungeachtet hierwider der Einspruch erhoben wurde, daß man auf diesem Wege zu sehr großen Verschiedenheiten kommen werde, wurde doch die Frage:

Sollen außer dem ersten Tage des §. 70 überhaupt Vorschriften über das Mortificationsverfahren gegeben werden?

von 11 Stimmen gegen 8 verneint entschieden.

Nachdem im Hinblick auf den §. 69 der Frage, wie der Eigenthümer eines verlorenen Wechsels sich als solcher ausweisen und den Verlust darthun solle. Man ging jedoch hierüber hinweg, da einerseits war die Schwierigkeit der Legitimation und des Beweises anerkannt worden, andererseits aber auch, daß Bestimmungen darüber in der allgemeinen Wechselordnung nicht geboten.

Als Fassungssache endlich wurde bezeichnet, daß im §. 69, Zeile 3 die Worte: „durch Faund oder Bürgen“, in Folge des im §. 26 gefaßten Beschlusses zu streichen, in der vierten Zeile statt des Satzes: „daß die Amortisation erfolgen werde“, ein allgemeinerer Ausdruck, z. B. bis in erfolgter Mortification, oder: bis zur Beendigung des Mortificationsverfahrens, zu wählen sein möchte; sowie, daß der Schluss des ersten Absatzes im §. 69 zu ändern und der erste Satz des §. 70 dahin zu erweitern sein werde, daß er die Staatshauptstadt der Mortification bestimmt ausspreche.

Hierauf ging man zu den §§. 71 und 72 über. Herr Vicepräsident Dr. Cuiert war der Meinung, daß die Bestimmungen dieser Paragraphen auch auf fingirte sogenannte Kettlerwechsel anzuwenden seien. Dagegen erhoben sich jedoch viele Stimmen, welche theils eine ganz allgemeine An-

wendung der §§. 71 und 72 auf derartige Wechsel für nicht untertänig, theils Vorschriften über selbige für unnöthig hielt. Die Frage:

Soll in dem Entwurfe auch der fingirten Wechsel Erwähnung geschehen?

ward hierauf zur Abstimmung gebracht und mit 15 Stimmen gegen 4 verneinend entschieden.

Erstam malte Einer der Herren Abgeordneten darauf aufmerksam, ob nicht die Vorschriften des §. 71, verglichen mit denen des §. 4, weiter gehen möchten, als man geben wollte — ob nämlich der Aussteller eines Wechsels, wenn er den Namen eines Anderen oder einen fingirten Namen unterstrelle, dann nicht aus seiner Unterchrift, sofern er sie anerkenne, auch wechelmäßig haften müsse? — Auf die Gegenbemerkung jedoch, daß nach dem Civilrechte eine solche Haftung vielmehr eintrete, eine Bestimmung darüber aber hierher nicht zu gehören scheine, ging man auf den Gegenstand nicht weiter ein.

Dann hielt der Meistenbegriffe Abgeordnete, Herr Professor Böbel, eine Ausnahme von den Bestimmungen der §§. 71 und 72 für nöthig, in dem nach seiner Ansicht der Acceptant dem ersten Nehmer eines falschen oder verfälschten Wechsels nicht verhaftet sein dürfte, sondern nur den weiteren Unterfahrenden. Denn der Nehmer eines Wechsels sei fähig und im Stande, sich über den Ober zu vergewissern.

Das Gegenthe wurde nicht als stets unversand anerkannt, da in vielen Fällen der Nehmer den Wechsel aus den Händen eines Kellers empfangt, und in gar kein unmittelbares Verhältnis zu dem Aussteller trete, also die vorgeschlagene Bestimmung nicht als durchgreifende Regel aufgestellt werden könne. Zur Abstimmung kam es jedoch nicht, weil Herr Professor Böbel auf seinem Vorstills nicht bestehen zu wollen erklärte.

Hieran knüpfte sich die Erörterung einer anderen Frage. Der Zeiterreichte Herr Abgeordnete beantragte nämlich einen Zusatz zum §. 71, dem zu Folge der Inhaber eines verfälschten Wechsels nur dann gestraft werden solle, wenn er sich, was allerdings zu präsumiren sei, in bona fide befunde.

Dem stimmte Herr Vicepräsident Dr. Cincert wenigstens insofern, als von eigentlicher Verfallung die Rede sei, mit Beziehung auf den §. 254 des Civilrechts Entwurfs bei.

Auch von anderen Seiten äußerte man sich zu Gunsten des vorgeschlagenen Zusatzes, weil man unmöglich den bösen Glauben in Frage nehmen könne.

Damit ward angeführt: es handle sich hier nur darum, ob eine Verfallung in das Ocul aufgenommen, also ob der Beweis der mala fides im Wechselproceß zugelassen werden solle. Während nun in Bezug hierauf Einige der Ansicht waren, daß die Sache auch ohne eine besondere Bestimmung sich von selbst mache, weil, wenn die mala fides sofort klar gemacht werden könne, kein Mitter den Beklagten verurtheilen werde, sonst aber die Einrede im Wechselproceß wegfalle; glaubten Andere die Entscheidung schon in den Vorschriften des §. 93 zu finden. Denn verstehe man die zweite Bestimmung des §. 93 (wie es richtig scheint) dahin, daß darunter die exceptio doli begriffen sei, so bedürfe man des vorgeschlagenen Zusatzes nicht.

Dieser Auslegung wurde entgegengesetzt, daß zwar wohl die exceptio doli unter die Bestimmung des §. 93 falle, nicht aber die exceptio falsi, welche vielmehr, wenn sie zulässig sein solle, beim §. 71 berücksichtigt werden müsse.

Indes fand doch nicht nur diese Ansicht Widerspruch, sondern man wendete auch gegen den fraglichen Zusatz noch ein, daß die bona fides ein schwankender Begriff sei, der, wenn eine Verfallung darüber getroffen werden solle, nothwendig näher bestimmt werden müsse, was zu einer beträchtlichen Desiniten führe.

Bei der dann folgenden Abstimmung wurde die Frage:

Soll im §. 71 Zeile 3 der beantragte Zusatz: „dem Inhaber im guten Glauben gegenüber“, eingeschaltet werden?

mit 15 Stimmen gegen 4 verneinend beantwortet.

Endlich kam bei diesen Paragraphen noch in Anregung, ob der bonar fides possessor eines gestohlenen oder verlorenen Wechsels dem wahren Eigenthümer vergebend oder nachstehen solle? Die Hamburgischen Herren Deputirten, von denen diese Frage aufgeworfen ward, glaubten, daß dieselbe in Beziehung auf Wechsel unabhängig von den allgemeinen Bestimmungen des Civilrechts, eine besondere Entscheidung verdiene, und war darin, daß die Indication gegen den Besizer, welcher den Wechsel mit richtigem Titel und in gutem Glauben erworben habe, unantastbar sei. Dies fordere die Sicherheit des Wechselverkehrs; aber die Gerichte seien nicht durchgängig dieser Meinung; wenigstens habe vor Kurzem das Oberappellationsgericht zu Lübeck in entgegengelegter Weise entschieden, welche Entscheidung großes Aufsehen erregt habe und zeige, wie nothwendig es sei, in dieser Hinsicht ein den Bedürfnissen des Wechselverkehrs entsprechendes Princip aufzustellen. Auch Herr Vicepräsident Dr. Cincert war der Ansicht, daß dieser Punkt in der Wechselordnung berührt werden müsse, wiewohl er in der Sache selbst unterzulegen zu müssen glaube, ob der Ueberschreiter durch vollständiges Ocul für zu legitimirt vermöge oder nicht, indem nur im ersten Falle eine Indicationenbezugnis angenommen werden könne.

In gleichem Sinne mit den Herren Antragstellern sprachen sich mehrere Stimmen aus, welche den Vorschlag insbesondere auch als Consequenz des Grundsatzes unterstühten, daß der Zerstörungsberechtigte Eigenthümer des Papiers sei.

Andere hielten dafür, daß die Einschreibung der angeregten Frage aus dem §. 36 entnommen werden könne, daß man insofern auch keinen Anstand zu nehmen brauche, eine ausdrücklichere Bestimmung zu treffen, indem es dabei nicht auf die Regeln des Civilrechts, über welche hier nichts vorzulegen sei, sondern allerdings auf das Wechselrecht ankomme. Es handle sich nämlich bei der Indication eines Wechsels in der §. 93 nicht um das Eigenthum an dem Papiere, sondern nur die Bezugnis zur Geltendmachung der mit dem Wechsel verbundenen Rechte, und eigentlich könne man in den hierher gehörigen Streitfällen keine reine Eigenthumsstreitigkeiten, sondern nur Conflictte über persönlich be Rechte und deren Zuständigkeit erblicken. Zum Besitze des Papierstückes sei nicht derjenige besagt, der nach den Regeln von dominium und rei vindicatio Eigenthümer sei, sondern nur der, dem jene persönlichen Rechte wirklich zustünden. Hierüber entspreche aber nicht das Civil-, sondern das Wechselrecht, und man sei für die angeregten Verhältnisse daher recht eigentlich auf das Wechselrecht verwiesen.

Gerade wegen der Bestimmungen im §. 36 haben noch Andere eine Vorschrift über diesen Gegenstand als nothwendig an, und bezogen sich außerdem darauf, daß die Ansicht sich immer mehr Bahn breche, der Wechsel sei eine Art von Papiergeld und nicht bloß Beweismittel.

Mehrere der Herren Abgeordneten erklärten sich aber gegen den Vorschlag und führten an: Die Bestimmung gehöre in das Civilecht, und wenn sie hier in Bezug auf Wechsel auch in einiger Rücksicht wünschenswerth sein möge, so erscheine ihre Aufnahme in die Wechselordnung doch überflüssig, weil in den einzelnen Ländern das System der Gefeggebung in Betreff der Circulation äußerst verschieden, und schon deshalb eine darin eingreifende einzelne Bestimmung in der Wechselordnung sehr misslich sei; weil ferner (wie schon vorher bei anderer Gelegenheit vorgekommen) ohne Zustimmung dessen, was bona fides sei, die Vorschrift nicht getroffen, und ohne Wenderung des §. 36 der Antrag consequenter Weise nicht angenommen werden könne.

Nach geschlossener Berathung ward die Frage allgemein dahin gestellt:

Soll über die Vindication gestohlener oder verlorener Wechsel etwas bestimmt werden?

und mit 10 Stimmen gegen 9 verneint, zu welchen letzteren namentlich das Votum des Oesterreichischen Herrn Abgeordneten und der Herren Abgeordneten von Lübeck, Frankfurt und Hamburg, gehörte.

Die §§. 73 und 75 wurden bis zu der noch bevorstehenden weiteren Berathung über die §§. 41 bis 48 aufgeschoben.

Bei dem §. 74 kam in Frage, ob nicht auch der Solidarität in Beziehung auf die Wechselobligator Gewährung geschehen müsse. Man hielt dies jedoch nicht für nöthig, da zufolge der vom Herrn Referenten gegebenen Erläuterung, wogegen sich kein Widerspruch erhob, nach Absicht des Entwurfs active Solidarität nicht Statt finden solle.

Dagegen beschloß man, durch die Fassung weislos zu lassen, daß weder das beneficium divisionis noch das beneficium excoemptionis zulässig sei.

Auch war man über die Unfallsfähigkeit einer in integrum restitutio gegen Wechselklärungen einverstanden; jedoch verschiedener Meinung, ob darüber eine Vorschrift aufzunehmen sei. Bei der Abstimmung entschieden sich 10 Stimmen dafür und 9 dagegen.

Zu den §§. 76 und 77 schlug der Oesterreichische Abgeordnete, Herr Heinrich Dr. Heisler, eine veränderte Fassung vor. Es solle vorausgeschickt werden:

Die wesentlichen Erfordernisse eines im Auslande ausgegebenen Wechsels, so wie jeder anderen im Auslande ausgegebenen Wechselerklärung, und die im Auslande in Ausübung oder Erhaltung des Wechselrechts vorgenommenen Handlungen werden nach den Gesetzen des Orts beurtheilt, an welchem die Erklärung erfolgt oder die Handlung vorgenommen worden ist.

Dann folle der zweite Absatz des §. 76 sich anschließen; der dritte Absatz aber, so wie der §. 77 würden, da sie schon in der beantragten Fassung enthalten seien, wegfallen.

Der Sächsische Abgeordnete, Herr Georgi, aber brachte in Vorschlag, die Bestimmung aufzunehmen:

Daß ein Ausländer, welcher im Inlande eine wechselseitige Verpflichtung übernommen habe, daraus habe, wenn er auch nur nach den Gesetzen des Inlandes wechselseitig sei.

Derselbe berief sich zur Begründung dieses Vorschlages auf den jetzigen Stand der Rechtsverhältnisse, welcher sehr oft Einführer aus dem fernen Auslande nach Deutschland, namentlich nach den Wechsellagen führe. Diese Ausländer gingen

dabei Wechselverbindlichkeiten ein, und deshalb sei es erforderlich, daß rücksichtlich solcher Verbindlichkeiten die persönliche Wechselfähigkeit der Ausländer, im Interesse der Inländer, nach dem jeweiligen Gezege beurtheilt werde, besonders wenn in dem letzteren die Wechselfähigkeit so, wie beschloffen worden, ausgehebt werde.

Dieser Vorschlag ward von mehreren Seiten mit Berufung auf das, was in England und Frankreich als Recht gelte, hauptsächlich aber mit Rücksicht auf das practische Bedürfnis unterstützt. Auch Herr Vicepräsident Dr. Cünert erklärte sich für denselben, weil im Wechsel- und überhaupt im Handelsverkehr die Regel des Civilechts: quisquis debet guarant esse conditionis ejus cum quo contraxit, ohne Störung des Verkehrs nicht anzuwenden sei, überdies der Ausländer, der im Inlande contrahire, als subditus temporarius den Gesetzen des Inlandes sich unterwerfe, und jeden Falls, wenn er, obwohl nicht wechselseitig, doch Wechselklärungen abgebe, sich als wechselseitig gerire, mithin sich nicht beklagen könne, wenn er auch so angehen werde.

Weiter ward für den Vorschlag angeführt: Die Wechselfähigkeit sei nach dem Entwurfs Regel, nicht mehr, wie ehemals gewöhnlich, Ausnahme und Privilegium. Sei nun im Auslande der umgekehrte Fall, so habe man dießsels wenigstens keine Verpflichtung, die Privilegien Fremder in Bezug auf Handlungen, welche dießsels im Inlande vornehmen, anzuerkennen. Allein von mehreren Seiten war man entschieden anderer Meinung, indem man auf den (wie angeführt wurde) allgemein anerkannten Satz des internationalen Rechts sich bezog, daß die persönliche Rechtsfähigkeit nach den Gesetzen des Wohnortes zu beurtheilen sei. Insbesondere gab der Oesterreichische Herr Abgeordnete nachstehende Erklärung ab:

Wenn es sich darum handle, nach welchen Gesetzen die Wechselfähigkeit der Personen, welche Wechselverbindlichkeiten übernehmen, zu beurtheilen sei, so müsse nach seiner Ansicht diese Fähigkeit, als eine persönliche Eigenschaft, nothwendig nach den Gesetzen des Staates, welchem der Wechselverpflichtete angehöre, beurtheilt werden. Auf diese Art sei die Frage in den §§. 10 und 11 des Oesterreichischen Entwurfs einer Wechselordnung in Uebereinstimmung mit den §§. 4 und 31 des Oesterreichischen bürgerlichen Gesetzbuchs gelöst worden.

Der in dem zweiten Satze des §. 1 des Sächsischen Entwurfs aufgenommene Grundsatz hingegen, wonach ein nicht wechselseitiger Ausländer, wenn er im Inlande eine Handlung vornimmt, welche Wechselverbindlichkeit erzeugt, in Betreff der Wechselfähigkeit nach den Gesetzen des Inlandes beurtheilt wird, greife in das internationale Recht ein. Dieser Satz ließe dahin, den Ausländer temporär in einen Inländer umzugestalten, und werde zu diplomatischen Reclamationen, zur Unwohlthatbarkeit der gefällten Urtheile in jedem Deutschen oder anderen Staate, welchem der Wechselverpflichtete angehöre, und zu unangenehmen Reciprocitätsanfragen führen, und auf diese Art, wenn nicht in allen Deutschen Staaten durchaus gleich der Grundsatze über die Wechselfähigkeit angenommen wüden, anstatt die Eintracht zu befördern, zur Uneinigkeit Anlass geben.

Ein solcher Satz lasse sich wohl als eine durch eine fremde Regierung abgegebene Reciprocitätsmaßregel, dieser Regierung gegenüber, aber nicht als allgemeiner Rechtsgrundsatz vertheilgen. Man bedürfe ferner dieser Ausnahme von der allgemeinen Regel zum Schutze der Inländer aus nicht; denn wenn sich ein minderjähriger Ausländer bei einem Geschäftsfähigen für großjährig ausbebe, so müsse er mit Recht

für allen hierdurch entstandenen Schaden haften (§. 248 des Oesterreichischen bürgerlichen Gesetzbuches) und was die Frauen betreffe, so wisse wohl Jeder, der Wechselgeschäfte makte, daß dieselben in Betreff der Wechselfähigkeit in vielen Staaten Beschränkungen unterworfen sind. Wer überhaupt mit Ausländern Wechselgeschäfte eingehe, der dürfe einmal nicht in der besonnenen Umsicht der fremden Gesetgebungen verharren, wenn er sich vor Schaden bewahren wolle. Er könne daher nur für die Verwerfung einer solchen Ausnahme hinsichtlich der Wechselbarkeit stimmen.

Hierauf ward entgegnet: Es handle sich von einem für ganz Deutschland in bündelten Wechselrecht, und man dürfe daher, was die einzelnen deutschen Staaten betreffe, Verfügungen nicht verabsäumen. Hieren aber auch abgesehen, sei es keineswegs eine Verletzung des materiellen Rechts, wenn ein Staat seinen Angehörigen nicht zumuthen wolle, die Dienstverpflichtung einer im Inlande sich obligirenden Person nach Maßgabe des ausländischen Rechts zu prüfen, bevor sie sich mit derselben in Verträge einlasse. Zudem es überbaue, in der That sei, daß der inländische Richter angegangen werden könne, welche Legation nach seinen Gesetzen Recht zu sprechen haben und sich Theilwei durch Eingriff in das im Inlande befindliche Vermögen des Ausländers vertheilen. Versüglich im Gebiete des Handelsrechts müsse man von diesen Grundsätzen ausgehen, wenn Deutschland nicht offen-

bar gegen andere Nationen, gegen Frankreich, England, Amerika u. sich zurückziehen wolle, wo man ohne Zweifel einen nach dertigen Gesetzen großjährigen Ausländer, der dazselbst Wechsel ausgestellt habe und mit seiner Person oder seinem Vermögen sich dort betreiben lasse, verurtheilen und zur Haft bringen werde, obgleich er nach den Gesetzen seines Vaterlandes noch minderjährig sei, oder als Minderer entweder dem Personalarrechte nicht unterliege oder überhaupt nicht wechselfähig sei.

Die Frage:

Soll ein Ausländer, der im Inlande sich wechselmäßig verpflichtet hat, als wechselfähig behandelt werden, wenn er auch nur nach den Gesetzen des Inlandes wechselmäßig ist?

kam hierauf zur Abstimmung und ward mit 10 Stimmen gegen 9 bejaht. Unter den Vereimendeten befanden sich die Herren Abgeordneten für Oesterreich, Kirchheim, Rübel und Bremen.

Bei dem § 77 war man einverstanden, daß derselbe bloß auf die Form sich beziehe. Ubrigens entstand die Frage, wie es mit Ufswechseln, welche im Auslande ausgestellt werden, hier zu halten sei. Nach längerer Erörterung vereinigte man sich aber in der Ansicht, daß die Entscheidung über diesen Punkt schon in dem ersten Abzuge des §. 76 gegeben sei.

Hiermit ward die Verhandlung geschlossen.

XXIII.

Leipzig, den 18. November 1847.

In der heutigen Sitzung leitete die Versammlung nach der Verlesung des Protocolls der gestrigen Sitzung zur Verlesung des §. 78 des Entwurfs.

Zu dem eben ward um 11 von dem Herrn Vicepräsidenten Dr. Gineri bemerkt, daß es räthlich wäre sein dürfte, bei diesem ganzen vom Protokoll handelnden Abschnitte auch in der Fassung des Gesetzes die beiden in Betrach kommenden Handlungen des mit der Verlesung des Protocolls Beauftragten zu setzen — nämlich die Handlung des Protokollisten selbst und das Niederschreiben des beim Protokollisten gefertigten. Mit Rücksicht hierauf würde es sich empfehlen, den Inhalt der §§. 78 und 81 veranlassen, und darauf erst die Bestimmungen in den §§. 79 und 81 folgen zu lassen. Die Zweckmäßigkeit dieses Antrages fand Anerkennung und ward die Beauftragung derselben der Commissionscommission empfohlen.

Bei der darauf vorgenommenen Prüfung des Inhalts des verschiedenen Paragraphen war man übereinstimmend darüber einverstanden, daß die Worte: „Im Bereich des Appellationsgerichts“ so wohl sind die Gerichte vollständig zur Aufnahme der Protokolle beizugeben für die allgemeine Wechselordnung nicht paßend seien, und daher wegzufallen müßten.

In Betreff des ersten Satzes dieses Paragraphen ward hervorgehoben, daß es nicht genügend sei, wie im Entwurfe gefordert, zu bestimmen, daß ein Protokoll „gerichtlich“ aufgenommen werden könne; es werde vielmehr erforderlich sein,

daß diejenigen Beamten und Behörden berechtigt würden, welche neben den Notaren zur Aufnahme von Protokollen autorisirt seien. Einverstanden war man darüber, daß in der Regel die Notare zur Protokollerhebung zu adhibiren seien, daß diese daher auch im Entwurfe vorangestellt werden müßten; ebenso unabweisbar erschien es indes, daß man, namentlich mit Rücksicht auf das Bedürfnis der Landstriche und kleineren Orte, sich nicht auf die Notare allein beschränken könne, daß aber bei der großen Verantwortlichkeit der Entscheidungen der in Betrach kommenden einzelnen Länder die allgemeine Wechselordnung hierüber keine genauen Vorschriften enthalten könne, sondern daß es einer jeden Regierung, welche die allgemeine Wechselordnung publicire, zu überlassen sein werde — falls nicht schon genügende Vorschriften in dieser Beziehung existiren sollten — die mit Protokollerhebungen zu beauftragenden Beamten zu bezeichnen. Es ward demnach beschlossen, den ersten Satz dieses Paragraphen etwa dahin zu fassen: „Protokolle müssen durch einen Notar oder eine dazu bestellte Person aufgenommen werden.“

Eine Bemerkung, ob es nicht zweckmäßig erscheine, die Regierungen dadurch weniger in der Wahl dieser Officials zu binden, daß statt „Gerichtsperson“ das Wort „Beamten“ gewählt werde, ward durch die Entgegnung beseitigt, daß es im Allgemeinen nicht nöthigend wäre, dieses Geschäft anderen Beamten, als denen der freiwilligen oder freiwilligen

Gerechtsbarkeit zu übertragen, das übrige, wo die Umstände dies erheischen oder es zulässig erscheinen ließen, ein solcher Beamter, durch seine Bestellung zur Vornahme von Acten freiwilliger Gerechtsbarkeit, eine Gerichtsperson werde.

Es ward ferner mit Beziehung auf den §. 41 des Holsteinischen Entwurfs zur Erwägung gestellt, ob nicht bei zu großer Entfernung der Notare von Gerichtspersonen, die Aufnahme eines Protocolls durch zwei rechtsgültige Zeugen für zulässig erklärt werden müsse. In dieser Rücksicht ward bemerkt, daß ein auch von den unzutrefflichsten Zeugen aufgenommenen Act nie ein ganz liquides Document sei, wie es hier erfordert werde. Uebrigens war die Vermuthung der Ansicht, daß die staatsgewohnte Bewilligung von zwei Protocolltagern aus dem entferntesten Wohnorte die Möglichkeit genährten werde, einen Notar oder eine Gerichtsperson rechtzeitig herbeizuführen.

Ueber die Beibehaltung des Schlussatzes dieses Paragraphen war die Versammlung einverstanden.

Zum §. 29 ward, nachdem derselbe vorgelesen, zunächst für die Redaction zu Nr. 1 bemerkt, daß möglichsterweise auch eine Wechselcopie präsentiert sein könne, in welchem Falle von dieser Copie eine Abschrift in den Protocoll aufzunehmen sei, und zu Nr. 2, daß statt des Wortes: „Verpflichteten“ ein anderer Ausdruck zu wählen sein werde, da häufig der Fall vorkomme, daß die Ausrufung an einen „Nichtverpflichteten“ gerichtet werde. Die Nützlichkeit dieser Bemerkung ward anerkannt, führte aber zu der ferneren Erwägung, daß die Bezeichnung des Geschäftes, als eine Aufforderung zu einer zu leistenden Handlung, nicht ganz erschöpfend sei, indem ein Protocoll unter Umständen auch etwas Anderes, namentlich eine Rechtsvermahnung gegen eine bereits vorgenommene Handlung enthalten könne. Die Berücksichtigung auch dieser Bemerkung ward der Redactionscommission empfohlen, und in Betreff der Fassung dieses Paragraphen auf den Code de commerce art. 174, den Oesterreichischen Entwurf §. 211 und den Holsteinischen Entwurf §. 41 verwiesen.

Von einer anderen Seite ward auf die bereits genehmigten Bestimmungen des §. 40 des Preussischen Entwurfs aufmerksam gemacht, demzufolge durch den Protocoll dargehen werden solle, daß die Präsentation des Wechsels redtlich gewesen sei; die Versammlung war darüber einverstanden, daß dies auch in der Vorfrist über die Förm der Protocoll zu erwähnen sei, woraus zugleich folge, daß, wie auch schon jetzt gebräuchlich, der Notar selbst den Wechsel nochmals präsentieren müsse. Ferner kam zur Frage, ob man nicht nach dem Vorbilde des Code de commerce die Unterschrift dessen erfordern solle, gegen welchen der Protocoll erhoben werde. Die Versammlung entschied sich indeß dahin, daß dies nicht wünschenswerth sei, weil es eine leere Formalität zur Pflicht machen würde, da die Unterschrift des Notars oder des Beamten jeden Zweifel über die Nützlichkeit des Vorganges ausschließen müsse, überdies auch die Erfahrung in Frankreich lehre, daß die Unterschrift regelmäßig verweigert werde.

Zu No. 4 dieses Paragraphen ward bemerkt, daß, falls es die Absicht sein sollte, darüber anzudeuten, daß der Notar nach der Urtheile der Verweigerung zu fragen habe — dies nicht zu billigen, dagegen aber dem Notar aufzugeben sein dürfte, anzudeuten, gegen welche Person er sich seines Auftrages entledigt habe. Gegen die Idee dieser Bemerkungen ward indeß hervorgehoben, daß, wenn der Notar auch nur unter ganz besonderen Umständen und im Falle eines ihm dazu ertheilten, besonderen Auftrages, nach der Urtheile der Verweigerung zu fragen habe, es doch erforderlich sei, daß er

jedesmal die ihm ohne besondere Ermächtigung nach der Urtheile gegebene Erklärung in den Protocoll aufzunehmen habe, indem diese Erklärung, wenn sie auch nicht immer ganz wahr sein möge, auf das Verhalten anderer bei dem Wechsel Beteiligten von Einfluß sei, wie z. B. der Nothadresse eine Secunda nicht acceptiren werde, wenn der Traftat die Annahme mit der Erklärung verweigere, daß die Prima von ihm bereits acceptirt sei.

Man verständigte sich noch allerseits dahin, daß der Notar, ohne nach dem Verweigernde den Einschießung des Verfragten sich zu erkundigen, in die diesem ertheilte Antwort, oder den Umstand, daß eine solche nicht zu erlangen gewesen, als einen wesentlichen Bestandtheil des ganzen Vorganges, worüber der Act aufzunehmen sei, im Protocoll anzudeuten habe, wie dies auch im §. 211 des Oesterreichischen Entwurfs vorgeschrieben sei.

Was dagegen die Person betreffe, gegen welche der Notar, falls er eine solche überall vorgefunden, sich seines Auftrages entledigt habe, so könne es nicht Absicht sein, daß der Notar jedesmal den Namen derselben anführe, da er diesen nicht immer wissen und erfahren könne, dagegen aber sei es erforderlich, daß der Protocoll eine allgemeine Bezeichnung dieser Person enthalte, daß namentlich bemerkt werde, ob der Protocoll selbst anweidig gewesen, oder ob ein Theilnehmer des Geschäftes, oder ein Commis, Diener oder wer sonst auf seinen Auftrag geantwortet habe.

Die Versammlung erklärte sich auf einen ferneren Antrag auch damit einverstanden, daß, falls es sich um eine Ehrenacceptation oder Ehrenzahlung handle, vorgeschrieben werde, daß der Protocoll darüber Auskunft geben müsse, wie, von wem und für wen die elbe angeboten oder geleistet worden; desgleichen, daß es vorgeschrieben werde, was übrigens in einem der früheren Paragraphen bereits angedeutet sei, daß, falls ein Wechsel in demselben Stadium mehrerer solcher Handlungen erforderlich mache, diese verschiedenen Protocoll in einen Act zusammenzufassen seien.

Es ward hierauf noch in Anregung gebracht, ob dem Notare nicht vorschreiben sei, in dem Protocoll auch die Tageszeit, namentlich die Stunde, anzugeben, zu welcher er die Handlung vorgenommen habe. Diefem Antrage ward indeß von mehreren Seiten widersprochen, wobei insbesondere hervorzuheben ward, daß eine solche Vorfrist wegen der Ungelegenheit der Uhren mit Gefahr verknüpft sei. Die Versammlung theilte diese Bedenken; dem Antrage konnte demnach keine Folge gegeben werden.

Schlüssig ward noch von dem Herrn Vicepräsidenten Dr. Cincert darauf aufmerksam gemacht, daß ältere Notariatsordnungen den Notaren zur Pflicht machten, das Jahr und den Tag auf mehrfache Weise zu bezeichnen, als nach der Regierung des Kaisers, Römer-Jahrszahl u. s. w. Dies sei nicht nur unnöthig, sondern könne leicht zu Irrthümern und unter sich widersprechenden Angaben führen. Es sei daher zweckmäßig, in dem zu erlassenden Gesetze vorzuschreiben, daß nur das Kalenderjahr und der Kalendertag in den Protocoll aufzunehmen sei. Von Seiten des Herrn Referenten ward bemerkt, daß dies auch die Absicht des Entwurfs gewesen, und es ward, da die Versammlung über den Antrag völlig einverstanden war, der Redactionscommission überlassen, diese Bemerkung, so wie die übrigen bei diesem Paragraphen vorgekommenen Erwägungen und Beschlüsse bei der Fassung des Paragraphen zu berücksichtigen.

Zum §. 80 ward beantragt, daß in dem ersten Satze die

angeführte Zeitbestimmung, so wie im zweiten Satz die Worte: „innerhalb der vorgenannten Geschäftsstunden“ wegfallen möchten und zur Begründung dieses Antrages bemerkt, daß diese Bestimmung lediglich auf Localstrafen und Einrichtungen beruhen werde, aber eben deshalb dem Bedürfnisse vieler Orte nicht entsprechen könne. Dagegen ward aber hervorgehoben, wie sehr es das Geschäft erleichtere, wenn der Kaufmann eine feste Stunde habe, wo er mit Ruhe sein Compoir sitzigen könne. Um beides zu berücksichtigen, ward von einer Seite vorgeschlagen, in das Gesetz, als Zeitbestimmung, auf die üblichen Geschäftsstunden jedes Tages Bezug zu nehmen, wobei indes zu bedenken gegeben ward, daß eine solche Bestimmung wohl für die Kaufleute in einer größeren Stadt eine Bedeutung haben werde, dagegen für alle andere dem Zweckelgehe Unterwerfen nichts Festes enthalte. Mit Rücksicht hierauf und um doch einen ersten Zeitpunkt zu gewinnen, nach dessen Ablauf man vor Protesten sicher sein könne, ward von einem anderen Mitglieder vorgeschlagen, jedenfalls eine ständige Stunde vorzusehen; indes auch hiergegen ward bemerkt, daß, wenn dies gleich davor stehen könne, das nicht um Mitternacht ein Protest erhoben werden könne, daß auch eine solche ständige Stunde nothwendig für „ranke“ Theile der Geschäftswelt auf eine lästige Weise verlängern werde, während sie andererseits nicht genüge. Im Allgemeinen aber ward hervorgehoben, daß solche Zeitbestimmungen im Grunde ihren Platz in einer Notariatsordnung finden würden, und wenn auch ihre Aufnahme in ein Wechselgesetz kein um deswillen nothwendig erscheinen müsse, weil fast alle locale Wechselordnungen Bestimmungen dieser Art enthalten, so habe doch die Verhandlung hinsichtlich der Unmöglichkeit ergeben, eine Allen anwendbare Bestimmung für ein allgemeines Wechselrecht zu finden.

In Erwägung dieser Umstände vereinigte sich die Versammlung dahin, daß die Zeitbestimmung und die Bezeichnung auf die in der Voraussehung aus dem Paragraphen weggelassen solle, daß jene Regierung, welche es erforderlich finde, die für die lokalen Verhältnisse angemessenen Geschäftsstunden, sollte dieselben festsetzen, sei, gesetzlich zu fixiren, hierüber die nöthigen gesetzlichen Bestimmungen erlassen werde.

Es kam ferner bei diesem Paragraphen zur Sprache, ob es genügend sei, die Sonntage und die „gesetzlich anerkannten christlichen Feiertage“ als diejenigen zu bezeichnen, an denen Proteste nicht aufgenommen werden könnten. Es ward in dieser Beziehung einmüthig auf das Verzeihnis der jüdischen Glaubensangehörigen hingewiesen, andererseits aber hervorgehoben, daß diese selbst in mehreren Ländern darauf angetragen hätten, das rücksichtlich ihrer eine Ausnahme von der Regel nicht gemacht werde, in anderen Staaten aber, wo solche Ausnahmen früher bestanden, die Aufhebung derselben durchaus keine Unmöglichkeit zur Folge gehabt habe. Die Versammlung vereinigte sich ohne Abstimung dahin, daß in dieser Beziehung keine Veranlassung gegeben sei, für Befürworter einer nicht rirklichen Gesetzen bestehende Ausnahmen in der allgemeinen Wechselordnung vorzutreiben, auch nicht in der Beschränkung, wie dieselbe in dem schweizerischen Entwurf gezeichnet, dem zu Folge auf israelitische Feiertage wohl bei der Präsentation zum Accepte, nicht aber bei der Präsentation zur Zahlung Rücksicht genommen werden. Dagegen aber fand eine andere Bemerkung Beachtung, welche es hervorrief, daß der Ausdruck: „gesetzlich anerkannte christliche Feiertage“ aus mehreren Gründen in Anbetracht Veranlassung geben konnte, nicht das Wort „gesetzlich“ wegzulaf-

sen sei. Zugleich ward von mehreren Seiten bemerkt, daß außer den christlichen Feiertagen in einigen Staaten auch noch andere Feiertage existirten, an welchen die Geschäfte ruhten, wie z. B. Constitutionsfeste, oder der abziehende October, und daß auch diese berücksichtigt werden müssen. In Erwägung dieser Bemerkungen war die Versammlung der Ansicht, daß der Ausdruck: „von Staatswegen anerkannter allgemeiner Feiertage“ das Erforderliche genügend bezeichnen und demnach nicht erforderlich sein werde, wie von einer Seite beantragt worden, ausdrücklich im Gesetze auszusprechen, daß an jüdischen Feiertagen Proteste gegen Befürworter des jüdischen Glaubens erhoben werden könnten.

Eine Verschiedenheit der Meinungen darüber, ob es empfehlender sei, das Wort „Feiertag“ oder „Feiertage“ zu wählen, erledigte sich ohne Abstimung dahin, daß dem Worte „Feiertag“ der Vorschlag gegeben wurde.

Zum §. 81 ward von mehreren Seiten und namentlich von dem Herrn Abgeordneten von Lübeck bemerkt, daß die hier in den Vorschlag getragenen Bestimmungen mehr in eine Notariatsordnung als in die Wechselordnung gehörten, indem die Gültigkeit eines erhobenen Protestes von deren Befolgung nicht abhängig sein könne. Die Mehrheit der Versammlung sprach sich indes für die Beibehaltung des Paragraphen aus; auch war man darüber einverstanden, daß im Eingange in Betreff der zur Aufnahme von Protesten bezüglichen Personen die zum §. 78 beliebige Fassung zu wählen sei. Von dem Herrn Ministerialrath Brauer ward noch bemerkt, daß die Handelskammern des Großherzogthums Baden die Aufnahme eines Zusatzes zu diesem Paragraphen wünschten, wodurch ausgesprochen werde, daß die Einsicht der zu führenden Protestregister jedem Theilhabenden freistehet. Die Versammlung war jedoch nicht der Ansicht, daß eine solche Vorkehrung in die Wechselordnung gehöre. Außerdem kam noch in Erwägung, ob die Bestimmung des Paragraphen, wonach die Proteste in ein besonderes Register einzutragen seien, nicht entbehrlich werden könne. Die Versammlung vereinigte sich indes dahin, daß nicht nur eine Eintragung der Proteste überhaupt erforderlich sei, sondern daß auch eine Eintragung in besondere Register vor der in der allgemeinen Notariatsregister den Bezug verdienet, wobei sowohl auf die Bestimmungen des Art. 176 des Code de commerce, als darauf aufmerksam gemacht ward, daß es bei Freigebung der Eintragung der Proteste von nachtheiligen Folgen sein könne, wenn dadurch auch andere Notariats-handlungen, die in dieselbe Register eingetragen wären, eingeklemmt werden könnten. Der Entwurf ward demnach auch in Ansehung dieser Bestimmungen angenommen.

Schlüssig wurde noch anbeigegeben, ob es nothwendig sei, gesetzlich auszusprechen, daß der Notar zc. verpflichtet sei, auf Verlangen Abtheilungen von den Protesten zu geben; man war indeß der Meinung, daß es genügend sein werde, im Protocolle auszusprechen, wie die Versammlung eine solche Verpflichtung als sich von selbst verstand betrachten habe.

Rücksichtlich des §. 82 vereinigte sich die Versammlung darüber, daß es wünschenswerth sein werde, denselben ganz wegzulassen, und in die demselben enthaltenen Bestimmungen bei anderen geeigneten Stellen des Entwurfs, als welche namentlich die §§. 25 und 41 bezeichnen wurden, in so weit dies erforderlich, einzufügen und das in dieser Beziehung zu Beantworte der Redactionscommission zu überlassen, wobei ricksichtl. möglich erl. ward, eine solche Fassung zu wählen, daß die bekannte Controverse über die Präsentation der Do-

mischwechsel in Uebereinstimmung mit der Ansicht der Versammlung dahin entschieden werde, daß es bei diesen Wechseln, wenn der Domiciliat am Zahlungsorte nicht getroffen werde, genügend sei, den Protest Mangels Zahlung am Zahlungsorte erheben zu lassen.

Zum §. 83 ward von einem Mitgliede der Versammlung beantragt, daß auch die Börse in denjenigen Städten, wo eine solche existire, als ein Ort bezeichnet werde, wo die Präsentationen und die anderen in diesem Paragraphen erwähnten Geschäfte und Handlungen vorgenommen werden könnten, da dies durch das Bedürfnis des Geschäftsverkehrs schon längst in allen größeren Städten eingeführt sei.

Dieser Antrag ward indeß zurückgenommen, als die Versammlung ihre Ansicht dahin aussprach, daß die Präsentation und die sonstigen erwähnten Geschäfte an jedem anderen Orte, namentlich auch an der Börse, vorgenommen werden könnten, sobald die Vetheiligten darüber einverstanden seien, daß jeder, wenn dies nicht der Fall, der Protest das Recht habe, zu verlangen, daß er in seinem Geschäftslocale, oder in Gemangung eines solchen in seiner Wohnung aufgesucht werde. Es ward der Redactionscommission überlassen, dies durch die zu wählende Sitzung anzureuten und derselben zugleich in Gemäßheit eines diesfälligen Antrags anbeizugeben, ob ein Ausdruck gefunden werden könne, woraus sich ergebe, daß im Falle eines eingetretenen Concurs- oder Quantverfahrens, die Präsentation nicht bei dem Citator, sondern bei dem Citator der Masse zu bewirken sei.

Beim §. 84 ward abermals zur Erwägung gestellt, ob nicht hier wenigstens, wo es sich nicht bloß von Protesten, sondern von Anforderung zur Zahlung zc. handle, gewisse Geschäftsstunden anzuordnen seien. Es ward indeß auf die Gründe verwiesen, welche bereits zum §. 80 gegen eine solche Bestimmung angeführt worden, und namentlich hervorgehoben, daß, falls die Particularabgegebung sollte Cauten anzuordnen für angemessen halte, dadurch dem Bedürfnis genügt werde, daß aber, wenn auch solche Stunden nur in einer Notariatsordnung vorgeschrieben werden sollten, kein Nachtheil für die Geschäftsmänner entstehen könne, weil die Anforderungen zur Zahlung zc. dann jedenfalls so zeitig vorgenommen werden müssen, daß noch ein Protest im Falle der Verweigerung aufgenommen werden könne. Demgemäß ward beschlossen, daß die Worte: „und innerhalb der Geschäftsstunden“ (§. 80) weggelassen und die Worte: „geschäftlich anerkannter dritthilftlicher Feiertag“ ebenso wie dies im §. 80 geschehen werde, verändert werden sollten.

Von den Hamburger Herren Abgeordneten ward bei diesem Paragraphen noch bemerkt, daß man in Hamburg für diejenigen Zahlungen, welche durch die Bank vermittelt werden, noch zwei Tage im Jahre zu bezeichnen habe, an denen keine Zahlung gefordert werden könnte. Die Bank werde nämlich im Anfange jedes Jahres auf zwei Tage geschlossen, um eine Revision derselben vorzunehmen, dies sei indeß für die allgemeine Vertheilung ohne allen Einfluß und solle hier nur angekündigt werden, berühre übrigens auch alle anderen Wechselabteilungen, mit alleiniger Ausnahme der in Hamburger Banco zu leistenden, nicht.

Zum §. 85 ward von dem Herrn Referenten bemerkt, wie er von mehreren Seiten darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß häufig Wechsel und Wechselklärungen, namentlich von Auswärtigen vorkommen, die, weil die Aussteller nicht schreiben könnten, nur mit Kreuzen unterzeichnet seien; er gebe deshalb anheim, ob nicht der erste Satz dieses Paragraphen

dahin abzuändern sei, daß Wechsel und Wechselklärungen, die mit Kreuzen oder anderen Zeichen vollzogen seien, nur in dem Falle Wechselkraft haben sollten, wenn sie gerichtlich oder notariell ausgestellt worden. Dieser Antrag fand allseitig Zustimmung und ward nur noch bei diesem Satz von einem Mitgliede der Versammlung darauf aufmerksam gemacht, daß es statt der Worte „andere Erklärungen“, „Bürgschaft oder Aval“, heißen könne, indem außer den genannten keine anderen Wechselklärungen als der Aval übrig blieben. Tiefe Bemerkung ward der Redactionscommission zur Berücksichtigung anbeizugeben.

In Betreff des zweiten Ablasses dieses Paragraphen ward bemerkt, daß es bedenklich erschiene, den Infall desselben in die Wechselordnung aufzunehmen, indem es unter Umständen von Wichtigkeit, namentlich zum Behufe der Legitimation durch eine fortlaufende Reihe von Indossamenten, sein könne, daß der Indossatar, welcher im Indossament mit seinem Vornamen genannt sei, auch das folgende Indossament mit demselben Vornamen unterschreibe. Man könne aber das Recht, einen Wechsel zurückzuweisen, der solche Mängel in den Unterschriften habe, dadurch beschränkt erscheinen, wenn das Gesetz die Zuzugung des Vornamens für nicht erforderlich erkläre. Von anderen Seiten ward vorgeschlagen, den Satz umzukehren und zu sagen, daß die Weglassung des Vornamens keine Ungültigkeit zur Folge habe. Diese Bemerkung ward indeß durch eine folgende ihre Erledigung, welche hervorhob, daß der ganze Satz nur deshalb in den Entwurf gekommen zu sein könne, um eine entgegengesetzte Bestimmung des Preussischen Landesrechts ausdrücklich außer Kraft zu setzen, eine Bemerkung, welche von dem Herrn Referenten bestätigt ward. Mit Rücksicht hierauf ward beantragt, daß der ganze Satz weggelasse, weil es sonst zu unrichtigen Interpretationen führen könne, wenn anderen abgeänderten Bestimmungen früherer Gesetze nicht dieselbe Rücksicht widerfahren sei. Durch den Wegfall des Satzes würden auch alle übrigen gegen denselben erhobenen Bedenkslichkeiten beseitigt werden. Bei der darauf vorgenommenen Abstimmung erklärte sich die Versammlung einstimmig für den Wegfall des zweiten Satzes, indem sie sich in der Anstalt vereinigte, daß nach den Bestimmungen im §. 4 des Entwurfs die Angabe der Vornamen bei der Unterschrift des Ausstellers so wenig, als bei der Bezeichnung des Revidenten und des Bezogenen ein wesentliches Erfordernis des Wechsels sei.

Mit Rücksicht auf einen in der Sitzung vom 23. October gestellten Antrag, ob nicht der §. 86 des §. 3 des Entwurfs unmittelbar anzuftellen sei, kam diese Frage wiederum zur Erörterung. Es ward beschlossen, die Erwägung, ob der §. 86 passender an einer anderen Stelle stehen werde, der Redactionscommission zu überlassen. Dabei ward derselben zugleich anbeizugeben, zu versuch, ob nicht das ganze Capitel XIII. weggelassen könne, indem der §. 85 etwa bei §. 4 eingefügt werden könnte.

Diese Erörterungen über den §. 86 gaben indeß noch zu einer Discussion über die Bedeutung desselben Veranlassung und es kam zur Frage, ob dadurch das Verhältnis des Mandatars zum Mandanten, sowie das Verhältnis des letzteren zum Wechselgläubiger berührt werde. Die Versammlung war indeß einverstanden darüber, daß hier nur eine Vorfrage für den Fall gegeben sein solle, wenn etwa die Befugnis des Mandatars, die Wechselverbindlichkeit für den Mandanten einzugehen, gelungen oder in Zweifel gezogen werde, und der §. 86 nur die Verfügung enthalte, daß in diesem Falle der

Mangasar dem Wed feläbäufiger so lange habe, bis er nachgewiesen, daß er durch seine Vollmacht zur Eingebung der Wed felwerbindlichkeit für seinen Auftraggeber befugt gewesen sei, wie dies aus der Art. 559 des Württembergischen und der §. 4 des Holsteinischen Entwurfs anspricht. Es ward der Hebräischseminaristen die Ermägung anbeingegeben, ob es nothwendig sei, diese Abicht des §. 86 deutlicher auszu-
drücken. Im Uebbrigen ward gegen den Inhalt des Paragraphen nichts eingewendet.

Die Versammlung ging hierauf zur Beratung des dritten Abschnittes des Entwurfs: „Von eigenen Medien“ über. Ob dieselbe sich aber zu dessen einzelnen Paragraphen wendete, ward von dem Herrn Vicepräsidenten Dr. Gierl beschließend vorgetragen:

Mit dem Namen „eigene oder fremde Wechsel“ pflegte man außer denjenigen Papieren, welche der Guthefindung darunter vorstehen, auch eine gewisse Gattung von Urkunden zu bezeichnen, welche die Angabe eines anderen zwischen dem Geber und Nehmer verhandelten Rechtsgeschäfts in sich aufnehmen, welches auf Geldzahlung gerichtet sei, und womit der Aussteller als der zur Zahlung verpflichtete Theil, die Gründung des Contrahats, d. i. die Leistung der verpflichtenden Geldzahlung, aufzuheben gewöhnlich Tag sage. Man begriffe dergleichen Urkunden unter dem Namen: „Wechsel“, nicht nur wenn sie in dem Commerce als solche bezeichnen seien, sondern in der Regel auch dann noch, wenn sie nur die sogenannte Wechselklaufe, d. i. die Zusage, nach Wechselrecht zu zahlen, oder den Zusatz: „und soll diese Urkunde als Wechsel gelten“ oder „ein Wechsel sein“ enthalten. Zu einer solchen Erweiterung und Ausdehnung des Begriffs „Wechsel“ gebe auch die vorhandene, noch bestehende Wechselrechtsschule — die gemeine Schule des Wechselrechts, nach welcher bis zu Anfang des 19ten Jahrhunderts alle Deutschen Wechselgerichte errichtet seien, nicht nur Anlaß, sondern sogar die dringendste Aufforderung. Denn wenn die Definition vom Wechsel, welche von Brückmann Zeiten an in allen Lehrbüchern vorkomme,

daß der trockene Wechsel eine Schrift sei, in der das
Wort Wechsel vorkomme, und worin sich der Aussteller
zur Zahlung verpflichte,

die richtige sei, so hielten ihnen damit die eben bezeichneten
Schriften unter diesen Begriff, und daß es denn nun auch die
Rechtslehre insgemein ebenfalls so meinte, das erkenne man
aus der bezeichneten Ausrufung, welche diesel in ohne Ausnahme
über das innere Wesen und die Bestimmung des eigenen
(trocknen) Weisfelds — des sogenannten *cambium informis* —
ertheilten. Gerade über dieses Geheile von Weisheit habe
die Schule die geordnete und klare Ausrufung gegeben.
Wenn die Tratte eine Mischung von allerhand Geschäft
(*est ex variis negotiorum figuris conflatum*) ist, was an
Mandat, Geissen oder an einen *Innominatcontract*: do ut des,
et cetera ut des erinnere, so ist man sich über den Charakter
des trocken Weisfelds völlig klar. Dieser sei eine Art Schma-
rengeheuse, die sich an andere bürgerliche Geschäft anreife,
mit ihnen eng verbunden sei und mit ihnen tiefe und fälle.
Der trockne Weisfeld sei eine *adjectiva qualitas*, wie sie Sy-
necides in *Guvernantibus* mit seinen Vorgängern und
Nachfolgern nenne, und habe keinen andern Zweck, als die
Umwandlung des Ansehens unter den *rigor cambialis* für
den Fall, daß er zur Zahlung vortrefflich werden würde. Daß
man bei der Ausrufung einer Weisgeheiß für den wahren
Weisfeld, über dessen Wert, als *papierene Valuta* namentlich
in der vorstehenden in Briefe einmischen, man feststellen

nin) sei) den trockenen Wechsel — wenn er das sei, was die Schule aus ihm mache, nämlich ein Weisen accorffirter Natur, welches mit und neben einem anderen Hauptgeschehete bestche und sich mit und neben diesem fortplante, u. d. selbstständig seinen Lauf beginne, vielmehr um jenes accorffirten Interesche halber in allen Beziehungen seiner Wirksamkeit sich als von jenem Hauptgeschehete abhängig ausweise — als wärs den Wechsel nicht anerkennen dürfte, sei gewis. Aber eben darvun dürfte es gegenwärtig erforderlich sein, die Begriffsbestimmung in berichtigte, mit wenig Worten anzuzeigen, was zur Diagnose des trockenen Wechsels gehöre, den man dem wahren Wechsel ebenbürtig erkennen sollte, und Mißverständnissen vorzubeugen, in die man an der Hand einer Schule gelange, die man wenigstens als die gegenwärtig in Deutschland allgemeine, allbekannte und auch in Praxi bestche, achten müsse. Die Diagnose sei von hohen praktischen Werthe. Wo das Hauptgeschehete neben dem Wechsel bestche, da sei der Anspruch aus dem Papiere im Hauptwerke ein Anspruch aus Kauf, Darlehen, Miete u. i. w., dem die Ausfälle entgegen ständen, die dem Hauptgeschehete entsprächen. Diese gingen aus wider den Nehmer; die Fortsetzung der Ansprüche und Klagen aus dem Papiere könne nur durch Geschehen geschehen. Höchstens könne ein ausgedehntes Indesment als Geschehensurkunde gelten. Auch die Eigenschaft desselben als Cautio pro bonitate oder der Regres aus selbigem möchte bedenklich erscheinen, damit gehe das Wesen des Wechsels verloren, und man habe sich allenthalben dabei nur auf das zu berufen, was der Sächsische Entwurf in §. 249 ausdrückt. Es handle sich um eine Diagnose, die man mit der Bestimmung geben könne, daß der hier behandelte Wechsel in einem unter Anwendung des Wortes Wechsel ertheilten, unbedingten Zahlungsverprechen bestche, welches ohne alle Beziehung auf ein anderes neben ihm fortwährendes Gescheheteverhältniß ins Leben trete, und durch diese isolirte Stellung die exceptiones ex persona indossantis bestige. Es könne unerlässlich, jedenfalls in hohem Grade wünschenswerth, eine solche negative Bestimmung, *salva redactione*, in das Gesetz aufnehmen.

Wegen diesen Antrag wurde bemerkt, daß jede Definition bedenklich sei, daß sich bei dem Abstrahiren „von gewissen Wechseln“ kein Bedürfniß gezeigt habe, eine solche Definition voranzuschicken, und daß dies auch bei eigenen Wechseln nicht nöthig sein werde, da im Entwurfe die Erfordernisse eines Wechsels hinreichend deutlich angedeutet seien, um darnach in jedem einzelnen Falle zu bemessen, ob die übernommenen Verbindlichkeit als Wechsel und nach Wechselrecht zu behandeln sei oder nicht. Sei die Verbindlichkeit in der Form übernommen, die den Erfordernissen eines Wechsels entspreche und genüge, so werde dieselbe unter das Wechselgesetz fallen und jeder auf das zum Grunde liegende contractuelle Verhältniß sich beziehende Zusatz werde als nicht geschriebene betrachtet, während im entgegengeetzten Falle, wenn die Form eines Wechsels nicht beobachtet sei, der Zusatz, daß die Verbindlichkeit nach Wechselrecht übernommen sei, wirkungslos bleiben müsse, und nicht geeignet erscheinen könne, einen dem Wechselrechte völlig fremden Contract der Beurtheilung nach wechselrechtlichen Grundsätzen zu unterziehen.

Nach diesen Erörterungen, denen die überwiegende Majorität der Versammlung beipflichtete, ward der Antrag zurückgenommen.

Die Versammlung wendete sich darauf zur Prüfung des §. 87 und vereinigte sich zunächst dahin, daß es nicht zweck-

mäßig scheine, die Bestimmung des Dries, wo die Zahlung geschehen solle, zu einem Essentiale des eigenen Wechsels zu machen, welches schon um deswillen zu widerrathen sei, weil gewöhnlich dieser Ort nicht genannt werde. Dagegen wurde es für zweckmäßig erachtet, in einem besondern Paragraphen auszusprechen, daß, falls die Zahlung an einem andern Orte, als dem der Ausstellung geschehen solle, dieser ausdrücklich genannt werden müsse.

Es kam ferner zur Frage, ob nicht auch die unter Nr. 4. aufgeführte Bestimmung der Zeit, zu welcher gezahlt werden solle, wegfallen könne. Es ward hierbei darauf aufmerksam gemacht, daß die im folgenden Paragraphen enthaltene Bestimmung, daß der Wechsel auf Kündigung gestellt werden könne, mit einer als nothwendig bezeichnenden, schon bei der Ausstellung des Wechsels auszusprechenden Zeitbestimmung über die Fälligkeit in Widerspruch zu treten scheine. Auch ward darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Bestimmung der wesentlichen

Erfordernisse des gezogenen Wechsels im §. 4 die Zeitbestimmung der Zahlung, als ein Essentiale, habe mehr hervorgehoben werden müssen, weil man dadurch die Uebersicht habe abschließen wollen. Die Versammlung entschied sich indeß dahin, daß die Vorschrift unter Nr. 4 dieses Paragraphen beibehalten sei. Dabei kam zur Frage, ob eigene Wechsel auch auf Sicht gestellt werden könnten; man war darüber einverstanden, daß, wenn diese Form auch nicht häufig vorkommen werde, doch kein Grund vorliege, dieselbe auszuschließen, wie denn solche Wechsel auch jetzt „auf Sicht (Vorzugsung)“ oder vielmehr „auf Wiedericht“ und auf einige Zeit nach Wiedericht zahlbar vorkämen.

Es ward nur noch bemerkt, daß es demnach erforderlich sein werde, die Vorschrift, welche in Betreff der gezogenen a vista Wechsel angenommen, auch auf die trocknen a vista Wechsel zur Anwendung zu bringen und darnach den §. 89 zu vervollständigen.

XXIV.

Leipzig, den 22. November 1847.

In der heutigen Sitzung theilte der Herr Geheimrezeptionsrath von Patow der Versammlung mit, daß der Herr Banquier Hofmann aus Halle durch unabwiesliche Geschäftsgenöthigung werden will, die Conferenzen zu verlassen und nach seiner Heimath zurückzukehren.

Nachdem hierauf das Protocoll vom 18. d. M. vorgelesen worden, bemerkte der Herr Referent, daß man nach der zum §. 5 des Entwurfs gefassten Beschlußnahme jetzt auf die dort erwähnten sogenannten traßirten eigenen Wechsel zurückkommen müsse. Man habe sich damals vorbehalten, die rechtliche Natur dieser Wechsel, so wie die in Anhang über zu treffenden gesetzlichen Bestimmungen bei der Berathung über die eigenen Wechsel noch in nähere Erwägung zu ziehen und müsse sich daher jetzt über die dem traßirten eigenen Wechsel beizulegende Bedeutung verständigen. Es werde darauf ankommen, ob man ihn zu den traßirten oder zu den eigenen Wechseln rechnen, und dabei stehen bleiben wolle, die Worte: „sofern die Zahlung an einem andern Orte, als dem der Ausstellung geschehen soll“ aus dem §. 5 in Wegfall zu bringen. Das Passivtheil scheine in sein, die Worte beizubehalten, und das erste Alinea des §. 5 an seiner Stelle zu lassen. Es erscheine nämlich als ein leeres Spiel mit Formen, wenn Jemand an demselben Orte auf sich selbst traßire, und der Zweck könne in solchem Fall weit einfacher durch einen eigenen Wechsel erreicht werden. Man habe also keinen Grund, den traßirten eigenen Wechsel ohne Verbindlichkeit des Ausstellers und des Zahloortes unzulässig; ja man aber eine solche Verbindlichkeit voraus, so werde man auch den traßirten eigenen Wechsel nach Analogie einer Traite behandeln und demgemäß den ersten Alinea des §. 5 in zweiten Abschnitt des Entwurfs seine Stelle anweisen können.

Diese Ansicht fand indeß von verschiedenen Seiten Widerspruch. Man habe — so ward geäußert — die remisse de

place en place einmal aus der Reihe der Requisite des Wechsels entfernen, und man dürfe dieselbe daher auch nicht bei dem traßirten eigenen Wechsel zur Voraussetzung machen. Man erreiche damit nichts, als daß für einen Wechsel, der im Grunde doch nur ein eigener Wechsel sei, der Schein eines traßirten erlangt und die Anwendung der über Traiten geltenden Grundsätze möglich gemacht werde. Diese Grundsätze paßten auf den traßirten eigenen Wechsel indeß nicht. Man könne, da der Aussteller mit dem Bezogenen eine und dieselbe Person sei und schlechterhin mit dem Angegebenen werden müsse, als habe er den Wechsel bereits acceptirt, nicht sichtlich an eine Acceptation denken und eben so wenig an eine Verpflichtung des Inhabers, am Verfalltage gehörig zu präsentieren und Protest erheben zu lassen. Der traßirte eigene Wechsel könne — selbst wenn er dem Requisite der Verbindlichkeit des Zahlungsortes vom Ausstellungsorte genüge — doch immer nur nach ähnlichen Grundsätzen wie ein domiciliirter eigener Wechsel behandelt werden. Bei diesem komme keine Acceptation vor und durch eine Säumnis in der Präsentation zur Zahlung verweise der Inhaber keineswegs seine Regressrechte gegen den Aussteller. Es müsse daher die den traßirten eigenen Wechsel gelten, und man werde über diesen Punkt Zweifel und Zerwürfniß vermeiden, wenn man das erste Alinea des §. 5 in den von traßirten Wechseln handelnden Abschnitt und nicht in den Abschnitt über die eigenen Wechsel stelle.

Insonderheit ward von dem Vortragsredner Herrn Abgeordneten zur näheren Begründung dieser Ansicht bemerkt, daß er gegen den materiellen Inhalt des ersten Absatzes des Paragraphen nichts einzuwenden habe. Traßirt eigene Wechsel seien namentlich für diejenigen Fälle ein Bedürfnis des Handelsstandes, in welchen ein Handelshaus an verschiedenen Orten Commanditen habe. Er glaube aber eine wesentliche Eigenschaft des eigenen Wechsels darin finden zu müssen, daß

der Aussteller selbst zugleich der Zahler sei, wobei es keinen Unterschied mache, ob derselbe sich verpflichte, am Orte der Ausstellung selbst oder an einem anderen Orte zu zahlen. Dagegen glaube er, daß der erste Abzug des §. 5 in den von den eigenen Wechseln handelnden Absicht zu legen sei, damit nicht das Wesen der Sache der Form angepaßt werde, und nicht die Ansicht entstehe, daß bei einem solchen Wechsel zur Erhaltung des Wechselrechts gegen den Aussteller die Präsentation zur Zahlung und die Protesterhebung notwendig sei.

Für die eingezogenelegte, dem Vorklage des Herrn Referenten entgegenstehende Ansicht, ward dagegen im Wesentlichen Folgendes geltend gemacht:

Man dürfe — um die angemessene Stellung für den traßirten eigenen Wechsel zu finden — allerdings nicht auf das Wesen und die materielle Bedeutung dieses Wechsels, sondern eben nur auf die Form sehen. Kasse man sich auf eine Berücksichtigung des Wesens ein, so werde man den beträchtlichen Schwierigkeiten nicht entgehen. Günstiger sehe materiell die Tratte häufig einem eigenen Wechsel gleich, z. B. in dem Falle, wenn man in Frankreich, wo das *billet à ordre* eines *non-commerçant* nicht zur Wechselstrenge führe, von einem *non-commerçant* nicht ein solches *billet* ausstellen, sondern stattdessen eine Tratte acceptiren lasse. Andererseits würden aber auch unter Umständen durch einen eigenen Wechsel die Grundsätze einer Tratte erreicht. Für die richtige Anwendung sei daher nicht das von der anderen Seite argirte Wesen der Sache, sondern die Form entscheidend. Föge man diesen Gesichtspunkt, so sei es nicht unrichtig, daß man den traßirten eigenen Wechsel als Tratte behandeln müsse. Aus der Gleichheit des Namens des Ausstellers und des Bezogenen folge überdies noch nicht die Identität der Personen, so daß es in manchen Fällen bei Annahme der gegenwärtigen Ansicht zweifelhaft werden müsse, ob ein eigener oder ein traßirter Wechsel vorliege. Eine Anomalie liege in der Behandlung traßirteigiger Wechsel als traßirter auf keine Weise: namentlich habe sich in dem wichtigsten Falle ihres Vorkommens die Praxis bereits ganz bestimmt für diese Behandlung entschieden. Es siche nämlich (was die Herren Sachverständigen bestätigen) völlig sei, daß, wenn Jemand an verschiedenen Orten verschiedene Geschäftsumsätze, deren geschäftliche Verhältnisse völlig getrennt wären, besäße, und von dem Orte des einen Geschäftsumsatzes auf das gleiche Jirma süßende am anderen Orte einen Wechsel trassire, dieser Wechsel immer als Tratte behandelt werde. Es werde auf keinen Fall thunlich sein, für diesen Fall eine Ausnahmsbestimmung zu treffen, vielmehr müsse man in allen Fällen aus dem Gebrauche der Trattenform auch die Folgen des traßirten Wechsels zulassen, und dürfe eben nur solche traßirteigene Wechsel, welche auf den Ausstellungsort selbst gezogen seien, aus der eben bemerkten Rücksicht von dieser Regel ausnehmen. Es sei also am Angemessensten, den §. 5 an seiner ursprünglichen Stelle und in seiner ursprünglichen Fassung beizubehalten.

Eine andere, aus Fülle der vorliegenden Art anwendende, in den §§. 12—14 des Eckschiffen in Entwurfs ausgesprochene Norm der Einordnung ward von dem Herrn Vicepräsidenten Dr. C. U. C. verteidigt. Nach seiner Ansicht solle jeder in der Form der Tratte von dem Aussteller auf sich selbst gezogene Wechsel, wenn die Identität der Person des Ausgebers mit der des Bezogenen mit Gewissheit sich ergebe, als eigener Wechsel, anderen Falls aber als Tratte behandelt werden, und zugleich gegen den Ausgeber als eigener Wechsel geltend zu machen

sein. Nach einer anderen Ansicht sollte darauf gesehen werden, ob ein Wechsel der angegebenen Art eine vom Aussteller auf sich selbst geschriebene Adresse (an mich selbst) enthalte. In diesem Falle sei der Wechsel als eigener Wechsel anzusehen. Außerdem gelte derselbe entweder als traßirter Wechsel, oder, wenn die Vermerkung beigefügt worden sei „zahlbar“, als eigener domicilirter Wechsel.

Ungeachtet dieser Verschiedenheit der Ansichten über die Anwendbarkeit der für traßirte Wechsel geltenden Grundsätze auf traßirteigene Wechsel war man indeß darüber allgemein einverstanden, daß die rechtzeitige Präsentation und Protestation bei Wechseln der letztgedachten Art, auf welchen sich Zinsforderungen befänden, zur Erhaltung des Regresses gegen die Zinsdeffanten erforderlich sei.

Zum Behufe der Abstimmung wurden hiernächst die Fragen gestellt:

1. Sollen in den Entwurf Bestimmungen über traßirteigene Wechsel aufgenommen,

und

2. Sollen dergleichen Wechsel, vorbebehaltlich einzelner Modificationen, als Tratten behandelt werden?

von welchen die erste mit 14 Stimmen gegen 5, die zweite mit 11 Stimmen gegen 8 bejaht wurde.

Die fernerweit gestellte Frage:

3. Sollen als Gegenform des traßirteigenen Wechsels angesehen werden, daß derselbe auf einen von dem Ausstellungsorte verzeichneten Ort gezogen sei?

ward mit 10 Stimmen gegen 9, und die letzte Frage:

4. Sollen es für die traßirteigene Wechsel zum Behufe des Regresses gegen den Aussteller der Präsentation und Protestation bedürfen?

ebenfalls mit 10 Stimmen gegen 9 bejaht und somit angenommen, daß es bei der ursprünglichen Fassung des §. 5 des Entwurfs kein Verbleiben haben solle.

Zum §. 88 ward von einem Mitgliede der Versammlung bemerkt, daß es rätlich erscheine, die hier gegebenen Bestimmungen über die Zulässigkeit von Kündigungskritiken und Zinsverprechen ganz hinzuzulassen. Ein Wechsel, der auf Kündigung siche und ein Zinsverprechen enthalte, sei nichts mehr als eine Schuldverbreitung, und da man die eingetretene Kündigung nicht aus dem Wechsel verweisen könne, nicht einmal geeignet, ein wechselrechtliches Verfahren zu begründen.

Diese Ansicht fand Unterstutzung von verzeichneten Seiten. Man war der Meinung, daß Papiere der angegebenen Art sich zu weit von dem Wesen des Wechselgeschäftes entfernten, und daß diesem eine Fortdauer der Verpflichtung auf unbestimmte lange Zeit durchaus widerspreche. Der Beweis der gegebenen Kündigung siche immer besondere Documente über die Vornahme derselben voraus. Werde der Wechsel indess, so mehren sich die Schwierigkeiten, indem theils spätere Inhaber an die einem früheren gegebene, nicht aus dem Wechsel ersichtliche Kündigung nicht gebunden seien, theils der Aussteller nicht wissen könne, wo der Wechsel zu finden sei, und an wen er die Kündigung zu richten habe. Weit mehr schein sich hier die Prolongation eigener Wechsel zu empfehlen: sie sei, da sie auf dem Wechsel selbst geschrieben müsse, immer scheid, und besitze auch — indem sie regelmäßig die Zinsungütung enthalte — den Uebelstand, daß ein Zinsoffiziar, welchem Einreden ex persona indossantis nicht entgegenstände, bereits an den früheren Inhaber bezahlte Zinsen noch einmal fordern könne. Der Gebrauch der eigenen Wechsel sei an manchen Orten, wo sie als ein sehr bequemes

Mittel dienen, dem Handels- und Gewerbsstand Credit und Geld zu verschaffen, gar nicht zu entbehren. Für diesen Zweck passe es am Besten, eine einfache Bestimmung über Prologationen zu geben, und Zinsversprechungen, wo nicht ausdrücklich zu gestatten, doch nicht auszuschließen.

Mehrere Mitglieder, namentlich der Herr Referent, erklärten sich für Beibehaltung der im Entwurfe gegebenen Vorschriften, und bemerkten, daß die Stellung der Wechsel auf Kündigung an vielen Orten in Gebrauch sei und die besorgten Inconvenienzen nicht herbeigeführt habe. Man könne — so ward vorgeschlagen — zur Vermeidung der durch Inossirung eines auf Kündigung gestellten Wechsels entstehenden Mißverhältnisse, die Inossirung solcher Wechsel durch eine ausdrückliche Bestimmung untersagen.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wurde mit 15 Stimmen gegen 4 die Hinzuegabung des ersten Absatzes die Kündigung betreffend, und sodann mit 13 Stimmen gegen 6 auch die Hinzuegabung des zweiten Absatzes des §. 88 über die Zulässigkeit des Zinsversprechens in eigenen Wechseln beschlossen.

Bei der Erörterung über den Inhalt des §. 89 gelangte zunächst die Frage zur Abstimmung, ob es gestattet sein solle, eigene Wechsel auf oder nach Sicht auszufüllen. Diese Frage wurde mit 18 Stimmen gegen 1 bejaht und demgemäß beschlossen, daß die Anwendbarkeit der §. 4 unter Nr. 4 und der §§. 9 und 20, so wie 31 und 32 auf eigene Wechsel ausgedrückt werden solle.

Schließlich war man darüber einverstanden, daß

1. der Regreß auf Sicherstellung gegen die Indossanten wegen Unfahigkeit oder Insolvenz,
2. die Grundsätze über die Ehrenzahlung, mindestens über die Zahlung zu Ehren eines Giro,
3. der Gebrauch von Wechselcopien

und

4. die Vorschriften über die Domicilirung

auch bei eigenen Wechseln anwendbar sein müßten, und daher im §. 89 auf die §§. 29, 58—61, 66, 25 und 41 Bezug zu nehmen sei.

XXV.

Leipzig, den 23. November 1847.

Nachdem in der heutigen Sitzung, welcher Sr. Excellenz der Herr Staatsminister von Könniger wiederum beizuwohnen, die Vorlesung des Protokolls über die gestrige Sitzung erfolgt war, gieng man zu dem vierten Abschnitte des Entwurfs über, zu welchem der Herr Referent in seinem einleitenden Vortrage erklärte, daß bei der wesentlichen Verschiedenheit des in den einzelnen deutschen Staaten geltenden Proceßrechts es nicht die Absicht sein könne, neben dem materiellen Wechselrechte hier auch noch die Wechselproceßordnung in ihrem ganzen Umfange zur Berathung zu bringen und die einzelnen Bestimmungen definitiv festzustellen. Da jedoch in mehreren deutschen Staaten ein unverkennbares Bedürfnis zum Erlaß einer neuen Wechselproceßordnung vorhanden sei, so werde schon eine Einigung über einzelne wesentliche Grundzüge des Proceßrechts, als ein wahrer Gewinn zu erachten sein.

Hierzu bemerkte einer der Herren Abgeordneten: Der Wechselproceß stehe mit dem in jedem Staate üblichen Proceßverfahren in enger Verbindung und müsse sich daher in den verschiedenen Staaten verschieden gestalten; die Versammlung werde Bestimmungen über Angelegenheiten und Verhältnisse, wie die des Proceßverfahrens, schwerlich innerhalb ihrer Competenz liegend erachten, und es werde daher, wenn auch die Berathung über die einzelnen Paragrapphen dieses Abschnittes stattfinden, dennoch nicht von Bestimmungen, welche in den Entwurf aufgenommen werden sollten, sondern nur von Wünschen und Ansichten, welche in dem Protokolle niederzulegen seien, die Rede sein können.

Der Oesterreichische Herr Abgeordnete sprach sich dahin aus, daß er von einer Berathung der Conferenz über den Wechselproceß wenig oder gar keinen Nutzen erwarte. Der Entwurf enthalte keine vollständigen Vorschriften über den Wechselproceß, sondern nur einige allgemeine Grundsätze, die, in so fern sie schon in der Natur der Wechsel lägen und allgemein anerkannt seien, keiner weiteren Erörterung bedürften, in so fern sie aber mit der Gerichtsverfassung und dem gerichtlichen Verfahren jedes Landes zusammenhängen, wegen der großen in dieser Beziehung herrschenden Verschiedenheit kein befriedigendes Resultat geben könnten.

Die Hamburger Herren Abgeordneten theilten diese Ansicht und bemerkten, daß im Allgemeinen für den Wechselproceß die thätlichste Schnelligkeit des Verfahrens und die Zurückweisung illiquider Einreden als leitendes und durch die Geleitzgebung zu verwirklichendes Princip anerkannt werden müsse.

Von anderen Seiten wurde erklärt: Es leide zwar keinen Zweifel, daß die §§. 90 bis 98, was immer auch beschlossen werden möge, sich mit geringen Ausnahmen nicht zur Aufnahme in die von den einzelnen Staaten zu publicirende gemeinschafliche Wechselordnung eignen würden, indem sie allerdings keine Wechselproceßordnung, sondern nur einzelne proceßualische Bestimmungen enthielten. Dies stehe aber nicht entgegen, auch hierüber sich zu einigen, und jedenfalls werde ein Austausch von Ansichten und die Niederlegung derselben in's Protokoll den einzelnen Staaten, welche das Bedürfnis fühlten, eine Wechselproceßordnung neu zu erlassen oder die bestehende zu revidiren, von Nutzen sein.

Da diese Auffassung der Sache keinen Widerspruch fand, so ward der vierte Abschnitt des Entwurfs in nähere Erwägung gezogen.

Der Sächsischke Herr Abgeordnete machte auf die große Verschiedenheit aufmerksam, welche zwischen den Bestimmungen des vorliegenden §. 90 und dem §. 277 des Sächsischen Entwurfs haushalte, der übrigens das dort bereits bestehende Recht beibehalte. Im Sächsischke sei die Cumulation der Klagen gegen mehrere Verpflichtete, deren Verpflichtung aus verschiedenen Handlungen entspringe, unzulässig. Diese Bestimmung sei auch auf den Wechselproceß übertragen worden. Gegen Cumulation der Klagen wider Personen, welche in verschiedenen Staaten oder Provinzen wohnen, spreche aber auch noch der Umstand, daß der Beklagte seinem ordentlichen Richter entzogen und durch die Nothwendigkeit, vor einem entfernten Gerichte Recht nehmen zu müssen, einen bedeutenden Aufwand von Kosten angelegt werde. Die Sächsischke Regierung werde nie gestatten, daß einer ihrer Unterthanen vor ein fremdes Gericht, wenn dies nicht etwa das *forum contractus* sei, gezogen werde. Die in dem zweiten Absatz des Paragraphen enthaltenen Vorschriften scheinen ihm nicht einmal für die verschiedenen Provinzen Sächsischke wünschenswerth, weil dadurch ebenfalls viele Beklagte ihrem ordentlichen Richter entzogen, die Proceße verwickelter gemacht u. d. R. werden eher gehemmt als beschleunigt werde. Die Sächsischke Gerichtsordnung kenne keine Aetionen mit der Wirkung, daß der Adreßte als eingetretten in den Proceß anzusehen wäre. Zwar könne eine Partei dem Thaten, von welchem sie Gutsächsigung ansprechen zu können glaubt, den Streit verkändigen, allein der Denuciat ist nicht verpflichtet, sondern nur berechtigt, an dem Streite Theil zu nehmen, auch habe die Streitverkündigung keine dilatorische Kraft hinsichtlich des Hauptproceßes.

Auf ähnliche Weise sprach sich der Königlich Sächsischke Abgeordnete, Herr Vicepräsident Dr. Cincert, mit Bezug auf das in dem Königsche Sachen gültige Verfahren aus und machte insbesondere bemerkt, daß in dem zweiten Absatz des Paragraphen eine subjective Klagenhäufung sanctionirt werde, welche der Sächsischke Proceß nicht anerkenne.

Am meisten Widerspruch erfuhr das, was in dem Paragraphen über Aetionen und ansiehende Kraft des Wechselproceßes gesagt worden ist, theils aus Gründen, welche von dem Sächsischke Herrn Bevollmächtigten angeführt worden waren, theils aber auch und zwar namentlich von Seiten der Hamburger Herren Abgeordneten darum, weil hiermit die Möglichkeit gegeben werde, einen schwierigen Wechselproceß vor einem Richter verhandelt zu sehen, dem, wenn er auch sonst ein sehr tüchtiger Jurist sein könne, doch die nöthige Erfahrung und erforderliche Kenntniß des Wechselrechts nicht zurrathen sei. Der Königlich Bayerische Abgeordnete, Herr Deputationspräsident Dr. Kleinroth bemerkte: Er kenne sich in dem räumlichen Vertheil der im zweiten Absatz des §. 90 vorgedachten Bestimmung nicht überzeugen. Nach derselben solle eine subjective Klagenhäufung bezüglich der in verschiedenen Gerichtsbezirken, vielleicht selbst bezüglich der in verschiedenen Teutschen Ländern wohnenden Wechselverspflichteten gestattet sein, mithin z. B. dem in Trier wohnenden Kläger das Recht eingeräumt werden, zwei Wechselverspflichtete, von welchen der Eine in Trier, der Andere in Hamburg wohne, in Trier zu belangen. Es sei wohl nicht zu verkennen, daß nach Umständen diese Einrichtung bequem für den Kläger, zugleich aber sehr unbequem und kostspielig für ein-

zelne Beklagte sein könne. Eine solche Anomalie würde wohl nur dann zu rechtfertigen sein, wenn davon ein überwiegender Vortheil für die Rechtspflege zu erwarten wäre. Ein besonderer Vortheil solle darin bestehen, daß dadurch einer Ungleichförmigkeit der über die nämliche Rechtsfrage zu erlassenden Urtheile vorgebeugt werde. Allein einerseits sei in den Wechselproceßen, deren Entscheidung meistens auf einfachen Rechtsfragen beruhe, eine Ungleichförmigkeit der Urtheile weniger zu befürchten, andererseits führe die Klagenhäufung noch keineswegs zu einer vollständigen Uebereinstimmung der von den einzelnen Beklagten abzugebenden Erklärungen, indem jedem derselben besondere Einreden zufließen könnten. Auch eine Abkürzung der Wechselproceße werde in vielen Fällen durch die Klagenhäufung nicht erzielt werden. Denn an den entfernt wohnenden Beklagten müsse eine mittelst gerichtlicher Requisition zu leistende Ladung erlassen, und ihm zur Aufstellung eines Anwaltes hinreichende Zeit verfließen werden; auch der Vollzug der Execution an der Person oder an dem Vermögen könne nur auf dem Wege gerichtlicher Requisition erfolgen. Häufig werde daher der Kläger durch successive Klagenanstellung gegen zwei Wechselverspflichtete schneller zum Ziele gelangen, als wenn er dieselben in einer Klage belange. Man könne zwar erwidern, daß die vorgeschlagene Bestimmung eine facultative sei, und der Kläger bemessen könne, was ihm vortheilhafter erscheine. Allein eben darin, daß es ganz in die Willkür des Klägers gestellt sei, sich zum Nachtheile einzelner Beklagten in eine günstigere Lage zu versetzen, liege eine auffallende Bevorzugung des Klägers, welche sich mit dem Grundsätze der Rechtsgleichheit der Parteien nicht vertrage. Die Störung der Rechtsgleichheit werde dadurch nicht ausgeglichen, daß nach den Schlussworten des Paragraphen dem Beklagten freistehen solle, andere Wechselverspflichtete addiren zu lassen. Diese zweite Bestimmung unterliege vielmehr noch größeren Bedenken. Denn die Erfahrung lehre, daß wenigstens in denjenigen Ländern, in welchen der Proceß nicht mit der Verhaftung des Wechselschuldners beginne) die meisten Wechselproceße nicht durch die Zweifelhaftheit des Rechtsverhältnisses, sondern durch die momentane Zahlungsunfähigkeit des Beklagten veranlaßt würden, welcher dadurch Zeit gewinnen wolle. Verstehe man ihm nun unbedingt die Aetiation, so werde ihm dadurch ein gewünschtes Mittel geboten, nicht nur die Sache zu verzögern, sondern auch im Hinblick auf die besonderen Einreden der einzelnen Aetiaten die schwierigen Verwickelungen herbeizuführen.

Von Seiten des Herrn Staatsministers von Könnertig ward bemerkt, daß nach dem sächsischen Wechselproceß von der Aetiation keine Partei Gebrauch machen könne, ohne sich Nachtheilen auszusetzen, der Kläger nicht, weil er auf das Recht, Personalarrest zu verlangen, verzichte, der Beklagte nicht, weil er einstweilen in Haft verbleiben müsse.

Diesen Einwendungen wurde von anderen Seiten entgegen-
gesetzt: Es scheine der zweite Absatz des §. 90, in so fern er dem Kläger das Recht gebe, auch solche sonstige Wechselverbindungen, die dem fraglichen Gerichtsstande nicht unterworfen seien, vor diesem Forum zu belangen, von der weiteren Bestimmung getrennt werden zu müssen, daß der Beklagte befaßt sein solle, folglich diejenigen belasten zu lassen, an die er seinen Regreß nehmen wolle. Das letztere werde allerdings zur Verzögerung des Proceßes führen und dem Kläger Nachtheil bringen, aber doch nur dann, wenn einer solchen Aetiation die Wirkung beigelegt werden würde, daß sie

irgendwie das Verfahren hemmen dürfe. Davon sei aber keine Rede, was man auch ausdrücklich aussprechen könne. Ferner sehe nichts entgegen, statt des „Austzugs“, „Adnotation“, weil er je nach den allgemeinen Prozeßordnungen der einzelnen Staaten Anstand erregen möchte, einen anderen zu wählen. Der Sinn des §. 90 sei nur der, daß eine Zuständigkeit des betreffenden Gerichts festgelegt werden solle, worin noch nicht das Gebot des simultanen Prozeßes liege. Möge man über die Schlußbestimmung des zweiten Abzuges denken und beschließen, wie man wolle, so sei doch so viel gewiß, daß es für den Kläger von entscheidendem Vortheil sein werde, wenn er die ihm solidarisch Verpflichteten, gleichviel, in welchem deutschen Staate sie wohnten, vor ein und dasselbe Gericht laden könne; es komme daher darauf an, ob die deutschen Staaten gewillt seien, eine solche Bestimmung wechselseitig zu treffen, also einen dahin abzielenden Jurisdiktionsvertrag allgemein abzuschließen.

Von Seiten der Preussischen, Württembergischen, Badischen, Großherzoglich Hessischen, Großherzoglich Sächsischen, Nassauischen, Braunschweigischen und Mecklenburg-Schwerin'schen Herren Abgeordneten wurde dem Principe des zweiten Abzuges des §. 90 und der Abschließung einer die Durchführung desselben möglich machenden Vereinbarung einhellig das Wort geredet, und zur Unterstützung ihrer Ansicht Folgendes angeführt: Eine solche Einigung sei aus verschiedenen Gründen wünschenswerth, sie werde das nationale Band fester ziehen, indem sie über die Grenze derjenigen Jurisdiktionsverträge hinausgehe, welche nicht die sogenannte *evocatio subditorum* enthielten, sondern nur für den Fall begründeter Competenz die Vollstreckung zuzugien. Nachdem man ein gemeinsames Wechselrecht geschaffen, also das Materielle vereinbart habe, könne man auch ohne Anstand nicht nur die Formen, in welchen es richterlich zu verwirklichen sei, gemeinschaftlich festsetzen, sondern auch wechselseitig sich um so mehr das Vertrauen geben, daß die in den einzelnen Staaten zur Rechtspflege berufenen Behörden ihrem Amte gewachsen sein werden, als bekanntlich überall in Deutschland die Richter unabhängig seien und die Regierungen für würdige Belegung der Gerichte Sorge trügen. Es heiße die Handelsgerichte in größeren Städten zu hoch und die Richter in kleineren Städten zu tief stellen, wenn man nur jenen eine genügende Kenntniß der wechselseitlichen Verhältnisse zutraue, namentlich da die bei weitem größte Zahl der Wechselprozesse der all-einfachsten Natur seien. Wenn auch, was nicht in Abrede zu stellen sei, hier und da, namentlich wo ein Wechselrecht bisher nicht bestanden habe, diese Verhältnisse nicht ganz geläufig seien, so möge man bedenken, daß nimmere ein und dasselbe Wechselrecht für ganz Deutschland gebildet werden solle, mithin in kurzer Zeit dessen einfache Bestimmungen zu allgemeiner Kenntniß und Verständnis gelangen würden. Eine derartige Uebereinkunft werde jedenfalls den Vortheil haben, daß eine verschiedene Rechtsprechung leidener sich ereignen könne, und es werde allrann nicht so leicht der Fall verkommen, daß ein und derselbe Kläger mit einem und demselben Ansprüche gegen den einen Wechselverbundenen unterliege, gegen den andern obziege, was sich ereignen könne, wenn er genöthigt sei, die beiden Verbundenen nach einander bei verschiedenen Gerichten zu belangen. Endlich sei zu bedenken, daß, wenn selbst ein oder der andere Nachtheil bemerkbar werden sollte, dies doch weit durch den Vortheil werde überwogen werden, den dieser weite Schritt zu einer Einigung Deutschlands über die Rechtspflege im Gefolge haben würde. Von Seiten der Königlich Preussischen Herren Abge-

ordneten ward hierbei noch bemerkt, daß man Preussischer Seits gewiß kein Bedenken tragen werde, die Unterthanen des eigenen Staates an dieselbige Gerichtsbehörde eines anderen deutschen Staates zu verweisen, die man dort als befähigt erachte, die Wechselprozesse der eigenen Unterthanen zu entscheiden, wem der Großherzoglich Hessische Herr Bevollmächtigte beistüge, daß seine Regierung den Widerspruch gegen einzelne im vierten Abschnitte enthaltene, den Prozeßergebungen des Großherzogthums nicht entsprechende Bestimmungen fallen lassen dürfte, wenn eine allgemeine Vereinigung zu Stande kommen sollte.

Von Seiten der übrigen Herren Abgeordneten trat Niemand der hier zur Sprache gebrachten Jurisdiktionsfrage entgegen und es zeigte sich hauptsächlich nur darin eine Meinungsverschiedenheit, daß einige Abgeordnete die Einigung besonderer Mercantilergerichte als das Größere jener Vorbehaltung erachteten, andere sich nicht für ermächtigt hielten, überhaupt auf eine solche Frage hier einzugehen, da es sich nur um eine Wechselordnung, nicht um ein gemeinschaftliches Prozeßrecht handle, während die Herren Abgeordnete von Preußen gerade in dem Umfange, daß die Bestimmungen des §. 90 in dem den Regierungen mitgetheilten Entwurfe, zu dessen Beratung sie bevollmächtigt seien, sich befände, die Besugnis, auch hierüber ihre Ansicht bestimmt zu äußern, erblideten. Der Handederliche Herr Bevollmächtigte erklärte sich im Allgemeinen für den zur Sprache gebrachten Jurisdiktionsvertrag, bemerkte jedoch, daß er hierbei zunächst nur die Bestimmung im ersten Abzuge des §. 90 vor Augen habe, daß aber die Bestimmung des zweiten Abzuges des §. 90 auch ihm in materieller Hinsicht ebenbürtig erscheine. Der Bayerische Herr Abgeordnete erklärte sich unter Bezug auf seine obigen Aeußerungen in ähnlichem Sinne, der Herr Abgeordnete von Baden hielt die Abschließung eines allgemeinen Jurisdiktionsvertrages namentlich auch darum für nothwendig, weil diejenigen Staaten, welche die Vorschriften des §. 90 bei sich zum Geize erheben, sonst mit den übrigen Staaten nicht einmal Verträge über die wechselseitige Vollstreckung der Urtheile abschließen könnten, da letztere den erheben gegenüber einen Gerichtsstand in Wechselstücken, der eine *evocatio subditorum* enthalte, nicht anerkennen würden. Der Herr Abgeordnete von Lübeck äußerte: So wenig er verstehe, wie wünschenswerth in mancher Beziehung die besprochene Vereinbarung der Regierungen sei, so halte er dennoch bei der Verschiedenheit der Gerichtsverfaffung und der Prozeßgebung der einzelnen deutschen Staaten es noch nicht an der Zeit, seiner Regierung den Abbruch eines Jurisdiktionsvertrages des beantragten Inhalts zu empfehlen. In ähnlicher Weise sprach sich der Abgeordnete von Bremen, Herr Dr. Albert, aus, mit dem Beifügen, daß die Bedeutung dieser erst jetzt angeragten Angelegenheit in ihrem ganzen Umfange sich noch nicht übersehen lasse, er sich mithin, seiner persönlichen Ansicht ungeachtet, auf die Erklärung beschränken müsse, diese Angelegenheit zu der Kenntniß seiner Gemitheten bringen zu wollen. Allseitig war man darin einverstanden, daß eine förmliche Abstimmung über die behandelte Frage und somit über den §. 90 nicht statufinden habe.

Von Seiten des Herrn Vizepräsidenten Dr. Einert wurde noch angesetzt, welche Bedeutung der Erklärung eines Wechselkultursen beizulegen sei, der, was freilich in der Regel nur bei eigenen Wechseln vorzukommen pflege, dem Wechselverfahren aller Orten, wo er anzuwenden, sich unterwerfen habe. Man fand indeß, da auf Bestimmungen über den

Geriethenand überhaupt nicht näher eingegangen werde, nicht angemessen, über die processualische Bedeutung einer solchen concreten Clauſel, die in die Lebre vom prorogirten Geriethenstande, so wie in andere Materien einschlage, hier eine Entscheidung zu treffen.

§ 91 Diese Bestimmung ward von einigen Seiten wegen der darin gegen den Wechselſchuldner liegenden Härte angezweifelt. Sei dem Gläubiger genügende Sicherheit gestellt, und der einer anderen brande er sich nach dem § 29 nicht zu beruhigen, so liege kein Grund vor, den Schuldner seiner persönlichen Freiheit zu berauben. Hiergegen wurde jedoch erinnert: Der Paragraph handle von dem Falle, daß aus der gestellten Bürgschaft die Zahlung nicht sofort zu bezwecklichen sei, was sich sowohl durch augenblickliche Unverfälllichkeit der verpfändeten Objecte, als durch eine im Verlauf der Zeit eingetretene Störung oder Unzahlbarkeit des ursprünglich richtig gewiesenen Bürgen zutragen könne. Der Gläubiger habe ein Recht darauf, daß Zahlung erfolge, sobald diese fällig sei, und daß gegen den Schuldner, der dieselbe weber selbst, noch durch die gestellte Sicherheit leiste, Personalarrest erkannt werde. Während die Wechsellieferung dieser Ansicht beirrat, fand der § 92, in welchem man nummehr überging, fast allgemeinen Widerspruch. Der Schuldner, ward bemerkt, der in Concours verfalle, dürfe keine Zahlung mehr leisten. Habe er Vermögensstände bei Seite gebracht, so habe er ein Verbrechen begangen und verfalle dem Strafgericht. Werde er durch den Arrest vermocht, aus jenem unterlagenen Vermögen den Wechselgläubiger zu bezahlen, so erscheine Letzterer als Theilnehmer an der widerrechtlichen Handlung, was die Gesetzgebung unterlagen und ahnden müsse. Sollte aber der Arrest ein Motiv für Verwandte oder Freunde des Schuldners abgeben, aus ihren Mitteln den Gläubiger zu befriedigen, so dürfe abermals die Gesetzgebung in einer solchen moralischen Nothigung dritter, nicht verpflichteter Personen keineswegs die Hand bieten. Auf den erhobenen Einwand, daß nur allzu oft die Gläubiger durch fraudulente Fallimente hintergangen würden, ward erwidert, daß geeignete Strafgesetze hiergegen zu richten seien, wo es vielleicht noch nicht der Fall sei.

Die §§ 93, 94 und 96 wurden in der Beratung zusammengefaßt, da sie in ihrer Vereinigung das System des Cautions darstellten:

1. Illiquide Einreden find unter allen Umständen vom Wechselproceß ausgeschlossen.

2. Die Einrede der Simulation, so wie diejenige der Compensations, selbst wenn sie auf der Stelle liquid gemacht werden könnten, finden ebenfalls im Wechselproceß nicht statt.

3. Genußverhältnisse sind nicht den aus der Person des Indentanten dem Inhaber entgegen zu legenden Einreden, sondern nicht der Kläger als Genußhaber anzuweisen ist.

4. Cautionszeichen sind im Wechselproceß nicht zulässig.

Die Verammlung war der Meinung, daß die unter Nr. 2 und 3 aufgeführten Sätze nicht zum Proceß, sondern in die Wechselordnung gehörten, und daher nicht bloß einer Beratung, sondern auch einer förmlichen Beschlußnahme bedürften, mit der Wirkung, daß die Bestimmungen, über die man sich vereinigte, in den Entwurf selbst, nicht in die Proceßordnung aufzunehmen seien. In der Sache selbst war man mit Nr. 3 allgemein einverstanden, dagegen wurde Nr. 2 einstimmig verworfen, in dem man der Ansicht war, daß alle aus der Person des Inhabers heruleitende Einreden, also auch diejenige der Simulation und Compensations, sofern sie

auf der Stelle liquid zu machen seien, zugelassen werden müßten.

Daß der Grundsatz unter Nr. 1 für den Wechselproceß anzunehmen sei, ward allgemein anerkannt; zu Nr. 4 über Cautionsanträge etwas Besonderes zu beschließen, hielt man nicht für angemessen.

Weiter kam die processualische Frage zur Sprache, ob es angemessen sei, wie der § 96 vorschläge, die Cautionsziehung als ein liquides Beweismittel im Wechselproceß zuzulassen.

Der Oesterreichische Herr Abgeordnete erklärte: Nach der Oesterreichischen Gerichtsordnung würden auch im Wechselproceß alle Arten von Beweismitteln zugelassen, nur sei im § 297 des Oesterreichischen Entwurfs die Aufführung von Zeugen, die sich nicht im Inlande aufhalten, ausgeschlossen. Durch jenen Entwurf seien Vorschriften für die möglichste Beschleunigung des Proceßganges gegeben und nach dem § 315 könne der Kläger, wenn der Beklagte den Proceß verzögere oder illiquide Einreden, welche durch Zeugen oder Kaufverständige erwiesen werden müßten, vorbringe, die Sicherstellung der Wechselsumme bei Vermeidung wechselfählicher Execution verlangen. Dadurch sei für die Rechte des Klägers hinlänglich gesorgt, und man dürfe die Einreden und Beweismittel des Beklagten um so weniger beschränken, wenn man die Wechselfähigkeit auf alle dispositionsfähige Personen ausdehne.

Der Herr Abgeordnete von Kurfessen bemerkte, daß in Kurfessen die Wahl unter den Beweismitteln auch in dem Wechselproceß nicht beschränkt, jedoch das Beweisverfahren hier nur ein summarisches sei.

Mehrere andere der Herren Abgeordneten bestritten die Zulässigkeit der Cautionsziehung; dieselbe sei ein subsidäres Auswiesmittel, durch welches der Grundsatz, daß man nur liquide Einreden zulassen dürfe, seine eigentliche Bedeutung verliere; jedenfalls werde sie wegen der Gewissensvertretung und anderer hierbei in Betracht kommende Umstände in den erforderlichen schnellen Verlauf des Wechselproceßes hemmend eingreifen. In den Staaten, in welchen der gemeinrechtliche Cautionsproceß besthe, würde, wollte man die Cautionsziehung in den Wechselproceß zulassen, die Anomalie erscheinen, daß der Wechselproceß minder privilegiert sei als jene Proceßart.

Bei der Abstimmung ward mit 10 Stimmen gegen 8 (der Herr Abgeordnete von Nassau hatte sich entsetzt) entschieden, daß Cautionsziehung im Wechselproceß ausgeschlossen sein möge.

Die Bestimmung des § 95 ward mit 17 gegen 1 Stimme aufgegeben. Es war zwar auf den Fall hingewiesen worden, daß nach gerichtlichem Unterscheid eine Fälligkeit mit dem Wechsel vorgenommen werde; es wurde jedoch entgegnet, daß der § 95 nur von drei bestimmten Einreden, nicht von denjenigen der Fälligkeit rede, die also auch nicht abschneide, wo und inwiefern sie überhaupt als zulässig erscheine. Nicht minder ward der Fall erwähnt, daß ein Dritter für den (angeblich) verpflichteten Unterschriften habe und Letzterer zwar die Unterschrift des Dritten anerkenne, dagegen den Auftrag in Abrede stelle. Auch hier wurde entgegnet, daß der § 95 diesen Fall nicht im Auge habe, der übrigens sich dahin erledige, daß der Dritte selbst habe, so lange er nicht auf eine im Wechselproceß zulässige Weise das Mandat erweise.

Gegen den § 97 ward erinnert, daß die Selbstbescheinigung gar nichts weiter beweise, als daß zu einer bestimmten Zeit ein Blatt Papier an eine bestimmte Person abgebenet

worben; es entstehe daher dafür, daß überhaupt eine Nachricht, geschweige daß gerade die Mittheilung, um die es sich handle, jener Person schriftlich zugegangen sei, nicht einmal eine rechtliche Vermuthung, viel weniger also ein vollständiger Beweis. Von anderer Seite wurde bemerkt, daß ein solches Urtheil um so mehr als beweiskräftig angesehen werden könne, je leichter es sei, den Gegenbeweis, daß der abgegebene Brief nichts auf die Sache Bezügliches enthalte, durch Production des Briefes zu führen.

Von einem der Herren Abgeordneten ward beantragt, die Berathung über diesen Punkt bis zu der bevorstehenden Ver-

rathung über Notification des Protestes auszusetzen. Die Versammlung glaubte indeß, daß es für die Berathung ein Gewinn sein werde, wenn die angetragte Frage schon jetzt ihre Entscheidung erhalte, und entschied sich mit 11 Stimmen gegen 7 für die Annahme der im S. 97 enthaltenen Bestimmung.

Schließlich trug der Herr Abgeordnete für Holtz ein darauf an, den Wunsch zu Protokoll niederzulegen, daß man überall für den Wechselproceß kurze Fristen und ein mündliches Verfahren einführen möge, welches von keiner Seite Widerspruch fand.

XXVI.

Leipzig, den 24. November 1847.

Die heutige Sitzung, welcher Hr. Grottel, der Herr Staatsminister von Könnertiz und mit Ausnahme des Herrn Professor Böhl, der zu einer Reise nach seiner Heimath gewohnt worden war, alle übrigen Herren Abgeordneten beizuhöhen, ward mit Vorlesung des Protocoll's der gestrigen Sitzung begonnen, worauf man auf die in der siebenzehnten Sitzung zur ferneren Berathung ausgelegten Fragen hinsichtlich der Notification des Protestes und ihres Einflusses auf die Regreßnahme überging.

Der Herr Referent nahm Bezug auf ein den Mitgliedern der Versammlung bereits mitgetheiltes Promemoria über die Ergebnisse der in der Redactions-Commission inzwischen stattgefundenen weiteren Erwägung dieses Gegenstandes, welches dem gegenwärtigen Protocoll als Beilage angehängt ist.

Meistere der Herren Abgeordneten erklärten sich alsbald im Allgemeinen für den vermittelnden Vorschlag des Herrn Referenten, wie derselbe in dem Promemoria unter Nr. II. sich dargestellt findet. Dabei wurde nochmals hervorgehoben, daß man die Notification zwar als nützlich und wünschenswerth anerkenne, daß aber der Verlust des Regreßes für den Fall der unterlassenen Notification nicht als ein den Verhältnissen angemessenes Präjudiz erweise.

Der Herr Referent war nimmehr der Meinung, daß der Versammlung die in der siebenzehnten Sitzung und der Majorität einer Stimme bejahte Frage:

Soll Notification des Protestes als eine den Regreß bedingende Solennität beibehalten werden?
zur nochmaligen Entscheidung vorzulegen sei.

Es ward dagegen zwar erinnert, daß vor allen Dingen die Frage:

Soll es überhaupt die Notification des Protestes bedürfen? und dann die weitere Frage:

Soll Unterlassung der Notification mit einem Nachtheile für den Regreßirenden verbunden sein?
zu stellen sei.

Da indeß die Versammlung sich einstimmig für die Bejahtung dieser beiden Fragen ausdrückte, so ward nun sofort die von dem Herrn Referenten proponirte Frage zur Abstimmung gebracht und mit 14 Stimmen gegen 4 verneint.

Es kam sonach darauf an, sich über den Nachtheil zu verständig'n, welcher als Folge der unterbliebenen Notification für den dieselbe Versäumenden eintreten solle, und es fand darüber keine Meinungsverschiedenheit statt, daß dieser Nachtheil jedenfalls in der Verpflichtung zum Schadenersatz bestehen müsse.

Allein von mehreren Seiten wurde für erforderlich erachtet, daß neben dem Schadenersatz im Allgemeinen noch ein weiterer bestimmter Nachtheil für die Unterlassung der Notification auszusprechen sei, da ein positiver Schaden in den seltensten Fällen zu erweisen und deshalb das aus dessen Erlass bestehende Präjudiz wenig wirksam sein werde. Es empfahl sich daher, mit Vorbehalt des Erlasses eines durch die Unterlassung der Notification erweislich entstandenen größeren Schadens, einen bestimmten Nachtheil festzusetzen, welcher in jedem Falle den Regreßnehmer als Folge der veräumten Notification treffe, und gleich im Wechselproceß geltend gemacht werden könne. Zu diesem Behufe möge man aussprechen, daß der die Notification vernachlässigende Regreßnehmer den Anspruch auf Zinsen und Kosten verliere. Zur näheren Begründung der rechtlichen Natur dieses Präjudizes ward bemerkt, daß sich die Pflicht zum Schadenersatz bei Nichtbefolgung einer gerichtlichen Vorschrift schon von selbst verheie, daß der Verlust der Nebenforderungen, namentlich der Zinsen, worauf man, vorbehaltlich des Nachweises eines größeren Schadens, jene Pflicht stützt, nicht rein ein Schadenersatz sei, weil er ohne Rücksicht auf wirklich entstandenen Schaden statfinde, und auch nicht reine Strafe, weil zugleich auf alle Fälle der etwa nicht nachweisliche Schaden damit gedeckt sein solle. Es liege also eine poena mixta vor.

An Anknüpfung dieses Vorschlages kamen indeß wieder verschiedene Zweifel zur Sprache, ob nämlich der Verlust auch auf diejenigen Zinsen und Kosten sich erstrecken solle, welche der säumige Regreßnehmer selbst einem Radmann zu vergüten gehabt, ferner ob die Zinsen schließlich verlieren gehen sollen oder nur von dem Zeitpunkt an, wo zu nichtsichem gewesen wäre, bis zur Nachholung der Notification.

Von einigen Seiten wurde deshalb vorgeschlagen, den Nachtheil — mit Vorbehalt des Erlasses etwaigen weiteren Schaz-

dens — dahin zu bestimmen, daß der sämmtliche Regreßnehmer nichts weiter als die in dem Wechsel verfallene Summe (falls der Wechsel nicht in der Candemine ausgeliefert ist, nach dem zur Verfallzeit gültigen Course) — mithin keinerlei Zinsen und Retoursproben werden konnte.

Dieser Meinung schloßten die kaufmännischen Herren Abgeordneten sämmtlich bei, indem dieselben darin ließen, daß es, nachdem einmal die Verpflichtung zur Notification von der Versammlung angenommen worden, nun auch der Andrehung eines solchen gewissen Nachtheiles bedürfte, um die nöthige und gegenwärtig vom Handelsstande allgemein streng beobachtete Punctlichkeit in Ansehung der Notificationen zu sichern.

Auf hierauf die Fragen zur Abstimmung kamen:

1. Soll neben der Verpflichtung zum Schadenertrag noch ein anderer Nachtheil für die Unterlassung der Notification ausgesprochen werden?
2. Soll dieser Nachtheil darin bestehen, daß der Regreßnehmer des Sämmtlichen lediglich auf die in dem Wechsel verfallene Summe (ohne Zinsen etc.) beschränkt wird?

wurden beide mit 16 Stimmen gegen 2 bejaht.

In diese Abstimmungen schloß sich die Frage über den Beweis der rechtzeitig geschickenen Notification an.

Man war einstimmig der Meinung, daß der Inhaber keineswegs gehalten sei, gleichzeitig mit Anstellung der Klage den Beweis der geschickenen Notification anzutreten, vielmehr derselben erst dann zu führen habe, wenn der in Anspruch genommene Rembourspflichtige die nicht gehörig bewiesene Notification entgegenziehe, so daß der Regreßnehmer, wenn er den Beweis der gelängenen Notification im Wechselproceß zu stellen nicht vermöge, mit dem Anspruche auf Zinsen und Kosten vor besonderem Ausdrücke zu verwehren sei. Man gab der Relationscommission anheim, ob es nöthig sei, eine ausdrückliche Bestimmung hierüber in den Entwurf aufzunehmen.

Hierauf erklärte Herr Banquier Magnus Folgendes: Er glaube der nochmaligen Erwägung der Versammlung anheim geben zu müssen, ob nicht bei Verpflichtung zum Schadenertrag und bei Verlust von Zinsen und Kosten, anstatt der einfachen Notification der Nichtzahlung, die Verlegung des Wechsels und des Protestes zur Einleitung anzuwenden sei.

In diesem Vorstöße liege eine Vermittelung der Principien, wie sie sich in mehreren deutschen Wechselordnungen, namentlich dem Preussischen Controacte, finden, und der Grundsätze, wie sie gegenwärtig von der Versammlung adoptirt worden seien. Das in den Vorlesungen des Entwurfs näher entwickelte System des Allgemeinen Landrechts habe den unverkennbaren Vorzug, daß es den Regreß schnell zuerstreibe und dadurch den Regreßpflichtigen eine gewichtige Sicherheit gewähre. Die Nachtheile dieses Systems beständen lediglich darin, daß das Präjudiz zu streng sei und der Wechselverpflichtete mit dem Verluste seines Rechts im Falle eines Verwehrens betroffen sei. Es handle sich darum, das anerkannt Nützliche jener Bestimmungen beizubehalten und nur das Unnützliche daraus zu entfernen. Beides geschehe, wenn man sich für die Annahme des erwähnten Vorstöße entscheide.

Das System der einfachen Notification möge sich in einem kleinen Gebiete möglich bewährt haben, solle sich aber das Gesetz in seiner Wirksamkeit auf ein weites, umfangreiches Gebiet erstrecken, so sei jene Annahmeweise in hohem Maße bedenklich. Die Fiktion, daß die Benachrichtigung an alle Vormänner ergangen sei, wenn der Inhaber seinem unmittelbaren Vornamen die Benachrichtigung habe zugehen lassen, sei sehr geragt.

Wolle man aber Anderes in dieser Beziehung vorschreiben, so würden sich die größten Schwierigkeiten herausstellen, wenn man berücksichtige, daß die Indossamente in blanco zugelassen seien.

Die in allen Wechselordnungen aufgenommenen Bestimmungen, daß der Protest gegen den Bezogenen bei Verlust des Regreßes binnen einer bestimmten Frist nach Verfall aufgenommen werden müsse, beruhen aufbieten auf der als nothwendig anerkannten Voraussetzung, daß der Inhaber dorthin müsse, wie er zu der Zeit, wo ihm das Geld am Zahlungsorte angewiesen war, sich auch zur Empfangnahme gemeldet habe. Dadurch, daß er sich ein solches Document verschaffe, könne er allerdings diesen Beweis führen, allein er dürfe sich gewiß nicht dabei beruhigen, vielmehr müsse er noch weitere Dilligen gegen seine Vormänner zu üben verpflichtet sein. Eine solche Dilligen liege aber in der Verlegung des Wechsels Beweis der Einlösung. Man wende ein, daß letztere nicht vorzuziehen sei, weil jeder Inhaber dies von selbst thun werde; allein es gebe eine Masse von Fällen, wo der Inhaber ein Interesse habe, seine Befriedigung nicht sofort, sondern erst später zu fordern, um zu größten Nachtheil und zur Gefährdung seiner Vormänner.

Könnte sich anerkannt solte Unterbrücken auf dem Wechsel, so könne die Verlegung groß sein, solchen protestierten Wechsel so spät als möglich einzuweisen, weil jeder Tag für das zu fordernde Capital 6 Procent Zinsen eintrage. Ebenso wenig lasse sich das gegen diesen Vorstöße aufgestellte Bedenken anerkennen, daß dem Inhaber ein schwieriger Beweis auferlegt werde und die Bestimmungen leicht zu Uebereien von Seiten der Wechselverpflichteten mißbraucht werden könnten. In beiden Beziehungen sei das Verhältniß im Wesentlichen kein anderes, als wenn die einfache Notification bei Schadenertrag angeordnet werde. Auch komme in Betracht, daß die Einrede der nicht geschickenen Präsentation des Wechsels Beweis seiner Einlösung in der Folge überhaupt weniger angebracht werden würde, da ja nicht mehr, wie früher, Verweisung vom wechselmäßigen Anspruch in Aussicht stehe, sondern, falls auch die Einrede erwiesen werde, nur Schadenertrag erlangt und Zinsen und Kosten gespart würden. Das vorgelegene Princip erstrebe vom theoretischen Standpunkte aus schwieriger als sich die Sache wirklich in der practischen Ausführung gestalte, wie die Erfahrung in den Landestheilen ergebe, wo das Preussische Landrecht in Wirksamkeit bestehe. Die Fälle, wo aus einem Wechsel mit vielen Indossamenten nicht Befriedigung von mehreren oder doch von Einem der Verpflichteten zu erhalten wäre, gehörten zu den seltensten; der Besorgniß, daß die Controproteste, durch deren Anordnung allein man das vorgedachte Ziel zu erreichen hoffen könne, sich übermäßig häufen möchten, dürfe man daher nicht Raum geben, und wenn in einem einzelnen Falle einmal mehrere Controproteste erforderlich würden, so dürfe man sich dadurch nicht abhalten lassen, Vorstößen zu treffen, welche so wesentlich den schwierigen Gang des Rückgriffs aus einem Wechsel regeln, und gleichzeitig die Interessen aller Verpflichteten wahren.

Hierauf glaube er die Aufnahme folgender Bestimmungen beantragen zu dürfen:

1. Der Inhaber des Wechsels ist verpflichtet, dem Vormanne, von welchem er zuerst seine Befriedigung fordern will, wenn dieser an demselben Orte wohnt, spätestens am nächsten Werktag nach Ablauf des Tages, an

welchem der Protest erhoben worden, den Wechsel und die Protesturkunde zur Einslösung vorzulegen.

Wohnt der im Anspruch genommene Vormann an einem anderen Orte, so muß der Wechsel und die Protesturkunde spätestens am nächsten Tage, an welchem der Protest erhoben worden, zu Post gegeben und demnächst spätestens am nächsten Werkstage nach Ankunft der Post zur Einslösung vorgelegt werden.

2. Die nicht erfolgte Einslösung muß durch Protesturkunde spätestens am nächsten Werkstage nach der zur Präsentation zur Einslösung vorgeschriebenen Frist bezeugt werden.

3. Spätestens am nächsten Werkstage nach Aufnahme des in Nr. 2 vorgeschriebenen Protestes muß derselbe von dem Wohnorte des Regresspflichtigen an den Regressfiscus zurückgesandt werden.

4. Will Legterer von einem weiteren Regresspflichtigen seine Befriedigung fordern, so hat er die in Nr. 1—3 gegebenen Vorschriften zu befolgen.

5. Derselben Vorschriften kommen bei der weiteren Regressnahme Seitens eines Indossamenten zur Anwendung.

6. Der Regress ist von der Beobachtung dieser Vorschriften nicht abhängig; der Zahlung verliert aber durch deren Nichtbeobachtung seinen Anspruch auf Zinsen und Kosten, und ist zum Erlasse alles durch seine Säumnis erwachsenden Schadens verpflichtet.

7. Wenn ein Regressnehmer gegen einen der Wechselverpflichteten zur Klage schreitet, bevor er sämtliche Wechselverpflichtete nach vorstehenden Bestimmungen zur Zahlung aufgefordert hat, so kann er seine Rechte gegen die von ihm nicht bereits aufgeforderten Wechselverpflichteten nur dann sich erhalten, wenn er sie Seitens des Oberichts des unächst Beklagten durch Zurechtigung einer Klageabschrift von dem Sitzsitzale des Wechsels benachrichtigen läßt.

Diesem Vorschlage wurde, mit Rücksicht auf die im Gange des *Procurement* entwickelten Gründe, von mehreren Seiten entgegen getreten und die Ansicht ausgesprochen, daß man es den Interessenten überlassen müsse, die Verlegung des Wechsels und Protestes mit der Notification zu verbinden, oder vielmehr an die Stelle der letzteren treten zu lassen. Dieses werde geröthlich gesehen, wenn es aber nicht geschehe, so könne der Vormann daraus entnehmen, daß der Wechsel fiktiv liege, und müsse sich dadurch aufgefordert fühlen, selbst thätig zu sein. Die Einsendung des Wechsels dem Inhaber in allen Fällen vorausschreiben und ihm dadurch eine neue, dem deutschen Wechselrechte bis jetzt fremde Verpflichtung aufzuerlegen, sei um so bedenklicher, als dabei zugleich die Frage entstehen würde, auf welche Gefahr und Kosten solches geschehen solle. Gegen etwaige Gesinnungen vermag aber eine solche Vorschrift eben nicht mehr, als die Vorschrift der bloßen Notification zu schützen, wenn für jene kein strengeres Präjudiz, als für diese eintreten solle.

Da sich hiernächst auch die sämtlichen Herren Abgeordneten aus dem Handelsstande, mit Ausnahme des Herrn Antiquars, gegen den Vorschlag erklärten, wurde derselbe nicht weiter verfolgt.

Man ging hierauf zur Prüfung der einzelnen Paragraphen über, in welchen der von dem Herrn Referenten aufgestellte und von der Versammlung angenommene Vorschlag dargestellt worden war.

Zum §. a. wurde beschlossen, daß statt des Wortes: „Ge-

meinde,“ das Wort „Drit“ zu setzen sei und daß es darauf ankommen solle, nicht ob der Vornann, sondern ob der Präsentant mit dem Regresspflichtigen an einem Orte wohne.

Für den Fall, daß der Präsentant nur Procurist wäre, wurde ungültig anerkannt, daß derselbe innerhalb der in dem Paragraphen bestimmten Fristen dem Vornamen seines Owalthebers zu notificiren habe, weil er die Person des letzteren vertritt und er selbstredend durch ein Indossament in *procura* auch zur Notification ermächtigt sei.

Ferner war man einverstanden darüber, daß es genüge, wenn in der bestimmten Frist die Schrift, welche die Notification enthalte, auf die Post gegeben werde, auch wenn an diesem Tage keine Post nach dem in Frage kommenden Orte abgehe. Der gegen letzteren Punkt vorgebrachte Einwand, daß die Postbehörde die Annahme eines Briefes, der vielleicht erst nach einigen Tagen befördert werden könne, möglicherweise verweigern werde, ward als ein solcher angesehen, der auf administrativem Wege beseitigt werden könne.

Endlich vereinigte man sich darüber, daß die in dem ersten Absatz erwähnte Frist von 8 Tagen, durch welche die Beförderung der Notification zwischen benachbarten Orten gegen die Absicht verzögert werden könnte, beseitigt werden müsse, zu welchem Ende der Schluß dieses Absatzes die Fassung erhalten solle: „Wohnt er anderwärts, dann muß der Bericht entweder binnen zwei Tagen nach Aufnahme des Protestes zur Post gegeben, oder binnen gleicher Zeit dem zu Benachrichtigenden auf einem beliebigen Wege unmittelbar zugehelt werden.“

Mit Bezug auf den zweiten Absatz des Paragraphen fanden mehrere der Herren Abgeordneten eine Inconsequenz darin, daß, während man einen Regress per saltum gestatte, gleichwohl die Notification an die Reihenfolge der Indossamenten gebunden sein solle. Es sei hinreichend, wenn der Inhaber dem notificire, von welchem er Rembours zu verlangen beabsichtige, um hierdurch den vollen Regress gegen diesen und dessen Vornamen sich zu sichern. Derjenige, welchem die Notification gegeben, habe nicht den geringsten Grund, einen Einwand gegen den ihm obliegenden Rembours daraus zu entnehmen, daß seinen Nachbarn nicht notificirt worden sei; seinem Vornamen aber zu notificiren, liege ihm ob. Ueberdies werde nicht in allen Fällen der nächste Vornann leicht aufzufinden sein und der Vortheil des freien Regresses werde fast ganz verloren gehen, wenn man die Notification an die Reihenfolge der Indossamenten binde.

Es wurde hierauf einstimmig anerkannt, daß die Folgen der unterlassenen Notification nur im Verhältniß zu denjenigen Regresspflichtigen eintreten können, denen und deren Nachbarn eine Notification von Seiten des Regressnehmers nicht gegeben ist, und es wurde beschlossen, die Fassung des §. a. demgemäß zu ändern.

Sodann ward von mehreren Seiten erinnert, daß eine bloße schriftliche Bekanntmachung über das Erlaß des Wechsels nicht anders denn erschein, vielmehr der Protest wenigstens in beglaubigter Abschrift beigelegt werden müsse. Von andern Seiten ward dies für überflüssig erachtet und die Herren Deputirten vom Kaufmannstande erklärten, daß dies fast nie zu geschehen pflege, da es Kosten und Weiterungen verursache. Als daher die Frage zur Abstimmung gebracht ward:

Soll der Notification beglaubigte Abschrift des Protestes beigelegt werden?

ward dieselbe mit 17 Stimmen gegen 1 verneint.

Wenn §. b. war man der Meinung, daß derselbe eine veränderte Fassung etwa dahin:

Der Inhaber, dessen Aufenthalt aus dem Wechsel nicht hervorgeht, kann bei der Notifikation überprüfungen werden, erhalten nicht.

Wenn §. c. (s. b. des ersten Vorschlages) gab der letzte Satz von den Worten an: durch die Klage u. Verurtheilung in einer weiteren Ertretung. Von mehreren Seiten war man der Meinung, daß auch durch eine angelegte Klage dem Wechsel Inhaber das — in der Selbstkritik der Wechsel-Versicherung rechtlich begründete — *vis variandi* nicht entgegen werden sollte. Denn es sollte im Interesse der unmittelbaren Verwahrer, wenn der Inhaber weiter zurückgehe, woraus durch kein Nachtheil zum Nachtheil der Ersten erwachsen dürfte. Durch die Verweisung des §. c. werde man den Inhaber veranlassen, immer nach der Reihenfolge der Inhabersame zu gehen und daher den Zweck versehen, welchen man bei Gestaltung des künftigen Regreßes beabsichtige, den Zweck nämlich, ein künftiges Geschäft so schnell und mit so wenig Kosten als möglich zu fähren.

Von anderen Seiten wurde für den Entwurf angeführt, daß der Fall einer Rückkehr an die Nachbarn des in Anspruch genommenen Wechselvertreters nur selten vorkommen werde, da vorausgesetzt werden müsse, daß der Inhaber des Wechsels des freien Regreßes sich nur bedienen werde, um an einen völlig zahlungsfähigen Mann zu gelangen, und daß dieser Verwahrer, wenn die Bestimmung des Entwurfs in Wegfall kommen sollte, der Gefahr ausgesetzt bliebe, wegen desselben Wechsels mehrfach in Anspruch genommen und in processualische Weiterung verwickelt zu werden. Es erschiene daher die Bestimmung des Paragraphen aus Gründen der Zweckmäßigkeit empfehlenswerth.

Zugegen wurde jedoch der Verammlung anbeigegeben, zu erwägen, ob es zweckmäßiger sei, die Ausführbarkeit des freien Regreßes zu sichern, oder einen Wechselvertreter, vor der Gefahr, wegen einer und derselben Forderung mehrmals verklagt zu werden, zu fügen? Das letztere scheint das Wichtigere, da der Verklagte doch immer nur einmal zu zahlen habe.

Bei der Abstimmung ward die Frage:

Soll das in dem angeführten Satze des Paragraphen angenommene Princip beibehalten werden?

mit 12 Stimmen gegen 6 verneint, so daß nachher der §. 48 des Entwurfs an die Stelle des §. c. des Memoranda treten soll.

Von Seiten eines der Herren Abgeordneten ward war erklärt, daß er in diesem Beschlusse einen Widerspruch erblicke mit der Vorschrift, daß die Notifikation, bei theilweisem Verlust des Regreßes, an den unmittelbaren Mann erfolgen müsse: allein ein solcher Widerspruch wurde von Seiten der Versammlung um so weniger anerkannt, nachdem von §. a. befohlen werden, daß die Notifikation nur in Bezug auf diejenigen Verwahrer erstrecklich sei, gegen welche man sich den vollen Regreß sichern wolle.

Promemoria.

Aus Veranlassung des Beschlusses der Konferenz, wonach die Notifikation der Nichtzahlung des Wechsels bei Verlust des Regreßes angeordnet werden soll, ist die Fassungsgemässen unter Zuziehung mehrerer Mitglieder, von denen im Sinne dieses Beschlusses Vorschläge gemacht waren, zusammengetragen, um die zur Ausführung desselben geeigneten näheren Bestimmungen in Erwägung zu nehmen. Die Versammlung hat geglaubt, von der im Entwurfe angeordneten Präsentation des Wechsels behufs seiner Einlösung Abstand nehmen zu müssen. Denn 1. ist eine consequente Durchführung dieses Principes nicht möglich, wie sie denn auch im Entwurfe selbst nicht versucht worden ist: 2. macht sich die Schwierigkeit des Wechsels hier vorzugsweise geltend und 3. ist nicht wohl abzusehen, wie der Inhaber dieser Vorschrift genügen soll, wenn er, wie dies in seinem und seiner Vorwahrer Interesse liegt, die Klage zunächst gegen den Acceptanten richten will, wo es der Verlegung des Wechsels bedarf. Auch war von dem Referenten in dem früheren Vorschlage I. die Präsentation des Wechsels behufs Einlösung lediglich deshalb aufgenommen worden, weil durch den damitigen Beschluß der Konferenz die einfache Notifikation beiseite gerückt ward.

Da sich die Commission in Folge des neueren Beschlusses für ermächtigt hielt, auf das System der einfachen Notifikation zurückzukommen, so hat sie sich im Wesentlichen für die in der Frankfurter und Bremer Wechselordnung angenommenen Principien mit Hinzufügung einiger bereits in den Konferenz-Protokollen erwähnten Zusätze entschieden und würden, wenn man bei dem gestrigen Beschlusse beharrt, die Bestimmungen, welche anstatt der §§. 44 flg. über den Regreßgang aufzunehmen wären, etwa in nachstehender Art zu formulieren sein.

Vorschlag I.

§. a. Der Inhaber des Wechsels ist verpflichtet, dem Verwahrer, an welchen er Regreß nehmen will, von der Nichtzahlung des Wechsels unter Mittheilung einer Abschrift des Protocolls Nachricht zu geben. Wohnt der Verwahrer in derselben Gemeinde, in welcher der Wechsel zahlbar war, so muß diese Benachrichtigung spätestens am zweiten Tage nach Aufnahme des Protocolls erfolgen. Wohnt er anderwärts, dann muß der Bericht entweder am zweiten Tage nach Aufnahme des Protocolls vor Post gegeben oder binnen acht Tagen nach aufgenommenem Protocoll dem in Benachrichtigten auf einem beliebigen Wege unmittelbar zugehelt werden.

Jeder benachrichtigte Verwahrer muß binnen derselben, vom Tage des empfangenen Berichtes zu berechnenden Frist den Verwahrer, an welchen er Regreß nehmen will, und so weiter aufwärts in gleicher Weise benachrichtigen.

Die Beobachtung dieser Vorschrift erhält innerhalb der Verjährungsfrist das Wechselrecht gegen den benachrichtigten Verwahrer und dessen Verwahrer.

§. b. Der Inhaber kann den Regreß gegen den Aussteller, die Indossanten und die Wechselbürgen und zwar, an alle Verpflichtete zusammen, an Mehrere oder an einen Einzelnen nehmen; durch die Klage gegen den

Aussteller oder dessen Bürgen werden aber alle Indossanten und deren Bürgen, und durch die Klage gegen einen Indossanten oder dessen Bürgen werden alle nicht mitverklagten Nachbänder des Indossanten befreit.

§. c. Ein gerichtlich in Anspruch genommener Indossant kann schon während des Prozeßes und noch vor geleisteter Zahlung gegen die Vornänner auf gerichtliche Vertretung, so wie auf vorläufige Sicherstellung antreten.

§. d. Jeder Wechselbändler hat das Recht, gegen Erfüllung der Wechselsumme, der Zinsen und der Kosten die Ansicherung des künftigen Wechsels und des wegen Nichtzahlung erhobenen Prozeßes von dem Inhaber zu fordern.

Die Verweigerung der Annahme der angebotenen Zahlung betrifft den Anbietenden, so wie seine Nachbänder von allen weiteren Ansprüchen, sofern über die Verweigerung Protest aufgenommen und die Wechselsumme gerichtlich niedergelegt wird.

Indessen sind von mehreren Mitgliedern der Commission die Bedenken nicht verkannt worden, welche der Aufnahme dieser Bestimmungen entgegenstehen. Die Majorität, welche sich bei dem früheren und die starke Minorität, welche sich noch bei dem letzten Beschlusse der Conferenzen gegen die Notifikation, als Bedingung des Regreßes, erklärt hat, beweisen zur Genüge, daß die Bedenken in hohem Maße begründet sind. In der That läßt sich nicht leugnen, daß die Notifikation, als verbindende Solennität, das Wechselgeschäft kompliziert, kostspielig und gefährlich macht; sie erschwert den Wechselprozeß, weil sie den laizierten Beweis der Notifikation erfordert; sie verursacht viele Prozesse, giebt zu Chikanen Anlaß, und hat nicht selten die Folge, daß der Regreßierte wegen eines Verstoßes sein Recht verliert, durch welches den Regreßpflichtigen in der Wirklichkeit gar kein Schaden erwachsen ist. Uebrigens erreicht sie ihren Zweck nur unvollständig; will man nicht ganz unverhältnismäßige Weitläufigkeiten veranlassen, so wird immer ein Wechselverbindender in Gefahr bleiben, wenn nicht von dem Inhaber, so doch von einem Nachbänder in Anspruch genommen zu werden, ohne daß er sehr bald nach dem Verfalltage von dem Schicksale des Wechsels Kenntnis erhalten hat. Allerdings ist es angemessen, die Verpflichtung zur Notifikation beizubehalten, da sie an sich wünschenswerth ist und seither überall vorgerieben war; allein es dürfte aus den so eben erwähnten gewichtigen Gründen nicht der Verlust des Regreßes, sondern nur der Geß des erwiesenen Schadens an die Begünstigten zu häupfen sein. Hierdurch werden die Notifikationen befördert, die Schwierigkeiten aber, welche die Notifikation als Bedingung des Regreßes mit sich führt, wenigstens zum größten Theil vermieden. Es liegt darin eine wünschenswerthe Vermittlung der Ansichten, die sich nach den Resultaten der bisherigen Beratung so scharf einander entgegenstellen. Eine untergeordnete Frage ist es, ob man neben der Verpflichtung zum Schadenersatz auch noch den Verlust von Zinsen und Kosten als Präjudiz aufstellen will, wie dies im Laufe der Beratung vorgeschlagen worden ist. Ob die Zweckmäßigkeit dieser Erweiterung des Präjudizes in mancher Beziehung verstanden zu werden, würde sich gegen dieselbe doch anführen lassen, daß die Realisirung des Präjudizes dann theils in

den Wechselprozeß, theils in das Ordinarium fiel und demgemäß die Nothstände, welche die Notifikation als verbindende Solennität im Allgemeinen hat, wenigstens theilweise wiederum zur Geltung kommen würden.

Sollten die vorstehend entwickelten Ansichten bei der Conferenzen Anklang finden, so würden an die Stelle der §§. 41 bis 45 des Entwurfs die nachfolgenden Bestimmungen aufgenommen sein, bei denen auch die im Eintrage erwähnten, die Anstellung der Klage zc. betreffenden Vorschriften, sowie die Schwierigkeiten zu berücksichtigen sein würden, welche der Benachrichtigung eines Indossanten, der in blanco weiter begeben hat, entgegenstehen.

Vorschlag II.

§. a. Der Inhaber des Wechsels ist verpflichtet, seinem unmittelbaren Vornamen von der Nichtzahlung des Wechsels schriftliche Nachricht zu geben. Wohnt der Vornam in derselben Gemeinde, in welcher der Wechsel zahlbar war, so muß die Benachrichtigung spätestens am zweiten Tage nach Aufnahme des Prozeßes erfolgen. Wohnt er anderwärts, dann muß der Bericht entweder am zweiten Tage nach Aufnahme des Prozeßes zur Post gegeben oder binnen acht Tagen nach erhobenem Proteste dem zu Benachrichtigenden auf einem beliebigen Wege unmittelbar zugehelt werden.

Jeder benachrichtigte Vornam muß binnen derselben, vom Tage des empfangenen Berichtes zu berechnenden Fristen seinen nächsten Vornam, und so weiter aufwärts, in gleicher Weise benachrichtigen.

Der Regreß ist von der Beobachtung dieser Vorschrift nicht abhängig; der Säumige ist aber zum Ersatz alles Schadens verpflichtet, welcher durch die unterlassene oder verspätete Benachrichtigung entsteht.

§. b. Der Indossant, welcher den Wechsel durch ein Blanco-Indossament weiter giebt, verzichtet hierdurch auf das Recht, von der Nichtzahlung des Wechsels benachrichtigt zu werden.

Hierauf folgen gleichlautend als §§. c. d. e. die §§. b. c. d. des ersten Vorschlags.

Bei den Bestimmungen über die Verjährung wird sodann vorbehaltlich der Abänderungen, welche der §. 73 überhaupt ertheilen muß, folgende Vorschrift aufgenommen sein:

§. 73 a. Die Regreßansprüche verjähren:

1. innerhalb 6 Wochen, wenn der Regreßnehmer in Deutschland oder in einem einer Deutschen Macht angehörenden Lande wohnt;
2. innerhalb 3 Monaten, wenn der Regreßnehmer in einem anderen Lande, jedoch in Europa wohnt;
3. innerhalb eines Jahres, wenn der Regreßnehmer außerhalb Europa wohnt.

Die Verjährung beginnt gegen den Inhaber mit dem Tage des erhobenen Prozeßes.

Gegen den Indossanten läuft die Frist, wenn er, ehe ein Wechselklage gegen ihn angestellt worden, gerächt hat, vom Tage der Zahlung, in allen übrigen Fällen aber vom Tage der ihm gegebenen Benachrichtigung der Klage oder der Ladung.

Leipzig, den 18. November 1847.

XXVII.

Freitag, den 26. November 1847.

In der heutigen Sitzung, an welcher der durch Gesandte nach Braunschweig zurückgekehrte Herr Kaufmann Haase nicht mehr Theil nahm, kam nach Vorlesung des Protokolls vom 24. d. M. noch mals das Verhältniß eines Procura-Indemnitäts zur Sprache, welcher einen Wechsel präsentiert und wegen verweigelter Zahlung protestiren läßt.

Es ward nämlich von neuem die Frage aufgeworfen, ob die in dem §. 4. bestimmte Frist doppelt, einmal für den Beauftragten und dann für den Auftraggeber eintrete, oder dem Vormanne des letzteren gegenüber nur einfach zu berechnen sei?

Nachdem intress auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht worden war, welche bei der ersten Annahme dann eintreten würden, wenn der Auftraggeber von dem Beauftragten entfernt, ein Vormann des Ersteren aber in der Nähe des Letzteren wohne, verließ man bei der schon in der vorigen Sitzung angenommenen Meinung, daß auch in dem Falle, wo ein Beauftragter präsentire, dem Vormanne des Auftraggebers innerhalb der für die Requisition bestimmten Frist Nachricht zu erstatten sei, und daß daher dem Beauftragten obliege, diese Requisition, ebenso wie die Benachrichtigung seines Auftraggebers zu bewirken. Dabei wurde jedoch bemerkt, daß jedenfalls unrichtig werden müsse, ob das Giro des Belehmannen ausdrücklich als ein Giro in Procura bezeichnet sei oder nicht, indem im letzteren Falle das Giro als ein eigentliches betrachtet, und nur der Ansteller desselben benachtheiligt werden müsse.

Man fuhr hierauf mit der weiteren Verathung des zweiten Verfalls in dem Promemoria vom 18. dieses Monats fort.

Zum §. d. (§. c. des ersten Vorfalls) bemerkte der Herr Referent, daß die Verbeibaltung dieses Paragraphen wesentlich auf der Voraussetzung beruhe, daß der §. 90 und namentlich die Bestimmungen desselben über die Adnotation angenommen würden. Richten diese Bestimmungen weg, so müsse der §. d. ebenfalls wegfallen, da während des gegen einen Wechselverpflichteten unabhängigen Rechtsstreites dieser den weiteren Regreß bei einem anderen Gerichte, wo er den Wechsel nicht zu produciren vermöge, auch nicht verfolgen könne.

Gegen diese Ansicht wurde von einigen Seiten bemerkt, eines Theils, daß der weitere Regreß, welchen der Verfallte nehmen könne, nicht durch den Besitz des Originalwechsels zu bezingen sei, dazu vielmehr eine beglaubigte Abschrift des Wechsels hinreichen dürfte, dessen Original bei dem Gerichte, wo der Hauptproceß verhandelt werde, eingegeben werden könne, und andern Theils, daß in dem Falle, wenn die verpflichteten Vormänner innerhalb desselben Staates, wohl gar an demselben Orte wohnen, der Paragraph unabhängig von der Annahme des §. 90 bestehen könne.

Zugleich wurde von einer Seite darauf aufmerksam gemacht,

daß das Recht des angegangenen Vertreters, von seinem Vormanne Siderheitsbestellung zu verlangen, nicht von der gerichtlichen Klage abhängig sein könne, daß es ihm vielmehr auch schon bei den außergerichtlichen Schritten des Inhabers inselien müsse, wie bei dem Regreß wegen verweigerter Annahme.

Von anderer Seite wurde für den Befall des §. d. gestimmt. Verhebe man nämlich — wurde bemerkt — unter der „gerichtlichen Vertretung“ eine durch Klätsdenunciation veranlaßte accesserische Intervention, so sei die Bestimmung überflüssig, da sie sich aus dem Proceßverlaufe ergebe; verhebe man aber darunter die völlige Ueberrnahme des Rechtsstreites von Seiten des Vormannes, so entständen daraus Verwickelungen. Hinsichtlich der Befugniß, Siderheit zu fordern, welche dem in Anspruch genommenen Indossanten gegen seinen Vormann eingeräumt werden solle, sei zu erwägen, daß dann auch der deshalb belangte Vormann eine gleiche Befugniß gegen einen anderen und dieser dieselbe weiter geltend machen könne, so daß hiermit die Möglichkeit einer mehrfachen Siderhestellung gegeben sei. Gesehe übrigens der belangte Vormann seine Verpflichtung zur Rembourssirung an, so müsse er zahlen und könne dann nicht bloß Siderhestellung, sondern Zahlung von seinem Vormanne verlangen; in dem entgegengesetzten Falle aber sei nicht abzusehen, mit welchem Recht derselbe Siderheit wegen einer Forderung verlangen könne, die von ihm bestritten werde.

Dygleich hierauf einerseits erwiedert wurde, der verfallte Indossant müsse, auch wenn er Verenzen trage zu zahlen, (weil z. B. die Legitimation des Klägers nicht in Trennung sei), dennoch das Recht haben, seine Vormänner auf Befreiung von der Verbindlichkeit in Anspruch zu nehmen, welche er in deren Interesse bestreite, andererseits aber, daß der Begriff der gerichtlichen Vertretung oder defensio ein im gemeinen Rechte völlig klarer sei, daß die defensio allerdings weiter gehe, als eine accesserische Intervention und ihre Anwendung auf den vorliegenden Fall sich aus der Analogie der Bestimmungen für den Excoptionsregreß rechtfertige; so vereinigte man sich doch dahin, daß der Paragraph hier wegfallen solle, jedoch bebielt man sich vor, auf dessen Bestimmungen bei der Lehre von der Verjährung nach Befinden wieder zurückzukommen.

Auch über Verbeibaltung des §. e. (§. d. des ersten Vorfalls), zu welchem man nunmehr überging, äußerten sich verschiedene Ansichten.

Von einigen Seiten wurde der erste Absatz des Paragraphen für überflüssig erachtet, weil derselbe nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen sich von selbst verhebe. Von anderer Seite theilte man indes diese Ansicht nicht, und bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde die Verbeibaltung der Vorschrift mit 12 gegen 6 Stimmen beliebt.

Größere Bedenken erhoben sich gegen den zweiten Abſatz des §. c. Der Oesterreichische Herr Abgeordnete erklärte in dieser Beziehung: Er halte zwar den im §. c. ausgesprochenen Grundsatz für richtig, würde aber, wenn überhaupt in dieser Beziehung etwas in das Gesetz aufgenommen werden solle, für hinreichend erachten, wenn gesagt werde:

Jeder Wechselkäufer hat das Recht, gegen Erstattung der Wechselsumme und der Kosten, und im Falle der verweigerten Annahme gegen gerichtliche Hinterlegung derselben, die Auslieferung des quittirten Wechsels und des wegen Nichtzahlung erhobenen Protestes von dem Inhaber zu verlangen.

Er glaube, daß man über die verweigerte Annahme der Zahlung seines neuen Protestes bedürfte, weil man bei der verweigerten Annahme doch zu einem gerichtlichen Schritte komme, in welchem entschieden werden müsse: ob die Annahme der Zahlung mit Grund verweigert worden sei oder nicht. Ein Protest nach der Verfallzeit des Wechsels sei überhaupt etwas Neues und schon durch die Beendigung des ganzen Wechselgeschäftes ausgeschlossen. Ein solcher Protest könne weder den Proceß verhindern, noch die Gründe der verweigerten Annahme erweisen. Nach dem §. 1425 des Oesterreichischen bürgerlichen Gesetzbuches könne, wenn der Gläubiger die Annahme verweigere, der Schuldner sich nur durch gerichtliche Hinterlegung der Schuld befreien. Dadurch erhalte man einen gerichtlichen Beweis über das rechte Verhalten der Zahlung und die Folge der verweigerten Annahme ergebe sich schon aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen und aus der Analogie der Vorschriften über die Überschuldung. In dem Oesterreichischen Entwurf vom Jahre 1833 habe man in den §§. 145 und 146 ähnliche Bestimmungen aufgenommen; bei Verjaßung des neuen Entwurfs vom Jahre 1843 habe man jedoch diese Paragraphen als überflüssig weggelassen und daher habe er auch für den gütlichen Wegfall dieses Paragraphen gestimmt.

Von anderen Seiten wurde gegen die Deposition, welche zur Befreiung des Wechselkäuferes hier erigiert werde, erinnert, daß man schwerlich zu derselben sich entschließen werde, da man dadurch der Benutzung des Geldes sich bezeuge, ohne zugleich in die Lage gesetzt zu werden, Erstattung von einem Dritten zu fordern. Es wurde dabei die Meinung ausgesprochen, daß der Inhaber des Wechsels schon durch die Zurückweisung der von einem Vornahme angebotenen Zahlung in Bezug der Annahme verjagt werde und der Legitime durch den über die verweigerte Annahme erhobenen Protest über die Lage der Sache Gewissheit erhalte, daß es hiernächst über der Strenge des Wechselrechts wohl ganz angemessen sei, an die selbsterhaltene constanter mora accipiendi den Verlust des Wechsel-Regreßes zu knüpfen, ohne gerade die Deposition Seitens des Schuldners zur Bedingung zu machen.

Der Herr Staatsminister von Kärnten, so wie Herr Vicepräsident Dr. Cinerer erinnerten daran, daß in dem angenommenen Falle eine Art von Intervention vorliege, und daher auf die Bestimmungen über Intervention hinzuweisen sei. Sie waren zugleich ebenfalls der Meinung, daß eine Deposition nicht nöthig sei, vielmehr bloße Protestkaufnahme hinreiche.

Von einem andern Mitgliede der Versammlung wurde dagegen die Ansicht geäußert, daß der, welcher die Annahme der Zahlung verweigere, war nicht des Regreßes verlustig geworden, wohl aber zum Ertrage von Schäden, welche er dem Anbietenden etwa dadurch verursache, gehalten sein solle. Es kam hierbei insbesondere der Fall zur Sprache, wenn der Inhaber, der die Annahme, der von einem früheren Insoffan-

ten offerirten Zahlung verweigere, diese demnach gleichwohl von einem in der Mitle liegenden Insoffanten erlangt habe, und von dem Zahler nunmehr der Regreß weiter genommen werde. Daß dieser Legtere, wenn ihm die frühere Verweigerung der Zahlung unbekannt geblieben sei, Rembours verlangen könne, darüber war man einverstanden, und man nahm demgemäß an, daß in einem solchen Falle nur dem, welcher früher Zahlung offerirt hatte, ein Anspruch zustehe, und zwar lediglich ein Schadenerspruch gegen denselben, von welchem die Annahme der Zahlung verweigert worden war.

Nachdem man sich darüber vereinigt hatte, daß, um das anzudeutende Präjudiz eintreten zu lassen, die Deposition nicht nöthig sein, sondern die Oblation genügen müsse, kam endlich in Frage, ob nicht angemessener sei, ein Präjudiz überall nicht zu bestimmen und den zweiten Abſatz des §. c. hinwegzulassen. Man entschied sich mit 9 Stimmen gegen 8 für diese Hinweglassung, indem man das Präjudiz des Verlustes des Wechsel-Regreßes, wegen der nach Obigem daraus möglicherweise hervorgehenden Verwickelungen, bedenklich fand, hinsichtlich der Verpflichtung zum Schadenersatz aber annahm, daß dieselbe sich von selbst verstehe, wenn der Inhaber des Wechsels der Verpflichtung zuwider handle, welche ihm der erste Abſatz des §. c. aufleae.

Nachdem noch ein Vorſchlag des Württembergischen Herrn Abgeordneten, den §. 97 des Entwurfs mit den früheren Beschlüssen entsprechenden Modification hier einzufallen, weiterer Erwägung bei der Redaction vorbehalten worden war, ging man zu der Lehre von der Verjährung über.

Hierbei machte der Herr Referent zunächst darauf aufmerksam, daß diese Lehre nach den über den Regreß Mängels Zahlung gestellten Vorschriften eine Umarbeitung erfordere, indem die Bestimmungen des §. 73 nur noch auf den wechselseitigen Anspruch gegen den Acceptanten und den Aussteller eines eigenen Wechsels Anwendung finden könnten; in Bezug auf die Indossanten dagegen besondere Krifen gestatet werden müßten, wie auch solche im §. 73a. des Promemoria vom 18. dieses Monats von ihm vorgeschlagen seien.

Man vereinigte sich darüber, daß die Berathung über den zweiten Abſatz des §. 73 vorerst noch aussetzen und zunächst die Frage über die Verjährungszeit in ihrem ganzen Umfange zu erörtern sei.

Dabei wurden zwei entgegengesetzte Ansichten aufgestellt und geltend gemacht.

Die eine Meinung ging davon aus, daß nur eine einzige, nicht zu ausdehnende, aber doch so geräumige Verjährungsfrist zu gestatten sei, daß innerhalb derselben das ganze Geschäft abgewickelt werden könne, mit deren Ablauf aber auch alle Wechselverbindlichkeiten außer Acht gelassen würden. Man machte hierfür namentlich geltend: Nach dem Systeme des Entwurfs sei dem Regreßschuldenden ein unbeschränktes jus variandi eingeräumt, damit verträge es sich aber nicht, fürzerte, nach einer Enternungsfrist wachsende Krifen für die Anstellung der Regreßklage einzuführen, weil sonst der Regreßdebet von dem Rechte der freien Wahl unter den Regreßpflichtigen seinen Gebrauch machen könne, sondern genehigt wäre, denjenigen zu belangen, welchem gegenüber er die kürzeste Frist habe, indem er andererseits zu gewärtigen habe, während des Rechtsstreites mit dem Einen seine Ansprüche gegen die Anderen einzubringen.

Man dürfe auch nicht befürchten, daß bei der Aufstellung einer einzigen gegen alle Verpflichteten laufenden Verjährungsfrist diejenigen, welche erst am Ende dieser Frist belangt

würden, im Gefahr kämen, zur Zahlung angehalten zu werden, ohne (wegen der unmittelbar vollendeten Verjährung) wiederum weiter regrediten zu können; dagegen blühe das eigene wohlverstandene Interesse der mit Wechseln Verkehrenden, welches sie nöthige, sich möglichst schnell bei ihren Garanten zu erholen. Auch habe das System des französischen Rechts, welches diese *délais* eingeführt habe, sich in der Anwendung nicht bewährt, und daher nirgends Anerkennung gefunden.

Die andere Meinung wollte umgekehrt das französische System der *délais* eingehend haben, und machte dafür Folgendes geltend:

Wenn man ein strenges Notificationsystem unter dem Praesupposit des Regreditverlustes einführen wolle, wie solches der Preussische Entwurf vorge schlagen habe, so erhebe sich eine einschlägige Verjährungsfrist für alle Wechselverpflichtete raumend und ausföhrbar: mit dem Aufgeben dieses Systems müssten aber auch dessen Consequenzen wegfallen. Wenn man einmünde, daß nach den gestrichen Verläufen die Notificationen beibehalten werden, so sei zu erwidern, daß man solche nicht für die Verberichtigung der Regreditklage erklärt habe, und daher der Gewähr entbehre, daß die Benachtheiligung überall richtig eintreten werde; man müsse daher nothgedrungen zu dem französischen System greifen. Die Verjährung könne nicht gleichzeitig gegen alle Regreditpflichtigen zu laufen beginnen, denn jezt nehme sie gegen die Mehrheit derselben ihren Anfang, *ex actio nata* für sie vorhanden, also ohne ihnen möglich gewesen sei, auch überdies durch Klagerhebung gegen ihre Vormänner das Regredit zu vererben.

Wolle man sich darauf berufen, daß das eigene Interesse des Handelsstandes die möglichst schnelle Geltendmachung der Regreditansprüche erheische, so dürfe nicht übersehen werden, daß dies Interesse durch das System des französischen Rechts nicht beeinträchtigt werde.

Auf die Behauptung, daß das System des französischen Rechts nirgends Anklang gefunden habe, erklärten die Herren Abgeordneten von Preußen, Baden und Großherzogthum Hessen, daß in ihrem Vaterlande, soweit dasselbe der Code de commerce gelte, dies System keine Inconvenienzen erzeugt habe, vielmehr der Handelsstand die Fortdauer desselben wünsche. Insbesondere machte der Badische Herr Abgeordnete noch darauf aufmerksam, daß die bisherige Entwidlung des französischen Handelsrechts gerade für die praktische Ausföhrbarkeit dieses Systems spreche, indem die Länder, deren Handelsgeßebner auf der Grundlage des Code de commerce trübten, das System der *délais* beibehalten hätten.

Bei diesem Anlaß wurde auch die weitere Frage erörtert, ob nicht wenigstens eine gleiche Verjährungsfrist für sämtliche Anzeigenden und den Aussteller (also mit Ausfluß des Accettanten) schicklich sei? Dafür und dagegen wurden im Wesentlichen dieselben Gründe geltend gemacht, welche für oder gegen die Bestimmung einer einzigen allgemeinen Verjährungsfrist angeführt worden waren.

Der Entwurf, in welchem Herr Abgeordnete ließ sich über die in Beratung befindlichen Fragen noch dahin aus: Er wolle die Veräumlung zunächst auf die Bestimmungen des Oesterreichischen Entwurfs über die Verjährung aufmerksam machen, weil diese in verschiedenen Capiteln vorkämen und zur Beurtheilung des Systems eine Uebersicht notwendig sei. Die Vorschriften über die Verjährung der Regreditklage gegen die Anzeigenden und den Aussteller seien in den §§. 236 bis 240

mit Bezug auf die §§. 221 bis 223 rücksichtlich der Folgen der nicht beobachteten Regreditfrist, jene über die Verjährung des Wechselrechts gegen den Aussteller eines eigenen und den Accettanten eines fremden Wechsels in den §§. 267 und 268, so wie im §. 274 enthalten.

Dabei erlaube er sich, zu bemerken: Wenn man die Notification des Protestes entweder gar nicht, oder doch nicht mit dem Praesupposit des Verlustes des Regreditrechtes vorsehe; so sei es unerläßlich, kürzere Fristen für die Regreditklage festzusetzen, weil jezt die Anzeigenden zu lange in Haftung und in Ungewißheit verbleiben würden; weil es für alle Interessenten wünschenswerth sei, daß die Ansprüche aus einem protestirten Wechsel bald geltend gemacht würden, und weil jezt das Altrecht früherer Anzeigenden, welche wegen der Zahlung erst später angegangen würden, entweder über die allgemeine wechselrechtliche Verjährungsfrist hinausgeschritten werden müßte, oder sie durch die Befchränkung ihres Altrechts auf die Verjährungsfrist ohne ihr Verschulden dem Verluste ihrer Forderung ausgeeicht werden würden. Es beziehe wohl seiner besonderen Ausföhrung darüber, daß die Regreditfristen nur für die gegen einen infanzirten Anzeigenden oder Aussteller anstehenden Klagen festgesetzt werden könnten, weil für den im Auslande zu nehmenden Regredit die Gesetze des Auslandes zur Norm dienen müßten.

Er glaube daher auf folgende Vorschrift antragen zu können:

Die Regreditklage verjähret:

1. binnen 30 Tagen, wenn der Regreditnehmer in demselben Regierungsbezirke mit dem belangten Regreditpflichtigen,
2. binnen 2 Monaten, wenn er in Deutschland,
3. binnen 3 Monaten, wenn er in einem anderen Lande Europas,
4. binnen 6 Monaten, wenn er in den Ländern von Asien und Afrika längs dem mittelländischen und schwarzen Meere oder in den dazu gehörigen Inseln,
5. binnen einem Jahre, wenn er in anderen außereuropäischen Ländern wohnt.

In Betreff des Zeitpunktes, von welchem diese Fristen laufen, beziehe er sich auf den §. 248 des Oesterreichischen Entwurfs, wenn auch der neue Vorschlag des Herrn Referenten in den §. 73a. übereinstimme. Wenn auch der §. 239 des Oesterreichischen Entwurfs als überflüssig übergegangen werden könne, so halte er doch einen Zusatz über den Fristenlauf hinsichtlich jenes Wechselhabers, der nicht an dem Orte, wo der Protest erhoben wurde, wohnt und zwar in der Art für notwendig, daß für diesen die Regreditfrist von dem Tage an zu laufen habe, an welchem ihm die Notification der Protesterhebung zugekommen ist oder wenigstens hätte zukommen können, wenn sein Bevollmächtigter ihn am zweiten Tage nach der Protesterhebung davon benachrichtigt hätte.

Diese Regreditfristen müßten als eine eigene, von der Verjährung des Wechselrechts gegen den Accettanten eines fremden und den Aussteller eines eigenen Wechsels ganz unabhängige Verjährungsart angesehen werden. Er hoffe, daß man die Uebereinstimmung und Consequenz, welche in den §§. 236 bis 240 und in dem Ha. pründe: Von der Verjährung, bezügliche, nicht verkennen werde und behalte sich vor, seinen Vorschlag nach Befinden bei der weiteren Berathung im Einzelnen noch näher zu entwickeln.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde die Frage: Soll eine einzige und allgemeine Verjährungsfrist für

alle wechselseitigen Ansprüche (abgegeben von den Bestimmungen des §. 75) festgesetzt werden?
mit 11 Stimmen gegen 7 verneinend beantwortet.

Eben so wurde die zweite Frage:

Soll nicht wenigstens für die Regress-Ansprüche gegen die Indossanten von den Aussteller eine Verjährungsfrist festgesetzt werden?
mit 12 Stimmen gegen 6 verneint.

Endlich ward auch die Frage erörtert, durch welche Vorgänge die Verjährung unterbrochen werde? Man war zuvörderst darüber einig, daß nach dem nunmehr angenommenen System die Verjährung auch durch andere Vorgänge, als die Aufstellung der Klage unterbrochen werden müsse, weil sonst bei der Kürze der Fristen der gerichtlich belagerte vor Ablauf der ihm gegen seine Vormänner stehenden Regressfrist, jenen gegenüber, die Verjährung in allen Fällen nicht unterbrochen könnte, wo der anhängige Rechtsstreit sich über diese Zeit hinaus verlängere.

Nach einer längeren Erörterung, in welcher man den Vorschlag, eine Unterbrechung der Verjährung durch öffentlich

beurkundete Mahnung, wie solche der §. 225 des Sächsischen Entwurfs gestattet, nicht für empfehlenswerth erkannte, vereinigte man sich dahin, daß ähnlich, wie im §. 673 des Württembergischen Entwurfs bestimmt ist, die Streitverkündung, welche der gerichtlich in Anspruch genommene Garant an seine Vormänner gelangen lasse, die Stelle der Klagerhebung gegen sie vertreten, respective eine Unterbrechung der Verjährung bewirken solle.

Man schritt hierauf zur Berathung der einzelnen Bestimmungen des §. 73 a und war darüber einverstanden, daß der Paragraph nur auf die Fälle zu beschränkt sei, wo der Regresspflichtige im Inlande wohne, indem das Gegentheil den umgekehrten Fall, wo der zu Belagerte im Auslande wohne, durch seine Verdrüssigkeiten nicht treffen könne. Es sich eine große Verschiedenheit der Ansichten in Betreff der Ausbestimmungen des Paragraphen zeigte, von mehreren Seiten noch einige weitere Unterbrechungen gewünscht wurden, auch gegen die Fassung verschiedene Bedenken geäußert wurden, so beschloß man, wegen der vorgerückten Zeit, die Debatte in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

XXVIII.

Leipzig, den 27. November 1847.

Die heutige Conferenz ward unter dem Vorsitze Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers von Könneritz mit Vorlesung des über die gestrige Sitzung aufgenommenen Protokolls begonnen. Sodann wurde die gestrige Berathung fortgesetzt.

Im Verlaufe derselben wurde von mehreren Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß das vorgeschlagene System, wonach der Acceptant, allen Indossanten und dem Aussteller gegenüber, durch den Ablauf einer und derselben Verjährungsfrist geschützt ist, während jeder der Letzteren für seine Regressklage eine selbstständige Verjährungsfrist in Anspruch nehmen kann, den Mißstand erzeuge, daß nicht selten der zuletzt in Anspruch Genommene sich gegen den Acceptanten darum nicht mehr erheben könne, weil inzwischen das Klagerecht gegen jenen verjährt sei. Zur Erledigung dieses Bedenkens wurden von einigen Mitgliedern verschiedene Vorschläge gemacht, namentlich folgende:

1. Der in Anspruch Genommene solle, wie §. 230 des Sächsischen Entwurfs gestatte, vom Kläger den Nachweis verlangen können, daß die Verjährung gegen den Acceptanten unterbrochen, folglich das Klagerecht gegen denselben noch nicht erloschen sei.

2. Der Acceptant solle durch den Ablauf der Verjährung nicht gegen den Aussteller und diejenigen Indossanten gedeckt sein, welche innerhalb der ihnen für die Regressklage gestatteten Frist auch gegen ihn gerichtlich auftraten.

3. Jeder Regressant solle berechtigt sein, die gegen ihn angehängte Regressklage durch die Einrede abzuweisen, daß das Forderungsrecht gegen den Acceptanten bereits verjährt sei.

4. Es solle hinsichtlich der Verpflichtung des Acceptanten keine besondere Verjährung stattfinden, vielmehr jeder Indossant gegen ihn die gleiche Frist genießen, die ihm zur Aufstellung seiner Regressklage überhaupt gegeben sei.

Von anderen Mitgliedern wurde zwar die Möglichkeit der hervorgehobenen Inconvenienzen zugegeben, aber kein entscheidendes Gewicht darauf gelegt, weil sie annehmen zu dürfen glaubten, daß in einer Frist von zwei Jahren, welche voraussetzlich für die Verjährung der Ansprüche gegen den Acceptanten mindestens festgesetzt werden würde, das Geschäft regelmäßig abgewickelt und daher der Regressant nicht in der Lage sein werde, sein Forderungsrecht wegen Ablaufs der Verjährung gegen den Acceptanten zu verlieren. Es wurde ferner darauf aufmerksam gemacht, daß schlimmsten Falls der §. 73, wonach immer noch die Klage gegen den Vereiterer offen bleibe, die erforderliche Ausgleichung geben werde und es ungerecht sei, den Acceptanten (welcher innerhalb dieser ganzen Zeit sich über die erhaltene Deckung mit dem Aussteller nicht bereuen könne, weil er immer der Klage aus dem Accepte gewärtig sein müsse) allzulange im Obligo zu lassen.

Die letztere Grund fand indessen auch bei solchen Widersprüchen, welche im Uebrigen das vorgeschlagene System vertheidigten. Sie erklärten, daß kein Grund vorhanden sei, den Acceptanten nur kurze Zeit im Obligo zu lassen. Für die Indossanten liege ein Grund dafür darin, daß sie sich selbst in kurzer Frist gegen ihre Vormänner wieder erheben müßten; dieser Grund falle aber bei dem Acceptanten weg. In Anerkennung dieser Grundsätze hätten auch andere Vorschläge

bunaken, 4 B. die Französische, Holländische und Englische, die Verpflichtung des Acceptanten auf eine längere Zeit (z. B. auf 5 oder 10 Jahre) erstreckt.

Während des Laufes der Debatten wurde von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, es bedürfe wohl noch einer Entscheidung darüber, daß der Besogene wie der Aussteller eines eigenen Wechsels, wenn ihnen das Geld am Verfalltage nicht abgefordert würde, berechtigt seien, dasselbe zu deponiren. Man könne nämlich nicht behaupten, daß ihnen dies schon nach den allgemeinen Grundsätzen des Civilrechts anstehe, vielmehr sei zu bedenken, daß der Besogene den Gläubiger nicht kenne, daher das gewöhnlich für die Obligation und Deposition vorgeschriebene Verfahren, welches die Verlastung des Gläubigers ad videndum deponi voraussetze, nicht beobachtet werden könne.

Tagegen wurde von anderen Mitgliedern eingewendet, eine solche Vorschrift sei nicht erforderlich, weil der Acceptant nicht daran denken werde, das Geld zu hinterlegen, wodurch er sich möglicher Weise außer Stande setze, dasselbe nach abgelaufener Verjährung wieder an sich zu ziehen, daß er es vielmehr lieber in der Cassa behalten und bis zur Abforderung benutzen werde.

Als hierauf zunächst die Frage zur Abstimmung gebracht ward:

Soll in dem Entwurfe eine Vorschrift über das dem Acceptanten einzuräumende Recht der Deposition gegeben werden?

ergab sich eine Gleichheit der Stimmen. Indeß erklärte Einer der Herren Botanen, der unter den Vereinigten gestimmt habe, sein Votum zurückzunehmen und den bejahenden sich anschließen, da es doch jedenfalls unschädlich erscheine, über die Deposition in dem Entwurfe sich auszusprechen. Unter diesen Umständen ward eine obermalige Abstimmung für nöthig erachtet, bei welcher 11 Stimmen gegen 7 für die bejahende Beantwortung der Frage sich erklärten.

Die zuerst erörterte Frage: welche Verjährungsfrist gegen den Acceptanten anzunehmen sei, blieb einstweilen ausgelegt, und man ging zunächst zu dem einzelnen Bestimmung im §. 73 a. des von dem Herrn Referenten vorgelegten Promemoria über. Bei der unter Nr. 1 enthaltenen Bestimmung kam die Frage zur Erörterung, ob nicht die Stelle: „oder in einem einer Deutschen Macht angehörigen Lande“ bestimmter zu fassen sei. Es ward in Vorschlag gebracht, hierbei die außer Deutschland gelegenen Lande von Oesterreich und Preußen besonders zu benennen. Indeß wurde überhaupt die angelegte Frist von sechs Wochen in verächtlicher Weise beanstandet, indem einige der Herren Abgeordneten eine kürzere Frist für den Fall, wenn der Verpflichtete mit dem Verbindungs an einem Orte wohnt, für nothwendig, und die andere Frist von sechs Wochen nur für den Fall, wenn der Verpflichtete und Verpflichtete einem und demselben Staate angehören, außerdem aber eine Frist von zwei bis drei Monaten für passend erachteten.

Zur Befriedigung der mit den vorgeschriebenen Vorschlägen verbundenen Inconvenienzen wurde schließlich beantragt, für die Fälle unter Nr. 1 und 2 eine gemeinschaftliche Frist von drei Monaten anzunehmen.

Dieser Vorschlag kam zur Abstimmung und ward mit 15 Stimmen gegen 3 angenommen.

Zu Nr. 3 des Paragraphen beantragte der Oesterreichische Herr Abgeordnete im Hinblick auf die Verhältnisse von Oesterreich für die Fälle, in welchen der Regress aus der Verant-

wortung des mittelländischen und schwarzen Meeres genommen werde, die in §. 237 unter Nr. 5 des Oesterreichischen Entwurfs erwähnte Frist von 6 Monaten.

Dieser Vorschlag erhielt allgemeine Zustimmung; außerdem aber wurde eine Frist von 18 Monaten für die Regressfälle blicke, in welchen der Regressnehmer in einem andern Lande, außerhalb Europa wohnt. Auf den Vorschlag des Holländischen Herrn Abgeordneten wurde zugleich bestimmt, daß diese Frist auch für Island und die Färöer in Anwendung kommen solle.

Man kam hierauf auf die gegen den Acceptanten zu bestimmende Verjährungsfrist zurück, und es wurden die Fragen:

1. Soll der Anfang dieser Frist auf die Zeit des Verfalls des Wechsels gesetzt werden?
2. Soll diese Frist auf fünf Jahre oder nur auf drei Jahre bestimmt werden?

zur Abstimmung gebracht.

Die erste dieser Fragen ward einstimmig bejaht. Rückfichtlich der zweiten ward die fünfjährige Frist mit 10 Stimmen gegen 8 verworfen, hingegen die Frist von drei Jahren mit 14 Stimmen gegen 4 angenommen.

Bei dem letzten Abfasse des Paragraphen überließ man der Redaction, in Uebereinstimmung mit den früher gefaßten Beschlüssen bezüglich, daß die Excommunication gleiche Wirkung habe, wie die Anstiftung der Klage.

Man setzte hierauf vorbehaltener Maassen zum §. 28 des Entwurfs in der Beziehung zurück, was zu erwägen, ob die dort festgesetzte einjährige Frist beizubehalten sei.

Einige der Herren Abgeordneten waren der Meinung, daß diese Frist, welche nur mit Rücksicht auf den §. 73 angenommen worden sei, jetzt in Folge der Beschlußnahme zu den §§. 73 und 73 a. mit den hier festgesetzten Fristen in Uebereinstimmung gebracht werden müsse. Die Vertheidiger dieser Ansicht wichen jedoch in so weit von einander ab, als einige die Frist im §. 28 wie im §. 73 auf 3 Jahre, andere aber, wie die im §. 73 a. vorgeschriebenen Fristen bestimmt wissen wollten. Von den Letzteren hielten wiederum Einige für genügend, nur die im §. 73 a. festgesetzte längste Frist in den §. 28 aufzunehmen. Andere schlugen dagegen vor, zu sagen: während der für die Regressnahme bestimmten oder: der für den Regredienten laufenden Fristen. Von einer dritten Seite wurde zur Vereinigung beider Ansichten empfohlen, im §. 28 gar keine Frist zu bestimmen, da in der neuen Redaction desselben der Fall aufgenommen sei; wenn die Wechselkraft erloschen ist.

Allen diesen Meinungen entgegen ward aber von mehreren Herren Abgeordneten geltend gemacht, daß die Frist im §. 28, wenn sie auch mit Hinblick auf §. 73 des Entwurfs angenommen sein möge, doch nicht durchaus mit den Verjährungsfristen übereinstimmend festgesetzt werden müsse. Für viele Fälle erscheine es ungemäßig, die Sicherheitsbestellung nicht während der ganzen Verjährungszeit, zumal derjenigen der Regressansprüche, fortzuauern zu lassen und die Festsetzung einer kürzeren Frist stelle sich sehr um so mehr als empfehlenswerth dar, je bedeutender die Verjährungsfrist durch die Beschlässe zu den §§. 73 und 73 a., im Vergleich mit der ursprünglichen Fassung des §. 73, verlängert seien. Man möge es daher bei der einjährigen Frist belassen oder diese höchstens auf 18 Monate ausdehnen.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung ward mit 17 Stimmen gegen 11 beschlossen, im §. 28 eine Frist vorzuschreiben,

und mit 15 Stimmen gegen 3, es bei der Frist von einem Jahre bewenden zu lassen.

Sodann ward zur Verathung des §. 75 des Entwurfs übergegangen. Gegen die Anwendung der Bestimmungen desselben auf die Indossanten erklärten sich viele Abgeordnete; zunächst äußerte sich der Braunschwergische Herr Abgeordnete dahin:

Mit dem Principe des §. 75 des Entwurfs werde man sich einverstanden erklären. Dasselbe mache der durch einzelne Gesetze unterstützten richtigen Ansicht ein Ende, nach welcher die Folge eines Präjudizes und der Verjährung nur in dem Verluste der strengeren Wechselprozedur erlischt, und der Anspruch des Inhabers in ordinario ohne weitere Unterbrechung darüber zugelassen werde, ob derselbe der wechselseitliche oder der aus den Verhältnissen, welche dem Wechsel zum Grunde liegen, folgende sei. Dennoch scheint die Bestimmung des Entwurfs noch einer Beschränkung zu bedürfen, nämlich derjenigen, daß der Anspruch des Wechselinhabers auf die Bereicherung nicht auch gegen die Indossanten, sondern allein gegen den Aussteller zulässig sei.

Die Legislation sei bis jetzt über diesen Punkt nicht klar. Die älteren Gesetze enthalten meist gar nichts bisher Gehöriges. In den neueren legislativen Arbeiten seien die Ansichten getheilt. Das Preussische Landrecht Th. II. Tit. VIII, §. 974, 1015 u. 1080, die Bremer Wechselordnung Art. 93, der Sächsishe Entwurf §§. 62, 232, und der Mecklenburger Entwurf §. 55 ließen den Regres in ordinario schlechthin gegen alle Wechselverbindungen zu, während eine ältere deutsche Ansicht, die in mehreren bei Sichel zu findenden Gutachten (Nr. 35, 99, 102) ausgesprochen sei, der Code de com. Art. 117, 168 und die dem Code nachgebildeten Legislationen, die Ungarische Wechselordnung I. Art. 67, die Flensburger Wechselordnung §. 46, der Holländische Entwurf §. 47, der Braunschwergische Entwurf §. 61, 93, der Oesterreichische Entwurf §. 222 u. 223, den Regres auf die Bereicherung nur gegen den Traffanten zuließen.

Diese letztere Ansicht, welche in den neueren legislativen Arbeiten nach den gemachten Angaben die mehr verbreitete sei, scheint auch allerdings den Vorzug zu verdienen. Nach dem vom Entwurfe befolgten richtigen Systeme werde man nämlich nicht daran denken, nach erfolgtem Wechselraus den Wechsel als Schuldsein und die Indossamente als Cessionen zu betrachten. Man werde vielmehr für die Begründung des Regressanspruchs auf die Bereicherung nur auf die dem ersetzten Wechselgeschäfte zum Grunde liegenden materiellen Verhältnisse zurückgehen können. In dieser Beziehung sei aber zwischen dem Traffanten und den Indossanten ein sehr wesentlicher Unterschied, den die Verfasser des Code de commerce — obgleich ihnen übrigens die Unterscheidung des Formalgeschäftes von seiner materiellen Grundlage nicht klar geworden — wohl gefühlt und durch die Bestimmung angedeutet hätten, daß durch Präjudizierung des Wechsels die Reihe der Indossanten ganz, der Traffant aber nur in so fern befreit werde, als er Deckung gemacht habe.

Um diesen Unterschied zwischen dem Traffanten und dem Indossanten näher ins Licht zu stellen, sei es passend, zunächst die precise Ausführbarkeit, oder vielmehr Unausführbarkeit eines Regresses auf die Indossanten ins Auge zu fassen. Ein springender Regres auf die Bereicherung sei hier deshalb undenkbar, weil es auf die besondere Bewandnis der Geschäftsverhältnisse, auf welchen die Begebung des Wechsels beruht, ankomme, und die etwa einem entfernteren Indossanten nach-

zuweisende Bereicherung eine den Inhaber gar nicht berührende Angelegenheit sei. Man müsse daher den Regres nur immer an den unmittelbaren Vormann gestalten. Hiernit gelange man aber — abgesehen davon, daß nun der Traffant der zuletzt in Anspruch zu Nehmende werde — in unauflösbare Schwierigkeiten. Man werde hier niemals genau bestimmen können, wem eigentlich die Bereicherung des Vormannes besäße, und wie es mit dem weiteren Regresse werden solle, da die Verhältnisse zwischen den verschiedenen Indossanten ganz verschiedene wären. Gestatte man demjenigen, welcher als *locupletior factus* den Inhaber ersetzten müsse, einen weiteren Regres, so werde derselbe durch den Gesetzbuch dieses Regresses seinerseits wieder bereichert werden; gestatte man ihm den weiteren Regres nicht, so werde der Traffant, auf dessen Verhältnisse zum Bezogenen es doch eben am Wesentlichsten ankomme, von der ganzen Regressnahme gar nicht berührt.

Richtigerweise werde man von einer Bereicherung zum Schaden des Inhabers bei den Indossanten niemals sprechen können. Ein Gewinn, den der Indossant durch den Kauf und Verkauf des Wechsels gemacht habe, komme natürlich nicht in Betracht; obgleich immer zu erwägen bleibe, ob nicht nach der Fassung des Entwurfs die Parität verliert werden könne, einen solchen Gewinn als eine für den Regres relevante Bereicherung anzusehen. Bereicherung sei hier vielmehr ein zufälliges, nicht im Sinne und der Absicht des Geschäftes liegendes *lucrum*. Gehe man auf die hier in Frage kommenden materiellen Verhältnisse zurück, welche der Ausstellung und Begebung des Wechsels zum Grunde lagen, so müsse man eine doppelte Kategorie solcher Verhältnisse unterscheiden: zuerst das Verhältnis zwischen dem Traffanten, Remittenten und Traffanten, und dann die Reihe derjenigen Geschäfte, welche den verschiedenen Indossationen zum Grunde lagen. Eine Bereicherung lasse sich nur hinsichtlich des ersten Verhältnisses denken. In einem Geschäft bloß würden zwei Personen sei eine solche Bereicherung nicht denkbar: der eine sei dem andern entweder noch verpflichtet oder nicht, und in beiden Fällen sei er — wenn er auch Gewinn bei dem Geschäft gemacht — doch nicht im Rechtsinne bereichert, so daß ihm die Bereicherung von seinem Mitcontractanten wieder abgefordert werden könne. Es müsse also nothwendig, um eine solche Bereicherung darzustellen, noch eine weitere Verzweigung des Geschäftes stattfinden. Dieses treffe bei dem Verhältnisse des Traffanten zum Remittenten und Bezogenen auch zu, indem der Traffant nicht bloß mit dem Remittenten in Verbindung stehe, sondern auch noch wegen der Deckungsverhältnisse mit dem Bezogenen in Berührung sei. Hier könne allerdings, wenn er vom ersten die Valuta bekommen, und dem zweiten keine Deckung gemacht habe, eine Bereicherung vorkommen. Anders verhalte es sich dagegen mit den Indossanten, bei denen immer nur ein einfaches Geschäft zwischen zwei Personen vorliege, welches mit der Deckungsverhältnisse nicht in Berührung sei. Hier sei der Indossant im Rechtsinne nie bereichert, selbst dann nicht — welchen Fall man hierher zu ziehen vermag — wenn er keine Valuta bezahlt. In diesem Falle sei er entweder die Valuta noch schuldig, oder er sei sie nicht schuldig, weil sie ihm vollständig erlassen sei, oder er überhaupt keine Valuta zu bezahlen gehabt habe. Eine Bereicherung komme daher nicht vor. Selbst dann, wenn ein Indossant eine Notaredresse auf den Wechsel gesetzt, und in Deckungsverhältnissen zum Notaredressaten stehe, sei keine Bereicherung denkbar. Der Indossant unterscheide sich auch hier

von dem Traffanten noch dadurch, daß Legterer den Wechsel nicht erwerben, sondern geschaffen habe, daß er also, wenn er Valuta bekommen und seine Forderung gemacht, berechtigt sei. Der Indossant habe aber den Wechsel selbst erst erworben, wenn er also Valuta bekommen und beim Reibadressaten seine Forderung gemacht, so sei er dennoch nicht berechtigt, weil die Übergang des Wechsels kein reines *lucrum* sei, und dieses im Rechtsinne selbst dann nicht, wenn ihm der Wechsel *causa lucrativa* zugekommen. Eine Veränderung könne hier nur vorliegen, wenn der Indossant den Wechsel auf unethische Weise erlangt, wenn er ihn gefunden oder entwendet habe; in jedem Falle ständen indes Rechtsmittel anderer Art zu. Man müsse also daran festhalten, daß nur der Traffant der erste Begründer des ganzen wechselseitlichen nomen sei, daß sich nur bei ihm die materiellen Grundlagen dieses nomen fänden, und daß man also — wenn auf diese Grundlagen zurückzugehen sei — nur den Traffanten und seine etwaige Veränderung ins Auge fassen müsse.

Der Herr Minister von Könneritz und der Herr Vicepräsident Dr. Ginnert traten dieser Ansicht lediglich bei. Noch weiter aber gieng der Ehrenrätliche Herr Abgeordnete, welcher der Meinung war, daß selbst gegen den Aussteller des Wechsels und gegen den Acceptanten nach Ablauf der Verjährung gar kein Anspruch aus dem Wechsel mehr stattfinden müsse. Somit, bemerkte er, wäre die Festsetzung einer wechselseitlichen Verjährungszeit mit Bezug auf sie illusorisch und nie wären geneigt, ihre Handlungsbücher und Correspondenzen, woraus sie allein die Beweise ihrer Einwendungen entnehmen können, durch die ganze Zeit der gemeinrechtlichen Verjährung aufzubewahren. Nur gegen den Aussteller eines eigenen Wechsels könne man die Haftung durch die gemeinrechtliche Verjährungszeit fortzuerkennen lassen, wie dies im §. 274 des Civilrechtlichen Entwurfs geschehe, weil der eigene Wechsel ungleich die Eigenschaft einer gemeinen Schuldenkunde an sich trage.

Der Herr Referent führte zur Geläuterung und Vertheilung des §. 75 aus, daß derselbe nicht nur mit den Vorschriften des Preussischen Vordrucks (§. 974), sondern auch mit den allgemeinen Grundätzen der Rechtswissenschaft übereinstimme. Die Vorschriften des Code de commerce und der angeführten übrigen fremden Gesetzbücher trafen auf die hier vorliegenden Verhältnisse nicht zu, weil jene fremden Gesetzgebungen in Ansehung der Wechselverjährung von anderen Grundlagen ausgingen. Es frage sich, ob derselbe Grund, wie bei dem Aussteller auch bei den Indossanten vorhanden sei, und dies müsse man bejahen. Bereicherung könne auch bei Indossanten vorkommen, welche daher auch in so weit, als dies der Fall, zu haben hätten. Die Indossanten verträten

den Traffanten, müßten also auch in gleicher Haftung mit ihm stehen. Man könne der Bestimmung des Entwurfs höchstens den Vorwurf machen, daß sie keine große practische Bedeutung habe; allein dies sei nicht genügend, den an sich richtigen Grundsatze aufzugeben. Die Vorschriften des Preussischen Vordrucks habe bis jetzt keine Schwierigkeiten oder Unbilligkeiten veranlaßt, so daß sich denn auch die vor einiger Zeit in Preußen über den Entwurf der Wechselordnung vorgenommenen Sachverständigen für die Beibehaltung derselben erklärt hätten.

Da sich sonst Niemand gegen den Vorschlag des Braunschweigischen Herrn Abgeordneten aussprach, vielmehr zur Unterstützung desselben noch geltend gemacht wurde, daß der Fall einer Bereicherung des Indossanten nur dann, wenn dieser den Wechsel gefunden oder gestohlen habe, denkbar sei (was nicht hierher gehöre), so vereinigte man sich zu dem Beschlusse, daß die Bestimmungen des §. 75 in Bezug auf die Indossanten verfallen sollten, wobei nur von den Hamburger Herren Deputirten, unter Bezugnahme auf das Concilium des Frankfurter Senats vom 4. September 1798 noch hervorgehoben wurde, daß in dem §. 75 mit den Worten „Bereicherung mit dem Schaden des Inhabers“, eine positive Bereicherung gemeint sei, nicht etwa bloß der negative Umstand, daß die Versäumniß (z. B. die veripäetete Präsentation des Wechsels zur Zahlung), seinen Schaden verursacht habe. Der Grundsatz, daß Niemand mit dem Schaden eines Anderen sich bereichern solle, gehe keineswegs dahin, daß der eine Contrahent dem anderen Contrahenten einen Schaden, welcher diesen letzteren betraf, bei veränderten Umständen aber ihn selbst betroffen haben würde, abnehmen müsse, sondern dahin, daß durch die Versäumniß nichts gewonnen werden solle, was nach dem materiellen Rechte nicht wirklich gebühre. Es konnte also darauf an, ob oder wie weit der durch die Versäumniß des Wechsels Liberirte den Bezogenen mit Deckung versehen oder an demselben eine Forderung zu machen gehabt habe; in solchem Falle müßten aber alldann dem Inhaber des Wechsels, auf dessen Kosten, *jura cessa* an den Bezogenen ertheilt werden.

Ferner war man ohne Widerspruch der Ansicht, daß bei Wecheln, die für Rechnung eines Dritten gezogen seien, der Traffant nur die Verpflichtung habe, diesen Dritten zu nennen.

Endlich stimmte man ebenfalls in der Meinung überein, daß der §. 75 auch auf domicilirte Wechsel anzuwenden sei, so daß deren Aussteller, wenn er nach dem §. 41 durch Versäumniß der Protestirhebung gegen den Domiciliaten von der wechselfähigen Verbindlichkeit frei werde, dennoch im Civilproceß aus einer etwaigen Bereicherung in Anspruch genommen werden könne.

XXIX.

Leipzig, den 29. November 1847.

Die heutige unter dem Vorsitze Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers von Könneritz eröffnete Sitzung, welcher auch der Meissenburger Abgeordnete, Herr Professor Thöl,

wiederum bewohnte, war dazu bestimmt, einige bei Durchgebung des Entwurfs ausgelegte Punkte, so wie einige während der bisherigen Verhandlung gemachte und den Mitglie-

bern der Versammlung mitgetheilte Vorschläge in Erwägung zu ziehen.

Zu dieser Beziehung machte der Herr Staatsminister von Krenner auf die Gründe aufmerksam, aus denen nach seiner individuellen Wahrnehmung bisher in Ansehung mancher Punkte noch nicht zu einem gemeinsamen Beschlusse gelangt worden sei. Diese Gründe, bemerkte derselbe, seien zu finden 1) in gewissen, manchen Ländern und Plätzen eigenthümlichen Verhältnissen und Einrichtungen, welche den für andere Orte anwendbaren allgemeinen Einrichtungen widerstünden; 2) in dem Gesichtspunkte, von welchem aus man das Wechselgeschäft betrachte. Während nämlich der Beschluß im Allgemeinen als ein für die Bedürfnisse des Verkehrs geschaffenes, zum Umlauf bestimmtes Kreditpapier und Zahlungsmittel betrachtet werde, wie dies auch in den Erklärungen zu dem früheren Preussischen Entwurf geschehe, werde derselbe, namentlich an größeren Plätzen, als Gegenstand des Handels, als Waare behandelt. Aber auch da, wo jene allgemeine Rücksicht genommen worden sei, zeige sich doch in den verschiedenen Gesetzgebungen insofern eine verschiedene Tendenz, als in einigen, wie in dem Entwurfe zu der Sächsischen Wechselordnung, mit welcher darin mehr oder weniger auch das Preussische allgemeine Landrecht, sowie der Oesterreichische und der Württembergische Entwurf übereinstimme, mehr das Interesse des Inhabers berücksichtigt werde, während in anderen Gesetzgebungen, wie auch bei einem Theile der Versammlung, mehr auf den Handel mit Wechseln und dessen Bedürfnisse geachtet worden sei. Der Herr Minister äußerte, daß er in den Fällen, in welchen Gründe der unter Nr. 1 angeführten Art sich wirksam zeigten, Vorschläge zu einer Vereinigung, zu einem gemeinsamen Beschlusse nicht zu machen wisse, da eine Formel von praktischer Bedeutsamkeit, durch welche die besonderen Interessen mit allgemeinen Grundätzen in Einklang gesetzt würden, kaum zu erfinden sein werde, es wäre denn, daß man sich entschlösse, einzelne Punkte aus dem Entwurfe herauszulassen, als in welcher Beziehung ein Vorschlag von Seiten eines Herrn Abgeordneten schon vorliege. Ob in Ansehung der zweiten Art der Differenzpunkte noch Vermittlungsversuche erfolgen würden, siehe zu erwarten.

Man wendete sich nunmehr umschiff zu dem von dem Holsteinischen Herrn Abgeordneten gemachten Vorschlage, an die Stelle der zum §. 24 des Entwurfs gefassten Beschlüsse folgende Bestimmungen treten zu lassen:

Der Trassat darf ohne Genehmigung des Inhabers und durch diesen veranlaßte vorläufige Protesterhebung, den Wechsel weder für eine geringere Summe, noch in einer anderen Währung, noch auf eine andere Verfallszeit, als worauf der Wechsel lautet, noch unter irgend einer von dem Inhalte des Wechsels abweichenden Bedingung acceptiren. Ist indeß einer solchen Annahme die vorgedachte Protesterhebung nicht vorausgegangen, so hat der Inhaber an demselben Tage, an welchem er von der bedingten Annahme Kunde erhält, oder spätestens am nächsten Werktage gegen diejenigen Bedingungen, welche er nicht zulassen will, Protest erheben, und daß solches geschehen, unter der Annahme bemerken zu lassen. Die Bedingungen, gegen welche protestirt worden, werden als nicht geschrieben angesehen. Der Inhaber muß aber die Annahme für einen Theil des Wechselbetrags zulassen, wenn der Einsender ihm nicht andere Vorschriften theilt hat. Andere Abweichungen von dem Inhalte

des Wechsels darf er bei eigener Verantwortlichkeit nur gestatten, wenn er ausdrücklich dazu befugt worden ist.

Gibt aus der auf den Wechsel geschriebenen Erklärung die Absicht, nicht annehmen zu wollen, hervor, so hat der Inhaber Protest Mangels Annahme erheben zu lassen.

Dieser Vorschlag fand von mehreren Seiten Unterstützung, jedoch wurde dabei anerkannt, daß mit demselben gleichzeitig der auf den Wunsch des Herrn Camphausen gestellte Antrag: bei der Annahme auch eine Beschränkung hinsichtlich der Zeit in der Art anzulassen, daß eine Acceptation auf spätere Verfallzeit den Acceptanten nur zur Zahlung nach seinem Accepte verpflichte, in Erwägung zu ziehen sei.

Nachdem der Herr Antragsteller näher nachgewiesen, daß und in welcher Beziehung sein jetziger Vorschlag von demjenigen abweiche, den er bei der Beratung des §. 24 nach Maßgabe des §. 36 des Holsteinischen Entwurfs gemacht habe, bemerkte derselbe zur Begründung seines Vorschlags im Wesentlichen Folgendes:

Der zum §. 24 ursprünglich gefasste Beschluß gehe dahin, daß jede dem Accepte beigefügte Bedingung oder Beschränkung als nicht geschrieben betrachtet werden solle.

Durch diese Bestimmung sei die Freiheit der Partheien ohne Noth auf eine unzulässige Weise beschränkt. Dies habe die Versammlung auch bereits anerkannt und später beschlossen, daß wenn die Bedingung die Summe betreffe, mithin eine theilweise Annahme enthalte, diese zuzulassen sei. Zum §. 41 des Entwurfs sei später beschlossen worden, daß ebenfalls die Bedingung als zulässig zu betrachten sei, wenn der Bezogene durch eine dritte Person Zahlung zu leisten sich verbindlich mache.

Es sei nun noch hauptsächlich eine Bedingung, und zwar dieselbe, welche am häufigsten vorkomme und die der Inhaber sich sehr oft im Interesse des Wechsels gefallen lassen müsse, übrig, die nämlich: daß der Bezogene zu einer späteren Zeit zahlen zu dürfen sich ausbedinge. Diese sei bis jetzt noch durch den früheren Beschluß ausgeschlossen. Wie sehr dieselbe aber im Verkehr notwendig sei, gehe aus schon daraus hervor, daß auch noch von einer anderen Seite ein darauf gerichteter Vorschlag gemacht worden sei.

Werde dieser Vorschlag angenommen, so ergebe es sich, daß der frühere Beschluß der Versammlung zum §. 24 in fast allen Richtungen, in welchen er sich wirksam bezeigen sollte, auf Verhältnisse stoße, durch welche die Statuirung von Ausnahmen, welche die Regel untergraben, notwendig gemacht werde, und dieser Umstand sühne dringend dazu aufzufordern, die aufgestellte Regel selbst fallen zu lassen und an deren Statt eine andere zu setzen, und zwar diejenige, welche er vorzuschlagen sich erlaubt habe.

Gegen seinen Vorschlag, welcher den Betreffenden die erforderliche Freiheit gewähre, werde vielleicht eingewendet werden, daß derselbe die Zahl der Proteste vermehre; in dieser Beziehung dürfe aber nicht übersehen werden, daß einerseits vorstichtige und solide Wechselverbundene, um sich einem dritten Inhaber des Wechsels gegenüber sicher zu stellen, daß ihre Bedingungen beim Accepte respectirt werden, zur Constataction der Genehmigung des Präsentanten die Aufnahme eines Protestes für nöthig halten dürften, andererseits aber solche Proteste von Männern, die sich nicht dem Verdachte aussetzen wollten, mit dem Bezogenen colludirt und die spä-

tere Hinzufügung der Bedingung gestattet zu haben, als unvernünftig betrachtet werden würden.

Diese letzte Seite sei aber vernünftig im Interesse des soliden Geschäftsverkehrs die wichtigste, und mache es erforderlich — eben um Geschäftsleute zu veranlassen — daß jeder bedingten Annahme eines Wechsels eine Protesterhebung unmittelbar vorausgehe, eventuellicher unmittelbar nachfolge.

Von einer anderen Seite münde unter Accapulation der Verhandlungen, welche dem früheren Verkauf vorausgegangen waren, da auf hingewiesen, daß durch diesen eine Vermittelung zwischen dem auf den § 36 des Heftentwerfs gegründeten Antrag und den Bestimmungen im § 24 des Präventiven Entwurfs bezweckt werden sei. Wenn man also von der Nothwendigkeit einer Vorangehenden oder einer, der bedingten und bedingten Annahme unmittelbar nachfolgenden, den Bedingungs wegen dieselbe sofort constatirenden Vorausannahme, welche allerdings mit den darüber aufgestellten Grundregeln des Entwurfs nicht im Einklange stehe, abhebe, so werde durch die gestellten Anträge die Frage wieder auf ihren früheren Standpunkt zurückgeführt. Es bleibe also dann konsequenter Weise nur die Wahl zwischen den Bestimmungen des Entwurfs, nach welchen der Acceptant nicht weiter als dem Inhalte seiner Annahme gemäß handeln solle, dem Inkaber aber, wenn er die beigesetzten Bedingungen und Beschränkungen nicht annehmen wolle, der Recht auf Einrückung oder Mangels Zahlung stehe, was allerdings nicht der Billigkeit zu entsprechen scheine, oder dem früheren Verkauf, welcher sich auf die strengere Ansicht hinsichtlich der Behandlung des zur Annahme vorgelassen Wechsels gründete. Dagegen dürfte es nicht konsequent erscheinen, mit Beibehaltung des früheren Verkaufes der Annahme, bezüglich der Zulassung der Annahme auf eine geringere Summe, auch die weitere, bezüglich der Verfallzeit, beizubehalten, da Bedingungen und Beschränkungen mit solchen Ausnahmen auf das eine oder andere inzuführen würden, also für die Regel kaum etwas übrig bleibe.

Der Vorredende Herr Abgeordnete trug auf folgende Bestimmung an:

Bedingungen und Beschränkungen, welche dem Accepte beigesetzt werden und mit dem Inhalte des Wechsels im Widerspruch stehen, sind einer Verweigerung des Accepts gleich zu setzen, und der Präsentant muß, um seine Rechte wegen verweigerten Accepts gegen die Vornänner zu wahren, Protest erheben lassen.

Zu ein Wechsel auf eine geringere Summe acceptirt, so ist die Annahme des höheren Betrags als verweigert anzusehen, der Acceptant haftet, aber in jedem Falle nach dem Inhalte seines Accepts wechselt.

Er bemerkte dabei: Man könne die bei Beträgen beigesetzten Bedingungen, wemil beide Parteien einverstanden seien, nicht als nicht geschrieben ansehen. Auch die Acceptanten enthalte einen Vertrag zwischen dem Präsentanten und Acceptanten. Wenn der Beträge in einem Wechsel erkläre, daß er den Wechsel zur Zahlung auf einen späteren Verfalltag, in einer anderen Währung oder unter der Bedingung eines nicht aus dem Wechsel ersichtlichen Ereignisses acceptire, so werde wohl Jemand sagen müssen, der Wechsel sei nicht acceptirt. Der Beträge werde aus seinem Accepte allerdings haften, allein der Inkaber sei nicht schuldig, eine solche Acceptation anzunehmen. Er habe auch das Mittel in Händen, seine Rechte wegen des nicht gebührenden, und daher im Wesent-

lichen verweigerten Accepts durch Erhebung des Protests zu wahren.

In Beziehung auf die Vornänner könne es wohl nicht zweifelhaft sein, daß durch eine beschränkte und bedingte Acceptation ihre Haftung, wie sie aus dem Wechsel erhalte, weiter verlängert noch erweitert werden könne.

Diese Grundregeln seien in den §§. 125 und 127 des Entwurfs enthalten, und damit stimme im Wesentlichen der Präventive Entwurf überein. Er, der Herr Abgeordnete, habe diesen Grundsatz für so richtig und ausgemacht angesehen, daß er eine Bekämpfung desselben gar nicht erwartet habe. Nach seinem Antrage werde der Inkaber des Wechsels durch die beschränkte oder bedingte Acceptation nicht abgesehen gezwungen, Protest erheben zu lassen, sondern diese Verpflichtung werde ihm nur für den Fall auferlegt, wenn er aus dem verweigerten Accepte Rechte gegen die Vornänner geltend machen wolle. Er halte es auch für überflüssig und unpassend, auf einzelne Bedingungen und Beschränkungen der Acceptation einzugehen, und für jede Art derselben eine besondere Verfügung in das Gesetz aufzunehmen; denn der obige Grundsatz sei auf alle Arten von Bedingungen und Beschränkungen anwendbar und reiche vollkommen aus. Er wolle jetzt nicht auf die Frage zurückkehren, ob eine theilweise Acceptation von dem Inkaber angenommen werden müsse, da diese Frage, sowie jene über die Verpflichtung zur Annahme einer theilweisen Zahlung, gegen seine Ansicht durch eine große Majorität besetzt worden, und seine Ansicht verhandelt sei, durch eine neue Abstimmung eine andere Entscheidung herbeizuführen. Dies hindere aber nicht, die obige Regel im Allgemeinen anzunehmen, und stehe damit eigentlich auch nicht im Widerspruch.

Herr Vicepräsident Dr. Einert sprach sich dahin aus:

Alle Beschränkungen, welche dem Accepte beigesetzt werden, für nicht geschrieben anzusehen, wie die Zeitiger Wechselordnung vorschreibe, sei allerdings zu weit gegangen, aber richtig und zweckmäßig erscheine eine solche Beschränkung in Ansehung solcher Beschränkungen, durch welche eine außerhalb des Wechselgeschäfts liegende Bedingung, eine Veränderung des Zahlungsorts oder eine Verlängerung der Zahlungszeit einzuführen beabsichtigt werde. Denn dadurch würde eigentlich ein anderer Wechsel substituiert werden. Nicht dasselbe gelte von dem Accepte auf eine geringere Summe, wozin auch das Accept auf andere Geldsorten oder nach einem anderen Course zu rechnen sei. Aus einer solchen Acceptation werde allerdings der Acceptant nur nach dem Inhalte seines Accepts verpflichtet.

Der Inkaber könne dagegen Protest Mangels Annahme erheben, aber er könne auch, ohne auf dies Accept weiter sich einzulassen, an dem aus dem Wechsel sich ergebenden Verfalltage den Wechsel wieder zur Zahlung präsentieren, und wenn nicht vollständige Zahlung erfolgt, Protest aufnehmen und den Weg des Regresses einschlagen.

Mehrere der Herren Abgeordneten sprachen sich unter Beziehung auf die ausdrücklich erörterten Gründe für die Beibehaltung des zum §. 24 gestellten Verkaufes aus, auch wurde von mehreren der Herren Abgeordneten aus dem Kaufmannsstande mehrfach bekräftigt, daß wenigstens für den größeren Wechselverkehr nach ihrer Erfahrung kein Bedürfnis vorliege, eine auf die Verfallzeit sich beziehende Bedingung oder Beschränkung ersichtlich gegen andere Bedingungen oder Beschränkungen zu behandeln.

Von Seiten der Präventiven Herren Abgeordneten ward dagegen die Annahme des hierüber im §. 24 des Entwurfs auf-

gestellten Grundfases im Allgemeinen, eventuell wenigstens in Anwendung auf Bedingungen, welche die Versatzzeit betreffen, beschworiet. Nach weiterer Diskussion, wobei man darin einverstanden war, daß es hinsichtlich der Annahme der Summe bei dem früheren Beschlusse kein Bedenken bestände, wurde zur Abstimmung geschritten und hierbei der Vorschlag mit 14 Stimmen gegen 5 abgelehnt, und dagegen mit 12 Stimmen gegen 7, unter welchen letzteren die Herren Abgeordneten von Frankfurt und Hamburg sich befanden, angenommen, daß hinsichtlich der Accepte beizuführenden Bedingungen und Beschränkungen, der §. 24 des Entwurfs wieder beruhten sei.

Die Berathung wendete sich hierauf zu den übrigen Vorschlägen des Herren Abgeordneten für Holstein, welche dahin lauteten:

§. a. Der Wechselgeber ist, wenn nicht Anderes verabredet worden, auf Verlangen des Nehmers verpflichtet, den Wechsel an Dritte oder an eine dritte Person abhän- zu stellen, sowie auch in demselben auszusprechen, ob er den Bezogenen besonders benachtheiligt werde oder nicht (mit oder ohne Verzicht, *Waiver*).

§. b. Wird ein Wechsel, in welchem auf *Waiver* (§. a.) Bezug genommen ist, vor dessen Eingang acceptirt, so geschieht es auf Gefahr des Acceptanten.

War der Weiskrieff dem Remittenten anvertraut, so trägt er den Schaden, wenn derselbe dem Traffanten nicht zeitig zu Händen kommt.

§. c. Wer mit der Präsentation eines Wechsels zur Annahme beauftragt wird, muß entweder am nächsten Werktage nach Empfang des Wechsels die Vorlegung und demnachst eventualiter die Protestation desselben besorgen, oder innerhalb 24 Stunden event. mit der nächsten darnach abgehenden Post den Auftrag ablehnen, widrigenfalls wird er dem Auftraggeber für den aus der längeren Versögerung etwa entstehenden Schaden verantwortlich.

(*etr. Braunschweiger Entwurf §. 32.*)

§. d. Wird ein zeitig abgehender Wechsel erweislich durch höhere Gewalt so lange zurückgehalten, daß derselbe innerhalb der vorgeschriebenen Fristen dem Bezogenen nicht vorgelegt werden kann, so bleiben diese Fristen gewahrt, wenn der Empfänger spätestens am nächsten Werktage nach Anfunft des Wechsels denselben dem Bezogenen zur Sicht oder zur Zahlung vorlegt.

§. e. Die Discontoprämie bleibt ohne Rücksicht auf den gesetzlichen Zinssatz der Uebereinkunft der Theilnehmenden überlassen.

Die Vorschläge zu a, b, c, und e fanden keine hinreichende Unterstützung, indem die darin beantragten Bestimmungen, wenn auch gegen deren Inhalt keine wesentlichen Bedenken vorlagen, zu einer Annahme im Entwurf nach den Grenzen, welche für denselben überhaupt angenommen seien, nicht geeignet gefunden wurden.

Tagegen gelangte der Vorschlag in d zur weiteren Berathung. Der Herr Referent entwickelte die Gründe, aus welchen die Annahme einer Bestimmung über den Einschnitt höherer Gewalt in den Entwurf nicht für zweckmäßig erachtet werden sei. Zugleich machte derselbe, unter Hervorhebung der verschiedenen, bei dieser Lehre zur Erörterung kommenden und schon bei Abfassung des *Code de commerce* (Nouguier *Dr. I.*, Seite 378 ff.) maßgebend gemeinen Gesichtspunkte, darauf aufmerksam, daß, wenn man überhaupt für gerathen halte, über den Einschnitt, welchen *vis major* auf das Verschäffen mit dem Wechsel habe, etwas in der Wechselordnung zu bestimmen, der §. d. nicht ausreiche, indem letzterer sich nur auf die verspätete Präsentation zur Annahme oder Zahlung,

nicht aber auf die verspätete Protestation und Anstellung der Frage beziehe. Indessen scheint es bei der unverständbaren, bis jetzt von keiner Gesetzgebung gelösten Schwierigkeit, den Unterschied zwischen der *vis major* und dem gewöhnlichen *casus* zu bestimmen und der in Vorschriften dieser Art einem remittenten Schuldner gegebenen erwünschten Gelegenheit, dieselben zu Obgehen und Ausreden zu missbrauchen, am angemessensten, sich jeder positiven Bestimmung im Weselrecht zu enthalten, und dem Richter die Entscheidung in den einzelnen Fällen nach den allgemeinen Principien des Weiskrechts zu überlassen.

Herr Vicepräsident Dr. Ciner bemerkte, daß die Frage über *vis major* außer bei Sicht Wechseln nur in Ansehung der Präsentation zur Zahlung vorkomme.

Er war der Meinung, darüber in der Wechselordnung sich auszusprechen, erkläre aber die Regel: *agere non valenti* d. h. hier nicht für anwendbar, und meinte, daß lediglich die Regel: *casum sentit dominus*, entscheiden könne, obsten er zugab, daß in manchen Fällen eine bloß nach Gründen des Weiskrechts zu entscheidende *questio facti* vorkommen werde, ob *casus* rein, oder durch *culpa* bedingt verliere.

Von anderer Seite wurde dafür, daß bei Versäumnissen eine Verurteilung auf höhere Gewalt, nicht stattfinden dürfe, noch angeführt: daß in einem Falle, in welchem die Präsentationen des Wechsels durch *vis major* behindert werden sei, immer noch unentschieden bleibe, ob hiervon abgesehen, die Präsentation rechtzeitig erfolgt sein würde. Andererseits erheben sich mehrere Stimmen gegen die Anwendung der Regel: *casum sentit dominus* und war theils unter Vorbehalt auf die in den Motiven zu dem Braunschweiger Entwurf S. 134 und 135 angeführten Verordnungen der Frankfurter und Belgischen Regierung, theils mit Rücksicht darauf, daß hier, wo es um ein obligatorisches Verhältniß sich handle, die *questio domini* gar nicht in Frage komme. Im Allgemeinen neigte man sich zu der Ansicht hin, daß die Wechselordnung über diesen Punkt auf die eine oder die andere Weise sich auszusprechen müsse und für diese Meinung entschieden sich, als die Abstimmung darüber erfolgte, 12 Stimmen gegen 7 vereine.

Die weitere Frage:

Soll der Inhaber durch *vis major* entschuldigt werden? ward mit 10 Stimmen gegen 9 bejaht.

Hierauf wendete man sich zur Erörterung des nachstehenden, von den Hamburger Herren Abgeordneten vorgelegten Vorschlags:

Wenn mehrere auf einem Mangels Zahlung protestierten Wechsel beinähliche Wechselverbindungen fälligt haben, so steht es dem Inhaber frei, seine ganze Forderung an Kapital und Kosten bei allen Massen anzugeben, und hat er von jeder derselben, bis zu seiner völligen Befriedigung für Kapital und Kosten die Dividende zu empfangen. Die Dividenden müssen aber auf dem Wechsel notirt werden. Ist der Inhaber zum Vollen befriedigt, so hat er dann den Wechsel an die Masse des in der Reihenfolge letzten Intossanten, von welcher er eine Dividende empfangen, auszuliefern.

Die Herren Proponenten führten zur Begründung dieses Vorschlags an: Es sei höchst nöthig, und zwar, daß über die hier oben vorgelegte Bestimmung eine gemeinschaftliche Einigung zu treffen, weil sonst der Wechselgläubiger von den verschiedenen Orten befindlichen Massen der Wechsel Schuldner, je nach dem Orte, wo er sich zuerst gemeldet, ein ganz verschiedenes Resultat erhalten könnte, indem manche Gesetze und

Gerichte hierin nicht die richtigen Grundsätze befolgten. Deshalb müsse die Sache auch Aufnahme in der hier beratenden allgemeinen Wechselordnung finden. Die Richtigkeit des Satzes selbst ergebe sich aber sowohl daraus, daß, bei Befolgung eines anderen Principes der Wechselinhaber, sobald sämtliche Wechselverpflichtete fällig haben, niemals seine volle Befriedigung erhalten könnte, selbst wenn die verschiedenen Massen solche zu leisten im Stande wären, als auch daraus, daß hier ja eine solidarische Verbindlichkeit vorliege, wonach alle Verpflichteten so lange verhaftet blieben, bis der Gläubiger zur vollständigen Befriedigung gelangt sei.

Mehrere Mitglieder der Versammlung unterstützten diesen Antrag mit Bezugnahme auf die demselben entsprechenden Vorschriften in dem Art. 31 der Frankfurter und dem Art. 130 der Bremer Wechselordnung und hielten dafür, daß dieselbe in dem Verhältnisse der Gerichtigkeit, oder, wenn man lieber wolle, der solidarischen Verpflichtung der Wechselvertreter überhaupt seine vollständige Begründung finde, in Beziehung auf welche durch den eintretenden Concurß im Wesentlichen nichts geändert werde. Aus diesem Verhältnisse folge, daß der Inhaber eines Wechsels bei dem Concurße aller Wechselverpflichteten die volle Wechselsumme liquidiren könne und bei Distributionen der verschiedenen Massen mit dem ganzen Be-

trage seiner Forderung so lange concurriren müsse, bis er zu seiner vollen Befriedigung gelangt sei.

Unter Beziehung auf den Art. 685 des Württembergischen Entwurfs wurde dem entgegengesetzt, daß von dem vollen Betrage der Wechselforderung wenigstens dasjenige in Wegfall kommen müsse, was vor der Liquidation im Concurse abschlägig bezahlt worden sei und daß nur unter dieser Beschränkung der Grundsatz, von welchem der Antrag ausgehe, als richtig angenommen werden könne. Andere Mitglieder erklärten sich gegen den Antrag überhaupt und führten namentlich an, daß man dabei von der unrichtigen Voraussetzung ausgehe, der Gläubiger, welchem mehrere als correi basieten, müsse immer zur vollen Befriedigung gelangen. Mehrfach wurde endlich geltend gemacht, daß die beantragte Bestimmung jedenfalls nicht in die Wechselordnung gehöre, indem die Entscheidung nicht aus besonderen Bestimmungen des Wechselrechts, sondern aus allgemeinen Grundsätzen des Civilrechts und des Concurßprocesses herzuleiten sei.

Es wurde hierauf die Frage:

Zoll über die durch den Vorschlag angeregte Frage eine Bestimmung in die Wechselordnung aufgenommen werden? zur Abstimmung gebracht und mit 10 Stimmen gegen 9 verneinend beantwortet.

XXX.

Eipzig, den 30. November 1847.

Nachdem die Versammlung unter dem Vorsitze Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers von K^{ön}neritz eröffnet und das Protocoll der gestrigen Sitzung vorgelesen war, schritt man zur ferneren Beratung der nachträglich eingereichten Vorschläge einzelner Mitglieder der Versammlung und auf den Antrag des Herrn Referenten zunächst in denjenigen des Herrtheitlichen Herrn Abgeordneten in Betreff der Verjährung.

Diese Vorschläge lauten wie folgt:

I. Die Wechselklagen verjähren gegen den Aussteller eines eigenen und den Acceptanten eines fremden Wechsels und ihre Bürgen durch den Verlauf von zwei Jahren.

II. Diese Verjährungsfrist läuft gegen den Präsentanten und Interventionsen mit dem Tage nach dem Verfalltage des Wechsels; gegen einen Interventionsen aber mit dem Tage nach demjenigen, an welchem derselbe im Regreßproceß innerhalb der gesetzlichen Frist entweder den Wechsel redinwändig eingelöst hat, oder auf dessen Zahlung belangt worden ist.

Zur Begründung derselben ward von dem Herrn Antragsteller bemerkt: Er glaube, daß diese Bestimmungen vor dem angenommenen der Verzug verdienen dürfen, weil nach denselben, die Regreßklagen nicht so lange als möglich dauern, jene Interventionsen, welche den Wechsel entweder freiwillig eingelöst hätten oder auf dessen Bezahlung belangt worden seien, nie in die Lage kommen könnten, während des Laufs der Regreßproceß ihr Klagerrecht gegen den Acceptanten eines

fremden oder den Aussteller eines eigenen Wechsels zu verlieren.

Diese Verfügung stehe ganz im Einklange mit derjenigen, welche hinsichtlich des Laufs der Regreßfrist angenommen worden sei und stelle so die Harmonie im Gesetze her. Dadurch werde es auch möglich, die Verjährungsfrist auf zwei Jahre, ja selbst auf ein Jahr herabzusetzen. Wenn gleich der Acceptant in so fern in eine schlimmere Lage komme, als die Verjährungsfrist gegen ihn nicht in jeder Beziehung von dem nämlichen Tage berechnet werde, und seine Haftung in dem Falle der Durchführung mehrerer Regreßproceß selbst über drei oder vier Jahre verlängert werden könne, so gewinne er doch im Ganzen durch die Herabsetzung der Verjährungszeit, weil die Fälle, in welchen wegen Bezahlung desselben Wechsels mehrere Regreßproceß geführt würden, und diese über ein Jahr oder resp. zwei Jahre dauerten, unter die selteneren gehörten, nach dem gewöhnlichen Gange dieser Proceß aber die Herabsetzung der Verjährungszeit für ihn im Allgemeinen vorthellhafter sei.

Dieser Antrag ward von mehreren Seiten unterstützt, von einem Mitgliede der Versammlung unter dem Vorbehalte, daß die Verjährungszeit auf ein Jahr herabgesetzt, und der Vorschlag mit Rücksicht auf das Verhältniß des Ausstellers zum Acceptanten verewilligt werde.

Tagegen ward aber namentlich von dem Herrn Referenten darauf aufmerksam gemacht, daß die Lage des Acceptanten durch die Annahme einer solchen Bestimmung wesentlich ver-

schlimmert werden könne, indem möglicherweise seine Haftung aus dem Accepte auch auf längere Zeit hinausgeschoben werde. Dieser Ansicht schiedte auch der Herr Vicepräsident Dr. Giner bei, indem derselbe hervorhob, daß die Schattenseiten *délais* eben in dem Mangel eines *terminus a quo* beständen; wolle man dies System auch auf das Verhältniß des Acceptanten übertragen, so würde man im Wechselrechte gar keine feste allgemeine Verjährungszeit haben, sondern diese werde dann immer nur zwischen zwei Wechselverbundenen laufen; in dem Falle würde es aber besser und consequenter sein, den Acceptanten ganz dem Indossanten gleich zu stellen, wodurch das Gesetz jedenfalls an Einfachheit gewinnen werde. Die Vermahlung habe sich aber aus überwiegenden Gründen hiergegen bereits ausgesprochen.

Auch von einer anderen Seite ward bemerkt, daß eine solche Gleichstellung des Acceptanten mit dem Indossanten rücksichtlich der Verjährungszeit nicht zu rechtfertigen sei, indem im Regelfalle allerdings eine Reihe successiver entstehender Klagen vorliege, während in Bezug auf den Acceptanten von einem bestimmten Zeitpunkt an *actio nata* sei und eine Veränderung in Betreff der zu dieser Klage berechtigten Personen nicht wohl am Fortlaufe der Verjährung Etwas ändern könne.

Es ward, nachdem hiermit die Verhandlung geschlossen, zur Abstimmung gebracht.

Ob der Vorschlag im Principe, etwaige Aenderung in der Redaction und in sonstiger Beziehung vorbehalten, annehmen sei. Dies wurde indes mit 14 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Ein zweiter Vorschlag desselben Herrn Proponenten ging dahin, eine Bestimmung des Inhalts in das Gesetz aufzunehmen:

Eine Hemmung der Wechselverjährung kann nur in dem Falle eines gütlichen Stillstandes der Rechtspflege, z. B. in Pest- und Kriegszeit, eintreten, und dauert so lange als dieses Hinderniß selbst.

Es ward indes darauf aufmerksam gemacht und von dem Herrn Proponenten anerkannt, daß das Bedürfnis einer derartigen Bestimmung nicht mehr vorhanden sei, seitdem in der gestrigen Sitzung die Aufnahme einer Bestimmung über die Wirk. ng der höheren Gewalt auf die wechselrechtlichen Fristen angenommen worden.

Dieser Antrag ward demnach zurückgenommen, so wie reg. n nicht genügender Unterstützung ein weiterer Vorschlag desselben Herrn Proponenten, des Inhalts, daß die Wechselverjährung nicht nur durch eine gehörig fortgeschrittene Klage, sondern auch durch die vom Schuldner auf den Wechsel mit Beifügung des Datums angemerkte Anerkennung seiner Schuld unterbrochen werden könne.

Es standen nunmehr zwei Vorschläge des Königlich Württembergischen Herrn Abgeordneten an der Tagesordnung, die Wechsel und die Protesttage betreffend.

Rücksichtlich des ersten Punktes hatte der Herr Proponent, in Erwägung:

1. daß die Wechsel eine ganz exceptionelle Stellung einnehmen,
2. daß sie nicht acceptabel sein sollen,
3. daß die Zahlungszeit nicht auf dem Wechsel erhellet,
4. daß die bereits darüber getroffenen Bestimmungen nicht einmal ausreichen, indem
 - a) noch darüber zu sorgen wäre, daß sie überhaupt während der Messe nicht bloß am Zahlungstage wirksam gezahlt werden können, und indem

b) hauptsächlich die Wechsel nötig machen, die Protektion Aufnahme am Zahlungstage selbst zu gestatten:

5. daß sie schon an und für sich zu den Papieren gehören, welche nicht für eine größere Circulation bestimmt sind, und

6. endlich das legislative Bedürfnis sich nur auf wenige Staaten beschränkt, den Antrag gestellt:

Sammtliche Bestimmungen über Wechsel aus der Wechselordnung wegzunehmen und die Regulirung dieser Verhältnisse den einzelnen Meß- und Marktordnungen zu überlassen.

Zur ferneren Begründung dieses Vorschlags ward von dem Herrn Antragsteller angeführt, daß die Wechsel im Grunde schon durch die Bestimmungen des §. 4 des Preussischen Entwurfs ausgeschlossen seien, indem dieser Paragraph die Vorschrift enthalte, daß es zu den wesentlichen Erfordernissen eines Wechsels gehören solle, daß die Zahlungszeit desselben auf einen bestimmten Tag gestellt werde. Es gehöre aber eben zur Eigenthümlichkeit eines Wechsels, daß ein solcher bestimmter Zahlungstag nicht festgelegt, sondern statt dessen die Messe oder der Markt als die Zeit, in welcher Zahlung zu leisten sei, genannt werde.

Zudem komme, wie schon bemerkt, in Betracht, daß diese Wechsel eine Ausnahme von dem als allgemeine Regel aufgestellten Satze machen, daß jeder Wechsel sofort zur Annahme präsentirt werden könne; diese Ausnahme zu machen, schein ihm so weniger nötig, da dem wirklichen Bedürfnisse durch eigene domicilirte, erforderlichen Falls mit einer Nothadresse versehene Wechsel abgeholfen werden können, übrigens aber auch nach seinem Vorschlage einem jeden Lande, in dem sich größere Meßplätze befänden, überlassen werden müsse, in den Bestimmungen das etwa nötig erscheinende zu bestimmen; in ein allgemeines Deutsches Wechselrecht aber gehörten solche Bestimmungen auch nur deswillen nicht, weil verhältnismäßig nur in wenigen Staaten des Deutschen Bundes ein Bedürfnis für Wechsel sei, und deshalb zur Aufstellung einer allgemeinen Regel keine genügende Veranlassung vorhanden sei.

Nachdem von mehreren Seiten erklärt worden war, daß der Antrag unterstützt werden müsse, bemerkte zuerst Hr. Strecken der Herr Staatsminister von Könneritz, daß auch er geneigt sei, sich für denselben auszusprechen, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Versammlung sich dahin vereinige, daß die Bestimmung der Zahlungszeit eines Wechsels im §. 4 des Entwurfs dahin modificirt werde, daß auch ein indirect, oder durch ein besonderes Gesetz bestimmter Tag als Verfalltag zulässig sei.

Dieser Erklärung schloß sich auch der Herr Vicepräsident Dr. Giner im Wesentlichen an; während von dem Herrn Abgeordneten für Frankfurt bemerkt ward, daß er dies nur in dem Falle zu thun vermöge, wenn ein Zusatz zu dem allgemeinen Wechselgesetze dahin gemacht werde, daß die Bestimmungen über die Zahlungs- und die sonstigen Eigenthümlichkeiten der Wechsel, den Meß- und Marktordnungen der einzelnen Länder überlassen worden seien. Wenn dies aber nicht geschehe, der Antrag sonach als eine Beifügung der Wechsel durch die allgemeine Wechselordnung aufzufassen sei, so müsse er sich um so entschiedener gegen denselben erklären, als der Beschluß wegen der Zulässigkeit der Wechsel, auf welche von Seiten der freien Stadt Frankfurt begrifflicher

Weise großes Gewicht gelegt werde, einmal gefast sei, und er nicht seine Zustimmung dazu geben könne, daß diese Zulässigkeit nochmals in Frage gestellt werde.

Von dem Österreichischen Herrn Abgeordneten wurde hierauf angeführt: Er habe für die Beibehaltung des dritten Satzes des §. 18 über die Präsenziationszeit der Meß- und Marktwesfel gestimmt und zugleich auf eine Bevollständigung dieser Bestimmung in Betreff jener Wesfel angetragen, die auf Jahrmärkte gestellt seien, für welche keine Marktwesfungen beständen. Für die Beibehaltung der ersten Bestimmungen habe er gestimmt, weil er die für die Meß- und Marktwesfel überhaupt angeführten Gründe theile, und weil auch in dem Art. 36 der Österreichischen Wesfelordnung vom Jahre 1763 die Beobachtung der Marktwesfungen des Auslandes vorgeschrieben sei, und er sich nicht für berufen halte, den anderen Deutschen Regierungen anzuempfehlen, daß sie die hinsichtlich der auf ihre Meßen gestellten Wesfel bestehenden Verfügungen aufheben sollten.

Unter dieser Voraussetzung habe er für nöthig erachtet, auf eine Ergänzung der gezeigten Vorchrift hinsichtlich jener Märkte anzutragen, für welche keine Marktwesfungen bestände.

Es werde jedoch in dem Protocolle der neunten Sitzung gesagt, daß die Versammlung, wenn sie auch für die Wesfelstellung sich entschieden, doch nur die Absicht gehabt habe, die Annahme einer allgemeinen Regel zu beschließen. Er müsse nun die Versammlung darauf aufmerksam machen, daß gerade der §. 57 des Österreichischen Entwurfs eine solche allgemeine Regel enthalte; wenn es in Österreich ausführbar sei, für die Präsentation aller auf Jahrmärkte gestellten Wesfel mit Rücksicht auf die in sämtlichen Österreichischen, Deutschen und Italienischen Provinzen bestehenden Jahrmärkte eine allgemeine Regel schreibe, so müsse sich wohl auch für alle Meßen und Märkte Deutschlands eine solche Regel finden lassen. Er wolle damit nicht sagen, daß die Vorchrift des §. 57 des Österreichischen Entwurfs unverändert anzunehmen sei, sondern er wolle nur die Herren Abgeordneten jener Deutschen Staaten, in denen größere Meßen gehalten werden, darauf aufmerksam machen, ob sich nicht für die Präsentation aller auf Deutsche Meßen und Märkte gestellter Wesfel ohne Beeinträchtigung des Nothhandels eine allgemeine Regel einführen lasse. Dadurch, schreibe ihm, würde die Absicht der Versammlung erfüllt, und die Hauptintention, daß man wegen dieser Wesfel eine Menge von Meß- und Marktwesfungen kennen müsse, hinwegfallen.

Von den zu dem jetzigen Vorlage von dem Württembergischen Herrn Abgeordneten angeführten Gründen könne er keinen als entscheidend anerkennen. Die Wesfelstellung seien auch früher durch entsprechende Vorschriften regulirt worden, und da kein Nachtheil, der aus ihrem Bestehen entspringe, angeführt werden könne, so führe er keinen Grund, sie abzuschaffen. Man könne nicht sagen, daß sie nicht acceptabel seien, und daß die Zahlungszeit mit daraus erbeile; denn die Zeit der Acceptation und der Zahlung sei allerdings bestimmt, nur auf besondere Art und mit Beziehung auf Marktwesfungen, die man aber leicht entbehren könne, wenn man eine allgemeine Regel dafür schreibe. Der wichtigste gegen die Wesfelstellung angeführte Grund, daß das legislative Bedürfnis in ihrer Beziehung ist nur auf wenige Staaten beschränkt, erhebe ihm ganz unbillig, da ein solches Bedürfnis in den Österreichischen, Preussischen, Sächsischen und Braunschweigischen Staaten, und in Frankfurt, selbst in der größten Theile Deutschlands sich zeige.

Wenn man die Wesfelstellung ganz aus der Wesfelordnung auslasse, so werde man sie für abgeschafft ansehen. Eine solche Abschaffung sei aber nach den Ansichten der theilnehmenden Regierungen doch nicht möglich, und wenn man in dieser Wesfelordnung sich in Betreff der Wesfelstellung auf die Parastatutar Gesetgebungen beschränke, so habe man eigentlich die Frage bloß umgangen und im Grunde nichts verfügt.

Von dem Herrn Abgeordneten für Frankfurt ward hierauf bemerkt, daß die Versammlung bereits in ihren Beschlüssen zum §. 35 solche Grundfälle, welche als allgemeine Wesfelordnung gelten können, zusammenstellen versucht habe, und daß es gewiß mehr vorzuziehen sei, dergleichen Bestimmungen als Ausfluß des allgemeinen Geistes hinzusetzen, als jedem Staate zu überlassen, das Georderte zu verfügen, wobei auch zu besorgen sei, daß man vielleicht in anderen Ländern Anstand nehmen werde, sich darnach zu richten.

Der Braunschweigische Herr Abgeordnete erklärte hierauf, daß auch er einen großen Werth auf das Verlangen legen müsse, welches von dem Herrn Abgeordneten für Frankfurt zur Bebingung gemacht worden sei, daß nämlich das allgemeine Wesfelgesetz ausdrücklich auf die Normen verweise, welche in Betreff der Wesfelstellung in den einzelnen Wesfelordnungen aufgestellt seien. Als auch der Herr Vicepräsident Dr. Einert sich dieser Ansicht wiederholt angeschlossen, sah sich der Herr Antragsteller veranlaßt, zu bemerken, daß eine solche Behandlung der Sache durchaus nicht in seinem Vorschlage liege, der letztere vielmehr lediglich dahin gerichtet sei, alle diejenigen Paragraphen, welche von Wesfeln handelten, aus dem Entwurfe zu streichen ohne andere Bestimmungen oder Hinzufügungen an deren Stelle zu setzen.

Von dem Herrn Abgeordneten für Frankfurt ward hierauf entgegnet, daß in diesem Falle die Städte und Länder, welche Meßen halten, als Ausland, der Wesfelordnung gegenüber gestellt würden, ein Verhältnis, welches für Staaten, die dem deutschen Bunde angehören, und welche gerade durch Einführung einer gemeinsamen Wesfelordnung das sie umschlingende nationale Band enger zu knüpfen beabsichtigten, wenig geeignet erdünne; sollte dies von der Versammlung beschlossen werden, so werde nach seiner Ansicht die Stadt Frankfurt, um die Wesfelstellung keiner Gefährdung aussetzen, sich zur Publikation des allgemeinen Wesfelgesetzes von den übrigen Deutschen Bundesstaaten, in welchen dasselbe gleichfalls Gesetzkraft erhalten solle, eine Zusicherung darüber verschaffen müssen, daß die fortbauende Gültigkeit und gesetzliche Anerkennung der besonderen Bestimmungen über Wesfelstellung durch Publikation der allgemeinen Wesfelordnung keinen Eintrag leiden solle.

Als darauf von einem Mitgliede der Versammlung nochmals zu erwägen gegeben ward, ob dem Bedürfnisse nicht durch eigene Domestikwesfel, wodurch die Haupt Schwierigkeit in Betreff der Acceptabilität beseitigt werde, abzuhelfen sei, bemerkte der Herr Vicepräsident Dr. Einert, man überlasse, wie es ihm scheine, von der einen Seite, und unterschätze von der anderen Seite die Bedeutung der Wesfelstellung. Ihre Bedeutung werde überschätzt, indem man verzeihe, daß sie sich immer in einem gewissen Rapen blickten, den sie fast nie übersteigen, und dadurch solchen, die mit den Meßen in keiner Beziehung ständen, nicht lästig würden; man unterschätze ihre Bedeutung aber mit Rücksicht auf die Wichtigkeit derselben für die Meßplätze und den dortigen Verkehr, der ohne ein Papier eben der Art, wie das Bedürfnis dasselbe

ausgebildet, nicht bestehen könne, und namentlich in den vor-
geblagten Surrogaten keine Befriedigung fände.

Als die Verhandlung hierher gelangt war, nahm der Ab-
geordnete für Bremen, Herr Senator Dr. Alberts, das
Wort, um der Versammlung in Erinnerung zu bringen, wie
er bereits früher deren Aufmerksamkeit auf die in Bremen
eingeführten und für den dortigen Verkehr nöthigen allge-
meinen Zahltagte hinzuweisen sich genöthigt gesehen habe. Er
müsse dies jetzt wieder in Anregung bringen, wo, wie ihm
scheine, die Versammlung im Begriff stehe, nach nochmaliger
ausführlicher Erörterung die exceptionnelle Zulassung der Meß-
wechsel anzuerkennen. Würden aber die Meßwechsel in der
Wechselordnung bleiben, so müsse er darauf aufmerksam ma-
chen, daß man dann dem Bedürfnisse einer Handelsstadt von
Bremens Bedeutung die nöthige Anerkennung nicht habe zu
Theil werden lassen. Bremens Verkehr könne sich in jeder
Beziehung dem irgend eines Meßplatzes an die Seite stellen,
und müsse er darauf hinweisen, daß die Legislation Bremens
wohl von dem Sage ausgehen könne, daß das, was dem
Einen Recht sei, mit Billigkeit auch dem Anderen nicht ver-
sagt werden könne. Habe man aber rüchthilich der Meß-
wechsel gefunden, daß nicht alle Localverhältnisse zu beseitigen
seien, so werde Bremen auch das Recht haben zu verlangen,
daß seine Localverhältnisse Beachtung fänden, um so mehr,
da die denselben zu widmende Berücksichtigung weit weni-
ger in das System des Gesetzes und den allgemeinen Verkehr
eingreife, als diejenige, welche von einigen Meßplätzen in
Anspruch genommen werde.

Von dem Herrn Geheimen Legationsrath von Fatio
ward hierauf bemerkt, daß bei den bisherigen Verhandlungen
die Bedeutung Bremens gewiß nicht verkannt sei, und daß
die Versammlung auf die von dem Herrn Abgeordneten wie-
der in Anregung gebrachte Frage werde zurückkommen müssen.
Was aber den Meßwechsel betreffe, so dürfe man nicht ver-
gessen, daß die große Verbindung mit dem Oriente, die
durch die Messen vermittelt würde, eine schonende Berück-
sichtigung der bestehenden Einrichtungen zur Rücksicht mache, und
daß, wenn auch keinem Staate das Recht bestritten werden
könne, Particularbestimmungen nach seinen Bedürfnissen zu
erlassen, es doch betrüßlich sei, hierzu dadurch Veranlassung
zu geben, daß man Verhältnisse, wie die hier in Frage
stehenden, in einem allgemeinen Gesetze ganz unberücksichtigt
lasse, und dadurch vielleicht herbeiführe, daß solche Particu-
larbestimmungen weiter gingen, als allgemein wünschens-
werth sei.

Von einem anderen Mitgliede der Versammlung ward mit
Rücksicht hierauf bemerkt, daß es den Antrag überall nur so
aufgefaßt habe, daß die Localgesetzgebungen dadurch lediglich
genöthigt werden sollten, einen bestimmten Zahltag in ihren
Meß- und Marktordnungen festzusetzen, und somit indirect
für alle Meßwechsel den Zahltag zu bestimmen. Diese Be-
merkung veranlaßte indes den Herrn Antragsteller zu der
Erklärung, daß man darin seinen Vorschlag und seine Ab-
sicht mißverstehe. Diege gebe vielmehr, wie schon bemerkt,
dahin, daß alles, was Meßwechsel betreffe, aus dem Ent-
wurfe weg falle, wovon die Folge sein werde, daß es den
Gerichtshöfen überlassen bleibe, wenn Meßwechsel bei ihnen
verfäßen, über deren Zulässigkeit und Bedeutung zu ent-
scheiden. In Staaten, in denen Messen existirten, würden
die Gerichte in den vorhandenen Vorschriften Normen für
ihre Entscheidung finden, in Ländern, wo dies nicht der Fall
sei, glaube er allerdings nicht, daß die Gerichte namentlich

die beschränkte Präsentationsfähigkeit solcher Wechsel aner-
kennen werden.

Hierauf erklärten Se. Excellenz der Herr Staatsminister
von Kännerich und zugleich mehrere Mitglieder der Ver-
sammlung, daß sie unter diesen Umständen dem Antrage ihre
Unterstützung entziehen müßten, worauf derselbe von dem
Herrn Antragsteller zurückgenommen ward.

Von dem Herrn Referenten ward hiernächst bemerkt, daß
während der Berathung dieser Frage mehrere Anträge vor-
gebracht seien, welche noch einer Erledigung bedürften. Auf
die Bemerkung eines Mitgliedes der Versammlung, daß diese
Anträge lediglich als Amendements des gefassten Vor-
schlags zu betrachten seien, die mit der Zurücknahme des Vor-
schlags selbst nicht weiter in Frage kommen könnten, wenn
sie nicht als für sich bestehende Anträge aufs neue vor die
Versammlung gebracht würden, erklärte man sich hiermit all-
seitig ohne Abtönung einverstanden, und ging demnach
zu dem zweiten Antrage des Württembergischen Herrn Abge-
ordneten über.

Dieser Vorschlag ging mit einer beim mündlichen Vortrage
desselben vorgenommenen Modification dahin,

in Erwägung:

1. daß bei der Berathung über die Zulassung eines zweiten
Protecttages von mehreren Seiten ausdrücklich vorbehalten
sei, auf diese Frage zurückzukommen,
2. daß, wenn der zweite Protecttag für Hamburg und ab-
gelegene Zahlorte wirklich ein Bedürfnis sei, dieses Be-
dürfnis doch nur eine Ausnahme von der allgemeinen
Regel bilde,
3. daß zwei allgemeine Protecttage am Ende nur zwei Re-
specttage seien, und zu Collisionen zwischen dem Inhaber
und Acceptanten Veranlassung geben könnten,
4. daß aber durch irgend eine Thätigkeit, welche man dem
Inhaber vor dem zweiten Protecttage vorzöge, diese
Uebelstände größtentheils vermieden würden,

zu beschließen:

den §. 40 des Preussischen Entwurfs namentlich auch
in Betreff der Zulässigkeit der Protecthebung am Verfall-
tage wider herzustellen,
wenn aber dies nicht angenommen werde, festzusetzen,
daß der Inhaber vor dem zweiten Protecttage, also
spätestens mit dem Ablaufe des ersten, dem Gerichte oder
dem Notare die nicht erlangte Zahlung, oder daß er seine
Nachricht über die Erlangung habe, anmelde, und daß
dieser Bemerkung im Eingange des Protecites gedacht
werde.

Zur ferneren Begründung dieses Vorschlags bemerkte der
Herr Antragsteller noch:

Bekanntlich werde durch einen nach dem Verfalltage (londo-
main) aufgenommenen Protect nicht constatirt, daß am Ver-
falltage gefordert und nicht erhalten worden sei; durch die
notarielle Forderung am lundomain habe sich diese Lage der
Sache nicht verändert, sondern es würde bloß constatirt, daß
am Protecttage gefordert und nicht erhalten wurde. Das
Gleiche träte nur an dem beschlossenen zweiten Protecttage
(surlundomain) ein. Daraus folge, daß der Inhaber am
Verfalltage zwar Zahlung fordern, daß er dies aber auch
unterlassen könne, wenn es ihm besser convenire, und daß ihm
im letzteren Falle, wenn der Prozeß vom Zahltag bis zum
Protecttage säße, nicht der geringste Vorwurf gemacht wer-
den dürfe; denn mit dem Protecite sei Alles abgemacht. Zwar
habe die Pünktlichkeit des Handelsstandes an den Orten, wo

höher der leudemain gelte, die Unsicherheit, welche aus diesen Bestimmungen folge, größtentheils verbindet, aber sie werde beim surleudemain um so greller hervor treten, als dessen Ausnahme die Folge habe, daß der Acceptant das Geld zwei Tage länger nicht halten müsse und nicht einmal für denselben fenne, wenigstens nicht aus Kosten des Inhabers. Aus diesen Gründen möchte es ihm unbillig, den surleudemain ohne alle Correctiv setzen zu lassen. In Hamburg liege die Sache ganz anders; dort müsse bei den im Banco gezogenen Wechseln der Inhaber am Zahlungstage fernern, wenn er am leudemain, oder erst am surleudemain die gewisse Nachricht über den Erfolg seiner Forderung erhalten wolle; hier also möge die Sachlage das Correctiv in sich und dadurch unmittelbar sich gerade Hamburg von dem ganzen übrigen Teutischland; aber eben deshalb könne auch nicht Hamburgs wegen eine dem ganzen übrigen Teutischland nachtheilige Bestimmung getroffen werden.

Auch dem so eben Bemerkten folge ungleich, daß es das Sittliche und Vornehme wäre, am Verfalltage Freieit aufzunehmen zu lassen. Man wende dagegen ein, daß der Besogene ein Recht auf den ganzen Tag habe und erst nach Ablauf desselben im Verzuge sei. Auch habe man nach christlich-türkischen Grundgesetzen ganz recht. Aber sämtliche älteste Wechselgesetze hätten es anders gehalten und der Grund sei einfach der, daß der Inhaber zu dem Besogenen sich versinnen, dort fernern und das Geld abholen müsse. Wenn man nun rechnen wolle, der Besogene fenne den Inhaber wieder zurück, dann mit der Bemerkung, daß er bis 12 Uhr Nachts Zeit habe und der Inhaber wegen weiter kommen fenne, dann wolle er sehen, was er thue, so würde das dem Inhaber zustehende Recht illusorisch und deshalb eine lästige Fiktion, die demselben bloß für den Fall ansetzt wäre, wenn etwa der Besogene Lust haben sollte, am Verfalltage zu zahlen. So aber liege die Sache nicht. Der Inhaber habe auch ein Recht, das ihm nicht genommen werden fenne, sonst wäre der Verfalltag, ein bloßer Reineintrag. Demnach müsse der Besogene zahlen, wenn der Inhaber zur beliebigen Tagesstunde erd eine und, wenn man ihn mit dem Betrage auf 3 Uhr vorziehe, wie dies im Preussischen Entwurf geschieht, so sei dieses bereits eine dem Besogenen gewährte Zeit. Gegen diese mildere Ansicht habe er nichts einzuwenden, und wolle es sich auch gefallen lassen, wenn dem Inhaber das Recht eingeräumt würde, wenn er wolle, mit dem Betrage noch bis zum leudemain zu warten, falls er nur nicht warten müsse. Dieses Warten fenne ihm selbst einmüthig sein und eine salutative Zeit von einem Tage fenne nicht viel schaden.

Demnach ergabe sich, daß er die Zustimmung des Preussischen Gouvernors für die Zeit habe, daß er aber, wenn die Majorität auf dem surleudemain laubete, ein Correctiv für Teutischland unerschließlich fenne, d. h. einen Beleg dafür, daß der Inhaber wenigstens am leudemain gequert und nichts erhalten habe.

Hierauf nahm der Herr Abgeordnete von Helldin das Wort und bemerkte: Die Motive des Herrn Antragstellers ergaben sich schon aus den letzten Worte zur Verhandlung gebrachten Berichtslagen. Zu diesen können Fragen in Betracht, hinsichtlich welche die Versammlung nach gründlicher Erwägung in der Ueberrzeugung gekommen sei, daß die Strenge des Systems dem Leben und dem Zwecke dieser Versammlung eine Genesung habe machen müssen. Der Herr Antragsteller wolle nun den sehr anerkennenswerthen Versuch machen, ob nicht bei nochmaliger Prüfung der Frage diese Genesung wieder in das

Erstem sich zurückdrängen lasse. Es werde sich daher zunächst in Betreff des zweiten Protokollages fragen, ob dies möglich sei, ohne den Zweck der Versammlung, ein einigtes Wechselrecht für Teutischland, d. h. eine solche Wechselordnung zu schaffen, die von allen Teutischen Staaten angenommen werden fenne, außer Augen zu setzen.

Er sei nicht dahin instruiert, hier eine Erklärung darüber abzugeben, unter welden Bedingungen und Voraussetzungen eines Allerhöchsten Negierung das Resultat der hiesigen Beratungen annehmen werde, da er indes angezogen sei, hier nach jenem besten Wissen und Gewissen sich auszusprechen, so fenne er nicht umhin, auf die Bedenken aufmerksam zu machen, welche er schon hervorgehoben, als die Sache das erste Mal erwogen worden sei. Er glaube nicht, daß Hamburg unter den vorgeschlagenen Bestimmungen das Gieck werde annehmen fennen; er habe schon früher auf das nahe Verhältniß Altonas zur Hamburger Bank aufmerksam gemacht. Er habe darauf hingewiesen, daß es in den Marktschiffen des Herzogthums Heßlin ein unmöglich sei, in kürzerer Zeit einen Netar oder eine Creditoperation zu erreichen; ähnliche Verhältnisse lägen, so viel ihm bekannt, in den Markten des Königreichs Hannover und des Großherzogthums Mecklenburg vor, weldes er indes den Herren Abgeordneten dieser Länder zu einwenden vorbehalten müsse; so viel werde sich aber aus dem Bemerken ergeben, daß man die Negierung Teutischlands sehr wesentliche und sehr begründete Bedenken gegen müsse, ein Wechselgesetz anzunehmen, wenn dasselbe solche Bestimmungen enthalte, die ihren Unterthanen entweder eine Zerstörung ihrer ganzen commerciellen Verhältnisse oder die Unmöglichkeit bringen würden, die wechselfähigen Formen zu erfüllen. Wenn es nun auch die materiellen Interessen des Südens wenig berühre, nach weldem Rechte der Wechselverkehr im Norden Teutischlands sich richte, so seien es doch nicht bloß die Rücksichten auf die rein materiellen Verhältnisse, welche die Conferenz hier zusammengeführt habe. Es rühte übrigens nicht unbeachtet bleiben, daß es dem Norden Teutischlands in welchem Umfange nicht gleichgültig sein fenne, ob namentlich in Hamburg dieselben Formen für den Wechselverkehr geltend wären, und es käme ries um so mehr in Betracht, da Hamburg nicht durch einen Zufall oder die freie Wahl des Verkehrs in seine bedeutende Stellung als Handelsplatz gekommen, sondern durch seine Lage, sein Geld und seine Verbindungen es einem großen Theile Teutischlands zur unabweislichen Nothwendigkeit mache, sich darin mit ihren Handels und Wechselgeschäften zu werten. Mit Rücksicht hierauf müsse er darauf antragen, daß der Vorschlag nicht angenommen werde.

Von dem Oesterreichischen Herrn Abgeordneten ward hierauf bemerkt, wie er schon früher erklärt habe und wiederholen wolle, daß er nicht gemeint sei, Hamburg zu hintern, solche Bestimmungen zu treffen, wie sie für die in Betracht kommenden Verhältnisse nothwendig seien, daß die Conferenz aber ein Wechselgesetz für ganz Teutischland zu beraten habe und dabei unmöglich jedes besondere Verhältniß einer einzelnen Stadt oder eines einzelnen Landes in der Weile berücksichtigen fenne, daß ganz Teutischland sich nach diesen lokalen Bestimmungen richte. Nebst dem habe er schon früher gegen den im Preussischen Entwurf als Protokoll assentierten leudemain gestimmt, und müsse bei der Ansicht verharren, daß der Preussische Entwurf am Verfalltage aufgenommen werde.

Von einem andern Mitgliede der Versammlung ward bemerkt, daß man wohl nicht werde umhin können, als allgemeine Regel und zur Ausgleichung der Interessen den leudemain

main als Protesttag zuzulassen, daß man aber der Stadt Hamburg und den Ländern und Städten, die in gleicher Lage seien, gestatten müsse, ausnahmsweise den surleudemain als Protesttag zuzulassen.

Nicht ganz in Uebereinstimmung hiermit erklärte sich der Herr Vicepräsident Dr. Ciemert dahin, daß für den Credit und den Verkehr nichts wichtiger sei, als die strenge Innehaltung des Zahlungstages. Dieses sei indeß nur möglich, wenn man denselben zugleich zum Protesttag mache. Die Erfahrung habe es in Frankreich und in den Ländern, die dessen Beispiel befolgen hätten, zur Genüge gelehrt, daß der leudemain nicht bloß Protesttag sondern auch Zahlung geworden wäre. Uebriens erkenne er es an, daß in Hamburg der Zahlung nicht als alleiniger Protesttag festgehalten werden könne, es bleibe aber da nichts übrig, als für Hamburg und für ähnlich: Verhältnisse anderer Staaten exceptionelle Bestimmungen zuzulassen.

Er Grellez der Herr Staatsminister von Könneritz stimmte diesen Bemerkungen, namenlich in Betreff der Wichtigkeit der, die für die Verhältnisse des königlichen Sachsen die Beibehaltung des Zahlungstages als Protesttag habe. Jede Beschränkung des Gläubigers, schon am Verfalltage Zahlung zu verlangen und Creation zu suchen, erscheine als ein Moratorium, das dem Geiste der Sächsischen Gesetzgebung durchaus zuwider sei.

Hierauf bemerkten die Hamburgischen Herren Abgeordneten, daß alle drei während der Verhandlung vorgekommenen Modificationen des gefaßten Beschlusses für Hamburg nicht annehmbar seien; man möge nicht übersehen, daß es jährlich vielleicht 3 bis 400,000 Wechsel seien, die auf Hamburg und Altona gezogen würden, woraus es sich schon ergebe, in welchem Umfange diese Städte Wechselplatz seien und in welchem Umfange Deutschland bei den dort bestehenden Einrichtungen interressirt sei. Auch lasse sich ein Nachtheil von der Beibehaltung des bereits einmal mit so überwiegender Majorität von 14 gegen 4 Stimmen gefaßten Beschlusses in keiner Art absehen. Zwar habe man Hamburg in dieser Rücksicht auf eine Losa gesetzgebung verwiesen, man möge indeß dabei nicht außer Acht lassen, wie leicht es möglich sei, daß die dortige Gesetzgebung sich, wenn sie zu diesem Auswege greifen müsse, mit demjenigen nicht begnügen werde, was die Verammlung früher über diesen Punkt beschloßen habe; der Verammlung werde aus früheren Verhandlungen erinnerlich sein, daß noch manche andere Bestimmungen, die Hamburg für wichtig halte, von der Majorität der Verammlung nicht beliebt seien. Sie glaubten genügend gezeigt zu haben, daß es ihr lebhaftes Verlangen sei, selbst bei Nichtdurchführung einzelner geäußelter Wünsche, ein Geis zu Stande zu bringen, welches alleseitig und auch für Hamburg angenommen werden zu können geeignet oder mindestens möglich sei. Hamburg halte wie Sachsen streng den Verfalltag zu seinen Zahlung inne und werde auch künftig dabei bleiben. Nur noch ausdrücklich besien was, um daraus Folgerungen zu ziehen, in Betreff Frankreichs angeführt worden, daß dort der leudemain Zahlung geworden sei, müßten sie beizutragend bemerken, daß in Paris kein respectables Haus die Zahlung von Wechseln auf den leudemain vertriebe, sondern daß am Abend des Verfalltages die nöthige Aufgabe wegen der zu erhebenden Proteste an die huissiers gelangte.

Auch von dem Herrn Abgeordneten für Frankfurt ward darauf angetragen, daß man es bei dem früheren Beschlusse in dieser Beziehung lassen möge. Auch er vermöge keinen Nachtheil einzusehen, der daraus erwachsen könne, wenigstens

sei in der heutigen Verhandlung ein in Betracht kommender Nachtheil nicht angeführt worden. Frankfurt bedürfte zwar zweier Protesttage nicht; einen Protesttag nach dem Verfalltage könne es aber bei seinem Verkehre nicht entbehren. Namentlich habe sich die Frankfurter Handelskammer auf das Entschiedenste gegen die Bestimmung des Preussischen Entwurfs, wornach der Protest Manches Zahlung schon am Nachmittage des Zahlungstages erhoben werden dürfe, und für Beibehaltung der damaligen im Ges. vom 12. November 1844 enthaltenen Frankfurterischen Gesetzgebung ausgesprochen.

Von dem Oesterreichischen Herrn Abgeordneten wurde dagegen erklärt:

Er könne nur auf seinen früheren, mit den §§. 104 und 207 des Oesterreichischen Entwurfs übereinstimmenden Antrag zurückkommen, welcher dahin ging, daß die Präsentation zur Zahlung am Verfalltage des Wechsels zu geschehen habe, und bei verweigerter Zahlung an demselben Tage der Protest erhoben werden müsse.

Diese Bestimmung sei der Natur des Wechselgeschäfts am angemessensten, und die Erfahrung habe gezeigt, daß ihre Ausführung keinen Schwierigkeiten unterliege. In Oesterreich seien bisher für die meisten Wechsel nach der Wechselordnung vom Jahre 1763 drei Respekttage eingeführt, und hiervon sei die Folge gewesen, daß der Inhaber die Zahlung erst am dritten Respekttage verlangt habe und an diesem Tage auch der Protest erhoben worden sei. Da es nun bisher selbst in Wien, wo der Wechselumlauf ungemein groß sei, möglich gewesen, am dritten Respekttage sämtliche Proteste erheben zu lassen, so müsse dies auch am Verfalltage möglich sein. Da die Respekttage eigentlich nur eine Prolongation der Zahlungsfrist wären, nur in einem alten Gebrauche ihren Grund hätten, dem Inhalte des Wechsels widersprächen und wegen ihrer Verschiedenheit an den verschiedenen Handelsplätzen sich als nachtheilig zeigten, so habe man in den Entwurfs einer Wechselordnung vom Jahre 1833 und 1843 auf die Aufhebung der Respekttage angetragen. Wenn man aber die Respekttage aufhebe, so folge natürlich, daß man die Zahlung am Verfalltage mit Recht fordern und bei verweigerter Zahlung den Protest erheben könne. Gestatte man nun die Prothection auch am nächstfolgenden Verfalltage, so würden daraus die Folgen entstehen, daß man den Wechsel zweimal präsentieren müsse, daß daher die Präsentation gewöhnlich erst am nächstfolgenden Verfalltage nach dem Verfalltage erfolgen und im Wesentlichen ein Respekttag wieder eingeführt werden. Es werde ein Schranken und eine Ungewissheit entstehen, ob man den Wechsel am Verfalltage oder am nächstfolgenden Tage zur Zahlung präsentieren und Protest erheben lassen sollte. Wenn sein Antrag nicht angenommen werden sollte, so würde er, ebe er zu mehreren Protesttagen seine Zustimmung gegeben, sich lieber für eine Vorfrist erklären, durch welche angeordnet würde, daß die Präsentation zur Zahlung und die Prothection nur an nächsten Tage nach dem Verfalltage geschehen konnte, obwohl er nicht verkenne, daß dies eigentlich dem Inhalte des Wechsels widerspreche. Gegen die vorgedachte Convention, daß dem Wechselinhaber der ganze Verfalltag zur Zahlung gelassen werden solle, müsse er bemerken, daß das Wechselgeschäft sich von anderen Schuldverhältnissen wesentlich unterscheide, daß man dafür keine und dem Inhalte des Wechsels genau entsprechende Normen festsetzen müsse und die bedeutende Verschiedenheit statt finde, daß der Gläubiger die ihm gebührende Summe abholen, und zwar

an einem bestimmten Tage, bei Vermeidung eines Präjudizes abholen, daher genau wissen müsse, wann er dazu berechtigt sei.

Uebrigens sei er auch einverstanden, daß wegen der besondern Art der durch die Bank in Hamburg zu leistenden Zahlungen eine diesen Verhältnissen entsprechende Ausnahme für Hamburg in die Wechselordnung aufgenommen werde.

Der Herr Geheim Legationsrath von Patow bemerkte hierauf, daß seiner Ansicht nach wohl möglich sein dürfte, sich über eine Fassung zu vereinigen, durch welche den Verhältnissen von Holstein und Hamburg, wie denen von Bremen und Augsburg ebenso im allgemeinen Wechselgesetze die erforderliche Berücksichtigung gewährt werde, wie solche den Mecklenburgern durch die in Betreff der Wechselrecht angenommenen Bestimmungen zu Theil geworden sei. Sollte diese indeß nicht gelingen, so sei allerdings eine vollständige Einbeziehung der Wechselgesetzgebung nicht wohl zu erreichen. Wie sehr ihm diese am Herzen liege, darüber werde es nicht erst einer Versicherung durch Worte bedürfen. Gleichwohl könne man nicht übersehen, daß, je gewiß auch die großartigen Handelsverhältnisse, wie diese sich insbesondere in Hamburg fänden, die möglichste Berücksichtigung verdienten, doch auch von anderen Staaten, namentlich bei der früheren Verhandlung der Frage, hervorgehoben sei, daß sie eine derartige Bestimmung, wie für Hamburg in Anspruch genommen werde, nicht nur nicht nöthig hätten, sondern sogar für ihre Verhältnisse als entschieden nachtheilig erachteten, und daß man deshalb Gefahr laufe, die unveränderte Annahme der aus den Verhandlungen der Konferenz hervorgehenden Wechselordnung dadurch, daß man sie für Hamburg erlächtern wolle, für andere Staaten in eben dem Grade schwierig oder zweifelhaft zu machen. Unter diesen Umständen werde wohl die Konferenz kaum weiter gehen können, als daß sie im Protokolle die Erklärung niedersetze, wie sie in Betreff der Protestfrage ein Abgehen von den Bestimmungen des allgemeinen Gezeßes für die genannten Staaten oder Bläße für begründet halte. Es könne gewiß nicht seine Meinung sein, durch eine solche Protokollerklärung die Autonomie irgend eines Staates in Frage stellen oder bedrängen zu wollen, er erkenne es vielmehr ausdrücklich an, daß es jeder Regierung völlig freigestellt bleiben müsse, ob sie das Resultat der hiesigen Verhandlungen vollständig oder mit Modificationen annehmen oder gänzlich ablehnen wolle. Er könne sich indeß von der Ueberzeugung nicht trennen, daß es immerhin keinem Staate leicht sein dürfte, sich von den hier auf so erstehtliche Weise getroffenen Vereinbarungen loszulösen, und daß eine höhere Instanz, der sich auch die unabhängige Regierung unterwerfen müsse, die Geschiede nämlich, ihr Urtheil darüber fällen werde, wenn ohne hinreichenden Grund eine Abweichung von dem hier Beschlossenen vorgenommen werde. Diese Art der Verantwortlichkeit, wenn man sie so nennen wolle, könne nun aber die Konferenz jenseitigen Regierung, die eine von dem vereinbarten Gesetze abweichende Bestimmung erlasse, abnehmen oder wenigstens erleichtern, wenn sie einmüthig erkläre, daß sie das Bedürfnis einer solchen Bestimmung für die betreffenden Staaten anerkenne und dieselbe nur deshalb nicht in die gemeinsame Wechselordnung aufnehmen, sondern der Particulargesetzgebung überlassen habe, weil sie für die übrigen Staaten nicht nur nicht erforderlich, sondern bedenklich sei.

Nachdem der Herr Staatsminister von Könneritz erklärt hatte, daß er für eine solche Protokollerklärung sich ebenfalls aussprechen müsse, bemerkte noch der Herr Kramer-

meister Pöppe, wie er überzeugt sei, daß die Sächsischen Städte um der gemeinsamen Sache willen bereitwilligst alle Bestimmungen annehmen würden, die in dieser Konferenz beschlossen seien, obgleich Manche zum Opfer gebracht werden müsse, was man Jahrhunderte lang zusehen. Was diesen Punkt aber betreffe, namentlich, daß der Protest nicht schon am Versammlungstage zu erheben sei, so müsse er in dieser Beziehung die Zustimmung der Städte beweisen, weil er darin eine Gefährdung des Credits erblicke, und wenn hier das Gegentheil beschlossenen werden solle, so würde er sich verpflichtet halten, darauf anzutragen, daß diese Bestimmung für Sachsen keine Geltung erlange.

Hamburgischer Seits ward noch hervorgehoben, daß man sich überzeugt haben werde, daß man in Hamburg eine solche Bestimmung nicht einbringen könne, und daß es nicht möglich sei, einen Nachtheil zu erkennen, der für andere Staaten daraus entstehen könne, namentlich, wenn man einmal den lendemain angenommen habe. Man müsse daher zu betonen geben, daß hier ein Fall vorliege, der dringend auffordere, sich zu vertragen, d. h. durch eine Vereinigung zu einer gemeinschaftlichen Bestimmung zu gelangen, und festzusetzen, was in Hamburg nicht entbehrt werden könne, selbst wenn dies durch die Annahme einer Bestimmung geschehe, für die man lieber eine andere hätte, die aber an sich gewiß kein Uebel sei.

Von dem Herrn Antragsteller ward hierauf bemerkt, daß der Vertrag, von welchem so eben geredet worden, etwa in dem lendemain gefunden werden könne, daß aber da Hamburg auch damit nicht auskommen könne, nichts anderes, als der surlendemain übrig bleibe. Von diesem betaupteten aber Viele und gewiß nicht ohne Grund, daß derselbe ihnen sehr nachtheilig sei, und da sei es zu bedenken, daß man noch überall nicht wisse, ob Hamburg das ganze Gesetz annehmen werde. Gesähe dies nicht, so habe man eine Concession gemacht, und einen Schaden herbeigeführt, ohne den Vortheil zu erlangen, den man beabsichtige.

Nachdem endlich noch von einem Mitgliede der Versammlung die Nothwendigkeit für den Geldverkehr hervorgehoben worden, welche sich einstellen werden, sobald man nicht schon am Versammlungstage mit Gewißheit darauf rechnen kann, sein Geld zu bekommen, schritt die Versammlung zur Abstimmung und entschied die erste Frage:

Soll der zweite Protesttag wegfallen?
mit 11 gegen 8 Stimmen verneint.

Auf die Abstimmung über die zweite Frage:

Soll der zweite Protesttag beibehalten, der Protest aber schon am ersten Tage angemeldet werden?

verjagte der Herr Antragsteller ohne Widerspruch von Seiten der Versammlung, hob indeß hervor, wie in der Besprechung der dritten Frage:

Soll der Protest schon am Versammlungstage erhoben werden können?

eine Ausgleichung der entgegenstehenden Interessen liegen werde, welche ganz geeignet sei, diese schwierige Frage auf eine zufriedenstellende Weise zu lösen.

Es kam darauf diese dritte Frage zur Abstimmung, und ward mit 17 gegen 2 Stimmen bejahend beantwortet, und in dieser Beziehung also der frühere Beschluß der Versammlung zum §. 40 aufgehoben.

Von dem Herrn Referenten ward hiernächst darauf aufmerksam gemacht, daß der Preussische Entwurf im §. 40 die Bestimmung enthalte, daß der Protest am Versammlungstage erst

von 3 Uhr Nachmittags an erhoben werden könne, und daß daher noch die Frage zu entscheiden sein werde, ob diese Zeitbestimmung beizubehalten sei?

Diese Frage ward indeß bei der Abstimmung mit 14 Stimmen gegen 5 verneint.

Es kam nunmehr die während der Verhandlung über die Mesewechsel von dem Abgeordneten von Bremen, Herrn Senator Dr. Albers wieder in Anregung gebrachte Frage über die Beibehaltung der Bremer Zahl- und Incafsotage zur Berathung.

Der Herr Antragsteller bezog sich dabei auf dasjenige, was er bereits am heutigen Tage und in der Versammlung am 13. November über diesen Gegenstand angeführt habe, und bemerkte namentlich, daß man in Bremen bereit sein werde, die jegige Einrichtung der Zahltag in mancher Beziehung zu motiviren, namentlich dahin, daß alle Sichtwechsel am Tage der Präsentation ohne Rücksicht darauf, ob dies ein gewöhnlicher Zahltag sei, eingelöst werden sollten, daß ferner, wenn bei anderen Wechseln der Verfalltag mit dem Zahltag zusammenfalle, schon an diesem gezahlt werden müsse, und daß überhaupt, nach dem heute Beschlossenen, wenn nur mehrere wöchentlich sich wiederholende Cassirs und Zahltage existiren (welches im Gesetz zur Bedingung dieser Bewilligung gemacht werden müsse), die Verlegung der Verfalltage der Wechsel auf den nächsten Zahltag, wenn dies nicht der Verfalltag selbst sei, immer die Folge haben müsse, daß der Protest rechtzeitig innerhalb der bewilligten Protesttage erhoben werden könne.

Von dem Herrn Oberappellationsgerichtsrath Dr. Kleinschrod und dem Herrn Anwalt Schmid wurde der Antrag auf Berücksichtigung der Zahl- oder Incafsotage mit dem Vorlage unterstützt, daß die in Augsburg seit unordenlicher Zeit bestehenden Zahltag auf einer mit den Wechselgeschäften dieser Stadt eng verbundenen Einrichtung beruhen, deren Aufhebung bedeutende zur Zeit noch nicht in ihrem ganzen Umfange zu übersehende Nachtheile besorgen lasse.

In der hierauf gepflogenen Discussion wurde die Differenz der in Bremen und in Augsburg bestehenden Einrichtungen hervorgehoben, und insbesondere geltend gemacht, daß in Bremen, wo wöchentlich zwei Zahltag eingeführt seien, die Beibehaltung derselben weniger bedenklich sei, die Augsburger Einrichtung aber, nach welcher in der Woche nur ein Zahltag bestehe, und die Zahlung der auf diesen Tag ver-

fallenden Wechsel sogar noch um eine Woche weiter hinausgeschoben werde, sich mit einem geregelten Wechselverkehre nicht vereinigen lasse; wenn man daher auch nicht abgeneigt sei, die Zahltag da, wo sie dormal bestünden, ausnahmsweise fortbestehen zu lassen, so könne dies doch nur unter der Bedingung geschehen, daß mindestens zwei Zahltag in der Woche eintreten.

Da sich die große Mehrheit der Versammlung in diesem Sinne aussprach, so erklärte der Herr Oberappellationsgerichtsrath Dr. Kleinschrod: Er verkenne keineswegs, daß der Unterschied zwischen einem und zwei wöchentlichen Zahltagen durch die über die Protesterhebung gethanen Beistüsse besonders erheblich geworden sei. Denn nachdem man zwei auf den Verfalltag folgende Protesttage statuiert habe, sei der Fortbestand zweier wöchentlichen Zahltag dem allgemeinen Gesetze gegenüber von geringer practischer Bedeutung, während man sich da, wo nur ein Zahltag in der Woche bestehe, allerdings von dem allgemeinen Gesetze entfernen würde. Er könne nun zwar die Größe des Cyclus, welches der Handelsstand in Bayern durch Anordnung eines zweiten Zahltages bringen würde, nicht bemessen, und eben so wenig eine bindende Zusage dafür, daß eine solche Anordnung erfolgen werde, abgeben, glaube aber doch im Interesse einer gleichförmig zu erzielenden Gesetzgebung, dem eine Annäherung an die Augsburger Zahlungsweise darbietenden Vorschlage beistimmen zu müssen.

Nachdem der Antrag noch von dem Herrn Staatsminister von Könneritz unter Hinweisung auf den betreffenden Paragraphen des Sächsischen Entwurfs und von dem Herrn Geheimen Legationsrath von Batow als geeignet auch in diesem Punkte die entgegenstehenden Interessen zu vereinigen, der Beachtung der Versammlung empfohlen war, genehmigte diese denselben einstimmig, wobei es vorbehalten ward, daß der Herr Antragsteller sich mit den übrigen Mitgliedern der Redactioncommission über die gehörige, präcise Fassung dieses Beschlusses zu vernehmen haben werde, und daß es namentlich durch die Fassung auszudrücken sei, wie diese Verlegung des Verfalltages auf den nächsten Zahltag nur an denjenigen Plätzen stattfinden solle, wo bei Publication dieses Gesetzes bereits mehrere wöchentlich wiederkehrende allgemeine Zahl- und Protesttage bestünden, daß es daher Augsburgs Sache sein werde, schon vor der Publication demgemäße Einrichtungen zu treffen.

XXXI.

Leipzig, den 1. December 1847.

In der heutigen unter Leitung des Herrn Staatsministers von Könneritz eröffneten Sitzung ward zuvörderst das Protokoll über die gestrige Sitzung vorgelesen.

Sodann ward beschlossen, die beim §. 4 ausgelegte Erklärung über die kaufmännischen Annahmen und andere wechselseitliche Papiere wieder aufzunehmen und eine Vereinbarung über die in dieser Beziehung zu treffenden Be-

stimmungen zu versuchen. Der Herr Referent eröffnete die Discussion mit einem einleitenden Vortrage. Es hätten sich so äußerte derselbe, bei der Berathung zum §. 4 drei verschiedene Ansichten über die vorgenannten Papiere ergeben. Die erste dieser Ansichten, welche von den hamburget Herren Abgeordneten vertheidigt worden, sei dahin gegangen, daß man als dem §. 4 das unter Nr. 1 angegebene Requisit

hinverlassen, oder eine eigene Bestimmung dahin treffen sollte, daß Anweisungen den transjirten Wechseln gleichnamig seien. Die zweite von den Sächsischen Herren Deputirten vertheilte Ansicht habe die Anweisungen den transjirten Wechseln in jeder Beziehung namentlich auch in Ansehung der Staatssafteit der Creation durch Personalhaft gleichstellen und nur den Negreß wegen nicht erfolgter Annahme ausschließen wollen. Die dritte Ansicht ist die Preussische Seite ausschließend gewesen, nach welcher die Wechselordnung keine Vorschriften über Anweisungen enthalten solle und die darüber zur Zeit bestehenden gesetzlichen Vorschriften abgeschafft würden. Nach dieser letzteren Art der Auffassung würden die Anweisungen lediglich unter die Bestimmungen des gemeinen Civilrechts fallen und das letztere nicht ausreichte, die Anweisungen zu circulationsfähigen Papieren zu machen, und namentlich ihre Begebung durch Jactament mit den gewöhnlichen wechselrechtlichen Folgen nicht gestatte, so könne man in jener Uebersetzung der Anweisungen in der Wechselordnung eine indirecte Abschaffung ihres Gebrauchs erblicken. Bei der früheren Beratung sei man auf die Frage selbst nicht weiter eingegangen, weil es wünschenswerth erschienen, zuerst das Recht der transjirten und dann auch das Recht der domicilirten eigenen Wechsel festzustellen zu haben. Jetzt habe man sich über die in dieser Beziehung zu befolgenden Principien geeinigt und werde daher auf die Frage von den Anweisungen zurückkommen müssen. Es handle sich daher gegenwärtig um zwei-erlei, nämlich erstens darum, ob man überhaupt auf die Lehre von den Anweisungen eingehen wolle, und zweitens darum, welche Bestimmungen darüber vereinbart werden könnten.

In Bezug auf den ersten Punkt sei geäußert worden, daß die Aufgabe der Conferenzen sich auf die Feststellung des Rechts der Wechsel beschränke und man sich daher mit den Anweisungen gar nicht zu beschäftigen habe. Diese Ansicht scheint indess zu weit zu gehen, und Wechsel und Anweisungen auf eine der Sache nicht völlig entsprechende Art zu trennen. In Hamburg behandle man die Anweisungen eben so wie Wechsel und dasselbe sei in Frankfurt, vielleicht auch noch an anderen Orten der Fall. Jene Trennung sei daher wenigstens nicht in ihrem ganzen Umfange richtig, indem für jene Staaten die Beratung über die Zulässigkeit der Anweisungen nicht der Beratung über das Wechselrecht unannehmliche. Hier- nächst über sei um so weniger Veranlassung vorhanden, die Grenze für die Befugnisse der Conferenzen, wo es sich um einen Gegenstand handle, der wenigstens mit dem Wechsel nahe verwandt sei, mit voller Schärfe zu ziehen, als die Resultate der Beratungen nicht definitiv und abschließend bindend seien. Man habe ferner geäußert, daß die Lehre von den Anweisungen in einer gewissen Beziehung noch nicht reif, daß die Bedeutung der Anweisung eine mühsamer weitestgehende und ungewisse sei, als die der Wechsel, und daß man hier ein Bedürfnis der Gemeinschaftlichkeit hinsichtlich der Rechtsgrundsätze nicht in gleichem Maße annehmen könne. Diese Ansicht, nach welcher Alles der Particulargesetzgebung anheimzufallen solle, ist freilich die konsequente, in so fern sie einweisen die Schwierigkeiten anzeigt, statt sie zu lösen; dem wahren Bedürfnisse entspricht es aber dennoch nicht, indem eines Theils auch Anweisungen in einem weiteren Kreise circulirten und gemeinschaftliche Bestimmungen bedürfen, anderen Theils aber ihre innere Verwandtschaft mit dem Wechsel es kaum räthlich erscheinen läßt, bei einer Einigung über das Wechselrecht ihrer Uebernahme nicht zu gedenken.

Was den zweiten Punkt, die materielle Seite der Sache anlangt, so habe man in Preußen die Ansicht geäußert, daß es am angemessensten sei, die Anweisungen lediglich der Beurtheilung nach dem Civilrechte zu überlassen und hierdurch ihre Abschaffung herbeizuführen. Diese Ansicht lasse sich theoretisch gewiß verteidigen, praktisch sei aber allerdings zu bezweifeln, ob damit der beabsichtigte Zweck erreicht werden könne. In Frankreich habe man die Erbringung gemacht, daß ohgleich das Gesetz nicht acceptable Papiere nicht anerkenne, solche Papiere im Verkehr dennoch mannigfach vorkämen, und es sei daher auch in Deutschland zu erwarten, daß das bloße Stillzweigen des Gesetzes nicht ausreichte, daß vielmehr der Verkehr, wenn sich in ihm ein solches Bedürfnis fühlbar mache, nicht acceptable Papiere schaffen und benutzen werde. In einem früheren Preussischen Wechselgesetzentwurfe habe man aus dieser Rücksicht auch eine Vorschrift für Anweisungen gegeben, welche dieselben in jeder Hinsicht, auch rechtlich der Acceptationen der Wechsel gleichstellte, und nur die Bestimmung der Creation durch Personalhaft bei Klagen aus Anweisungen ausgegeschlossen habe. Es entspreche die Frage, ob man sich für diese Art der Behandlung der Sache, die auch in den Entwürfen anderer deutschen Staaten adoptirt worden sei, entscheiden wolle. Dieselbe entspreche völlig den Anträgen der Hamburgischen Herren Deputirten, da man in Hamburg auf die Personalhaft kein erhebliches Gewicht lege und die Gleichstellung der Anweisungen und gezogenen Wechsel nur in den übrigen Beziehungen des Wechselrechts für notwendig erachte. Tagesgen siehe dieselbe allerdings mit dem von Seiten der Sächsischen Herren Deputirten gestellten Antrage, bei welchem besonders auf die Unzulässigkeit des Negreßes Mängels Annahme Gewicht gelegt werde, in Widerspruch.

Auf die Frage selbst scheint noch besonders die Beziehung erwogen werden zu müssen, in welcher dieselbe zu der hiesigen Zulässigkeit eigener domicilirter Wechsel stehe. Einerseits lasse sich sagen, daß mit der Zulassung dieser Wechsel dem Bedürfnisse eines an einem anderen Orte abhabenden, nicht acceptablen Papierses abgeholfen sei, und es daher der Zulassung von Anweisungen im Sinne des Sächsischen Antrags nicht bedürfe; andererseits könne man aber auch im umgekehrten Sinne behaupten, daß mit der Anerkennung eigener domicilirter Wechsel das Princip nicht acceptable Papiere anerkannt sei und es an einem Grund fehle, die Anweisungen nicht ebenfalls und ausdrücklich anzuerkennen. Da übrigens bei dieser Frage hauptsächlich die technische Seite in den Vordergrund trete, und die Gründe, welche vom practischen Standpunkte aus für oder gegen die Zulassung nicht acceptabler Papiere sprächen, für die Verammaltung vorzugsweise maßgebend sein würden, so dürfte es angemessen sein, daß die Verammaltung, bevor sie sich darüber,

1. ob auf die ganze Materie eingegangen werden solle und
2. in welchem Sinne die zu vereinbarenden Bestimmungen zu treffen sei würden,

entscheidet, das Gutachten der anwesenden Herren Sachverständigen vernähme.

Nach diesem Vortrage waren der königlich Bayerische Abgeordnete, Herr Oberappellationsgerichtsrath Dr. Klein- schrod und der kurheffische Abgeordnete Herr Bergerichs- rath auch der Meinung, daß es räthlich sei, sich einer Deliberation und Beschlußnahme über die Anweisungen zu enthalten. Der letztere bemerkte namentlich:

Daß er nur legitimirt sei, einer Beratung über das

Recht der Wechsel, d. h. solcher Documente, welche das Wort „Wechsel“ enthalten, beizubehalten, nicht aber anderen Verschreibungen Wechselkraft beizulegen; er müsse deshalb jedes Verbotens darüber sich enthalten.

Die übrigen Herren Abgeordneten fanden insofern kein Bedenken, auf eine Verabreichung über die vorliegende Materie einzugehen und es gab namentlich der Oesterreichische Herr Abgeordnete folgende Erklärung ab: Nach dem bestehenden Oesterreichischen Wechselrechte gebe es keine Anweisungen mit Wechselrecht und auch in den neueren Entwürfen habe man nicht auf die Aufnahme solcher Papiere in die Wechselordnung angetragen, sondern vielmehr im §. 71 ausgesprochen, daß sie bloß nach dem gemeinen Rechte zu beurtheilen seien. Es habe sich bisher auch kein Bedürfnis gezeigt, solche Papiere mit Wechselkraft einzuführen, da für Handelsleute und Fabrikanten eigene demittele Wechsel genügen. Sie können überhaupt nicht begreifen, wie man nicht acceptable Papiere, welche bei nicht erfolgter Zahlung den Wechselarbit nicht mit sich führen, in das Wechselrecht aufnehmen könne. Wenn diese Mittelmaße weggelassen, so fehlten wesentliche Erfordernisse eines Wechsels, und die übrigen Rechte aus einer Anweisung könnten auch im Civilproceß, besonders im summarischen Urkundenproceß, gehäufig geltend gemacht werden, wenn in der Urkunde die wesentlichen Erfordernisse einer Schuldsumme enthalten seien. Die Anweisungen dienen vorzüglich dazu, um kleinen Fabrikanten, die wenig oder keinen Credit haben, einen Credit zu verschaffen, und wenn man sie gesetzlich mit Wechselrecht einführe, so glaube er, daß eine Masse solcher Papiere entstehen, und damit zum Nachtheil der Nehmer ein großer Mißbrauch werde getrieben werden. Da man nun die Wechselbarkeit auf alle dispositionsfähigen Personen ausgedehnt habe, so sei er überzeugt, daß die Oesterreichische Gesetzgebung um so mehr sich gegen die Gestattung wechselrechtlicher Folgen für Anweisungen aussprechen werde.

Er müsse daher der Ansicht des Preussischen Entwurfs beistimmen, daß die Anweisungen aus dem Wechselrechte auszuscheiden und bloß nach den Vorschriften des Civilrechts zu beurtheilen seien.

Hierauf sprachen sich für Anerkennung der Anweisungen in dem Sinne des Sächsischen Entwurfs die Sächsischen Deputierten, Herr Kaufmann Georgi und Herr Stamermeier Pöppe aus. Sie bezogen sich zunächst auf das bei den Verhandlungen über den §. 4 des Entwurfs Obacht zu bemerken, daß aber auch in dem Resultate der seitdem stattgehabten Beratungen ein erhebliches Moment für die Zulassung der Sächsischen Anweisungen liege. Man habe nämlich das Bedürfnis eines legalen auf dem Credite des Ausstellers beruhenden, nicht acceptablen Papiers dadurch anerkannt, daß man demittele eigene Wechsel zugelassen. Zwischen den letzteren und den Anweisungen, wie man solche Sächsischer Seits befürwortet, sei ein reeller Unterschied nicht zu finden, und wenn man also die eine Form des Verhältnisses zulasse, so habe man keinen Grund, die andere — die Anweisungen — zurückzuweisen. Man müsse billig fragen, ob gegen die Anweisungen wirklich so schwere Bedenken obwalten, daß dadurch ein solcher Verlust gerechtfertigt werden könne, und dieses scheint allerdings nicht der Fall zu sein. Man made besonders geltend, daß die Anweisungen dem Wechselhandel schaden, und daß mannigfacher Mißbrauch mit denselben getrieben werde. Was Ersteres betreffe, so sei es nicht in Abrede zu stellen, daß der Verkehr mit Anweisungen, wenn letzteren diejenige Stelle im Gesetze eingeräumt würde,

die man denselben Sächsischer Seits wünschen müsse, an Umfang und Bedeutung gewinnen werde. Gleichwohl werde der Wechselhandel dadurch nicht bestränkt werden, vielmehr beides, der Handel mit acceptablen und der Handel mit nicht-acceptablen Papieren, sehr wohl zusammen bestehen. Stelle man das Recht der Anweisungen genau fest, so werde die Folge die sein, daß theils eine Menge anderer wechselunfähiger, mehr oder weniger rechtloser Papiere ganz in der Form der Anweisung aufgingen, theils aber die Geschäftleute sich vor Täuschungen im Verkehr mit Anweisungen wohl hüten könnten, zumal sie die Vorsichtsmaßregeln beachten würden. Anweisungen nur in einem bestränkten Betrage zu nehmen. Von einer Erhöhung des Wechselverkehrs werde also kaum die Rede sein können. Was aber den zweiten Punkt, den mit Anweisungen getriebenen Mißbrauch betreffe, so sei zunächst so viel ausgemacht, daß der Gebrauch und die Nützlichkeit derselben den Mißbrauch bei weitem überwiege. Anweisungen in dem angegebenen Sinne könnten durch eigene demittele Wechsel, da diese un beliebt seien, nicht ersetzt werden und wären für das Sächsische Fabrikgeschäft und namentlich für kleinere Fabrikanten unentbehrlich. Die kleineren und mittleren Fabrikanten, welche sich weniger in der Lage befinden, an dem eigentlichen Wechselverkehr Theil zu nehmen, stützen in der Anweisung das einzige ihnen zu Gebote stehende Mittel, ihren verhältnißmäßigen Credit so zu erheben, wie es für ihren Geschäftsbetrieb erforderlich sei. Was man aber über Mißbrauch dieser Papiere sage, sei unbegründet oder doch sehr übertrieben. Gewöhnlich höre man solche Klagen von einer Seite, wo sie weniger für ein unbefangenes Urtheil über die Sache selbst, als vielmehr für eine Ansehung des Mißverhältnisses über die allein durch jenes Creditmittel getragene Concurrenz der kleineren und minder bemittelten Geschäftleute, den größeren und bemittelteren gegenüber, gehalten werden müsse. So sei es gewiß eine arge Uebertreibung, wenn behauptet werde, daß man die Fabrikarbeiter nöthige, ihre Löhne in Anweisungen anzunehmen: auf werthlose Weise sei ein solcher Mißbrauch nicht ermittelt. Jenen Klagen liege sehr oft der Wunsch zum Grunde, dem kleinen Gewerbsstande die Mittel, mit dem größeren zu concurren, zu entziehen und jenen auf Kosten dieses zu begünstigen, wie ebenfalls es aber sei, einem solchen Wunsch praktische Folge zu geben, könne seiner weiteren Ausführung zu bedürfen. Im Interesse der Sächsischen Industrie müsse die Beibehaltung der Anweisungen recht einseitig befürwortet und schließlich noch darauf hingewiesen werden, daß ein einmal wirklich vorhandenes Bedürfnis des Verkehrs sich ungachtet gesetzlicher Maßregeln — jedenfalls selbst — und alsdann vielleicht auf eine minder cravimite Weise — Befriedigung verschaffen werde, und daß, wenn man gesetzlich die Anweisungen abtasse, andere unregelmäßige Papiere, Zettel, Quittungen u. s. w., welche noch weit weniger Begünstigungen verdienen, im Verkehr Cours gewinnen würden.

Dieser letztere Umstand wurde auch von einer anderen Seite zur Rechtfertigung der Ansicht geltend gemacht, daß in dem zu regulirenden Gewerbe jedenfalls eine Bestimmung — in welcher Hinsicht die vom Herrn Referenten angeführten Vorschriften eines früheren Preussischen Entwurfs besondere Berücksichtigung verdienen — über die vorliegende Materie zu treffen sein werde.

Da sich bei der Discussion die Ansicht herausgestellt hatte, als ob es sich bei den Anweisungen um ein ausschließ-

lich im Königreiche Sachsen vorkommendes Papier handle, so wurde Preussischer Seits bemerkt, daß der Verkehr mit den Anweisungen ganz in derselben Art auch in den Sächsischen Handelsstädten vorkomme und auf die ungehörige Fortdauer desselben dort ganz derselbe Werth, wie in Sachsen, gelegt werde, daß man aber diesen ungeachtet geglaubt habe, darin durch die vorgezogenen legislativen Anordnungen eine Aenderung eintreten lassen zu können.

Der Herr Geh. Regierungsrath Eben fügte hinzu, daß man auch in den Thüringischen Handelsagenten sich der Anweisungen in großer Ausdehnung bediene, und daß dies geschehe, obgleich es in den meisten Thüringischen Staaten an gesetzlichen Bestimmungen über solche Papiere gänzlich mangle.

Die Hamburgischen Herren Abgeordneten bemerkten, daß man Hamburg der Seits nur wünschen könne, daß die Versammlung dem in der vierten Sitzung zum §. 4, Nr. 1 des Entwurfs gestellten Antrage beistimmen möge. Die Sächsischen Anweisungen habe man dabei nicht eigentlich im Auge gehabt, da dieselben auf Hamburg wohl nur selten ausgeht würden, vermuthlich gerade deshalb, weil dort auch schon jetzt deren Acceptation geübet werde, man sei vielmehr im Allgemeinen der Ansicht, daß dem Verkehre mit nicht-acceptablen, unregelmäßigen wechselbühlichen Papieren ein Ende gemacht werden müsse, und daß dieses am Einfachsten erreicht werde, wenn man nicht nur jedes sich selbst als Wechsel bezeichnende, sondern auch jedes „an Ordre“ lautende Papier wechselmäßig behandle, wie solches in Hamburg und auch Frankfurt eingeführt sei und als nützlich sich bewähre. Papiere dieser Art würden nicht nur, wie schon mehrfach bemerkt, dem Wechselhandel, sondern auch dem soliden Waarenhandel. Greife man nicht-acceptable Anweisungen, so würden die Rationen für Waareneinfuhren bald zum großen Theile in Anweisungen erfolgen. Diese seien nicht in gleicher Weise wie Wechsel discountabel. Größere Händler würden sich wohl helfen und von Anweisungen frei halten können, oder auch den Nachtheil der aus dem Besitze derselben entsteht, weniger empfinden; kleinere, sonst aktionswürdige und betriebame Geschäftleute würden sich aber gezwungen sehen, Anweisungen zu nehmen und die mißlichen Folgen des Verkehrs mit diesen unregelmäßigen Papieren zu erdulden. Man habe sich auf die Zulassung der eigenen Domicilwechsel als einen Grund berufen, auch Anweisungen unzulässig: dabei sei indes zu erwägen, daß — wie man uagebe — der eigene Domicilwechsel unbillig sei, und jeder Geschäftsmann eine Sache habe, eigene Domicilwechsel auszustellen. Diese Sachen habe ihren guten Grund, und dieser Grund werde auch bei Anweisungen zutreffen. Anßer dem erwähnten Vortheile, alle gezogenen an Ordre lautenden Zahlungsanweisungen den Wechseln gleichzustellen — mit welchem der Sache nach die Vorschrift des früheren Preussischen Entwurfs zusammenfalle — sei noch in Frage gekommen, der Anweisungen gar nicht zu erwähnen und dieselben dem Girculathe zu überlassen. Auf diese Weise werde man indes schwerlich dazu gelangen, die Anweisungen zu beseitigen und auszuscheiden. Frage man Bedenken, eine hierauf gerichtete, gesetzlich und allgemein zum Ziele führende Bestimmung zu ertheilen, so scheine sich eine Vorsicht in der Weise zu empfehlen, daß man die Anweisungen innerhalb desselben Territorii für nicht acceptabel, und für acceptabel erkläre, so bald sie von einem Territorie in das andere gezogen seien.

Die übrigen anwesenden Herren Sachverständigen pflichteten im Ganzen der Ansicht bei, daß der Verkehr mit Anweisungen

für das Banquiergeschäft lästig und seine Abschaffung oder wenigstens ein Beschränkung zu wünschen sei.

Der eben erwähnte, auf diesen Zweck berechnende Vorschlag der Herren Abgeordneten von Hamburg fand von einigen Seiten Zustimmung, namentlich schloß sich der Frankfurter Herr Abgeordnete demselben durchgängig unter dem Bemerkten an, daß er von Seiten der freien Stadt Frankfurt einen gleichen Antrag gestellt haben würde, wenn dies nicht früher bereits von Hamburgischer Seite geschehen wäre, indem von der Frankfurter Handelskammer im Interesse des Wechselhandels dringend befürwortet worden sei, daß die gezogenen Anweisungen den Wechseln völlig gleichgestellt werden möchten. Von andern Seiten ward dem Vorschlage dagegen widersprochen, indem es theils äußerst schwierig sein würde, ihn auf passende Weise zu formuliren, theils eine Begründung einer entsprechenden Bestimmung aus der rechtlichen Natur der Anweisung nicht möglich scheine und endlich die Verkehrsverhältnisse, welchen die Anweisung diene, sich nicht so, wie der Vorschlag voraussetze, nach den politischen Grenzen der Territorien reguliren und abschließen. Es werde schwerlich etwas Anderes übrig bleiben, als die Anweisungen in dem neuen Gesetze ganz zu übergehen, und den Gebrauch derselben ganz der Convenienz der einzelnen Territorien zu überlassen.

Der Herr Vicepräsident Dr. Cineri vertbeiligte hierauf noch die Ansicht der übrigen königlich Sächsischen Herren Abgeordneten. Er machte insbesondere auf den Unterschied zwischen Anweisungen und domicilit-eigenen Wechseln aufmerksam. Bei jenen könne die Acceptation zwar nicht verlangt werden; sie sei aber auch nicht auszuscheiden, wie dies bei letzteren der Natur der Sache nach ohne Zweifel der Fall sei. Die letzteren ständen hiernach auf einer niedrigen Stufe als die ersteren, und wenn man jene gelten lasse, so müsse man auch diese annehmen.

Von Seiten des Braunschweigischen Herrn Abgeordneten ward endlich bemerkt, daß man in Braunschweig die geschilderten Mißbräuche und Häufigkeiten des Verkehrs mit Anweisungen nicht erfahren habe und auch nicht besorgen zu dürfen glaube. Den dortigen Bedürfnissen entspreche vielmehr eine Bestimmung der Art, wie sie im §. 90 des Braunschweigischen Entwurfs sich finde. Sei es nicht thöricht, sich bei der allerdings großen Verschiedenartigkeit der mit in Betracht kommenden anderweiten Verhältnisse über Vorschriften in diesem Sinne zu einigen, so sei es rathsam, die Anweisungen, welche nicht nothwendig in eine Wechselordnung gehören, in dem neuen Gesetze ganz zu übergehen.

Am Schluß der Debatte bemerkte noch der Herr Staatsminister v. Könneritz, daß in der Sächsischen Landversammlung bei Berathung des Entwurfs der Wechselordnung keine Stimme gegen die Anweisungen sich erhoben habe. Dieselben müßten nach den dormaligen Ansichten der Gewerbecuratelbehörden für ein unabwendbares Bedürfnis der Sächsischen Industrie gehalten werden. Der Preussische Vorschlag, sie acceptabel zu machen, dagegen aber den Personalarrest als Vollstreckungsmittel bei Klagen aus Anweisungen auszuscheiden, sei mit diesem, von den Sächsischen Sachverständigen richtig geschilderten Bedürfnisse nicht vereinbar. Es komme eben darauf an, daß Anweisungen nicht acceptabel seien, also gegen den Bezogenen kein Wechselrecht gäben, sondern lediglich auf dem Credite des Ausstellers und der Indossanten beruhten. Nur hierdurch werde für solche Gewerbetreibende gesorgt, welche nicht so bemittelt wären, daß ihre Wechsel in blanco acceptirt würden. Wohl konnte es aber auch auf

die Vollstreckung des Personalarrestes gegen Aussteller und Indossanten an, da hierin das hauptsächlichste Mittel liege, den Anweisungen Cours zu verschaffen. Schädliche Mißbräuche mit Anweisungen seien allerdings möglich; indes seien diese Mißbräuche doch nicht erheblich genug, um deshalb ein wirklich vorhandenes Bedürfnis unberücksichtigt zu lassen. Es bleibe Jedem frei, Anweisungen im Verkehr anzunehmen oder zurückzuweisen, und es sei eine unnötige Bevormundung der Gewerbetreibenden, wenn die Gesetzgebung, um einen Mißbrauch der Anweisung zu verhüten, deren Gebrauch im Verkehr gänzlich untersage. Daß in dem Falle, wenn Risseßen bedungen oder versprochen worden, hierunter im Zweifelsfalle nicht Anweisungen, sondern Tratten zu verstehen seien, bestimme der Sächsishe Entwurf der Wechselordnung ausdrücklich.

Nachdem hierauf die Discussion geschlossen worden, gelangte zuerst die Frage:

Soll die Bestimmung des §. 4, Nr. 1 beibehalten werden?

zur Abstimmung und ward mit 17 Stimmen gegen 2 bejaht. Die zweite Frage war:

Sollen die Bestimmungen über die Zulässigkeit und Bedeutung der Anweisungen der besonderen Gesetzgebung jedes Landes überlassen werden?

Da auch diese Frage mit 14 Stimmen gegen 4 bejaht wurde, so bedurfte es keiner weiteren Abstimmung, indem dadurch der Gegenstand für die Versammlung seine vollständige Erledigung gefunden hatte.

Man wendete sich hierauf in einigen Vorschlägen, welche neuerlich der Conferenz zur Berathung mitgetheilt worden waren. Inwieweit war nämlich von dem Deutscherischen Herrn Abgeordneten darauf angetragen worden, über die Prolongation der Wechsel folgende Bestimmung zu treffen:

Eine mit dem Wechselgläubiger verabredete Verlängerung der Zahlungsfrist (Prolongation) muß auf dem Wechsel selbst angemerket und durch die Unterschrift des Gläubigers bestätigt werden.

Die Prolongationsfrist läuft vom Tage nach dem Falle des Wechsels und bei wiederholten Prolongationen von dem Ausgange der letzten Prolongationsfrist. Die nach dem Falle der oder nach Ausgange der letzten Prolongationsfrist verabredete Prolongation wird von dem Datum derselben berechnet.

Durch die einem Wechselgläubiger bewilligte Prolongation kann die Haftung der übrigen Wechselverpflichteten ohne ihre Zustimmung nicht verlängert, und dieselbe kann nur gegen denjenigen Indossatar geltend gemacht werden, an welchen der Wechsel nach der darauf angemerkten Prolongation gelangt ist.

Dieser Vorschlag wurde indes, da er keine Unterstützung fand, von dem Herrn Proponenten zurückgenommen.

Ein anderer Vorschlag desselben Herrn Abgeordneten betraf die Vindications eines Wechsels und die Wirkungen von Lücken in der Reihenfolge der Indossamente und lautete dahin:

Ist in der Reihe der Indossamente eine Lücke vorhanden, oder ist ein Indossament sichtbar verfälscht, so ist der zur Zahlung aufgeforderte Wechselgläubiger berechtigt, dieselbe zu verweigern; jedoch kann der Besizer des Wechsels gegen genügende Sicherstellung die Zahlung oder den gerichtlichen Ertrag der Wechselsumme fordern.

Derjenige, welcher als der letzte Besizer des Wechsels vor der Lücke in den Indossamenten erscheint, kann den-

selben von jedem Inhaber zurückfordern. Ist der Wechsel durch solches Indossament in dritte Hände gekommen, so kann der frühere rechtmäßige Eigenthümer denselben nur von demjenigen Besizer zurückfordern, die entweder an der Verfälschung Theil genommen oder vor Einföhrung des Wechsels davon gewußt haben, oder bei gebührender Aufmerksamkeit die Unächtheit des Indossaments hätten entdecken können.

Zur Begründung dieses Vorschlags bemerkte der Herr Antragsteller: In der Regel müsse angenommen werden, daß das Eigenthum des Wechsels auch durch ein falsches Indossament gültig übertragen werde und daß auch die einem falschen Indossamente vorausgehenden Indossanten den späteren Zufassatären verhaftet seien. Dies fordere die Eigenthümlichkeit und die Sicherheit des Wechselverkehrs, weil man von einem späteren Indossatäre nicht verlangen könne, daß er die Unterschriften aller früheren Indossanten kenne, und weil falsche Indossamente gewöhnlich so nachgemacht würden, daß sie sich von einem ächten nicht unterscheiden ließen. Auch spreche für einen jeden Inhaber die Präsumtion der Redlichkeit und des guten Glaubens. Wenn aber diese Präsumtion durch die That widerlegt werde, wenn erwiesen sei, daß der Besizer des Wechsels an der Verfälschung des Indossaments Theil genommen oder vor der Einföhrung des Wechsels davon Wissenschaft gehabt habe, so falle die Präsumtion des guten Glaubens und damit auch aller Grund hinweg, einen solchen Inhaber zu schützen. Ferner könne man von jedem Wechselnehmer mit Recht fordern, daß er vor Einföhrung des Wechsels, ebenso wie der Acceptant vor der Zahlung, die Rechtmäßigkeit des Besizes des früheren Inhabers prüfe und hier bei die gewöhnliche Tillgen anwende. Die Lücke in der Reihe der Indossamente sei aber leicht für Jedermann erkennbar und dasselbe gelte wohl auch von sichtbaren Verfälschungen, wobei dem Einföhrer des Wechsels ein grobes Verbrechen wegen nicht gebührender Prüfung des Wechsels zur Last falle.

Bei der hierauf eröffneten Discussion stellte sich die Ansicht der Versammlung dahin heraus, daß der erste Abtheil des Vorschlags, über dessen materiellen Inhalt bereits früher zum §. 36 einige Erörterungen stattgefunden, nicht annehmen seien. In Betreff des zweiten Abtheils wurde von mehreren Seiten die schon früher gemachte Bemerkung wiederholt, daß in den hierher gehörigen Fällen nur uneigentlich von einer Vindications gesprochen werde. Einige der Herren Abgeordneten waren ferner der Meinung, daß Bestimmungen der vorgeschlagenen Art dem Civilrechte zuwider seien. Viele erklärten sich für Annahme des Vorschlags, wollten jedoch die Worte am Schlusse des zweiten Abtheils: „oder bei gebührender Aufmerksamkeit u.“ weglassen oder verändert wissen, wobei denn in Frage kam,

ob auch culpa lata hier in Betracht zu ziehen und mit dem dolus gleich zu behandeln sei.

Als hierauf dieser Punkt zur Abstimmung gelangte, ward mit 17 Stimmen gegen 2 der Vorschlag des Herrn Hofrath Dr. Heister dem Principe nach angenommen und ebenso die Frage:

Soll die Vindications auch dann zulässig sein, wenn dem Besizer nur culpa lata zur Last falle?

mit 14 Stimmen gegen 5 bejaht, im übrigen aber die Formulierung der Redaction anbeizugeben.

Demnach gelangte an den Antrag des Großherzoglich Hessischen Herrn Abgeordneten die bei der Berathung über die Domicilwechsel (§. 25) vorgesehene Frage:

Soll für Demuthechsel bestimmt werden, daß es dem Ansteller erlaubt sei, über die Präsentationspflicht und die Präsentationsfrist auf dem Wechsel Bestimmungen zu treffen, welche für den unmittelbaren Nehmer und dessen Nachfolger bindend sind?

zur nochmaligen Erörterung. Da der Herr Proponent hierbei auf die im Protocoll XI. Seite 62 enthaltene zweite Abstimmung zurückkam, bemerkte der Baderische Herr Abgeordnete: Der jener Abstimmung habe er sich wiederholt dafür ausgesprochen, daß nicht alle im Wechsel vorkommenden Clauseln, deren das Gesetz nicht ausdrücklich gedenkt, schlecht hin unstatthaft, vielmehr alle jene erlaubt seien, die nicht gegen das Wesen des Rechtsgeschäfts anstießen. Für eine derartige erlaubte Clausel halte er die heute wiederholt zur Beratung gebrachte, und darum habe er bei der ersten Abstimmung

sich für ihre Zulässigkeit erklärt. Nachdem aber die Versammlung beinahe einstimmig das Princip aufgestellt habe, daß alle nicht ausdrücklich erlaubten Clauseln unstatthaft seien, so habe er nun gegen diese Clausel gestimmt, weil er für diesen besondern Fall keine Ausnahme von der allgemeinen Regel gestatten wolle. Zu dieser Ansicht müsse er sich auch noch heute bekennen, und daher gegen den Antrag stimmen.

Von mehreren Seiten wurden indeß die schon früher für die Bejahung der aufgeworfenen Frage angeführten Gründe wiederum geltend gemacht und als es zur Abstimmung kam, wurde diese bejahende Entscheidung mit 12 Stimmen gegen 7 beschloßen und die Fassung der danach zu treffenden Bestimmung der Redactionscommission überlassen.

XXXII.

Leipzig, den 6. Dezember 1847.

In der heutigen unter dem Vorsitze des Herrn Geheimen Legationsraths von Patow abgehaltenen Sitzung, an welcher der Herr Banquier Hohenemser und der Herr Advocat Hermann Vürmann, welche bereits in ihre Heimath zurückgekehrt waren, nicht mehr Theil nahmen, wurde nach Vorlesung des Protocolls über die Sitzung vom 1. d. M. zu der Beratung über einen von dem Baderischen Abgeordneten, Herrn Appellationsgerichts Rath Dr. Kleinschrod, unter dem 1. d. M. der Versammlung mitgetheilten Vorschlag getritten, welcher dahin ging:

Der §. 8 des Entwurfs (§. 7 der neuen Redaction) zu streichen.

Zur Begründung dieses Vorschlags wurde vorgetragen:

1. Der §. 4 des Entwurfs erkläre die unter Ziffer 1 bis 8 angeführten Momente für wesentliche Erfordernisse des Wechsels. Hieraus folge von selbst, daß durch eine Schrift, welcher eines dieser Erfordernisse fehle, keine wechselseitige Verbindlichkeit begründet werde. Der erste Satz des §. 8 könne daher überflüssig.

2. Wenn der Weogene den mangelhaften Wechsel bei der Acceptation ergäbe, i. V. den im Wechsel nicht genügenden Zahlungsort dem Accepte beifüge, so bestünde kein genügender Grund, seine wechselseitige Verpflichtung zu beaufheben. Ebenso würde auch dem Intendanten das Recht nicht verweigert werden können, sein auf einen mangelhaften Wechsel gesetztes Intendament durch eine angemessene Fassung des letzteren wirksam zu machen. Der zweite Satz des §. 8 könne daher nicht richtig; er scheide überdies mit den Vorschriften über falsche Wechsel nicht ganz im Einklange, und könne insofern bedenklich, als dadurch Fälle herbeigeführt werden könnten, in welchen die Dispensation des Gesetzes mit dem Rechtsbewußtsein des Handelskandes in auffallenden Conflict versetzt würde, wenn z. B. der Weogene, welcher seinen im Wechsel nicht angegebenen Wohnort dem Accepte beifügt hätte, sich später

nur auf diesen Paragraphe berufen könnte, um sich der Erfüllung der aus einem Accepte fließenden Verbindlichkeit zu entziehen.

Diesem Vorschlage wurde entgegengesetzt, daß es nicht wohl angehe, gewisse bei dem Zustandekommen des Wechsels zu beobachtende Formen zuerst als wesentlich zu erklären, und später dem Weogenen eine einseitige Nachholung eines mangelnden wesentlichen Momentes zu gestatten. Aus dem Vorschlage würde folgen, daß, wenn z. B. der Trassant den Wechsel nicht unterschrieben, oder die Wechselsumme nicht ausgedrückt habe, auch diese Mängel von dem Acceptanten ergänzt werden könnten, was gewiß zu weit gehe.

Hierauf wurde erwidert, wenn der Paragraph gestrichen werde, so bleibe die Sache dem freien Ermessen der Interessenten und eventuell der richterlichen Entscheidung überlassen, was nach der Beschaffenheit solcher ohnedieß nur selten vorkommender Fälle am angemessensten sein dürfte.

Von der anderen Seite wurde jedoch die Zulassung des richterlichen Ermessens in einem solchen Falle für bedenklich erachtet, und zugleich auf den Satz Bezug genommen, quod ab initio nullum est, tractu temporis convalescere nequit, worauf jedoch entgegnet wurde, daß hier nicht von einem bloßen Zeitablaufe, sondern von einer späteren auf Ergänzung des ursprünglich bestehenden Mangels gerichteten Handlung die Rede sei.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde der Vorschlag mit 13 Stimmen gegen 6 abgelehnt. Die im Laufe der Discussion von dem Herrn Vicepräsidenten Dr. Cinceri aufgeworfene Frage:

Ob nicht einige der im §. 4 aufgezählten wesentlichen Erfordernisse des Wechsels (namentlich No. 4, 6 und 8) auszuweisen seien?

wurde gleichfalls zur Abstimmung gebracht, und mit 14 Stimmen gegen 5 verneint.

Hierauf wurden noch die Fragen aufgeworfen,
1. ob nicht wenigstens der zweite Satz des §. 8 weggelassen
oder

2. der §. 8 dahin gefaßt werden solle:

Eine im Inlande ausgestellte Schrift, welcher eines der
wesentlichen Erfordernisse eines Wechsels (§. 4) fehlt, hat
in Bezug auf den Aussteller keine Wechselkraft. Aus den
auf eine solche Schrift gezeigten Erklärungen (Inbasso-
ment, Accept) kann eine wechselseitige Verbindlichkeit
entstehen, wenn in denselben das fehlende Erfordernis
nachgetragen wird.

Die erste dieser Fragen wurde mit 11 Stimmen gegen 8,
und die zweite mit 14 gegen 5 Stimmen verneint.

Ein weiterer Vorschlag:

in dem §. 2 des Entwurfs den Absatz Ziffer 3 zu streichen,
und aus dem Schlusssatz die Worte: „aus Gründen des öffent-
lichen Rechts“ hinwegzulassen, ward, da er nur von wenigen
Mitgliedern unterstützt wurde, zurückgezogen.

Nach Erledigung dieses Gegenstandes ging man zur Be-
rathung der von Seiten der Redactionscommission vorgelegten
neuen Fassung des Entwurfs über. Der Badische Abgeord-
nete, Herr Ministerialrath Brauer, bemerkte: Die Ver-
sammlung habe in ihrer dritten Sitzung auf seinen Antrag
beschlossen, die Fremdwörter möglichst aus dem Gesetze zu
entfernen. Wenn er damit den hier vorgelegten Entwurf ver-
gleiche, so dränge sich ihm die Ueberzeugung auf, daß die
Redactionscommission diesen Antrag für unpassend oder un-
ausführbar gehalten habe.

Er könne diesen Antrag aber nicht für unpassend halten,
nachdem die öffentliche Meinung sich so entschieden in diesem
Sinne ausgesprochen habe. Für die laegres Barbarorum
modio die Weltsche Sprache sich ziemen, doch in einem Ge-
setzbuche des 19ten Jahrhunderts dürfe man eine Deutsche Rechts-
sprache erwarten.

Gleichen wenig sei aber der Antrag unausführbar. Unsere
Deutsche Sprache sei so reich und so geüßig, daß sie mit Leicht-
tigkeit die erforderlichen Kunzwörter fassen könne. Daraus-
lich sei auch die Möglichkeit dargethan, durch die Gesetzgebun-
gen von Oesterreich und Baden, in welchen seit einer Reihe
von Jahren Gesetzbücher beständen, aus welchen alle Fremd-
wörter verbannt seien. Er gebe zu, daß derartige neugeborene
Wörter anfangs etwas fremdartig und gewöhnlich klängen,
aber daß ihr Gehör sich hieran bald, und er könne ver-
sichern, daß seine Mitbürger sehr zufrieden damit seien, daß ihre
Behörden in einem verständlichen Deutsch zu ihnen redeten.
Was in einem Heile des Vaterlandes ausführbar gewesen,
das werde auch in den übrigen Theilen Eingang finden kön-
nen. Und es scheine ihm seine sehr erhellende Erleuchtung,
wenn man hier in Leipzig, wo vor wenigen Jahrzehnten die
Fremdberrschafft gebrochen worden sei, außer Stande sein sollte,
die Herrschafft der Fremdwörter zu brechen.

Hierauf wurde entgegnet: Die Redactionscommission habe
allerdings in Erwägung gezogen, ob und in welchem Um-
fange die Fremdwörter zu vermeiden seien. Für einige habe
sie Deutsche Ausdrücke vorgeschlagen, aber sie sei auch zu der
Ueberzeugung gekommen, daß man in einer Wechselgesetzgebung
sich hüten müsse, solche Ausdrücke, an welche der Handelsstand
seit Jahrhunderten gewöhnt und die ihm geläufig geworden,
mit anderen zu vertauschen, die ihm auf lange Zeit hinaus
unverständlich bleiben würden, für welche er dennoch die bis
dahin üblich gewesen, im Leben gebrauchten werde, und die

nur zu leicht dem Gesetzgebungswerke den Stempel des Ge-
suchten und Gewöhnlichen geben möchten.

Es wurden hierauf die einzelnen Paragraphen des Ent-
wurfs vorgelesen, und dabei nur zu den folgenden Para-
graphen Bemerkungen gemacht:

§. 2. Einer der Herren Abgeordneten wünschte in Nr. 3
noch ausgedrückt, daß eine Frau aus einem Wechsel nur dann
zur persönlichen Haft gebracht werden könne, wenn sie zur
Zeit der Ausstellung desselben Handel oder Ge-
werbe betrieben habe. Die Mehrheit der Versammlung be-
trachtete dies jedoch als sich von selbst verstehend.

§. 4. Die Worte „oder Wechselbrief“ wurden gestrichen,
da es lediglich darauf ankomme, daß die Uefunde „Wechsel“
genannt werde und derselbe nicht darum, weil der Aussteller
dieselbe Wechselverschreibung genannt habe, nichtig wer-
den solle.

§. 12. Das Wort „vollkommen“ ward als überflüssig ge-
strichen.

§. 13. Diese Bestimmung wurde in folgender Fassung an-
genommen: „Ist in dem Inbassolement die Weiterbegebung
durch die Worte „nicht an Dritte“ oder durch einen gleichbe-
deutenden Ausdruck verboten, so haben diejenigen, an welche
der Wechsel aus der Hand des Inbassators gelangte, gegen
den Inbassator, von welchem das Verbot ausgegangen ist,
keinen Regress.“

§. 16. Es wurde der Antrag gestellt, in's Gesetz aufzu-
nehmen, daß, wenn ein Wechsel so spät indossirt worden, daß
er am Zahlungsorte nicht mehr rechtzeitig präsentirt und pro-
testirt werden könne, der Indossant trotz des Präjudices dem
Wechselgeffesse unterliege, weil Niemand an seiner Vertheidi-
gung auf ein Verhältniß sich berufen dürfe, an dem er selbst
die Schuld trage. Die Versammlung erkannte zwar die Rich-
tigkeit des Satzes an, glaube aber, daß derselbe, als sich von
selbst verstehend, jedenfalls als zum pactum de cambiando
gehörig, nicht in die Wechselordnung aufzunehmen sei. Der
weiter gestellte Antrag, eine Bestimmung über die Präsen-
tationsfrist solcher Wechsel, nach dem Beispiele des §. 24 des
Braunschwesigen Entwurfs aufzunehmen, wurde mit 18
Stimmen gegen 1 verworfen. Schlüssliß vereinigte man sich
noch dahin, daß im Absatz I statt „Verfallszeit“ zu sagen:
„Protestzeit“, und überließ der Redactionscommission die hier-
nach notwendige Veränderung.

§. 18. Die Worte im zweiten Abfage: „innerhalb oder
außerhalb des Tries der Ausstellung zahlbaren“ wurden ge-
strichen.

§. 19. Von einem Mitgliede der Versammlung wurde
bemerkt:

Er halte es nicht für richtig, wenn im Eingange des §. 19
von einer Verpflichtung des Inhabers eines eine Zeit
nach Sicht zahlbaren Wechsels, diesen zur Annahme veran-
lassen, die Rede sei. Diese Verpflichtung solle mit der im §. 18
ausgesprochenen Verpflichtung eines Gegenfalls bilden, der nicht
völlig utretend sei. Der Entwurf habe das ältere System,
nach welchem der Inhaber als Mandatar der Vernehmer be-
trachtet und also zur Präsentation behufs Annahme verpflich-
tet erachtet sei, verlassen, und aus dieser Verpflichtung eine
Verpflichtung gemacht. Der Gegenstand zu dieser im §. 18 aus-
gesprochenen Verpflichtung sei nur in jener älteren Verpflich-
tung, nicht aber im Falle des §. 19 zu finden. In diesem
Falle existire weder eine Verpflichtung, noch eine ihr cor-
respondirende Berechtigung. Der Wechselinhaber sei zur Prä-
sentation innerhalb der Frist eben so wenig verpflichtet,

als eine Partei im Prozesse zum Einlegen der Appellation innerhalb des *decendii*, oder ein Forderungsberechtigter zum Geltendmachen seines Rechts innerhalb der Verjährungszeit. Logisch richtig sei es nur, den §. 19 dahin zu fassen, daß das Recht des Inhabers verloren gehe, wenn er den Wechsel nicht innerhalb der bestimmten Frist zur Annahme vorlege. Hierauf wurde erwidert: Zu einem Thun gebe es überhaupt in dem Sinne, daß schließlich eine gewisse Thätigkeit vorgenommen werden müsse, keine Verpflichtung. Wenn man von einer solchen rede, da solle dies nicht mehr ausdrücken, als daß den Unterlassenden ein gewisser Nachtheil treffe, und so könne man wohl von einer Verpflichtung zu einer prozeßualischen Handlung reden. Der §. 18 enthalte schon implicite, daß der Inhaber nicht verbunden sei, den Wechsel zur Annahme zu präsentieren. Diese Regel spreche der §. 19 im Eingange erplich aus und lege eine Ausnahme bezüglich gewisser Schecken fest. Die Versammlung genehmigte mit 15 Stimmen gegen 4 die Fassung des Entwurfs.

§. 22. Hier wurde die Frage erhoben, ob und in welchen Fällen die Annahme als nur auf einen Theil geschehen zu betrachten sei, wenn dieselbe in einer anderen Geldsorte, oder zu

einem anderen Course, als im Wechsel enthalten, stattgefunden habe und ob nicht eine ausdrückliche Bestimmung hierüber getroffen werden möchte. Die Versammlung erachtete es jedoch nicht für erforderlich, denn entweder erhalte aus der Sache selbst, daß eine geringere Summe acceptirt werde, oder das Verhältniß lasse sich nicht klar entnehmen, — im letzteren Falle würde eine Beschränkung hinzugefügt sein, die nach dem zweiten Absätze des §. 22 als gänzliche Verweigerung der Annahme erscheine.

§. 27. Die Versammlung ging von der Ansicht aus, daß durch die Bestimmung, die Sicherheit habe auch den Nachmännern des Ausstellers, nicht gesagt sein solle, daß die Sicherheit nur mit Einwilligung der Nachmänner wieder aufgebracht werden könne. Die Absicht sei nur die, daß, wenn ein Nachmann von einem Verpflichteten Sicherheit fordere, dieser sich darauf berufen könne, daß er bereits Caution geleistet habe, und alsdann der Forderung nur berechtigt sein solle, die Art oder Größe derselben, als ungenügend, zu bestreiten. Es würde der Redactionscommission anheimgegeben, eine dies deutlicher besagende Fassung des Paragraphen vorzulegen.

XXXIII.

Leipzig, den 7. December 1847.

Nach Vorlesung des Protocolls über die gestrige Sitzung war in der heutigen Sitzung unter Leitung des Hrn. Geh. Legationsraths von Patow mit der Verabkürzung über den neuerigirten Entwurf zu der Allgemeinen Wechselordnung fortgesetzt.

Zu dem §. 31 bemerkte der Herr Referent, daß statt der Worte: „ausgedrückten Verabredung“ die Worte: „enthaltenen Bestimmung“ und nach „binnen zwei Jahren“ die Worte: „nach der Ausstellung“ zu setzen seien.

Bei dem §. 33 kam in Frage: ob nicht in einem Zusatz bestimmt werden solle, daß als Zahlungsort für Wechsel der Wechseltag gelte? Wegen einem solchen Zusatz wurde jedoch eingewendet, es liege schon im Begriffe des Wechsels und Markwechsels und selbe überdies aus der im Paragraphen enthaltenen Hinweisung auf die Gebräuche des Markts und Wechsels, daß ein solcher Wechsel nur an Wechs- oder Markorten fällig werden könne. Der beantragte Zusatz sei daher überflüssig. Ein weiteres Versehen betraf den zweiten Absatz, welchen einer der Herren Abgeordneten als unethisch freieren wollte. Als indessen die Frage: ob die Fassung des Paragraphen beibehalten werden solle? zur Abstimmung kam, wurde mit 15 Stimmen gegen 1 für die Beibehaltung der demaligen Fassung einstimmig.

Zum §. 36 bemerkte der Herr Referent: Nach dem Conferenztage, aus welchem dieser Paragraph hervorgegangen sei, habe derselben eine Bestimmung darüber beigefügt werden sollen, daß eine Zahlung vor Verfall auf Gefahr des Zah-

lenden geschehe. Die Redactionscommission sei indessen der Ansicht, daß der Satz in einer solchen Fassung zu unbestimmt und eine bestimmtere Fassung ohne Casuistik nicht wohl zu finden sei. — Hiergegen wurde eingewendet, daß die entsprechende Vorschrift des französischen Handelsgesetzbuchs, auf welche in dem Beschlusse hingewiesen worden sei, sich als ausreichend erprobt habe. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde jedoch die Beifügung einer solchen Vorschrift mit 11 Stimmen gegen 8 abgelehnt. Nach der Fassung dieses Beschlusses wurde bemerkt, aus dem Inhalte des Paragraphen könne die beabsichtigte Folgerung abgeleitet werden, daß bloß der Zahlende und der Inhaber sich über die Zahlung vor Verfall zu einigen hätten; es scheine daher zweckmäßiger, den Paragraphen ganz zu streichen und die Entscheidung der einstimmigen Redactionscomité dem Gelehrten zu überlassen. Diese Ansicht wurde auch mit 17 Stimmen gegen 2 zum Beschlusse erhoben.

Zum §. 41 wurde erinnert, dieser Paragraph enthalte schon insofern, als dem Acceptanten die Deposition gestattet werde, eine demselben günstige Bestimmung. Wenn ihm aber nach der damaligen Fassung des Paragraphen das Recht eingeräumt werde, schon unmittelbar nach dem Ablaufe des Zahlungstages zur Deposition zu schreiben, so könne dieses Recht leicht zur Schiene mißbraucht werden. Um dieser vorbeugen, sei statt des „Zahlungstages“ der „letzte zur Prozeßaufnahme bestimmte Tag“ zu setzen. Dagegen wurde eingewendet, der Wechselinhaber sei, wenn er sich nicht am

Verfalltage melde, im Verzuge und möge dessen Folge sich selbst zuschreiben. Die beantragte Milderung könne dazu führen, daß die Protesttage als Respecttage angesehen würden; was jedoch aus dem Grunde bestritten ward, weil es sich nur um ein Recht zur Deposition handle. Bei der erfolgten Abstimmung wurde die beantragte Milderung mit 14 Stimmen gegen 5 angenommen.

Auch kam man bei diesem Paragraphen überein, daß sowohl hier als in den §§. 25 und 74 statt der Worte: „bei anderen zu Annahme von Depositionen ermächtigten Anstalten“ zu setzen sei: „bei einer anderen zur Annahme von Depositionen ermächtigten Behörde oder Anstalt.“

Hinsichtlich der Fassung des §. 42 bemerkte der Herr Abgeordnete von Frankfurt:

Nach den in Mitte liegenden Beschlüssen sei der Inhaber des Wechsels zwar berechtigt, den Wechsel schon am Zahlungstage zur Zahlung präsentieren und im Falle der Zahlungseweigerung protestiren zu lassen; allein er genüge auch dann seiner Verpflichtung, wenn er den Wechsel nicht am Zahlungstage selbst, sondern erst am folgenden oder auch am zweiten Werktage nach dem Zahlungstage zur Zahlung präsentieren und protestiren lasse. Die vorgeschlagene Fassung des §. 42, welche keine dispositive Bestimmung über den Zeitpunkt enthalte, an welchem die Präsentation zur Zahlung rechtzeitig geschehe, vielmehr nur hinsichtlich des Protestes ausspreche, daß dessen Erhebung sowohl am Zahlungstage als an den beiden folgenden Werktagen rechtzeitig statt finde, scheine daher zur Beseitigung möglicher Zweifel einer Vervollständigung zu bedürfen. Aus diesem Grunde erlaube er sich, darauf anzutragen, entweder dem §. 42 etwa folgende Fassung zu geben:

- Zur Ausbündung des *re. Regresses* *re.* ist erforderlich:
- 1) daß der Wechsel am Zahlungstage oder an einem der beiden auf den Zahlungstag folgenden Werktage zur Zahlung präsentiert worden ist, und
 - 2) daß sowohl die Präsentation als die Nichterlangung der Zahlung durch einen rechtzeitig darüber aufgenommenen Protest dargelegt wird.

Die Erhebung des Protestes ist am Zahlungstage und an den beiden auf den Zahlungstag folgenden Werktagen zulässig.

oder, falls der dormaligen Fassung der Vorschlag gegeben werden sollte, doch zu Protokoll bemerken, daß auch die dormalige Fassung des §. 42 nur in der angegebenen Weise zu verstehen sei.

Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß, da die Protestierung als einzige Vorbedingung der gegebenen Präsentation zur Zahlung vorgeschrieben sei, durch die Bestimmung, wonach der Protest nicht allein am Zahlungstage, sondern auch noch an den beiden folgenden Werktagen rechtzeitig geschehen könne, bereits implicite ausgesprochen sei, daß auch die Präsentation zur Zahlung innerhalb dieser Frist rechtzeitig geschehe. Hiernach bedürfe die Fassung des §. 42 der vorgeschlagenen Vervollständigung nicht. Tagesgen war man einstimmig damit einverstanden, daß die obige Auslegung des §. 42 als die allein richtige und als dem Wortlaute und der Absicht des Gesetzes entsprechende im Protokoll anerkannt und der zweiten Alternative des Antrags gemäß darin bekräftigt werde.

Beim §. 43 ward der Schluß des zweiten Absatzes: „wenn der Protest notwendig war *re.*“ in Frage ge-

stellt und vom Herrn Vicepräsidenten Dr. Einert vorgeschlagen, diese Stelle zu streichen, weil die Protesterhebung dem Inhaber unbedingt freistehen und daher auch die Erstattung der Protestspesen jederzeit statt finden müsse. Dieser Vorschlag ward bei erfolgter Abstimmung mit 16 Stimmen gegen 3 angenommen.

Zum §. 44 wurde von einem der Herren Abgeordneten ein Zusatz dahin beantragt: „daß der Antruch gegen den Acceptanten, der eine Domicils-Adresse beizufügen unterlassen habe, fortbestehe.“

Der Herr Referent erklärte aber einen solchen Zusatz für unnötig, weil in dem Paragraphen von der Voraussetzung ausgegangen werde, daß eine Adresse wirklich erteilt worden sei. Tagesgen ward dem weiteren Antrage beigegeben, daß der Schluß des zweiten Absatzes von den Worten an: „gegen den letzteren jedoch *re.*“ wegzulassen sei, weil in dem Falle, daß der Acceptant eine Zahlungsadresse nicht beigegeben habe und demnach selbst der am Zahlungsort aufzufindende Zahler sei, von einer Protesterhebung bei dem Domiciliaten nicht die Rede sein könne.

Beim §. 46 wurde beßlossen: in dem ersten Absatz statt der Worte: „nach Aufnahme des Protestes“ die Worte: „nach dem Tage der Protesterhebung“, in dem zweiten Absatz statt des Wortes: „Fristen“ das Wort: „Frist“ zu setzen und in dem dritten Absatz die Worte: „nach dem Course der Verfallzeit“ zu streichen.

Die Fassung des §. 48 wurde insofern, als der Fall, daß der Inhaber den Wohnort des Indossanten wisse, nicht in dem Paragraphen berücksichtigt worden sei, beanstandet, bei erfolgter Abstimmung aber mit 14 Stimmen gegen 5 entschieden, daß der Paragraph unverändert beibehalten werden solle.

Zum §. 50 wurde erinnert, daß der zweite Satz des ersten Abschnittes füglich wegbelassen könne. Denn derselbe ergebe sich von selbst aus dem im ersten Satze aufgestellten Principe, und sei demnach überflüssig.

Zur Unterstützung des Antrages wurde von anderen Mitgliedern der Versammlung angeführt, der fragliche Satz liege außer dem Umfange des *ius variandi* und greife tief in die Proceßgesetzgebung ein. Für die Beibehaltung des Satzes wurde dagegen vorgebracht, durch denselben solle das *ius variandi* in seinem ganzen Umfange auch gegen denselben Schuldner anerkannt werden. Dies sei um so mehr notwendig, als in einigen Ländern der vom Proceße absehbende Kläger lit et cause zugleich renunciren müsse, während er in anderen Ländern die Klage zurücknehmen könne, ohne zugleich den erhobenen Rechtsanspruch selbst anzugeben.

Bei der Abstimmung wurde mit 17 Stimmen gegen 2 beschließen, den Satz: „Er kann auch *u. s. w.*“ zu streichen.

Der Eingang des §. 51 wurde dahin gefaßt: Die Regressansprüche des Inhabers, welcher den Wechsel mangels Zahlung hat protestiren lassen, beschränken sich auf:

Auch vereinigte man sich, statt der Worte: „die Höhe des Courses“ die Worte: „der Cours“ zu setzen und ebenso im §. 52 bei den Worten: „der Höhe des Courses“ die Worte: „der Höhe“ zu streichen.

Bei dem §. 52 wurde von einer Stimme beantragt, unter Ziffer I beizufügen: „so weit nicht gegen die Richtigkeit der gegebenen Reourrechnung gegründete Anstände erhoben werden“

Diesem Antrage wurde zwar nicht beigegeben, in Bezug

auf denselben aber beschloßen, das Wort „ganze“ zu streichen, damit nicht aus diesem Worte die Folge bezweifelt werde, als ob gegen die formirte Reiterrechnung alle Einwendungen ausgebehalten seien.

Zum §. 53. ward bloß bemerkt, daß die Zahl der angezeigten Paragrafen in andern sei.

Zu dem §. 54. wurde vorgeschlagen, in denselben die Bestimmung aufzunehmen, daß der Rückwechsel auch ohne vorüberige Acceptation zu bezahlen sei. Dilem Vorschlag wurde aber entzogen, daß es hier nicht darauf ankomme, den Rückwechsel zu beschreiben, und daß nicht sowohl der Wechsel, als die Forderungen desselben, die Pflicht zur sofortigen Einlösung herbeiführen.

Aus diesem Grunde wurde der Antrag mit 14 Stimmen gegen 5 abgelehnt.

Gegen wurde dem Antrage, im zweiten Abfage die Worte: „und andere Auslagen“ beizufügen, keine Folge gegeben, weil man annahm, daß vermöge der §§. 51 und 52 alle erweislichen Auslagen, zu welchen namentlich die Kosten einer Beschätzung der Reiterrechnung gehörten, zu ersetzen seien.

Zum §. 57. wurde bemerkt, daß die Vorschrift des Paragrafen nicht bloß bei gänzlich verzögert, sondern auch bei einer nur theilweise bewirkten Acceptation anwendbar erscheine, was aber, als sich von selbst verstehend, nicht ausgedrückt zu werden brauche.

In dem zweiten Abfage des Paragrafen wurde das Wort: „einstufige“ gestrichen.

Im §. 60. soll statt des Wortes: „Traffant“ das Wort: „Aussteller“ gesetzt werden.

Zum §. 61. wurde beschloßen, statt „innerhalb zweier Tage“ zu setzen: „am zweiten Werkstage nach dem Zahlungstage“ und dieselbe Aenderung auch im §. 63. vorzunehmen.

Der Inhalt des zuletzt erwähnten Paragrafen gab zu einer ausführlicheren Discussion Veranlassung.

Zuerst wurde der Anstand erhoben, daß unbedingt bei allen Nothacten angefragt, die Anfrage also unnothigerweise auch dann fortgesetzt werden solle, wenn eine der Nothacten für den Aussteller zu interveniren erklärt habe. Dagegen wurde aber eingewendet, daß es höchst wünschenswerth sei, ein vollständiges Bild des ganzen mit dem Wechsel eingeschlagenen Verfahrens zu erhalten. Es handle sich bloß um einige Gänge des Notars, welcher hierfür eine kleine ihm wohl zu gemessene Entschädigung erhalte. Hierauf wurde der Antrag von dem Herrn Proponenten zurückgezogen.

Ein zweiter Vorschlag gieng dahin, von dem im §. 63. aufgestellten Präjudice abzugehen, und statt dessen den §. 58. des Preussischen Entwurfs wieder aufzunehmen, wonach bei Ueberlegung der Nothacten der Regreß nicht bloß gegen den Acceptanten und Honoraten, und deren Nachmänner, sondern gegen alle Vormänner des Präsentanten verloren gehe.

Zur Unterstützung dieses Vorschlags wurde auf die Schwierigkeit des Beweises hingewiesen, welcher nach dem jetzt angenommenen Principe geführt werden müsse. Nur selten erhalte aus dem Wechsel ein Bestimmtes, von wem eine darauf bezügliche Nothact ausgegangen sei. Sollte nun der Inhaber den Beweis führen, daß die Acte nicht von demjenigen beigelegt worden sei, welcher von ihm in Anspruch genommen werde, so werde ihm zu diesem Behufe kein anderes Mittel, als die Gesandtschaft zuziehen, deren Zulassung im Wechselproceß gegründeten Bedenken unterliege.

Dieselbe Schwierigkeit des Beweises zeige sich, wenn man die Beweislast auf den Beklagten wälzen und von diesem verlangen wolle, darzuthun, daß die Acte von ihm herrühre. Denn auch der Beklagte werde diesen Beweis regelmäßig nicht mittelst des Wechsels zu führen im Stande sein. Ferner wurde bemerkt, daß in dem Preussischen Entwurfe ausgesprochene Präjudiz komme in den meisten Wechselordnungen vor, und finde seine vollständige Rechtfertigung darin, daß einerseits der Geber der Nothact durch dieselbe zugleich das Interesse seiner Vormänner schütze, andererseits der Inhaber des Wechsels das Interesse aller Vormänner zu berücksichtigen habe.

Gegen diese Ansicht wurde eingewendet, die Schwierigkeit des Beweises sei keineswegs so bedeutend, da die Erfahrung lehre, daß darüber, wer die Nothact auf dem Wechsel gesetzt habe, sich selten ein Anstand ergebe. Der Verlust des Regresses gegen den Acceptanten und dessen Nachmänner sei an sich schon ein hartes Präjudiz, und dürfe daher nicht noch weiter ausgedehnt werden. Die Fälle, in welchen Jemand eine angebotene Ehrenzahlung absichtlich zurückweise, seien selten; leicht aber könne darin von Seiten des Notars ein Versehen begangen werden, und es sei nicht abzusehen, warum ein solches Versehen auch zum Vortheile derjenigen gereichen solle, welche auf keinen Fall durch die Ehrenabgabe von ihrer Verbindlichkeit befreit worden wären. Nachdem sich auch noch sämtliche Herren Sachverständige vom Handelsstande gegen die Ausdehnung des Präjudices erklärt hatten, wurde der gestellte Antrag zur Abstimmung gebracht, und mit 10 Stimmen gegen 3 verworfen.

Uebrigens vereinigte man sich in Aufhebung der Redaction dahin, daß der zweite Abfag des Paragrafen folgende Fassung erhalten solle:

Unterläßt er dies, so verliert er den Regreß gegen den Acceptanten oder Honoraten und deren Nachmänner. Zugleich wurde beschloßen, in dem dritten Abfage, nach den Worten: „so verliert er den Regreß u.“ die Worte: „nur gegen die Nachmänner des Honoraten,“ zu setzen.

Beim §. 65. wurde von dem Herrn Abgeordneten von Frankfurt eine Einschaltung des Inhalts beantragt:

„Wollen mehrere für Rechnung des Kämlidens interveniren, so hat der Inhaber die Wahl, von wem er die Zahlung annehmen will.“

Die Versammlung war jedoch der Ansicht, daß ein derartiger ausdrücklicher Bestimmung nicht bedürfe, indem in dem gegebenen Falle das Wahlrecht des Inhabers schon nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen keinem Zweifel unterliege. Man hielt es daher für genüge, diese Ansicht im Protokolle niederzulegen.

Ein anderer Antrag, den ganzen zweiten Paragrafen zu streichen, oder doch das Wort: „Insolventen“ mit dem Worte: „Vormänner“ zu vertauschen, fand keine Unterstützung.

Zu Bezug auf den ersten Abfag des §. 66. wurden anfänglich mehrere Aenderungen vorgeschlagen, später aber machte sich die Ansicht geltend, daß diese Bestimmung im Hinblick auf die Vorschrift des §. 64. als überflüssig erscheine. Man vereinigte sich deshalb, den ersten Abfag dieses Paragrafen wegzulassen, und in dem zweiten Abfage statt „diese Provision“ zu setzen: „eine Provision von 1/2 Procent.“

Zu den §§. 67—71 kamen die Duplicate der Wechsel-Copien zur Sprache. Es wurde bemerkt, daß dergleichen Papiere nicht selten im Verkehr vorkämen und gewissermaßen die Stelle der Secunda und Tertia verträten.

Die Versammlung fand sich indessen nicht veranlaßt, etwas über die Verbindlichkeit zur Verabreichung eines solchen Duplicates zu verordnen, sondern glaubte, es bei der desfalls bestehenden Handels-Usage belassen zu müssen.

Für den zweiten Absatz des §. 70 wurde folgende Fassung beschlossen:

Daß auch auf das Duplicit die Annahme oder die Zahlung nicht zu erlangen gewesen sei.

Endlich sollen im §. 75 statt „dabei“ die Worte: „bei der Erwerbung“ gesetzt, und im §. 77 das Wort: „verhaftet“ mit dem Worte: „verpflichtet“ vertauscht werden.

XXXIV.

Leipzig, den 8. December 1847.

Nach Vorlesung des Protocolls der gestrigen Sitzung fuhr man mit der Berathung des Entwurfs der Redactionscommission fort.

Von dem Oesterreichischen Herrn Abgeordneten wurde die Zusammenziehung der §§. 79 und 80 mit der Abänderung beantragt, daß stets darauf zu sehen sei, woher der Regreß genommen werde.

Der Antrag fand bei einigen Mitgliedern der Conferenz Unterstützung, von anderen, insbesondere auch vom Herrn Referenten wurde erwidert: Der Versuch einer solchen Verbindung sei gemacht, aber von der Versammlung nicht gebilligt; §. 79 stelle den Zahlungsort, §. 80 den Wohnort des Regreßnehmers als den Ort hin, auf welchen bei Abmessung der Regreßfristen gesehen werden müsse. Diese Unterscheidung sei in gewissen Fällen, z. B. wenn ein Procura-Indossatar oder ein Reisender Regreß nehme, von praktischer Bedeutung und nothwendig.

Bei der Abstimmung lehnten 16 Stimmen gegen 3 den Antrag ab.

Dagegen ward ohne Widerspruch beliebt, in Nr. 2. hinter dem Worte „Inseln“, zur Verdeutlichung des Sinnes hinzuzusetzen: „dieser Meere“.

Beim §. 81 stellte der Herr Referent, Namens der Redactionscommission, zur Erwägung, ob nicht etwa der früher beschlossene Zusatz über den Wiederbeginn der Verjährung, wenn die Klage zurückgenommen werden, wieder ausgegeben werden könne, weil sich nicht wohl festsetzen lasse, wann die Verjährung bei der Streitverkündung von neuem zu laufen beginnen solle, und eine Vorchrift hierüber doch nicht fehlen dürfe, wenn man eine Vorchrift über den Wiederanfang der Verjährung in jenem anderen Falle treffe. Auch ohne den fraglichen Zusatz fehle die nöthige Hülfe nicht; jedenfalls liege sie in der *provocato ad agendum* und nach einigen Proceß-geboten sei sie auch schon ohne dieses Ausfuhrsmittel gegeben.

Herr Vicepräsident, Dr. Ginert, wünschte zu größter Eiderung der Theilnehmenden einen Zusatz, etwa am Ende des Paragrapen, dahin: „und beginnt dann eine Verjährung von gleicher Dauer“;

Es erklärten sich jedoch nur 3 Stimmen dafür.

Noch ward an dieser Stelle bemerkt, daß gegen den früher gefassten Beschluß in dem vorliegenden Entwurf keine Bestimmung über die Unzulässigkeit der in *integrum restitutio* aufgenommen sei. Obwohl gegen diese Anklaffung nicht geradezu Widerspruch erhoben wurde, hielt man von einer Seite nun doch mindestens eine etwas andere Fassung des §. 83 nöthig, dergestalt, daß derselbe nicht bloß auf Einreden im wahren Sinne, sondern auch auf andere Einwendungen und Rechtsbehelfe des Klägers bezogen werden könne. Andererseits sah man dies Letzte nicht für durchaus erforderlich an, wohl aber die unbedingte Auskiesung der in *integrum restitutio* für nöthig, und mindestens eine Bemerkung im Protocoll, etwa dahin, für angemessen: man sei davon ausgegangen, daß keine Einreden und sonstige Rechtsbehelfe vorgebracht werden dürften, als solche, die sofort liquide gemacht werden könnten. Da man indes diesen Satz nicht in die allgemeine Wechselordnung aufgenommen, sondern in die Proceßordnung verweisen habe, so habe man dafür gehalten, daß auch eine etwaige Bestimmung über die *integrum restitutio* in die Proceßordnung gehöre.

Als nun über die Frage abgestimmt wurde:

Soll eine Vorchrift in die Wechselordnung aufgenommen werden, daß eine in *integrum restitutio* unzulässig sei? erklärte sich keine Stimme für die Verjagung.

Eine Aenderung der Fassung des §. 83 hielten einige Herren Abgeordnete aus Rücksicht auf das, was darüber beim §. 81 vorgekommen war, für nothwendig; die Abstimmung ergab indes 4 Stimmen für und 15 gegen eine Aenderung der Fassung.

Ein Conferenztmitglied wünschte, daß im §. 81 kein Unterschied zwischen Aussteller, Acceptoranten und Indossanten gemacht werde, weil auch bei den Indossanten der Fall der Verjährung denkbar sei; die Versammlung beschloß jedoch, auf diese schon früher eristlich erwogene und einschließende Frage nicht wieder einzugehen.

Von einer anderen Seite wurde die Streichung des zweiten Absatzes des Paragrapen vorgeschlagen, weil die Bestimmung ins Civilrecht gehöre. Dies fand jedoch keine Anerkennung, und bei der Abstimmung wurde der Antrag von 16 Stimmen gegen 3 abgelehnt.

Von einer dritten Seite endlich schlug man vor, im letzten Absatz des Paragraphen den Ausdruck: „anderweitig, mit: solcher, zu vertauschen, da jener nicht nur zweifelhaft sei, sondern auch über die Absicht der Conferenzen hinausgehe, z. B. selbst gegen den Betrüger jeden Anspruch nach Verjährung der Wechselverbindlichkeit ausschließen möchte. Dies ward von 18 Stimmen (von dem Sächsischen Herrn Abgeordneten jedoch mit dem Zusage: daher) gegen 1 abgelehnt.

Zur Fassung der §§. 85 und 86 ward vom Herrn Referenten erläuternd angeführt, daß die Ausreise in Land und Ausland von den Regierungen der einzelnen Staaten bei Verhängung der Wechselordnung näher zu bestimmen sein würden.

Ein außerdem noch von einem Mitgliede gestellter Antrag, im Anfange des §. 85 statt: „die Fähigkeit Wechselverbindlichkeiten zu übernehmen“, wie im §. 1 zu sagen: „die Wechselfähigkeit“, oder §. 1 zu citiren, fand keine Unterthugung.

Einer der Herren Abgeordneten stellte zur Erwägung, ob nicht entgegen der ersten Absicht des §. 88 ein Zusatz zu machen oder doch im Protokolle auszusprechen sei, daß nur die zur Protokollannahme bestellten Gerichtsbeamten Proteste aufnehmen dürften, weil doch nicht statthaft erscheine, daß jeder Gerichtsbeamte, z. B. auch der Wechselrichter, Proteste aufnehmen.

Von den übrigen Conferenzmitgliedern hielt man jedoch eine solche Vorschrift in der allgemeinen Wechselordnung nicht für zulässig, weil die Frage, welche Gerichtsbeamten zur Protokollannahme befugt seien, nach der Gerichtsverfassung jedes Landes beantwortet und nöthigenfalls durch die Landesgesetzgebung entschieden werden müsse.

In der Bestimmung des §. 90 Nr. 1. beantragte Einer der Herren Abgeordneten, statt der Worte: „oder Copie“, zu setzen: „sei er Original oder Copie“ — um den Zweifel zu beseitigen, ob eine Abschrift der Copie gemacht werden dürfe.

Bei der Abstimmung erklärten sich indeß 14 Stimmen dagegen.

Ebenso ward der fernere Antrag, jene Worte: „oder Copie“, zu streichen, von 11 Stimmen gegen 8 abgelehnt.

Uebrig wurde auch der aus Rücksicht auf den unter Nr. 4. gebrauchten Ausdruck: „Kalendertag“, gemachte Antrag: im §. 4 Nr. 4. statt: „bestimmen Tag“, zu sagen: „Kalendertag“, von 11 Stimmen gegen 8 verworfen.

Vorur zum §. 93 übergegangen ward, bemerkte der Herr Referent: Die Fassungskommission habe die beabsichtigte Bestimmung über vis major nicht aufgenommen, weil sie keine befriedigende Fassung habe finden können. Der Begriff der vis major sei nicht zu präciren; die bloßen casus ließen sich nicht davon ausschließen, um dadurch werde die Vorschrift nicht nur zu weit ausgedehnt und somit benehlich, sondern sie gebe auch weiter, als man bei dem Beschlusse gewollt habe. Denn man habe bei vis major nicht Fälle, welche einen Einzelnen oder Wenige beträfen, sondern allgemeine große Unglücksfälle und Begebenheiten, welche z. B. die Verbindungsmittel hemmen oder einen Stillstand der Rechtspflege bewirken, vor Augen gehabt. Besser sei daher unter solchen Umständen, der Jurisprudenz die Beurtheilung zu überlassen oder von der Landesgesetzgebung in jedem eintretenden Falle die Regelung zu erwarten.

Die übrigen Mitglieder der Redactionscommission bestätigten, daß der Versuch, eine passende Fassung zu finden, vergeblich, aber vergeblich gemacht sei. Von Einem derselben

ward noch hinzugefügt: Der Beschluß, die in integrum restitutio für unstatthaft zu erklären, sei mit Berücksichtigung der vis major unvereinbar gewesen; Präcimirung dieses Wortes sei nicht möglich, und doch unerlässlich, wenn man eine Bestimmung der traglichen Art treffen wolle. Indes könne man sie auch unbedingt fortlassen, ohne besüchden zu müssen, den Jurec zu verletzen, denn diejenigen Fälle der vis major, an die man bei dem Beschlusse gedacht habe, würden Berücksichtigung finden, selbst wenn nicht darüber vorgeschrieben sei.

Als nun zunächst die Vorfrage: ob auf Erörterung der Sache überhaupt eingegangen werden solle,

von 15 Stimmen gegen 4 bejaht war, wurden die Gründe für und wider, im Wesentlichen übereinstimmend mit denen, die schon bei der früheren Verathung (vergl. Protokoll XXIX.) vorgekommen waren, von Neuem erörtert; besonders aber ward hervorgehoben:

Von der einen Seite: Die Hauptsache sei nicht zu bestimmen, was unter höherer Gewalt zu verstehen, sondern zu entscheiden, ob sie berücksichtigt werden dürfe. Hierüber aber sei eine Bestimmung um so nothwendiger, je verschiedener die Ansichten seien. Im einzelnen Falle werde die Landesgesetzgebung nicht immer einschreiten wollen oder dürfen. Eine Fassung scheine übrigens wohl gefunden werden zu können; wie denn gleich die des Braunschweigischen Entwurfs, mit einer schon früher vorgeschlagenen kleinen Modification, hinreichend befriedigend möchte.

Von der anderen Seite trat man dagegen der Redactionscommission bei, und zwar hauptsächlich, weil der Unterschied zwischen vis major, casus und durch culpa bedingter casus sich nicht sicher genug bestimmen lasse, und weil der Gegenstand seiner Natur nach ins Civilrecht gehöre, mit dem man leicht in Widerspruch gerathen könne, wenn man darüber in der Wechselordnung eine besondere Vorschrift aufstelle.

Der Herr Vicepräsident Dr. Einert war der Meinung: Eine Bestimmung über vis major könne überhaupt nur getroffen werden in Beziehung auf Vornahme einer Solennität, vorzugsweise also in Bezug auf Präsentation zur Zahlung. Alle übrigen Fälle gehörten in das Prozeßrecht. Derselbe beantragte daher die Aufnahme einer dem §. 66 des Sächsischen Entwurfs entsprechenden Bestimmung.

Nach geschlossenem Verathung wurden die zur Abstimmung gebrachten beiden Fragen verneint und zwar

die erste;
Soll eine Bestimmung der Art aufgenommen werden, daß vis major entschuldige?
von 12 Stimmen gegen 7,
und die zweite:

Soll eine im Grundsatze mit §. 66 des Sächsischen Entwurfs übereinstimmende Vorschrift getroffen werden?
von 16 Stimmen gegen 3.

Der von einem Herrn Abgeordneten gemachte Vorschlag, im zweiten Absatze des §. 93 hinter dem Worte: „Nachfrage“, zur Vereinfachung hinzuzusetzen: „des Notars oder Gerichtsbeamten, welcher den Protest aufzunehmen hat,“ wurde von 12 Stimmen gegen 7 genehmigt.

Auf Vorschlag verschiedener Conferenzmmitglieder wurde ohne Widerspruch beschlossen, den §. 89 mit dem §. 94 zu vereinigen, ferner demselben im Anfange einen Zusatz zu geben, und ihn dann (vorbehaltlich einer nochmaligen Prüfung durch die Redactionscommission) etwa folgender Gestalt zu fassen:
Verfällt der Wechsel an einem Sonntage oder an einem

allgemeinen Feiertage, so ist der nächste Werktag der Zahlungstag. Auch die Aufforderung zur Herausgabe eines Wechsel duplicats und zur Annahme oder zu einer anderen Erklärung, so wie die Protesterhebung kann nur an einem Werktage geschehen. Fällt (u. f. w. wie im Entwurfe.)

Zum §. 95 wird ohne Widerspruch genehmigt, im ersten Absatz in der dritten Zeile vor: „Zahlungstag,“ einzufügen: „nächsten.“ Zugleich wurde bemerkt, der zweite Absatz solle ausdrücken: die Protestzeit sei nach dem im Wechsel angegebenen Zahlungstage zu berechnen, und demnach bleibe es dabei, daß ein am Sonntag oder Montage fälliger Wechsel spätestens am Mittwoch protestirt werden müsse.

Beim §. 96 wurde von einer Seite die Weglassung der Worte: „oder notarieller“ gewünscht, weil nach den Einrichtungen gewisser Länder Notare nicht beglaubigen dürften. Andererseits hielt man jedoch die Beibehaltung der Vorbestimmung für angemessen, um die Art der Beglaubigung näher zu bezeichnen, und zugleich für unbedenklich, weil hier in der Wechselordnung keine Vorbestimmung darüber gegeben werde, ob Notare beglaubigen könnten.

Als nun bei dem Entwurfe sich weiter nichts zu bemerken fand und die Berathung über denselben geschlossen war, sprach der Württembergische Herr Abgeordnete den Wunsch aus, daß in den Ländern, wo noch ein Vorzugsrecht der Wechselordnungen im Concurrenz bestehe, dies nach Einführung der allgemeinen Wechselordnung abgeschafft werden möge.

Einige Herren Abgeordnete erklärten, daß in den Staaten, welchen sie angehören, ein solches Vorzugsrecht nicht bestehe. Andere äußerten sich dahin, daß die Befestigung des noch bestehenden Vorrechts in Erwägung genommen sei. Alsfittig aber war man einverstanden, daß die Erfüllung des ausgesprochenen Wunsches Beförderung verdienen werde.

Hieran knüpfte derselbe Herr Abgeordnete endlich noch folgende zwei Wünsche in Bezug auf Weiterbildung des allgemeinen Deutschen Wechselrechts und auf ferneres Vordringen in dem Wege, der jetzt durch Verhandlung über ein gemeinsames Wechselrecht angebahnt worden:

I. Es liege in der Natur der Sache, daß, ungeachtet der zu erwartenden Einheit der Wechselgesetzgebung die Ausfassung, Anwendung und Rechtsprechung an verschiedenen Orten und in den verschiedenen Deutschen Staaten eine mehr oder weniger verschiedene sein und daß daher ein mehr oder weniger verschiedenes Wechselrecht sich ausbilden und festsetzen könne. Dies werde um so mehr der Fall sein, als sich die Gesetzgebung bemüht habe, nur die allgemeinen Sätze aufzustellen und die Abtheilungen daraus der Anwendung zu überlassen. In anderen Ländern, z. B. in Frankreich, würden diese Uebelstände durch die Einrichtungen des obersten Gerichtshofes ausgeglichen, welche für das ganze Land, wo nicht formell, doch materiell maßgebend seien und so eine gewisse Gleichförmigkeit des angewandten Rechts vermitteln. Dieses Mittel zur Erzielung der Gleichförmigkeit fehle Deutschland und es dürfte um so mehr Noth thun, sich nach einem Surrogate umzusehen, als bei der beschlossenen Ausdehnung der Wechselfähigkeit wenigstens für den Anfang, die Behandlung von Wechselacten in die Hände von Nichtern fallen könnte, die wenig Erfahrung darin haben. Dieses Surrogat würde der Antragsteller darin finden, wenn nach einigen Jahren ein Zusammentritt der Abgeordneten der verschiedenen Deutschen

Staaten veranstaltet, die Rechtsanwendung und insbesondere die Rechtsprechung (Präjudizien), welche sich in den einzelnen Staaten ergebe, zusammengestellt und dasjenige, was dem Geiste des Gesetzes und der Sache am angemessen erscheine, bezeichnet werde, wobei es jeder Regierung überlassen bliebe, ob und inwiefern sie die gesammelten Beschlüsse um formellen Rechte, wenigstens als subsidiäre Rechtsquelle erheben wollte oder nicht. Dabei würde natürlich vorausgesetzt, daß die Materialien dazu, namentlich die interessanten Rechtsprüche von dem Tage an, wo die Allgemeine Wechselordnung im einzelnen Staate Gesetzeskraft erhält, gesammelt, und bei dem vereinigten Zusammentritt mitgetheilt würden. Obendrein würde dieser Zusammentritt ein sehr geeignetes Mittel sein, in dem Deutschen Volke die Idee der Gemeinamkeit des Rechts lebendig zu erhalten. Der Antragsteller sei in dieser Hinsicht ausdrücklich bevollmächtigt und habe nur noch den Wunsch auszusprechen, daß ein ähnlicher Antrag von den Herren Commissarien bei ihren resp. Regierungen befürwortet und vereint von der Königl. Preussischen Regierung, die auch bisher die Initiative auf so dankenswerthe Weise ergriffen habe, die Einleitung eines in der obigen Richtung zu veranlassenden Zusammentritts von Abgeordneten der Deutschen Regierungen getroffen werden möge. Hieran schliesse sich zugleich der weitere Wunsch, daß, wenn sich auch in den einzelnen Staaten Mängel und Lücken der verarbeiteten Wechselordnung sichtbar machen sollten, vor diesem Zusammentritt solchen Mängeln nicht durch Particulargesetze und Novellen abzuhelfen versucht werden möge, indem Vieles sich durch die Anwendung und Rechtsprechung ausgleichen, und die etwaigen rechtlichen Vortheile einer solchen Ausfüllung und Ergänzung durch den moralisch-politischen Nachtheil, welcher in dem Verluste der Gemeinamkeit des Rechts liege, aufgehoben, auch der Zweck der Conferenz dadurch eigentlich vereitelt werde. Denn nicht die leitenden Grundsätze bei Abfassung von Particularwechselgesetzen, sondern ein gemeinsames, wörtlich übereinstimmendes Gesetz habe man verabschiedet wollen.

II. Nachdem die Königl. Württembergische Regierung schon im Jahre 1840 bei Gelegenheit der amtlichen Mittheilung des Entwurfs eines Handelsgesetzbuchs die Einleitung in einer gemeinsamen Deutschen Handelsgesetzgebung befürwortet und diesen Antrag auf den Generalconferenzen der Zollvereinsstaaten wiederholt hatte, sei auf der achten Generalconferenz §. 24 die allseitige Uebereinstimmung in einem Vereinigungsversuche über das Wechselrecht erklärt worden. Es dürfte nun hier am Schlusse der Conferenz an der Zeit sein, den obigen Antrag auf Berathung und Vereinigung über den übrigen Theil eines Handelsgesetzbuchs, so weit er nicht das Scedrit betreffe, wieder in Anregung zu bringen. Zwar sage man, die übrigen Theile des Handelsrechts griffen mehr in das Civilrecht ein, als die Wechselgesetzgebung, und allerdings seien die Schwierigkeiten, ein gemeinsames Handelsrecht zu Stande zu bringen, etwas größer, aber unüberwindlich seien sie nicht und werden sie überunden, so sei damit zugleich eine Vereinigung über ein gemeinsames Obligationenrecht angebahnt. Die Württembergische Regierung würde es daher dankbar erkennen, wenn die Königl. Preussische Regierung, wie bei der Wechselordnung die Initiative zu Berathung eines gemeinsamen

Handelsrecht ergreifen würde und zugleich hinc er die Herren Abgeordneten, diesen Wunsch bei ihren Regierungen in Interesse des gesammten Deutschen Vaterlandes zu bekräftigen.

Nach diesem Vortrage äußerten die Herren Abgeordneten von Preußen, Baden, Großherzogthum Hessen, Großherzog-

thum Sachsen und Nassau, daß sie in ähnlichem Sinne sich auszusprechen im Begriffe gewesen seien. Auch sonst noch fanden die vorgetragenen Wünsche vielfachen Anklang, und es vereinigten sich darauf sämmtliche Herren Abgeordnete dahin, dieselben ihren Regierungen zur Erwägung und Beschlußnahme vorzutragen.

XXXV.

Leipzig, den 9. December 1847.

Nachdem die Beratung des Entwurfs einer gemeinsamen Wechselordnung in der gestrigen Sitzung beendet worden war, traten zu neu anwesenden Mitglieder der Conferenz unter dem Vorfige Dr. Crellens des Herrn Staatsministers von Könneritz heute nochmals zusammen, um den aus den Beratungen hervorgegangenen Entwurf nach Maßgabe der gestrigen Beschlüsse revidiren und zur Unterzeichnung derselben, sowie der über die Sitzungen der Conferenz aufgenommenen Protocolle zu schreiben.

Es wurde daher nach Vorlesung des Protocollés über die vorige Sitzung der definitive revidirte Entwurf einer Allgemeinen Deutschen Wechselordnung nochmals durchgegangen und alsbald als den Beschlüssen der Versammlung entsprechend anerkannt.

Hierbei kamen noch folgende Gegenstände zur Sprache:

I. Es wurde von der Versammlung als wünschenswerth anerkannt, daß die Regierungen, welche die Conferenz zur Veranlassung eines gemeinsamen Wechselrechts beistellt haben, so sehr als möglich im Correspondenzwege gegenseitige Mittheilungen darüber machen möchten, ob sie überreicht den von der Conferenz nunmehr festgestellten Entwurf einer Wechselordnung für geeignet halten, den für die Uebergabe in den einzelnen Staaten verfassungsmäßig bedürftigen Stellen innerweilen zu werden, indem bemerkt wurde, daß es besonders der Regierungen derjenigen Staaten, wo der Zusammentritt der Stände nahe bevorsteht, wichtig sei, von den Absichten der übrigen Regierungen in dieser Hinsicht baldigst in Kenntniß gesetzt zu werden.

Die Herren Abgeordneten von Preußen übernahmen es hierauf, bei ihrer Regierung darauf anzusuchen, daß von der-

selben zu einer solchen gegenseitigen Mittheilung im Wege der Correspondenz unverzüglich Einleitung getroffen werde.

II. Die Vollmachten sämmtlicher Herren Abgeordneten sind, nachdem man inzwischen gegenseitig Einsicht von denselben genommen und gegen deren Inhalt und Form sich nichts zu erinnern gefunden hat, zu den Acten der Conferenz gebracht worden, welche die Königlich Sächsische Regierung nach dem Wunsche der Versammlung in ihrem Archive aufbewahren lassen wird.

III. Dem Protocolle der heutigen Sitzung sind

1. der von der Königlich Preussischen Regierung mitgetheilte Entwurf einer Wechselordnung, welcher nach dem in der ersten Sitzung gefaßten Beschlusse als Grundlage für die Beratungen der Conferenz angenommen worden war, sodann

2. der von der Redactionscommission, nach den Beschlüssen der Conferenz in der zweiten bis einunddreißigsten Sitzung abgeänderte Entwurf und

3. der von der Conferenz in der heutigen Sitzung schließlich festgestellte Entwurf einer Allgemeinen Deutschen Wechselordnung als Anlagen beigelegt worden.

Nachdem hierauf der Abgeordnete von Oesterreich, Herr Heinrich Dr. Heissler, den beiden Herren Vorsitzenden der Conferenz, sowie dem Herrn Referenten den Dank der Versammlung ausgesprochen und der Herr Staatsminister von Könneritz diesen Dank mit den besten Wünschen für sämmtliche Abgeordnete erwidert hatte, wurden sowohl der von der Conferenz angenommene Entwurf, als auch die vorstehenden, in fünfundsiebzig Protocollen enthaltenen Verhandlungen der Conferenz, letztere am Schlusse des gegenwärtigen Protocollés von sämmtlichen Herren Bevollmächtigten, welche an der heutigen Sitzung Theil genommen, unterschrieben.

Dr. Ferd. Heissler.	v. Patow.	Dr. Kleinschrod.	von Könneritz.
	Bischoff.	Friedr. Schmid.	Dr. Einert.
	W. Magnus.		Heinrich Poppe.
			Georgi.
Lehzen.	Hofacker.	W. Brauer.	Fuchs.
Breidenbach.	C. Behn.	Ebon.	Liebe.
Sollpracht.	Thöl.	Albers, für Oldenburg.	P. v. Eldert, Dr.
Garnier.	Albers, f. Bremen.	Lutteroth-Vocat.	
		Salte.	
			Dr. P. H. J. Haensel.

Entwurf

einer

allgemeinen deutschen Wechselordnung

nach den Beschlüssen der Konferenz.

Erster Abschnitt.

Von der Wechselfähigkeit.

§. 1. Wechselfähig ist Jeder, welcher sich durch Verträge verpflichten kann.

§. 2. Der Wechselschuldner haftet für die Erfüllung der übernommenen Wechselverbindlichkeit mit seiner Person und seinem Vermögen.

Jedoch ist der Wechselarreft nicht zulässig:

1. gegen die Erben eines Wechselschuldners;
2. aus Wechselklärungen, welche für Corporationen oder andere juristische Personen, für Aktiengesellschaften oder in Angelegenheiten solcher Personen, welche zu eigener Vermögensverwaltung unfähig sind, von den Vertretern derselben ausgestellt werden;
3. gegen Frauen, wenn sie nicht Handel oder ein anderes Gewerbe treiben.

Inwiefern aus Gründen des öffentlichen Rechts die Vollstreckung des Wechselarrefts gegen andere als die vorgenannten Personen Beschränkungen erleidet, ist in besondern Gesetzen bestimmt.

§. 3. Finden sich auf einem Wechsel Unterschriften von Personen, welche eine Wechselverbindlichkeit überhaupt nicht, oder nicht mit vollem Erfolge eingeben können, so hat dies auf die Verbindlichkeit der übrigen Wechselverpflichteten keinen Einfluß.

Zweiter Abschnitt.

Von gezogenen Wechseln.

I. Erfordernisse eines gezogenen Wechsels.

§. 4. Die wesentlichen Erfordernisse eines gezogenen Wechsels sind:

1. die in den Wechsel selbst aufzunehmende Bezeichnung als Wechsel, oder wenn der Wechsel in einer fremden Sprache ausgestellt ist, ein jener Bezeichnung entsprechender Ausdruck in der fremden Sprache;
2. die Angabe der zu zahlenden Geldsumme;
3. der Name der Person oder die Firma, an welche oder an deren Ordre gezahlt werden soll (des Remittenten);

4. die Angabe der Zeit, zu welcher gezahlt werden soll; die Zahlungszeit kann nur festgesetzt werden auf einen bestimmten Tag, auf Sicht (Vorzugsung, a vista etc.) oder auf eine bestimmte Zeit nach Sicht, auf eine bestimmte Zeit nach dem Tage der Ausstellung (nach dato), auf eine Messe oder einen Markt (Mess- oder Markt-Wechsel);

5. die Unterschrift des Ausstellers (Trassanten) mit seinem Namen oder seiner Firma;

6. die Angabe des Ortes, Monatsendes und Jahres der Ausstellung;

7. der Name der Person oder die Firma, welche die Zahlung leisten soll (des Bezogenen oder Trassaten);

8. die Angabe des Ortes, wo die Zahlung geschehen soll; der bei dem Namen oder der Firma des Bezogenen angegebene Ort gilt für den Wechsel, insofern nicht ein eigener Zahlungsort angegeben ist, als Zahlungsort und zugleich als Wohnort des Bezogenen.

§. 5. Ist die zu zahlende Geldsumme (§. 4 No. 2) in Buchstaben und in Ziffern ausgedrückt, so gilt bei Abweichungen die in Buchstaben ausgedrückte Summe.

Ist die Summe mehrmals mit Buchstaben oder mehrmals mit Ziffern geschrieben, so gilt bei Abweichungen die geringere Summe.

§. 6. Der Aussteller kann sich selbst als Remittenten (§. 4 No. 3) bezeichnen (Wechsel an eigene Ordre).

Desgleichen kann der Aussteller sich selbst als Bezogenen (§. 4 No. 7) bezeichnen, sofern die Zahlung an einem anderen Orte, als dem der Ausstellung, geschehen soll (trassiert-eigene Wechsel).

§. 7. Aus einer Schrift, welcher eines der wesentlichen Erfordernisse eines Wechsels (§. 4) fehlt, entsteht keine wechselfähige Verbindlichkeit. Auch haben die auf eine solche Schrift gegebenen Erklärungen (Indossament, Accept, Real) keine Wechselfähigkeit.

II. Verpflichtung des Ausstellers.

§. 8. Der Aussteller eines Wechsels haftet für dessen Annahme und Zahlung wechselfähig.

III. Indossament.

§. 9. Der Remittent kann den Wechsel an einen Andern durch Indossament (Viro) übertragen.

Hat jedoch der Aussteller die Uebertragung im Wechsel durch die Worte „nicht an Ordre“ oder durch einen gleich bedeutenden Ausdruck unterläßt, so hat das Indossament keine wechselfähliche Wirkung.

§. 10. Durch das Indossament gehen alle Rechte aus dem Wechsel in den Indossatar über, insbesondere auch die Befugniß, den Wechsel weiter zu indossiren. Auch an den Aussteller, Bezogenen, Acceptanten oder einen früheren Indossanten kann der Wechsel gültig indossirt und von denselben weiter indossirt werden.

§. 11. Das Indossament muß auf den Wechsel, eine Kopie desselben oder ein mit dem Wechsel oder der Kopie verbundenes Blatt (Menge) geschrieben werden.

§. 12. Ein Indossament ist gültig, wenn der Indossant auch nur seinen Namen oder seine Firma auf die Rückseite des Wechsels oder der Kopie, oder auf die Menge schreibt. (Blanko-Indossament.)

§. 13. Jeder Inhaber eines Wechsels ist befugt, die auf demselben befindlichen Blanko-Indossamente auszufüllen; er kann den Wechsel aber auch ohne diese Ausfüllung weiter indossiren.

§. 14. Der Indossant haftet jedem späteren Inhaber des Wechsels für dessen Annahme und Zahlung wechselfähig. Hat er aber dem Indossament die Bemerkung „ohne Gewährleistung“, „ohne Deligo“ oder einen gleichbedeutenden Vorbehalt hinzugefügt, so ist er von der Verbindlichkeit aus seinem Indossament befreit.

§. 15. Ist in dem Indossament die Weiterbegebung durch die Worte „nicht an Ordre“ oder durch einen gleichbedeutenden Ausdruck verboten, so haben diejenigen, an welche der Wechsel aus der Hand des Indossatars gelangt, gegen den Indossanten keinen Regreß.

§. 16. Wenn ein Wechsel indossirt wird, nachdem die für die Protesterhebung Mangels Zahlung bestimmte Frist abgelaufen ist, so erlangt der Indossatar die Rechte aus dem etwa vorbankenen Accepte gegen den Bezogenen und Regreßrechte gegen diejenigen, welche den Wechsel nach Ablauf dieser Frist indossirt haben.

Ist aber der Wechsel vor dem Indossamente bereits Mangels Zahlung reichlich worden, so hat der Indossatar nur die Rechte seines Indossanten gegen den Acceptanten, sowie gegen den Aussteller und diejenigen, welche den Wechsel bis zur Verfallzeit indossirt haben. Auch ist in einem solchen Falle der Indossant nicht wechselfähig verpflichtet.

§. 17. Ist dem Indossamente die Bemerkung „zur Einkassirung“, „in Procura“ oder eine andere die Bevollmächtigung ausdrückende Formel beigefügt worden, so überträgt das Indossament das Eigenthum an dem Wechsel nicht, ermächtigt aber den Indossatar zur Einhebung der Wechselforderung, Protesterhebung, Benachrichtigung des Vormannes seines Indossanten von der unterbliebenen Zahlung (§. 45), sowie zur Einlösung der nicht bezahlten und zur Einhebung der depositirten Wechselsumme.

Ein solcher Indossatar ist auch berechtigt, diese Befugniß durch ein weiteres Procura-Indossament einem Andern zu übertragen.

Tagegen ist derselbe zur weiteren Begebung durch eigenes Indossament selbst dann nicht befugt, wenn dem Procura-Indossament der Zusatz „oder Ordre“ hinzugefügt ist.

IV. Präsentation zur Annahme.

§. 18. Der Inhaber eines Wechsels ist berechtigt, den Wechsel dem Bezogenen sofort zur Annahme zu präsentieren und in Ermangelung der Annahme Protest erheben zu lassen.

Nur bei Wechs- oder Marktwechseln findet eine Ausnahme dahin statt, daß solche Wechsel erst in der an dem Wechs- oder Marktwort geistlich bestimmten Präsentationszeit zur Annahme präsentiert und in Ermangelung derselben protestirt werden können.

Der bloße Besitz des Wechsels ermächtigt zur Präsentation des Wechsels und zur Einhebung des Protestes Mangels Annahme.

§. 19. Eine Verpflichtung des Inhabers, den Wechsel zur Annahme zu präsentieren, findet nur bei Wechseln statt, welche auf eine bestimmte Zeit nach Sicht lauten. Solche Wechsel müssen bei Verlust des wechselfähigen Anspruchs gegen die Indossanten und den Aussteller, nach Maßgabe der besonderen im Wechsel enthaltenen Bestimmung und in Ermangelung derselben binnen zwei Jahren nach der Ausstellung zur Annahme präsentiert werden.

Hat ein Indossant auf einen Wechsel dieser Art seinem Indossamente eine besondere Präsentationsfrist hinzugefügt, so erlischt seine wechselfähige Verpflichtung, wenn der Wechsel nicht innerhalb dieser Frist zur Annahme präsentiert worden ist.

§. 20. Wenn die Annahme eines auf bestimmte Zeit nach Sicht gestellten Wechsels nicht zu erhalten ist, oder der Bezogene die Datirung seines Acceptes verweigert, so muß der Inhaber, bei Verlust des wechselfähigen Anspruchs gegen die Indossanten und den Aussteller die rechtzeitige Präsentation des Wechsels durch einen innerhalb der Präsentationsfrist (§. 19) erhobenen Protest scheitern lassen.

Der Protesttag gilt in diesem Falle für den Tag der Präsentation.

Ist die Protesterhebung unterblieben, so wird gegen den Acceptanten, welcher die Datirung seines Acceptes unterlassen hat, die Verfallzeit des Wechsels vom letzten Tage der Präsentationsfrist an gerechnet.

V. Annahme (Acceptation).

§. 21. Die Annahme des Wechsels muß auf dem Wechsel schriftlich geschehen.

Jede auf den Wechsel geschriebene und von dem Bezogenen unterschriebene Erklärung gilt für eine unbeschränkte Annahme, sofern nicht in derselben ausdrücklich ausgesprochen ist, daß der Bezogene entweder überhaupt nicht oder nur unter gewissen Einschränkungen annehmen wolle.

Gleichermaßen gilt es für eine unbeschränkte Annahme, wenn der Bezogene ohne weiteren Beisatz seinen Namen oder seine Firma auf die Vorderseite des Wechsels schreibt.

Die einmal erfolgte Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden.

§. 22. Der Bezogene kann die Annahme auf einen Theil der im Wechsel verbriefenen Summe beschränken.

Werden dem Accepte andere Einschränkungen beigefügt, so wird der Wechsel einem solchen gleichgeachtet, dessen Annahme gänzlich verweigert worden ist, der Acceptant haftet aber nach dem Inhalte seines Acceptes wechselfähig.

§. 23. Der Bezogene wird durch die Annahme wechsel-

mäßig verpflichtet, die von ihm acceptierte Summe zur Verzinsung zu zahlen.

Auch dem Aussteller haftet der Bezogene aus dem Accepte wechselmäßig.

Dagegen haftet dem Bezogenen kein Wechselrecht gegen den Aussteller zu.

§. 24. Ist in dem Wechsel ein vom Wohnorte des Bezogenen verschiedener Zahlungsort (§. 4 No. 8) angegeben (Domizilwechsel), so ist, in so fern der Wechsel nicht schon erlosch, durch wen die Zahlung am Zahlungsorte erfolgen soll, dies vom Bezogenen bei der Annahme auf dem Wechsel zu demerken. Ist dies nicht geschehen, so wird angenommen, daß der Bezogene selbst die Zahlung am Zahlungsorte leisten wolle.

Der Aussteller eines Domizilwechsels kann in demselben die Präsentation zur Annahme vorsehen. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift hat den Verlust des Regresses gegen den Aussteller und die Indossanten zur Folge.

VI. Regreß auf Sicherstellung:

1. wegen nicht erhaltener Annahme.

§. 25. Wenn die Annahme eines Wechsels überhaupt nicht, oder unter Einschränkungen, oder nur auf eine geringere Summe erfolgt ist, so sind die Indossanten und der Aussteller wechselmäßig verpflichtet, gegen Aushändigung des Mangels Annahme aufgenommener Protestes genügende Sicherheit dafür zu leisten, daß die Bezahlung der im Wechsel verzeichneten Summe, oder des nicht angenommenen Betrages, so wie die Erstattung der durch die Nichtannahme veranlaßten Kosten am Verfalltage erfolgen werde.

Jedoch sind diese Personen auch befugt, auf ihre Kosten die schuldige Summe bei Gericht oder bei einer andern zur Annahme von Depositen ermächtigten Behörde oder Anstalt niederzulegen.

§. 26. Der Retraittent, sowie jeder Indossatar wird durch den Besitz des Mangels Annahme aufgenommener Protestes ermächtigt, von dem Aussteller und den übrigen Vornehmern Sicherheit zu fordern und im Wege des Wechselprozesses darauf zu klagen.

Der Regreßnehmer ist hierbei in die Folgeordnung der Indossamente und die einmal getroffene Wahl nicht gebunden.

Der Weibringung des Wechsels und des Nachweises, daß der Regreßnehmer seinen Nachmännern selbst Sicherheit bestellt habe, bedarf es nicht.

§. 27. Die bestellte Sicherheit haftet nicht bloß dem Regreßnehmer, sondern auch allen übrigen Nachmännern des Wechsels, insofern sie den Regreß auf Sicherstellung nehmen. Dieselben sind weitere Sicherheit zu verlangen nur in dem Falle berechtigt, wenn sie gegen die Art oder Größe der bestellten Sicherheit Einwendungen zu begründen vermögen.

§. 28. Die bestellte Sicherheit muß zurückgegeben werden:

1. sobald die vollständige Annahme des Wechsels nachträglich erfolgt ist;
2. wenn gegen den Regreßpflichtigen, welcher sie bestellt hat, binnen Jahresfrist, vom Verfalltage des Wechsels an gerechnet, auf Zahlung aus dem Wechsel nicht geklagt worden ist;
3. wenn die Zahlung des Wechsels erfolgt oder die Wechselkraft desselben erloschen ist.

2. Wegen Unsicherheit des Acceptanten.

§. 29. Ist ein Wechsel ganz oder theilweise angenommen worden, so kann in Betreff der acceptirten Summe Sicherheit nur gefordert werden:

1. wenn über das Vermögen des Acceptanten der Concurs (Debitverfahren, Falliment) eröffnet worden ist, oder der Acceptant auch nur seine Zahlungen eingestellt hat;
2. wenn nach Ausstellung des Wechsels eine Creditur in das Vermögen des Acceptanten fruchtlos ausgefallen, oder wider denselben wegen Erfüllung einer Zahlungsverbindlichkeit die Vollstreckung des Personalarrestes verfügt worden ist.

Wenn in diesen Fällen die Sicherheit von dem Acceptanten nicht geleistet und dieserhalb Protest gegen denselben erhoben wird, auch von den auf dem Wechsel etwa benannten Notzadressen die Annahme nach Ausweis des Protestes nicht zu erhalten ist, so kann der Inhaber des Wechsels und jeder Indossatar gegen Auslieferung des Protestes von seinen Vornehmern Sicherstellung fordern. (§§. 25–28.)

Der bloße Besitz des Wechsels vertritt die Stelle einer Vollmacht, in den Nr. 1 und 2 genannten Fällen von dem Acceptanten Sicherheitsleistung zu fordern, und wenn solche nicht zu erhalten ist, Protest erheben zu lassen.

VII. Erfüllung der Wechselverbindlichkeit.

1. Zahlungstag.

§. 30. Ist in dem Wechsel ein bestimmter Tag als Zahlungstag bezeichnet, so tritt die Verfallzeit an diesem Tage ein.

Ist die Zahlungszeit auf die Mitte eines Monats gesetzt worden, so ist der Wechsel am 15. dieses Monats fällig.

§. 31. Ein auf Sicht gestellter Wechsel ist bei der Verzinsung fällig.

Ein solcher Wechsel muß bei Verlust des wechselmäßigen Anspruchs gegen die Indossanten und den Aussteller nach Maßgabe der besonderen im Wechsel enthaltenen Bestimmung, und in Ermangelung derselben, binnen zwei Jahren nach der Ausstellung zur Zahlung präcisiert werden.

Hat ein Indossant auf einem Wechsel dieser Art seinem Indossamente eine besondere Präsentationsfrist hinzugefügt, so erlischt jene wechselmäßige Verpflichtung, wenn der Wechsel nicht innerhalb dieser Frist präcisiert worden ist.

§. 32. Bei Wechslen, welche mit dem Ablaufe einer bestimmten Frist nach Sicht oder nach dato zahlbar sind, tritt die Verfallzeit ein:

1. wenn die Frist nach Tagen bestimmt ist, an dem letzten Tage der Frist; bei Berechnung der Frist wird der Tag, an welchem der nach dato zahlbare Wechsel ausgestellt oder der nach Sicht zahlbare zur Annahme präcisiert ist, nicht mitgerechnet;
2. wenn die Frist nach Wochen, Monaten oder einem mehrere Monate umfassenden Zeitraume (Jahr, halbes Jahr, Vierteljahr) bestimmt ist, an demjenigen Tage der Zahlungswoche oder des Zahlungsmonats, der durch seine Benennung oder Zahl dem Tage der Ausstellung oder Präcisation entspricht; fehlt dieser Tag in dem Zahlungsmonate, so tritt die Verfallzeit am letzten Tage des Zahlungsmonats ein.

Der Ausdruck „halber Monat“ wird einem Zeitraume von

15 Tagen gleich geschäft. Ist der Wechsel auf einen oder mehrere ganze Monate nach einem halben Monat gestellt, so sind die 15 Tage zuletzt zu zählen.

§. 33. Receptnagen finden nicht statt.

§. 34. Ist in einem Lande, in welchem nach altem Etel gerechnet wird, ein im Inlande aushaltender Wechsel nach dato ausgestellt, und dabei nicht bemerkt, daß der Wechsel nach neuem Etel läuft sei, oder ist derselbe nach beiden Eteln datirt, so wird der Verfalltag nach demjenigen Kalenderstage des neuen Etels berechnet, welcher dem nach altem Etel sich ergebenden Tage der Ausfällung entspricht.

§. 35. Wech- oder Marktwchsel werden zu der durch die Gelege des Wech- oder Marktwchels bestimmten Zahlungszeit, und in Ermangelung einer solchen Bestimmung an dem Tage vor dem gesetzlichen Schluß der Wechse oder des Marktes fällig. Dauert die Wechse oder der Markt nur einen Tag, so tritt die Verfallszeit des Wechels an diesem Tage ein.

2. Zahlung.

§. 36. Der Inhaber eines inofficiellen Wechels wird durch eine inofficiellabhängende bis auf ihn hinuntergehende Reihe von Indossamenten als Eigentümer des Wechels legitimirt. Das erste Indossament muß demnach mit dem Namen des Remittenten, jedes folgende Indossament mit dem Namen des Vorzeigenden unterzeichnet sein, welchen das unmittelbar vorhergehende Indossament als Indossatar benennt. Wenn auf ein Blanko-Indossament ein weiteres Indossament folgt, so wird angenommen, daß der Aussteller des letzteren den Wechsel durch das Blanko-Indossament erworben hat.

Ausgeschickene Indossamente werden bei Prüfung der Legitimation als nicht gezeichnet angesehen.

Die Wahrheit der Indossamente zu prüfen, ist der Zahlende nicht verpflichtet.

§. 37. Kann ein Wechsel auf eine Minierte, welche am Zahlungsorte keinen Umlauf hat, oder auf eine Rechnungswährung, so kann die Wechselsumme nach ihrem Werthe zur Verfallzeit in der Landeswährung gezahlt werden, sofern nicht der Aussteller durch den Gebrauch des Wortes „effectiv“ oder eines anderen Zusatzes die Zahlung in der im Wechsel benannten Minierte ausdrücklich bestimmt hat.

§. 38. Der Inhaber des Wechels darf eine ihm angebotene Theilzahlung selbst dann nicht annehmen, wenn die Annahme auf den ganzen Betrag der verfallenen Summe erfolgt ist.

§. 39. Der Wechelschlichter ist nur gegen Aushändigung des originalen Wechels zu zahlen verpflichtet.

Gut der Wechelschlichter eine Theilzahlung geleistet, so kann derselbe nur verlangen, daß die Zahlung auf dem Wechsel abgeschrieben und mit der Zustimmung auf einer Wilschrift des Wechels ertheilt werde.

§. 40. Wird die Zahlung des Wechels zur Verfallzeit nicht geleistet, so ist der Acceptant nach Ablauf der für die Protheibung Mangels Zahlung bestimmten Frist bezeugt, die Wechselsumme auf Gefahr und Kosten des Inhabers bei Gericht, oder bei einer anderen zur Annahme von Deposition ermächtigten Behörde oder Anstalt niederzulegen.

Der Verfalltag des Inhabers bedarf es nicht.

VIII. Regreß Mangels Zahlung.

§. 41. Zur Ausübung des bei nicht erlangter Zahlung statthabenden Regreßes gegen den Aussteller und die Indossanten ist erforderlich:

1. daß der Wechsel zur Zahlung präsentirt worden ist, und
2. daß sowohl diese Präsentation als die Weitererlangung der Zahlung durch einen rechtzeitig darüber aufgenommenen Protheß darzuthun wird.

Die Erhebung des Protheßes ist am Zahlungstage zulässig, sie muß aber spätestens am zweiten Werktage nach dem Zahlungstage geschehen.

§. 42. Die Aufforderung, seinen Protheß erheben zu lassen („ohne Protheß“, „ohne Kosten“ etc.) gilt als Erlaß des Protheßes, nicht aber als Erlaß der Forderung zur rechtzeitigen Präsentation. Der Wechselverpflichtete, von welchem jene Aufforderung ausgeht, muß die Beweislast übernehmen, wenn er die rechtzeitig geschehene Präsentation in Abrede stellt.

Gegen die Pflicht zum Erlaß der Protheßkosten schließt jene Aufforderung nicht.

§. 43. Demissirte Wechsel sind dem Demissilisten, oder wenn ein solcher nicht benannt ist, dem Bezogenen selbst an demjenigen Orte, wohin der Wechsel demissirt ist, zur Zahlung zu präsentieren, und wenn die Zahlung unterbleibt, dort zu protestiren.

Wird die rechtzeitige Protesterhebung beim Demissilisten verabsäumt, so geht dadurch der wechselmäßige Anspruch nicht nur gegen den Aussteller und die Indossanten, sondern auch den Acceptanten verloren.

§. 44. Zur Erhaltung des Wechselrechts gegen den Acceptanten bedarf es mit Ausnahme des im §. 43 erwähnten Falles weder der Präsentation am Zahlungstage, noch der Erhebung eines Protheßes.

§. 45. Der Inhaber eines Mangels Zahlung protestirten Wechels ist verpflichtet, seinen unmittelbaren Vornamen innerhalb zweier Tage nach dem Tage der Protesterhebung von der Mitzahlung des Wechels schriftlich zu benachrichtigen, zu welchem Ende es genügt, wenn das Benachrichtigungsschreiben innerhalb dieser Frist zur Post gegeben ist.

Jeder benachrichtigte Vornamen muß binnen derselben, vom Tage des empfangenen Briefes zu berechnenden Frist seinen nächsten Vornamen in gleicher Weise benachrichtigen.

Der Inhaber oder Indossatar, welcher die Benachrichtigung unterläßt oder dieselbe nicht an den unmittelbaren Vornamen ergreift, wird hierdurch den sämmtlichen oder den überempfangenen Vornamen zum Erlaß des aus der unterlassenen Benachrichtigung entstehenden Schadens verpflichtet. Auch verliert derselbe gegen diese Personen den Anspruch auf Zinsen und Kosten, so daß er nur die Wechselsumme zu fordern berechtigt ist.

§. 46. Kommt es auf den Nachweis der dem Vornamen rechtzeitig gegebenen schriftlichen Benachrichtigung an, so genügt zu diesem Zweck der durch ein Poststempel geführte Beweis, daß ein Brief von dem Bezeichneten an den Adressaten an dem angegebenen Tage abgesandt ist, sofern nicht darzuthun wird, daß der angesehene Brief einen andern Inhalt gehabt hat.

Auch der Tag des Empfangs der erhaltenen schriftlichen Benachrichtigung kann durch ein Poststempel nachgewiesen werden.

§ 47. Hat ein Indossant den Wechsel ohne Hinzufügung einer Ortsbezeichnung weiter begeben, so ist der Vormann desselben von der unterbliebenen Zahlung zu benachrichtigen.

§ 48. Jeder Wechselschuldner hat das Recht, gegen Erstattung der Wechselsumme nebst Zinsen und Kosten die Auslieferung des quintirten Wechsels und des wegen Nichtzahlung erhobenen Protestes von dem Zahader zu fordern.

§ 49. Der Inhaber eines Mangels Zahlung protestirten Wechsels kann die Wechselklage gegen alle Wechselverpflichtete oder auch nur gegen Einige oder Einen derselben aufstellen, ohne dadurch sein Anspruch gegen die nicht in Anspruch genommene(n) Verpflichteten zu verlieren.

Derselbe ist an die Reihenfolge der Indossamente nicht gebunden.

§ 50. Die Regressansprüche des Zahaders, welcher den Wechsel Mangels Zahlung hat protestiren lassen, beschränken sich auf:

1. die nicht bezahlte Wechselsumme nebst 6 Prozent jährlicher Zinsen vom Verfalltage ab,
2. die Protestkosten und anderen Auslagen,
3. eine Provision von $\frac{1}{2}$ Prozent

Die vorstehenden Beträge müssen, wenn der Regresspflichtige an einem andern Orte, als dem Zahlungsorte wohnt, zu demjenigen Course gezahlt werden, welchen ein vom Zahlungsorte auf den Wohnort des Regresspflichtigen gezogener Wechsel auf Sicht hat.

Besitzt am Zahlungsorte kein Course auf jenen Wohnort, so wird der Course nach demjenigen Orte genommen, welcher dem Wohnorte des Regresspflichtigen am nächsten liegt.

Der Course ist auf Verlangen des Regresspflichtigen durch einen unter öffentlicher Autorität angestellten Comptrolleur oder durch das Amt eines vereideten Märlers, oder in Ermangelung derselben durch einen Amt zweier Kaufleute zu bescheinigen.

§ 51. Der Indossant, welcher den Wechsel eingelöst oder als Remesse erhalten hat, ist von einem früheren Indossanten oder von dem Aussteller zu fordern berechtigt:

1. de von ihm gezahlte oder durch Remesse berichtigte Summe nebst 6 Prozent jährlicher Zinsen vom Tage der Zahlung,
2. die ihm entstandenen Kosten,
3. eine Provision von $\frac{1}{2}$ Prozent.

Die vorstehenden Beträge müssen, wenn der Regresspflichtige an einem andern Orte, als der Regressnehmer wohnt, zu demjenigen Course gezahlt werden, welchen ein vom Wohnort des Regressnehmers auf den Wohnort des Regresspflichtigen gezogener Wechsel auf Sicht hat.

Besitzt im Wohnorte des Regressnehmers kein Course auf den Wohnort des Regresspflichtigen, so wird der Course nach demjenigen Orte genommen, welcher dem Wohnorte des Regresspflichtigen am nächsten liegt.

Wegen der Bestimmung des Courses kommt die Bestimmung des § 50 zur Anwendung.

§ 52. Durch die Bestimmungen der §§ 50 und 51 No. 1 und 3 wird bei einem Regresse auf einen ausländischen Ort die Berechnung höherer, dort zulässiger Sätze nicht ausgeschlossen.

§ 53. Der Regressnehmer kann über den Betrag seiner Forderung einen Rückwechsel auf den Regresspflichtigen ziehen.

Der Forderung treten in diesem Falle noch die Märlergebühren für Negozierung des Rückwechsels, so wie die etwaigen Stempelgebühren hinzu.

Der Rückwechsel muß auf Sicht zahlbar und unmittelbar (a drittura) gestellt werden.

§ 54. Der Regresspflichtige ist nur gegen Auslieferung des Wechsels, des Protestes und einer quintirten Reourcerechnung Zahlung zu leisten verbunden.

§ 55. Jeder Indossant, der einen seiner Nachmänner befriedigt hat, kann sein eigenes und seiner Nachmänner Indossament ausstreichen.

IX. Intervention:

1. Ehrenannahme.

§ 56. Befindet sich auf einem Mangels Annahme protestirten Wechsel eine auf den Zahlungsort lautende Notadresse, so muß, ohne Zichrstellung verläßt werden kann, die Annahme von der Notadresse gefordert werden.

Unter mehreren Notadressen gebührt derjenigen der Vorzug, durch deren Zahlung die meisten Verpflichteten befreit werden.

§ 57. Die Ehrenannahme von Seiten einer nicht auf dem Wechsel als Notadresse benannten Person braucht der Zahader nicht zuzulassen.

§ 58. Der Ehrenacceptant muß sich den Protest Mangels Annahme gegen Erstattung der Kosten anhängigen und in einem Anzuge zu demselben die Ehrenannahme bemerken lassen.

Er muß den Honoraten unter Uebersendung des Protestes von der geschehenen Intervention benachrichtigen und diese Benachrichtigung mit dem Proteste innerhalb zweier Tage nach dem Tage der Protesterhebung zur Post geben.

Unterläßt er dies, so haftet er für den durch die Unterlassung entstehenden Schaden.

§ 59. Wenn der Ehrenacceptant unterlassen hat, in seinem Accrte zu bemerken, zu wessen Ehren die Annahme geschieht, so wird der Aussteller als Honorat angesehen.

§ 60. Der Ehrenacceptant wird den sämmtlichen Nachmännern des Honoraten durch die Annahme wechselsmäßig verpflichtet. Diese Verpflichtung erlischt, wenn dem Ehrenacceptanten der Wechsel nicht spätestens am zweiten Verfalltage nach dem Zahlungstage zur Zahlung vorgelegt wird.

§ 61. Wenn der Wechsel von einer Notadresse oder einem andern Interventanten zu Ehren angenommen wird, so haben der Zahader und die Nachmänner des Honoraten seinen Regress auf Eichrstellung.

Derselbe kann aber von dem Honoraten und dessen Vornmännern geltend gemacht werden.

2. Ehrenzahlung.

§ 62. Befinden sich auf dem von dem Bezogenen nicht eingelösten Wechsel oder der Kopie Notadressen oder ein Ehrenaccept, welche auf den Zahlungsort lauten, so muß der Zahader den Wechsel spätestens am zweiten Verfalltage nach dem Zahlungstage den sämmtlichen Notadressen und dem Ehrenacceptanten zur Zahlung vorlegen und den Erfolg im Proteste

Mangels Zahlung oder in einem Anhang zu demselben bemerken lassen.

Unterläßt er dies, so verliert er den Regreß gegen den Acceptanten oder Honoraten und deren Nachmänner.

Weist der Inhaber die von einem anderen Intervenienden angebotene Ehrenzahlung an, so verliert er nur den Regreß gegen die Nachmänner des Honoraten.

§. 63. Dem Ehrenzahler muß der Wechsel und der Protest Mangels Zahlung gegen Erlattung der Kosten ausgehändigt werden.

Er tritt durch die Ehrenzahlung in die Rechte des Inhabers (§. 50 und 52) gegen den Honoraten, dessen Vermänner und den Acceptanten.

§. 64. Unter Mehreren, welche sich zur Ehrenzahlung erboten, gebührt Demjenigen der Vorrang, durch dessen Zahlung die meisten Wechselverbindlichkeiten beseitigt werden.

Ein Interveniend, welcher zahlt, obgleich aus dem Wechsel oder Proteste ersichtlich ist, daß ein Anderer, dem er hiernach nachsehen müßte, den Wechsel einzulösen bereit war, hat seinen Regreß gegen diejenigen Indossamenten, welche durch Leistung der von dem Anderen angebotenen Zahlung beseitigt worden wären.

§. 65. Der Ehren-Acceptant, welcher nicht zur Zahlungslistung gelangt, weil der Bezogene oder ein anderer Interveniend gezahlt hat, ist berechtigt, von dem Zahlenten eine Provision von $\frac{1}{2}$ Percent zu verlangen.

X. Vervielfältigung eines Wechsels.

§. 66. Der Aussteller eines gezogenen Wechsels ist verpflichtet, dem Remittenten auf Verlangen mehrere gleichlautende Exemplare des Wechsels zu überliefern.

1. Wechselrezepte.

Dieselben müssen im Concorte als Prima, Secunda, Tertia u. s. w. beschriftet sein, widrigenfalls jedes Exemplar als ein für sich bestehender Wechsel (Sola Wechsel) erachtet wird.

Auch ein Inossatär kann ein Duplicat des Wechsels verlangen. Er muß sich hiertoeberhalb an seinen unmittelbaren Vermann wenden, welcher wieder an seinen Vermann zurückgeben muß, bis die Aniederung an den Aussteller gelangt. Jeder Inossatär kann von seinem Vermann verlangen, daß die früheren Indossamente auf dem Duplicate wiederholt werden.

§. 67. Ist von mehreren ausgefertigten Exemplaren das eine besetzt, so verlieren dadurch die anderen ihre Kraft.

Jedoch bleiben an den übrigen Exemplaren verhaftet:

1. der Indossat, welcher mehrere Exemplare desselben Wechsels an verschiedene Personen inossatirt hat, und alle weiteren Indossamenten, deren Unterschriften sich auf den bei der Zahlung nicht zurückgegebenen Exemplaren befinden, aus ihren Indossamenten;
2. der Acceptant, welcher mehrere Exemplare desselben Wechsels acceptirt hat, aus den Accepten auf den bei der Zahlung nicht zurückgegebenen Exemplaren.

§. 68. Wer eines von mehreren Exemplaren eines Wechsels zur Annahme versandt hat, muß auf den übrigen Exemplaren bemerken, bei wem das von ihm zur Annahme versandte Exemplar anzureichen ist. Das Unterlassen dieser Bemerkung entzieht jedoch dem Wechsel nicht die Wechselkraft.

Der Verwahrer des zum Accepte versandten Exemplars ist

verpflichtet, dasselbe demjenigen auszuliefern, der sich als Inossatär (§. 37) oder auf andere Weise zur Empfangnahme legitimirt.

§. 69. Der Inhaber eines Duplicats, auf welchem angegeben ist, bei wem das zum Accepte versandte Exemplar sich befindet, kann Mangels Annahme desselben den Regreß auf Sicherstellung, und Mangels Zahlung den Regreß auf Zahlung nicht eher nehmen, als bis er durch Protest hat stellen lassen:

1. daß das zum Accepte versandte Exemplar ihm vom Verwahrer nicht verabfolgt worden ist, und
2. daß aus auf das Duplicat die Annahme oder die Zahlung nicht zu erlangen gewesen.

2. Wechselkopien.

§. 70. Wechselkopien müssen eine Abschrift des Wechsels und der darauf befindlichen Indossamente und Vermerke enthalten und mit der Erklärung: „bis hieher Abschrift (Kopie)“ oder mit einer ähnlichen Bezeichnung versehen sein.

In der Kopie ist zu bemerken, bei wem das zur Annahme versandte Original des Wechsels anzureichen ist. Das Unterlassen dieses Vermerkes entzieht jedoch der inossatirten Kopie nicht ihre wechselmäßige Kraft.

§. 71. Jedes aus einer Kopie befindliche Original-Indossament verpflichtet den Indossanten eben so, als wenn es auf einem Originalwechsel stünde.

§. 72. Der Verwahrer des Originalwechsels ist verpflichtet, demselben dem Besitzer einer mit einem oder mehreren Originalindossamenten versehenen Kopie anzuliefern, sofern sich dieselbe als Inossatär oder auf andere Weise zur Empfangnahme legitimirt.

Wird der Originalwechsel vom Verwahrer nicht ausgeliefert, so ist der Inhaber der Wechselkopie nur nach Aufnahme des im §. 70 Nr. 1 erwähnten Protestes Regreß auf Sicherstellung und nach Eintritt des in der Kopie angegebenen Verlustes Regreß auf Zahlung gegen diejenigen Indossamenten zu nehmen berechtigt, deren Original-Indossamente auf der Kopie befindlich sind.

XI. Abhanden gekommene Wechsel.

§. 73. Der Eigenthümer eines abhanden gekommenen Wechsels kann die Amortisation des Wechsels bei dem Gerichte des Zahlungsortes beantragen. Nach Einleitung des Amortisationsverfahrens kann derselbe vom Acceptanten Zahlung fordern, wenn er bis zur Amortisation des Wechsels Sicherheit bestellt. Ohne eine solche Sicherheitsbestellung ist er nur die Deposition der aus dem Accepte schuldigen Summe bei Gericht oder bei einer anderen zur Annahme von Depositionen ermächtigten Behörde oder Anstalt zu fordern berechtigt.

§. 74. Der nach den Bestimmungen des §. 36 legitimirte Besitzer eines Wechsels kann nur dann zur Herausgabe desselben angehalten werden, wenn er den Wechsel in bösem Glauben erworben hat oder ihm bei der Erwerbung des Wechsels eine grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

XII. Falsche Wechsel.

§. 75. Auch wenn die Unterschrift des Ausstellers eines Wechsels falsch oder verfälscht ist, behalten dennoch das ächte Accept und die ächten Indossamente die wechselmäßige Wirkung.

§. 76. Aus einem mit einem falschen oder verfälschten Accepte oder Indossamente versehenen Wechsel bleiben sämtliche Indossanten und der Aussteller, deren Unterschriften ächt sind, wechselseitig verpflichtet.

XIII. Wechselverjährung.

§. 77. Der wechselseitige Anspruch gegen den Acceptanten verjährt in drei Jahren vom Verfalltage des Wechsels an gerechnet.

§. 78. Die Regressansprüche des Inhabers (§. 50) gegen den Aussteller und die übrigen Vormänner verjähren:

- 1) in 3 Monaten, wenn der Wechsel in Europa, mit Ausnahme von Island und den Färöern, zahlbar war;
- 2) in 6 Monaten, wenn der Wechsel in den Küstenträern von Asien und Afrika längs des mittelländischen und schwarzen Meeres, oder in den dazu gehörigen Inseln dieser Meere zahlbar war;
- 3) in 18 Monaten, wenn der Wechsel in einem anderen außereuropäischen Lande oder in Island oder den Färöern zahlbar war.

Die Verjährung beginnt gegen den Inhaber mit dem Tage des erfolgten Protestes.

§. 79. Die Regressansprüche des Indossanten gegen (§. 51) den Aussteller und die übrigen Vormänner verjähren:

- 1) in 3 Monaten, wenn der Regressnehmer in Europa, mit Ausnahme von Island und den Färöern wohnt;
- 2) in 6 Monaten, wenn der Regressnehmer in den Küstenträern von Asien und Afrika längs des mittelländischen und schwarzen Meeres, oder in den dazu gehörigen Inseln dieser Meere wohnt;
- 3) in 18 Monaten, wenn der Regressnehmer in einem anderen außereuropäischen Lande oder in Island oder den Färöern wohnt.

Gegen den Indossanten läuft die Frist, wenn er, ehe eine Wechselklage gegen ihn angestellt worden, gezahlt hat, vom Tage der Zahlung, in allen übrigen Fällen aber vom Tage der ihm geschehenen Behändigung der Klage oder Ladung.

§. 80. Die Verjährung (§. 77 — 79) wird nur durch Behändigung der Klage unterbrochen und nur in Beziehung auf denjenigen, gegen welchen die Klage gerichtet ist.

Jedoch vertritt in dieser Hinsicht die von dem Verklagten geführte Streiverkündigung die Stelle der Klage.

XIV. Klagerecht des Wechselgläubigers.

§. 81. Die wechselseitige Verpflichtung trifft den Aussteller, Acceptanten und Indossanten des Wechsels, so wie einen Jeden, welcher den Wechsel, die Wechselkopie, das Accept oder das Indossament mit unterzeichnet hat, selbst dann, wenn er sich dabei nur als Bürge (per aval) benannt hat.

Die Verpflichtung dieser Personen erstreckt sich auf Alles, was der Wechselinhaber wegen Nichterfüllung der Wechselverbindlichkeit zu fordern hat.

Der Wechselinhaber kann sich wegen seiner ganzen Forderung an den Einzelnen halten; es steht in seiner Wahl, welchen Wechselverpflichteten er zuerst in Anspruch nehmen will.

§. 82. Der Wechselschuldner kann sich nur solcher Einreden bedienen, welche aus dem Wechselrechte selbst hervorgehen oder ihm unmittelbar gegen den jedesmaligen Kläger zustehen.

§. 83. Ist die wechselseitige Verbindlichkeit des Ausstellers oder des Acceptanten durch Verjährung oder dadurch, daß die zur Erhaltung des Wechselrechts gesetzlich vorgeschriebenen Handlungen verabsäumt sind, erloschen, so bleiben dieselben dem Inhaber des Wechsels nur so weit, als sie sich mit dessen Schaden bereichern würden, verpflichtet.

Gegen die Indossanten, deren wechselseitige Verbindlichkeit erloschen ist, findet ein solcher Anspruch nicht statt.

XV. Ausländische Gesetzgebung.

§. 84. Die Fähigkeit eines Ausländers, wechselseitige Verpflichtungen zu übernehmen, wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem derselbe angehört. Jedoch wird ein nach den Gesetzen seines Vaterlandes nicht wechselseitiger Ausländer durch Uebernahme von Wechselverbindlichkeiten im Inlande verpflichtet, in sofern er nach den Gesetzen des Inlandes wechselseitig ist.

§. 85. Die wesentlichen Erfordernisse eines im Auslande ausgestellten Wechsels, so wie jeder anderen im Auslande ausgestellten Wechselerklärung werden nach den Gesetzen des Orts beurtheilt, an welchem die Erklärung erfolgt ist. Entsprechend jedoch die im Auslande geschehenen Wechselklärungen den Anforderungen des inländischen Gesetzes, so kann daraus, daß sie nach ausländischen Gesetzen mangelhaft sind, kein Einwand gegen die Rechtsverbindlichkeit der später im Inlande auf den Wechsel gerichteten Erklärungen entnommen werden.

Oben so haben Wechselklärungen, wodurch sich ein Ausländer einem anderen Inländer im Auslande verpflichtet, Wechselkraft, wenn sie auch nur den Anforderungen der inländischen Gesetzgebung entsprechen.

§. 86. Ueber die Form der mit einem Wechsel an einem ausländischen Orte zur Ausübung oder Erhaltung des Wechselrechts vorzunehmenden Handlungen entscheidet das dort geltende Recht.

XVI. Protest.

§. 87. Jeder Protest muß durch einen Notar oder einen Gerichtsbeamten aufgenommen werden.

Der Zuziehung von Zeugen oder eines Protocollführers bedarf es dabei nicht.

§. 88. Der Protest muß enthalten:

- 1) eine wörtliche Abschrift des Wechsels oder der Kopie und aller darauf befindlichen Indossamente und Bemerkungen;
- 2) den Namen oder die Firma der Personen, für welche und gegen welche der Protest erhoben wird;
- 3) daß an die Person, gegen welche protestirt wird, gestellte Begehren, ihre Antwort oder die Bemerkung, daß sie keine gegeben habe oder nicht anzutreffen gewesen sei;
- 4) die Angabe des Orts, so wie des Kalendertages, Monats und Jahres, an welchem die Aufforderung (Art. 3) geschehen oder ohne Erfolg versucht worden ist;
- 5) im Falle einer Ehrennennung oder einer Ehrenzahlung die Erwähnung von wem, für wen und wie sie angeboten und geleistet wird;
- 6) die Unterschrift des Notars oder des Gerichtsbeamten,

welcher den Protest aufgenommen hat, mit Beifügung des Amtssiegels.

§. 89. Muß eine wechselseitliche Leistung von mehreren Personen verlangt werden, so ist über die mehrfache Aufforderung nur Eine Protesturkunde erforderlich.

§. 90. Die Notare und Gerichtsbeamten sind schuldig, die von ihnen aufgenommenen Proteste nach deren ganzem Inhalte Tag für Tag und nach Trennung des Tages in ein besonderes Register einzutragen, das von Blatt zu Blatt mit fortlaufenden Zahlen versehen ist.

XVII. Ort und Zeit für Präsentation und andere im Wechselverkehre vorkommende Handlungen.

§. 91. Die Präsentation zur Annahme oder Zahlung, die Protesterhebung, die Abfertigung eines Wechsel-Duplikats, so wie alle sonstigen bei einer bestimmten Person vorzunehmenden Akte, müssen in deren Geschäftslocal, und in Ermangelung eines solchen, in deren Wohnung vorgenommen werden. An einem anderen Orte, z. B. an der Börse, kann dies nur mit beiderseitigem Einverständniß geschehen.

Daß das Geschäftslocal oder die Wohnung nicht zu ermitteln ist, ist erst dann als festgesetzt anzunehmen, wenn auch eine riserbahn bei der Polizeibehörde des Orts geschehen Nachfrage des Notars oder des Gerichtsbeamten fruchtlos geblieben ist, welches im Proteste bemerkt werden muß.

§. 92. Verfällt der Wechsel an einem Sonntage oder allgemeinen Feiertage, so ist der nächste Werktag der Zahlungstag. Auch die Herausgabe eines Wechsel-Duplikats, die Erklärung über die Annahme, so wie jede andere Erklärung, können nur an einem Werktag gefertigt werden. Fällt der Zeitpunkt, in welchem die Vernahme einer der vorstehenden Handlungen spätestens gefertigt werden mußte, auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag, so muß diese Handlung am nächsten Werktag gefertigt werden.

Dieselbe Bestimmung findet auch auf die Protesterhebung Anwendung.

§. 93. Bestehen an einem Wechselplatze allgemeine Zahlungstage (Kassentage), so braucht die Zahlung eines Wechsels den Zahlungstag gewortenen Wechsels erst am nächsten Zahlungstag geschehen zu werden, sofern nicht der Wechsel auf Sicht lautet. Die im §. 41 für die Aufnahme des Protestes Mangels Zahlung bestimmte Frist darf jedoch nicht überschritten werden.

XVIII. Mangelhafte Unterschriften.

§. 94. Wechselklärungen, welche statt des Namens mit Kreuzen oder anderen Zeichen versehen sind, haben nur dann, wenn diese Zeichen gerichtlich oder notariell beglaubigt werden, Wechselkraft.

§. 95. Wer eine Wechselklärung als Bevollmächtigter eines Andern unterschreibt, ohne dazu Vollmacht zu haben, haftet persönlich in gleicher Weise, wie der angebliche Machtgeber gehaftet haben würde, wenn die Vollmacht zeitlich gewesen wäre.

Tafelste gilt von Vormündern und anderen Vertretern, welche mit Ueberschreitung ihrer Befugnisse Wechselklärungen aufstellen.

Dritter Abschnitt.

Von eigenen Wechseln.

§. 96. Die wesentlichen Erfordernisse eines eigenen (trodernen) Wechsels sind:

- 1) die in den Wechsel selbst aufzunehmende Bezeichnung als Wechsel, oder wenn der Wechsel in einer fremden Sprache ausgefertigt ist, ein jener Bezeichnung entsprechender Ausdruck in der fremden Sprache;
- 2) die Angabe der zu zahlenden Geldsumme;
- 3) der Name der Person oder die Firma, an welche oder an deren Ordere der Aussteller Zahlung leisten will;
- 4) die Bestimmung der Zeit, zu welcher gezahlt werden soll (§. 4, Nr. 4);
- 5) die Unterschrift des Ausstellers mit seinem Namen oder seiner Firma;
- 6) die Angabe des Orts, Monatslages und Jahres der Ausstellung.

§. 97. Der Ort der Ausstellung gilt für den eigenen Wechsel, in sofern nicht ein besonderer Zahlungsort angegeben ist, als Zahlungsort und zugleich als Wohnort des Ausstellers.

§. 98. Nachstehende, in diesem Gesetz für gegogene Wechsel gegebene Vorschriften gelten auch für eigene Wechsel:

1. die §§. 5 und 7 über die Form des Wechsels;
2. die §§. 9 — 17 über das Indossament;
3. die §§. 19 und 20 über die Präsentation der Wechsel auf eine Zeit nach Sicht mit der Maßgabe, daß die Präsentation dem Aussteller geschehen muß;
4. der §. 29 über den Siderheitsregreß mit der Maßgabe, daß derselbe im Falle der Unsicherheit des Ausstellers statuiert;
5. die §§. 30 — 40 über die Zahlung und die Befugniß zur Exposition des fälligen Wechselbetrages mit der Maßgabe, daß letztere durch den Aussteller geschehen kann;
6. die §§. 41 und 42, so wie die §§. 45 — 55 über den Regreß Mangels Zahlung gegen die Indossanten;
7. die §§. 62 — 65 über die Ehrenzahlung;
8. die §§. 70 — 72 über die Kopien;
9. die §§. 73 — 76 über abhanden gekommene und falsche Wechsel mit der Maßgabe, daß im Falle des §. 73 die Zahlung durch den Aussteller erfolgen muß;
10. die §§. 78 — 96 über die allgemeinen Grundzüge der Wechselverfälschung, die Verfälschung der Regreßansprüche gegen die Indossanten, das Klagerrecht des Wechselgläubigers, die ausländischen Wechselgebe, den Protest, den Ort und die Zeit für die Präsentation und andere im Wechselverkehre vorkommende Handlungen, so wie über mangelhafte Unterschriften.

§. 99. Eigene domizillierte Wechsel sind dem Domizilitaten, oder wenn ein solcher nicht benannt ist, dem Aussteller selbst an denjenigen Orte, wohin der Wechsel domiziliert ist, zur Zahlung zu präsentieren und, wenn die Zahlung unterbleibt, dort zu protestieren. Wird die rechtzeitige Protesterhebung beim Domizilitaten verabsäumt, so geht dadurch der wechselseitige Anspruch gegen den Aussteller und die Indossanten verloren.

§. 100. Der wechselseitige Anspruch gegen den Aussteller eines eigenen Wechsels verjährt in drei Jahren vom Verfalltag des Wechsels an gerechnet.

Vorstehender Entwurf ist in der heutigen Sitzung als den Beschlüssen der Conferenz überall entsprechend, anerkannt worden.

Leipzig, den 9. December 1847.

Dr. Ferd. Heisler.

v. Patow.
Bischoff.
M. Magnus.

Dr. Kleinschrod.
Friedr. Schmidt.

von Kœnnerich.
Dr. Finert.
Heinrich Poppe.
Georgi.

Lehzen.
Breidenbach.
Bollpracht.
Harnier.

Hofacker.
C. Behn.
Thöl.
Albers, für Bremen.

W. Brauer.
Thon.
Albers, für Oldenburg.
Lutteroth-Legat.
Halle.

Fuchs.
Liebe.
P. L. Eldor, Dr.

Dr. F. H. F. Haensel.

Entwurf

der

Fassungs-Commission.

Erster Abschnitt.

Von der Wechselbarkeit.

§. 1. Wechselbar ist Jeder, welcher sich durch Verträge verpflichten kann.

§. 2. Der Wechselschuldner haftet für die Erfüllung der übernommenen Wechselverbindlichkeit mit seiner Person und seinem Vermögen.

Jedoch ist der Wechselarrest nicht zulässig:

1. gegen die Erben eines Wechselschuldners;
2. aus Wechselklärungen, welche für Corporationen oder andere juristische Personen, für Aktiengesellschaften oder in Angelegenheiten solcher Personen, welche zu eigener Vermögensverwaltung unfähig sind, von den Vertretern derselben ausgestellt werden;
3. gegen Frauen, wenn sie nicht Handel oder ein anderes Gewerbe treiben.

Inwiefern aus Gründen des öffentlichen Rechts die Vollstreckung des Wechselarrestes gegen andere als die vorgenannten Personen Beschränkungen erleidet, ist in besonderen Gesetzen bestimmt.

§. 3. Finden sich auf einem Wechsel Unterschriften von Personen, welche eine Wechselverbindlichkeit überhaupt nicht, oder nicht mit vollem Erfolge eingeben können, so hat dies auf die Verbindlichkeit der übrigen Wechselverpflichteten keinen Einfluß.

Zweiter Abschnitt.

Von gezogenen Wechseln.

I. Erfordernisse eines gezogenen Wechsels.

§. 4. Die wesentlichen Erfordernisse eines gezogenen Wechsels sind:

1. die in den Wechsel selbst aufzunehmende Bezeichnung als Wechsel oder Wechselbrief, oder wenn der Wechsel in einer fremden Sprache ausgestellt ist, ein jener Bezeichnung entsprechender Ausdruck in der fremden Sprache;
2. die Angabe der zu zahlenden Geldsumme;
3. der Name der Person oder der Firma, an welche oder an deren Orte gezahlt werden soll (des Remittenten);

4. die Angabe der Zeit, zu welcher gezahlt werden soll; die Zahlungszeit kann nur festgesetzt werden auf einen bestimmten Tag, auf Sicht (Vorzeigung, a vista etc.) oder auf eine bestimmte Zeit nach Sicht, auf eine bestimmte Zeit nach dem Tage der Ausstellung (nach dato), auf eine Messe oder einen Markt (Messe- oder Markt-Wechsel);

5. die Unterschrift des Ausstellers (Trassanten) mit seinem Namen oder seiner Firma;

6. die Angabe des Ortes, Monatsstages und Jahres der Ausstellung;

7. der Name der Person oder der Firma, welche die Zahlung leisten soll (des Bezogenen oder Trassaten);

8. die Angabe des Ortes, wo die Zahlung geschehen soll; der bei dem Namen oder der Firma des Bezogenen angegebene Ort gilt für den Wechsel, insofern nicht ein eigener Zahlungsort angegeben ist, als Zahlungsort und zugleich als Wohnort des Bezogenen.

§. 5. Ist die zu zahlende Geldsumme (§. 4 Nro. 2) in Buchstaben und in Ziffern ausgedrückt, so gilt bei Abweichungen die in Buchstaben ausgedrückte Summe.

Ist die Summe mehrmals mit Buchstaben oder mehrmals mit Ziffern geschrieben, so gilt bei Abweichungen die geringere Summe.

§. 6. Der Aussteller kann sich selbst als Remittenten (§. 4 Nro. 3) bezeichnen (Wechsel an eigene Ordre).

Desgleichen kann der Aussteller sich selbst als Bezogenen (§. 4 Nro. 7) bezeichnen, sofern die Zahlung an einem anderen Orte, als dem der Ausstellung, geschehen soll (trassirt-eigene Wechsel).

§. 7. Aus einer Schrift, welcher eines der wesentlichen Erfordernisse eines Wechsels (§. 4) fehlt, entsteht keine wechselfähige Verbindlichkeit. Auch haben die auf eine solche Schrift gegebenen Erklärungen (Indossament, Accept, Aval) keine Wechselkraft.

II. Verpflichtung des Ausstellers.

§. 8. Der Aussteller eines Wechsels haftet für dessen Annahme und Zahlung wechselfähig.

III. Indossament.

§. 9. Der Remittent kann den Wechsel an einen Andern durch Indossament (Giro) übertragen.

Hat jedoch der Aussteller die Uebertragung im Wechsel durch die Worte „nicht an Cetre“ oder durch einen gleich bedeutenden Ausdruck unterlagt, so hat das Indossament keine wechselrechtliche Wirkung.

§. 10. Durch das Indossament gehen alle Rechte aus dem Wechsel auf den Indossatar über, insbesondere auch die Befugniß, den Wechsel weiter zu indossiren. Auch an den Trazanten, Trazanten, Acceptanten oder einen früheren Indossanten kann der Wechsel gültig indossirt und von denselben weiter indossirt werden.

§. 11. Das Indossament muß auf den Wechsel, eine Kopie desselben oder ein mit dem Wechsel oder der Kopie verbundenes Blatt (Allonge) geschrieben werden.

§. 12. Ein Indossament ist vollkommen gültig, wenn der Indossant auch nur seinen Namen oder seine Firma auf die Rückseite des Wechsels oder der Kopie, oder auf die Allonge schreibt. (Blanco-Indossament.)

§. 13. Jeder Inhaber eines Wechsels ist befugt, die auf demselben befindlichen Blanco-Indossamente anzufüllen; er kann den Wechsel aber auch ohne diese Ausfüllung weiter indossiren.

§. 14. Der Indossant haftet jedem späteren Inhaber des Wechsels für dessen Annahme und Zahlung wechelmäßig. Hat er aber dem Indossament die Bemerkung „ohne Gewährleistung“, „ohne Obligo“ oder einen gleichbedeutenden Vorbehalt hinzugefügt, so ist er von der Verbindlichkeit aus seinem Indossamente befreit.

§. 15. Ist in dem Indossamente die Weiterbegebung verboten, so haben diejenigen, an welche der Wechsel aus der Hand des Indossatars gelangt, gegen den Indossanten keinen Regreß.

§. 16. Wenn ein Wechsel nach der Verfallzeit indossirt wird, so erlangt der Indossatar die Rechte aus dem etwa vorhandenen Accepte gegen den Bezogenen und Regreßrechte gegen diejenigen, welche den Wechsel nach der Verfallzeit indossirt haben.

Ist aber der Wechsel vor dem Indossamente bereits Mangels Zahlung protestirt worden, so hat der Indossatar neben dem Rechte aus dem Accepte des Bezogenen nur die gesetzlichen Regreßrechte seines Indossanten gegen den Aussteller und diejenigen, welche den Wechsel bis zur Verfallzeit indossirt haben. Auch ist in einem solchen Falle der Indossant nicht wechelmäßig verpflichtet.

§. 17. Ist dem Indossamente die Bemerkung „zur Einfaßung“, „in Procura“ oder eine andere die Bevollmächtigung ausdrückende Formel beigefügt worden, so überträgt das Indossament das Eigenthum an dem Wechsel nicht, ermächtigt aber den Indossatar zur Einziehung der Wechselordnung, Protesterhebung und Einflagung im Falle der Nichtzahlung, so wie zur Erhebung der deponirten Wechselschuld.

Ein solcher Indossatar ist auch berechtigt, die Befugniß durch ein weiteres Procura-Indossament einem Andern zu übertragen.

Dagegen ist derselbe zur weiteren Begebung durch eigentliches Indossament selbst dann nicht befugt, wenn dem Procura-Indossament der Zusatz „oder Cetre“ hinzugefügt ist.

IV. Präsentation zur Annahme.

§. 18. Der Inhaber eines Wechsels ist berechtigt, den Wechsel dem Bezogenen sofort zur Annahme zu präsentieren und in Ermangelung der Annahme Protest erheben zu lassen.

Nur bei den innerhalb oder außerhalb des Ortes der Ausstellung zahlbaren Wechsels oder Marktwechseln findet eine Ausnahme darin statt, daß solche Wechsel erst in der an dem Wechsel oder Marktiorte gesetzlich bestimmten Präsentationsfrist zur Annahme präsentiert und in Ermangelung derselben protestirt werden können.

Der bloße Besitz des Wechsels ermächtigt zur Präsentation des Wechsels und zur Erhebung des Protestes Mangels Annahme.

§. 19. Eine Verpflichtung des Inhabers, den Wechsel zur Annahme zu präsentieren, findet nur bei Wechseln statt, welche auf eine bestimmte Zeit nach Sicht lauten. Solche Wechsel müssen bei Verlust des wechelmäßigen Anspruchs gegen die Indossanten und den Aussteller, nach Maßgabe der besonderen im Wechsel enthaltenen Bestimmung und in Ermangelung derselben binnen zwei Jahren nach der Ausstellung zur Annahme präsentiert werden.

Hat ein Indossant auf einen Wechsel dieser Art seinem Indossamente eine besondere Präsentationsfrist hinzugefügt, so erlischt seine wechelmäßige Verpflichtung, wenn der Wechsel nicht innerhalb dieser Frist zur Annahme präsentiert worden ist.

§. 20. Wenn die Annahme eines auf bestimmte Zeit nach Sicht gestellten Wechsels nicht zu erhalten ist, oder der Bezogene die Datirung seines Acceptes verzögert, so muß der Inhaber, bei Verlust des wechelmäßigen Anspruchs gegen die Indossanten und den Aussteller die rechtzeitige Präsentation des Wechsels durch einen innerhalb der Präsentationsfrist (§. 19) erhobenen Protest scheitern lassen.

Der Protesttag gilt in diesem Falle für den Tag der Präsentation.

Ist die Protesterhebung unterblieben, so wird gegen den Acceptanten, welcher die Datirung seines Acceptes unterlassen hat, die Verfallzeit des Wechsels vom letzten Tage der Präsentationsfrist an gerechnet.

V. Annahme (Acceptation).

§. 21. Die Annahme des Wechsels muß auf dem Wechsel schriftlich geschehen.

Jede auf den Wechsel geschriebene und von dem Bezogenen unterschriebene Erklärung gilt für eine unbedingte Annahme, sofern nicht in derselben ausdrücklich ausgesprochen ist, daß der Bezogene entweder überhaupt nicht oder nur unter gewissen Einschränkungen annehmen wolle.

Gleichgefaßt gilt es für eine unbedingte Annahme, wenn der Bezogene ohne weiteren Beifüg seinen Namen oder seine Firma auf die Vorderseite des Wechsels schreibt.

Die einmal erfolgte Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden.

§. 22. Der Bezogene kann die Annahme auf einen Theil der im Wechsel verbriefenen Summe beschränken.

Werden dem Accepte andere Einschränkungen beigefügt, so wird der Wechsel einem solchen gleichgefaßt, dessen Annahme gänzlich verzögert worden ist, der Acceptant hat aber nach dem Inhalte seines Acceptes wechelmäßig.

§. 23. Der Bezogene wird durch die Annahme wechselt-

mäßig vermindert, die von ihm acceptirte Summe zur Verfallzeit zu zahlen.

Auch dem Aussteller basiert der Bezogene aus dem Accepte wechselfähig.

Dagegen steht dem Bezogenen kein Wechselrecht gegen den Aussteller zu.

§. 24. Ist in dem Wechsel ein vom Wohnorte des Bezogenen verschiedener Zahlungsort (§. 4 No. 8) angegeben (Domizilwechsel), so ist, in so fern der Wechsel nicht schon ergeht, durch wen die Zahlung am Zahlungsorte erfolgen soll, dies vom Bezogenen bei der Annahme auf den Wechsel zu bemerken. Ist dies nicht geschehen, so wird angenommen, daß der Bezogene selbst die Zahlung am Zahlungsorte leisten wolle.

Der Aussteller eines Domizilwechsels kann in demselben die Präsentation zur Annahme mit oder ohne Fristbestimmung verordnen. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift hat den Verlust des Regresses gegen den Aussteller und die Indossanten zur Folge.

VI. Regress auf Sicherstellung:

1. wegen nicht erhaltener Annahme.

§. 25. Wenn die Annahme eines Wechsels überhaupt nicht, oder unter Einschränkungen, oder nur auf eine geringere Summe erfolgt ist, so sind die Indossanten und der Aussteller wechselfähig verpflichtet, gegen Aushändigung des Mangels Annahme ausgenommenen Protesches genügende Sicherheit dahin zu leisten, daß die Verzinsung der im Wechsel versprochenen Summe, oder des nicht angenommenen Betrages, so wie die Erstattung der durch die Nichtannahme veranlaßten Kosten am Verfalltage erfolgen werde.

Jedoch sind diese Personen auch befugt, auf ihre Kosten die fällige Summe bei Gericht oder bei andern zur Annahme von Crediten ermächtigten Anstalten niederzulegen.

§. 26. Der Remittent, sowie jeder Indossatar wird durch den Besitz des Mangels Annahme ausgenommenen Protesches ermächtigt, von dem Aussteller und den übrigen Vormännern Sicherheit zu fordern und im Wege des Wechselprotestes darauf zu klagen.

Der Regressnehmer ist hierbei an die Folgeordnung der Indossanten und die einmal getroffene Wahl nicht gebunden.

Der Vorträgung des Wechsels und des Nachweises, daß der Regressnehmer seinen Nachmännern selbst Sicherheit bestellt habe, bedarf es nicht.

§. 27. Die bestellte Sicherheit basiert nicht bloß dem Regressnehmer, sondern auch allen übrigen Nachmännern des Behalters. Derselben sind weitere Sicherheit zu verlangen nur in dem Falle berechtigt, wenn sie gegen die Art oder Größe der bestellten Sicherheit Einwendungen zu begründen vermögen.

§. 28. Die bestellte Sicherheit muß zurückgegeben werden:

1. sobald die vollständige Annahme des Wechsels nachträglich erfolgt ist;
2. wenn gegen den Regresspflichtigen, welcher sie bestellt hat, binnen Jahresfrist, vom Verfalltage des Wechsels an gerechnet, auf Zahlung aus dem Wechsel nicht verklagt worden ist;
3. wenn die Zahlung des Wechsels erfolgt oder die Wechselkraft desselben erloschen ist.

2. Wegen Unsicherheit des Acceptanten.

§. 29. Ist ein Wechsel ganz oder theilweise angenommen worden, so kann in Betreff der acceptirten Summe Sicherheit nur gefordert werden:

1. wenn über das Vermögen des Acceptanten der Concurs (Schulverfahren, Liquidation) eröffnet worden ist, oder der Acceptant auch nur seine Zahlungen eingestellt hat;
2. wenn nach Ausstellung des Wechsels eine Execution in das Vermögen des Acceptanten fruchtlos ausgefallen, oder wider denselben wegen Erfüllung einer Zahlungsverbindlichkeit die Vollstreckung des Personalarrestes verfügt worden ist.

Wenn in diesen Fällen die Sicherheit von dem Acceptanten nicht geleistet und deshalb Protest gegen denselben erhoben wird, und von den auf dem Wechsel etwa benannten Notariatsstellen die Annahme nach Ausweis des Protestes nicht zu erhalten ist, so kann der Inhaber des Wechsels und jeder Indossatar gegen Auslieferung des Protestes von seinen Vormännern Sicherstellung fordern. (§§. 25–28.)

Der bloße Besitz des Wechsels vertritt die Stelle einer Vollmacht, in den Nr. 1 und 2 genannten Fällen von dem Acceptanten Sicherheitsbestellung zu fordern, und wenn solche nicht zu erhalten ist, Protest erheben zu lassen.

VII. Erfüllung der Wechselverbindlichkeit.

1. Zahlungstag.

§. 30. Ist in dem Wechsel ein bestimmter Tag als Zahlungstag bezeichnet, so tritt die Verfallzeit an diesem Tage ein.

Ist die Zahlungzeit auf die Mitte eines Monats gesetzt worden, so ist der Wechsel am 15. dieses Monats fällig.

§. 31. Ein auf Sicht gestellter Wechsel ist bei der Verzinsung fällig.

Ein solcher Wechsel muß bei Verlust des wechselfähigen Anspruchs gegen die Indossanten und den Aussteller nach Maßgabe der besonderen im Wechsel ausgedrückten Verabredung, und in Ermangelung derselben, binnen zwei Jahren zur Zahlung präsentiert werden.

Hat ein Indossant auf einen Wechsel dieser Art seinem Indossament eine besondere Präsentationsfrist hinzugefügt, so erlischt seine wechselfähige Verpflichtung, wenn der Wechsel nicht innerhalb dieser Frist präsentiert worden ist.

§. 32. Bei Wechseln, welche mit dem Ablaufe einer bestimmten Frist nach Sicht oder nach dato zahlbar sind, tritt die Verfallzeit ein:

1. wenn die Frist nach Tagen bestimmt ist, an dem letzten Tage der Frist; bei Verrechnung der Tage wird der Tag, an welchem der nach dato zahlbare Wechsel ausgefällt oder der nach Sicht zahlbare zur Annahme präsentiert ist, nicht mitgerechnet;
2. wenn die Frist nach Wochen, Monaten oder einem mehrere Monate umfassenden Zeitraume (Jahr, halbes Jahr, Vierteljahr) bestimmt ist, an demjenigen Tage der Zahlungswoche oder des Zahlungsmonats, der durch seine Benennung oder Zahl dem Tage der Ausstellung oder Präsentation entspricht; fehlt dieser Tag in dem Zahlungsmonate, so tritt die Verfallzeit am letzten Tage des Zahlungsmonats ein.

Der Ausdruck „halber Monat“ wird einem Zeitraume von

15 Tagen gleich geachtet. Ist der Wechsel auf einen oder mehrere ganze Monate und einen halben Monat gestellt, so find die 15 Tage zuletzt zu zählen.

§. 33. Respecttage finden nicht statt.

§. 34. Ist in einem Lande, in welchem nach altem Styl gerechnet wird, ein im Inlande zahlbarer Wechsel nach dato ausgestellt, und dabei nicht bemerkt, daß der Wechsel nach neuem Styl datirt sei, oder ist derselbe nach beiden Stylen datirt, so wird der Verfalltag nach demjenigen Kalendertage neuen Stils berechnet, welcher dem nach altem Styl sich ergebenden Tage der Ausfällung entspricht.

§. 35. Meß- oder Marktwchsel werden zu der durch die Gezege des Meß- oder Marktes bestimmten Zahlungszeit, und in Ermangelung einer solchen Festsetzung an dem Tage vor dem gezeigten Schluß der Messe oder des Marktes fällig.

Dauert die Messe oder der Markt nur einen Tag, so tritt die Verfallzeit des Wechsels an diesem Tage ein.

2. Zahlung.

§. 36. Vor der Verfallzeit kann die Zahlung des Wechsels wider den Willen des Inhabers nicht geleistet werden.

§. 37. Der Inhaber eines inofficiellen Wechsels wird durch eine zusammenhängende bis auf ihn hinübergehende Reihe von Indossamenten als Eigenthümer des Wechsels legitimirt. Das erste Indossament muß demnach mit dem Namen des Remittenten, jedes folgende Indossament mit dem Namen desjenigen unterzeichnet sein, welchen das unmittelbar vorhergehende Indossament als Indossatar benennt. Wenn auf ein Blanco-Indossament ein weiteres Indossament folgt, so wird angenommen, daß der Aussteller des letzteren den Wechsel durch das Blanco-Indossament erwerben hat.

Ausgestrichene Indossamente werden bei Prüfung der Legitimation als nicht gekündigt angesehen.

Die Wechselfrei der Indossamente zu prüfen, ist der Zahlende nicht verpflichtet.

§. 38. Lauter ein Wechsel auf eine Münzsorte, welche am Zahlungsorte keinen Umlauf hat, oder auf eine Rechnungswährung, so kann die Wechselsumme nach ihrem Werthe zur Verfallzeit in der Landesmünze geachtet werden, sofern nicht der Aussteller durch den Gebrauch des Wortes „effektiv“ oder eines ähnlichen Zusatzes die Zahlung in der im Wechsel benannten Münzsorte ausdrücklich bestimmt hat.

§. 39. Der Inhaber des Wechsels darf eine ihm angebotene Theilzahlung selbst dann nicht zurückweisen, wenn die Annahme auf den ganzen Betrag der verfallenen Summe erfolgt ist.

§. 40. Der Wechselschuldner ist nur gegen Ausbändigung des quittirten Wechsels zu zahlen verpflichtet.

Hat der Wechselschuldner eine Theilzahlung geleistet, so kann derselbe nur verlangen, daß die Zahlung auf dem Wechsel abgeschrieben und ihm Quittung auf einer Abschrift des Wechsels ertheilt werde.

§. 41. Wird die Zahlung des Wechsels am Zahlungstage nicht gefordert, so ist der Acceptant befreit, die Wechselsumme auf Gefahr und Kosten des Inhabers bei Gericht, oder bei anderen zur Annahme von Depositen ermächtigten Anstalten niederzulegen.

Der Vorladung des Inhabers bedarf es nicht.

VIII. Regress Mangel's Zahlung.

§. 42. Zur Ausübung des bei nicht erlangter Zahlung statthabenden Regresses gegen den Aussteller und die Indossanten ist erforderlich:

1. daß der Wechsel zur Zahlung präsentirt worden ist, und
2. daß sowohl diese Präsentation als die Nichterlangung der Zahlung durch einen rechtzeitig darüber aufgenommenen Protest dargezogen wird.

Die Erhebung des Protestes ist am Zahlungstage zulässig, sie muß aber spätestens am zweiten Werktage nach dem Zahlungstage geschehen.

§. 43. Die Aufforderung, keinen Protest erheben zu lassen („ohne Protest“, „ohne Kosten“ etc.) gilt als Erlaß des Protestes, nicht aber als Erlaß der Pflicht zur rechtzeitigen Präsentation. Der Wechselverpflichtete, von welchem jene Aufforderung ausging, muß die Beweislast übernehmen, wenn er die rechtzeitig gegebene Präsentation in Abrede stellt.

Gegen die Pflicht zum Erlaß der Protestkosten schützt jene Aufforderung nicht, wenn der Protest notwendig war, dem Inhaber den Regress gegen andere Wechselverpflichtete zu sichern.

§. 44. Domizilirte Wechsel sind dem Domiziliaten, oder wenn ein solcher nicht benannt ist, dem Trassaten selbst an demjenigen Orte, wohin der Wechsel domizilirt ist, zur Zahlung zu präsentieren, und wenn die Zahlung unterbleibt, dort zu protestiren.

Wird die rechtzeitige Protesterhebung beim Domiziliaten verabreimt, so geht dadurch der wechsellässige Anspruch gegen den Aussteller, die Indossanten und den Acceptanten verloren, gegen den letzteren jedoch nur in dem Falle, wenn der am Zahlungsorte aufwachende Zahler nicht der Acceptant selbst ist.

§. 45. Zur Erhaltung des Wechselrechts gegen den Acceptanten bedarf es mit Ausnahme des im §. 44 erwähnten Falles weder der Präsentation am Zahlungstage, noch der Erhebung eines Protestes.

§. 46. Der Inhaber eines Mangel's Zahlung protestirten Wechsels ist verpflichtet, seinen unmittelbaren Vormann innerhalb zweier Tage nach Aufnahme des Protestes von der Nichtzahlung des Wechsels schriftlich zu benachrichtigen, zu welchem Ende es genügt, wenn das Benachrichtigungsschreiben innerhalb dieser Frist zur Post gegeben ist.

Jeder benachrichtigte Vormann muß binnen derselben, vom Tage des empfangenen Verdicts zu berechnenden Fristen seinen nächsten Vormann in gleicher Weise benachrichtigen.

Der Inhaber oder Indossatar, welcher die Benachrichtigung unterläßt oder dieselbe nicht an den unmittelbaren Vormann ergehen läßt, wird hierdurch den sämtlichen oder den übrigen Vormännern zum Erlaß des aus der unterlassenen Benachrichtigung entstandenen Schadens verpflichtet. Auch verliert derselbe gegen diese Personen den Anspruch auf Zinsen und Kosten, so daß er nur die Wechselsumme nach dem Course der Verfallzeit zu fordern berechtigt ist.

§. 47. Kommt es auf den Nachweis der dem Vormanne rechtzeitig gegebenen schriftlichen Benachrichtigung an, so genügt zu diesem Zwecke der durch ein Poststück geführte Beweis, daß ein Brief von dem Beteiligten an den Vorseßen an dem angegebenen Tage abgeschickt ist, so fern nicht dargezogen wird, daß der angekommene Brief einen andern Inhalt gehabt hat.

Auch der Tag des Empfangs der erhaltenen schriftlichen Benachrichtigung kann durch ein Poststück nachgewiesen werden.

§. 48. Hat ein Indossant den Wechsel ohne Hinzufügung einer Ortsbezeichnung weiter begeben, so ist der Vormann desselben von der unterliegenden Zahlung zu befreier.

§. 49. Jeder Wechselschuldner hat das Recht, gegen Erstattung der Wechselsumme nebst Zinsen und Kosten die Auslieferung des zumitirten Wechsels und des wegen Nichtzahlung erbobenen Breites vom dem Inhaber zu fordern.

§. 50. Der Inhaber eines Mangels Zahlung protestirten Wechsels kann die Wechselklage gegen alle Wechselverpflichtete oder auch nur gegen Einige oder Einen derselben anstellen, ohne dadurch seinen Anspruch gegen die nicht in Anspruch genommenen Verpflichteten zu verlieren. Er kann auch die in der einen oder andern Art angestellte Klage zurücknehmen und eine zweite Klage erheben, ohne dadurch den Regreß gegen Diejenigen zu verlieren, welche er in der ersten Klage belangt hatte.

Derselbe ist an die Reihenfolge der Indossamente nicht gebunden.

§. 51. Die Regreßansprüche des Inhabers eines Mangels Zahlung protestirten Wechsels beschränken sich auf die nachstehenden Forderungen:

1. der nicht bezahlten Wechselsumme nebst 6 Prozent jährlicher Zinsen vom Verfalltage ab,
2. der Protestkosten und anderen Auslagen,
3. einer Provision von $\frac{1}{2}$ Prozent.

Die vorstehenden Beträge müssen, wenn der Regreßpflichtige an einem andern Orte, als dem Zahlungsorte wohnt, zu demjenigen Course gezahlt werden, welchen ein vom Zahlungsort auf den Wohnort des Regreßpflichtigen gezogener Wechsel auf Sicht hat.

Befindet am Zahlungsort kein Cours auf jenen Wohnort, so wird der Cours nach demjenigen Plage genommen, welcher dem Wohnorte des Regreßpflichtigen am nächsten liegt.

Die Höhe des Courses ist auf Verlangen des Regreßpflichtigen durch einen unter öffentlicher Autorität angestellten Courtier oder durch das Attest eines vereideten Wälfers, oder in Ermangelung derselben durch einen Attest zweier Kaufleute zu befestigen.

§. 52. Der Indossant, welcher den Wechsel eingelöst oder als Rimesse erhalten hat, ist von einem früheren Indossanten oder von dem Aussteller zu fordern berechtigt:

1. die ganze von ihm gezahlte oder durch Rimesse berichtete Summe nebst 6 Prozent jährlicher Zinsen vom Tage der Zahlung,
2. die ihm entstandenen Kosten,
3. eine Provision von $\frac{1}{2}$ Prozent.

Die vorstehenden Beträge müssen, wenn der Regreßpflichtige an einem andern Orte, als dem Regreßnehmer wohnt, zu demjenigen Course gezahlt werden, welchen ein vom Wohnort des Regreßnehmers auf den Wohnort des Regreßpflichtigen gezogener Wechsel auf Sicht hat.

Befindet im Wohnorte des Regreßnehmers kein Cours auf den Wohnort des Regreßpflichtigen, so wird der Cours nach demjenigen Plage genommen, welcher dem Wohnorte des Regreßpflichtigen am nächsten liegt.

Wegen der Bestimmung der Höhe des Courses kommt die Bestimmung des §. 51 zur Anwendung.

§. 53. Durch die Bestimmungen der §§. 51 und 52 No. 1 und 3 wird bei einem Regreß auf einen ausländischen Ort die Berechnung leidet, denn zulässiger Tage nicht ausgemessen.

§. 54. Der Regreßnehmer kann über den Betrag seiner Forderung einen Rückwechsel auf den Regreßpflichtigen ziehen.

Der Forderung treten in diesem Falle noch die Wälfersgebühren für Regezierung des Rückwechsels, so wie die etwaigen Stempelgebühren hinzu.

Der Rückwechsel muß auf Sicht zahlbar und unmittelbar (a drittura) gestellt werden.

§. 55. Der Regreßpflichtige ist nur gegen Auslieferung des Wechsels, des Protestes und einer quittirten Retourrechnung Zahlung zu leisten verbunden.

§. 56. Jeder Indossant, der einen seiner Nachmänner befriedigt hat, kann sein eigenes und seiner Nachmänner Indossament ausstreichen.

IX. Intervention:

1. Ehrenannahme.

§. 57. Befindet sich auf einem Mangels Annahme protestirten Wechsel eine auf den Zahlungsort lautende Nothadresse, so muß, ehe Sicherstellung verlangt werden kann, die Annahme von der Nothadresse gefordert werden.

Unter mehreren Nothadressen gebührt derjenigen der Vorrang, durch deren demnächstige Zahlung die meisten Verpflichteten befreit werden.

§. 58. Die Ehrenannahme von Seiten einer nicht auf dem Wechsel als Nothadresse benannten Person braucht der Inhaber nicht zuzulassen.

§. 59. Der Ehrenacceptant muß sich den Protest Mangels Annahme gegen Erstattung der Kosten ausbändigen und in einem Anhange zu demselben die Ehrenannahme bemerken lassen.

Er muß den Honoraten unter Uebersendung des Protestes von der geschehenen Intervention benachrichtigen und diese Benachrichtigung mit dem Proteste innerhalb zweier Tage nach dem Tage der Protesterhebung zur Post geben.

Unterläßt er dies, so haftet er für den durch die Unterlassung entstehenden Schaden.

§. 60. Wenn der Ehrenacceptant unterlassen hat, in seinem Accepte zu bemerken, zu wessen Ehren die Annahme geschieht, so wird der Traßant als Honorat angesehen.

§. 61. Der Ehrenacceptant wird den sämtlichen Nachmännern des Honoraten durch die Annahme wechselsmäßig verpflichtet. Diese Verpflichtung erlischt, wenn dem Ehrenacceptanten der Wechsel nicht spätestens innerhalb zweier Tage nach dem Verfalltage zur Zahlung vorgelegt wird.

§. 62. Wenn der Wechsel von einer Nothadresse oder einem anderen Interventanten zu Ehren angenommen wird, so haben der Inhaber und die Nachmänner des Honoraten keinen Regreß auf Sicherstellung.

Derselbe kann aber vom dem Honoraten und dessen Vormännern geltend gemacht werden.

2. Ehrenzahlung.

§. 63. Befindet sich auf dem von dem Bezogenen nicht eingelösten Wechsel oder der Kopie Nothadressen oder ein Ehrenaccept, welche auf den Zahlungsort lauten, so muß der Inhaber den Wechsel innerhalb zweier Tage nach dem Verfalltage den sämtlichen Nothadressen und dem Ehrenacceptanten zur Zahlung vorlegen und den Erfolg im Proteste

Mangels Zahlung oder in einem Anhaufe zu demselben bemerken lassen.

Unterläßt er dies, so verliert er den Regreß bis auf den Acceptanten oder Honoraten einschließlic.

Weist der Inhaber die von einem anderen Intervenienten angebotene Ehrenzahlung zurück, so verliert er den Regreß bis auf den Honoraten ausschließlic.

§. 64. Dem Ehrenzahler muß der Wechsel und der Protest Mangels Zahlung gegen Erstattung der Kosten ausgehändigt werden.

Er tritt durch die Ehrenzahlung in die Rechte des Inhabers gegen den Honoraten, dessen Vornänner und den Acceptanten.

§. 65. Unter Mehreren, welche sich zur Ehrenzahlung anbieten, gebührt Demjenigen der Vorzug, durch dessen Zahlung die meisten Wechselverpflichteten befreit werden.

Ein Intervenient, welcher zahlt, obgleich aus dem Wechsel oder Proteste ersichtlich ist, daß ein Anderer, dem er hiernach nachsehen müßte, den Wechsel einzulösen bereit war, hat seinen Regreß gegen diejenigen Indossamenten, welche durch Leistung der von dem Anderen angebotenen Zahlung befreit werden wären.

§. 66. Der Ehrenzahler ist berechtigt, für die Intervention eine Provision von $\frac{1}{2}$ Prozent zu verlangen. Diese Bestimmung gilt auch für die Ehrenzahlung, welche an einem ausländischen Orte geleistet ist, sofern nicht die Zulässigkeit höherer Sätze an demselben bescheinigt wird.

Der Ehren-Acceptant, welcher nicht zur Zahlungseistung gelangt, weil der Belegene oder ein anderer Intervenient gezahlt hat, ist berechtigt, diese Provision von dem Zahlenden zu fordern.

X. Vervielfältigung eines Wechsels.

§. 67. Der Aussteller eines gezogenen Wechsels ist verpflichtet, dem Remittenten auf Verlangen mehrere gleichlautende Gremplare des Wechsels zu überliefern.

1. Wechselduplicate.

Dieselben müssen im Centerte als Prima, Secunda, Tertia u. s. w. beschriftet sein, würidigfalls jedes Gremplar als ein für sich bestehender Wechsel (Sola-Wechsel) erachtet wird.

Auch ein Indossatar kann ein Duplicat des Wechsels verlangen. Er muß sich dieserhalb an seinen unmittelbaren Vornann wenden, welcher wieder an seinen Vornann zurückgeben muß, bis die Infordderung an den Aussteller gelangt. Jeder Indossatar kann von seinem Vornanne verlangen, daß die früheren Indossamente auf dem Duplicate wiederholt werden.

§. 68. Ist von mehreren ausgefertigten Gremplaren das eine bezahlt, so verlieren dadurch die anderen ihre Kraft.

Jedoch bleiben aus den übrigen Gremplaren verbafter:

1. der Intossant, welcher mehrere Gremplare desselben Wechsels an verschiedene Personen indossirt hat, und alle späteren Indossamenten, deren Unterschrift sich auf den bei der Zahlung nicht zurückgegebenen Gremplaren befindet, aus ihren Indossamenten;

2. der Acceptant, welcher mehrere Gremplare desselben Wechsels acceptirt hat, aus den Accepten auf den bei der Zahlung nicht zurückgegebenen Gremplaren.

§. 69. Wird eines von mehreren Gremplaren eines Wechsels zur Annahme vorgelegt, hat, muß auf den übrigen Gremplaren bemerken, bei wem das von ihm zur Annahme vorgelegte Gremplar anzureichen ist. Das Unterlassen dieser Bemerkung entzieht jedoch dem Wechsel nicht die Wechselkraft.

Der Verwahrer des zum Accepte versandten Gremplars ist verpflichtet, dasselbe demjenigen auszuliefern, der sich als Indossatar (§. 37) oder auf andere Weise zur Empfangnahme legitimirt.

§. 70. Der Inhaber eines Duplicats, auf welchem angegeben ist, bei wem das zum Accepte versandte Gremplar sich befindet, kann Mangels Annahme desselben den Regreß auf Sicherstellung, und Mangels Zahlung den Regreß auf Zahlung nicht erheben, als bis er durch Protest hat feststellen lassen:

1. daß das zum Accepte versandte Gremplar ihm vom Verwahrer nicht verabfolgt worden ist, und
2. daß auch die Annahme des Duplicats oder die Zahlung nicht zu erlangen gewesen.

2. Wechselkopien.

§. 71. Wechselkopien müssen eine Abschrift des Wechsels und der darauf befindlichen Indossamente und Vermerke enthalten und mit der Erklärung: „bis hierher Abschrift (Kopie)“ oder mit einer ähnlichen Bezeichnung versehen sein.

In der Kopie ist zu bemerken, bei wem das zur Annahme vorgelegte Original des Wechsels anzureichen ist. Das Unterlassen dieses Vermerkes entzieht jedoch der indossirten Kopie nicht ihre wechselmäßige Kraft.

§. 72. Jedes auf einer Kopie befindliche Original-Indossament verpflichtet den Indossanten eben so, als wenn es auf einem Originalwechsel stünde.

§. 73. Der Verwahrer des Originalwechsels ist verpflichtet, denselben dem Besizer einer mit einem oder mehreren Originalindossamenten versehenen Kopie auszuliefern, sofern sich derselbe als Indossatar oder auf andere Weise zur Empfangnahme legitimirt.

Wird der Originalwechsel vom Verwahrer nicht ausgeliefert, so ist der Inhaber der Wechselkopie nur nach Ausnahme des im §. 70 Nr. 1 erwähnten Proteches Regreß auf Sicherstellung und nach Eintritt des in der Kopie angegebenen Verfalltages Regreß auf Zahlung gegen diejenigen Indossanten zu nehmen berechtigt, deren Original-Indossamente auf der Kopie befindlich sind.

XI. Abhanden gekommene Wechsel.

§. 74. Der Eigentümer eines abhanden gekommenen Wechsels kann die Amortisation des Wechsels bei dem Gerichte des Zahlungsortes beantragen. Nach Einkünfte des Amortisationsverfahrens kann derselbe vom Acceptanten Zahlung fordern, wenn er bis zur Amortisation des Wechsels Sicherheit bestellt. Ohne eine solche Sicherheitsbestellung ist er nur die Deposition der aus dem Accepte schuldigen Summe bei Gericht oder bei anderen zur Annahme von Depositionen ermächtigten Anstalten zu fordern berechtigt.

§. 75. Der nach den Bestimmungen des §. 37 legitimirte Besizer eines Wechsels kann nur dann zur Herausgabe desselben angehalten werden, wenn er den Wechsel in bösem Glauben erworben hat oder ihm dabei eine grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

XII. Falsche Wechsel.

§. 76. Auch wenn die Unterschrift des Ausstellers eines Wechsels falsch oder verfälscht ist, behalten dennoch das ächte Wechsel und die ächten Indossamente die wechselmäßige Wirkung.

§. 77. Aus einem mit einem falschen oder verfälschten Accepte oder Indossamente versehenen Wechsel bleiben sämtliche Indossanten und der Aussteller, deren Unterschriften ächt sind, wechselmäßig verhaftet.

XIII. Wechselverjährung.

§. 78. Der wechselmäßige Anspruch gegen den Acceptanten verjährt innerhalb dreier Jahre vom Verfalltage des Wechsels an gerechnet.

§. 79. Die Regreßansprüche des Inhabers gegen den Aussteller und die übrigen Vormänner verjähren:

- 1) in 3 Monaten, wenn der Wechsel in Europa, mit Ausnahme von Island und den Färöern, zahlbar war;
- 2) in 6 Monaten, wenn der Wechsel in den Küstländern von Asien und Afrika längs dem mittelländischen und schwarzen Meere, oder in den dazu gehörigen Inseln zahlbar war;
- 3) in 18 Monaten, wenn der Wechsel in einem anderen außereuropäischen Lande oder in Island oder den Färöern zahlbar war.

Die Verjährung beginnt gegen den Inhaber mit dem Tage des erhobenen Protestes.

§. 80. Die Regreßansprüche des Indossanten gegen den Aussteller und die übrigen Vormänner verjähren:

- 1) in 3 Monaten, wenn der Regreßnehmer in Europa, mit Ausnahme von Island und den Färöern wohnt;
- 2) in 6 Monaten, wenn der Regreßnehmer in den Küstländern von Asien und Afrika längs dem mittelländischen und schwarzen Meere, oder in den dazu gehörigen Inseln wohnt;
- 3) in 18 Monaten, wenn der Regreßnehmer in einem anderen außereuropäischen Lande oder in Island oder den Färöern wohnt.

Gegen den Indossanten läuft die Frist, wenn er, ehe eine Wechselklage gegen ihn angestellt worden, gezahlt hat, vom Tage der Zahlung, in allen übrigen Fällen aber vom Tage der ihm geschehenen Behändigung der Klage oder Ladung.

§. 81. Die Verjährung (§. 78 — 80) wird nur durch Behändigung der Klage unterbrochen und nur in Beziehung auf denjenigen, gegen welchen die Klage gerichtet ist.

Jedoch vertritt in dieser Beziehung die von dem Beklagten geschehene Zircirentbindung die Stelle der Klage.

XIV. Klagerecht des Wechselgläubigers.

§. 82. Die wechselmäßige Verpflichtung trifft den Aussteller, Acceptanten und Indossanten des Wechsels, so wie einen Jeden, welcher den Wechsel, die Wechselkopie, das Accept oder das Indossament mit unterschreibt hat, selbst dann, wenn er sich dabei nur als Bürge (per aval) benannt hat.

Die Verpflichtung dieser Personen erstreckt sich auf Alles, was der Wechselinhaber wegen Nichterfüllung der Wechselverbindlichkeit zu fordern hat.

Der Wechselinhaber kann sich wegen seiner ganzen Forderung an den Einzelnen halten; es steht in seiner Wahl, welchen Wechselverbindlichkeiten er zuerst in Anspruch nehmen will.

§. 83. Der Wechselkulturer kann sich nur solcher Einreden bedienen, welche aus dem Wechselrechte selbst hervorgehen oder ihm unmittelbar gegen den jedesmaligen Klagel zufließen.

§. 84. Ist die wechselmäßige Verbindlichkeit des Ausstellers oder des Acceptanten durch Verjährung oder dadurch, daß die

zur Erhaltung des Wechselrechts gesetzlich vorgeschriebenen Handlungen verabzäumt sind, erloschen, so bleiben dieselben dem Inhaber des Wechsels nur so weit, als sie sich mit dessen Schäden berechnen würden, verhaftet.

Gegen die Indossanten, deren wechselmäßige Verbindlichkeit erloschen ist, findet kein anderweiter Anspruch statt.

XV. Ausländische Gesetzgebung.

§. 85. Die Fähigkeit eines Ausländers, wechselmäßige Verpflichtungen zu übernehmen, wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem derselbe angehört. Jedoch wird ein nach den Gesetzen seines Vaterlandes nicht wechselfähiger Ausländer durch Uebernahme von Wechselverbindlichkeiten im Inlande verpflichtet, in sofern er nach den Gesetzen des Inlandes wechselfähig ist.

§. 86. Die wesentlichen Erfordernisse eines im Auslande ausgestellten Wechsels, so wie jeder anderen im Auslande ausgestellten Wechselerklärung werden nach den Gesetzen des Orts beurtheilt, an welchem die Erklärung erfolgt ist. Entsprechen jedoch die im Auslande gegebenen Wechselklärungen den Anforderungen des inländischen Gesetzes, so kann daraus, daß sie nach ausländischen Gesetzen mangelhaft sind, kein Einwand gegen die Rechtsverbindlichkeit der später im Inlande auf den Wechsel geleigten Erklärungen entnommen werden.

Gegen so haben Wechselklärungen, wodurch sich ein Inländer einem anderen Inländer im Auslande verpflichtet, Wechselstact, wenn sie auch nur den Anforderungen der inländischen Gesetzgebung entsprechen.

§. 87. Ueber die Form der mit einem Wechsel an einem ausländischen Plage zur Ausübung oder Erhaltung des Wechselrechts vorzunehmenden Handlungen entscheidet das dort geltende Recht.

XVI. Protest.

§. 88. Jeder Protest muß durch einen Notar oder einen Gerichtsbeamten aufgenommen werden.

Der Zuweisung von Zeugen oder eines Protocollführers bedarf es dabei nicht.

§. 89. Proteste dürfen nur an einem Tage, welcher kein Sonntag oder allgemeiner Feiertag ist, erhoben werden. Ist der Tag, an welchem die Protesterhebung spätkens geschehen konnte, ein Sonntag oder ein allgemeiner Feiertag, so muß der Protest am nächstfolgenden Werktag erhoben werden.

§. 90. Der Protest muß enthalten:

- 1) eine wörtliche Abchrift des Wechsels oder der Kopie und aller darauf befindlichen Indossamente und Bemerkungen;
- 2) den Namen oder die Firma der Personen, für welche und gegen welche der Protest erhoben wird;
- 3) daß an die Person, gegen welche protestirt wird, gefesselt Begehren, ihre Antwort oder die Bemerkung, daß sie keine gegeben habe oder nicht anzutreffen gewesen sei;
- 4) die Angabe des Orts, so wie des Kalendertages, Monats und Jahres, an welchem die Aufforderung (Nr. 3) geschehen oder ohne Erfolg verjährt worden ist;
- 5) im Falle einer Ehrenannahme oder einer Ehrenzahlung die Erwähnung von wem, für wen und wie sie angeboten und geleistet wird;

6) die Unterschrift des Notars oder des Gerichtsbeamten, welcher den Protest aufgenommen hat, mit Beifügung des Amtsiegels.

§. 91. Muß eine wechselseitliche Leistung von mehreren Personen verlangt werden, so ist über die nöthige Aufzählung nur Eine Protesturkunde erforderlich.

§. 92. Die Notare und Gerichtsbeamten sind schuldig, die von ihnen aufgenommenen Proteste nach deren ganzem Inhalte Tag für Tag und nach Ordnung des Datums in ein besonderes Register einzutragen, das von Blatt zu Blatt mit fortlaufenden Zahlen versehen ist.

XVII. Ort und Zeit für Präsentation und andere im Wechselverkehre vorkommende Handlungen.

§. 93. Die Präsentation zur Annahme oder Zahlung, die Protesterhebung, die Abforderung eines Wechsel-Duplikats, so wie alle sonstigen bei einer bestimmten Person vorzunehmenden Akte, müssen in deren Geschäftslocal, und in Ermangelung eines solchen, in deren Wohnung vorgenommen werden. An einem anderen Orte, z. B. an der Börse, kann dies nur mit beiderseitigem Einverständnis geschehen.

Daß das Geschäftslocal oder die Wohnung nicht zu ermitteln sei, ist erst alsdann als festgestellt anzunehmen, wenn auch eine diesbezügliche bei der Polizeibehörde des Orts geführte Nachfrage fruchtlos geblieben ist, welches im Proteste bemerkt werden muß.

§. 94. Die Zahlung des Wechsels, die Herausgabe eines Wechsel-Duplikats, die Erklärung über die Annahme, so wie jede andere Erklärung, können nur an einem Werktag gefordert werden. Fällt der Zeitpunkt, in welchem die Vernahme einer der vorstehenden Handlungen spätestens gefordert werden mußte, auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag, so muß diese Handlung am nächsten Werktag gefordert werden.

§. 95. Betreiben an einem Wechselplatze allgemeine Zahlungstage (Rassittage), so braucht die Zahlung eines zwischen den Zahlungstagen fällig gewordenen Wechsels erst am Zahlungstage geleistet zu werden, sofern nicht der Wechsel auf Sicht lautet.

Die im §. 42 für die Aufnahme des Protestes Mangel's Zahlung bestimmte Frist darf jedoch nicht überschritten werden.

XVIII. Mangelhafte Unterschriften.

§. 96. Wechselklärungen, welche statt des Namens mit Kreuzen oder anderen Zeichen voll ogen sind, haben nur dann, wenn diese Zeichen gerichtlich oder notariell beglaubigt worden, Wechselkraft.

§. 97. Wer eine Wechselklärung als Bevollmächtigter eines Anderen unterzeichnet, ohne dazu Vollmacht zu haben, haftet persönlich in gleicher Weise, wie der angebliche Rechtgeber gehandelt haben würde, wenn die Vollmacht ertheilt gewesen wäre.

Dasselbe gilt von Vormündern und anderen Vertretern, welche mit Ueberschreitung ihrer Befugnisse Wechselklärungen aufstellen.

Dritter Abschnitt.

Von eigenen Wechseln.

§. 98. Die wesentlichen Erfordernisse eines eigenen (trockenen) Wechsels sind:

1. die in den Wechsel selbst aufzunehmende Bezeichnung als Wechsel oder Wechselbrief, oder wenn der Wechsel in einer fremden Sprache ausgestellt ist, ein jener Bezeichnung entsprechender Ausdruck in der fremden Sprache;

2. die zu zahlende Geldsumme;

3. der Name der Person oder die Firma, an welche oder an deren Orde der Aussteller Zahlung leisten will;

4. die Bestimmung der Zeit, zu welcher gezahlt werden soll (§. 4, Nr. 4);

5. die Unterschrift des Ausstellers mit seinem Namen oder seiner Firma;

6. die Angabe des Orts, Monats Tages und Jahres der Ausstellung.

§. 99. Der Ort der Ausstellung gilt für den eigenen Wechsel, in sofern nicht ein besonderer Zahlungsort angegeben ist, als Zahlungsort und zugleich als Wohnort des Ausstellers.

§. 100. Nachstehende, in diesem Gesetz für georgene Wechsel gegebene Vorschriften gelten auch für eigene Wechsel:

1. die §§. 5 und 7 über die Form des Wechsels;

2. die §§. 9 — 17 über das Indossament;

3. die §§. 19 und 20 über die Präsentation der Wechsel auf eine Zeit nach Sicht mit der Maßgabe, daß die Präsentation dem Aussteller geschehen muß;

4. der §. 29 über den Siderheitsregreß mit der Maßgabe, daß derselbe im Falle der Unfähigkeit des Ausstellers stattfindet;

5. die §§. 30 — 41 über die Zahlung und die Befugniß zur Deposition des fälligen Wechselbetrages mit der Maßgabe, daß letztere durch den Aussteller geschehen kann;

6. die §§. 42 bis 44 und 46 — 56 über den Regreß Mangel's Zahlung gegen die Indossanten;

7. die §§. 63 — 66 über die Eorenzahlung;

8. die §§. 71 — 73 über die Kopien;

9. die §§. 74 — 77 über abhandlung gefommene und falsche Wechsel mit der Maßgabe, daß im Falle des §. 74 die Zahlung durch den Aussteller erfolgen muß;

10. die §§. 78 — 97 über die allgemeinen Gründe der Wechselverfälschung, die Verjährung der Regreßansprüche gegen die Indossanten, das Klagerrecht des Wechselgläubigers, die ausländischen Wechselgesetze, den Protest, den Ort und die Zeit für die Präsentation und andere im Wechselverkehre vorkommende Handlungen, so wie über mangelhafte Unterschriften.

§. 101. Eigene demittirte Wechsel sind dem Demittanten, oder wenn ein solcher nicht benannt ist, dem Aussteller selbst an demjenigen Orte, wohin der Wechsel demittirt ist, zur Zahlung zu präsentieren und, wenn die Zahlung unterbleibt, dort zu protestiren. Wird die rechtzeitige Protesterhebung beim Demittanten verabsäumt, so geht dadurch der wechselseitige Anspruch gegen den Aussteller und die Indossanten verloren.

§. 102. Der wechselseitige Anspruch gegen den Aussteller eines eigenen Wechsels verjährt innerhalb dreier Jahre vom Verfalltage des Wechsels an gerechnet.

Entwurf

einer

Wechselordnung für die Preussischen Staaten

nach den Beschlüssen der Kommission des königlichen Staatsraths.

Erster Abschnitt.

Von der Wechselfähigkeit.

§ 1. Wechselfähig sind alle Personen, welche sich durch Darlehensverträge gültig verpflichten können.

§ 2. Der Wechselschuldner haftet für die Erfüllung der übernommenen Wechselverbindlichkeit bei Vermeidung des sofort erfolgenden Personalarrestes.

Jedoch ist der Wechselpersonalarrest nicht zulässig:

1. gegen Officiere und Soldaten des preussischen Heeres, sowie gegen Landwehrofficiere und Landwehrmänner im activen Dienst, auch wenn ihre Wechselverbindlichkeit aus einem gültig von ihnen eingegangenen Darlehensvertrage entsprungen ist;
2. gegen Frauen, wenn sie nicht selbstständig ein Gewerbe treiben;
3. gegen die Erben eines Wechselschuldners;
4. aus Wechselklärungen, welche in Angelegenheiten von Corporationen, Aktiengesellschaften und anderen juristischen Personen, oder in Angelegenheiten solcher Personen, welche in eigener Vermögensverwaltung unfähig sind, von den zur Vertretung bestellten Personen ausgeht.

§ 3. Finden sich auf einem Wechsel Unterschriften von Personen, welche eine Wechselverbindlichkeit gar nicht, oder nicht mit vollem Erfolge eingehen können, so hat dies auf die Verbindlichkeit der übrigen Wechselverpflichteten keinen Einfluß.

Zweiter Abschnitt.

Von gezogenen Wechseln.

I. Erfordernisse eines Wechsels.

§ 4. Die wesentlichen Erfordernisse eines im Inlande ausgestellten gezogenen Wechsels sind:

1. die in den Gentert aufzunehmende Bezeichnung als Wechsel, Wechselbrief oder Lettate, oder wenn der Wechsel in einer fremden Sprache ausgestellt ist, ein jener Bezeichnung entsprechender Ausdruck in der fremden Sprache;
2. die Bezeichnung der zu zahlenden Geldsumme;

3. der Name der Person oder die Firma, an welche oder an deren Ordre gezahlt werden soll (des Remittenten);
4. die Bestimmung der Zeit, zu welcher gezahlt werden soll; die Zahlungszeit kann nur bestimmt werden auf einen bestimmten Tag, auf Sicht (a vista) oder auf eine bestimmte Zeit nach Sicht, auf eine bestimmte Zeit nach dem Tage der Ausstellung (nach dato), auf eine Messe oder einen Markt (Messe oder Markt = Wechsel);
5. die Unterschrift des Ausstellers (Traffanten) mit seinem Namen oder seiner Firma;
6. die Angabe des Ortes, Monatstages und Jahres der Ausstellung;
7. der Name der Person oder die Firma, welche die Zahlung leisten soll (des Bezogenen oder Traffanten);
8. die Bestimmung des Ortes, wo die Zahlung geschehen soll.

§ 5. Der Aussteller kann sich selbst als Bezogenen (§ 4 Nro. 7) bezeichnen, sofern die Zahlung an einem andern Orte, als dem der Ausstellung, geschehen soll (Traffat = eigene Wechsel).

Desgleichen kann der Aussteller sich als Remittenten (§ 4 Nro. 3) benennen (Wechsel an eigene Ordre).

§ 6. In die zu zahlende Geldsumme (§ 4 Nro. 2) in Buchstaben und in Ziffern ausgedrückt, so entscheidet bei Abweichungen die in Buchstaben ausgedrückte Summe.

§ 7. Der bei dem Namen oder der Firma des Bezogenen angegebene Ort gilt für den Wechsel als Wohnort des Bezogenen und, wenn in demselben kein Zahlungsort angegeben ist, zugleich als Zahlungsort.

§ 8. Aus einer Schrift, welcher eines der wesentlichen Erfordernisse eines Wechsels (§. 4) fehlt, entsteht keine wechselmäßige Verbindlichkeit. Auch haben die auf eine solche Schrift gegebenen Erklärungen (Indossament, Accept, Aval) keine Wechselkraft.

II. Verpflichtung des Ausstellers.

§ 9. Der Aussteller eines Wechsels haftet dem Remittenten und jedem andern Eigentümer des Wechsels für die Annahme und Bezahlung des Wechsels wechselmäßig.

III. Indossament.

§ 10. Der Remittent kann seine Rechte aus dem Wechsel

an einen Andern durch Indossament (Siro) in allen Fällen übertragen, in welchen der Aussteller dies in dem Wechsel nicht ausdrücklich unterlag hat.

§. 11. Durch das Indossament gehen alle Rechte des Indossanten aus dem Wechsel auf den neuen Eigenthümer (Indossatar) über, insbesondere auch die Befugnis, den Wechsel weiter zu indossiren. Diese Wirkung hat das Indossament auch dann, wenn der Wechsel an den Trafsanten, Trafsanten, Acceptanten oder einen früheren Indossanten indossirt und von demselben weiter begeben worden ist.

§. 12. Das Indossament muß auf den Wechsel, eine Kopie desselben oder ein mit dem Wechsel oder der Kopie verbundenes Blatt (Monge) geschrieben werden.

§. 13. Auch ein Blanko-Indossament, d. h. ein solches, bei welchem der Eigenthümer des Wechsels nur seinen Namen oder seine Firma auf die Rückseite des Wechsels oder der Kopie, oder auf die Monge schreibt, ist als ein vollkommen gültiges Indossament zu betrachten.

§. 14. Jeder Eigenthümer eines Wechsels ist befugt, die auf demselben befindlichen Blanko-Indossamente auszufüllen; insbesondere den Namen oder die Firma des Indossatars, und die Angabe des Orts, Monatstages und Jahres der Indossirung einzutragen; er kann den Wechsel aber auch ohne diese Ausfüllung weiter indossiren.

§. 15. Der Indossant haftet jedem späteren Eigenthümer des Wechsels für dessen Annahme und Zahlung weisend. Hat er aber dem Indossament die Bemerkung „ohne Gewährleistung“ oder „ohne Obligo“ hinzugefügt, so ist er von der Verbindlichkeit aus seinem Indossamente befreit.

§. 16. Ein nach dem Verfalltage des Wechsels ausgefertigtes Indossament hat nur die Wirkung einer Copie.

§. 17. Sind dem Indossamente die Worte „zur Einlassung“ oder „in Procura“ beigefügt worden, so überträgt dasselbe das Eigentum an dem Wechsel nicht, legitimirt aber den Indossatar gegen jeden Wechselkreditur zur Einziehung der Wechselforderung, Protescherhebung und Einlassung im Falle der Nichtzahlung, so wie zur Erhebung der Wechselforderung aus gerichtlichen Depositionen.

Ein solcher Indossatar ist auch berechtigt, diese Befugnisse durch ein weiteres Indossament „zur Einlassung“ oder „in Procura“ einem Andern zu übertragen.

Durch die Befügung anderer Worte, als der „zur Einlassung“ oder „in Procura“ wird dem Indossamente die im §. 11 bezeichnete Wirkung nicht entzogen.

IV. Präsentation zur Annahme.

§. 18. Der Eigenthümer eines Wechsels ist von dem nachstehend bezeichneten Zeitpunkte an berechtigt, den Wechsel dem Bezogenen zur Annahme zu präsentieren und in Ermangelung der Annahme Protest erheben zu lassen:

1. bei Wechseln, welche am Orte der Ausstellung zahlbar sind (Platzwechseln), vom Tage der Ausstellung an;
2. bei Wechseln, welche außerhalb des Orts der Ausstellung zahlbar sind, von der Zeit an, zu welcher der Bezogene nach dem gewöhnlichen Postenlaufe einen

am Tage der Ausstellung zur Post gegebenen Abreis, brief vom Aussteller erhalten haben kann;

3. bei allen in und außerhalb des Orts der Ausstellung zahlbaren Wechsels- oder Marktwechseln vom ersten in der Wechsels- oder Marktordnung des Zahlungsorts bestimmten Präsentationsstage an.

Der bloße Besitz des Wechsels ermächtigt zur Präsentation des Wechsels und zur Protescherhebung.

§. 19. Eine Verpflichtung, den Wechsel zur Annahme zu präsentieren, findet nur bei Wechseln statt, welche auf eine bestimmte Zeit nach Sicht lauten.

Solche Wechsel müssen, bei Verlust des wechselmäßigen Anpruchs gegen die inländischen Indossanten und den inländischen Aussteller, nach Maßgabe der besonderen im Wechsel ausgedrückten Vorbedingung, und in Ermangelung derselben binnen der nachfolgenden Fristen zur Annahme präsentiert werden:

1. wenn der Wechsel von einem Plage des Inlandes oder eines andern Landes in Europa auf einen Platz des Inlandes gezogen ist, binnen drei Monaten nach der Ausstellung;
2. wenn der Wechsel von einem außereuropäischen Plage auf einen Platz des Inlandes gezogen ist, binnen einem Jahre nach der Ausstellung.

In dem Monate, in welchem hiernach die Präsentation des Wechsels spätestens erfolgen muß, kann die Präsentation noch an dem Kalendertage, der durch seine Zahl dem Tage der Ausstellung entspricht, erfolgen. Fällt dieser Kalendertag in dem gedachten Monate, so muß die Präsentation spätestens am letzten Tage dieses Monats erfolgen.

§. 20. Ist die Annahme eines auf eine bestimmte Zeit nach Sicht gestellten Wechsels nicht zu erhalten, oder verzögert der Bezogene die Datirung seines Acceptes, so kann der Eigenthümer des Wechsels den Verlust des wechselmäßigen Anpruchs gegen die Indossanten und den Aussteller nur dadurch verhindern, daß er die reichliche Präsentation des Wechsels durch einen innerhalb der Präsentationsfrist (§. 19) erhobenen Protest feststellen läßt.

Gegen den Acceptanten, welcher die Datirung seines Acceptes unterlassen hat, wird die Verfallzeit des Wechsels, wenn der Eigenthümer des Wechsels seinen Protest hat erheben lassen, vom letzten Tage der Präsentationsfrist an gerechnet.

V. Annahme (Acceptation).

§. 21. Die Annahme des Wechsels muß auf dem Wechsel schriftlich geschehen. Hierzu genügt, daß der Bezogene seinen Namen oder seine Firma auf die Vorderseite des Wechsels schreibt.

Die einmal erfolgte Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden.

§. 22. Der Bezogene wird durch die Annahme des Wechsels wechselmäßig verpflichtet, die im Wechsel verbriefene Summe zur Verfallzeit zu zahlen.

§. 23. Der Bezogene, welcher den Wechsel acceptirt, jedoch nicht bezahlt hat, haftet an den Aussteller weisend.

Dagegen steht dem Bezogenen kein Wechselsrecht gegen den Aussteller zu.

§. 24. Ist ein Wechsel auf eine geringere Summe oder unter anderen im Accepte angedruckten Einschränkungen angenommen worden, so wird der Wechsel einem solchen gleichgeachtet, dessen Annahme gänzlich verworfen worden ist, der Acceptant haftet aber nach dem Inhalte seines Accepts wechselmäßig.

§. 25. Ist in dem Wechsel ein vom dem Bezo- genen verzeichneter Zahlungsort (§. 4 No 8 und §. 7) angegeben (Semi- Wechsel), so muß, in so fern der Wechsel nicht schon ergibt, durch wen die Zahlung am Zahlungsorte erfolgen soll, dies vom Acceptanten bei der Acceptation auf dem Wechsel bemerkt werden. Ist dies nicht geschehen, so wird angenommen, daß der Acceptant selbst die Zahlung am Zahlungsorte leisten wolle.

VI. Regreß auf Sicherstellung:

1. wegen nicht erhaltener Annahme.

§. 26. Wenn die Annahme eines Wechsels überhaupt nicht, oder nur unter Einschränkungen (§. 24) erfolgt ist, so hat die Interessanten und der Aussteller wechselmäßig verpflichtet, gegen Ansehung des wegen Mangels Annahme aufgenommenen Protesses genügende Sicherheit durch Pfand oder Bürgen da- in zu leisten, daß die Bezahlung der ganzen im Wechsel verzeichneten Summe und der durch die Rücknahme veranlaßten Kosten am Verfalltage erfolgen werde.

§. 26. f. Die Personen auch besagt, auf ihre Kosten die schuldige Summe gänzlich zu decken oder im Beirthe des Appellationsgerichtshofes in Geld nach der dort bestehenden Einrichtung bei der vor- nächsten Bank niederzulegen.

§. 27. Jeder Interessante wird durch den Befehl des wegen Mangels Annahme aufgenommenen Protesses legitimirt, von seinen Vormännern Sicherheit zu fordern und im Wege des Wechselpresses darauf zu klagen. Er ist hierbei an die Forderung der Indossamenten nicht gebunden.

Der Vortragung des Wechsels und des Nachweises, daß der Regreßnehmer seinen Hintermännern selbst Sicherheit bestellt habe, bedarf es nicht.

§. 28. Die bestellte Sicherheit muß zurückgegeben werden, sobald die vollständige Acceptation des Wechsels nachträglich erfolgt; ferner alldem, wenn gegen den Regreßpflichtigen, welcher sie bestellt hat, binnen Jahresfrist, vom Verfalltage des Wechsels an gerechnet, auf Zahlung aus dem Wechsel nicht geklagt worden ist.

2. Wegen Nichterhalt der Acceptanten.

§. 29. Ist der Wechsel vollständig acceptirt worden, so kann Sicherheit nur gefordert werden:

1. wenn der Acceptant schriftlich erklärt hat, daß sein Vermögen zur Befriedigung seiner Gläubiger unzureichend sei, oder wenn über sein Vermögen der Concurs eröffnet worden ist;
2. wenn der Acceptant sich auf künftigen Fuß gesetzt hat;
3. wenn nach Ausstellung des Wechsels eine Circulation in das Vermögen des Acceptanten fruchtlos ausgefallen, oder wider denselben wegen Erfüllung einer Zahlungsverpflichtung Personalarrest verhängt worden ist.

Wenn in diesen Fällen die Sicherheit von dem Acceptanten nicht geleistet und innerhalb Protesst gegen denselben erhoben ist, so kann der Eigenthümer des Wechsels und jeder In-

dessant auf Grund des wegen Mangels Sicherheit aufgenommenen Protesses und gegen Auslieferung dieses Protesses von seinen Vormännern Sicherstellung fordern (§. 26).

Der bloße Befehl des Wechsels vertritt die Stelle einer Vollmacht, in den vorstehend Nr. 1—3 genannten Fällen von dem Acceptanten Sicherheitsleistung zu fordern, und wenn solche nicht zu erhalten ist, Protesst erheben zu lassen.

VII. Erfüllung der Wechselverbindlichkeit.

1. Zahlungstag.

§. 30. Ist in dem Wechsel ein bestimmter Tag als Zahlungstag bezeichnet, so tritt die Verfallzeit an diesem Tage ein.

Ist die Zahlungszeit auf die Mitte eines Monats gesetzt worden, so ist der Wechsel am 15. dieses Monats fällig.

§. 31. Ein auf Sicht gestellter Wechsel ist bei der Voreizung fällig.

Die Präsentation eines Wechsels auf Sicht, welcher auf einen inländischen Platz gezogen ist, muß bei Verlust des wechselmäßigen Anspruchs gegen die inländischen Interessanten und den inländischen Aussteller binnen der im §. 19 bestimmten Fristen bewirkt werden.

§. 32. Bei Wechseln, welche mit dem Ablaufe einer bestimmten Frist nach Sicht oder nach Dato zahlbar sind, tritt die Verfallzeit ein:

1. wenn diese Frist nach Tagen oder Wochen bestimmt ist, an dem letzten Tage der Frist; bei Berechnung der Frist wird der Tag, an welchem der nach Dato zahlbare Wechsel ausgestellt oder der nach Sicht zahlbare vorgezigt ist, nicht mitgerechnet;
2. wenn die Frist nach Monaten oder nach einem mehrere Monate umfassenden Zeitraum (Jahr, halbes Jahr, Vierteljahr) bestimmt ist, an demjenigen Kalenderstage des Zahlungsmonats, der durch seine Zahl dem Tage der Ausstellung oder Voreizung entspricht; fehlt dieser Tag in dem Zahlungsmonate, so tritt die Verfallzeit am letzten Tage des Zahlungsmonats ein.

Der Ausdruck „halber Monat“ wird einem Zeitraum von 15 Tagen gleich geachtet. Ist der Wechsel auf einen oder mehrere ganze Monate und einen halben Monat gestellt, so sind die 15 Tage zuletzt zu zählen.

§. 33. Neßpätze finden fortan bei Wechseln nicht statt.

§. 34. Ist ein im Inlande zahlbarer Wechsel in einem Lande, in welchem nach altem Etyl gerechnet wird, ausgestellt, und dabei nicht durch einen Zusatz angegeben worden, daß der Wechsel nach neuem Etyl datirt sei, oder ist solcher nach beiden Etylen datirt, so wird der Verfalltag, sofern solcher von der Zeit der Ausstellung abhängt, nach demjenigen Kalenderstage neuen Etyls berechnet, welcher dem nach altem Etyl sich ergebenden Tage der Ausstellung entspricht.

§. 35. Meß- oder Marktwechsel werden an dem nach der Meß- oder Markrechnung des Zahlorts für die Zahlungen auf der Meße oder dem Markte festgesetzten Tage, und in Ermangelung einer solchen Festsetzung an dem Tage vor dem geschäftlichen Schluß der Meße oder des Marktes fällig.

Dauert die Meße oder der Markt nur einen Tag, so tritt die Verfallzeit des Wechsels an diesem Tage ein.

2. Zahlung.

§. 36. Der Inhaber eines indossirten Wechsels wird durch eine zusammenhängende bis auf ihn hinuntergehende Reihe von Indossamenten als Eigentümer des Wechsels legitimirt. Das erste Indossament muß demnach von dem Remittenten, jedes folgende Indossament von Demjenigen ausgestellt sein, welchen das unmittelbar vorhergehende Indossament als Indossatar bezeichnet. Ein auf ein Blanko-Indossament folgendes Indossament ist als von Demjenigen ausgestellt zu erachten, welches den Wechsel durch das Blanko-Indossament erworben hatte.

Ausgeschiedene Indossamente werden bei Prüfung der Legitimation als nicht geschrieben angesehen.

Die Rectheit der Indossamente zu prüfen, ist der Zahlende nicht verpflichtet.

§. 37. Lautet ein im Inlande zahlbarer Wechsel auf eine Mannferte, welche im Inlande keinen Umlauf hat, oder auf eine Rechnungsmünze, so kann die Wechselsumme nach ihrem Werthe zur Verfallzeit im preussischem Gelde gezahlt werden.

Ist ein im Inlande zahlbarer Wechsel auf eine Summe von Thalern mit dem Zusatz: „in Geld“ ausgestellt, so muß die Zahlung in Friedrichsd'oren, das Stück zu 5 Thalern gerechnet, geleistet werden.

§. 38. Der Eigenthümer des Wechsels ist zur Annahme von Theilzahlungen befugt, aber nicht verpflichtet, und zwar auch dann nicht, wenn die Acceptation auf eine geringere Summe, als die verbriefene, erfolgt ist.

§. 39. Der Wechselschuldner ist nur gegen Aushändigung des quittirten Wechsels zu zahlen verpflichtet.

Hat der Eigenthümer des Wechsels eine Theilzahlung angenommen, so kann der Zahlende nur verlangen, daß die Zahlung auf dem Wechsel abgeschrieben und ihm Quittung auf einer beglaubigten Abschrift des Wechsels erteilt werde.

VIII. Regreß Mangels Zahlung.

§. 40. Zur Ausübung des bei nicht erlangter Zahlung statthabenden Regresses gegen den Aussteller und die Indossanten ist erforderlich:

1. daß der Wechsel zur Zahlung präsentirt worden ist, und
2. daß sowohl diese Präsentation als die Nichterlangung der Zahlung durch einen rechtzeitig darüber aufgenommenen Protest dargezogen wird.

Die Erhebung des Protests ist schon am Zahlungstage von 3 Uhr Nachmittags an zulässig, sie muß aber spätestens am nächstfolgenden Werktage geschehen.

Die Klausel „ohne Protest“ oder „ohne Kosten“ so wie jede andere Erklärung, durch welche der Wechselinhaber von der Verpflichtung zur Protestaufnahme im Voraus entbunden wird, ist wirkungslos.

§. 41. Domizilirte Wechsel sind dem Domiziliaten, oder wenn ein solcher nicht benannt ist, dem Trassanten selbst an demjenigen Orte, wohn der Wechsel domizilirt ist, zur Zahlung zu präsentiren, und wenn die Zahlung unterbleibt, dort zu protestiren.

Wird die rechtzeitige Protesterhebung beim Domiziliaten verabkumt, so geht dadurch der wechselmäßige Anspruch gegen den Acceptanten, sowie gegen den Aussteller und die Indossanten verloren.

§. 42. Zur Erhaltung des Wechselrechts gegen den Accep-

tantan bedarf es mit Ausnahme des im §. 41 erwähnten Falles weder der Präsentation am Zahlungstage, noch der Erhebung eines Protests.

§. 43. Dem Eigenthümer eines wegen Mangels Zahlung rechtzeitig protestirten Wechsels sind sämtliche Vormänner solidarisch verpflichtet.

Es steht in seiner Wahl, von welchem Wechselverpflichteten er zunächst seine Befriedigung fordern will.

§. 44. Der Eigenthümer des Wechsels muß denjenigen seiner Vormänner, von welchem er zuerst seine Befriedigung fordern will, wenn dieser an demselben Orte wohnt, spätestens am zweiten Tage nach Ablauf des Tages, an welchem der Protest erhoben worden, von der Abkablung des Wechsels benachrichtigen und ihm in derselben Frist den Wechsel und die Protest-Urkunde zur Einlösung vorlegen.

Wohnt der in Anspruch zu nehmende Vormann an einem andern Orte, so muß die Benachrichtigung an ihn spätestens am zweiten Tage nach Ablauf des Tages, an welchem der Protest erhoben worden, zur Post gegeben, und diesem Vormanne der Wechsel nebst der Protest-Urkunde spätestens am zweiten Tage nach Anfang der Post, mit welcher die Benachrichtigung abzuenden war, zur Einlösung vorgelegt werden.

Die Beobachtung dieser Vorschriften erhält das Wechselrecht gegen den in Anspruch genommenen Vormann und dessen Vormänner.

§. 45. Will der Inhaber des Wechsels sich das Wechselrecht auch gegen die Hintermänner des in Anspruch genommenen Vormannes erhalten, so muß er jeden dieser Hintermänner spätestens binnen zwei Tagen nach Ablauf des Tages, an welchem der Protest erhoben worden, von der Nichtablung des Wechsels, unter Beifügung einer Abschrift der Protest-Urkunde, benachrichtigen.

Gegen die an einem andern Orte wohnenden Hintermänner wird das Wechselrecht schon erhalten, wenn die Benachrichtigung nebst Abschrift des Protests innerhalb der gedachten Frist zur Post gegeben worden.

Das Wechselrecht wird jedoch durch die Beobachtung dieser Vorschriften gegen die Hintermänner des in Anspruch genommenen Mannes nur dann erhalten, wenn auch die Vorschriften §. 44 beobachtet werden.

§. 46. Jeder Indossant, welcher im Wege des Regresses den Wechsel eingelöst oder als Rüsse erhalten hat, muß gegen diejenigen Vormänner, gegen welche er sich das Wechselrecht erhalten will, die Vorschriften der §§. 44 und 45 gleichfalls beobachten. Die Frist zur Beobachtung dieser Vorschriften beginnt mit dem Ablaufe des Tages, an welchem er den Wechsel eingelöst hat.

§. 47. Auch wenn ein Wechsel im Wege des Regresses vom Auslande her in das Inland übergeh, muß der inländische Indossant den inländischen Wechselverpflichteten gegenüber bei Verlust seines Wechselrechts gegen dieselben die Vorschriften der §§. 44, 45 und 46 beobachten.

§. 48. Dem Eigenthümer des Wechsels bleiben diejenigen Vormänner, gegen welche er sich das Wechselrecht erhalten hat, so wie der Acceptant, innerhalb der Verjährungsfrist (§. 73) wechselsmäßig verhaftet. Der Eigenthümer kann die Wechselklage gegen alle Wechselverpflichtete oder auch nur gegen Einige der selben anstellen, ohne dadurch seinen Anspruch gegen die nicht in Anspruch genommenen Verpflichteten zu verlieren. Er kann auch die in der einen oder and-

dem An gestellte Klage zurücknehmen und eine zweite Klage erheben, ohne dadurch den Regreß gegen Diejenigen zu verlieren, welche er in der ersten Klage belangt hatte.

§. 49. Der Rechtsanspruch des Eigenthümers des Wechsel, welcher den Protest Mangels Zahlung hat erheben lassen, umfaßt:

1. die nicht bezahlte Wechselsumme nebst Verzugszinsen vom Verfalltage ab,
2. die Provisionskosten,
3. eine Provision von $\frac{1}{2}$ Prozent.

§. 50. Der Intossant, welcher den Wechsel eingelöst oder als Remisse erhalten hat, ist von einem früheren Intossanten oder von dem Aussteller zu fordern berechtigt:

1. die ganze von ihm gezahlte oder durch Remisse berichtete Summe nebst Verzugszinsen vom Tage der Zahlung,
2. die ihm entstandenen Kosten,
3. eine Provision von $\frac{1}{2}$ Prozent.

§. 51. Die in den §§. 49 und 50 angegebenen Beträge müssen, wenn der Regreßpflichtige an einem andern Orte, als der Regreßnehmer wohnt, zu demjenigen Course gezahlt werden, welchen ein vom Wohnort des Regreßnehmers auf den Wohnort des Regreßpflichtigen gezogener Wechsel auf Sicht hat.

Der Regreßpflichtige kann die Beibehaltung dieses Courses durch den Coursegel oder durch einen Akt zweier Kaufleute fordern.

§. 52. Der Regreßnehmer kann über den Betrag seiner Forderung einen Rückwechsel auf den Regreßpflichtigen ziehen.

Der Forderung treten in diesem Falle noch die Wällegebühren für Revision des Rückwechsels hinzu.

Der Rückwechsel muß auf Sicht zahlbar und unmittelbar (a drittura) gestellt werden.

§. 53. Der Regreßpflichtige ist nur gegen Auslieferung des Wechsel, des Protocolls, einer quittirten Reourrechnung, so wie der Belege über die außer der Wechselsumme in der Reourrechnung aufgeführten Posten, Zahlung zu leisten verpflichtet.

§. 54. Jeder Intossant, der einen seiner Hintermänner befreit hat, kann sein eigenes und seiner Hintermänner Giro ausstreichen.

IX. Intervention:

1. Ehrenannahme.

§. 55. Der Eigenthümer eines Wechsel, dessen Annahme bei dem Bezogenen nicht zu erhalten ist, hat keine Verpflichtung, die Annahme bei einer Notadresse zu fordern.

Läßt jedoch der Eigenthümer den Wechsel von einer Notadresse oder einem andern Intervenienten zu Ehren acceptiren, so befreit er sich hierdurch des Rechts, wegen nicht erfolgter Annahme Seitens des Bezogenen Eiderstellung von dem Aussteller und den Intossanten zu fordern (§§. 26–23).

§. 56. Im Falle der Ehrenannahme ist in dem Accepte zu vermerken, zu wem das Gut gekehrt. Zieht dieser Vermerk, so wird der Traßant als Honorat angehen.

§. 57. Der Ehrenacceptant wird den sämtlichen Hintermännern des Wechsel durch die Annahme verbindlich gemacht. Diese Verpflichtung eracht, wenn der Ehrenacceptant der Wechsel befreit, am nächsten Verlage nach dem Zahlungstage zur Zahlung vorgelegt wird.

2. Ehrenzahlung.

§. 58. Befinden sich auf dem von dem Bezogenen nicht eingelösten Wechsel oder der Kopie desselben Notadressen oder ein Ehrenaccept, welche auf den Zahlungsort lauten, so kann der Eigenthümer des Wechsel den wechselmäßigen Anspruch gegen seine Vornänner nur dadurch sich erhalten, daß er

1. den Protest Mangels Zahlung erheben und
2. in diesem Protocoll oder in einem Anhange zu demselben feststellen läßt, daß der Wechsel spätestens am nächsten Verlage nach dem Zahlungstage sämtlichen Notadressen und dem etwa vorhandenen Ehrenacceptanten zur Zahlung vorgelegt werden, letztere aber nicht zu erhalten gewesen ist.

§. 59. Dem Ehrenzahler muß der Wechsel und der Protest Mangels Zahlung gegen Erstattung der Kosten ausgehändigt werden.

Er tritt durch die Ehrenzahlung in die Rechte des Eigenthümers gegen den Generaten, dessen Vornänner und den Acceptanten.

§. 60. Unter mehreren Ehrenzahlern gebührt Demjenigen der Vorzug, durch dessen Zahlung die meisten Wechselschuldner befreit werden.

Ein Intervenient, welcher zahlt, obgleich aus dem Wechsel oder dem Protocoll ersichtlich ist, daß ein Anderer, dem er hiernach nachsehen müßte, den Wechsel einzulösen bereit war, hat keinen Regreß gegen diejenigen Intossanten, welche durch Leistung der von dem Anderen angebotenen Zahlung befreit worden waren.

§. 61. Der Ehrenzahler ist befugt, für die Intervention eine Provision von $\frac{1}{2}$ Prozent zu verlangen.

Der Ehrenacceptant, welcher nicht zur Zahlungseinführung gelangt, weil der Bezogene oder ein anderer Intervenient gezahlt hat, ist berechtigt, diese Provision von dem Zahlenden zu fordern.

X. Vervielfältigung eines Wechsel.

§. 62. Der Aussteller eines gezogenen Wechsel ist verpflichtet, dem Remittenten auf Verlangen gegen Erstattung der Kosten mehrere gleichlautende Gremplare des Wechsel zu überliefern.

1. Wechselduplicate.

Dieselben müssen im Covercle als Prima, Secunda, Tertia u. s. w. bezeichnet sein, widrigenfalls jedes Gremplar als ein für sich bestehender Wechsel (Sola-Wechsel) erachtet wird.

Auch seitens eines Intossanten kann ein Duplicate des Wechsel gegen Erstattung der Kosten verlangt werden. Er muß sich hierüber an seinen unmittelbaren Vornann wenden, welcher wiederum an seinen Vornann zurückgeben muß, bis die Anforderung an den Aussteller gelangt. Jeder Intossant kann von seinem Vornanne verlangen, daß die früheren Intossamente auf dem Duplicate wiederholt werden.

§. 63. Zu von mehreren ausgefertigten Gremplaren das eine bezahlt, so verlieren dadurch die anderen ihre Kraft. Jedoch bleiben aus den übrigen Gremplaren verhaftet:

1. der Intossant, welcher mehrere Gremplare desselben Wechsel an verschiedene Personen indossirt hat, und alle späteren Intossanten, deren Unterschriften sich auf den bei der Zahlung nicht zurückgegebenen Gremplaren befinden, aus ihren Intossamenten;

2. der Acceptant, welcher mehrere Exemplare desselben Wechsels acceptirt hat, aus den Accepten auf den bei der Zahlung nicht zurückgegebenen Exemplaren.

§. 64. Wer eines von mehreren Exemplaren eines Wechsels zur Acceptation versandt hat, muß auf den übrigen Exemplaren vermerken, wo und bei wem das von ihm zur Acceptation versandte Exemplar ankommen ist. Das Unterlassen dieses Vermerks entsteht jedoch dem Wechsel nicht die Wechselkraft.

Der Verwahrer des zum Accepte versandten Exemplars ist verpflichtet, dasselbe demjenigen auszuliefern, der sich als Indossatar (§. 36) oder auf andere unverdächtige Weise zur Empfangnahme legitimirt.

§. 65. Der Eigenthümer eines Duplicats, auf welchem angegeben ist, bei wem das zum Accepte versandte Exemplar sich befindet, kann Mangels Annahme desselben den Regreß auf Sicherstellung, und Mangels Zahlung den Regreß auf Zahlung nicht eher nehmen, als bis er durch Protest hat feststellen lassen:

1. daß das zum Accepte versandte Exemplar ihm vom Verwahrer nicht verfolgt worden ist, und
2. daß auch die Annahme des Duplicats oder die Zahlung nicht zu erlangen gewesen.

2. Wechselkopien.

§. 66. Wechselkopien, welche als solche gelten sollen, müssen eine Abschrift des Wechsels und der darauf befindlichen Indossamente und Vermerke enthalten und mit der Erklärung: „bis hierher Abschrift (Kopie)“ oder mit einer ähnlichen Bezeichnung versehen sein.

§. 67. Jedem auf einer Kopie befindliche Original-Indossament verpflichtet den Indossanten eben so, als wenn es auf einem Originalwechsel stünde.

§. 68. Der Verwahrer des Originalwechsels ist verpflichtet, denselben dem Bisher einer mit einem oder mehreren Originalindossamenten versehenen Kopie auszuliefern, sofern sich derselbe als Indossatar oder auf andere unverdächtige Weise zur Empfangnahme legitimirt.

Wird der Originalwechsel vom Verwahrer nicht ausgeliefert, so ist der Eigenthümer der Wechselkopie nur nach Annahme des im §. 65 Nr. 1 erwähnten Protestes Sicherstellung, und nach Eintritt des in der Kopie angegebenen Verfalltages Zahlung von den Indossanten zu fordern berechtigt, deren Original-Indossamente auf der Kopie befindlich sind.

XI. Verlorene Wechsel.

§. 69. Der Eigenthümer eines verlorenen Wechsels kann von dem Acceptanten nach Einleitung des Amortisationsverfahrens Zahlung fordern, wenn er durch Baub oder Bürgen Sicherheiten dafür bestellt, daß die Amortisation des Wechsels erfolgen werde. Ohne eine solche Sicherheitsleistung ist er nur die gerichtliche Deposition der aus dem Accepte schuldigen Summe oder im Besitze des Amortisationsgerichtshofes in Geld nach der dort bestehenden Einrichtung die Niederlegung derselben bei der Preussischen Bank zu fordern berechtigt.

§. 70. Die Amortisation des Wechsels ist bei dem Gerichte des Zahlungsortes zu beantragen. Letzteres erläßt an den Bisher des Wechsels eine öffentliche Aufforderung, den Wechsel bei Vermeidung der Amortisation binnen einer Frist von zwei Monaten, vom Tage der öffentlichen Aufforderung an gerechnet, dem Gerichte vorzulegen. Geschieht dies binnen

dieser Frist nicht, so erklärt das Gericht den Wechsel für amortirt.

XII. Falsche Wechsel.

§. 71. Auch wenn die Unterschrift des Ausstellers eines Wechsels falsch oder verfälscht ist, behalten dennoch das ächte Accept und die ächten Indossamente die wechselfähige Wirkung.

§. 72. Aus einem mit einem falschen oder verfälschten Accepte oder Indossamente versehenen Wechsel bleiben sämtliche Indossanten und der Aussteller, deren Unterschriften ächt sind, wechselfähig verhaftet.

XIII. Wechselverjährung.

§. 73. Jeder wechselfähige Anspruch verjährt innerhalb eines Jahres vom Verfalltage des Wechsels an gerechnet.

Die Verjährung wird nur durch Behändigung der Klage unterbrochen und nur in Beziehung auf denjenigen, gegen welchen die Klage gerichtet ist.

XIV. Klagerede des Wechselgläubigers.

§. 74. Die wechselfähige Verpflichtung trifft den Aussteller, Acceptanten und Indossanten des Wechsels, so wie einen Jeden, welcher den Wechsel, die Wechselkopie, das Accept oder das Indossament mit unterzeichnet hat, selbst dann, wenn er sich dabei nur als Bürge (per aval) benannt hat.

Die Verpflichtung dieser Personen ist eine solidarische und erstreckt sich auf Alles, was der Wechselinhaber wegen Nichterfüllung der Wechselverbindlichkeit (§§. 49–51) zu fordern hat.

§. 75. Ist die wechselfähige Verbindlichkeit eines Wechselverpflichteten durch Verjährung oder dadurch, daß die zur Erhaltung des Wechselrechts geüßlich vorgedruckten Handlungen verabsäumt sind, erloschen, so bleibt der frühere Wechselverpflichtete dem Eigenthümer des Wechsels nur so weit, als er sich mit dessen Schaden bereichern würde, verhaftet.

Dieser Anspruch kann jedoch nicht im Wechselverfahren verfolgt werden.

XV. Ausländische Wechselserklärungen.

§. 76. Die wesentlichen Eiferdennisse eines im Auslande ausgefüllten Wechsels, so wie jeder andern im Auslande ausgefüllten Wechselserklärung werden nach den Gesetzen des Orts beurtheilt, an welchem die Erklärung erfolgt ist.

Entsprachen jedoch die im Auslande gegebenen Wechselserklärungen den Anforderungen des inländischen Gesetzes, so kann daraus, daß sie nach ausländischen Gesetzen mangelhaft sind, kein Einwand gegen die Rechtmäßigkeit der später im Inlande auf den Wechsel gezeigten Erklärungen entnommen werden.

Oben so haben Wechselserklärungen, wodurch sich ein Inländer einem andern Inländer im Auslande verpflichtet, Wechselkraft, wenn sie auch nur den Anforderungen der inländischen Gesetzgebung entsprechen.

§. 77. Ueber die mit einem Wechsel an einem ausländischen Orte zur Ausübung oder Erhaltung des Wechselrechts vorzunehmenden Handlungen entscheidet das dort geltende Recht.

XVI. Proteste.

§. 78. Jeder Protest muß gerichtlich oder durch einen

Notar aufgenommen werden. Im Bezirke des Appellationsgerichtsbezirks in Köln sind die Gerichtsvollzieher zur Aufnahme der Proteste befugt.

Der Zustellung von Zeugen oder eines Protocollführers bedarf es dabei nicht.

§. 79. Der Protest muß enthalten:

1. eine wertliche Abschrift des Wechsels und aller das auf behandelten Indossamente und Vermerke,
 2. die Angabe des Orts, so wie des Tages, Monats und Jahres, an welchem die Aufforderung zu der von dem Verpflichteten zu leistenden Handlung bewirkt oder ohne Erfolg versucht worden ist,
 3. den Namen dessen, welcher die Annahme des Protestes gefordert hat,
 4. die Angabe der Umstände, weshalb die von dem Verpflichteten zu leistende Handlung nicht zu erbalten war.
- §. 80. Proteste dürfen nur an einem Tage, welcher kein Sonntag oder gesetzlich anerkannter christlicher Feiertag ist, und nur in der Zeit von 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 3 bis 6 Uhr Nachmittags erhoben werden. Ist der Tag, an welchem die Protesterhebung spätestens geschehen konnte, ein Sonntag oder ein gesetzlich anerkannter christlicher Feiertag, so muß der Protest am nächstfolgenden Werktag innerhalb der vorgenannten Geschäftsstunden erhoben werden.

§. 81. Die Gerichte, Notare und Gerichtsvollzieher sind befugt, die von ihnen aufgenommenen Proteste nach deren ganzen Inhalte Tag für Tag und nach Vernehmung des Datums in ein beiderseits Register einzutragen, das von Blatt zu Blatt mit fortlaufenden Zahlen versehen ist.

XVII. Der und Zeit für Präsentation und andere im Wechselverkehr vorkommende Handlungen.

§. 82. Der Ort, an welchem der Wechsel zur Annahme oder Zahlung präsentiert werden muß, ist bei Wechs- und Marktwechseln der in dem Wechsel angegebene Wechs- oder Marktort, bei allen andern Wechseln der in dem Wechsel angegebene Zahlungsort (§. 4 Nr. 8 und §. 7). Deminwechsel hat am Wohnort des Bezogenen zur Annahme und am Zahlungsorte zur Zahlung zu präsentieren (§. 25).

§. 83. Die Präsentation zur Annahme oder Zahlung, die Protesterhebung, die Absicherung eines Wechselnustats, so wie alle sonstigen bei einer bestimmten Person vorzunehmenden Akte müssen in deren Geschäftsfokal, und in Ermangelung eines solchen, in deren Wohnung vorgenommen werden.

Dass das Geschäftsfokal oder die Wohnung einer solchen Person nicht zu ermitteln sei, ist erst dann als festgestellt anzunehmen, wenn auch eine tieferhalb der Polizeibehörde des Orts geführte Nachforschung erfolglos geblieben ist, welches im Protest bemerkt werden muß.

§. 84. Die Zahlung des Wechsels, die Herausgabe eines Wechselnustats, die Erklärung über die Annahme, so wie jede andere Erklärung, können nur an einem Werktag und innerhalb der Geschäftsstunden (§. 80) gefordert werden. Fällt der Zeitpunkt, in welchem die Vornahme einer der vorstehenden Handlungen spätestens gefordert werden mußte, auf einen Sonntag oder gesetzlich anerkannten christlichen Feiertag,

so muß diese Handlung am nächsten Werktag innerhalb der Geschäftsstunden gefordert werden.

XVIII. Mangelhafte Unterschriften.

§. 85. Wechsel, Indossamente, Accepte oder andere Erklärungen, welche statt des Namens nur mit Kreuzen oder anderen Zeichen vollzogen sind, haben, selbst wenn sie gerichtlich oder notariell ausgestellt worden, keine Wechselkraft.

Tagegen ist zur Gültigkeit der Namensunterschrift unter Wechselklärungen die Beifügung des Vornamens nicht erforderlich.

§. 86. Wer eine Wechselklärung als Bevollmächtigter eines Andern unterzeichnet, ohne dazu Vollmacht zu haben, haftet persönlich in gleicher Weise, wie der angebliche Machtgeber gehaftet haben würde, wenn die Vollmacht erteilt gewesen wäre.

Dasselbe gilt von Vormündern und andern gesetzlichen Vertretern, welche mit Ueberschreitung ihrer Befugnisse Wechselklärungen ausstellen.

Dritter Abschnitt.

Von eigenen Wechseln.

§. 87. Die wesentlichen Erfordernisse eines im Inlande ausgestellten eigenen (troffenen) Wechsels sind:

1. die in den Context aufzunehmende Bezeichnung als Wechsel oder Wechselbrief, oder wenn der Wechsel in einer fremden Sprache ausgestellt ist, ein jener Bezeichnung entsprechender Ausdruck in der fremden Sprache;
2. die zu zahlende Geldsumme;
3. der Name der Person oder die Firma, an welche oder an deren Ordre der Aussteller Zahlung leisten will;
4. die Bestimmung der Zeit, zu welcher gezahlt werden soll;
5. die Unterschrift des Ausstellers mit seinem Namen oder seiner Firma;
6. die Angabe des Orts, Monatstages und Jahres der Ausstellung;
7. die Bestimmung des Orts, wo die Zahlung geschehen soll.

§. 88. Eigene Wechsel können auf Kündigung gestellt werden.

In eigenen Wechseln können mit wechselmäßiger Wirkung auch Zinsen der verschiedenen Summe versprochen werden.

§. 89. Nachstehende, in diesem Gesetze für gezogene Wechsel gegebene Vorschriften gelten auch für eigene Wechsel:

1. die §§. 6 und 8 über die Form des Wechsels;
2. die §§. 10—17 über das Indossament;
3. die §§. 30—39 über die Zahlung;
4. die §§. 40 und 43—51 über den Regreß Mangels Zahlung gegen die Indossanten;
5. die §§. 69—72 über verlorene und falsche Wechsel mit der Maßgabe, daß im Falle des §. 69 die Zahlung zu dem Aussteller erfolgen muß;
6. die §§. 73—96 über die Wechselverjährung, das Klaregerecht des Wechselgläubigers, die ausländischen Wechsel

erklären, den Prozeß, den Ort und die Zeit für Präsentation und andere im Wechselverkehr vorkommende Handlungen, so wie über mangelhafte Unterschriften.

Vierter Abschnitt.

Vom Wechselprozeß.

§. 90. Wechselklagen können bei dem Gerichte, welchem der Beklagte persönlich unterworfen ist, oder bei dem Gerichte des Orts, wo die Zahlung geschehen soll, angestellt werden.

Dem Gerichte, welches hiernach zur Entscheidung competent ist, sind auch die übrigen Wechselschuldner unterworfen, so fern sie der Kläger in demselben Prozesse in Anspruch nimmt, oder eine Partei sie aditiren läßt.

§. 91. Der Inhaber des Wechsels kann sich selbst dann, wenn für den Wechselanspruch Sicherheit bestellt ist, wegen der Zahlung an die Person des Schuldners halten, ohne vorher die Sicherheit aufgeben zu müssen, in so fern er nicht durch die bestellte Sicherheit sofort befriedigt werden kann.

§. 92. Ist über das Vermögen des Wechselschuldners Concurs eröffnet, so kann der Eigenthümer des Wechsels außer der Verfolgung seines Rechtes gegen die Concursmasse, auch die Person des Wechselschuldners wechselmäßig in Anspruch nehmen.

§. 93. Der Wechselschuldner kann im Wechselprozeß nur solcher Einreden sich bedienen, welche

1. aus dem Wechselrechte selbst hervorgehen, oder
2. in so fern der Kläger nicht als Cessionar (§. 16) anzusehen ist, aus einem dem Beklagten gegen den Kläger unmittelbar zustehenden Rechte hergeleitet sind.

Der Einwand der Simulation ist niemals zulässig.

§. 94. Gegenforderungen und Editionsgeld sind im Wechselprozeß unstatthaft.

§. 95. Ein Verklagter, gegen welchen die Richtigkeit seiner Unterschrift unter einer Wechselerklärung feststeht, wird im

Wechselprozeß mit dem Einwande nicht gehört, daß die über der Unterschrift befindliche Erklärung ohne seine Genehmigung geschrieben worden, oder daß er die Sprache, worin die Erklärung abgefaßt ist, nicht verstehe, oder daß er nur seinen Namen schreiben könne.

§. 96. Auch auf an sich zulässige Einreden ist, so weit es eines Beweises derselben bedarf, im Wechselprozeß nur dann Rücksicht zu nehmen, wenn dieselben durch Urkunden oder Eidesdelation auf der Stelle bewiesen werden. Einreden, bei denen solche Beweise fehlen, sind, wenn der Verklagte vernünftigt wird, zum abgeordneten Verfahren zu verweisen.

§. 97. Kommt es auf den Nachweis einer schriftlichen Mittheilung an, so genügt zu diesem Zwecke der durch ein Posttaust geführte Beweis, daß ein Brief von dem Betheiligten an den Adressaten abgesandt ist, so fern nicht dargethan wird, daß der angekommene Brief einen andern Inhalt gehabt hat.

§. 98. So weit nicht in den vorstehenden §§. 90—97 ein Anderes bestimmt ist, kommen die in den verschiedenen Landtheilen für den Prozeß und die Execution in Wechselsachen bestehenden Vorschriften auch ferner zur Anwendung.

Schlussbestimmung.

Die gegenwärtige Wechselordnung tritt mit dem in Kraft.

Dagegen erlischt mit diesem Tage die Wirksamkeit der bisherigen Wechselordnungen, namentlich treten die §§. 713 bis 1249, Tit. 8, Th. II des Allgem. Landrechts, so wie die Art. 110—189 des Rheinischen Handelsgesetzbuchs außer Kraft.

Gleichergestalt verlieren an diesem Tage die Bestimmungen des Allgem. Landrechts über Handelsbills und kaufmännische Affianationen im §. 1250 bis 1304, Tit. 8, Th. II. ihre Wirksamkeit.

